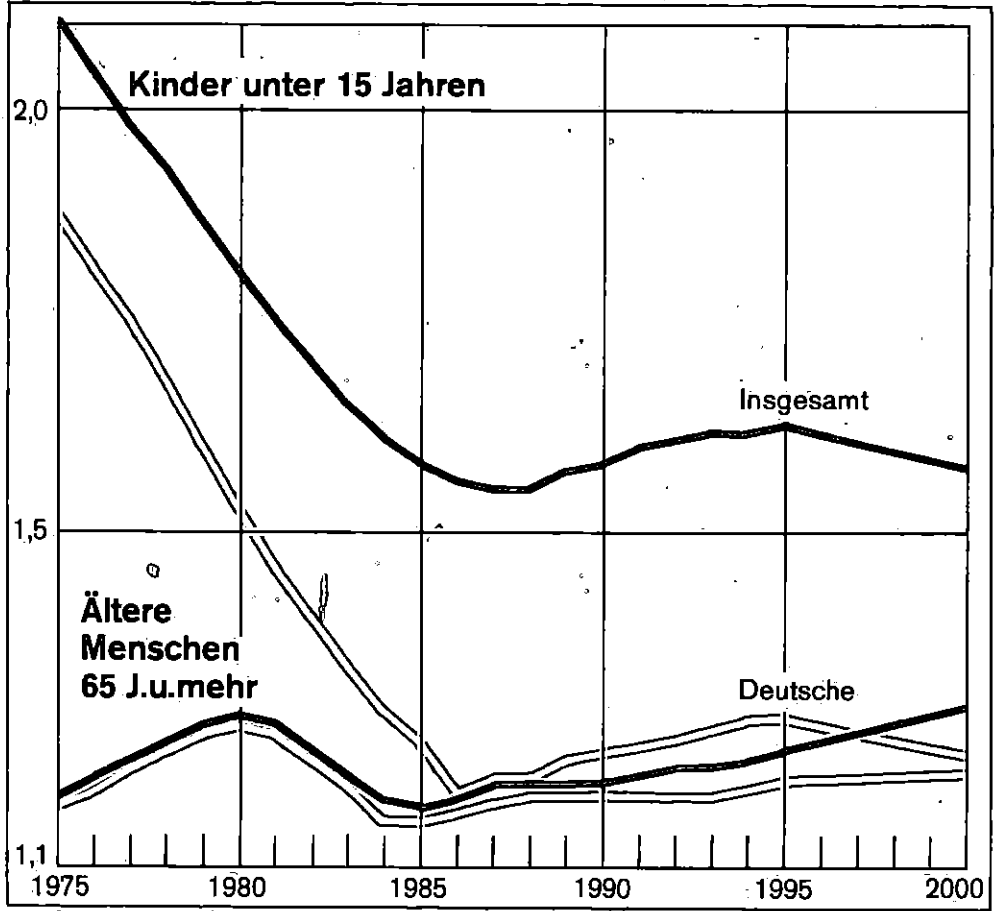
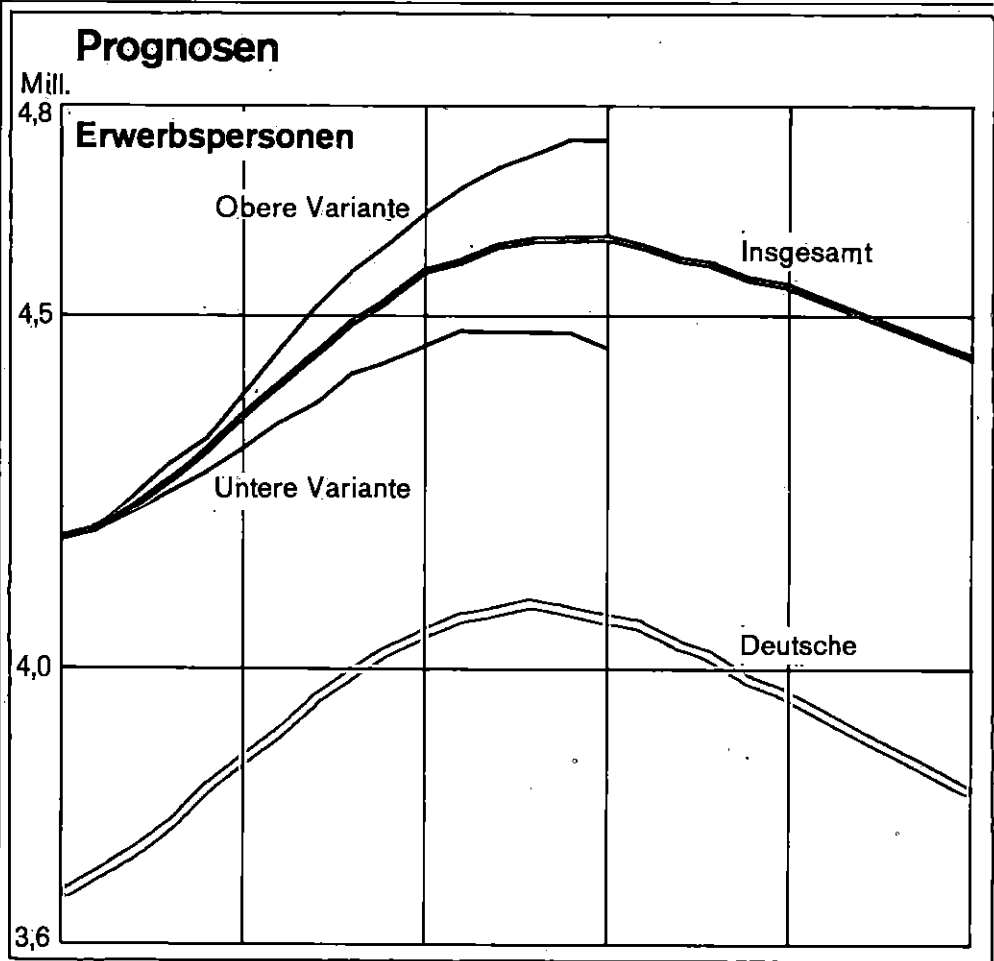


Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1976/77

Heft 4



**Statistischer
und
prognostischer
Jahresbericht 1976/77**

1114_77001

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Vorwort

Mit dem Statistischen und Prognostischen Jahresbericht 1976/77 legt die Landesregierung den vierten Bericht in dieser Reihe vor. Er enthält eine zusammenfassende Darstellung der Entwicklung im zurückliegenden Jahr 1976 sowie die Vorausschau auf das laufende Jahr 1977. Politische Schwerpunktbereiche werden gesondert untersucht. Längerfristige Prognosen versuchen die Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufzuzeigen. Insgesamt stellt der Bericht somit für die Landesregierung, die gesamte Landesverwaltung, den Landtag und die Öffentlichkeit eine wichtige Informationsquelle und ein bedeutendes Prognoseinstrument dar. Die Erfahrungen mit den Berichten der vergangenen Jahre lassen den hohen Bedarf an einer derartigen Gesamtschau erkennen.

Das vergangene Jahr 1976 hat eine merkliche Konjunkturerholung und eine zunehmende Investitionstätigkeit in der Industrie gebracht. Der Tiefstand des Jahres 1975 wurde ausgeglichen. Allerdings ist der erhoffte anhaltende Aufschwung ausgeblieben. Auch in den ersten Monaten dieses Jahres haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. Nach wie vor liegt die Arbeitslosenzahl im Bundesgebiet bei nahezu einer Million, die Arbeitslosenquote bei 4%.

Im Vergleich zum Bundesgebiet ist die Entwicklung in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr deutlich günstiger verlaufen. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter ist erheblich stärker als im Bundesdurchschnitt zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote des Landes ist mit Abstand die geringste im Bundesgebiet.

Diese positive Bilanz hat ihre Ursache in der gesunden Wirtschaftsstruktur des Landes, aber auch im Leistungswillen und in der Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern. Sie ist nicht zuletzt auch das Ergebnis der großen Anstrengungen, die Landtag und Landesregierung zur Wiederbelebung des wirtschaftlichen Wachstums, zur Stärkung der Investitionstätigkeit sowie zur Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen unternommen haben.

Die Erfolge der vergangenen Monate können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in Baden-Württemberg das Ziel noch nicht erreicht ist, allen Arbeitssuchenden eine Beschäftigungsmöglichkeit anbieten zu können. Die voraussehbare Entwicklung der nächsten 15 Jahre wird diese Aufgabe noch erschweren: Bei einer insgesamt stagnierenden Bevölkerungszahl wird sich bis 1990 die Zahl der Erwerbstätigen merklich steigern. Viele junge Menschen werden in diesem Zeitraum neu ins Berufsleben treten und eine Ausbildungsstelle oder einen Arbeitsplatz suchen.

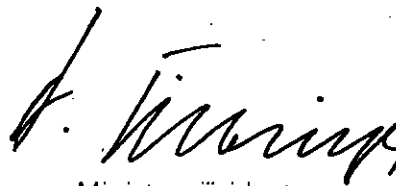
Die Landesregierung sieht in der Bewältigung dieses Beschäftigungs- und Ausbildungsproblems eine Hauptaufgabe der Zukunft. Mit ihren Beschlüssen zu den Chancen der jungen Generation hat sie die Weichen für einen Ausbau des Bildungssystems, vor allem im Bereich der beruflichen Schulen und der Hochschulen gestellt. Die benötigten Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitzustellen, ist primär eine Aufgabe der Wirtschaft. Das Land leistet Unterstützung durch die Verbesserung der

Rahmendaten und den Abbau von Hemmnissen, durch die Verstärkung der Investitionen und eine aktive Strukturpolitik, aber auch durch die Sicherstellung der Energieversorgung. Schließlich will das Land durch eine "Ausbildung auf Vorrat" in Berufen, die nicht zwangsläufig in eine Anstellung beim Staat einmünden, sowie durch das Ausschöpfen aller Kapazitäten im Schul- und Hochschulbereich seinen Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Menschen leisten.

Die Leistungskraft, die gesunde Struktur und das hohe Anpassungsvermögen der heimischen Wirtschaft lassen uns mit Zuversicht an die großen Aufgaben herangehen. Alle Sachverständigen bestätigen unserem Land und seiner Wirtschaft gute Zukunftschancen.

Der Dank der Landesregierung gilt dem Präsidenten des Statistischen Landesamts, Herrn Professor Dr. Szameitat, und seinen Mitarbeitern für die Ausarbeitung des Statistischen und Prognostischen Jahresberichts 1976/77.

Stuttgart, im Juni 1977

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Filbinger', written in a cursive style.

Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger

Inhalt

Seite

Teil I	Das Jahr 1976: Grundzüge der Entwicklung und Ausblick	7
1.	Grundzüge der Entwicklung	7
2.	Ausblick – Versuch einer Vorausschätzung der Entwicklung wichtiger demographischer und wirtschaftlicher Größen im Jahr 1977	24
Teil II	Langfristige Vorausschätzungen demographischer und ökonomischer Eckdaten bis 1990 (bzw. 2020)	37
1.	Allgemeine methodische Bemerkungen	37
2.	Vorausschätzungen für das Land	39
2.1	Voraussichtliche Entwicklung von Bevölkerung und Haushalten	39
2.2	Voraussichtliche Entwicklung von Schülern und Auszubildenden	46
2.3	Voraussichtliche Entwicklung von Erwerbspersonen	51
2.4	Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung	53
2.5	Vorausschätzung von Arbeitsplätzen	57
2.6	Anhaltspunkte für die künftige Beschäftigungslage	59
3.	Vorausschätzungen für die Regionen	62
3.1	Bedeutung und Probleme regionaler Prognosen	62
3.2	Vorausschätzung der Wohnbevölkerung	63
3.3	Vorausschätzung der Erwerbspersonen	65
3.4	Vorausschätzung der Arbeitsplätze	65
Teil III	Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	69
1.	Bevölkerung	69
1.1	Struktur und Entwicklung der Ausländer	69
1.2	Daten zur Situation der Frauen	73
2.	Bildungswesen	79
2.1	Strukturdaten aus dem Schulwesen	79
2.2	Zur Lage an den Hochschulen	85
3.	Arbeitsmarkt	89
3.1	Zur strukturellen Situation auf dem Arbeitsmarkt	90
3.2	Bedarf und Angebot an Akademikern	97
4.	Wirtschaft	104
4.1	Die Investitionen in der Industrie 1975	104
4.2	Strukturen und Tendenzen in der Energiewirtschaft	110
5.	Land- und Forstwirtschaft	114
6.	Umweltschutz	120
6.1	Luftüberwachung	121
6.2	Neue Daten zur Abfallsituation	123
6.3	Öffentliche und gewerbliche Wasserwirtschaft	128
7.	Sozialwesen	132
8.	Entwicklung der Jugendkriminalität	138
9.	Öffentliche Finanzen	143
9.1	Personalfluktuations im staatlichen Bereich	144
9.2	Hochschulausgaben	147

Teil I

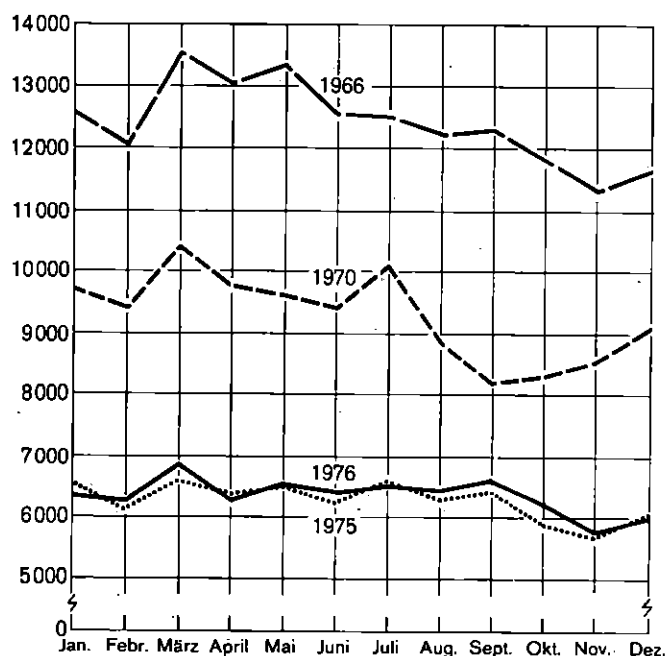
Das Jahr 1976: Grundzüge der Entwicklung und Ausblick

1. Grundzüge der Entwicklung

Das Jahr 1976 war im demographischen Bereich gekennzeichnet durch einen weiteren Rückgang der Bevölkerung, der in erster Linie auf die anhaltende Abwanderung von Ausländern zurückzuführen war. Zum erstenmal gab es Anzeichen dafür, daß der seit vielen Jahren anhaltende Geburtenrückgang zum Stillstand gekommen ist, denn es trat ein leichter Geburtenanstieg bei der deutschen Bevölkerung auf.

Schaubild 1

Geburten der deutschen Bevölkerung



14177

Die wirtschaftliche Entwicklung stand wiederum im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Während zum Jahresbeginn die wirtschaftliche Lage noch ganz im Zeichen der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit stand, setzte im weiteren Verlauf die erhoffte konjunkturelle Erholung ein in einem Ausmaß, wie sie Ende des vorhergehenden Jahres nicht sicher vorhersehbar war. Insgesamt gesehen führte der deutliche Konjunkturaufschwung, von dem die einzelnen Teilbereiche der Wirtschaft in unterschiedlicher Stärke erfaßt wurden, zu einer beacht-

lichen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Der rezessionsbedingte Nachholbedarf läßt das Wirtschaftswachstum allerdings günstiger erscheinen als es etwa zur Lösung der Probleme des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherung und der Staatseinkünfte erforderlich gewesen wäre, denn es konnte im wesentlichen erst ein Ausgleich des rezessionsbedingten Rückgangs des Vorjahres erreicht werden.

Durch das unerwartet hohe wirtschaftliche Wachstum übertrafen die Steuereingänge auch die ursprünglichen Ansätze nicht unbeträchtlich, so daß sich beim Vollzug des Landeshaushalts eine gewisse Entlastung ergab. Im Interesse einer mittelfristigen Konsolidierung der Staatsfinanzen setzte jedoch die Landesregierung ihre Sparpolitik konsequent fort. Nach wie vor Anlaß zur Besorgnis gab hingegen die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zwar wurde durch die konjunkturelle Belebung die Kurzarbeit weitgehend beseitigt. Ebenso zeigte der Rückgang der Arbeitslosenzahlen eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Dennoch verblieb ein im Vergleich zu früheren Jahren noch außerordentlich hoher Stand an Arbeitslosigkeit, der aus strukturellen Gründen nur sehr allmählich abgebaut werden kann.

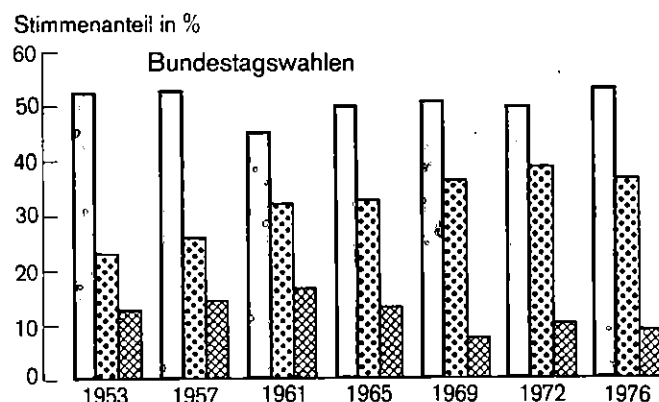
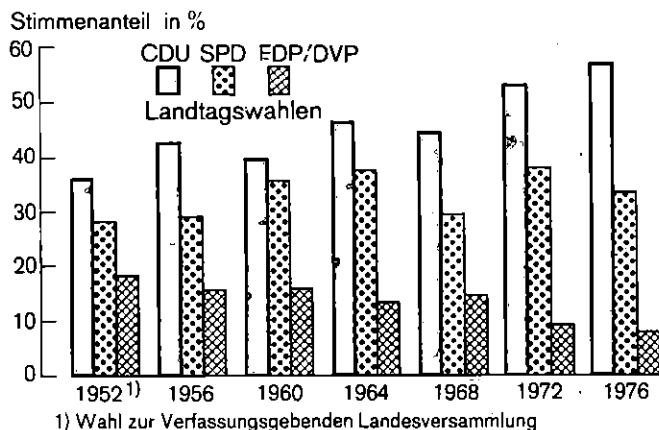
Nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Filbinger rechnet die Landesregierung insbesondere die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sicherung ausreichender Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Jugend zu den vorrangigen Aufgaben der neuen Legislaturperiode. Weitere Prioritäten werden bei der Sicherung der Lebensbedingungen auf dem Land und in den Großstädten gesetzt. Als Kernaufgaben angesehen werden auch der Ausbau der sozialen Dienste, der Vollzug der Umweltschutzprogramme, die Festigung der inneren Sicherheit sowie die Bereitstellung eines Bildungsangebots, das den jungen Menschen Berufschancen eröffnet.

Deutlicher CDU-Trend bei den Landtags- und Bundestagswahlen in Baden-Württemberg

Zu den herausragenden Ereignissen des abgelaufenen Jahres sind die Wahl des Landtages von Baden-Württemberg am 4. April und die Wahl des Deutschen Bundestages am 3. Oktober zu zählen.

Über die Zusammensetzung des siebten Landtags von Baden-Württemberg hatten am 4. April 1976 rund 6,1 Mill. Wahlberechtigte zu entscheiden. Nicht

Schaubild 2

Landtags- und Bundestagswahlen 1952 bis 1976

14277

weniger als zwölf Parteien bewarben sich um die 120 Landtagsmandate. Mit Spannung wurde in der Öffentlichkeit insbesondere die Wahlbeteiligung erwartet, hatten die Baden-Württemberger doch bei der Landtagswahl 1972 mit 80% einen Wahlbeteiligungsrekord aufgestellt. Dieses Ergebnis wurde 1976 nicht mehr erreicht, doch stellt die Wahlbeteiligungsquote von 75,5% den zweithöchsten bei Landtagswahlen erreichten Wert dar.

Eindeutiger Gewinner der Landtagswahl 1976 war die CDU, die ihre 1972 erreichte absolute Mehrheit (52,9%) weiter ausbauen konnte. Mit einem Stimmenanteil von 56,7% erzielte sie das beste Wahlergebnis aller bisherigen Landtagswahlen. Demgegenüber fiel die SPD mit einem Stimmenanteil von 33,3% gegenüber der Landtagswahl 1972 (37,6%) ziemlich stark zurück. Prozentual noch höher als die Verluste der SPD waren die Einbußen der FDP/DVP, die mit einem Stimmenanteil von 7,8% so schlecht wie nie zuvor bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg abschnitt.

Ein ähnlicher Trend zeigte sich in Baden-Württemberg auch bei der Wahl zum achten Deutschen Bundestag am 3. Oktober, bei der die Wahlbeteiligung mit 89,1% leicht unter dem Bundesdurchschnitt lag. Auch hier erlitten die Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP eine deutliche Niederlage. Die CDU

erhielt die absolute Mehrheit von 53,3% der Stimmen, ein Ergebnis, das beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt der CDU/CSU (48,6%) lag und nur vom Erfolg der bayerischen CSU (60,0%) übertroffen wurde. Im Gegensatz dazu erzielte die SPD in Baden-Württemberg nur einen Stimmenanteil von 36,6% (Bundesgebiet: 42,6%) und damit nach Bayern das schlechteste Wahlergebnis unter den Bundesländern. Die FDP/DVP bekam 9,1% der Stimmen und schnitt damit besser als im Bundesdurchschnitt (7,9%) ab.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 gewann die CDU in Baden-Württemberg 8,8% Stimmen hinzu (Bundesdurchschnitt CDU/CSU: 9,5%). Die Stimmenverluste der SPD lagen mit 4,3% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (-6,3%), während die FDP/DVP höhere Einbußen von 10,1% (Bundesgebiet: -4,3%) erlitt.

Einwohnerzahl geht weiter zurück – erstmals wieder mehr Geburten der deutschen Bevölkerung

Bei der Bevölkerungsentwicklung kann nach einer fast drei Jahrzehnte andauernden ununterbrochenen Periode des Wachstums seit dem Jahr 1974, mitverursacht durch die wirtschaftliche Krise, ein Tendenzumschwung beobachtet werden. Auch im Jahr 1976 ist ein Rückgang der Einwohnerzahl um rund 33 500 Personen festzustellen, so daß Baden-Württemberg am Jahresende eine Wohnbevölkerung von 9,119 Millionen (-0,4%) aufwies.

Diese Bevölkerungsabnahme erklärt sich aus der Tatsache, daß der geringe Geburtenüberschuß von nur 1100 Personen, der übrigens allein dem ausländischen Bevölkerungsteil zuzuschreiben ist, bei weitem nicht ausreicht, die durch die Abwanderung von Ausländern entstandenen Bevölkerungsverluste auszugleichen.

Im Jahr 1976 kamen in Baden-Württemberg 95 500 Kinder zur Welt, während 94 400 Sterbefälle registriert wurden. Der seit Mitte der sechziger Jahre einsetzende Geburtenrückgang hielt zwar in abgeschwächter Form weiter an, beruht aber diesmal ausschließlich auf der Abnahme der Ausländergeburten. Charakteristisch für die jüngste Entwicklung ist nämlich, daß die deutsche Bevölkerung mit rund 76 700 Geburten gegenüber dem Vorjahr erstmals wieder einen relativen Geburtenanstieg von 1,1% aufweist. Allerdings lag die Zahl der Neugeborenen noch weit unter der der Sterbefälle, so daß sich bei der deutschen Bevölkerung immer noch ein Defizit von etwa 16 300 Personen ergeben hat. Ob sich bei dem 1976 für die deutsche Bevölkerung festzustellenden Geburtenanstieg um 1,1% bereits das Ende des seit etwa 10 Jahren andauernden Geburtenrückgangs andeutet, kann in Anbetracht des kurzen Beobachtungszeitraumes noch nicht ohne weiteres gefolgert werden, da sich zwei gegenläufige Einflußfaktoren überlagern.

Tabelle 1

Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1973	1974	1975	1976
Geburten	102 875	102 206	97 019	95 492
Sterbefälle	92 918	93 127	95 646	94 426
Geburtenüberschuß	9 957	9 079	1 373	1 066
Zuzüge	384 032	274 660	203 461	211 451
Fortzüge	308 765	296 875	278 326	245 999
Wanderungssaldo	75 267	— 22 215	— 74 865	— 34 548
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	85 224	— 13 136	— 73 492	— 33 482
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 239 376	9 226 240	9 152 748	9 119 266

So hängen die künftig zu erwartenden Geburtenzahlen der deutschen Bevölkerung nicht nur von der weiteren Entwicklung der Fruchtbarkeit ab, die im Rahmen des Trends zu noch kleineren Familien durchaus weiterhin leicht zurückgehen mag. Ebenso entscheidend ist die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren. Diese für Geburten in Frage kommenden deutschen Frauen nehmen in den nächsten Jahren aufgrund des Altersaufbaus der Bevölkerung zahlenmäßig zu, bis 1985 wird eine Vermehrung dieser Jahrgänge um 120 000 (+ 7,2%) erwartet. Bereits 1976 war eine Zunahme um 1,5% zu verzeichnen, — wohl eine der Hauptursachen für die leicht erhöhte Geburtenzahl.

Was hingegen die Geburtenentwicklung des ausländischen Bevölkerungsteils betrifft, so zeigt sich das entgegengesetzte Bild. Durch weitere Rückwanderung von Ausländern in ihre Heimatländer verminderte sich ihre Geburtenzahl nochmals wesentlich auf 18 800. Für die Geburten der Gesamtbevölkerung (Deutsche und Ausländer) ergibt sich dadurch insgesamt ein leichter Rückgang. Mit rund 95 500 ist die Zahl der Lebendgeborenen 1976 zwar nicht wesentlich schwächer als in den letzten Jahren, jedoch enthält sie einen etwas geringeren Anteil an Ausländerkindern (knapp ein Fünftel).

Weitere Abwanderung von Ausländern

Als Folge der tiefgreifenden Rezession und des von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte ging in den letzten Jahren die Zahl der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer zurück. Bereits 1974 wanderten per Saldo 34 900 Ausländer aus Baden-Württemberg ab und 1975 erhöhte sich der Wanderungsverlust erheblich auf 76 900 Personen. Demgegenüber schwächte sich 1976 als Folge der konjunkturellen Erholung und der leicht verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt die Abwanderung wieder etwas ab, so daß der negative Wanderungssaldo sich auf rund 42 000 Personen beläuft.

Allerdings weist der ausländische Bevölkerungsteil nach wie vor beachtliche Geburtenüberschüsse auf, die zahlenmäßig einen Teil der Wanderungsverluste ausgleichen. Die Entwicklung des Ausländerbestandes ist somit durch zwei gegenläufige Entwicklungstendenzen bestimmt. So wanderten im Zeitraum 1974 bis 1976 zwar per Saldo 154 000 Ausländer aus Baden-Württemberg ab. Gleichzeitig erzielte jedoch der ausländische Bevölkerungsteil einen Geburtenüberschuß von rund 59 600 Personen, so daß sich der Ausländerbestand in den letzten drei Jahren lediglich um rund 94 000 verringerte. Damit lebten Ende 1976 noch etwa 813 000 Ausländer in Baden-Württemberg, was einem Bevölkerungsanteil von 8,9% entspricht.

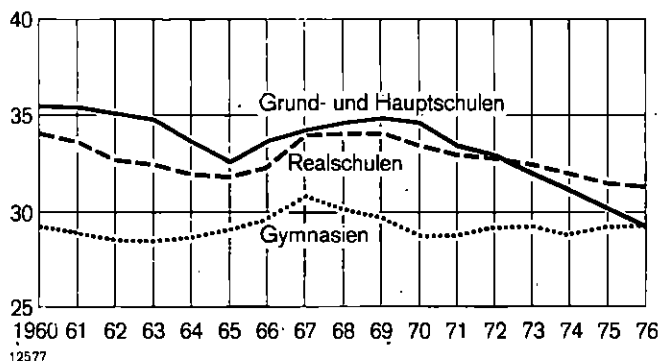
Von der weiteren Zu- und Abwanderung von Ausländern hängt auch entscheidend die künftig zu erwartende Entwicklung der Gesamtbevölkerung ab, da die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahren voraussichtlich leicht abnehmen wird. Bei dem gegenwärtigen hohen Stand an Arbeitslosigkeit ist zumindest für die erste Hälfte des Jahres 1977 mit einer weiteren Verminderung des Ausländerbestandes zu rechnen.

Stärke der Einschulungsjahrgänge nimmt ab — Überangebot an Lehramtsbewerbern

Im Schuljahr 1976/77 werden an den Grundschulen des Landes 563 000 Kinder unterrichtet. Gegenüber dem Vorjahr verminderte sich damit die Schülerzahl als Folge des seit Jahren anhaltenden Geburtenrückganges nochmals um 5%, die durchschnittliche Klassenstärke ging von 30,0 auf 29,1 Schüler je Klasse zurück. Die Hauptschulen wurden im Schuljahr 1976/77 von rund 345 000 Kindern besucht. Hier hat sich die Schülerzahl trotz des Hineinwachsens geburtenstärkerer Jahrgänge ins Hauptschulalter infolge verstärkter Übergänge auf weiterführende Schulen geringfügig (— 2%) vermindert. Die durchschnittliche Klassenstärke ging weiter von 30,7 auf 29,6 Schüler je Klasse zurück.

Durchschnittliche Klassenstärken

Schüler je Klasse



Aufgrund der finanziellen Situation des Landes, die eine weitere starke Vermehrung der Lehrerstellen nicht erlaubt, war die Landesregierung 1976 erstmals gezwungen, bei der Einstellung von ausgebildeten Lehramtsanwärtern unkonventionelle Wege zu gehen. Zwar konnte nochmals die überwiegende Mehrheit der Bewerber in den Schuldienst übernommen werden. Ein Teil der Kandidaten mußte sich jedoch mit einem halben Lehrauftrag zufrieden geben. Insbesondere die Lehramtsanwärter für Grund- und Hauptschulen wurden 1976 generell nur mit halbem Deputat beauftragt und zunächst auf 2 Jahre befristet angestellt. Danach sollen von denjenigen Grund- und Hauptschullehrern, die ihre zweite Dienstprüfung bestehen, bis zu 80% endgültig in den Schuldienst übernommen, jedoch für ein weiteres Jahr gleichfalls nur mit halbem Lehrauftrag beschäftigt werden.

Das Überangebot an Lehramtsbewerbern, das 1976 erstmals deutlich zu Tage trat, dürfte sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Einerseits werden im Bereich der Grund- und Hauptschulen die Einschulungsjahrgänge von derzeit rund 129 000 bis zum Jahr 1981 auf unter 100 000 absinken. Zum anderen ist die derzeitige Gesamtzahl von rund 40 000 Studierenden des Lehramtes gemessen am voraussichtlichen Bedarf außerordentlich hoch. So warnte denn die Landesregierung wiederholt und nachdrücklich vor dem Lehrstudium und insbesondere vor dem Besuch der Pädagogischen Hochschulen. Auch wurde der Zugang zu den lehrerbildenden Einrichtungen noch stärker beschränkt: Für die Pädagogischen Hochschulen wurde im Studienjahr 1976/77 eine Höchstzahl von 3977 Studienanfängern (Vorjahr: 4 800) festgelegt und für die lehrerbildenden Ausbildungsgänge der Universitäten und Kunsthochschulen nur 4 250 Bewerber (Vorjahr: 5 200) zugelassen. Damit einher gingen auch die Bemühungen der Landesregierung zur Umschichtung von Studienplätzen zu Lasten der Lehrstudiengänge und zugunsten anderer Fächer und Einrichtungen.

Realschulen gewinnen weiter an Attraktivität, mehr Frauen studieren

Im Schuljahr 1976/77 erhöhte sich die Schülerzahl der Realschulen um rund 9% auf 229 000, während die Zahl der Gymnasiasten nur um 3% auf 306 000 zunahm. Die durchschnittliche Klassenfrequenz blieb bei beiden Schularten mit 31,2 (Realschulen) bzw. 29,3 (Gymnasien) Schüler je Klasse nahezu unverändert.

Beim Übergang von den Grund- und Hauptschulen auf die Realschulen und Gymnasien setzte sich der in den letzten Jahren eingetretene Verhaltenswandel verstärkt fort. Nicht zuletzt als Folge der Diskussion um den zu erwartenden Akademikerüberhang und der Beschränkung der Studienplätze gelangten in den letzten Jahren immer mehr Eltern offensichtlich zu der Meinung, daß ihre Kinder nicht unter allen Umständen ein Gymnasium absolvieren müßten. So nahm 1972 zwar die absolute Zahl der Übergänger auf Gymnasien zahlenmäßig weiter zu, doch ging ihr Anteil an den Schülern der 4. Klassenstufe der Grundschulen stetig leicht zurück. Auch im Schuljahr 1976/77 verminderte sich die Übergangsquote nochmals geringfügig auf 27,5% (Vorjahr: 27,8%). Demgegenüber gewannen die Realschulen weiterhin an Attraktivität, die Übergangsquote stieg gegenüber dem Vorjahr sprunghaft von 25,3% auf 28,8%. Erstmals wechselten damit mehr Schüler in Realschulen über als in Gymnasien.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung zeigte sich im Zusammenhang mit den Auswirkungen früherer Kurzschuljahre und der verminderten Zahl ausländischer Schüler, daß die Schülerzahl an den Berufsschulen im Schuljahr 1976/77 um rund 4% auf gut 217 000 zurückging. Im Gegensatz dazu scheint sich

Schaubild 4

Übergangsquoten

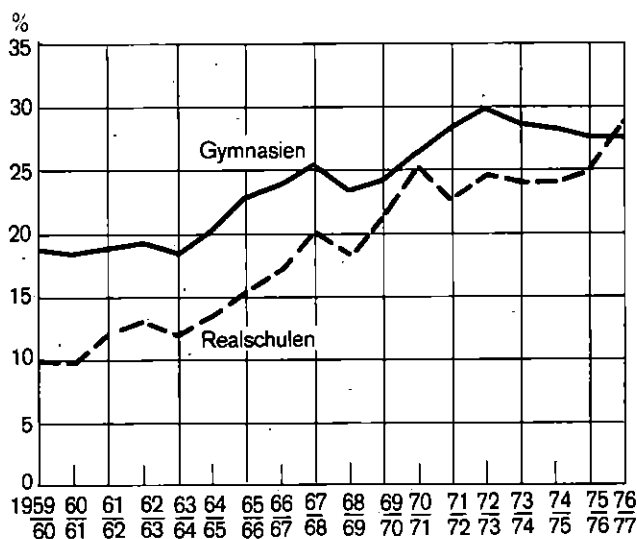


Tabelle 2

Studierende an Universitäten im Wintersemester 1976

Universität	Studierende 1)						
	Wintersemester		Deutsche	darunter aus Baden- Württemberg	Ausländer	Weibliche	1976 gegen 1975 in %
	1976	1975					
Freiburg	17 366	17 388	16 161	10 822	1 205	6 211	— 0,1
Heidelberg	18 942	17 749	16 935	10 446	2 007	7 787	+ 6,7
Hohenheim	2 779	2 325	2 535	1 953	244	1 054	+ 19,5
Karlsruhe	11 709	11 336	10 693	7 500	1 016	1 304	+ 3,3
Konstanz	3 036	2 751	2 770	2 008	266	1 010	+ 10,4
Mannheim	6 743	6 459	6 418	3 843	325	1 869	+ 4,4
Stuttgart	11 554	11 222	10 393	8 818	1 161	1 933	+ 3,0
Tübingen	18 443	17 424	17 508	14 053	935	6 504	+ 5,8
Ulm	1 810	1 396	1 722	1 205	88	474	+ 29,7
Insgesamt	92 382	88 050	85 135	60 648	7 247	28 146	+ 4,9

1) Ergebnisse universitätseigener Statistiken. Teilweise sind auch Beurlaubte mitenthalten.

die Tendenz zum vermehrten Besuch von beruflichen Vollzeitschulen eher noch zu verstärken. So stieg die Zahl der Schüler an den Berufsfachschulen um 9,8% auf fast 59 000 (einschließlich Berufsgrundbildungsjahr).

Die Zahl der Abiturienten erhöhte sich 1976 beträchtlich (+ 10,9%) auf rund 23 300, so daß die Abiturientenquote von 15,7% auf 17,1% der entsprechenden Geburtsjahrgänge anstieg. Allerdings ist die Neigung, ein Hochschulstudium aufzunehmen, nochmals geringer geworden. Von den Schulabgängern der 12. und 13. Klassenstufe des Jahrgangs 1976 hatten 73% (Vorjahr: 75%) die feste Absicht zu studieren. Von der Gruppe der Studienwilligen strebten zudem lediglich noch 24,4% ein Lehramt an (Vorjahr: 31,0%).

An den neun Universitäten des Landes waren im Wintersemester 1976/77 rund 92 400 ordentliche Studierende eingeschrieben, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 4,9% bedeutet. Damit kommt zum Ausdruck, daß sich die Zuwachsraten an den Universitäten seit etwa zwei Jahren auf einem niederen Niveau stabilisieren. Überdurchschnittlich stark (+ 8,0%) entwickelte sich hingegen die Zahl der Studentinnen, die einen Anteil von 30% an den Immatrikulierten stellten.

Nach einer Untersuchung des Statistischen Landesamtes hat sich in den letzten Jahren die durchschnittliche Verweilzeit an den Universitäten deutlich erhöht, obwohl wegen der Einführung von Regelstudienzeiten die Länge der eigentlichen Fachstudiengänge sich nicht weiter ausgedehnt hat. Dieser scheinbare Gegensatz resultiert einerseits daraus, daß bei stark gestiegenem Studentenbestand zwangsläufig auch der Anteil derjenigen Studenten größer werden

mußte, der den Anforderungen eines zunächst gewählten Studiums nicht gewachsen ist und deshalb in ein anderes Fach überwechselt. Zum anderen führte die zunehmende Einschränkung der Studiemöglichkeiten dazu, daß Studenten immer häufiger ein sogenanntes „Parkstudium“ so lange durchführen, bis sie in das Fach ihrer eigentlichen Wahl überwechseln können. So hatten denn im Wintersemester 1975/76 rund 13% der Studienanfänger vor Aufnahme des jetzigen Fachstudiums bereits ein anderes Fach belegt.

Sichtbare Konjunkturerholung

Die Jahreswende 1975/76 stand noch ganz unter dem Eindruck der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit und für 1976 wurde zunächst ein mäßiges Realwachstum erwartet. Schon zu Anfang des Jahres gingen jedoch starke Antriebskräfte vom Export aus und, als auch eine lebhaftere Inlandsnachfrage einsetzte, kam es zu einer sichtbaren konjunkturellen Erholung, von der immer mehr Bereiche erfaßt wurden. Eine gewisse flaue Entwicklung während der Sommermonate, die schon zu Befürchtungen Anlaß gab, war nicht von längerer Dauer. Die Produktion ist nach der Sommerpause in wichtigen Bereichen wieder beachtlich gestiegen, ohne jedoch den Arbeitsmarkt wesentlich zu beeinflussen. Die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung basierte jetzt in erster Linie auf dem kräftigen Wachstum der einheimischen Nachfrage nach Endprodukten, wobei die Automobilindustrie besonders hervortrat.

Besonders deutlich zum Ausdruck kommt die konjunkturelle Belebung in dem vom Statistischen Landesamt berechneten Gesamtkonjunkturindikator

(Mengenindikator), der eine Zusammenfassung der verschiedenen konjunkturellen Einzeltendenzen bietet²

Wie aus dem Schaubild hervorgeht, stieg der Gesamtindikator, der entsprechend seiner Konstruktion zwischen den Werten 1 (niedrigster Wert) und 10 (höchster Wert) schwanken kann, bereits zum Jahreswechsel 1975/76 sprunghaft von 3,2 Punkten auf 4,7 Punkte an. Von da ab war eine ständige Aufwärtsentwicklung auf 5,8 Indexpunkte zu verzeichnen, die zur Jahresmitte hin durch eine leichte Abschwächung abgelöst wurde. Nach dem Ende der Ferienzeit erfolgte dann ein Wiederanstieg auf 5,9 Punkte. Mit dem im Dezember erreichten Stand von 5,0 Indexpunkten rangiert der Gesamtindikator im mittleren Drittel des sogenannten Normalbereiches. Dieser ist aufgrund langjähriger Erfahrungen als die Spanne zwischen 4 und 7 Punkten definiert.

Wie stark sich die konjunkturelle Erholung durchsetzte, läßt sich an einigen wichtigen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren ablesen: Die industrielle Produktion konnte um beachtliche 7,7% ausgeweitet werden, die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsproduktes betrug rund 6%. Freilich ist immer zu berücksichtigen, daß es sich hier nur um relative Verbesserungen — bezogen auf das sehr schwache Jahr 1975 — handelt. Die deutliche Verbesserung der konjunkturellen Lage spiegelte sich auch in der Entwicklung der gewerblichen Konkurse wider, die gegenüber dem Vorjahr um 7,5% auf 1439 abnahmen. Demgegenüber haben sich die Hoffnungen auf eine rasche Entspannung der Arbeitsmarktlage nur zum Teil erfüllt. Zwar konnte die Kurzarbeit weitgehend beseitigt werden, doch lag die Zahl der Arbeitslosen Ende 1976 mit 113 000 trotz eines Rückganges binnen Jahresfrist noch weit über den Jahren vor der Rezession.

Mit insgesamt 1 555 Zahlungseinstellungen wurde 1975 bei der Entwicklung der Konkurse ein in der Geschichte des Landes einmaliger Höchststand erreicht. Im Rahmen der wirtschaftlichen Erholung ebnete die Konkurswelle 1976 leicht ab. Insgesamt wurden 1 439 Zahlungseinstellungen registriert, was gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 7,5% bedeutet. Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich jedoch gegenläufige Entwicklungen. So ist bei den Zahlungseinstellungen von Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbscharakter nochmals eine Zunahme um 3,6% auf 495 Fälle festzustellen, während im Bereich der gewerblichen Wirtschaft die Zahl der Konkurse um 12,3% auf 944 deutlich abnahm. Hierzu trug besonders der Rückgang der Konkursanmeldungen im Verarbeitenden Gewerbe (— 24,6%) und im Handel (— 9,4%) bei. Die Zahlen

sind trotzdem noch sehr eindrucksvoll, denn Baden-Württemberg verlor damit allein 255 Firmen im verarbeitenden Gewerbe, nahezu 200 im Handel und 210 in der Bauwirtschaft.

Allerdings blieb die Zahl der mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren auch 1976 gleich hoch (1 082), so daß die totalen Zusammenbrüche nunmehr rund drei Viertel aller Konkurse ausmachen.

Nur langsame Besserung am Arbeitsmarkt

Die zu Jahresbeginn mancherorts gehegten Hoffnungen, daß im Zuge einer konjunkturellen Wiederbelebung auch eine rasche und deutliche Entspannung der Arbeitsmarktlage eintrete, haben sich nur zum Teil erfüllt. Die konjunkturelle Erholung kam hier nur sehr verhalten zur Auswirkung.

Ausgesprochen positiv verlief die Entwicklung der Kurzarbeit. Mit dem Anstieg der Produktion allerdings schmolz der Block der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer rasch ab. Die Zahl der Kurzarbeiter, die im Januar noch rund 148 000 betrug, verminderte sich bis Juni auf knapp 40 000 und ging bis November weiter auf 28 000 zurück und lag am Jahresende mit 34 400 um 79,2% unter dem Vorjahresstand. Der verbleibende Rest an Kurzarbeit konzentrierte sich auf die beiden Wirtschaftszweige Maschinenbau und Elektrotechnik, auf die zusammen über die Hälfte aller Kurzarbeiter entfiel.

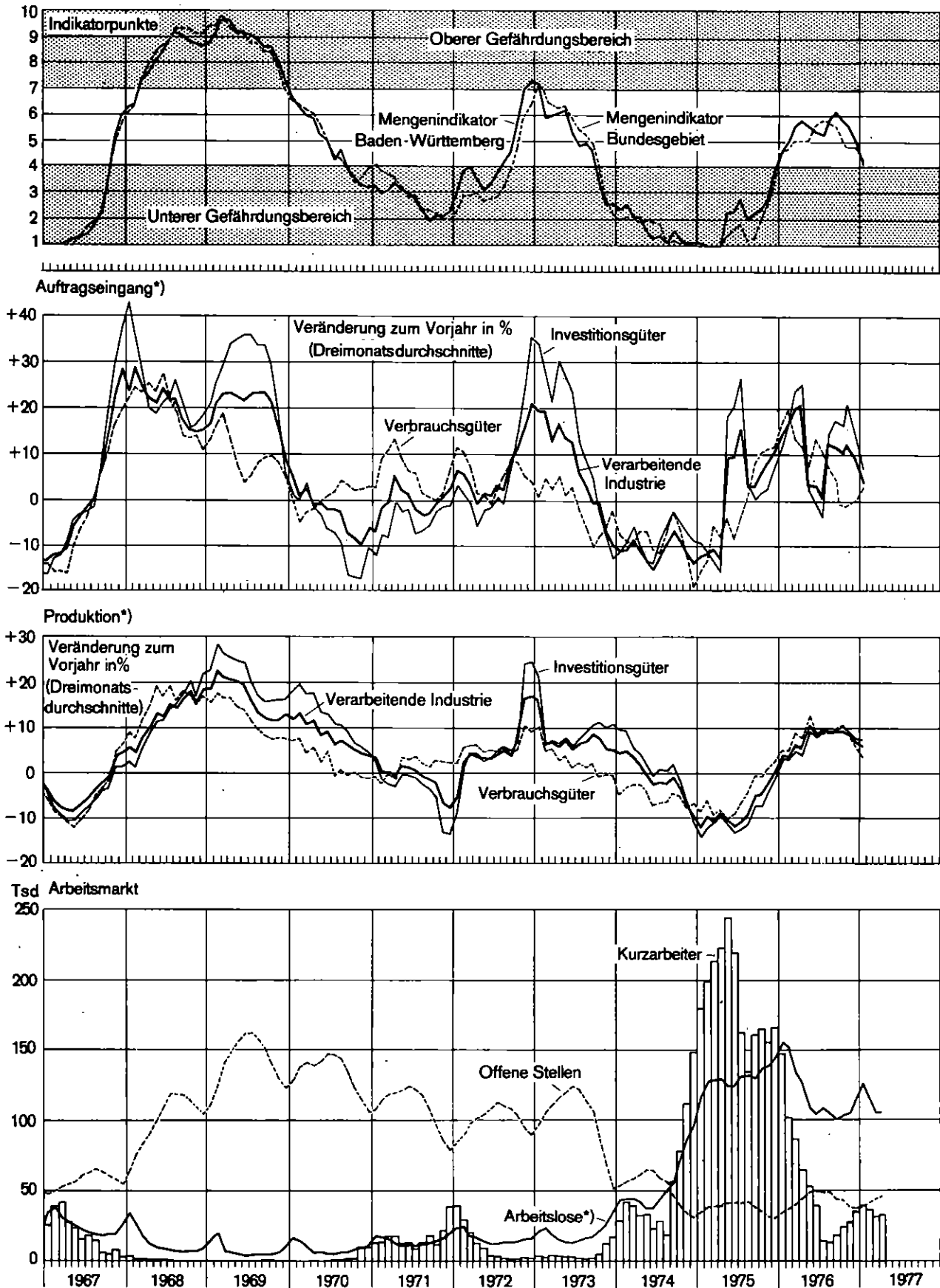
Demgegenüber verlief der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht nur verhaltener, sondern verlangsamte sich seit Mitte des Jahres erheblich. Mit der Ausweitung der Produktion ging die Zahl der Arbeitslosen, die im Januar 1976 mit annähernd 156 000 einen seit den fünfziger Jahren nicht mehr gekannten Höchststand erreicht hatte, in der ersten Jahreshälfte beträchtlich zurück. Von Juni ab, als noch rund 104 000 Arbeitslose registriert waren, war jedoch die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften verhältnismäßig ruhig. Das wirtschaftliche Wachstum wurde offensichtlich weitgehend durch eine höhere Ausnutzung der Produktionskapazitäten sowie durch Rückkehr zur Vollarbeitszeit erzielt. In den Herbstmonaten kam dann der saisonübliche Anstieg der Arbeitslosigkeit, so daß die Zahl der beschäftigungslosen Personen bis zum Ende des Jahres (113 000) wieder leicht anstieg. Besonders deutlich zum Ausdruck kommt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Arbeitslosenquote, die zu Beginn des Jahres 1976 noch bei 4,4% lag, bis Juni auf 2,9% zurückging und Ende des Jahres leicht auf 3,2% anstieg. Vor Jahresfrist lag sie noch bei 4,0%.

Daß der Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft seit Mitte des Jahres kaum mehr anstieg, signalisiert auch die Entwicklung der offenen Stellen. Im Januar 1976 lag der Bestand an offenen Stellen mit rund 34 000 nur knapp über dem Vorjahr (+ 1,4%),

² Eine Darstellung des Aufbaus, der Ziele und der Aussagefähigkeit dieses Instruments zur Konjunkturdiagnose wurde im Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1975 gegeben.

Konjunkturindikatoren

Konjunktur insgesamt



*) Als Einzelindikatoren im Mengenindikator enthalten.

Tabelle 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung 1976

Monat	Arbeitslose		Arbeitslosen- quote	Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	Anzahl	Veränderung gegen 1975 in %	in %	Anzahl	Veränderung gegen 1975 in %	Anzahl	Veränderung gegen 1975 in %
Januar	155 756	+ 33,1	4,4	147 750	- 17,8	33 999	+ 1,4
Februar	152 398	+ 19,8	4,3	101 149	- 49,2	36 813	+ 3,0
März	133 526	+ 4,1	3,8	86 779	- 59,1	40 489	+ 6,2
April	124 972	- 3,7	3,5	64 040	- 71,2	44 140	+ 15,7
Mai	108 386	- 13,2	3,0	47 268	- 80,7	49 482	+ 21,7
Juni	104 223	- 16,2	2,9	39 510	- 82,0	49 924	+ 21,3
Juli	108 673	- 17,2	3,1	13 071	- 91,9	48 823	+ 20,6
August	105 843	- 19,5	3,0	12 735	- 90,6	48 007	+ 15,3
September	100 291	- 22,4	2,8	18 139	- 88,7	43 475	+ 14,4
Oktober	103 595	- 23,3	2,9	23 526	- 85,7	42 408	+ 21,1
November	105 472	- 23,9	3,0	27 904	- 82,0	38 878	+ 23,7
Dezember	112 735	- 21,7	3,2	34 380	- 79,2	36 968	+ 20,6

stieg dann jedoch bis Juni auf rund 50 000 (Vorjahresabstand + 21,3%) und übertraf im Dezember mit 37 000 das Vorjahresniveau um 20,6%.

Ein unter sozialen Aspekten besonderes Problem bildete nach wie vor die Jugendarbeitslosigkeit. Zu ihrer Bekämpfung hatte die Landesregierung die finanzielle Aufstockung ihres Sonderprogrammes beschlossen, das unter anderem die verstärkte Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Lehrlinge sowie arbeits- und berufsfördernde Maßnahmen zur Verhütung oder Beendigung der Arbeitslosigkeit oder unterwertigen Beschäftigung junger Menschen vorsieht. Am Jahresende wurden vom Landesarbeitsamt insgesamt 10 130 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren mit dem Wunsch nach Vollzeitarbeit gezählt. Die altersspezifische Arbeitslosenquote liegt hier bei 3%. Fachleute gehen davon aus, daß die Gruppe jugendlicher Arbeitsloser bei Fortschreiten der konjunkturellen Erholung vom Arbeitsmarkt zwar verhältnismäßig rasch wieder aufgesogen wird, starke Jahrgänge jugendlicher Erwerbspersonen aber neu hinzukommen.

Von den arbeitslosen Jugendlichen war im September 1976 knapp ein Achtel (11,9%) länger als sechs Monate ohne Arbeitsplatz, von den Arbeitslosen insgesamt jedoch ein Anteil von 39,0%. Nicht sehr günstig entwickelte sich die Frauen-Arbeitslosigkeit. Während die Zahl männlicher Arbeitsloser im Jahresdurchschnitt um 15,1% unter den Vorjahresstand sank, nahm die Zahl erwerbsloser Frauen sogar zu (+ 3,4%). Ende des Jahres betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigungslosen 50,4%, entspre-

chend lag die Arbeitslosenquote der Frauen (4,1%) wesentlich höher als die der Männer (2,6%). Die Ursachen hierfür dürften zum Teil darin liegen, daß die oft von Frauen besetzten Arbeitsplätze für Ungelernte bei rückläufiger Konjunktur besonders häufig durch Rationalisierung eingespart werden und Frauen zudem weit häufiger als Männer die konjunkturgefährdeten Teilzeitarbeitsplätze innehaben.

Weit überdurchschnittlich zurück ging die Arbeitslosigkeit unter den Ausländern. Im Jahresdurchschnitt waren 21 000 Ausländer arbeitslos gemeldet, das bedeutet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Rückgang um 36,2%. Die Arbeitslosenquote der Ausländer verringerte sich zwischen Januar und Dezember 1976 von 5,6% auf 2,9%. Maßgeblich für diese Erscheinung dürfte sein, daß die ausländischen Arbeitnehmer bereits im Vorjahr in überdurchschnittlichem Ausmaß von Entlassungen betroffen waren und viele der erwerbslos gewordenen Gastarbeiter keine neue Stelle fanden und deswegen im Laufe des Jahre 1976 in ihre Heimatländer zurückkehrten. Am Jahresende betrug der Anteil der Ausländer unter den Vollzeitarbeitslosen noch 17,2%.

Anstieg der Industrieproduktion

Besonders deutlich zum Ausdruck kommt der ab Herbst 1975 einsetzende Prozeß der konjunkturellen Erholung im Bereich der Industrie. Die Nachfrage nach industriellen Produkten entwickelte sich sehr lebhaft, die Auftragseingänge der baden-württembergischen Industrie lagen wertmäßig um 13,5% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, was unter Berücksichtigung der Preissteigerungen einer realen Zunahme um 10,0% gleichkommt. Getragen wurde

diese Entwicklung auch von der Auslandsnachfrage, die wertmäßig eine Zunahme von 16,5% aufwies. Aber auch die Inlandsbestellungen lagen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um + 12,4% höher.

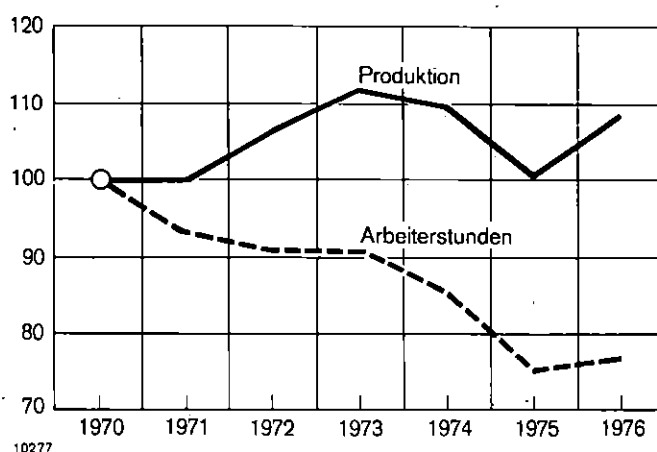
Besonders günstig entwickelten sich die Ordereingänge in den Investitionsgüterindustrien (+ 14,6%), doch wiesen auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und die Verbrauchsgüterindustrien ansehnliche Zuwachsraten von 13,3% bzw. 10,9% auf. Im Verbrauchsgüterbereich wirkte die Auslandsnachfrage (+ 22,9%) stark konjunkturstützend, so daß sich hier in sämtlichen Branchen die Auftragslage stabilisierte. Von den im Land anteilmäßig bedeutenden Gruppen der Investitionsgüterindustrien erfuhr vor allem der Fahrzeugbau (+ 30,7%), die Elektrotechnische (+ 11,0%), die Feinmechanische und optische (+ 14,0%) sowie die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (+ 17,0%) eine ansehnliche Ausweitung der Geschäftstätigkeit, während der Maschinenbau demgegenüber nur eine verhältnismäßig bescheidene Nachfrageexpansion (+ 8,8%) zu verzeichnen hatte. Eine überragende Rolle spielte die Automobilindustrie, die sich als Motor der Konjunktur erwies. Der schon im Frühjahr einsetzende Automobilboom war, mit gewissen Schwankungen, für das ganze Jahr bestimmend.

Die industrielle Produktion reagierte auf den Anstieg der Auftragseingänge zunächst nur zögernd und wies erst gegen Jahresmitte einen kräftigen Anstieg auf. Als Jahresergebnis wurde dennoch ein beachtlicher Zuwachs (+ 7,7%) des Produktionsausstoßes erreicht, der zu einer deutlich verbesserten Kapazitätsauslastung führte, jedoch den starken Einbruch im Vorjahreszeitraum noch nicht voll ausgleichen konnte. Entsprechend der Entwicklung der Auftragseingänge war der prozentuale Anstieg der Erzeugung bei den Grundstoff- und Pro-

Schaubild 6

Produktion und Arbeiterstunden in der Industrie

1970 = 100



duktionsgüter- (+ 9,3%) etwas höher als in den Verbrauchsgüterindustrien (+ 8,7%) und im Investitionsgüterbereich (+ 7,5%). Hier verlief die Produktionsentwicklung im übrigen sehr differenziert. Relativ hohe Zuwachsraten erzielten vor allem die Elektrotechnische (+ 12,1%) und die kunststoffverarbeitende Industrie (+ 21,9%) sowie die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten (+ 31,2%), während der Maschinenbau noch keine nachhaltige Belebung verzeichnen konnte (+ 2,3%).

Obwohl die Produktion beachtlich stieg, lag die Zahl der Industriebeschäftigten im Jahresdurchschnitt noch um 2,5% unter dem bereits extrem niedrigen Vorjahresstand. Im Rahmen der langen und tiefgreifenden Rezessionsphase setzte gegen Ende 1973 ein sich von Monat zu Monat fortsetzender Personalabbau ein, der erst im Januar 1976 bei 1,392 Mill. Beschäftigten zum Stillstand kam. Von da ab vollzog sich in der Industrie des Landes ein

Tabelle 4

Industrieentwicklung 1976

Bezeichnung	Einheit	Veränderung gegen Vorjahr in %				
		1.	2.	3.	4.	1976 insgesamt
		Quartal				
Auftragseingänge (Wertindex)	1970 = 100	+ 19,5	+ 2,2	+ 17,1	+ 17,0	+ 13,5
Auftragseingänge (Volumenindex ¹⁾)	1970 = 100	+ 17,0	— 0,2	+ 12,5	+ 12,2	+ 10,0
Produktion	1970 = 100	+ 3,2	+ 10,0	+ 9,1	+ 8,5	+ 7,7
Beschäftigte	1000	— 5,5	— 3,3	— 1,2	+ 0,3	— 2,5
Arbeiterstunden	1000	— 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 4,6	+ 1,8
Umsatz	Mill.DM	+ 11,6	+ 14,1	+ 10,1	+ 11,1	+ 11,7
Löhne und Gehälter	Mill.DM	+ 2,6	+ 7,1	+ 8,1	+ 9,5	+ 6,9

1) Auftragseingänge unter Ausschaltung der Preissteigerungen (in Preisen von 1970).

leichter Beschäftigungsaufbau, doch wurde erst am Jahresende (1 409,8 Mill. Beschäftigte) der vorjährige Beschäftigtenstand leicht übertroffen (+ 0,6%). Hinzu kommt, daß trotz des erheblichen Abbaus an Kurzarbeit die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden das äußerst niedrige Vorjahresergebnis kaum übertraf (+ 1,8%). Der bisherige Produktionszuwachs wurde somit überwiegend mit vorhandenen Produktivitätsreserven bestritten.

Die Lohn- und Gehaltssumme, deren Anstieg 1975 erstmals seit vielen Jahren zum Stillstand gekommen war (— 0,3%), erhöhte sich 1976 nur mäßig (+ 6,9%). Demgegenüber zeigte die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten aufgrund der Tarifierhöhungen und des gegenüber dem Vorjahr verminderten Beschäftigtenstandes eine beachtliche Zunahme (+ 9,6%).

Der Umsatz der baden-württembergischen Industrie, der 1975 nominal um 0,8% zurückgegangen war, erhöhte sich 1976 bei sehr gemäßigter Anhebung der industriellen Erzeugerpreise (+ 3,7%) um 11,7% auf 137,4 Mrd. DM. Besonders das im Vorjahr aufgrund der rezessiven Tendenzen in allen westlichen Industriestaaten abgeflachte Auslandsgeschäft zog kräftig an (+ 17,5%), während die Inlandserlöse nur um 9,9% zunahmen. Mit der erneuten Steigerung der industriellen Ausfuhr hat die außenwirtschaftliche Verflechtung des Landes einen neuen Höchststand erreicht. Welch hohe Abhängigkeit von den Geschehnissen auf den Auslandsmärkten damit erreicht ist, geht aus der Exportquote der Industrie hervor, die

sich 1976 auf 25,2% beziffert und seit 1960, ausgehend von einem Wert von 15,1%, mit leichten Unterbrechungen kontinuierlich bis zu dieser beachtlichen Exportintensität anstieg.

Positive Ergebnisse im Handwerk

Auch im Bereich des Handwerks war 1976 die konjunkturelle Erholung spürbar. Allerdings verlief die Aufwärtsentwicklung der Geschäftstätigkeit etwas verhaltener als in der Industrie, die von der stark belebten Auslandsnachfrage profitierte.

Die Umsätze des Handwerks lagen 1976 mit 51,5 Mrd. DM um 7,2% über dem Vorjahr, wobei der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und damit der in Baden-Württemberg größte Handwerkszweig einen bemerkenswerten Umsatzzuwachs von 19,7% erzielte. Die Beschäftigungslage im Handwerk verbesserte sich leicht, doch konnte der 1975 gegenüber 1974 verzeichnete Personalabbau (42 000 Beschäftigte) bei weitem nicht ausgeglichen werden. Ende Dezember 1976 beschäftigten die Handwerksbetriebe des Landes rund 684 000 Personen (0,3% mehr als im Vorjahr). Von den in Baden-Württemberg bedeutsamen Handwerkszweigen erhöhten vor allem das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 2,8%) und der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (+ 1,0%) die Beschäftigtenzahl, während das Bekleidungsgewerbe (— 3,7%) und das Holzverarbeitungsgewerbe (— 1,5%) ihren Beschäftigtenstand weiter reduzierten.

Bauwirtschaft bleibt noch zurück

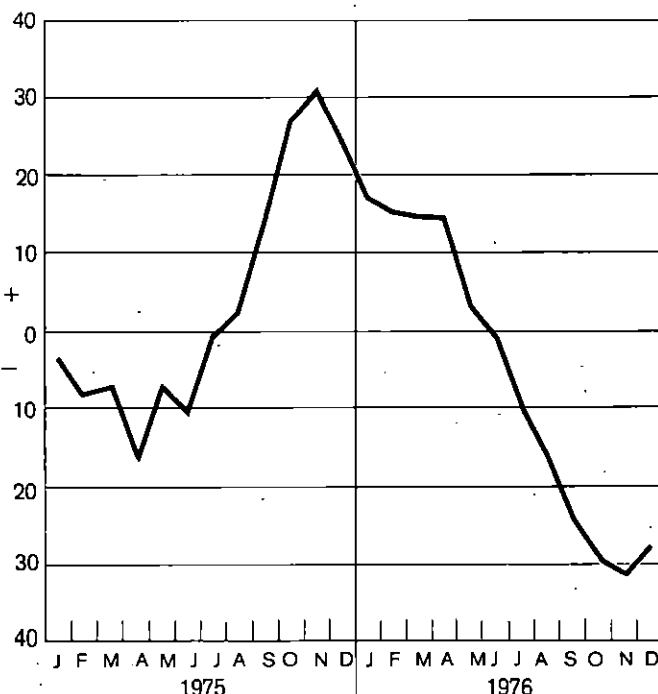
Die Bauwirtschaft machte in den letzten drei Jahren einen starken Schrumpfungsprozeß durch, der sich nun etwas beruhigt zu haben scheint. Es läßt sich aber noch nicht erkennen, ob oder in welchem Tempo die Talfahrt, vor allem im Hochbau, weitergeht. Dies hängt von der Aufnahmefähigkeit des Wohnungsmarktes und den gewerblichen Bauinvestitionen ab und kann nur bis zu einem gewissen Grad durch öffentliche Bauaufträge beeinflusst werden. Im Jahr 1976 war die Entwicklung der Bauwirtschaft, was den Bereich des Hochbaus betrifft, durch deutliche Auswirkungen der Investitionszulage gekennzeichnet³. Diese war an die Auflage gebunden, daß der Antrag auf Baugenehmigung bis 30. Juni 1975 eingereicht und das Bauvorhaben bis 30. Juni 1977 fertiggestellt ist.

Wie aus Schaubild 7 hervorgeht, zeigte sich nach Ablauf der Antragsfrist und der für Bauanträge üblichen Bearbeitungszeit zunächst eine kräftige Zunahme der Hochbaugenehmigungen, ab 1976 jedoch wieder ein Rückgang der monatlichen Genehmigungszahlen. Wegen der Frist für die Fertigstellung der Bauvorhaben und der für Bauten benötigten Ausführungszeit folgte dem Anstieg der Baugenehmigungen alsbald eine

Schaubild 7

Baugenehmigungen im Hochbau*

Veränderung zum Vorjahr in %, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



*Umbauter Raum in Wohn- und Nichtwohnbauten.

³ Durch das Gesetz zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung vom 23. 12. 1974 und das Gesetz über Investitionszuschüsse im sozialen Wohnungsbau vom 27. 12. 1974 wurde eine Investitionszulage von 7,5% gewährt.

kräftige Zunahme der Auftragsvergaben, so daß der bislang verzeichnete starke Rückgang der Bauleistung annähernd zum Stillstand kam. Nimmt man die auf den Baustellen geleisteten Arbeitsstunden als Maßstab für die Bauleistung, so errechnet sich für 1976 nur eine leichte Abnahme (– 0,9%), während im Vorjahr im Hochbaubereich noch ein Rückgang um fast 15% verzeichnet wurde. Allerdings lag die Zahl der fertiggestellten Wohnungen nur bei etwa 66 000 Einheiten gegenüber 74 000 im Vorjahr. Maßgeblich für diesen weiteren Rückgang des Fertigstellungsergebnisses war das zu Jahresbeginn verzeichnete Bauüberhangsvolumen. Mit 122 000 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen lag der „Vorrat“ an Bauvorhaben rund 16% unter dem Vorjahresniveau, wobei sowohl die Zahl der bereits „unter Dach“ befindlichen (rohbaufertigen) Wohnungen als auch die begonnenen, aber noch nicht rohbaufertigen Bauten beträchtlich geringer als im Vorjahr war.

Demgegenüber gingen die Baugenehmigungen im Bereich der gewerblich genutzten Gebäude, Verwaltungsbauten u. ä. dem umbauten Raum nach erheblich (– 24,6%) unter den Stand des Vorjahres zurück. Eine erhebliche Verschlechterung der Auftragslage war auch im Bereich des Tiefbaus zu verzeichnen, so daß die Bauleistung gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden um rund 9% abnahm.

Die Beschäftigungslage im Bauhauptgewerbe war 1976 durch eine weitere Anpassung der personellen Kapazitäten gekennzeichnet. Der Personalbestand, der bereits in den Jahren 1974 und 1975 um 9,8% bzw. 10,6% abgebaut worden war, reduzierte sich 1976 nochmals um 3,8%. Trotz der weiteren Freisetzung von Arbeitskräften besteht in der Bauwirtschaft Bedarf an Fachkräften, der nur unzureichend gedeckt werden kann. Ende September waren für Bauberufe 6 684 offene Stellen registriert, denen nur 1 652 Arbeitslose gegenüber standen. Dieses auf den ersten Blick erstaunliche Ergebnis ist ganz wesentlich auf die Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer zurückzuführen, konzentrierte sich doch der Personalabbau besonders stark auf Beschäftigte mit untergeordneten Tätigkeiten, unter denen die Ausländer sehr stark vertreten sind.

Landwirtschaft: Höhere Verkaufserlöse und Einkommen

Die Nahrungsmittelproduktion der baden-württembergischen Landwirtschaft hat im Wirtschaftsjahr 1975/76 den bisher höchsten Stand erreicht und die Vorjahresproduktion um 3,2% übertroffen. Die erzielten Verkaufserlöse in Höhe von 6,27 Mrd. DM liegen 17,1% über dem Vorjahr. Bei den pflanzlichen Erzeugnissen betrug der Mehrerlös gegenüber dem Vorjahr sogar 20,4%, während bei den tierischen Erzeugnissen eine Einnahmensteigerung um 15,4% erzielt wurde. Im einzelnen ergaben sich Mehrerlöse bei Schlachtrindern einschließlich -kälbern (12,8%),

bei Milch (14,5%) und bei Schlachtschweinen (30,8%); zusammen entfallen auf diese Erzeugnisse allein 58,1% der gesamten Verkaufserlöse. Im Bereich der pflanzlichen Produktion erhöhten sich vor allem die Erlöse bei Wein (97,7%) und Obst (29,2%) und bei Kartoffeln wurde der naturale Ernterückgang (– 30,6%) durch außergewöhnlich hohe Erzeugerpreise ausgeglichen, so daß beträchtliche Mehrerlöse (44,7%) resultierten.

Den höheren Verkaufserlösen von 17% steht allerdings auch ein erhöhter Sachaufwand gegenüber, der sich aus Preissteigerungen bei den Betriebsmitteln um etwa 7% ergab. Bei der Beurteilung der gestiegenen Mehreinnahmen ist jedoch zu beachten, daß 1974/75 ein mageres Ertragsjahr war und auch 1976/77 mit der Hypothek eines extremen Dürresommers belastet ist.

Bisher größte Ausfuhr

Die baden-württembergische Exportwirtschaft hatte 1975 einen spürbaren Rückgang ihrer Ausfuhrerlöse (– 3,7%) hinnehmen müssen. Im Jahr 1976 setzte jedoch in den meisten westlichen Industrieländern ein konjunktureller Aufschwung ein, der das Volumen der Außenhandelsströme wieder anschwellen ließ. Im Rahmen der weltweiten Belebung des Außenhandels gelang es Baden-Württembergs Wirtschaft verhältnismäßig gut, ihre Position auf den Weltmärkten zu festigen. Die erzielten Ausfuhrerlöse bezifferten sich auf 41,8 Mrd. DM und übertrafen damit sowohl das Ergebnis des Vorjahres (+ 16,5%) als auch die bisherige Rekord-Ausfuhr im Jahre 1974 (+ 12,2%) deutlich.

Besonders stark stiegen die Exporte in die Länder der Europäischen Gemeinschaft (+ 21,6%), Unter ihnen ragt insbesondere unser Nachbarland Frankreich heraus (+ 28,6%), doch steigerten auch Italien (+ 17,6%) und Großbritannien (+ 18,8%) ihre Bezüge aus Baden-Württemberg beachtlich.

Einen in dieser Größenordnung (+ 19,1%) wohl kaum geahnten Aufschwung nahm die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, in denen im ersten Halbjahr 1976 eine rasche konjunkturelle Aufwärtsentwicklung eingesetzt hatte. Faßt man die Handelspartner Baden-Württembergs nach Ländergruppierungen zusammen, so errechnet sich für den Export in die Gruppe der westlichen Industrieländer eine überdurchschnittliche Zuwachsrate von 19,0% während sich die Lieferungen in die Entwicklungsländer nur um 11,9% erhöhten und die Ostblockländer ihre Bezüge aus Baden-Württemberg sogar leicht verminderten. Damit hat sich der 1973 begonnene Umschichtungsprozeß in der Zusammensetzung der Ausfuhr (steigende Ausfuhranteile der Ostblock- und der Entwicklungsländer) in jüngster Zeit nicht fortgesetzt.

Von den in Baden-Württemberg anteilmäßig stark vertretenen Industriezweigen vermochte der Fahrzeugbau seine bisher schon hohen Ausfuhrumsätze

Tabelle 5

Ein- und Ausfuhr nach Handelspartnern 1976 ¹⁾

Handelspartner	Einfuhr (Generalhandel)			Ausfuhr (Spezialhandel)		
	Mill.DM	%	Veränderung gegenüber 1975 in %	Mill.DM	%	Veränderung gegenüber 1975 in %
Europa	21 255,7	71,1	+ 19,7	29 561,5	70,7	+ 17,3
davon						
EG-Länder	14 893,1	49,8	+ 17,0	17 323,4	41,4	+ 21,6
Frankreich	5 792,9	19,4	+ 19,1	6 428,6	15,4	+ 28,6
Belgien	2 070,0	6,9	+ 19,9	2 114,8	5,1	+ 14,9
Niederlande	2 084,2	7,0	+ 4,6	3 099,1	7,4	+ 17,1
Italien	3 975,8	13,3	+ 18,8	3 183,7	7,6	+ 17,6
Großbritannien	740,0	2,5	+ 18,1	1 701,8	4,1	+ 18,8
Republik Irland	84,1	0,3	+ 28,4	85,0	0,2	+ 13,0
Dänemark	146,1	0,5	+ 30,1	710,6	1,7	+ 28,8
EG-Freihandelsländer ²⁾	4 437,9	14,8	+ 30,9	7 813,9	18,7	+ 20,1
Europäische Ostblockländer ³⁾	655,0	2,2	+ 12,1	2 087,7	5,0	- 3,3
Übriges Europa	1 269,8	4,2	+ 21,7	2 336,5	5,6	+ 2,7
Afrika	2 451,0	8,2	+ 21,5	2 402,9	5,7	+ 19,8
Amerika	2 707,6	9,1	+ 16,3	5 047,5	12,1	+ 14,5
darunter						
Vereinigte Staaten	2 025,8	6,8	+ 18,6	3 319,6	7,9	+ 19,1
Asien	3 396,0	11,4	+ 23,8	4 323,3	10,3	+ 9,9
Australien und Ozeanien	94,7	0,3	+ 57,6	490,3	1,2	+ 30,4
Insgesamt	29 905,1	100,0	+ 20,1	41 825,7	100,0	+ 16,5
davon						
Industrialisierte westliche Länder	23 628,2	79,0	+ 19,7	32 956,4	78,8	+ 19,0
Entwicklungsländer	5 561,2	18,6	+ 22,8	6 713,1	16,1	+ 11,9
darunter OPEC-Länder ⁴⁾	3 629,9	12,1	+ 23,6	3 341,0	8,0	+ 11,7
Ostblockländer zusammen ⁵⁾	715,6	2,4	+ 13,2	2 156,0	5,2	- 3,4

1) Vorläufige Zahlenwerte. — 2) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. — 3) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. — 4) Ver.Arab.Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Gabun. — 5) Europäischer und Asiatischer Ostblock.

kräftig zu erhöhen (+ 15,0%). Aber auch den meisten übrigen bedeutenden Industriezweigen des Landes gelang es, die im Rezessionsjahr 1975 ausgewiesenen Exportrückschläge durch höhere Ausfuhrerlöse auszugleichen. Das trifft für die elektrotechnische Industrie (+ 22,6%), die Feinmechanik und Optik (+ 20,1%), die Textil- (+ 19,9%) und die chemische Industrie (+ 29,3%) zu. Eine gewisse Ausnahme bildete nur der Maschinenbau. Infolge der bislang noch schwachen Investitionsneigung in den meisten westlichen Industrieländern zeigte der Absatz von Maschinen nur eine vergleichsweise geringe Zunahme (+ 8,7%).

Stärker noch als die Ausfuhren erhöhten sich die Importe. Dem Wert nach lagen sie um 20,1% über dem Vorjahr. Zu dieser ungewöhnlich starken Zunahme trug nicht nur der inländische Konjunkturaufschwung und die damit verbundene Produktionsausweitung bei (Importsog), sondern ebenso die beträchtliche Verteuerung der eingeführten Güter. Hinzu kam, daß sich besonders im Fertigwarenbereich ausländische Unternehmen zur besseren Auslastung ihrer Kapazitäten um den aufnahmefähigen deutschen

Markt bemühten. So stiegen beispielsweise die Einfuhren von Kraftfahrzeugen (+ 24,9%), Maschinen (+ 16,0%), chemischen (+ 23,9%) und elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 23,8%) ganz beträchtlich, obwohl die entsprechenden heimischen Industriezweige teilweise (z. B. Maschinenbau) noch längst keine Vollausslastung ihrer Produktionskapazitäten erreicht hatten.

Leichte Geschäftsbelebung im Einzelhandel — noch immer stagnierender Fremdenverkehr

Die Umsätze der baden-württembergischen Einzelhandelsunternehmen erhöhten sich 1976 um nominal 7,9%, was unter Berücksichtigung der Preisentwicklung einen Zuwachs von 3,8% bedeutet. Dabei darf nicht übersehen werden, daß das für den Einzelhandel insgesamt verzeichnete Umsatzwachstum zu einem großen Teil von der Geschäftsbelebung zweier Branchen getragen wurde. So weiteten der Handel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (+ 16,9%) und die Unternehmen der Kohle- und Mineralölbranche (+ 18,2%) ihre Umsätze weit überdurchschnittlich aus. Die Umsatzsteigerung des nur

wenig konjunktorempfindlichen Facheinzelhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln (+ 7,8%); der fast ein Drittel des gesamten Einzelhandelsumsatzes ausmacht, entsprach gerade dem Durchschnitt. Dagegen mußte sich der Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf, mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, mit Papierwaren und Druckerzeugnissen, sowie mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen mit geringeren Zuwachsraten zufrieden geben.

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe setzte nominal rund 5% mehr um als im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der innerhalb Jahresfrist erfolgten Preissteigerungen bedeutet das eine Umsatzstagnation. Sehr ähnlich entwickelten sich die Umsätze aus Übernachtungen, eine Tendenz, die auch durch die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik bestätigt wird. In den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes wurden rund 7,93 Mill. Gäste und 39,78 Mill. Übernachtungen registriert. Gegenüber dem Vorjahr hat damit die Zahl der Gäste leicht zugenommen (+ 2,5%), während die der Übernachtungen rückläufig war (– 2,5%). Damit verringerte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 5,3 auf 5,0 Tage. Bemerkenswert ist ferner, daß sich der in den letzten Jahren beobachtete Rückgang der Gästezahlen aus dem Ausland nicht fortgesetzt hat, die Zahl der Auslandsgäste war um 6,2% höher als im Vorjahr. Vor allem von den Gästen aus den Vereinigten Staaten, der Schweiz und den Niederlanden, wurden wieder in verstärktem Maße Reiseziele in Baden-Württemberg gewählt.

Preisauftrieb weiter abgeschwächt

Die schon 1975 auf nahezu allen Handelsstufen festzustellende Abschwächung der Preisauftriebstenden-

Tabelle 6

Index der Einzelhandelsumsätze 1976 (1970 = 100)

Wirtschaftsgruppe	Veränderung gegen Vorjahr in %	
	in jeweiligen Preisen	konstanten Preisen
Einzelhandel mit:		
Waren verschiedener Art	+ 3,8	—
Nahrungs- und Genußmitteln	+ 7,8	+ 2,8
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	+ 4,8	+ 1,3
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	+ 4,9	+ 2,0
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	+ 3,9	+ 2,3
Papierwaren und Druckerzeugnissen	+ 4,7	+ 0,7
Pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	+ 6,0	+ 3,7
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	+ 18,2	+ 11,7
Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen	+ 16,9	+ 12,9
Sonstige Waren	+ 6,5	+ 1,4
Einzelhandel insgesamt	+ 7,9	+ 3,8

zen setzte sich auch 1976 in den wichtigen Teilbereichen fort. Auf der Verbraucherstufe hielten sich die Preiserhöhungen, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) in verhältnismäßig engen Grenzen. In Baden-Württemberg betrug die durchschnittliche jährliche Preissteigerung 4,7% gegenüber 5,6% bzw. 6,4% in den Vorjahren.

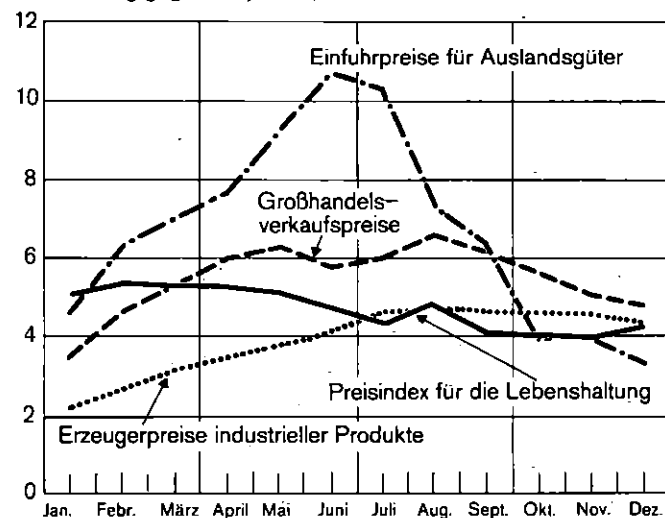
Hingegen tendierten die Preise auf dem Bausektor 1976 wieder etwas nach oben, nachdem die Auftriebstendenzen im Vorjahr wegen der unbefriedigenden Auftragslage der Bauwirtschaft praktisch zum Stillstand gekommen waren. Im November lag der Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Gebäude) 4,0% über dem Vorjahr. Damit gelang es der Bauwirtschaft 1976 zumindest teilweise, die eingetretenen Kostensteigerungen an die Auftraggeber weiterzugeben.

Beträchtliche Verteuerungen, die das inländische Preisklima belasteten, gingen hingegen von den Weltmärkten aus. Die Einfuhrpreise, die bis Mitte 1975 aufgrund der weltweiten Rezession noch kontinuierlich gesunken waren, stiegen von da ab wieder beachtlich an. Ende 1975 betrug die Veränderungsrate

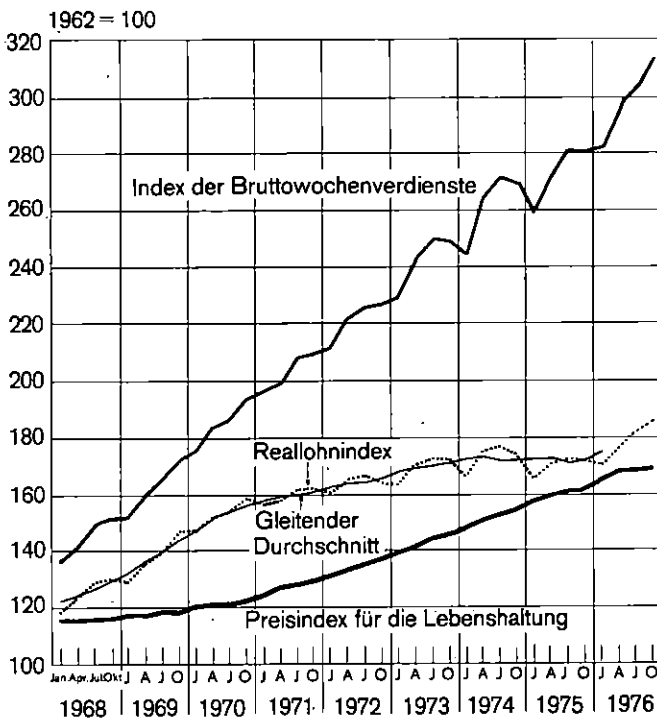
Schaubild 8

Ausgewählte monatliche Preisindizes 1976

Veränderung gegen Vorjahr in %



Bruttowochenverdienste und Reallöhne



13377

zum Vorjahr noch 2,1%, bis Mitte 1976 erhöhte sich der Vorjahresabstand auf 10,7%, flachte bis Dezember jedoch wieder auf 3,3% ab. Der verzeichnete Preisauftrieb war in erster Linie eine Folge der hohen Preissteigerungen für Rohstoffe und Halbwaren, während sich die Preisanhebungen im Fertigwarenbereich in engen Grenzen hielten.

Die Verteuerung der eingeführten Waren trug wesentlich dazu bei, daß sich der Auftrieb der industriellen Erzeugerpreise entscheidend verstärkte. Ende 1975 hatte der Anstieg der Erzeugerpreise noch bei 2,5% gelegen, bis Dezember 1976 vergrößerte sich der Vorjahresabstand auf 4,3%. Dabei verteuerten sich im Zusammenhang mit den Preisanhebungen an den internationalen Rohwarenmärkten in erster Linie die Grundstoffe, während für Verbrauchs- und Investitionsgüter der harte Wettbewerb nur geringe Spielräume für Preiserhöhungen zuließ.

Gemäßigter Lohnanstieg

Die Löhne und Gehälter erhöhten sich 1976 relativ maßvoll. Von Mitte 1975 bis Mitte 1976 stiegen die Brutto-Stundenverdienste der Arbeiter in der Industrie (Männer und Frauen, einschließlich Hoch- und Tiefbau) um 6,4% gegenüber 7,1% im Vorjahreszeitraum. Mitte des Jahres betrug damit der durchschnittliche Stundenlohnsatz der männlichen Industriearbeiter 11,23 DM (+ 6,6%), während die Arbeiterinnen durchschnittlich 8,42 DM (+ 6,2%) verdienten.

Durch Abbau der Kurzarbeit und Zunahme der Überstunden erhöhte sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Bereich der Industrie binnen Jahresfrist um 1,1 Stunden. Aufgrund dessen nahmen die Bruttowochenverdienste um 9,5% (Vorjahr: 4,6%) und damit weitaus stärker zu als die Stundenlohnsätze. Etwas überdurchschnittlich stiegen die Wochenverdienste der Arbeiterinnen (+ 9,8%) während bei den männlichen Industriearbeitern (+ 9,2%) die Erhöhung etwas geringer ausfiel.

Für den Lebensstandard der Arbeitnehmer ist jedoch nicht allein die nominelle Steigerung der Wochenverdienste entscheidend, denn Preissteigerungen zehren einen Teil des Einkommenszuwachses auf. Zum Nachweis der Entwicklung der realen Kaufkraft dient vielmehr der Reallohnindex, das heißt der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste. Dieser Maßstab für die Entwicklung der Brutto-Realeinkommen war von Mitte 1974 bis Mitte 1975 um 2,1% gesunken. In der Folgezeit bis Juli 1976 stieg er wieder um 4,8%; das zeigt, daß die gemäßigten Lohnabschlüsse sich nicht zu Lasten der Arbeitnehmer ausgewirkt haben. Berücksichtigt man jedoch zusätzlich die Erhöhung der Sozialabgaben, so wird deutlich, daß 1976 wiederum eine bescheidene Verbesserung des Lebensstandards der Industriearbeiter erreicht wurde.

Kreditnachfrage lebhafter

Das Kreditgeschäft der in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstitute stand im Jahr 1976 im Zeichen einer Erholung. Im Durchschnitt des Jahres 1976 lag der Bestand der an die inländische Nichtbankenkundenschaft gewährten Kredite um 12,7 vH über dem Vorjahresniveau, im Jahr 1975 hatte die Steigerungsrate nur 7,6 vH betragen. Von Dezember 1975 bis Dezember 1976 gerechnet erhöhte sich der Kreditbestand um 11,7 vH. Die Belebung ist vor allem auf das Geschäft mit der Wirtschaft zurückzuführen; vor den gesamten Neu-Ausleihungen in Höhe von 11,7 Mrd. DM entfielen mehr als drei Viertel (= 9,7 Mrd. DM) auf Kredite an Unternehmen und Privatpersonen. Freilich ist dabei nicht zu verkennen, daß das Kreditgeschäft mit dem privaten Sektor in 1976 noch weniger stark expandiert hat als im langjährigen Durchschnitt, Zeichen der insgesamt gesehen noch verhaltenen Verschuldungsbereitschaft der Wirtschaft.

Der Anteil der Neu-Ausleihungen an die öffentlichen Haushalte an der gesamten Kreditgewährung belief sich 1976 auf „nur“ noch gut ein Drittel desjenigen im Jahr zuvor, mit 21,8 vH (= 2,7 Mrd. DM) war der Anteilsatz indes immer noch bei weitem höher als in den Jahren vor 1974, mit Ausnahme des Rezessionsjahres 1967:

Tabelle 7

Forderungen der in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstitute¹⁾ an inländische Nichtbanken²⁾

Forderungen	Dezember			
	1973	1974	1975	1976
	Millionen DM			
Insgesamt	88 925	96 539	106 128	118 537
davon an				
öffentliche Haushalte	10 925	13 369	19 070	21 778
Unternehmen und Privatpersonen	78 000	83 170	87 058	96 759
darunter				
Hypothekarkredite	29 308	31 706	32 705	34 636
Sonstige an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	37 446	39 726	41 343	45 554
Sonstige an wirtschaftlich unselbständige Privatpersonen	10 669	11 116	12 323	15 711

1) Für Kreditgenossenschaften nur Teilerhebungen; ab Dezember 1973 diejenigen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1972 10 Mill.DM und mehr betrug. — 2) Einschließlich Bausparkassen.

Die konjunkturelle Belebung spiegelt sich nicht nur in der Verlagerung der Relation der Kredite an die öffentlichen Haushalte zu Krediten an die Wirtschaft wider, sondern auch in Verschiebungen innerhalb der Struktur der Neu-Ausleihungen an inländische Unternehmen und Privatpersonen. Der Anteil der nicht hypothekarisch gesicherten Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen an den gesamten Neu-Ausleihungen an inländische Unternehmen und Privatpersonen, der 1975 auf 41,6 vH zurückgegangen war, belief sich 1976 immerhin wieder auf 43,4 vH bei einem Anteil an den Kreditbeständen von 47,1 vH. Bei der Ausweitung der nicht hypothekarisch gesicherten Kredite (+ 7,8 Mrd. DM) kam den Neu-Ausleihungen an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen (+ 3,4 Mrd. DM) in 1976 eine noch größere Bedeutung zu als im Vorjahr (+ 1,2 Mrd. DM); ihre Zuwachsrate war mit 27,5 vH höher als jemals zuvor. Dagegen war die Zunahme der Hypothekarkredite (+ 1,9 Mrd. DM) zwar etwa doppelt so stark wie 1975; verglichen mit früheren Jahren jedoch relativ schwach.

Von der Zunahme der Ausleihungen an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen (+ 4,2 Mrd. DM) in 1976 entfielen mehr als die Hälfte (= 2,4 Mrd. DM) auf Handel und Dienstleistungen; eine Folge des mit der kräftigen Lageraufstockung verbundenen Finanzierungsbedarfs und des in diesem Bereich nicht zuletzt aufgrund der Investitionszulage besonders ausgeprägten Anstiegs der Investitionen. Noch schwach blieb die Kreditnachfrage des verarbeitenden Gewerbes (+ 1,0 Mrd. DM bzw. 6,1 vH), doch ist auch hier die Wende zur größeren Verschuldungsbereitschaft unverkennbar, wenn man sich vor Augen hält, daß dieser Sektor im Jahr 1975 seine Bankschulden per Saldo um 0,35 Mrd. DM abgebaut hatte.

Sparbereitschaft noch nicht normalisiert

Im Zuge des deutlich verbesserten Konjunkturlimas hat die Ausgabeneigung der privaten Haushalte in 1976 wieder zugenommen. Die Verbrauchsausgaben stiegen zwar relativ stärker als das verfügbare Einkommen; trotzdem blieb die Sparquote verglichen mit früheren Jahren noch recht hoch. Die Zuwachsrate für den Bestand der Spareinlagen bei den in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstituten, der sich Ende 1976 auf 60,2 Mrd. DM belief, war allerdings mit 9% beträchtlich geringer als im Vorjahr (21%). Die rückläufige Zuwachsrate der Spareinlagen ist jedoch vor allem darauf zurückzuführen, daß 1975 nach Normalisierung des Zinsgefüges in beträchtlichem Umfang Terminguthaben wieder auf Sparkonten zurückgebuht worden waren — die Terminverbindlichkeiten der in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstitute gingen seinerzeit um 4,5% zurück —, während 1976 der Bestand an Termineinlagen inländischer Nichtbanken einen Zuwachs um 10,7% verzeichnete. Außerdem wandte sich die private Ersparnis 1976 aufgrund des zunehmenden Zinsbewußtseins breiter Anlegerkreise verstärkt höherverzinslichen Anlageformen zu — Sparbriefen, Bundesschatzbriefen, Wertpapieranlagen. Ein um 5,7% höheres Mittelaufkommen — 12,3 Mrd. DM Bausparbeiträge und 6,0 Mrd. DM Zins- und Tilgungseingänge verglichen mit 11,9 Mrd. DM bzw. 5,3 Mrd. DM 1975 — verzeichneten zudem auch die Bausparkassen mit Sitz in Baden-Württemberg.

Steuereingänge über Vorjahresniveau — Sparkurs nicht geändert

Die Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden standen 1976 allgemein vor einer doppelten Aufgabe. Einerseits wurden von den öffentlichen Händen weiterhin konjunkturstützende Impulse erwartet. Andererseits galt es, Maßnahmen zu ergreifen,

um die strukturellen Defizite der Haushalte mittelfristig zu beseitigen (Abbau der Kreditaufnahme, Sicherung eines angemessenen Investitionsspielraums). Die notwendige Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sollte dabei von den immer noch hohen Ausgabeüberschüssen ausgehen, während die mittelfristige Verbesserung der Finanzstruktur durch spezielle gesetzliche Regelungen wie z. B. Haushaltsstrukturgesetz und sonstige Maßnahmen anzustreben war.

Beim Doppelhaushalt des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1975/76 wurden 1975 die Etatsätze noch ohne größere Abstriche vollzogen und die sich ergebende Finanzierungslücke durch Aufstockung der Kreditaufnahmen abgedeckt. Demgegenüber war für 1976 eine grundsätzliche Neuorientierung der Haushaltspolitik unerlässlich, hatten sich doch aufgrund der rezessiven Wirtschaftsentwicklung und der Änderung der Umsatzsteuerverteilung zugunsten des Bundes erhebliche Steuerausfälle gegenüber dem verabschiedeten Etat ergeben. Um die daraus resultierende Haushaltslücke nicht voll durch erhöhte Kreditaufnahmen schließen zu müssen, legte die Landesregierung ein „Programm zur kurz- und

mittelfristigen Anpassung des Landeshaushalts an die wirtschaftliche Entwicklung“ vor, das Einsparungen in Höhe von rund 1 Mrd. DM vorsah.

Die Sparmaßnahmen dieses Programms fanden ihren Niederschlag im Ersten Nachtrag zum Haushaltsplan 1976 vom 3. März 1976. Darin wurde eine Kürzung des ursprünglich geplanten Haushaltsvolumens um 1,2 Mrd. DM auf 20,9 Mrd. DM vorgenommen. Auf der Einnahmenseite wurde das Steueraufkommen mit 13,5 Mrd. DM um 2,1 Mrd. DM niedriger als ursprünglich veranschlagt, während die Kreditermächtigung um 763 Mill. DM auf 2 681 Mill. DM aufgestockt werden mußte.

Auch für die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes war es 1976 noch schwieriger als im Vorjahr, ihre Haushalte in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. So war in vielen Fällen eine weitere Erhöhung der Kreditaufnahmen im Hinblick auf den bereits erreichten Schuldenstand und die damit verbundene Schuldendienstbelastung nicht möglich. Die im Rahmen der Haushaltsansatzstatistik berichtenden Gemeinden (Gv) mit 10 000 und mehr Einwohnern rechneten für 1976 mit Einnahmen aus

Tabelle 8

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Steuerart / Einnahmeart	1976	1975	Veränderung in %
	Mill. DM		
Aufkommen vor der Steuerverteilung			
Gemeinschaftliche Steuern ¹⁾	30 848,1	27 505,8	+ 12,2
Steuern vom Einkommen ²⁾	21 972,9	19 253,7	+ 14,1
Lohnsteuer	13 034,7	11 553,0	+ 12,8
Veranlagte Einkommensteuer	5 196,9	4 661,7	+ 11,5
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	375,6	311,2	+ 20,7
Körperschaftsteuer	3 365,8	2 727,7	+ 23,4
Steuern vom Umsatz	8 875,1	8 252,1	+ 7,6
Umsatzsteuer ³⁾	6 256,9	6 062,2	+ 3,2
Einfuhrumsatzsteuer	2 618,3	2 189,9	+ 19,6
Bundessteuern	3 158,4	3 018,1	+ 4,7
Landessteuern	2 182,5	1 917,6	+ 13,8
darunter			
Kraftfahrzeugsteuer	889,4	836,8	+ 6,3
Einnahmen nach der Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften			
Bundeseinnahmen	19 613,7	17 732,4	+ 10,6
darunter			
Anteil an den Steuern vom Einkommen	9 710,3	8 491,8	+ 14,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz	6 123,8	5 632,1	+ 8,7
Anteil an der Gewerbesteuer-Umlage	621,1	590,5	+ 5,2
Landeseinnahmen	14 461,5	12 971,9	+ 11,5
darunter			
Anteil an den Steuern vom Einkommen	9 120,8	8 080,5	+ 12,9
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁴⁾	2 537,1	2 383,4	+ 6,5
Anteil an der Gewerbesteuer-Umlage	621,1	590,5	+ 5,2
Nachrichtlich:			
Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	2 474,5	2 207,7	+ 12,1

1) Gemäß Artikel 106 GG. — 2) 1975 einschließlich auslaufender Einnahmen aus den Stabilitätzuschlägen. — 3) 1975 einschließlich auslaufender Einnahmen aus der Investitionssteuer. — 4) Nach Berücksichtigung des USt.-Ausgleichs unter den Ländern unter Zugrundelegung des geltenden Umsatzsteueranteils: 1975 = 31,75%; 1976 = 31%.

Steuern und steuerähnlichen Abgaben in Höhe von 3,97 Mrd. DM, was gegenüber den Ansätzen des Vorjahres einen Rückgang um 2,3% bedeutet. Wegen dieser niedrigeren Steuereingänge sahen sich die Gemeinden gezwungen, den Ausgleich ihrer Haushalte in erster Linie über die Ausgabenseite vorzunehmen. Davon waren in besonderem Maße die Investitionsausgaben betroffen.

Der am 10. Dezember 1976 beschlossene Zweite Nachtrag zum Haushaltsplan brachte eine Erhöhung des Haushaltsvolumens des Landes um 7,0% auf 21,8 Mrd. DM. Für die kommunalen Gebietskörperschaften ergab sich eine Zunahme der Ausgaben um 8,0% auf 21,4 Mrd. DM.

Die seit Aufstellung der Haushaltspläne eingetretene finanzwirtschaftliche Entwicklung war dadurch gekennzeichnet, daß die erwarteten Steuereingänge beträchtlich übertroffen wurden. Während im Nachtragshaushalt des Landes die Zunahme der Steuereinnahmen gegenüber dem Ist-Aufkommen 1975 noch vorsichtig mit 10,6% veranschlagt wurde, lag das tatsächliche Steueraufkommen aufgrund der kräftigen wirtschaftlichen Belebung um knapp 1,5 Mrd. DM (11,5%) über dem Vorjahreszeitraum. Von den Steuereinnahmen sind jedoch die Mehrausgaben im Finanzausgleich und sonstigem Steuerverbund abzusetzen, der verbleibende Betrag wurde teilweise durch Deckung der sich zwangsläufig ergebenden Mehrausgaben (vor allem für Besoldung) und zum Teil zur Erhöhung der Investitionsausgaben eingesetzt.

Im Straßenverkehr mehr Verunglückte als 1975

Die Bilanz der Straßenverkehrsunfallstatistik fiel 1976 weniger günstig aus als im Jahr zuvor. So ereigneten sich im abgelaufenen Jahr 1976 insgesamt 209 343 Verkehrsunfälle, womit die 1975 registrierte Gesamtzahl beträchtlich (+ 10,1%) übertroffen wurde. Dieser Anstieg wurde hauptsächlich durch die hohe Zunahme der Sachschadensfälle (+ 11,6%) verursacht, während die Zahl der Unfälle mit Personenschaden nur um 5,7% zunahm.

Die Zahl der in Baden-Württemberg im Straßenverkehr zu Schaden gekommenen Personen stieg ebenfalls nur gemäßigt (+ 3,9%) auf 71 851, wobei sich allerdings die Zahl der Schwerverletzten verhältnismäßig stark (+ 5,6%) erhöhte. Die Anzahl der Todesopfer stieg hingegen nur um 6 auf 2 279 an. Aus einer Sonderauswertung für 1975 geht hervor, daß es sich bei knapp einem Viertel aller Getöteten und Verletzten um Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (annähernd 17 000) handelt. Damit hat die Zahl der bei Verkehrsunfällen verunglückten Kinder und Jugendlichen erheblich stärker zugenommen als die der Erwachsenen.

Die steigende Zahl der Unfälle ist unter anderem auf die beträchtliche Zunahme der Kraftfahrzeugzulassungen zurückzuführen. So erhöhten sich 1976 der

Kraftfahrzeugbestand um 5,1%, die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen sogar um 11,1%.

Weitere Planungen zum Umweltschutz

Auch im Jahr 1976 wurde dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hohe Priorität eingeräumt. Die Landesregierung kündigte ein neues mittelfristiges Umweltschutzprogramm an, das die Jahre 1977 bis 1980 umfassen und konkrete, zeitlich fixierte Maßnahmen enthalten soll. Im Mittelpunkt wird dabei wiederum die Reinhaltung der Gewässer stehen, wozu insbesondere die Errichtung von mechanisch-biologischen Kläranlagen mit ausreichender Reinigungskraft dient. Als weitere Schwerpunktmaßnahmen werden genannt:

- ein besonderes Programm zur Sanierung des Neckars,
- ein umfassender Vorsorgeplan für die Wasserversorgung im Land,
- die Ausweisung neuer Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Sicherung von Freiräumen in den Verdichtungsräumen,
- der Abschluß der Planungen zur Abfallbeseitigung und deren zielstrebige Verwirklichung,
- der weitere Ausbau des vollautomatischen Luftmeßnetzes.

Auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung wurden die mit dem „Teilplan Hausmüll“ des Abfallbeseitigungsplanes der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen weiter zügig realisiert. Anfang 1976 waren in Baden-Württemberg nur noch 312 öffentliche Mülldeponien in Betrieb. Das bedeutet, daß über 95% der ursprünglich nahezu 4 000 Müllkippen geschlossen und zum Teil schon rekultiviert worden sind.

Über das Müllaufkommen im Lande lagen bisher lediglich Schätzungen vor. Genauere Aufschlüsse über Abfallmengen und Abfallarten ergab erstmals eine vom Statistischen Landesamt vorgelegte Untersuchung der öffentlichen Abfallbeseitigung. Danach wurden 1975 rund 20 Millionen Kubikmeter Abfälle bei den öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen angeliefert, das sind fast 2,2 Kubikmeter je Einwohner. Auf Haus- und Sperrmüll entfielen davon 1,2 Kubikmeter je Einwohner. Rund 88% des Mülls wurden auf öffentliche Deponien gebracht, wobei sich eine deutliche Konzentration auf die großen Zentraldeponien zeigte. Weitere 10% der Abfälle wurden in Verbrennungsanlagen beseitigt, die restlichen 2% zu Kompost verarbeitet.

Die bundesgesetzlich angeordneten Umweltstatistiken erlaubten für 1975 ebenfalls erstmals eine globale Übersicht über die im Lande geförderte Wassermenge von 4,2 Mrd. Kubikmetern. An dieser Ausbeute sind innerhalb des Produzierenden Gewerbes die Wärmekraftwerke für die öffentliche Energiever-

sorgung mit 62% und die Betriebe der Industrie mit 21% beteiligt. Auf die öffentliche Wasserversorgung entfallen dagegen nur 17%.

Insgesamt wurden 94% der geförderten Wassermenge abgeleitet. Die restlichen 6% sind zum Teil als Leistungsverluste zu betrachten, den Produkten beigegeben oder während des Produktionsprozesses verändert (z.B. verdampft) worden.

Das für Kühlzwecke verwendete Wasser hat einen Anteil von 56% an dem gesamten gewerblichen Abwasser. Es ist aufgewärmt, jedoch kaum mit Schadstoffen belastet. Weitere 14% des gewerblichen Abwassers werden in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet und dessen Schmutzstoffe in öffentlichen Kläranlagen abgebaut. Die restlichen 30% des gewerblichen Abwassers werden — ebenso wie das Kühlwasser — direkt in ein Gewässer eingeleitet, davon werden mehr als zwei Drittel vor der Direkteinleitung in irgendeiner Weise gereinigt.

2. Ausblick — Versuch einer Vorausschätzung der Entwicklung wichtiger demographischer und wirtschaftlicher Größen im Jahr 1977

Allgemeine Vorbemerkungen

Der im Statistisch-prognostischen Jahresbericht von 1975 erstmals vorgelegte vorausschauende Ausblick auf das jeweils laufende Jahr wurde allgemein als sinnvolle und bisher noch fehlende Ergänzung der Orientierungsfunktion des Berichts empfunden. Er bezieht sich — wie auch die in Teil II dargestellten langfristigen Prognosen — auf die für Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung grundlegenden Eckdaten von Bevölkerung, Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Dabei bildet in der aktuellen Situation der Arbeitsmarkt die Verklammerung zwischen allen Bereichen, da hier die Auswirkungen der verschiedenen Entwicklungstendenzen in einer die Gesellschaft außerordentlich stark tangierenden Weise ihren sichtbaren Ausdruck finden. Im Rahmen dieses kurzfristigen Ausblick kann der Datenkatalog um die Finanzdaten ergänzt werden, wie sie im Doppelhaushalt 1977/1978 verabschiedet sind.

Soweit es die Materialbasis (unter anderem Redaktionsschluß Anfang März, teilweise Ende April) und die Kenntnis der für die zukünftige Entwicklung relevanten Zusammenhänge erlauben, werden konkrete Prognosedaten angegeben. In vielen Fällen muß man sich jedoch auf Tendenzangaben sowohl für die Eckgrößen wie für ihre Bestimmungsfaktoren beschränken. Aber auch eine derartige Darstellung hat ihren Informationswert, da sie aufzeigt, welche Komponenten in die Überlegungen über zukünftig mögliche Entwicklungen einbezogen werden müssen.

Während in den Bereichen Bevölkerung, Bildung, Finanzen und Arbeitsmarkt Angaben speziell für Baden-Württemberg erstellt werden können, muß man bei wirtschaftlichen Eckgrößen weitgehend — vor allem bei Prognosewerten — auf Daten für den Bund zurückgreifen. Da ein Bundesland sich jedoch nicht grundsätzlich dem Trend der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet entziehen kann, geben sie in jedem Fall eine Rahmenvorstellung der auch für Baden-Württemberg wahrscheinlichen Entwicklung.

Wichtige Quellen sind dafür der Jahreswirtschaftsbericht 1977 der Bundesregierung¹, eine Übersicht über die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1977 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung² sowie erste Verlautbarungen aus dem Frühjahrsgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute. Ausgangs- und Zielpunkt dieser Überlegungen bildet dabei das Bruttoinlandsprodukt als der zusammenfassende Indikator der wirtschaftlichen Leistung. Bei kurzfristigen Analysen seiner zukünftigen Entwicklung werden die Aussichten für die Komponenten der Nachfrageseite dieser Globalgröße untersucht. Dabei handelt es sich um den privaten Konsum und die privaten Investitionen, um den Export, sowie um den öffentlichen Konsum und die öffentlichen Investitionen. Diese Komponenten sind ihrerseits von einer Vielzahl von Einflußfaktoren abhängig³.

Im vorliegenden Bericht ist der kurzfristige Ausblick eingebettet zwischen dem Rückblick und den langfristigen Vorausschätzungen. Beide Gebiete unterscheiden sich in methodischer Hinsicht grundsätzlich. Langfristprognosen arbeiten mit Trendaussagen, das heißt mit langfristigen Jahresdurchschnitten. Definitionsgemäß können die individuellen Jahreswerte nur selten mit dem Trendwert identisch sein, sie müssen sich vielmehr über einen Zeitraum entsprechend ausgleichen. Eine einfache Gegenüberstellung kurz- und langfristiger Prognosewerte ist deshalb nicht möglich; sie muß immer unter Berücksichtigung des gesamten methodischen Prognoseumfeldes geschehen.

Eckdaten aus dem Bevölkerungsbereich

Nach einer langen Phase kontinuierlicher Bevölkerungszunahmen hat ab Mitte der siebziger Jahre eine Entwicklungsphase begonnen, die im Prinzip als Bevölkerungsstagnation bezeichnet werden kann. So haben die Geburtenüberschüsse der Gesamtbevölkerung, die Mitte der sechziger Jahre mit einer Größenordnung von rund 80 000 ihren Höhepunkt erreichten, mehr und mehr abgenommen. Der 1976 praktisch erreichte Ausgleich zwischen Geburten- und Sterbefällen wird voraussichtlich auch im Jahr

¹ Bundestagsdrucksache Nr. 18/72 vom 28. 1. 1977

² DIW-Wochenbericht 3—4/77 vom 20. 1. 1977

³ Vgl. dazu Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1975, Schaubild S. 34.

1977 zu verzeichnen sein. Es dürfte sich hier um ein langfristiges Phänomen handeln, das sich nach den Ergebnissen der langfristigen Bevölkerungsprognose allein aufgrund der Altersstruktur der hier ansässigen Bevölkerung (also bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo) bis Ende der achtziger Jahre fortsetzt⁴.

Der seit 1974 zu beobachtende leichte Bevölkerungsrückgang ist demzufolge allein auf die Wanderungsbewegung, und zwar auf einen Abwanderungsüberschuß bei den Ausländern, zurückzuführen. Diese Entwicklung wird sich aller Voraussicht nach, wenn auch in deutlich abgeschwächter Form, im laufenden Jahr fortsetzen. Ob es sich hier um eine Entwicklung handelt, mit der man auch auf lange Sicht wird rechnen müssen, läßt sich aber heute nicht absehen.

Für die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Bevölkerungsentwicklung werden nachfolgend die Entwicklungsaussichten für das Jahr 1977 im einzelnen dargestellt.

Hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird im Jahr 1977 mit folgender Entwicklung gerechnet: Die Zahl der Lebendgeborenen, die im Jahr 1976 rund 95 500 betragen hatte, wird auch 1977 in etwa auf dieser Höhe liegen, wobei allerdings insofern eine Verschiebung zu erwarten ist, als gegenüber 1976 eine Abnahme der Geburtenzahl beim ausländischen Bevölkerungsteil um etwa 1 800 auf 17 000 und umgekehrt eine Zunahme der Geburtenzahl beim deutschen Bevölkerungsteil in gleicher Höhe auf 78 500 eintreten dürfte. Bei den Ausländern ist nämlich eine weitere Abwanderung – und verbunden damit ein Geburtenrückgang – anzunehmen, während bei der deutschen Bevölkerung im Vergleich zu 1976 mit Sicherheit die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter steigt, und zwar insbesondere in den für die Geburten wichtigsten Altersjahrgängen. Gleichbleibende Fruchtbarkeit vorausgesetzt sind deshalb bei den Deutschen vergleichsweise auch höhere Geburtenzahlen als 1976 zu erwarten.

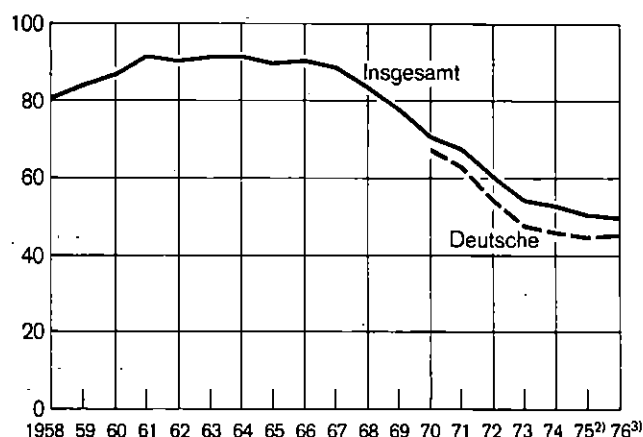
Bei den Sterbefällen, die fast nur den deutschen Bevölkerungsteil betreffen, kann damit gerechnet werden, daß die im Jahr 1976 registrierte Zahl von 94 400 für die Gesamtbevölkerung sich wegen der relativen Zunahme der Zahl älterer Menschen im Jahre 1977 um etwa 1 000 auf 95 400 erhöhen wird. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß kein durch Grippewellen oder ähnliche Krankheiten bedingter und kurzfristig einsetzender Anstieg zu verzeichnen ist.

Stellt man der Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle gegenüber, so sieht man, daß beide sich genau ausgleichen und daß infolgedessen im Jahr 1977 weder mit einem Geburtenüberschuß noch mit einem Defizit zu rechnen sein wird. Das bedeutet, daß auf-

Schaubild 10

Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer

Lebendgeborene¹⁾ auf 1000 Frauen
im Alter von 15 bis unter 45 Jahren



1) Von Müttern gleichen Alters. - 2) Neue Staatsangehörigkeit Lt. Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetzes. - 3) Geschätzt.
10377

grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Jahr 1977 weder eine Bevölkerungszunahme noch eine Abnahme eintreten wird.

Die zweite Komponente der Bevölkerungsentwicklung, die Wanderungsbewegung, ist ungleich schwieriger vorzuschätzen, weil sie in starkem Maße von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird. Eine Ausnahme hiervon bildet die im Jahr 1976 wieder etwas stärker gewordene Netto-Zuwanderung von Menschen aus den anderen Bundesländern (im Rahmen der Nord-Süd-Wanderung), die insbesondere deutsche Personen betrifft und überwiegend solche, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß sich 1977 an dieser Tendenz etwas ändert. Demnach könnte im Jahr 1977 bei der deutschen Bevölkerung die Zahl der Netto-Zuwanderung von 1976 (7700 Personen) noch überschritten werden, zumal die 1976 durch die Polen-Verträge in Gang gekommene Zuwanderung von Menschen aus den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches sich weiter ausweiten dürfte.

Eine einigermaßen sichere Aussage über die zahlenmäßige Entwicklung der Zuzüge und Fortzüge des ausländischen Bevölkerungsteils im Jahr 1977 ist nicht möglich. Nach bisherigen Feststellungen betrafen die Fortzüge überwiegend den mobilen Teil der Ausländer, also Personen mit relativ kurzer Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland. Da sich infolge eines starken Rückgangs der Zuzüge in den beiden letzten Jahren aber dieser sogenannte mobile Teil ständig verringert hat, liegt die Vermutung nahe, daß die Fortzüge der Ausländer im Vergleich zu 1976 und damit auch die Netto-Abwanderungen sich noch weiter verringern werden. Die Netto-Abwanderung der Ausländer, die im Jahr 1976 rund 42 300 Personen betrug, dürfte

⁴ Teil II, Abschnitt 2.2

1977 unter diesem Gesichtspunkt kaum noch über 30 000 hinausgehen, zumal nach letzten Feststellungen die Zahl der Zuzüge aus dem EG-Bereich etwas zu steigen scheint.

Aufgrund des vorausgeschätzten Wanderungsgewinns bei der deutschen Bevölkerung von annähernd 10 000 Personen und des Wanderungsverlustes bei den Ausländern von etwa 30 000 Personen könnte für 1977 bei der Gesamtbevölkerung ein negativer Wanderungssaldo von rund 20 000 Menschen angesetzt werden.

Da von der natürlichen Bevölkerungsbewegung her für 1977 keine Einflüsse auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl zu erwarten sind, wird diese ausschließlich von der Wanderungsbewegung bestimmt werden. Demzufolge ist 1977 mit einer Bevölkerungsabnahme zu rechnen, die bei etwa 20 000 Personen liegen könnte. Dabei dürften ein knappes Drittel auf den deutschen und zwei starke Drittel auf den ausländischen Bevölkerungsteil entfallen.

Eckdaten aus dem Bildungsbereich

Nachdem für das allgemeinbildende Schulwesen im laufenden Schuljahr 1976/77 mit 1,53 Mill. Schülern die Spitze des „Schülerbergs“ erreicht und nach den Zielvorstellungen der Schulentwicklungspläne I und III auch der äußere, quantitative Ausbau dieses Teils des Schulwesens abgeschlossen ist, kann in den nächsten Jahren mit einer Phase der Sicherung und Konsolidierung gerechnet werden. Neben den geplanten inneren Reformen dürfte vor allem die Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stehen. Dieses Ziel ist am leichtesten bei den Grund- und Hauptschulen zu erreichen, wo die geburtenschwachen Jahrgänge inzwischen so weit in die höheren Klassenstufen vorgerückt sind, daß der seit Jahren bei den Grundschulen zu beobachtende Trend zu kleineren Schülerzahlen nun auch die Hauptschulen erfaßt hat, so daß in den nächsten Jahren im Gesamtbereich der Grund- und Hauptschulen ein erheblicher Schrumpfungsprozeß eintreten wird. So wird die Schülerzahl im Schuljahr 1977/78 mit 866 000 um 5% unter der des Schuljahres 1976/77 liegen, wovon 532 500 (– 5,5%) auf die Grund- und 334 500 (– 3,5%) auf die Hauptschulen entfallen.

Diese im Hinblick auf die Lehrerversorgung günstige Entwicklung wird mittelfristig jedoch überlagert und zum Teil neutralisiert von der Entwicklung der Schülerzahlen im Bereich der Realschulen. Da hier einmal die Ausbildung ein Jahr länger dauert und der Einfluß der geburtenstarken Jahrgänge sich dadurch entsprechend länger auswirkt und da außerdem die Zugänge in die Eingangsklassen entgegen der Bevölkerungsentwicklung einen starken Anstieg verzeichnen, wird bei auch nur annähernd gleichem Verhalten

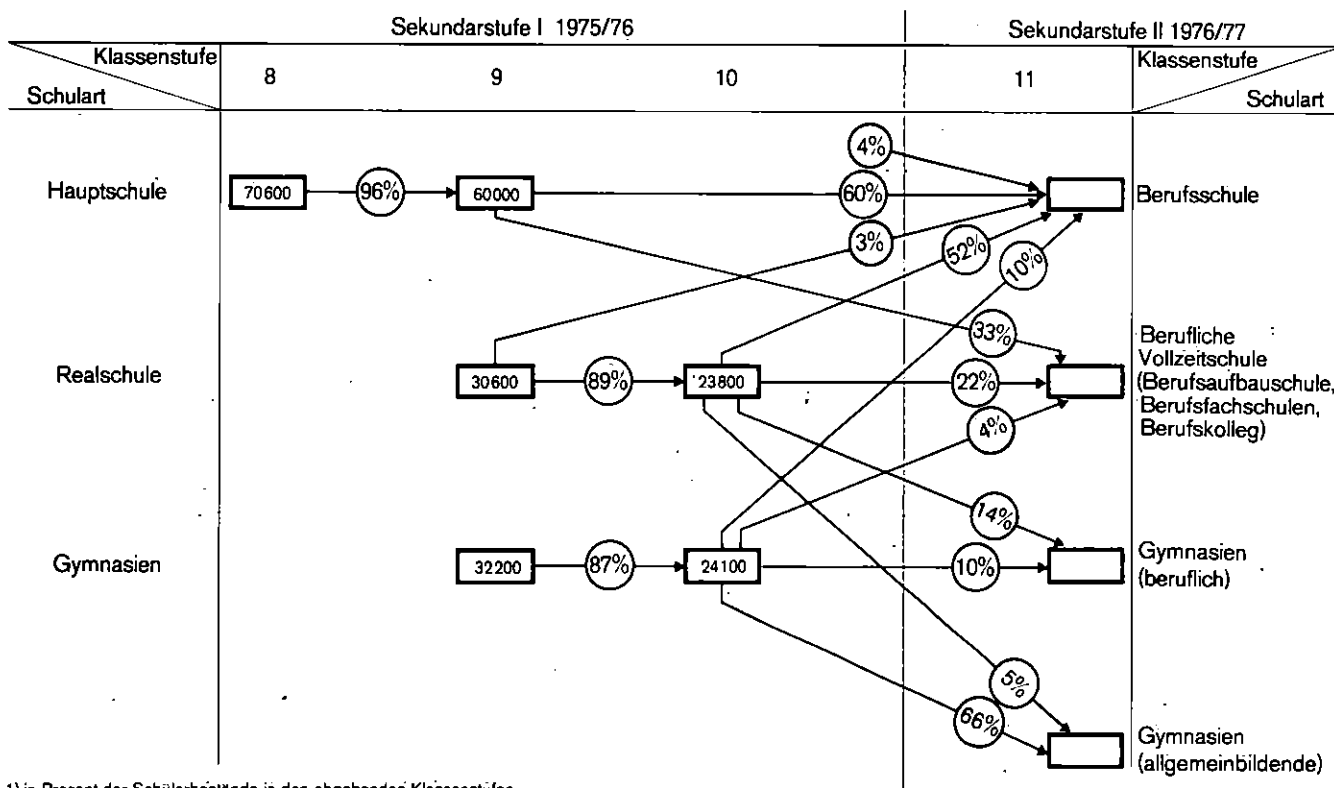
beim Übergang auf weiterführende Schulen die Zahl der Realschüler mit Sicherheit noch drei, eventuell sogar vier weitere Jahre steigen. Für das Jahr 1977/78 sind mit einer Zahl von 244 000 etwa 7% mehr Realschüler zu erwarten als im Schuljahr zuvor. Da man zumindest kurzfristig mit weiter steigenden Schülerzahlen rechnen muß, dürfte die von der Landesregierung beschlossene Umschichtung von 1 000 Lehrstellen von den Grund- und Hauptschulen zu den Realschulen eine angemessene Entlastung mit sich bringen.

Einer vordergründig den Realschulen vergleichbaren Zukunft sehen die Gymnasien entgegen. Auch in diesem Bereich sind derzeit die geburtenstarken Jahrgänge zentral postiert und bilden die Basis für einen weiteren Zuwachs der Schülerzahlen. Die Zugänge in die Eingangsklassen haben jedoch deutlich abnehmende Tendenz. Außerdem gewinnen die vorzeitigen Abgänge nach Erhalt der Fachhochschulreife, vor allem aber der Mittleren Reife an Intensität. Aus allem ergibt sich, daß für die nächsten 3 Jahre an den Gymnasien mit einem weiteren aber begrenzten Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen ist, mit abnehmenden Zuwachsquoten von 5 bis auf 2,5% pro Jahr. Entsprechend dürften denn auch im Schuljahr 1977/78 die Zahl der Gymnasiasten auf 315 000 oder um 3% zunehmen, wovon 62 000 (+ 4%) auf den Bereich der Oberstufe entfallen. Da eine Substitution von Lehrkräften aus anderen in Frage kommenden Schularten wegen der auch dort herrschenden Engpässe nicht möglich ist, wird die Lehrerversorgung bei den zu erwartenden Schülerzahlen im wesentlichen von der Bewilligung zusätzlicher Lehrerstellen abhängen. Nachdem im jüngst verabschiedeten Haushaltsplan für die nächsten beiden Jahre zusammen rund 1 000 zusätzliche Stellen eingebracht worden sind, dürfte die Schüler-Lehrer-Relation an öffentlichen Gymnasien auf dem derzeitigen Stand von 19,0 gehalten werden.

Während demnach die Situation an den allgemeinbildenden Schulen keine wesentlichen zusätzlichen Probleme aufwirft, konzentrieren sich die quantitativen Probleme auf das duale Ausbildungssystem, sowie auf die beruflichen Vollzeitschulen als deren Alternative. Denn die geburtenstärksten Jahrgänge 1962 bis 1966 beenden, beginnend mit diesem Schuljahr, ihre Vollzeitschulpflicht und bewirken in den nächsten Jahren auf allen Ausbildungsebenen einen starken Nachfragedruck auf die vorhandenen Ausbildungsplätze. Hinzu kommen bedeutende Unregelmäßigkeiten aufgrund der in der Mitte der 60er Jahre vollzogenen Verlegung des Schuljahresbeginns von Ostern in die Zeit nach den Sommerferien:

Größere politische Bedeutung erhielt diese zunächst rein schulorganisatorische Maßnahme erst, als der zweite Kurzschuljahrgang im Sommer 1975 in den Hauptschulen und im Sommer 1976 in den Realschulen zur Entlassung anstand und so in den beiden

Ausgewählte Übergänge¹⁾ in das Berufliche Schulwesen oder gymnasiale Oberstufen



1) in Prozent der Schülerbestände in den abgebenden Klassenstufen

12677

letzten Jahren für den bereits angespannten Lehrstellenmarkt eine nicht unerhebliche Entlastung brachte. Dieser günstige Effekt wird schon in diesem Sommer nicht mehr gegeben sein, so daß mit dem Vorrücken der geburtenstarken Jahrgänge die Zahl der um die knappen Ausbildungsplätze konkurrierenden Entlaßschüler von im Vorjahr 73 000 sprunghaft um über 10% auf 81 000, im nächsten Jahr noch um weitere 8% auf 88 000 ansteigen dürfte.

Im dualen Ausbildungssystem sind somit in zunehmendem Maße Engpässe zu überwinden, so daß dem Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen eine wichtige Entlastungsfunktion zukommt. Diese Aufgabe wird jedoch dadurch erschwert, daß in diesem Teil des beruflichen Schulwesens wegen der Veränderungen im relativen Schulbesuch auch ohne Umlenkung von Schülerströmen mit einer sich beschleunigenden Zunahme der Schülermassen gerechnet werden muß. So ist im Schuljahr 1977/78 bei den *Berufsfachschulen* ein Ansteigen der Schülerzahlen auf 72 000 (+ 8%) und bei den *beruflichen Gymnasien* auf 25 000 (+ 16%) zu erwarten. Damit deutet sich auch an, daß die Probleme im gesamten Berufsbildungssystem in den kommenden Jahren mehr und mehr an Schärfe gewinnen werden. Die Probleme für den Lehrstellenmarkt sind um so gravierender, als auch

die Zahl der Abiturienten steigen wird, was sich indirekt auch aus der Darstellung der Verhältnisse der gymnasialen Oberstufe ergibt. Es ist damit zu rechnen, daß sie aufgrund mangelnder Studien- und nachfolgender Berufsaussichten eventuell noch stärker von einer direkt anschließenden Berufsausbildung Gebrauch machen könnten⁴.

Zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufschancen der jungen Generation hat die Landesregierung in einer interministeriellen Arbeitsgruppe ein Konzept erarbeiten lassen, das den gesamten Komplex der Ausbildung im Hochschul- und Berufsschulbereich betrifft und Lösungen für die absehbaren Probleme der geburtenstarken Jahrgänge anbietet⁵.

Wirtschaftliche Entwicklung Unsicherheiten im Aufschwung

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung des laufenden Jahres liegt – mit unterschiedlicher Betonung einzelner Aspekte – seitens verschiedener Institutionen in etwa auf folgender Linie: Anhalten des gemäßigten Wirtschaftswachstum bei weiterhin ungelösten Problemen auf dem Arbeitsmarkt. Gleich-

⁴ Vgl. dazu Teil II, Abschnitt 2.2

⁵ Vgl. Pressemitteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg Nr. 117/77.

zeitig wird allerdings nicht der Zusatz vergessen, daß die Vermutung einer gemäßigten Aufwärtsentwicklung mit gewissen Unsicherheiten behaftet sei.

Diese Elemente der Unsicherheit lassen sich unterteilen nach solchen, die durch Sachverhalte unterstützt werden und nach anderen, die eher gewisse Stimmungen zum Ausdruck bringen, wobei beide Kategorien keineswegs unabhängig voneinander sind. Nachweisbare Unsicherheitsfaktoren liegen außer in der Situation am Arbeitsmarkt auch im Außenhandel sowie in der zukünftigen Investitionsentwicklung. Als Komponenten, die die Stimmung beeinflussen, lassen sich anführen: die belastenden Erfahrungen aus der Rezession, die gespaltene Entwicklung in der Wirtschaft, das bisherige Fehlen einer sogenannten Eigendynamik sowie in Verbindung damit die Unsicherheiten hinsichtlich der Intensität und Nachhaltigkeit der Aufwärtsentwicklung. Während diese Faktoren den Außenhandel weniger stark beeinflussen, sind sie doch von Einfluß auf die Entwicklung der Investitionen und damit auch auf den Arbeitsmarkt und sollten deshalb hier näher betrachtet werden.

Unsicherheiten resultieren zweifellos aus den Erfahrungen einer bisher nicht gekannten Tiefe und Länge der Rezession sowie aus der Tatsache, daß der Aufschwung sich keineswegs problemlos vollzieht und nicht wie in einer Welle alle Branchen und Firmen auf dem Wege nach oben miterfaßt. Vielmehr ist die Entwicklung zwischen den Branchen, aber auch innerhalb der Branchen nach Firmen außerordentlich unterschiedlich, so daß beispielsweise Konkurse neben ausgezeichneten Jahresabschlüssen stehen. Diese Heterogenität der Entwicklung ist zum einen eine Auswirkung struktureller Einflußfaktoren in der gegenwärtigen Situation⁶ wie aber auch sehr individueller Bestimmungsgrößen. Beides beinhaltet für den Einzelnen wegen mangelnder Gleichförmigkeit ein hohes Element an Unsicherheit, und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil wegen dieser Heterogenität das wirtschaftspolitische Instrumentarium dieses Mal nicht so glatt und auf breiter Basis zum Erfolg führt wie bisher gewohnt.

Die wirtschaftliche Erholung im abgelaufenen Jahr war etwas stärker als ursprünglich erwartet. Trotzdem wird allgemein beklagt, daß es noch nicht — wie es den bisherigen zyklischen Mustern entsprochen hätte — zu einer auf breiter Front getragenen eigendynamischen Aufwärtsentwicklung gekommen ist. Eben dies weckt Befürchtungen hinsichtlich der Intensität und der Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Erholung und verhindert somit in einem *circulus vitiosus* das Anlaufen dieses Prozesses, der primär über hohe Investitionen ausgelöst wird.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Definitives über die zukünftige Gestaltung dieser Zusammenhänge nicht gesagt werden kann. Es sollte jedoch auch die andere Seite der zuvor zitierten generellen Beurteilung berücksichtigt werden, nach welcher eine ganze Reihe von Faktoren zu beachten ist, die ein gemäßigtes Wachstum durchaus wahrscheinlich erscheinen lassen. Diese Effekte lassen sich über die globalen Nachfrageaggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen analysieren, das sind privater und öffentlicher Verbrauch, private und öffentliche Investitionen sowie der Export. Die Bestimmungsfaktoren dieser Aggregate zielen jedoch keineswegs in ein und dieselbe Entwicklungsrichtung, sie enthalten vielmehr sowohl prosperierende wie auch retardierende Elemente.

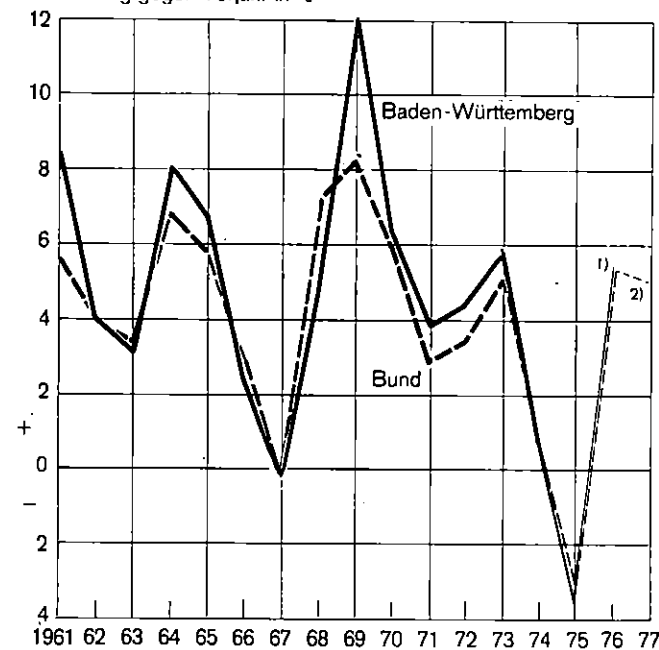
Es fragt sich allerdings, ob die traditionellen zyklischen Verlaufsbilder unbedingt die für die Beurteilung wirtschaftlicher Situationen relevanten und richtigen Entwicklungsmuster abgeben. Die eigendynamische Entwicklung mit hohen Zuwachsraten, die als Zielvorstellung bisher übermächtig ist, war, wie die Erfahrung gezeigt hat, jeweils nur von kurzer Dauer. Ihr folgte, sozusagen in Abhängigkeit von der Intensität der Expansion, ein entsprechender Abschwung. Eine solche Diskontinuität der Entwicklung, nicht selten verstärkt durch jeweils zu spät greifende antizyklische Maßnahmen, kann kaum Ziel für die Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung sein. Diese muß vielmehr gemäß den Vorstellungen des Stabilitätsgesetzes auf eine Verstetigung der Entwicklung abzielen, die ein mäßiges Wachstum über eine Reihe von Jahren hinweg aufrecht erhält und zu einer Verkürzung und Abschwächung der unvermeidbaren wirtschaftlichen Wechsellagen beiträgt. Es fragt sich deshalb durchaus — um neben der Perspektive einer "negativen" Unsicherheit auch eine solche der "positiven" Unsicherheit aufzuzeigen —, ob die gegenwärtige Situation einen Ansatzpunkt hierzu bietet.

Das abgelaufene Jahr brachte nach ersten Schätzungen mit einem realen Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt von 5,4% im Bundesgebiet und 5,6% in Baden-Württemberg einen Ausgleich des Einbruchs von 1975. Mit 609 Mrd.DM (Bund) und 94 Mrd.DM (Land) wurde die wirtschaftliche Leistung des Jahres 1974 mit jeweils etwa 2% wieder überschritten. Der für das laufende Jahr angenommene Anstieg dürfte dann einen über den Ausgleich der Rezession hinausgehenden echten Zuwachs bringen. Dieser Zuwachs wird allerdings unterschiedlich angesetzt. Der Jahreswirtschaftsbericht ging in seiner als Zielprojektion angelegten Prognose von einem Anstieg von 5% aus. Um diese Größenordnungen schwankten auch die Annahmen der Wirtschaftsforschungsinstitute, so zum Beispiel das DIW mit 5,5% und — als Untergrenze — das RWI mit 3,0% bis 3,5%. Im Frühjahrsgutachten ist inzwischen die Obergrenze

⁶ Vgl. Teil III, Abschnitt 3.1

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962

Veränderung gegen Vorjahr in %



1) Erste vorläufige Berechnungen. - 2) Schätzung Jahreswirtschaftsbericht.

13877

auf 4,5% nach unten revidiert worden. Die genannten Entwicklungsaussichten für das Bundesgebiet stecken auch den Rahmen für die in Baden-Württemberg zu erwartenden Tendenzen ab. Bei der allgemeinen Unsicherheit sind Anhaltspunkte für eine landesspezifische Variante zur Zeit nicht auszumachen, insbesondere da eine Entwicklung in Richtung einer Investitionsgüterkonjunktur bisher nicht erkennbar ist.

Export

Der Export hat im Jahr 1976 sowohl im Bundesgebiet wie auch in Baden-Württemberg ganz entscheidend zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen, und entsprechende Auswirkungen werden, wenngleich in abgeschwächtem Ausmaß, auch für dieses Jahr erwartet. So lagen in Baden-Württemberg die Auftragseingänge aus dem Ausland (Volumenindex) im Durchschnitt des Jahres 1976 in der gesamten Industrie um 29% und in der Investitionsgüterindustrie um 21% über den Inlandsaufträgen. Ursache dieser Entwicklung ist die weltweite Gleichläufigkeit der konjunkturellen Aufschwungbewegung. Die zur Zeit positiv zu verzeichnende Auswirkung dieses Zusammenhangs kann allerdings – falls eine (weltweite) Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung nicht gelingt – dann negative Konsequenzen zeitigen, wenn es zu einem weltweiten Abschwung kommt.

Die allgemeine konjunkturelle Aufschwungsbewegung wird in Ländern wie Großbritannien, Italien und Frankreich – wobei Frankreich mit einem Anteil an der Gesamtausfuhr von 15,4% (1976) der wichtigste Handelspartner Baden-Württembergs ist – von strukturellen Schwächen und inflatorischen Tendenzen überlagert. Diese haben zu restriktiven nationalen Gegenmaßnahmen geführt, von denen über eine Drosselung der Importe durchaus Auswirkungen auf die Exporte anderer Länder, u. a. auch auf Baden-Württemberg, ausgehen können. Das Ausmaß dieser Auswirkungen ist schwer abzuschätzen. Einerseits wird die für das Jahresende zu verzeichnende Abschwächung der ausländischen Auftragseingänge auf nachlassende Bestellungen aus dem EG-Raum zurückgeführt. Andererseits hat aber die nachfragegerechte und spezialisierte Warenstruktur der baden-württembergischen Industrie

Tabelle 9

Vorausgeschätzte Wirtschaftsentwicklung ausgewählter westlicher Industrienationen

Land	Anteil an der Ausfuhr 1976 1)	Zunahme gegen Vorjahr					
		1976 2)				1977 2)	
		Bruttoinlandsprodukt		Preise	Bruttoinlandsprodukt		Preise
		real	nominal		real	nominal	
		%					
Bundesrepublik Deutschland	—	5,5	9	3	5,5	9,5	4
Frankreich	15,4	5	15	9,5	3,5	12	8
Italien	7,6	4	21,5	17	1,5	15,5	14
Niederlande	7,4	3	12,5	9	3	11	8
Belgien	5,1	3,5	13,5	9,5	3,5	12	8
Großbritannien	4,1	1	17,5	16,5	1,5	14,5	13
Schweiz	6,7	1	3	2	3	6	3
Österreich	5,6	4	12	7,5	4,5	12	7
USA	7,9	6,5	13	6	5	11,5	6

1) Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs. — 2) Quelle: DIW - Wochenbericht 3/4 1977 vom 20.1.1977.

schon manche Barriere übersprungen. Zwar sind Abschwächungen der Bestelltätigkeit zum Jahresende üblich, der weitere Rückgang zum Januar 1977 ist jedoch untypisch. Die Situation ist also durchaus labil und bildet ein Element der Unsicherheit.

Bei wichtigen Handelspartnern wie den USA (und Japan) wird allerdings die wirtschaftliche Entwicklung durch konjunkturpolitische Programme unterstützt, so daß belebende Auswirkungen erwartet werden können. Ebenso wird für kleinere, aber für Baden-Württemberg gleichfalls wichtige Länder wie die Schweiz, Österreich oder die Niederlande ein gemäßigtes Wachstum bei relativ stabilen Verhältnissen angenommen. Darüber hinaus dürften die OPEC-Länder auch in diesem Jahr expansive Exportmärkte anbieten.

Insgesamt hat die Ausfuhr im Jahr 1976 in Baden-Württemberg um 16,5% und im Bund um 15,6% gegenüber dem Vorjahr zugenommen, wobei ein Anstieg der Ausfuhrpreise der Verarbeitenden Industrie um 3% zu berücksichtigen ist. Der Jahreswirtschaftsbericht geht für 1977 von einer etwas geringeren Zunahme aus, die er real mit 8 bis 10% abschätzt. Unter Berücksichtigung aller oben angeführten Komponenten dürfte diese Entwicklungsaussicht auch für Baden-Württemberg zutreffen, wobei die obere Variante der Bandbreite besonders plausibel erscheint.

Privater Konsum

Mit 3,5% realem Anstieg (nominal: 8%) von 1975 auf 1976 hat der Private Verbrauch im letzten Jahr stärker zugenommen als erwartet (2%). Indiz für diese Entwicklung ist der Index der Einzelhandelsumsätze, der 1976 real um 3,8% stieg. Dieser Durchschnitt verzerrt allerdings die Situation im Einzelhandel insofern, als sich die Nachfrage weitgehend auf nur 2 Produktgruppen konzentrierte, und zwar auf Fahrzeuge und auf Brennstoffe einschl. Mineral-ölerzeugnisse. Wegen dieser Produktkonzentration tritt denn auch die konsumtive Belebung nicht in erster Linie in der Entwicklung von Auftragseingang und Produktion der Verbrauchsgüterindustrien in Erscheinung, obwohl beide Indikatoren mit 7,2% bzw. 8,7% im Durchschnitt des Jahres 1976 deutlich über dem Stand von 1975 liegen. Vielmehr geht sie ein in die Entwicklung der entsprechenden Indikatoren der Investitionsgüterindustrien, zu denen der Fahrzeugbau zählt.

Die noch für das Jahr 1975 zu verzeichnende Kaufzurückhaltung, die sich auch in einer hohen Sparquote ausdrückte, wurde im Jahr 1976 stärker als erwartet aufgegeben. Denn gesamtwirtschaftlich gesehen liegt die Zunahme des Privaten Verbrauchs mit 8% über der Zunahme des verfügbaren Einkommens von 6% (DIW). Vergleichbare Entwicklungen werden auch für das Jahr 1977 erwartet, da in einem Um-

fang von etwa 25 Mrd. DM prämienbegünstigte Sparverträge auslaufen und ausgezahlt werden. Diese werden zwar zum Teil wieder angelegt, zum anderen und durchaus erheblichen Teil dürften sie jedoch in den Konsum fließen. Man vermutet, daß sie überwiegend zur Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter und Durchführung von Reisen verwendet werden. Es steht zu erwarten, daß die im 2. Halbjahr 1976 zu verzeichnende deutliche Abschwächung im Auftragseingang der Verbrauchsgüterindustrie hierdurch einen gewissen Ausgleich findet.

Die Einkommensentwicklung dürfte wie schon 1976 im laufenden Jahr zu einer Stabilisierung des Konsums beitragen. Die Einkommenssituation besserte sich im abgelaufenen Jahr gegenüber 1975 sowohl aufgrund steigender Verdienste, aber auch aufgrund gewisser Verbesserungen in der Beschäftigungssituation. Verringerung der Kurzarbeit und Zunahme der Überstunden wirkten sich in einer deutlichen Steigerung des Wochenverdienstes aus (+ 9,3%). Bei im Vergleich zu früheren Jahren gemäßigtem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung (+ 4,3%) ergab sich damit ein Anstieg der Reallöhne um immerhin 4,8%. Dabei ist allerdings zu beachten, daß bei dieser Berechnung Steuer- und Sozialbeiträge, die nur schwer abschätzbar sind, nicht berücksichtigt wurden. Erst nach Abzug dieser Komponenten ergibt sich das verfügbare, das für den Konsum zur Verfügung stehende Einkommen der Arbeitnehmer.

Die Entwicklung der Bestimmungsfaktoren des Privaten Verbrauchs dürften sich in diesem Jahr kaum wesentlich anders gestalten als im abgelaufenen. Die tariflich abgeschlossenen Lohn- und Gehaltserhöhungen halten sich im Rahmen der letztjährigen Entwicklung, so daß darüber hinausgehende Impulse im wesentlichen von den freiwerdenden Spargeldern so wie von einem durch Besserung der Beschäftigungssituation ausgelösten Anstieg der Brutto Lohn- und Gehaltssummen — der sich aber voraussichtlich in engen Grenzen halten wird — ausgehen dürften. Unter diesen Umständen kann von einer dem vergangenen Jahr vergleichbaren Entwicklung beim Privaten Verbrauch ausgegangen werden, das heißt, daß eine nominale Zunahme um 8 bis 9% für 1977 durchaus im Bereich des Möglichen liegen kann.

Investitionen

Nachdem die *Investitionen in der Verarbeitenden Industrie* 4 Jahre lang (von 1972 bis 1975) rückläufig waren⁷, haben sie im abgelaufenen Jahr erstmals wieder im gesamten Bundesgebiet um schätzungsweise real 2%⁸ zugenommen. Es dürfte sich hier um eine Auswirkung zum einen der Investitionszulage von 1975 und zum anderen der kräf-

⁷ Vgl. Teil III, Abschnitt 4.1

⁸ Vgl. DIW-Wochenbericht 3/4 (1977), S. 25.

tigen Lageraufstockungen handeln, die beim diesmaligen Aufschwung wegen des vorausgegangenen Lagerabbaus besonders stark zu Buche schlugen. Auch die hohe Auslandsnachfrage zumal im ersten Halbjahr 1976 wird unter anderem auf die hohen Vorratsinvestitionen in anderen Industrieländern zurückgeführt. Es wird davon ausgegangen, daß diese Impulse auch im Jahr 1977 weiterwirken, doch dürften sich auch andere, die Investitionsentwicklung bestimmende Faktoren verstärkt in den Vordergrund schieben.

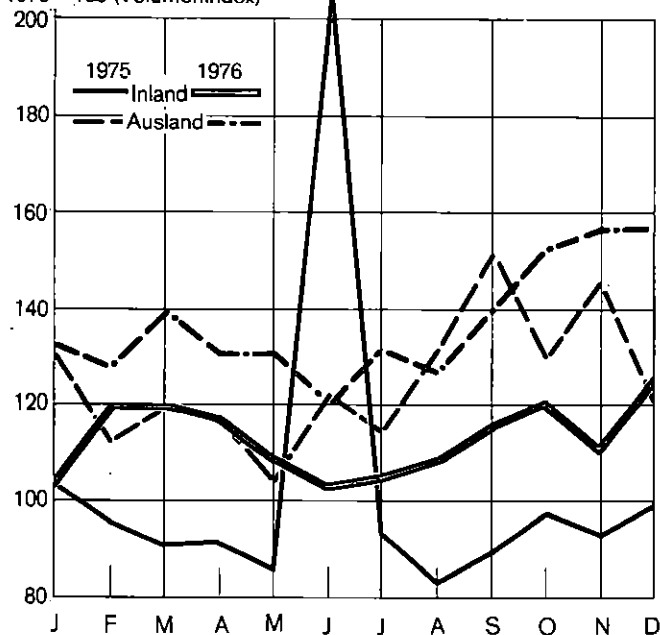
Hierzu gehört in erster Linie eine generell verbesserte Nachfragesituation in Verbindung mit steigender Kapazitätsauslastung. Was den letzteren Punkt betrifft, so hat die Produktion in den drei großen Industriebereichen Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, Investitionsgüterindustrie und Verbrauchsgüterindustrie im zweiten Halbjahr 1976 sowohl den entsprechenden Stand von 1975 wie auch erstmals von 1974 wieder überschritten. Die gesamte Industrie hat damit deutlich auf die Auftragseingänge reagiert, die in allen drei Bereichen schon im ersten Halbjahr 1976 über dem entsprechen den Niveau von 1974 lagen. Die Kapazitäten sind also spürbar besser ausgelastet als 1975. Diese Entwicklung hat sich auch zum Jahresanfang 1977 hin fortgesetzt. Damit ergibt sich die Frage, ob es zu einem mehr oder weniger starken Kapazitätsausbau kommt, was von der weiteren, neuerdings wieder un- sicheren Nachfrageentwicklung abhängt.

Die Nachfrageentwicklung in der Industrie war im abgelaufenen Jahr mit einer Zunahme der Auftrags- eingänge um real 10% gegenüber 1975 durchaus positiv. Dabei hatte sich im Jahresablauf eine bemerkenswerte Verschiebung zwischen den Bereichen er-

Schaubild 13

Auftragseingang in der Investitionsgüterindustrie

1970 = 100 (Volumenindex)



13977

geben. Wurde die Entwicklung im ersten Halbjahr von der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie von der Verbrauchsgüterindustrie getragen (vgl. Tabelle 10), so stand das zweite Halbjahr 1976 im Zeichen der verstärkten Bestelltätigkeit bei den Investitionsgüterindustrien. Nachdem diese im ersten Halbjahr 1976 nur eine Zunahme um 3,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ausweisen konnten, steigerten sich die Auftragseingänge im zweiten Halbjahr um 18,1%, während sie in den anderen beiden Industriebereichen erheblich zurückfielen. Diese Tendenz wurde durchaus als ein Indiz für eine gestiegene Nachfrage nach Investitionsgütern und damit für höhere Investitionen angesehen. Dabei war bemerkenswert, daß die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte generell zunehmend von der steigenden Bestelltätigkeit aus dem Inland getragen wurde, während im ersten Halbjahr noch die Aufträge aus dem Ausland vorherrschten. Diese Verschiebung zur Verstärkung der inländischen Nachfrage trat bei den Investitionsgüterindustrien besonders deutlich hervor.

Bei der Interpretation dieser Entwicklungen sollte allerdings nicht übersehen werden, daß in einigen Branchen des Investitionsgüterbereichs, so insbesondere im Fahrzeugbau und in der Elektrotechnischen Industrie, auch Verbrauchsgüter – genauer gesagt: langlebige Gebrauchsgüter – produziert werden. Der starke Anstieg der Investitionsgüternachfrage im zweiten Halbjahr 1976 ging in Baden-Württemberg unter anderem auf einen überaus starken Zuwachs im Fahrzeugbau zurück (62% gegenüber dem zweiten Halbjahr 1975), der überwiegend der Gebrauchsgüterpro-

Tabelle 10

Halbjahresentwicklung der realen Auftragseingänge

Prozentuale Veränderung 1976 gegen 1975

Industriebereich Industriegruppe	1.	2.
	Halbjahr	
	%	
Industrie insgesamt	7,8	12,4
Inland	5,3	13,3
Ausland	15,2	9,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	17,7	8,1
Investitionsgüterindustrie	3,1	18,1
Inland	0,2	23,5
Ausland	10,9	9,1
Maschinenbau	1,1	6,3
Fahrzeugbau	0,0	62,1
Elektrotechnische Industrie	11,2	5,8
Verbrauchsgüterindustrie	12,8	1,8

Tabelle 11

Ausgewählte Einzelindikatoren 1977

Indikator	Einheit	Januar	Februar	März	1. Quartal	Veränderung zum Vorjahr in %			
		1977				Januar	Februar	März	1. Quartal
Industrie									
Auftragseingang (Volumenindex)									
Inland	1970=100	95,3	102,8	126,2	108,1	– 2,4	– 6,7	+ 3,2	– 1,8
Ausland	"	139,3	135,6	175,5	150,1	+ 6,2	+ 1,4	+ 19,6	+ 9,4
Insgesamt	"	105,4	110,4	137,4	117,7	+ 0,2	– 4,6	+ 7,4	+ 1,3
Investitionsgüterindustrie	"	111,7	116,4	140,2	122,8	– 1,2	– 5,3	+ 10,7	+ 1,5
Produktion (ohne Energie und Bau)									
Insgesamt	1970=100	103,5	111,4	114,9	109,9	+ 6,2	+ 4,0	+ 10,5	+ 6,9
Verarbeitendes Gewerbe									
Beschäftigte	1000	1 373,1	1 369,7			– 1,0	– 0,1		
Bauwirtschaft									
Baugenehmigungen	1000 cbm umbauten Raumes	3 044,9	3 511,8	4 983,0	11 539,7	– 25,6	– 33,0	– 21,6	– 26,5
Auftragseingang	1976=100	73,5	80,3	135,8		+ 0,7	– 4,7	+ 13,7	+ 4,7
Handel									
Ausfuhr	Mill.DM	3 197,5	3 591,0	4 264,1	11 052,6	+ 16,8	+ 11,2	+ 15,1	+ 14,3
Preise									
Preisindex für die Lebenshaltung	1970=100	142,7	143,4	143,7	143,3	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,1	+ 4,1
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose	Anzahl	125 668	114 712	104 045	114 808	– 19,3	– 24,7	– 22,1	– 22,0
Offene Stellen	"	38 549	41 432	44 741	41 574	+ 13,4	+ 12,5	+ 10,5	+ 12,1
Arbeitslosenquote	%	3,5	3,2	2,9					

duktion zugute gekommen sein dürfte. Er wird also kaum als ausschließliche Steigerung der Investitionsgüternachfrage zu interpretieren sein. Diese dargestellte Größenordnung verdeutlicht gleichzeitig eine erhebliche Einseitigkeit hinsichtlich der gütermäßigen Zusammensetzung der gestiegenen Nachfrage.

Denn der Maschinenbau als die typische Investitionsgüterbranche blieb nach wie vor hinter der Entwicklung anderer Industriegruppen zurück. Mit einer Zuwachsrate von 6,3% im zweiten Halbjahr 1976 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum hatte aber dieser Bereich im Vergleich zur Entwicklung des ersten Halbjahres immerhin eine leichte Besserung vorzuweisen. Diese nachfragebelebende Tendenz in der Investitionsgüterindustrie – unter Einschluß der Maschinenbauerzeugnisse – hat sich speziell etwa ab September 1976 abgezeichnet. Diese besondere Branchenkonstellation dürfte zu beachten sein bei der Interpretation der ersten Ergebnisse für das Jahr 1977. Denn die Tendenzen der zweiten Jahreshälfte 1976, die die Möglichkeit der Belebung offenließen, haben sich – auch im Bundesgebiet – zum Jahresanfang nicht fortgesetzt. So ist bei den Auftragseingängen der Gesamtindustrie für Januar eine Stagnation im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (vgl.

Tabelle 11). Bei den Investitionsgütern ist in Baden-Württemberg sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der seinerseits auf ein erhebliches Nachlassen der Bestelltätigkeit bei Maschinenbau (– 5,8%) und Elektrotechnischer Industrie (– 8,9%) bei einem Anstieg im Fahrzeugbau (+ 10%) zurückgeht.

Im Anschluß an diese besonders in ihrem Ausmaß unerwarteten Ergebnisse – in diesem Zusammenhang muß allerdings auch auf die methodische Umstellung der statistischen Erhebung ab Januar 1977 hingewiesen werden – wird jetzt die Frage diskutiert, ob es sich hier um eine vorübergehende oder aber eine nachhaltige Nachfrageabschwächung handelt. Die Meinungen sind unterschiedlich, wobei die optimistischen Stimmen, wie zum Beispiel das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut der deutschen Wirtschaft⁹ auf die Impulse setzen, die von belebenden Komponenten wie der verstärkten inländischen und ausländischen Nachfrage, den günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und den Auswirkungen des mittelfristigen Investitionsprogramms ausgehen können. Ob allerdings noch wie im Jahreswirtschaftsbericht davon ausgegangen werden kann,

⁹ Stuttgarter Zeitung vom 26.4.1977

daß die Investitionen der Industrie im Jahr 1977 stärker steigen als 1976 und zwar in einer Größenordnung von real 5 bis 7%, erscheint durchaus fraglich.

Die Investitionsaussichten im Bereich des Wohnungsbaus sowie des übrigen Hochbaus (gewerblicher und öffentlicher Hochbau) entwickeln sich wenig günstig. Neben konjunkturellen Faktoren dürften sich in diesen Tendenzen in hohem Maße langfristige Strukturänderungen niederschlagen¹⁰.

Ein großer Teil der Entwicklungsmöglichkeiten ist für den Hochbaubereich bereits durch das im Bauüberhang Ende 1976 festgestellte Nachfragepotential vorgezeichnet. Im Bereich des Wohnungsbaus unterschritt dieses Potential mit rund 109 500 Wohnungen in genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben das des Vorjahres um 10%. Dabei war über die Hälfte dieser Wohnungen bereits rohbaufertig, bei rund 30% war mit dem Bau noch nicht begonnen worden. Im Bereich des übrigen Hochbaus unterschritt das Überhangsvolumen – gemessen an der Kubikmeterzahl umbauten Raumes – Ende 1976 das des Vorjahres ebenfalls um etwa 10%, wobei 44% bereits rohbaufertig und rund 31% noch nicht begonnen waren.

Nach diesen Ergebnissen muß für das Jahr 1977 mit einem nicht unerheblichen Rückgang der Hochbaukonjunktur gerechnet werden, zumal sich die ab Mitte 1976 erneut einsetzende negative Nachfrageentwicklung, die sich auch in vorstehenden Überhangszahlen niedergeschlagen hat, im laufenden Jahr fortzusetzen scheint: Im Januar 1977 wurden gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 22,5% weniger Wohnungen zum Bau genehmigt und im Bereich des übrigen Hochbaus betrug der Rückgang sogar 31%.

Die zu erwartende Entwicklung im Tiefbaubereich wird fast ausschließlich von den Investitionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand abhängen, die mit einem Auftragsanteil von über 90% der entscheidende Auftraggeber in diesem Bereich ist.

Das geplante mehrjährige Infrastrukturprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden zielt zwar stark auf die Bauwirtschaft, dürfte 1977 jedoch erst mit erheblicher zeitlicher Verspätung zum Tragen kommen. Denn auch wenn dieses Programm zügig verabschiedet werden sollte, dürften die geplanten Investitionen wegen der langen Vorbereitungsphasen derartiger Vorhaben kaum mehr im laufenden Jahr beim Baugewerbe wirksam werden.

Öffentliche Finanzen

Trotz der wieder stärker fließenden Steuereinnahmen – in den Monaten Januar bis März 1977 hat das Land mit rund 3,86 Mrd. DM um 17,5% mehr

eingenommen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum – beabsichtigt die Landesregierung, ihre Sparpolitik konsequent fortzusetzen. Nach dem verabschiedeten Doppelhaushalt 1977/78 liegt das Haushaltsvolumen 1977 mit 23,8 Mrd. DM um 6,7% über dem Istergebnis des Jahres 1976; für 1978 ist eine Steigerung um 6,1% auf 25,2 Mrd. DM vorgesehen.

Bisher hat eine Verschiebung in den Haushalten zugunsten der Konsumausgaben und des Schuldendienstes sowie zu Lasten der Investitionen und einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik stattgefunden. Die meisten öffentlichen Haushalte besitzen nur deswegen noch einen geringen Umschichtungsspielraum, weil Kredite aufgenommen werden. Das heißt: regelmäßig sind heute fast 100% aller Einnahmen des Staates bereits durch gesetzliche und sonstige Verpflichtungen als Ausgaben festgelegt.

Um den finanziellen Handlungsspielraum künftiger Haushaltsjahre nicht durch unangemessen hohe Schuldendienstausgaben zu belasten, wird eine Reduzierung der Bruttokreditaufnahmen auf 2,4 Mrd. DM im laufenden Jahr und auf 2,0 Mrd. DM im Jahr 1978 angestrebt. Des weiteren wird zur Sicherstellung eines einigermaßen befriedigenden Investitionsvolumens in den Jahren 1977 und 1978 im wesentlichen auf einen Personalstellenzuwachs verzichtet. Unabdingbare Stellenvermehrungen in bestimmten Schwerpunktbereichen (z. B. Polizei, Lehrer) werden durch Umschichtungen ermöglicht. Die Personalausgaben liegen mit einem Ansatz von 10,0 Mrd. DM um 6,2% über dem Vorjahresergebnis. Für 1978 ist mit 10,6 Mrd. DM eine Steigerung um 6,0% geplant. Die Investitionsausgaben (einschließlich Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen) belaufen sich 1977 auf 3,7 Mrd. DM und 1978 auf 3,8 Mrd. DM (+ 2,7%).

Aussichten für den Arbeitsmarkt

Die Entwicklung im Jahr 1976 hat im Vergleich zur Freisetzungswelle von 1975 zu einer stabilisierten Situation auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Zahl der Kurzarbeiter konnte entscheidend abgebaut werden, auch die Zahl der Arbeitslosen ging zurück, sie bewegt sich jedoch mit 100 615 im April 1977 (April 1976: 124 972) nach wie vor auf hohem Niveau. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,8% (April) weist Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern (Bundesdurchschnitt 4,6%) eine günstigere Situation aus. Baden-Württemberg hat nach wie vor die geringste Arbeitslosenquote aller Bundesländer vorzuweisen.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gestalten sich deshalb so schwierig, weil sie auf einen ganzen Komplex von Ursachen zurückgehen, was auch die Durchführung schnell und breit wirkender Maßnahmen außerordentlich erschwert¹¹. Neben der gegenwärti-

¹⁰ Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1975, S. 112: "Bauwirtschaft: Nachfragestrukturen und Tendenzen".

¹¹ Vgl. Teil III, Abschnitt 3.1

gen Vielschichtigkeit der Wirtschaftsentwicklung als der Einflußgröße, die den Bedarf an Arbeitskräften beeinflußt, sind es Bestimmungsfaktoren aus dem demographischen und dem Bildungsbereich, die das Angebot an Erwerbspersonen sowohl auf lange Sicht festlegen als auch sehr kurzfristig zu Problemsituationen führen können. Noch bis Mitte der 80er Jahre strömen geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, während auf der anderen Seite altershalber nur relativ wenige Erwerbspersonen aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden. Denn die hierfür anstehenden Altersgruppen gehören zu den geburtenschwachen Jahrgängen um den Ersten Weltkrieg, die durch den Zweiten Weltkrieg weiter dezimiert wurden. Aus der demographischen Struktur der ansässigen Bevölkerung ist demzufolge im Durchschnitt des laufenden Jahres und der sich anschließenden nächsten Jahre mit einer Zunahme des Arbeitskräfteangebots auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, die bei jährlich rund 30 000 bis 40 000 Personen liegen dürfte.

Die quantitativen Probleme konzentrieren sich insbesondere auch im laufenden Jahr auf die Eintrittsstelle ins Arbeitsleben. Denn nach der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes (Variante mit ausgeglichenem Wanderungssaldo) sowie nach Berechnungen aufgrund der Schülerprognose des Kultusministeriums sind im Jahr 1977 etwa 100 000 bis 120 000 junge Menschen unter 21 Jahren am Arbeitsmarkt zu erwarten¹². Das sind ungefähr 10 000 Personen mehr als 1976. Außerdem darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine weiterhin große Zahl an Jungakademikern eine adäquate Beschäftigung suchen wird — so sind aus den Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten des Landes rund 20 000 Absolventen zu erwarten.

Schwieriger gestaltet sich ein Abschätzen des Bedarfs an Arbeitskräften, und die Meinungen darüber, was im laufenden Jahr möglich und zu erwarten sein wird und was nicht, sind außerordentlich kontrovers. Für Baden-Württemberg erscheinen im einzelnen nachfolgende Entwicklungsmöglichkeiten wahrscheinlich. In der verarbeitenden Industrie hat im abgelaufenen Jahr die verbesserte Ausnutzung der Kapazitäten über einen Abbau der Kurzarbeit und gelegentlicher Einführung von Überstunden auch wieder zu einer wenn auch sehr zurückhaltend durchgeführten Neueinstellung von Arbeitskräften geführt. So nahm die Zahl der Industriebeschäftigten von Januar bis Dezember 1976 um gut 17 000 auf 1,409 Mill. zu.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Tendenzen durch die weiterhin verbesserte Kapazitätsauslastung unterstützt oder aber durch die zur Zeit unsichere Nachfrageentwicklung aufgehalten werden. Demgegenüber dürfte aufgrund der ungünstigen Auf-

tragslage in der Bauwirtschaft in diesem Bereich auch weiterhin mit einem Personalabbau zu rechnen sein. Dem steht nicht entgegen, daß hier zur Zeit ein gewisser Ersatzbedarf nach qualifizierten Facharbeitern besteht.

Ein entscheidender Abbau der Arbeitslosigkeit wird allgemein von höheren Investitionen erwartet. Zwar dürften auch in diesem Jahr die Investitionen zunehmen, beschäftigungssteigernde Effekte sind allerdings nur von Erweiterungsinvestitionen zu erwarten. Diese werden jedoch nicht getrennt von den Ersatzinvestitionen ausgewiesen. Den Ergebnissen einer Umfrage des IFO-Instituts aus dem Jahr 1976 ist zu entnehmen, daß ihr Anteil zum damaligen Zeitpunkt nur gering war und auch für die Zukunft entsprechend eingeschätzt wurde¹³. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß mit zunehmender Auslastung der Kapazitäten auch wieder in gewissem Umfang Erweiterungsinvestitionen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Beschäftigten getätigt werden (DIW). Ob hieraus per Saldo eine fühlbare Zunahme nach Arbeitskräften resultiert, kann angesichts des hohen Anteils von Rationalisierungsinvestitionen vorab kaum abgeschätzt werden, zumal auch durch Rationalisierungsinvestitionen direkte und indirekte Beschäftigungseffekte bei den Investitionsgüter herstellenden Industriebereichen und deren Zulieferern eintreten.

Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen kann bei genereller Beibehaltung der Sparmaßnahmen aufgrund verbesserter Steuereingänge von gewissen Erleichterungen bei der Personalpolitik ausgegangen werden. Auch bei den übrigen Dienstleistungen dürften sich die schon 1976 beobachteten Zunahmen fortsetzen. So war die Zahl der Erwerbstätigen im gesamten Dienstleistungsbereich (einschließlich Staat) von April 1975 bis April 1976 — also in der Zeit eines massiven Personalabbaus im Produzierenden Sektor — um immerhin etwa 65 000 Personen gestiegen; wovon schätzungsweise 26 000 auf den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen entfielen.

Faßt man alle einzelnen Entwicklungstendenzen auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes zusammen, so könnte es möglich sein, daß Arbeitsplätze in einem Umfang geschaffen werden, mit dem der aufgrund demographischer Gegebenheiten zu erwartende Erwerbspersonenzuwachs in etwa kompensiert werden kann. Die Möglichkeiten weiterer Entlastungen des Arbeitsmarktes sind außerdem stark davon abhängig, ob sich die Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer weiter fortsetzen wird; zwischen 1975 und 1976 hat die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen nochmals um 31 000 abgenommen, wovon der größte Teil auf Abwanderungen zurückzuführen ist. Eine er-

¹² Teil II, Abschnitte 2.1 und 2.2

¹³ Vgl. dazu auch Teil III, Abschnitt 4.1

hebliche Steigerung dieser Abwanderungen dürfte allerdings ziemlich schwierig sein, da wie oben angedeutet der sogenannte mobile Teil der ausländischen Bevölkerung sich ständig verringert hat. Die Integration der ansässigen Ausländer aufgrund relativ längerer Aufenthaltsdauer und im Zuge der Familienzusammenführung dürfte also weiter fortgeschritten sein. Darüberhinaus sind die Arbeitsmarktp Probleme in den Heimatländern der Ausländer mindestens ebenso groß wie in der Bundesrepublik, während umgekehrt ein Anhalten der konjunkturellen Auftriebskräfte im Warenproduzierenden Gewerbe auch die hauptsächlich von Ausländern ausgeübten

Berufe betreffen wird. Insofern dürfte eine Abwanderung ausländischer Erwerbspersonen in einer Größenordnung um etwa 20 000 Personen, das sind rund zwei Drittel der angenommenen Abwanderung von Ausländern insgesamt, bei aller Unsicherheit dieser Arbeitsmarktkomponente eine realistische Größenordnung darstellen. Damit könnte es möglich sein, daß die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1977 — nach 119 300 im Jahre 1976 — wieder unter 100 000 liegen wird. Verglichen mit 1974 (51 700) ist aber eine solche Größenordnung nach wie vor sehr hoch.

Teil II

Langfristige Vorausschätzungen demographischer und ökonomischer Eckdaten bis 1990 (bzw. 2020)

1. Allgemeine methodische Bemerkungen

Seit im Statistischen und prognostischen Jahresbericht von 1974 letztmals ein System langfristiger Prognosen veröffentlicht wurde, sind teilweise tiefgreifende Veränderungen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens – wie der Bevölkerung, der Wirtschaft, der Ausbildung und dem Arbeitsmarkt – eingetreten. Sie haben die Bedingungen, die den damaligen Vorausschätzungen zugrunde lagen, zum Teil erheblich verändert, so daß eine Anpassung der Modellrechnungen an die inzwischen eingetretenen Ereignisse erforderlich wurde. Diese Revision wurde im vergangenen Jahr durchgeführt, wobei gleichzeitig der Katalog der vorzuschätzenden Größen auch auf regionale Bevölkerungs-, Erwerbspersonen- und Arbeitsplatzdaten erweitert wurde.

Der Prognosehorizont wurde für alle Eckdaten zunächst bis zum Jahr 1990 festgelegt. Da sich aber gerade zu diesem Zeitpunkt bei Fortbestehen gewisser heute sichtbarer Tendenzen bei wichtigen Größen ein Entwicklungsumbruch abzeichnet – so geht beispielsweise die Bevölkerungsstagnation in einen Bevölkerungsrückgang über und die Zahl der Erwerbspersonen hat ihren Höhepunkt überschritten und nimmt ab –, wurden diese tendenziellen Entwicklungen im Bevölkerungsbereich bis zum Jahr 2020 als Modellrechnung weitergeführt. Wegen der interdependenten Beziehung zwischen dem Bevölkerungs- und Wirtschaftsbereich lag es nahe, im Anschluß an die Fortschreibung der Bevölkerung auch in ökonomischer Hinsicht einige Überlegungen über das Jahr 1990 hinaus anzustellen.

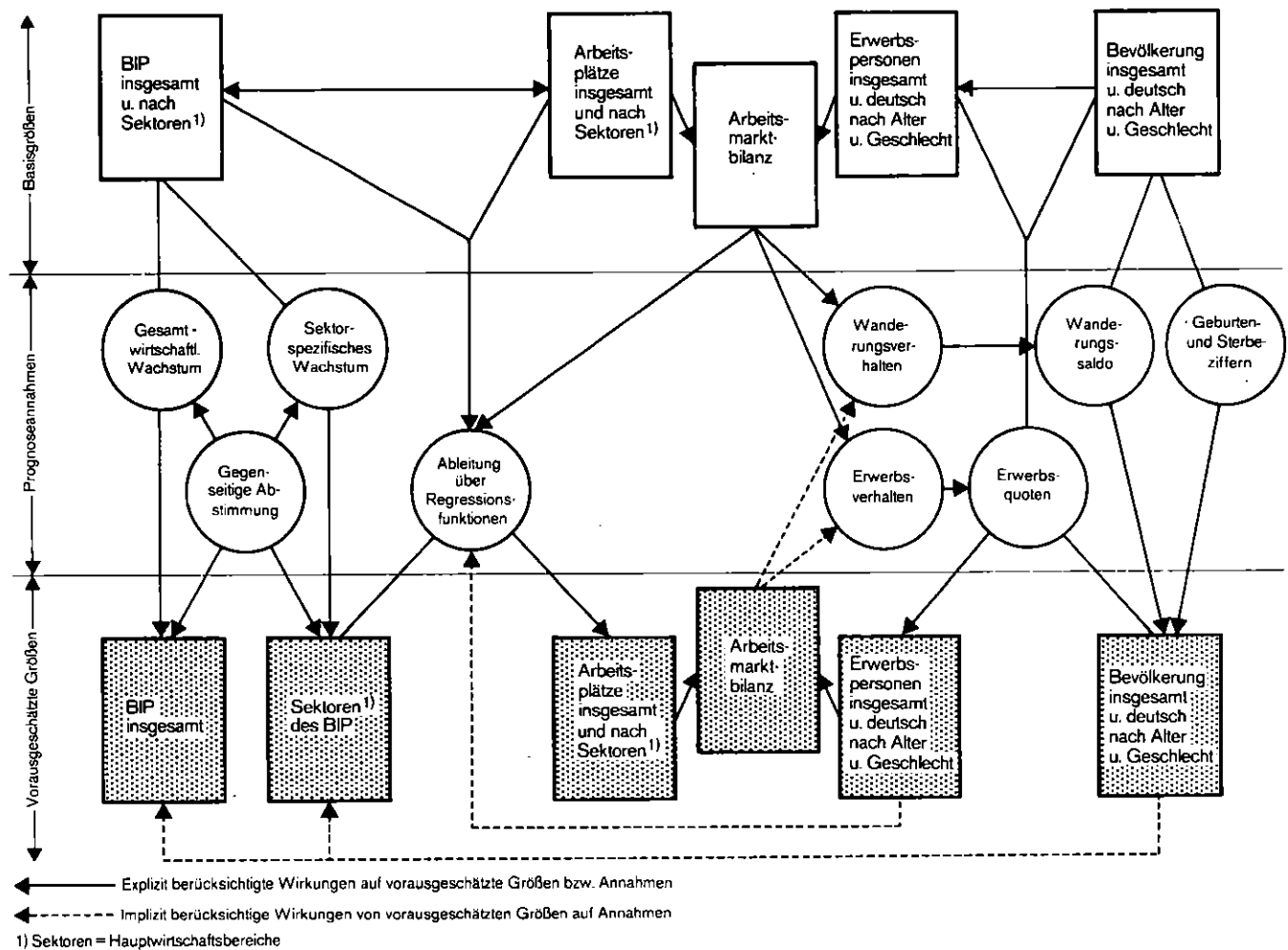
In den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften haben Prognosen überwiegend Modellcharakter. Danach handelt es sich um Aussagen darüber, wie sich künftige Entwicklungen ihrer Richtung und Größenordnung nach vollziehen würden, wenn die heute sichtbaren Entwicklungstendenzen in gleicher oder ähnlicher Form weiter bestünden. Das Ergebnis einer Vorausschätzung gilt also nur unter den jeweiligen Prämissen, von denen bei der Berechnung der Größen ausgegangen wurde. Daraus mag deutlich werden, daß bei einem über das Jahr 1990 hinausgespannten Zeithorizont die schon für einen Zeitraum von nahezu 15

Jahren gegebene Unsicherheit noch einmal beträchtlich zunimmt. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß die in den Jahrzehnten von 1990 bis 2020 wirksamen Einflußfaktoren aus heutiger Sicht nicht vorausgesehen werden können. Trotz allem ist eine solche Modellrechnung nicht ohne Wert, da sie aufzeigt, wie unter den gegebenen Prämissen aus heutiger Sicht die Entwicklung langfristig aussehen könnte. Es kommt hinzu, daß durch die heute bereits vorhandene demographische Struktur – insbesondere die Altersstruktur der gegenwärtigen Bevölkerung – zumindest ein Einflußfaktor auch für die kommenden Jahre gegeben ist.

Neben der Ausdehnung in die Zeit wird in diesem Prognoseansatz eine Differenzierung in regionaler Hinsicht vorgenommen. Vorausgeschätzte Eckdaten für Regionen sind wichtige Orientierungsgrundlagen für die Landesplanung wie auch für die Entscheidungsträger der einzelnen regionalen Ebenen. Die gegenüber den Landeswerten geringere Prognosebasis führt jedoch dazu, daß die ermittelten Entwicklungstendenzen durch unvorhergesehene Ereignisse und Zufälligkeiten merkbar beeinflußt werden können und darum weniger stabil sind. Ebenso wie bei einer Verschiebung in die Zeit so muß auch bei einer Disaggregation eine größere Unsicherheit hinsichtlich des Eintreffens der Prognoseergebnisse in Rechnung gestellt werden.

Trotz des Modellcharakters von Prognosen und allen damit zusammenhängenden Problemen sind Staat und Gesellschaft auf Vorstellungen über mögliche zukünftige Entwicklungslinien angewiesen. Die Notwendigkeit ergibt sich einmal aus den oftmals weit in die Zukunft reichenden Auswirkungen heutiger staatlicher Handlungen sowie zum anderen daraus, daß absehbaren zukünftigen Schwierigkeiten durch schon heute einzuleitende Maßnahmen entgegengewirkt werden muß. Durch die Ausdehnung des vorliegenden Vorausschätzungsansatzes sowohl in regionaler wie zeitlicher Hinsicht gewinnt diese Informations- und Orientierungsfunktion von Prognosen zweifellos an Bedeutung. Um diese Funktion für die staatlichen und kommunalen Entscheidungsträger noch stärker herauszuarbeiten, werden nachfolgend, soweit möglich, mit bestimmten Entwicklungen auch die damit verbundenen möglichen Konsequenzen erörtert. Im Abschnitt über die Bevölkerungsentwick-

Demographische und ökonomische Eckgrößen im Prognosezusammenhang



34876

lung stehen dabei zwei Aspekte im Mittelpunkt: die demographische Entwicklung selbst, für deren Abschätzung der sehr lange Prognosehorizont von großer Bedeutung ist, und sodann die Belastungen, die schon in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren durch die unterschiedlich starke Besetzung verschiedener Altersjahre zu erwarten sind. Für die ausbildungsrelevanten Jahrgänge sind diese Schwierigkeiten schon seit längerem allgemein bekannt, sie werden aber, ausgeweitet um neue Schwerpunkte (insbesondere Zahl der Auszubildenden), im Abschnitt über Schüler und Auszubildende im einzelnen im Zeitablauf weiterverfolgt. Die Probleme, die in Verbindung mit der absehbaren Entwicklung der Erwerbspersonenzahl auftreten – die ihrerseits eine Auswirkung von Besonderheiten der Altersstruktur ist – können sinnvoll nur in Verbindung mit bestimmten Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung und der davon abhängigen Zahl an Arbeitsplätzen erörtert werden. Im Abschnitt „Erwerbspersonen“ werden deshalb nur die aus der Bevölkerungsentwicklung zu erwartenden Vorausschätzungsergebnisse des Angebots an Erwerbspersonen

(= Nachfrager nach Arbeitsplätzen) dargestellt. Voraussichtliche Konsequenzen dieser Entwicklung bis 1990 und mögliche Auswirkungen auf sehr lange Sicht (Jahrzehnt nach 1990) werden unter dem Stichwort „künftige Beschäftigungslage“ (vgl. Abschnitt 2.6) diskutiert.

Spätestens hier wird deutlich, daß die Ereignisse im demographischen und ökonomischen Bereich nicht unabhängig voneinander gesehen werden können. Sowohl bei dem Prognoseverfahren wie auch bei der Diskussion möglicher Konsequenzen müssen die Beziehungen zwischen den verschiedenen Größen so weit wie möglich berücksichtigt werden. Das in den letzten Jahren zunehmend wichtigere Verzahnungsglied zwischen dem Bevölkerungs- und Wirtschaftsbereich bildet dabei der Arbeitsmarkt, dem deshalb hier eine zentrale Stelle eingeräumt wird (Schaubild 1). So bestimmen die auf dem Arbeitsmarkt bestehenden und aller Voraussicht nach auch weiterhin zu erwartenden Probleme den Wanderungsansatz im Rahmen der Bevölkerungsvorausschätzung,

– der Rückbezug, die Beeinflussung der Situation auf dem Arbeitsmarkt durch die mit der demographischen Entwicklung verbundene Erwerbspersonenzahl, wurde oben schon angedeutet. Die Entwicklungen im Bildungsbereich werden sowohl vom Prognoseansatz wie auch von den Auswirkungen her immer stärker auch unter wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gesehen. Umgekehrt wird heute erörtert, ob und welche Auswirkungen Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung auf die Wirtschaftsentwicklung haben, zum Beispiel über die Beeinflussung von Nachfrage und Produktivität (Abschnitte 2.4 und 2.5).

Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Gesamtheit aller interdependenten Beziehungen zwischen diesen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft hier nicht aufgezeigt werden kann. Es soll jedoch der Versuch gemacht werden, neben der Ergebnisdarstellung auch einige der in dieser Hinsicht wichtigsten Aspekte und Überlegungen auszuführen, sie sowohl für den vorliegenden Prognoseansatz selbst wie auch für die Abschätzung der Konsequenzen von besonderer Bedeutung sind.

2. Vorausschätzungen für das Land

2.1 Voraussichtliche Entwicklung von Bevölkerung und Haushalten

Neue Fragen der Bevölkerungspolitik

Die Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung – und damit für die deutsche und die ausländische Bevölkerung – soll Orientierungsdaten liefern darüber, wie sich nach den neuen demographischen Tendenzen Zahl und Struktur der Bevölkerung in Baden-Württemberg entwickeln werden. Die *Zahl* der Menschen, die unsere Bevölkerung bilden, ist maßgebend für die Vorgänge aller Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche und bildet eine der Grundlagen aller Planungen. Von gleicher Bedeutung – und dies wird zunehmend gesehen – ist allerdings auch die *Struktur* der Bevölkerung, also die Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen. Beim Durchgang durch die einzelnen Altersstufen werden jeweils insbesondere die Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik angesprochen.

Das Umschlagen der Bevölkerungsentwicklung nach einer langen Phase der starken Zunahme – bedingt sowohl durch starke Zuwanderung wie durch höhere Geburtenraten – in eine Phase voraussichtlicher Stagnation mit sich anschließender Abnahme hat allerdings der Diskussion um Bevölkerungsprobleme eine neue Dimension eröffnet, die über die skizzierte traditionelle Fragestellung hinausgeht. Verfolgt man die entsprechenden Kommentare, so sind die Fragen

nach dem Bestand der Bevölkerung als solcher sowie die nach den Auswirkungen auf das generelle Wirtschaftswachstum in den Vordergrund getreten. Solche Aspekte gewinnen an Relevanz bei deutlich abnehmender Bevölkerungszahl, und zwar dann, wenn dieser Rückgang durch ein entsprechendes generatives Verhalten verursacht wird. Dieses Verhalten kann durch eine bestimmte Altersstruktur (schwache Besetzung von Jahrgängen mit normalerweise hoher Fruchtbarkeit) verstärkt werden, wie es in Baden-Württemberg voraussichtlich etwa ab 1990 eintreten könnte.

Während bei Annahme eines ausgeglichenen Wanderungssaldos mit einer Konstanz der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs bis 1990 zu rechnen ist, kann auch schon für diesen Zeitraum ein Bevölkerungsrückgang für den Fall nicht ausgeschlossen werden, daß es zu einem jährlichen Abwanderungsüberschuß kommt. Da diese Abwanderung überwiegend aus Ausländern, und zwar besonders aus ausländischen Erwerbspersonen, bestehen würde, entspräche angesichts der gegenwärtigen Arbeitslosenzahl eine in dieser Weise verursachte Bevölkerungsabnahme den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen.

Entwicklungstendenzen mit spezifisch bevölkerungspolitischer Relevanz sind somit für die Zeit nach 1990 zu erwarten, wobei der schon erwähnte große Unsicherheitsfaktor für einen so langen Prognosezeitraum berücksichtigt werden muß. Andererseits benötigt die Herausbildung demographischer Ereignisse eine lange Ausreifungszeit, so daß weit in der Zukunft liegende Entwicklungen heute in ihrer Verursachung gesehen werden müssen. Es soll deshalb nachfolgend versucht werden, einige Aspekte auch der neuen Fragestellung aufzugreifen.

Wandel der Entwicklung bedingt neue Annahmen

Die in Baden-Württemberg angewandte Methode der Bevölkerungsvorausschätzung basiert auf der sogenannten Komponentenmethode¹. Von den einzelnen zu berücksichtigenden Komponenten spielen das generative und das Wanderungsverhalten eine besonders große Rolle. Während in den vergangenen Jahren die Wanderungsbewegung im Mittelpunkt des Interesses stand und die jährliche Entwicklung der Bevölkerung insbesondere in Baden-Württemberg sehr stark beeinflußte und noch beinflusst, hat sich der Schwerpunkt der Entwicklungsveränderung auf das generative Verhalten als einer Komponente der natürlichen Bevölkerungsbewegung verschoben. Entsprechend werden in der Vorausschätzung weniger die kurzfristigen als vielmehr die langfristigen Auswirkungen auf die Bevölkerungszahl und den altersmäßigen Bevölkerungsaufbau verfolgt.

¹ Methodische Erläuterungen vgl. Anhang sowie Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1976, S. 393 ff.

Der empirische Ausdruck eines bestimmten generativen Verhaltens sind die Fruchtbarkeitsziffern, die für die vorliegende Prognose nach Altersjahren und Bevölkerungsgruppen (Gesamtbevölkerung/Deutsche) differenziert sind. Sie werden ausgehend vom Stand 1975 bis zum Jahr 1977 nochmals um 3% abgesenkt und dann für alle Prognosejahre auf dem erreichten Niveau konstant gehalten. Die Geburtenzahlen hängen jedoch nicht nur von den Fruchtbarkeitsziffern ab, sondern auch von der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren und von ihrer Verteilung innerhalb dieser Altersgruppe, wie nachfolgend noch darzustellen sein wird.

Der zweite für die Bevölkerungsentwicklung entscheidende Einflußfaktor ist der Wanderungsansatz. Es handelt sich hier um eine wichtige Verzahnungsgröße zwischen möglichen demographischen und ökonomischen Entwicklungen, da Wanderungen einerseits weitgehend von der Wirtschaftsentwicklung abhängen, aber andererseits diese über ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt mit beeinflussen. Während frühere Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausschätzungen für Baden-Württemberg ohne positiven Wanderungssaldo unrealistisch gewesen wären, hat sich heute die Situation grundlegend geändert.

Die wirtschaftlichen Ereignisse der Jahre seit 1973 und insbesondere der Abbau von 230 000 Arbeitsplätzen sind nicht ohne Konsequenzen geblieben. So wandelte sich der Zuwanderungsüberschuß des Jahres 1973 von 75 000 Personen im Jahr 1974

in einen Wanderungsverlust von 22 000 Personen, der sich im Jahr 1975 auf 74 900 Personen erhöhte und sich im Jahr 1976 auf 34 500 Personen belief. Dieser Abwanderungsüberschuß führte zu einem Bevölkerungsrückgang und in Verbindung damit auch zu einem Rückgang an Arbeitskräften (Erwerbspersonen).

Trotzdem waren Ende 1976 noch rund 113 000 Erwerbspersonen arbeitslos. Gleichzeitig werden in den kommenden Jahren geburtenstarke Jahrgänge ins erwerbsfähige Alter hineinwachsen. Damit steht eine Reserve an Arbeitskräften zur Verfügung, die einen zunehmenden Bedarf ohne weiteres abdecken kann. Dies bedeutet, daß bei Berücksichtigung eines gemäßigten Wirtschaftswachstums ein Zuwanderungsüberschuß an Erwerbspersonen und somit auch an Wohnbevölkerung nicht erforderlich und wahrscheinlich sein dürfte. Umgekehrt ist es unwahrscheinlich, daß sich ein wirtschaftlich induzierter Abwanderungsüberschuß in der Größenordnung der letzten Jahre auf Dauer fortsetzt. Aus diesem Grund wird im vorliegenden Prognoseansatz für Männer und Frauen ein Wanderungssaldo von Null zugrundegelegt.

Um jedoch den realen Verhältnissen gerecht zu werden und insbesondere die Auswirkungen der Wanderungen auf die *Altersstruktur* zu berücksichtigen, wird hierfür ein aus dem Durchschnitt der Jahre 1972/74 erarbeitetes Wanderungsmodell verwendet, das, altersspezifisch je gesondert für Männer und Frauen, ein Volumen von jeweils 100 000 Zu- und Fortzügen über die Landesgrenze umfaßt.

Tabelle 1

Vorausschätzung der Wohnbevölkerung

Jahr	Gesamtbevölkerung					Deutsche		
	Variante I ¹⁾			Variante II ¹⁾	Variante III ¹⁾	Variante I ¹⁾		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		insgesamt	männlich	weiblich
	in 1000							
1976 ²⁾	9 140	4 387	4 753			8 309	3 920	4 389
1980	9 158	4 406	4 752	9 099	9 220	8 278	3 912	4 366
1985	9 160	4 426	4 734	9 020	9 301	8 203	3 892	4 311
1990	9 167	4 454	4 713	8 942	9 391	8 138	3 883	4 255
1995	9 147	4 468	4 679	8 835	9 455	8 030	3 857	4 173
2000	9 061	4 443	4 618	8 661	9 454	7 850	3 790	4 060
2005	8 911	4 377	4 534	8 422	9 388	7 605	3 682	3 923
2010	8 719	4 281	4 437	8 143	9 280	7 323	3 547	3 776
2015	8 502	4 169	4 334	7 840	9 145	7 025	3 400	3 625
2020	8 264	4 045	4 219	7 518	8 983	6 711	3 243	3 469

1) Variante I: "Null-Wanderung", Variante II: jährliche Abwanderung um 15 000 Personen, Variante III: jährliche Zuwanderung um 15 000 Personen. - 2) Ergebnisse des Mikrozensus.

Um den Wanderungsansatz auch zu relativieren und um die Bandbreite einer möglichen Entwicklung bei kontinuierlicher Zu- oder Abwanderung aufzeigen zu können, wurden Alternativen berechnet, die jeweils von einem Überschuß an Zu- oder Fortzügen von jährlich 15 000 Personen ausgehen².

Bevölkerungszahl bis 1990 konstant

Bevölkerungsvorausschätzungen tragen — ebenso wie alle anderen Prognoserechnungen — stets Modellcharakter. Die abgeleiteten Rechenergebnisse können deshalb nicht eine genaue zu einem bestimmten künftigen Zeitpunkt zu erwartende Bevölkerungszahl vermitteln. Es sollen vielmehr vorrangig Entwicklungstendenzen und Strukturveränderungen aufgezeigt werden, wie sie sich besonders für den Altersaufbau ergeben, der durch die heutige Bevölkerungsstruktur schon weitgehend vorgegeben ist.

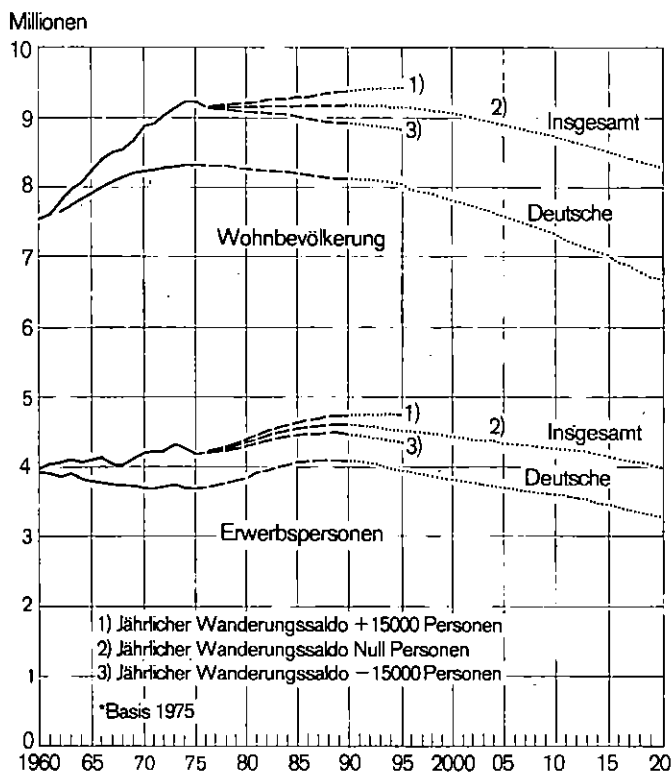
Die *gesamte Bevölkerungszahl*, die sich zu Beginn des Jahres 1977 auf 9,119 Mill. Personen belief, wird unter den gegebenen Prämissen 1990 voraussichtlich 9,167 Mill. Personen ausmachen und damit in etwa stagnieren. Bei der *deutschen Bevölkerung* ist wegen des höheren Sterbeüberschusses bereits ab 1976 ein Rückgang zu verzeichnen. Danach wird die deutsche Bevölkerung von 8,304 Mill. Personen Anfang 1977 bis 1990 auf 8,138 Mill. abnehmen (Tabelle 1³). Einige Konsequenzen dieser Stagnationstendenzen werden im nachfolgenden Abschnitt wie auch in Verbindung mit Überlegungen zur Wirtschaftsentwicklung dargestellt.

Während die obigen Ergebnisse für einen ausgeglichenen Wanderungssaldo abgeleitet wurden, würde unter der Annahme eines jährlichen Zuwanderungsüberschusses von 15 000 Personen — der allerdings aus heutiger Sicht für wenig wahrscheinlich gehalten wird —, die Gesamtbevölkerung bis 1990 auf 9,391 Mill. Personen zunehmen. Umgekehrt muß bei einem jährlichen Abwanderungsüberschuß in gleicher Höhe im Jahr 1990 mit 8,942 Mill. Einwohnern gerechnet werden (Schaubild 2).

Vom Jahr 1990 an wird bei ausgeglichenem Wanderungssaldo der Bevölkerungsstand des Landes bis zum Jahr 2000 auf 9,061 Mill. zurückgehen und bis 2020 weiter auf 8,264 Mill. absinken. Die deutsche Bevölkerung wird sich dann im Jahr 2000 noch auf 7,850 Mill. und im Jahr 2020 auf 6,711 Mill. Personen belaufen. Der Bestand der deutschen Bevölkerung könnte also bis dahin im Vergleich zu heute um rund ein Fünftel zurückgegangen sein. Er wird dann möglicherweise nur noch 81% der gesamten Bevölkerung umfassen, nachdem sich dieser Anteil heute noch auf 91% beziffert.

Schaubild 2

Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen Entwicklung und Prognose*



Bei derart weit in die Zukunft ausgreifenden Berechnungen muß immer — und dies gilt auch für die nachfolgenden Ausführungen — wieder auf die großen Unsicherheitsfaktoren und damit auf den Modellcharakter solcher Überlegungen hingewiesen werden. Denn es ist nicht auszuschließen, daß sich die als konstant unterstellten Prämissen ändern. Wenn die Entwicklung allerdings in den angenommenen Bahnen weiterläuft, dann würde nach der Jahrhundertwende bei der Bevölkerung ein Schrumpfungsprozeß in beachtlicher Größenordnung eintreten.

Voraussichtlich kein Geburtendefizit bis 1990

Die vorstehend aufgeführte Bevölkerungsentwicklung ist durch die heutige Altersstruktur vornehmlich der weiblichen Bevölkerung weitgehend vorbestimmt. So wird bis zum Jahr 1990 die Zahl der Lebendgeborenen wegen der bis dahin steigenden Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter stetig zunehmen. Die Sterbefälle werden wegen der immer stärker werdenden Geburtsjahrgänge, aus denen Sterbefälle überwiegend zu erwarten sind, von Jahr zu Jahr zunehmen. Sie werden bis 1990 etwa der Zahl der Lebendgeborenen entsprechen, so daß eine ausgeglichene Bevölkerungsbilanz zu erwarten ist (Schaubild 3).

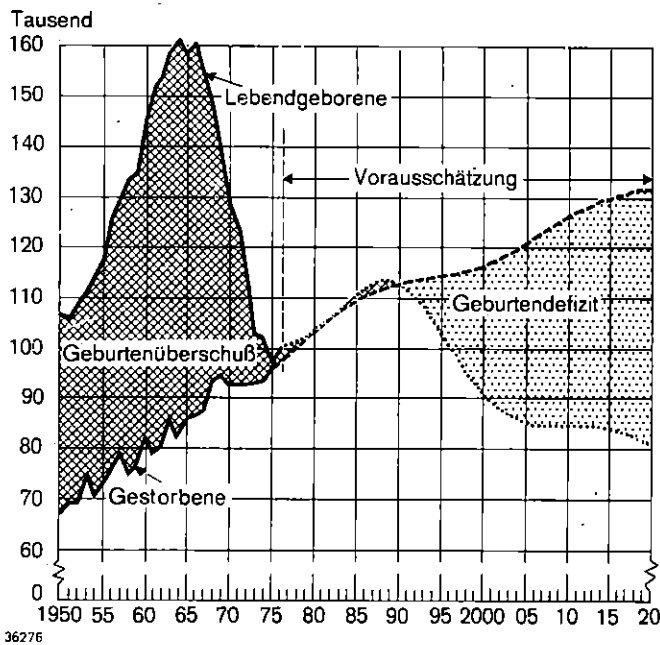
Eine Untersuchung dieser Daten auch für die deutsche Bevölkerung zeigt deutlich die Einflüsse eines starken ausländischen Bevölkerungsanteils. Denn bei

² Bezügl. Annahmen vgl. Anhang.

³ Aus methodischen Gründen wurden in Tabelle 1 Zahlen des Mikrozensus (April 1976) verwendet.

Schaubild 3

Lebendgeburt und Sterbefälle der Gesamtbevölkerung



den Deutschen ist seit 1973 ein Geburtendefizit zu verzeichnen, das etwa ab 1976 bis Ende der achtziger Jahre sich in einer jährlichen Größenordnung von etwa 18 000 bewegen wird.

Grundsätzlich ist dann ab 1990 in Baden-Württemberg mit einem jährlich steigenden Geburtendefizit zu rechnen, das bis zum Jahr 2000 wegen des dann starken Rückgangs der Frauen im gebärfähigen Alter besonders stark zunimmt. Von da an kann unter den dieser Berechnung zugrundeliegenden Bedingungen wieder mit einer relativ konstanten Zahl von Lebendgeborenen gerechnet werden. Trotzdem wird das Geburtendefizit ab dem Jahr 2000 wegen der stärker zunehmenden Sterbefälle aus den geburtenstarken Jahrgängen ansteigen. Diese sind dabei in zunehmen-

dem Maße durch in entsprechende Altersgruppen vorgerückte Ausländer mitbestimmt.

Zusammenfassend gesehen wird also die gesamte Bevölkerung des Landes ab 1990 auch über den Beginn des kommenden Jahrhunderts hinaus aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung abnehmen.

Auswirkungen einer unausgeglichene Altersstruktur

Mit der oben dargestellten Entwicklung der Bevölkerung sind erhebliche Änderungen ihrer altersstrukturellen Zusammensetzung verbunden. Bis zum Jahr 1985 – also in der Stagnationsphase – werden sich die Anteile der unter Versorgungsgesichtspunkten wichtigen Altersgruppen der bis zu 15-jährigen einerseits und der 65-jährigen und Älteren andererseits deutlich gegeneinander verschieben. Dies ist im wesentlichen (Tabelle 2) auf einen Rückgang des Anteils der Jugendlichen zurückzuführen, wobei diese Entwicklung bei der deutschen Bevölkerung ausgeprägter ist als bei der Gesamtbevölkerung. Bis zur Jahrhundertwende bleiben die erreichten Relationen in etwa konstant, um sich dann – immer unter der Annahme weiterhin konstanter Fruchtbarkeitsziffern – in den ersten Jahrzehnten des nächsten Jahrhunderts genau umzukehren: Im Jahr 2020 dürfte der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung auf 17%, für Deutsche sogar auf 19% gestiegen sein, während der Anteil der Jugendlichen auf 15% bzw. 13% bei den Deutschen gesunken sein dürfte.

Die Versorgung und Unterbringung älterer Menschen ist also eine Aufgabe von zunehmender Bedeutung, wobei Probleme zu Beginn des kommenden Jahrhunderts zu erwarten sind, wenn beinahe ein Fünftel der Bevölkerung im Rentenalter steht und ihre Zahl auf ein Maximum von 1,5 Mill. Personen im Jahr 2010 steigen dürfte.

Tabelle 2

Vorausschätzung der Wohnbevölkerung nach Altersgruppen

Jahr	Gesamtbevölkerung				Deutsche			
	1000 Personen im Alter von Jahren							
	0 bis unter 15	% ¹⁾	65 und mehr	% ¹⁾	0 bis unter 15	% ¹⁾	65 und mehr	% ¹⁾
1976	2 026	22,2	1 241	13,6	1 793	21,6	1 231	14,8
1980	1 814	19,8	1 286	14,0	1 536	18,6	1 274	15,4
1985	1 583	17,3	1 174	12,8	1 256	15,3	1 162	14,2
1990	1 587	17,3	1 210	13,2	1 243	15,3	1 191	14,6
1995	1 631	17,8	1 249	13,7	1 289	16,1	1 210	15,1
2000	1 588	17,5	1 292	14,3	1 240	15,8	1 224	15,6
2010	1 344	15,4	1 502	17,2	957	13,1	1 376	18,8
2020	1 253	15,2	1 454	17,6	844	12,6	1 295	19,3

1) Anteil an jeweiliger Bevölkerung insgesamt.

Das Problem der Belastung der Gesamtbevölkerung durch Nichterwerbspersonen ist unter zwei Aspekten zu sehen. Ökonomisch betrachtet ist es abhängig vom allgemeinen Wirtschaftswachstum, vom Pro-Kopf-Einkommen, vom Anspruchsniveau in der Sozialpolitik sowie von der Einstellung der Bevölkerung gegenüber Nichterwerbspersonen. Demographisch gesehen läßt sich die Belastung durch das Verhältnis von Nichterwerbstätigen zu je 100 Erwerbstätigen ausdrücken. Diese Quote ist allerdings nur für die Vergangenheit zu ermitteln. Bei Prognosen behilft man sich deshalb gelegentlich damit, daß als Bezugsgröße die voraussichtliche Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) eingesetzt wird. Da jedoch keineswegs alle Personen dieser Gruppe erwerbsfähig sind bzw. zum Teil auch gar nicht arbeiten wollen, ergeben sich Verzerrungen der Belastungsquote dahingehend, daß sie zu niedrig ausgewiesen wird. Die Aussagekraft dieser Relation verbessert sich entscheidend, wenn – wie im vorliegenden Fall – Erwerbspersonen über alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten vorausgeschätzt wurden.⁴

Die gesamte Belastungsquote kann dabei wie folgt aufgeteilt werden:

Belastung der Erwerbspersonen durch Rentner (Nichterwerbspersonen von 65 Jahren und älter).

Belastung der Erwerbspersonen durch Kinder und Auszubildende (Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren).

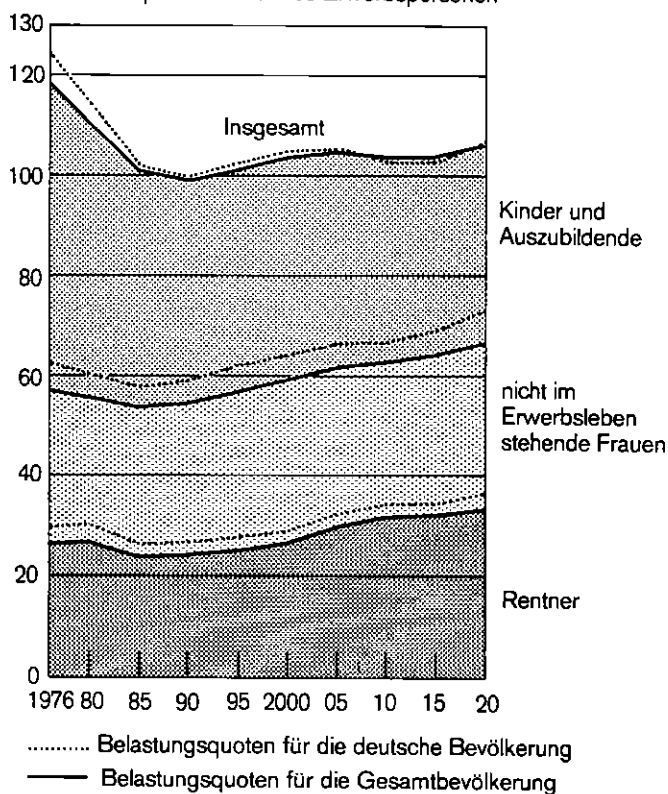
Belastung der Erwerbspersonen durch die restlichen Nichterwerbspersonen (überwiegend nicht im Erwerbsleben stehende Frauen).

Ermittelt man die Zukunftswerte der einzelnen oben definierten Belastungsquoten auf der Grundlage der dargestellten Bevölkerungs- und Erwerbspersonenprognose, so ergibt sich als auffallendes Ergebnis, daß die gesamte Belastung in Baden-Württemberg im Jahr 1975 mit 120 Nichterwerbspersonen auf 100 Erwerbspersonen ihren höchsten Wert erreicht hat (Schaubild 4). Sie wird bis 1990 auf rund 99 absinken und dann wieder bis zum Jahr 2020 auf 107 ansteigen. Im Gegensatz dazu wird die Belastung durch Rentner – die in den letzten 25 Jahren von einer Quote mit 14 Personen je 100 Erwerbspersonen im Jahr 1950 auf 27 im Jahr 1975 gestiegen ist, sich also fast verdoppelt hat – zunächst bis 1985/90 auf 24 zurückgehen. Danach wird sie allerdings bis 2020 in wesentlich stärkerem Maße auf 33 ansteigen (Zunahme 38%) als die gesamte Belastungsquote, die zwischen 1990 und 2020 lediglich um 8% zunehmen wird. Daß die gesamte Belastungsquote nicht in dem gleichen Maße ansteigen wird, beruht auf der gegenläufigen Entwicklung bei der Belastung durch Kinder und Auszubildende, die derzeit bei 61 Personen je 100 Erwerbspersonen

Schaubild 4

Belastungsquoten

Nichterwerbspersonen auf 100 Erwerbspersonen



14677

liegt und verhältnismäßig schnell bis 1990 auf 44 zurückgehen wird. Dieser Rückgang wird – von kleinen Schwankungen abgesehen – noch bis zum Jahr 2020 anhalten. Dann wird diese Belastungsquote auf etwa 40 abgesunken sein. Die Belastung durch nichterwerbstätige Frauen, die sich derzeit auf 31 beziffert, wird sich nach einer geringen Abnahme auf 28 bis zum Jahr 1980, im Jahr 1990 auf 30 belaufen. Sie wird dann weiter bis 2020 langsam unter leichten Schwankungen auf 33 Personen je 100 Erwerbspersonen ansteigen.

Wie sehr die Ausländer die sozialen Belastungen heute und in Zukunft mittragen, ergibt sich daraus, daß die gesamte Belastungsquote unter der Voraussetzung, daß nur Deutsche hier leben würden, derzeit um etwa 6 bis 7 Prozentpunkte höher liegen würde. Diese Differenz würde bis 1990 auf 1 Prozentpunkt zurückgehen und dann etwa konstant bleiben. Die Belastung durch Rentner würde im gesamten Beobachtungszeitraum um 3 Prozentpunkte höher liegen. Die Belastung durch Kinder und Auszubildende, die heute etwa gleich ist, würde bei der deutschen Bevölkerung allein im Jahr 1990 jedoch um 4 Prozentpunkte niedriger liegen. Die Differenz könnte sich bis zum Jahr 2020 auf etwa 6 Prozentpunkte vergrößern.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß innerhalb einer gegenüber heute per Saldo abnehmenden

⁴ Vgl. Abschnitt „Vorausschätzung von Erwerbspersonen“.

Gesamtbelastungsquote eine erhebliche Umschichtung stattfindet: ein beachtlicher Anstieg der Belastung durch Rentner ist verbunden mit einem Rückgang derjenigen durch Schüler und Auszubildende, wobei hier schon der auch in den achtziger Jahren noch vorhandene „Schülerberg“⁵ berücksichtigt wurde. Die Belastung durch nicht im Erwerbsleben stehende Frauen wird sich voraussichtlich nur geringfügig ändern. Dies würde bedeuten, daß – aus demographischer Sicht – bei zunächst sinkender und dann in etwa gleichbleibender Gesamtbelastung ab 1990 immer mehr Mittel für die Rentner alleine abgezweigt werden müßten, während die Belastung durch Kinder und Auszubildende zurückgehen und einen geringeren Aufwand erfordern dürfte.

Langfristige Perspektiven für den Altersaufbau

Probleme einer unausgeglichene Altersstruktur, die in Verbindung mit dem Geburtenrückgang zur Zeit intensiv diskutiert werden, sind von der Sache her keineswegs neuartig. Das generelle Problem für unser Land besteht schon seit Jahren. Es zeigt sich darin, daß der in diesem Jahrhundert infolge zweier Weltkriege, sozialer Umschichtungen, verbesserter Hygiene, höherer Lebenserwartung und gezielter Familienplanung vollkommen ausgeglichene Altersaufbau dazu führt, daß die Institutionen des Bildungswesens, des Erwerbslebens und der Altersversorgung jeweils während einiger Jahre oder Jahrzehnte eine immer wieder steigende und fallende Zahl von Menschen unterbringen oder versorgen müssen. Die Planung und Steuerung der hierfür erforderlichen Maßnahmen sind sehr viel schwieriger als bei einem normalen Altersaufbau.

Das besondere Problem in weit nach dem Jahr 2000 liegenden Jahrzehnten ist durch Unregelmäßigkeiten im heutigen Altersaufbau begründet. So werden durch starke Geburtsjahrgänge gebildete „Wellenberge“ (etwa vor und nach dem ersten Weltkrieg, vor dem zweiten Weltkrieg oder im Jahrzehnt zwischen 1955 und 1965) jeweils von „Wellentälern“ abgelöst, die ihrerseits aus schwächer besetzten und eventuell durch Kriegseinwirkung zusätzlich reduzierten Jahrgänge bestehen. Diese Berge und Täler rücken Jahr für Jahr in die jeweils höhere Altersstufe empor, wobei jede einzelne Unregelmäßigkeit zur Durchmessung der gesamten Alterspyramide einen Zeitraum von annähernd 100 Jahren benötigt. Bei einer Fortführung der Berechnung über das Jahr 2020 hinaus würde sich die bis dahin aus dem heutigen zerrissenen Altersaufbau ausgebildete „Pilzform“ langsam zu einer der Absterbeordnung angepaßten „Glockenform“ weiter entwickeln. Hiermit ist etwa ab dem Jahr 2030 zu rechnen, wenn die starken Geburtsjahrgänge der sechziger Jahre in zunehmendem Maße absterben. Aber erst vom Jahr 2050 an wird der Altersaufbau verhältnismäßig ausgeglichen

sein, wobei unter Beibehaltung der angenommenen Fruchtbarkeit die „Alterspyramide“ in ihrer Basis mehr und mehr eingeengt wird (Schaubild 5).

Das Phänomen der „Alterslastigkeit“ der Bevölkerung dürfte somit ein sich allerdings lang in die Zeit erstreckendes Übergangsproblem sein. Es dürfte sich auch bei ständig sinkender Bevölkerungszahl im Vergleich zu seiner zur Zeit anstehenden starken Ausprägung auf lange Sicht abschwächen. Die Probleme, wie sie derzeit aufgrund stark unterschiedlich besetzter Jahrgänge bewältigt werden müssen, können in Zukunft nur dann vermieden werden, wenn langfristig eine Geburtenrate erreicht werden kann, die zu einer konstanten, im Altersaufbau ausgeglichenen Bevölkerung führt.

Zahl der Haushalte nimmt weiter zu

Während die Bevölkerungszahl – ausgehend von einem ausgeglichenen Wanderungssaldo – bis zum Jahr 1990 stagniert, ist für die Entwicklung der Zahl aller Haushalte eine nicht unbeträchtliche Zunahme zu verzeichnen. Dies ist besonders bedingt durch die starken Geburtsjahrgänge der 60er Jahre, die jetzt einerseits ins Erwerbsleben treten und andererseits entweder als Verheiratete oder besonders bei den bis unter 30 Jahre alten Frauen auch als Ledige einen eigenen Haushalt gründen. Informationen über die zu erwartende Zahl der Haushalte und der Haushaltsgrößen sind von besonderer Bedeutung für alle wohnraumbezogenen Planungen. Darüber hinaus sind Personen von Jahrgängen, die zur Haushaltsgründung anstehen, besonders konsumfreudig, so daß durch die zu erwartende starke Besetzung dieser Jahrgänge über einen längeren Zeitraum hinweg durchaus eine nachfragestützende Wirkung ausgehen könnte.

Bei konstanten geschlechts- und altersspezifischen Haushaltsvorstandsquoten wird sich der Zuwachs an Haushalten ausgehend vom Jahr 1976 (3,50 Mill.

Tabelle 3

Vorausschätzung der Haushalte

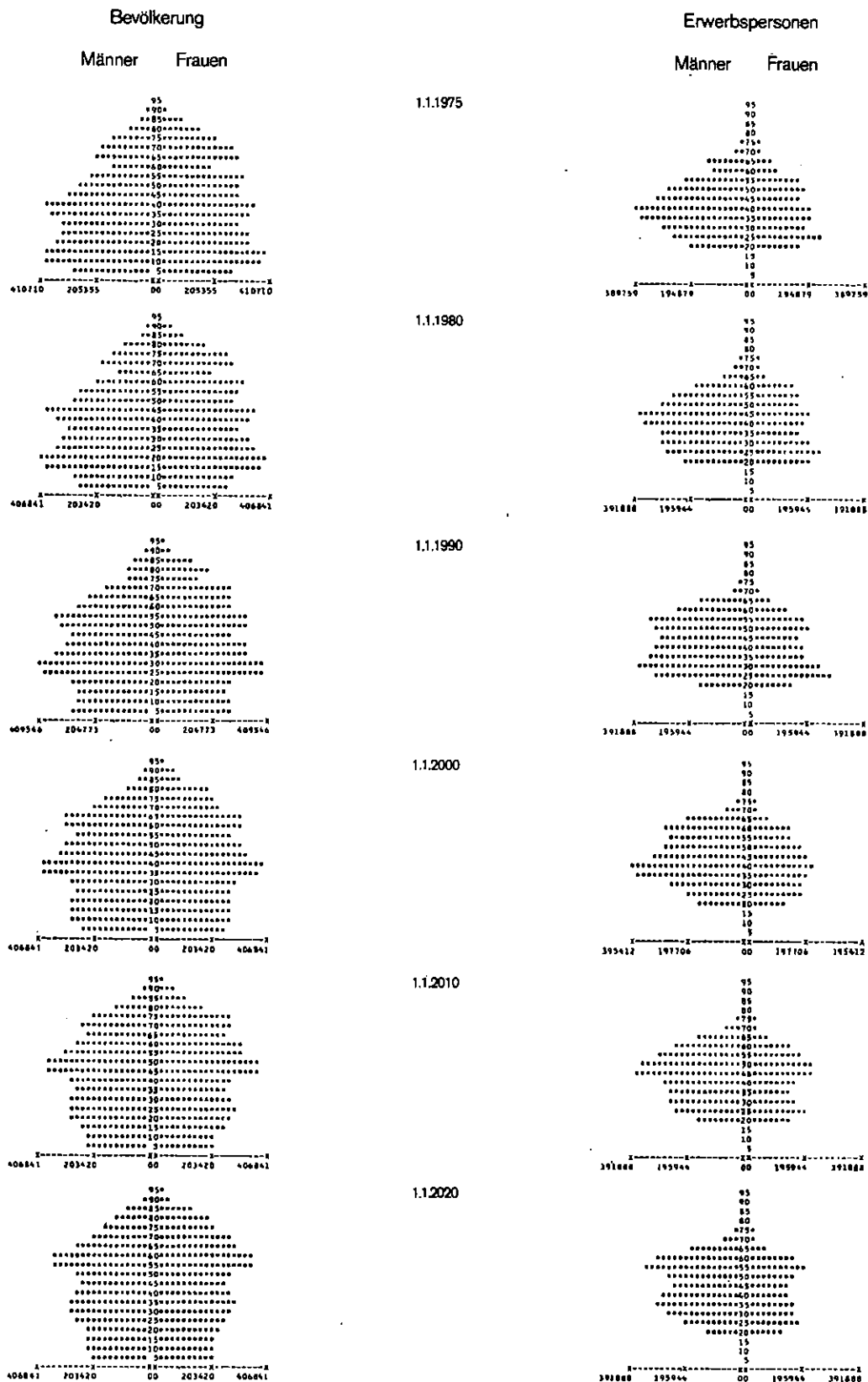
Jahr	Insgesamt		Deutsche	
	Haushalte 1000	Personen je Haushalt	Haushalte 1000	Personen je Haushalt
1975 ¹⁾	3 450	2,7	3 105	2,7
1980	3 555	2,6	3 210	2,6
1985	3 684	2,5	3 328	2,5
1990	3 816	2,4	3 446	2,4
1995	3 889	2,4	3 493	2,3
2000	3 901	2,3	3 471	2,3
2005	3 890	2,3	3 422	2,2
2010	3 867	2,3	3 363	2,2
2015	3 838	2,2	3 292	2,1
2020	3 756	2,2	2 971	2,3

1) 1975 Ergebnisse des Mikrozensus.

⁵ Vgl. folgenden Abschnitt

Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausschätzung auf der Basis 1.1.1975

Schaubilder der Altersstruktur (Alterspyramiden)



Die in der Mitte der Pyramiden stehenden Zahlen bezeichnen jeweils die Altersgruppe. Dabei bedeutet zum Beispiel 15 die Altersgruppe von 10 bis unter 15 Jahren.

Haushalte) bis 1990 auf rund 320 000 (+ 9%) Haushalte belaufen. Es muß dann mit einem Bestand von 3,82 Mill. gerechnet werden. Dieser Zuwachs wird, wenn auch abgeschwächt, für die gesamte Bevölkerung noch bis zum Jahr 2000 anhalten. Im kommenden Jahrhundert ist dann mit einer leichten Abnahme zu rechnen, so daß im Jahr 2020 aufgrund der heutigen Bevölkerungsstruktur und -entwicklung 3,76 Mill. Haushalte erwartet werden können (Tabelle 3).

Der Zuwachs an Haushalten ist bei der deutschen Bevölkerung, bedingt durch deren heutige Altersstruktur, noch etwas ausgeprägter. Im Jahr 1990 ist mit etwa 3,45 Mill. Haushalten zu rechnen. Der Zuwachs wird etwa bis zum Jahr 1995 anhalten. Der Bestand beträgt dann 3,49 Mill. Haushalte, um anschließend verhältnismäßig rasch über 3,47 Mill. im Jahr 2000 auf 2,97 Mill. Haushalte im Jahr 2020 abzunehmen. Mit der weiteren Zunahme an Haushalten ist bei etwa gleichbleibender Einwohnerzahl bis 1990 mit einem Rückgang der Haushaltsgröße von heute 2,67 Personen auf 2,40 Personen zu rechnen. Bis zum Jahr 2020 kann die Haushaltsgröße weiter auf 2,20 Personen je Haushalt absinken. Die Entwicklung wird bei der deutschen Bevölkerung etwa ähnlich verlaufen.

2.2 Voraussichtliche Entwicklung von Schülern und Auszubildenden

Bedeutung demographischer Aspekte für den Bildungssektor

Die in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre eingeleitete Reform des Bildungswesens befaßte sich hauptsächlich mit der Frage einer Hebung des generellen Ausbildungsniveaus der Bevölkerung. Die demographische Komponente der daraufhin einsetzenden Bildungsexpansion, nämlich die als Ausbildungspotential heranstehende Stärke der Geburtenjahrgänge, spielte dagegen zunächst keine große Rolle. Dies ergab sich aus der annähernd gleichbleibenden Jahrgangsstärke der im Zeitraum von 1960–1967 zum Übergang auf weiterführende Schulen heranstehenden Schuljahrgänge. Seitdem ist allerdings der Zuwachs der absoluten Übergangszahlen zu etwa drei Vierteln demographisch bestimmt.

Da die bildungspolitischen Zielvorstellungen in Form von Übergangsquoten bzw. Prozentanteilen eines Altersjahrgangs inzwischen zum größten Teil erreicht sind, werden die Schülerströme durch die verschiedenen Bildungswege mehr denn je durch die Bevölkerungsentwicklung bestimmt. Eine vollkommen unausgeglichene Geburtenentwicklung innerhalb des letzten Jahrzehnts führt dabei zu der besonderen Schwierigkeit, daß einerseits die geburtenstarken Jahrgänge bis Mitte der sechziger Jahre erst jetzt in die höheren Klassen- und Schulstufen vorrücken,

jedoch eine entsprechende Ausweitung der Kapazitäten wegen der nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge aus ökonomischen und finanziellen Erwägungen in Frage gestellt wird.

Dabei dürften die Schwierigkeiten der stark besetzten Jahrgänge nach dem Abgang aus dem Bereich von Schule und Hochschule keineswegs beendet sein, sondern sich auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen. Es ist abzusehen, daß die Integration dieser Neuzugänge in den Arbeitsprozeß sowohl in quantitativer aber auch in qualitativer Hinsicht Probleme aufwerfen wird.

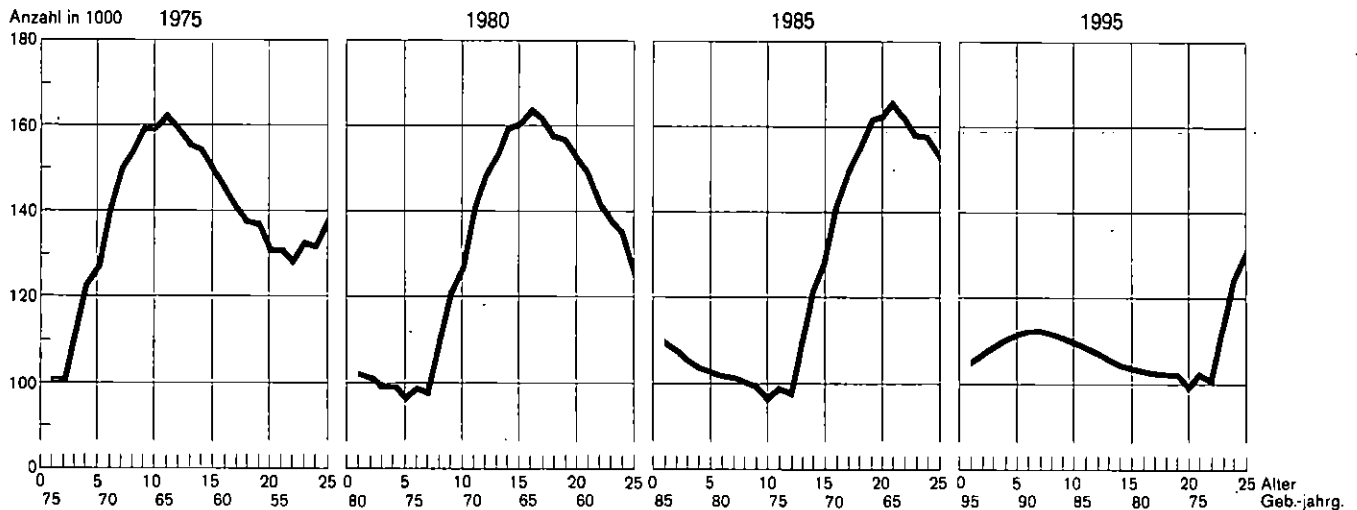
Entwicklung von Geburtenberg und Geburtental
Ausgangsbasis für die Betrachtung dieser Probleme von der Nachfrageseite her, also von Seiten der Nachfrage nach Bildung, ist die derzeit gegebene Altersstruktur der 1- bis 25-jährigen (vgl. Schaubild 6). Deutlich zu erkennen ist die Spitze des Geburtenbergs mit den starken Jahrgängen 1963–1966 (etwa 160 000 Lebendgeborene pro Jahr) sowie das vorlaufende Geburtental der Jahrgänge 1951–1955 (knapp 130 000 Geburten pro Jahr) und das nachlaufende Tal der Jahrgänge 1974 bis voraussichtlich 1977 (knapp 100 000 Geburten pro Jahr).

Auf der Grundlage der zuvor dargestellten Bevölkerungsvorausschätzung kann der Durchlauf dieses „Berges“ durch die einzelnen Altersstufen verfolgt werden. Die Spitzenjahrgänge werden dabei besonders betrachtet, da sie einerseits zu den größten Belastungen der Bildungsinstitutionen führen und andererseits die einzelnen betroffenen Personen sich entsprechend den größten Schwierigkeiten gegenübergestellt sehen. Diese Spitzenjahrgänge haben inzwischen den Grundschulbereich verlassen und befinden sich auf dem Durchlauf durch den Altersbereich der Sekundarstufe I (Hauptschule, Realschule sowie Unter- und Mittelstufe der Gymnasien). Etwa mit den Schuljahren 1980/81 bzw. 1981/82 werden sie ihre Vollschulpflicht beendet haben und zu etwa 40% ins duale Berufsbildungssystem übergehen, nach einem Jahr gefolgt von weiteren 20%, die inzwischen an Realschulen und Gymnasien die Mittlere Reife abgelegt haben. Rund 20% werden in beruflichen Vollzeitschulen mit dem mittleren Schulabschluß auch eine berufliche Qualifikation anstreben und 20% in den Jahren 1984/85 bzw. 1985/86 die Hochschulreife ablegen. Anfang der neunziger Jahre werden dann die Studenten dieser Geburtsjahrgänge auch die Hochschulen verlassen haben.

Das demographische Phänomen stark unterschiedlicher Geburtsjahrgänge innerhalb relativ kurzer Zeit führt dazu, daß die einzelnen Institutionen des Bildungswesens sich ebenfalls in nur kurzer Frist auf drei unterschiedliche Phasen einstellen müssen: — das bevorstehende Jahrfünft bis Anfang der achtziger Jahre dürfte im wesentlichen noch durch den Geburtenberg bestimmt werden. Während

Altersstruktur der Wohnbevölkerung im Alter bis zu 25 Jahren

(jeweils am 31. Dezember)



22376

dieser Zeit verlagert sich die Masse der Schüler vom Eingang des Sekundarbereichs I an dessen Ende, so daß damit fast alle Schularten betroffen sind. Der Besuch an den Hochschulen weist hohe Zunahmen auf. Andererseits geht die Zahl der Kinder im Grundschulalter und zum Teil auch im Hauptschulalter schon zurück.

- In der Mitte der achtziger Jahre hat sich der Einfluß der geburtenschwachen Jahrgänge voll durchgesetzt, so daß für den gesamten Bildungsbereich mit einem Nebeneinander von Geburtental – im Übergang zur Sekundarstufe I – und Geburtenberg – im Hochschulbereich – gerechnet werden muß.
- Auf längere Sicht, das heißt ab Anfang/Mitte der neunziger Jahre, dürfte im gesamten Bildungsbereich mit den Auswirkungen niedriger Geburtenjahrgänge zu rechnen sein. Der „Geburtenberg“ ist aus den bildungsrelevanten Altersjahrgängen herausgewachsen. Bei Konstanz des der Bevölkerungsprognose zugrundegelegten generativen Verhaltens dürfte sich die Schülerzahl auf erheblich geringerem Niveau stabilisieren.

Die heute stärker besetzten „Elternjahrgänge“ dürften dabei in den neunziger Jahren nur zu einem mäßigen Anstieg der Zahl von Kindern im bildungsrelevanten Alter führen: Unter den gegebenen Prämissen wird die Zahl der Lebendgeborenen von derzeit 97 000 jährlich auf etwa 110 000 ansteigen – eine Jahrgangsstärke, die zwar 15% über der des Geburtenjahrgangs 1975, aber immer noch um 30% unter der des Jahrgangs 1964 liegen dürfte.

Konsequenzen für den Bildungsbereich

Aufgrund schulsystemimmanenter Zusammenhänge kann jedoch anhand der Geburtenentwicklung nur bedingt auf die Entwicklung der Schülerzahlen geschlossen werden. Wegen der Aufteilung eines Geburtenjahrgangs auf zwei Einschulungsjahrgänge (Einschulungstermin ist der 1. 8. eines Kalenderjahres), wegen der Tatsache, daß ein gewisser Teil der Schülerschaft (im Schnitt aller Schularten und Klassenstufen etwa 4%) eine Klasse wiederholt, insbesondere aber aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Ausbaus der beruflichen Schulen erreicht der Schülerberg in den einzelnen Schulbereichen seine Spitzenwerte gegenüber dem Geburtenberg mit einer zeitlichen Verzögerung von ein bis drei Jahren. Dieser time-lag wird überlagert durch einen die Höhe der Entwicklung bestimmenden multiplikativen Effekt, der durch die Ausweitung des relativen Schulbesuchs in den weiterführenden Schulen bis 1972 begründet ist.

Nach der letzten Schülerprognose des Kultusministeriums, die, auf der neuesten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts aufbauend, neben Zielvorgaben auch die oben beschriebenen Effekte berücksichtigt, erreichen die Realschulen sowie die Unter- und Mittelstufe der Gymnasien ihre höchste Schülerzahl mit 230 000 bzw. 240 000 Schülern (zusammen + 6%) im Schuljahr 1978/79. Die Hauptschule hat, hauptsächlich wegen des kürzeren Bildungsweges, ihren Spitzenwert mit 351 000 seit dem Schuljahr 1975/76 bereits überschritten. Während im gesamten Sekundarbereich I die Schülerzahl zunächst langsam, ab 1980 aber relativ rasch zurückgeht und im Schuljahr 1990/91 mit 518 000 Schülern

Tabelle 4

Entwicklung der Schülerzahlen nach Bildungsbereichen 1975 - 1995

Bildungsbereich	Schüler im Schuljahr 1976/77	Erster Höchstwert (a) bzw. Tiefstwert (b) bis 1994/95		Zunahme +, Abnahme -, ab Schuljahr 1976/77 ¹⁾		Schüler ²⁾	
		Schüler	Schuljahr	Zahl	%	1989/90	1994/95
Primarbereich	569 698	a) 569 500 ³⁾ b) 378 000	1976/77 ³⁾ 1983/84	— — 191 500	— — 34	407 000	430 000
Sekundarbereich I	830 658	a) 850 500 b) 518 000	1977/78 1990/91	+ 20 000 — 313 000	+ 2 — 38	518 000	547 000
Sekundarbereich II Vollzeit	160 675	a) 214 000 b) 154 500	1983/84 1993/94	+ 53 000 — 6 000	+ 33 — 4	176 000	155 000
Sekundarbereich II Teilzeit	217 215	a) 304 500 b) 194 000	1983/84 1993/94	+ 87 000 — 23 000	+ 40 — 11	222 000	208 000
Sonderschule	66 553	a) 72 500 b) 55 000	1981/82 1993/94	+ 6 000 — 11 000	+ 9 — 17	58 000	58 000
Insgesamt ⁴⁾	1 844 799	a) 1 845 000 b) 1 381 000	1976/77 1990/91	+ 1 000 — 463 000	+ 0 — 25	1 381 000	1 398 000

1) Bis zum ersten Höchstwert bzw. Tiefstwert (gerundet). - 2) Ohne Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs. - 3) Absoluter Höchstwert: 632 716 Schüler im Schuljahr 1971/72. - 4) Ohne Fachschulen außerhalb des Geschäftsbereichs des Kultusministeriums.

(und damit 38% unter dem heutigen Niveau) ihre Talsohle erreicht haben wird, durchläuft der Schülerberg zu Beginn der 80er Jahre den Bereich der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufen, Berufsschule, Berufsfach- und Fachschule) und erreicht seine maximale Gesamtschülerzahl bei den Teilzeitschulen mit 304 500 Schülern (+ 40%) 1983/84 und bei den beruflichen Vollzeitschulen mit 214 000 (+ 33%) erst im Schuljahr 1983/84. Die Welle der Überlastung wird schließlich Mitte bis Ende der 80er Jahre an den Hochschulen ihr voraussichtlich höchstes Ausmaß erreicht haben, wenn die geburtenstärksten Jahrgänge 1962 bis 1968 im Hochschulalter stehen. Eine Hochschulzugangsquote von 22% eines Altersjahrganges würde bis 1985 rund 180 000 Studierende ergeben. Berücksichtigt man die langfristigen Ausbauvorstellungen im Gesamthochschulbereich auf maximal rund 136 000 Studienplätze (nach den im 6. Rahmenplan verankerten Flächenbaurichtlinien), dann errechnet sich aus dieser Studentenzahl eine Erhöhung der Überbelegung von derzeit 15% auf über 30%. Diese relativ hohe „Überlastquote“ wird allerdings mit dem Nachrücken der geburtenschwachen Jahrgänge rasch abgebaut. Bereits 1995 werden sich die Zahlen der voraussichtlich Studierenden und der Studienplätze die Waage halten. Für die nach 1975 geborenen Studenten wird sich dieses Verhältnis dann weiter zu ihren Gunsten verändern.

Konsequenzen für das Berufsbildungssystem und den Lehrstellenmarkt

Maßgebend für die zukünftige Ausbildungssituation im Berufsbildungssystem ist nicht die Gesamtschülerzahl der verschiedenen Schulbereiche, son-

dern vielmehr die Zahl der daraus abgehenden Absolventen. Gleichzeitig handelt es sich hier teilweise auch um die Übergangsstelle vom Bildungs- zum Erwerbsbereich. Denn die Schulabgänger werden in erheblichen Größenordnungen als Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten, sei es als Nachfrager ganz allgemein nach einem Arbeitsplatz, sei es speziell nach einer Lehrstelle, was überwiegend der Fall sein dürfte.

Charakteristisch für den zeitlichen Verlauf von Gesamtschüler- und Absolventenzahl ist, daß erstere ihren Höchstwert in der Regel überschritten hat und bereits abnimmt, während die Zahl der Schulabgänger noch ansteigt und erst um Jahre versetzt ihren Spitzenwert erreicht. Insofern überrascht es nicht, daß mit knapp 90 000 (+ 22% mehr als 1975/76) die höchste Zahl von Abgängern aus Haupt- und Sonderschulen erst im Jahr 1981, die höchste Zahl mittlerer Abschlüsse mit knapp 60 000 (+ 48%) erst 1983 und die höchste Zahl von Abiturienten mit 37 000 (+ 42%) erst 1986 erreicht werden wird.

Für die Beurteilung der Auswirkungen dieses bevorstehenden Absolventenbooms sind drei sich anschließende Weiterentwicklungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen:

1. Der Übergang auf eine berufliche Vollzeitschule bzw. auf eine Hochschule,
2. die Bewerbung um einen betrieblichen Ausbildungsplatz in Verbindung mit dem Besuch einer beruflichen Teilzeitschule,
3. der unmittelbare Übergang ins Erwerbsleben.

Grundsätzlich sind die Wechselwirkungen zwischen diesen drei Möglichkeiten zu beachten. Jede Entlastung des Hochschulbereichs durch Reduzierung der Studienanfänger dürfte in der Regel den Lehrstellenmarkt und das Berufsbildungssystem verstärkt belasten. Umgekehrt führt der auch in Zukunft noch zu erwartende starke Zustrom zum Studium zu einer entsprechenden Entlastung dieser Ausbildungsform. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß sie in Zukunft eher durch die dritte der oben genannten Möglichkeiten entlastet wird. Der Übergang ins Erwerbsleben ohne abgeschlossene Ausbildung kann allerdings aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht befriedigen.

Um eine Vorstellung über die zukünftige Situation auf dem Lehrstellenmarkt zu gewinnen, ist es zweckmäßig, vom durchschnittlichen Verhalten der letzten

Jahre auszugehen, wonach sich etwa 75% der Hauptschulabgänger, 55% der Absolventen mittlerer Abschlüsse und 15% der Absolventen mit Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben haben. Die Fortschreibung dieser Prozentanteile zur Vorausberechnung der mittel- und längerfristig zu erwartenden Nachfrage nach Lehrstellen ist nicht ganz unproblematisch. Neben den zuvor angedeuteten Möglichkeiten eines veränderten Übergangsverhaltens hängt dies auch von dem dazu notwendigen weiteren Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen ab. Trotzdem kann eine solche Prognose der Schulabgängerzahlen zur Orientierung für die bei der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu erwartenden Größenordnungen beitragen. Danach wird die Zahl der potentiell Auszubildenden unterschiedlicher schulischer Qualifikationsstufen,

Tabelle 5

Jahrgangsstärke und Schülerbewegung
In 1000

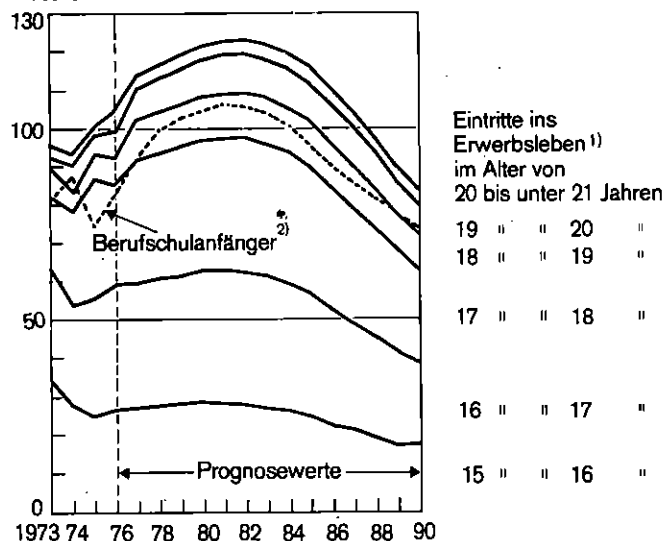
Jahr	Zahl der Lebendgeborenen	Stärke des Einschulungsjahrgangs	Schüler in den Eingangsklassen von		Schulabsolventen			Potentiell Auszubildende				Studienanfänger
			Hauptschule	Realschule und Gymnasium	mit und ohne Hauptschulabschluß 1)	mit mittlerem Abschluß	mit Fachhochschul- und Hochschulreife	mit und ohne Hauptschulabschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Fachhochschul- und Hochschulreife	Insgesamt	
1962	154,0											
1963	159,0											
1964	161,0											
1965	159,0											
1966	161,0											
1967	156,0											
1968	148,0	151,0										
1969	140,0	156,0										
1970	128,0	158,0										
1971	124,0	159,0										
1972	113,0	158,0	74,0	86,0								
1973	103,0	156,0	77,0	83,5								
1974	102,0	152,0	78,0	84,5								
1975	97,0	143,0	78,0	82,0	63,5	45,5	23,0	48,0	23,0	3,5	74,5	25,5
1976		133,0	78,5	81,5	73,5	43,6	26,5	56,0	23,0	4,0	83,0	27,5
1977		124,0	77,5	79,5	83,0	46,5	28,0	63,5	24,5	4,0	92,0	29,6
1978		115,0	75,0	77,0	87,0	56,0	30,0	66,0	29,0	4,5	99,5	30,5
1979		103,0	70,0	72,0	88,5	60,0	26,0	67,5	31,0	4,0	102,5	31,3
1980		98,0	64,5	66,5	89,5	62,5	28,5	68,0	32,5	4,5	105,0	32,8
1981		97,0	60,0	62,0	89,5	64,0	33,0	68,0	33,0	5,0	106,0	33,7
1982			56,0	58,0	88,5	64,5	35,5	67,5	33,0	5,5	106,0	34,7
1983			52,0	54,0	86,0	64,5	36,5	66,0	33,0	5,5	104,2	34,8
1984			50,0	51,0	83,0	64,0	36,0	63,5	32,5	5,5	101,0	35,8
1985			49,0	50,0	77,0	62,5	36,5	59,0	31,5	5,5	96,0	36,4
1986					72,0	59,9	37,5	55,5	30,0	5,5	90,5	35,8
1987					69,5	54,5	35,0	53,0	27,0	5,0	85,5	35,7
1988					69,0	51,5	32,0	51,0	25,5	5,0	81,5	34,3
1989					64,5	48,5	30,0	49,0	24,0	4,5	78,0	33,2
1990					62,0	45,5	28,5	47,5	22,5	4,0	74,0	31,6

1) Einschließlich Sonderschulabschluß.

Schaubild 7

Eintritte ins Erwerbsleben 1973 bis 1990 der unter 21 Jahre alten Personen

Tausend Personen



1) Bevölkerungsprognose Basis 1975
des Statistischen Landesamtes

2) Landtagsdrucksache 7/325
vom 11. 10. 1976, S. 10

die 1976 83 000 betrug – und nach Meldungen aus Wirtschaftskreisen in der Regel noch mit Ausbildungsplätzen versorgt werden könnten – im Jahr 1977 nochmals um 9 000 Personen zunehmen. In den darauffolgenden Jahren werden die jährlichen Zuwächse geringer ausfallen. Der Spitzenwert dürfte im Jahr 1981 bei 106 000 Auszubildenden liegen (Tabelle 5). Von Ende der 70er Jahre bis zur Mitte der 80er Jahre dürfte die Zahl der jährlichen Neuzugänge bei mehr als 100 000 liegen. Hierbei muß gegebenenfalls berücksichtigt werden, daß im selben Maße, wie sich das Übergangsverhalten ändert bzw. wie Schüler aufgrund nicht vorhandener Kapazitäten von Vollzeitschulen auf Teilzeitschulen bzw. vom Studium auf berufliche Ausbildungswege umgelenkt werden, die Lehrstellennachfrage sich zusätzlich erhöht und zudem dieser Zuwachs in kürzester Frist zum Tragen kommt.

Probleme des nächsten Jahrzehnts

Zusammenfassend kann durchaus von einer kritischen Bildungs- und Ausbildungssituation im nächsten Jahrzehnt gesprochen werden, die Wirtschaft und Gesellschaft vor eine große Belastungsprobe stellt. Die kritische Situation zeichnet sich für fast alle Bereiche ab:

Im Sekundarbereich II (gymnasiale Oberstufe und berufliche Schulen), wo die Spitze des Schülerbergs erst zwischen 1980 und 1985 erreicht wird, verursacht das Schülerwachstum auch einen erheblichen Lehrermehrbedarf. Im gesamten Schulbereich führt dagegen die Entwicklung der Schülerzahlen nur noch

kurzfristig zu einer begrenzten Zunahme des Gesamtbedarfs an Lehrern, da die Zahl der Schüler an Grundschulen bereits jetzt stark absinkt und im Sekundarbereich I (Hauptschule, Realschule sowie Unter- und die Mittelstufen der Gymnasien) ab Ende der 70er Jahre zuerst schwach und dann sprunghaft zurückgeht. Aus diesen teils gegenläufigen Entwicklungen der Teilbereiche ergeben sich innerhalb des gesamten Lehrbedarfs starke Strukturverschiebungen. Hinzu kommen die Probleme eines hohen Lehrerangebots in allen Bereichen durch die weit überproportionale Expansion der Lehramtsstudiengänge zwischen 1965 und 1975.

Im Blick auf die langfristige Bedarfsentwicklung, nach der selbst bei konstantem Lehrerbstand ab Anfang der 80er Jahre eine wesentliche Verbesserung der Unterrichtssituation auch an Hauptschulen, Realschulen sowie an den Unter- und Mittelstufen der Gymnasien eintreten würde, und aufgrund begrenzter finanzieller Möglichkeiten bei der Aufnahme des Lehrerangebots müßten demnach Mittel und Wege gefunden werden für eine auf mittlere Sicht flexible Anpassung der Lehrerkapazität an diesen Bedarf. Dabei müssen heute schon Vorstellungen über die spätere Verwendungs- und Beschäftigungsmöglichkeit dann eventuell überzähliger Lehrer gewonnen werden (z. B. Erwachsenenbildung, Freizeitbereich, berufliche Fortbildung, Verlängerung der Schulausbildung), die nicht typischerweise vom Staat gestellt werden müssen. Auch wird man Änderungen des öffentlichen Dienstrechts in Erwägung ziehen müssen.

Im Hochschulbereich ist bei nur noch begrenztem weiteren Ausbau eine Überlastung einkalkuliert, welche die heutige Situation (Überlastquote nach Fläche von rund 15%) mehr als verdoppeln wird. Flankierende strukturelle Reformen sind bereits eingeleitet oder noch zu treffen, um für einen beschleunigten Durchlauf der geburtenstarken Jahrgänge zu sorgen: Abschaffung der Parkstudienmöglichkeiten (siehe Hochschulrahmengesetz), kürzere Verweilzeiten durch Einrichtung von Kurzstudiengängen und breitere Auffächerung und Erhöhung des Angebots an Fernstudien könnten zur Linderung der angespannten Lage beitragen. Nicht zuletzt wird auch mit Information und Beratung versucht, durch Senkung der Übergangsquoten bei gleichzeitiger Aufwertung anderer Schularten den Zustrom zu vermindern.

Differenzierter liegen die Probleme im beruflichen Schulwesen. Hier zwingt eine mögliche Verknappung der betrieblichen Ausbildungsplätze zur Suche nach anderen (über- und außerbetrieblichen) Formen der Berufsbildung. Eine Alternative besteht grundsätzlich im Besuch beruflicher Vollzeitschulen, insbesondere derjenigen, die zusammen mit einem weiteren Schulabschluß auch eine berufliche Erstausbildung anbieten. Da nach den Zielen des Schulentwicklungsplans II der Schulbesuch in diesen Schularten auch

relativ stark ansteigen wird, wäre zu prüfen, ob die geplanten Ausbaumaßnahmen ausreichen, um über den ohnehin erwarteten starken Schülerandrang hinaus auch fehlende Ausbildungsplätze im dualen Berufsbildungssystem zu ersetzen.

Die Probleme, die die geburtenstarken Jahrgänge aufwerfen, werden jedoch nicht an der Grenze des Bildungssektors aufhören, sie werden sich vielmehr im Erwerbsbereich fortsetzen. Zum einen wird die Masse an Absolventen verschiedenster Ausbildungsrichtungen das Problem der Jugendarbeitslosigkeit aufwerfen. Des weiteren können sich Schwierigkeiten ergeben aus dem stetig steigenden Anteil von Absolventen mit gehobener und höherer Ausbildung sowie mit fachspezifizierter Ausbildung, die mit der Erwartung auf entsprechend qualifizierte Arbeitsplätze auf den Arbeitsmarkt zukommen, ohne daß gleichzeitig Wirtschaft und Verwaltung diese Qualifikationen im angebotenen Ausmaß benötigen.

Besonders ungünstige Auswirkungen dürfte eine solche Konstellation für den Bereich der akademischen Ausbildung haben, wo eine lange und aufwendige Ausbildungszeit mit oftmals hochgespannten beruflichen Erwartungen verbunden ist. In den achtziger Jahren wird jedoch aller Voraussicht nach eine solche Situation eintreten. Denn wie einer Gegenüberstellung von Vorausschätzungen des Angebots und der Nachfrage an Akademikern zu entnehmen ist, muß auch bei Zugrundelegung einer optimistischen Annahme zur Bedarfsentwicklung mit einem Überangebot an Akademikern gerechnet werden⁶. Sein Ausmaß hängt dabei von einem stärkeren oder schwächeren Zustrom zu den Universitäten in den bevorstehenden Jahren ab. Mit einer solchen Entwicklung werden einige unerwünschte Konsequenzen verbunden sein, so insbesondere ein durch alle Stufen sich fortsetzender Verdrängungswettbewerb durch die jeweils qualifiziertere Ausbildung und in Verbindung damit eine große Zahl beruflich unzufriedener und im Arbeitsprozeß nicht optimal eingesetzter Menschen.

2.3 Voraussichtliche Entwicklung von Erwerbspersonen

Unterschiedliche Entwicklungsphasen

Die Vorausschätzung von Erwerbspersonen umfaßt verschiedene Zeitphasen, die völlig unterschiedliche Entwicklungstendenzen dieses für Wirtschaft und Gesellschaft so entscheidenden Bestimmungsfaktors beinhalten. Der vorhergehende Abschnitt hat mit der Darstellung immens steigender Zahlen von Schul- und Hochschulabsolventen sowie Auszubildenden das Kernproblem der Phase bis etwa 1990 aufgezeigt: die stark steigende Zahl von Erwerbspersonen, die ihrerseits in Verbindung mit bestimmten Annahmen über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung zur Situa-

tion eines Überangebots an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt führen dürfte⁷. Genau umgekehrt entwickeln sich die Verhältnisse nach 1990: die Zahl der Erwerbspersonen geht voraussichtlich zurück, was in der Diskussion unmittelbar mit dem Tenor eines absehbaren Mangels an Arbeitskräften verbunden wird.

Wie schon einleitend dargelegt wurde, können Fragen dieser Art sinnvoll nur in Verbindung mit bestimmten Annahmen zur zukünftigen Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung erörtert werden. Denn diese geben Auskunft über die mögliche Entwicklung auf der Nachfrageseite der Arbeitsmarktbilanz, das heißt über die Nachfrage nach Arbeitskräften, die identisch ist mit dem Angebot an Arbeitsplätzen. Nachfolgend wird demgegenüber nur die Angebotsseite der Arbeitsmarktbilanz dargestellt. Sie enthält die Entwicklung der aus dem Bevölkerungspotential zu erwartenden Zahl an Erwerbspersonen. Dabei sind unter Erwerbspersonen diejenigen Menschen zu verstehen, die nach bisheriger Beobachtung entweder erwerbstätig sind oder erwerbstätig sein wollen, die also künftig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und hier als Nachfrager nach Arbeitsplätzen auftreten werden.

Angebot an deutschen Arbeitskräften nimmt bis 1990 zu

Wie schon beim Bildungssektor so spielt auch im Bereich des Erwerbslebens die demographische Komponente bei der Bestimmung zukünftiger Entwicklungen die entscheidende Rolle. Bis zum Jahr 1989 ist eine im Vergleich zur Entwicklung der Wohnbevölkerung überproportionale Zunahme der Erwerbspersonen zu erwarten. Auf der Grundlage der zuvor dargestellten Bevölkerungsentwicklung und in Verbindung mit bestimmten Annahmen zum Erwerbsverhalten (geschlechts- und altersspezifische Erwerbsquoten⁸) errechnet sich bis zu diesem Zeitpunkt eine Zunahme des Arbeitskräfteangebots um rund 494 000 (12%) Erwerbspersonen, und zwar von 4,124 Mill. im Jahr 1976 auf 4,618 Mill. im Jahr 1989 (Schaubild 2). Diese starke Zunahme beruht einerseits auf den starken Geburtsjahrgängen der beginnenden 60er Jahre, die in diesem Zeitraum auf dem Arbeitsmarkt als Nachfrager auftreten werden, und zum anderen darauf, daß in der gleichen Zeit relativ schwach besetzte Geburtsjahrgänge aus der Zeit des ersten Weltkrieges aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Während der gesamte Zuwachs an Erwerbspersonen von 1960 bis 1975 nur auf die Zuwanderung von Ausländern zurückzuführen war — die Zahl der deutschen Erwerbspersonen ist in diesem Zeitraum um rund 200 000 zurückgegangen —, beruht der sich bis 1989 ergebende Zuwachs an Erwerbspersonen überwiegend auf der heutigen Altersstruktur

⁶ Vgl. Teil III, Abschnitt 3.2: Angebot und Bedarf von Akademikern.

⁷ Vgl. Abschnitt 2.6.

⁸ Zur Methode vgl. Anhang.

Tabelle 6

Vorausschätzung der Erwerbspersonen

Jahr	Erwerbspersonen						Deutsche Erwerbspersonen			
	Variante I ¹⁾				Varian- te II ¹⁾	Varian- te III ¹⁾	Variante I ¹⁾			
	insgesamt	Erwerbs- quote	männlich	weiblich	insgesamt		insgesamt	Erwerbs- quote	männlich	weiblich
	1000	%	1000				%	1000		
1976 ²⁾	4 124	45,1	2 497	1 626			3 631	43,7	2 176	1 455
1980	4 360	47,6	2 663	1 697	4 319	4 399	3 865	46,7	2 347	1 518
1985	4 561	49,8	2 809	1 752	4 467	4 651	4 054	49,4	2 488	1 566
1990	4 613	50,3	2 869	1 744	4 465	4 758	4 078	50,1	2 537	1 541
1995	4 541	49,6	2 850	1 691	4 337	4 740	3 901	49,3	2 498	1 463
2000	4 446	49,1	2 800	1 646	4 186	4 700	3 830	48,8	2 429	1 401
2005	4 343	48,7	2 720	1 623	4 028	4 650	3 701	48,7	2 332	1 369
2010	4 274	49,0	2 669	1 605	3 906	4 627	3 605	49,2	2 263	1 342
2015	4 158	48,9	2 602	1 556	3 743	4 552	3 455	49,2	2 175	1 280
2020	3 997	48,4	2 516	1 481	3 543	4 425	3 235	48,2	2 052	1 183

1) Variante I: Null-Wanderung, Variante II: jährliche Abwanderung um 15 000 Personen, Variante III: jährliche Zuwanderung um 15 000 Personen, - 2) Ergebnisse des Mikrozensus.

der deutschen Bevölkerung. Denn die deutschen Erwerbspersonen werden von 3,631 Mill. im Jahr 1976 auf 4,093 Mill. im Jahr 1988 zunehmen.

Führt man die Relativierung der Prognoseansätze durch bestimmte Wanderungsannahmen auch in diesem Bereich durch, so ist festzuhalten, daß sich ein jährlicher Zuwanderungsüberschuß von 15 000 Einwohnern in einer weiteren Zunahme an Erwerbspersonen auswirkt: ihre Zahl dürfte dann bis 1990 auf 4,758 Mill. Personen steigen. Umgekehrt wäre mit einem gleich hohen Abwanderungsüberschuß zu diesem Zeitpunkt eine Zahl von 4,465 Mill. Erwerbspersonen verbunden.

Die Zunahme der Arbeitskräfte geht im wesentlichen auf die erheblich wachsende Zahl der neu ins Erwerbsleben eintretenden jungen Menschen zurück. So wird die Zahl der unter 21 Jahre alten Berufsanfänger, die sich im Jahr 1976 auf 105 000 Personen beläuft, bis 1982 auf den Höchststand von 123 000 Personen steigen. Mit dieser Entwicklung wird neben dem generellen Problem der Arbeitsplatzbeschaffung das spezielle Problem der Bereithaltung von Ausbildungsstellen – über die zu erwartenden Größenordnungen wurde im vorhergehenden Abschnitt berichtet – ständig an Bedeutung gewinnen.

Tendenzwende nach 1990

Nach 1990 wird der Abgang von Erwerbspersonen wieder größer werden als der Zugang, woraus nach diesen Prognoseansätzen bis zum Jahr 2000 eine Abnahme auf 4,446 Mill. Personen resultiert. Trotz dieser Abnahme liegt damit die voraussichtliche Erwerbspersonenzahl des Jahres 2000 immer noch um

mehr als 300 000 über dem heutigen Stand. Bei Fortführung dieser Prognoserechnung über das Jahr 2000 hinaus ergibt sich ein weiterer Rückgang, so daß die Gesamtzahl an Arbeitskräften im Jahr 2020 möglicherweise 3,997 Mill. ausmachen wird. Damit hätte sie dann in etwa den Stand des Jahres 1960 erreicht. Diese Vorausschätzungen beruhen auf der Annahme eines ausgeglichenen Wanderungssaldos, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß sich das Wanderungsverhalten ausländischer Erwerbspersonen – insbesondere aus dem EG-Bereich – der Prognose entzieht.

Was die deutschen Erwerbspersonen betrifft, so ist vom Höchststand von 4,093 Mill. Personen im Jahr 1988 ein kontinuierlicher Rückgang bis auf schließlich 3,2 Mill. Personen im Jahr 2020 zu erwarten. Mit Zuwanderungen deutscher Erwerbspersonen in großem Stil kann nicht gerechnet werden, da sich in allen Ländern des Bundesgebiets gleiche Entwicklungen abzeichnen.

Hinsichtlich der Altersstruktur des Erwerbspersonenpotentials ist festzustellen, daß nach der großen Zahl der bis 1990 ins Erwerbsleben tretenden Deutschen die Gesamtzahl der Erwerbspersonen noch in diesem Jahrhundert – insbesondere mit ihrem deutschen Teil – mehr und mehr „alterslastig“ werden wird.

Die Zusammenführung der hier dargestellten voraussichtlichen Entwicklungen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarkts mit denjenigen auf seiner Nachfrageseite und die Ableitung von Konsequenzen aus der sich ergebenden Diskrepanz wird, wie schon zuvor erwähnt, einem eigenen Abschnitt vorbehalten⁹.

⁹ Vgl. Abschnitt 2.6.

2.4 Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum bis 1990

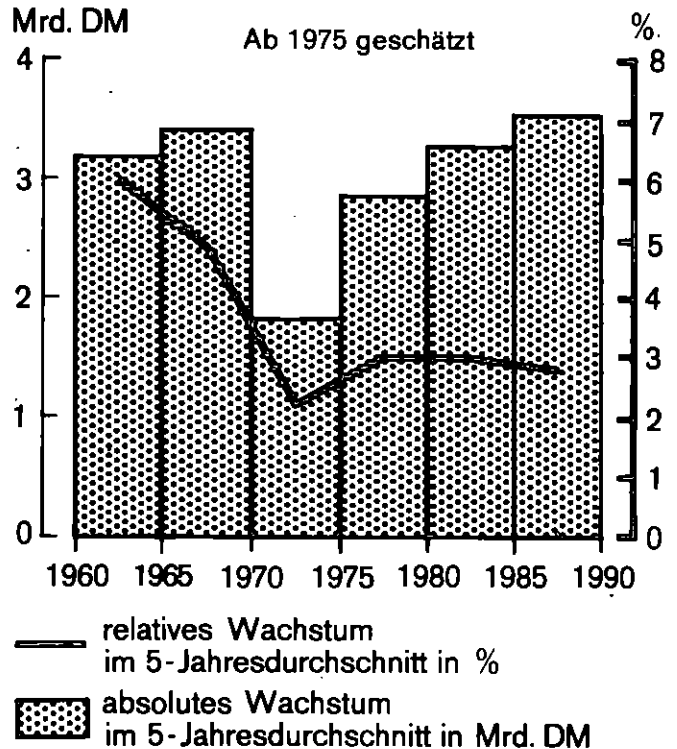
Es wurde schon angedeutet und es dürfte sich auch inzwischen als allgemeine Ansicht mehr oder weniger stark durchgesetzt haben, daß mit dem stark steigenden gesamtwirtschaftlichen Wachstum früherer Jahre in Zukunft nicht mehr gerechnet werden kann. Eine Analyse der Vergangenheitsentwicklung ergibt, daß im Zuge einer mehrphasigen Entwicklung seit dem 2. Weltkrieg – und zwar einer Wiederaufbauphase in den fünfziger Jahren und einer Konsolidierungsphase in den sechziger Jahren mit durchschnittlichen jährlichen Zunahmen des Bruttoinlandsprodukts von 9 Prozent bzw. 5,5 Prozent – in den siebziger und eventuell achtziger Jahren mit einer Umorientierungsphase gerechnet werden muß. Diese dürfte gekennzeichnet sein einmal durch gegenüber früher geringere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts – als zusammenfassender Indikator der wirtschaftlichen Leistungskraft – und zum anderen durch einen verstärkten wirtschaftlichen Strukturwandel.

Die offenbar hier zugrunde liegenden Entwicklungstendenzen lassen sich mit der Methode der „gebrochenen Trends“ (K. W. Rothschild) beschreiben¹⁰. In diesem Zusammenhang muß generell darauf hingewiesen werden, daß mit steigendem absoluten Niveau die relativen Zuwächse, also die Wachstumsraten, abnehmen können und bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nachgewiesenermaßen auch abnehmen. Wie Schaubild 8 für den Zeitraum 1960 bis 1970 zeigt, kann dies aber durchaus mit konstanten oder gar steigenden absoluten Zuwächsen einhergehen. Auf längere Sicht ist für die Zukunft ein Entwicklungspfad denkbar, bei dem sich im Durchschnitt der Jahre ebenfalls konstante bzw. leicht zunehmende absolute Zunahmen mit entsprechend sinkenden Zuwachsraten ergeben.

Diese Tendenz zur Abschwächung des relativen Wachstums ist – nicht zuletzt verdeutlicht und verstärkt durch die Energiekrise und ihre Folgeerscheinungen – früher und stärker als zunächst vermutet in Erscheinung getreten. So haben sich in der Rezession von 1974/75 konjunkturelle und strukturelle Abschwächungstendenzen überlagert und gegenseitig verstärkt und damit zu einem bisher nicht bekannten Einbruch der wirtschaftlichen Aktivitäten geführt. Der inzwischen sich abzeichnende Aufschwung trat zwar bisher recht deutlich in Erscheinung, doch wird nicht mehr erwartet, daß er die insbesondere aus den sechziger Jahren gewohnten hohen Zuwachsraten erreichen wird. Um den sich damit abzeichnenden Entwicklungen Rech-

Schaubild 8

Durchschnittliches jährliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts



5677

nung zu tragen, wurde die Annahme für die zukünftige Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts auf 3 Prozent im Jahresdurchschnitt 1974 bis 1985 und – wegen des erreichten hohen Niveaus – von 1985 bis 1990 auf 2,8 Prozent festgelegt. Auf einer Orientierung an der bundesdurchschnittlichen Entwicklung – wie sie für ein Bundesland zweckmäßig wäre – mußte dabei wegen des Fehlens von Perspektivprojektionen verzichtet werden. Als Prognosebasis wurde ein dem Jahr 1975 zugeordneter Trendwert bestimmt, der aus den Werten des letzten Konjunkturzyklus (1972 bis 1975) gemittelt wurde.

Tabelle 7

Zurückliegende und voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1962)

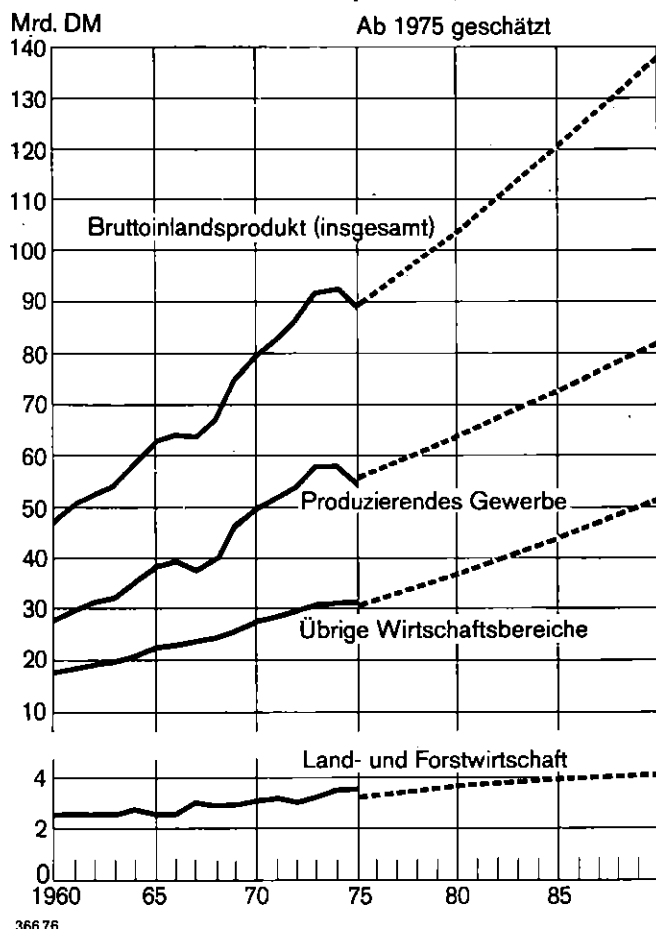
Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen	
	Mrd. DM	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1960	46,89	2,55	5,4	27,04	57,7	17,30	36,9
1965	62,79	2,46	3,9	38,23	60,9	22,10	35,2
1970	79,82	3,14	3,9	49,62	62,2	27,08	33,9
1975	88,87	3,54	4,0	54,31	61,1	31,02	34,9
Prognosebasis ¹⁾	89,30	3,24	3,6	55,26	61,9	30,80	34,5
1980 ²⁾	103,8	3,6	3,5	63,2	61,0	36,8	35,5
1985 ²⁾	120,0	3,9	3,2	72,2	60,2	43,9	36,6
1990 ²⁾	137,7	4,1	3,0	81,8	59,4	51,8	37,6

¹⁾ Berechnungsstand März 1976. – ²⁾ Prognostizierte Werte.

¹⁰⁾ Vgl. Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1973, S. 18 ff.

Schaubild 9

Bisherige und voraussichtliche Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts



Nach diesen Berechnungen dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 1975 bis 1990, also innerhalb von 15 Jahren, real um knapp 50 Mrd. DM steigen, das sind immerhin noch etwa 8 Mrd. DM mehr als die effektive Zunahme in den vergangenen 15 Jahren betragen hat. Hieraus wird ganz klar der generell zu beobachtende Umstand ersichtlich, daß gegenüber früher reduzierte Wachstumsraten bei ständig steigendem Niveau *keine* Verringerung des *absoluten* Wachstums bedeuten. Dieser Umstand wird generell für alle daraus abgeleiteten Daten und politischen Entscheidungen z. B. verteilungspolitischer Art und bei Ansprüchen des Staates und an den Staat — berücksichtigt werden müssen.

Die Entwicklung in den drei Hauptwirtschaftsbereichen

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist das Resultat der Entwicklung einer Vielzahl sektoraler Einzelrends. Detaillierte, langfristige Struktur- oder gar Branchenprognosen sind jedoch mit außerordentlichen Schwierigkeiten behaftet bzw. wegen der Problematik der erforderlichen Vorausschätzungen technologischer Neuheiten einerseits und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen andererseits in

vielen Fällen kaum realisierbar. Die folgenden strukturellen Überlegungen stellen deshalb im wesentlichen auf die drei Hauptwirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich ab.

Bei einer Abschätzung der zukünftigen Entwicklung der genannten drei Wirtschaftsbereiche müssen zum einen sektorale Eigengesetzlichkeiten und Entwicklungsaussichten berücksichtigt werden. Diese müssen sich aber gleichzeitig am vorgegebenen Gesamtrahmen sowie an der Plausibilität der zukünftigen Wirtschaftsstruktur orientieren. In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung interessant, daß in den sechziger Jahren, also in den Zeiten eines allgemein starken Wirtschaftswachstums, der Warenproduzierende Sektor über- und der Dienstleistungsbereich unterdurchschnittlich zunahm. Diese Relation hat sich im Zeitraum 1970 bis 1975 genau umgekehrt. Die generelle Wachstumsabschwächung — von der oben die Rede war — ging also insbesondere auf Kosten des Warenproduzierenden Sektors. Die geänderten Wachstumsintensitäten sind offenbar typisch für Phasen mit gemäßigter Entwicklungstendenz, so daß sie entsprechend für den zukünftigen Zeitraum übernommen wurden.

Erklären läßt sich diese veränderte Situation im Bereich des *Warenproduzierenden Sektors* — die ihrerseits auf die gesamte Wirtschaftslage durchschlägt — durch eine Vielzahl von aufeinander einwirkenden Faktoren, von denen die wichtigsten hier stichwortartig aufgezählt seien:

Inländischer Konsum: — Gewisse Sättigungstendenzen bei Produkten der Grundausstattung in verschiedenen Bereichen, das heißt, Güter wie Kleidung, Wohnung, Kraftfahrzeuge usw., die bisher die Massenproduktion getragen haben, werden in der Hauptsache nur noch zum Zwecke der Ersatzbeschaffung gekauft. — Gewisse Änderungen im Konsumverhalten in Richtung einer vorsichtigeren Disposition. — Hinsichtlich der Qualität und Struktur der angeschafften Güter ergibt sich eine Verschiebung zu höherwertigen Produkten und zu Dienstleistungen, womit sich der oben erwähnte Strukturwandel andeutet.

Export: Verschiebung traditioneller Standorte durch weitgehende Freigabe der Wechselkurse, durch das Lohnniveau im Weltmaßstab und außerdem durch beträchtliche Verteuerungen der Rohstoffbezüge. Damit dürfte ein Strukturwandel bei Exportgütern in Richtung auf technisch hochqualifizierte und spezialisierte Produkte verbunden sein. Bei unter diesem Gesichtspunkt guter Ausgangsposition Baden-Württembergs dürften andererseits angesichts des schon hohen Exportanteils in vielen Branchen weitere Steigerungen größeren Ausmaßes keineswegs leicht zu erreichen sein.

Produktion und Investition: Es ist mit einer gewissen Umorientierung bei der materiellen Güterproduktion zu rechnen durch Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte in verschiedener Hinsicht (möglichst umweltschonende Produktionsverfahren, Reduzierung des Inputs, Langlebigkeit von Produkten und dergleichen). — Verteuerung sämtlicher Kostenfaktoren (insbesondere Rohstoffe, Energie, Personalkosten). — Generelle Unsicherheit hinsichtlich der in- und ausländischen wirtschaftlichen Weiterentwicklung auf längere Sicht, insbesondere weil der konkrete Verlauf des anstehenden Strukturwandels unbekannt ist. In Verbindung damit dürfte auch die deutliche Investitionszurückhaltung der letzten Jahre mit allen damit verbundenen Konsequenzen (geringere Produktion an Investitionsgütern, Überalterung des Produktionspotentials und damit geringerer Wachstumsspielraum usw.) zu sehen sein.

Zukünftige Investitionen hängen außer von den angeführten Faktoren ab von — Unsicherheiten in der Einschätzung wirtschaftspolitischer und gesellschaftlicher Rahmendaten. — Höhe der Aufgaben und Kostenbelastung durch den Staat. — Ausmaß der steigenden Innovationskosten.

Stimulierende Faktoren können sein — Verbesserung der Verkehrswege und damit Erweiterung der Märkte. — Der Eintritt vieler außereuropäischer Länder in die Phase der Industrialisierung und des Massenkonsums. — Der allgemein hohe technische Standard in der Bundesrepublik Deutschland und die weitere technische Entwicklung mit entsprechenden Chancen für „fortgeschrittene Produkte“.

Im Hinblick auf den *Dienstleistungssektor* führt die Übernahme der für den Zeitraum 1970 bis 1975 sich abzeichnenden überdurchschnittlichen Entwicklung auch für die Zukunft zu Ergebnissen, die der allgemeinen und mit internationalen Querschnittsuntersuchungen belegten Entwicklungshypothese entsprechen, wonach hochentwickelte Volkswirtschaften eine überproportionale Ausweitung des Dienstleistungsbereichs aufweisen. Von dem vielfach zitierten „Weg in die Dienstleistungsgesellschaft“ kann zumindest vorerst allerdings nicht die Rede sein. Es dürfte sich vielmehr um einen sich langsam und mäßig vollziehenden Strukturwandel handeln. Denn die Aktivitäten des Dienstleistungsbereichs entwickeln sich keineswegs autonom, sondern sie sind in vielfältiger Weise mit den Bereichen der materiellen Produktion, des Konsums, der öffentlichen Finanzen — hier dürfte auch auf längere Sicht mit der restriktiven Personalpolitik der öffentlichen Hand zu rechnen sein — und den gesellschaftlichen Zielvorstellungen verbunden. Von diesen Faktoren bezieht er seine Impulse, aber auch seine Begrenzung. Nicht zuletzt spielt auch die historisch gewachsene Wirtschaftsstruktur eines Landes eine Rolle, die in Baden-Württemberg durch die Dominanz des Sekundären Bereichs geprägt ist.

Was den Bereich der *Land- und Forstwirtschaft* betrifft, so waren für die Prognose folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend: Auch in Zukunft dürfte die Erhaltung eines bestimmten Eigenversorgungsanteils erforderlich sein. Weiterhin dürften mit Landschaftspflege und Umweltschutz wesentliche neue Aufgaben auf diesen Sektor verstärkt zukommen. Und schließlich ist eine Erhöhung der Wertschöpfung durch eine weitere Zunahme der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Spezialkulturen im Land durchaus denkbar.

Als *Ergebnis* der Prognoserechnung zeichnet sich ab, daß das Warenproduzierende Gewerbe im vergangenen und künftigen 15-Jahreszeitraum etwa im gleichen Ausmaß steigen dürfte, und zwar real um rund 27 Mrd. DM. Demgegenüber wird der Dienstleistungsbereich mit rund 21 Mrd. DM im Prognosezeitraum erheblich stärker zunehmen als im entsprechenden ex-post-Zeitraum (14 Mrd. DM). Was das viel diskutierte Verhältnis der beiden Bereiche zueinander betrifft, so sollte dabei nicht außer acht gelassen werden, daß das voraussichtlich überproportionale Wachstum des Dienstleistungssektors absolut gesehen nur etwa drei Viertel der Zunahme des Warenproduzierenden Gewerbes erreicht. Der Warenproduzierende Sektor dürfte danach auch bei leicht abnehmendem Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt (Tabelle 7) am stärksten zunehmen und der mit Abstand größte Sektor bleiben. Mögliche zukünftige Änderungen der Wirtschaftsstruktur vollziehen sich also nach diesem Prognoseansatz in gemäßigten Bahnen (vgl. Schaubild 9 und Abschnitt 2.5).

Einige Überlegungen zu den Beziehungen zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung

Hinter allen wirtschaftlichen Größenordnungen steht letztlich die Frage nach den Konsequenzen sowohl für den Einzelnen wie für die Gesellschaft insgesamt.

Was die Konsequenzen für den *Einzelnen* betrifft, so ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung interessant, daß die Vorausschätzung eines relativ geringeren Wirtschaftswachstums in Verbindung mit einer stagnierenden Bevölkerungszahl nicht selten die mehr oder weniger konkrete Vorstellung hervorruft, diese zu erwartende Entwicklung der Globalaggregate wirke sich notwendigerweise für den Einzelnen in einer relativen, wenn nicht gar absoluten Wohlstandsminderung aus. Es kann hier nicht auf die erklärbaren Ursachen für diese Vermutung eingegangen werden, sowie auch nicht auf die Interpretations- und Meßprobleme des Begriffs „Wohlstand“. Es sollen lediglich im Sinne einer Modellrechnung die Ergebnisse der Bevölkerungs- und Bruttoinlandsproduktsprognose einander gegenübergestellt werden, wobei das Verhältnis „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ als

Tabelle 8

Zurückliegende und voraussichtliche Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner

Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990
BIP ¹⁾ je Einwohner in DM	6 177	7 552	8 973	9 666	11 300 ²⁾	13 100 ²⁾	14 900 ²⁾

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962, mittlere Wohnbevölkerung gemäß Bevölkerungsfortschreibung. — 2) Prognostizierte Werte.

ein grober Anhaltspunkt für die durchschnittliche Einkommens- und Wohlstandssituation angesehen werden kann.

Es zeigt sich, daß das „*Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*“ im zukünftigen 15-Jahreszeitraum im Durchschnitt jährlich im gleichen Ausmaß — und zwar um ungefähr 3% — steigen dürfte wie zwischen 1960 und 1975. Die absolute Zunahme ist damit voraussichtlich größer als bisher. Bei der angenommenen im Vergleich zu anderen Prognosen relativ gemäßigten Wirtschaftsentwicklung ist in rechnerischer Hinsicht diese mögliche durchschnittliche Besserstellung des Einzelnen eine Konsequenz der stagnierenden Bevölkerungszahl.

Was die *globalen* Beziehungen zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung betrifft, so wird häufig auf den durch Bevölkerungsstagnation bedingten Nachfrageausfall hingewiesen, der seinerseits das Wirtschaftswachstum hemme. Damit ist in diesem Prognoseansatz die Entwicklung der Bevölkerung im Zeitraum bis etwa zum Jahr 1990 angesprochen, — mit Blick auf die Gesamtbevölkerung läßt sich der Horizont auch noch bis Ende des Jahrhunderts ausdehnen.

Die Größe einer Bevölkerung ist zweifellos eine wichtige Nachfragedeterminante, — entsprechend wurde denn auch bei der vorliegenden Vorausschätzung des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 1990 die zu verzeichnende Stagnation über die Annahme einer Sättigungstendenz bei Bedürfnissen der Grundausstattung mitberücksichtigt. Sie ist jedoch andererseits nur eine unter vielen Determinanten und über die quantitativen Beziehungen zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung gibt es kaum Anhaltspunkte. Generell kann jedoch gesagt werden, daß eine wachsende Bevölkerung nur in einem bestimmten Umfeld vieler wachstumsfördernder Faktoren ihrerseits wachstumssteigernde Impulse weitergeben kann. Zu diesen Faktoren gehören bei einer derart stark außenhandelsabhängigen Wirtschaft wie der baden-württembergischen der Export, sowie weiterhin die üblichen Nachfragegrößen der privaten Investitionen, der öffentlichen Investitionen und des öffentlichen Konsums. Der private Konsum seinerseits wird neben der Bestandsgröße einer Bevölkerung primär getragen von den Einkommenszuwäch-

sen und den Aussichten auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Altersversorgung. Ein auf kurze Sicht breiter konsumfördernder Effekt einer Bevölkerungszunahme ist im übrigen nur von Zuwanderungen, wie es für Baden-Württemberg bis 1973 zutraf, zu erwarten. Bei Geburtenüberschüssen verschiebt sich der Großteil dieser Effekte weit in die Zukunft.

Es dürfte aus dieser Aufstellung deutlich werden, daß dieses Netz sich gegenseitig tragender und verstärkender Impulse derart kompliziert ist, daß ein durch Geburten bedingtes Bevölkerungswachstum allein unmöglich einen kumulativen Prozeß nach oben wird initiieren bzw. einen solchen nach unten wird verhindern können. Und dies gilt sowohl bei Berücksichtigung der primären wie der abgeleiteten (Infrastruktur usw.) Nachfrage. Bei einer zurückhaltenden Entwicklung aller anderen Komponenten — wie sie für die Zukunft aller Voraussicht nach angenommen werden muß — wird man vielmehr davon ausgehen müssen, daß eine Bevölkerungsstagnation auf die gesamte Versorgungssituation aller Einwohner eines Landes zunächst entlastend wirkt. Denn nur in diesem Fall kann bei gemäßigter Wirtschaftsentwicklung trotzdem das für die Nachfrage sehr viel entscheidendere generell erreichte Konsumniveau gehalten und etwa im bisherigen Umfang auch erhöht werden.

Diese stabilisierenden Effekte lassen sich entsprechend aus der obigen Gegenüberstellung von Ergebnissen der Wirtschafts- und Bevölkerungsvorausschätzungen ableiten. So zeigen die bis zum Jahr 1990 durchgeführten Berechnungen, daß die zu erwartende Bevölkerungsstagnation nicht zu einem Nachfrageausfall führt. Denn das durch den Indikator „*Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*“ repräsentierte Nachfragepotential dürfte unter den gegebenen Prämissen im gleichen Ausmaß steigen wie bisher. Auswirkungen der Bevölkerungsstagnation dürften damit weniger für das Volumen als vielmehr für die *Struktur* der Nachfrage zu erwarten sein. Dies steht einmal in Verbindung mit der veränderten Altersstruktur: so wird sich die Nachfrage in den achtziger Jahren deutlich auf die mittleren Altersgruppen verlagern, die besonders konsumintensiv sind und sich damit nachfragestützend auswirken werden. In den neunziger Jahren dürften dann verstärkt ältere Menschen mit ihrer besonderen Bedürfnisstruktur

als Konsumenten hervortreten. Eine zweite Strukturänderung dürfte sich dadurch abzeichnen, daß immer breitere Bevölkerungsschichten ein höheres Einkommensniveau erreichen, so daß die Nachfrage nach Produkten der Grundausrüstung zurückgehen dürfte, um sich qualitativ hochwertigeren Gütern zuzuwenden. Beide Verschiebungen begünstigen das Wachstum des Dienstleistungssektors.

Bevölkerungsrückgänge in der Größenordnung, in der sie bei Konstanz der angenommenen Fruchtbarkeit und bei ausgeglichenem Wanderungssaldo in den ersten Jahrzehnten nach der Jahrhundertwende in relativ kurzer Zeit auftreten können, sind demgegenüber anders zu beurteilen. Es ist nicht auszuschließen, daß hiervon auch wirtschaftliche Abschwächungstendenzen ausgehen. Dafür wäre nicht in erster Linie die geringere Bevölkerungszahl maßgebend, sondern der Prozeß der Schrumpfung. Dieser könnte bei gleichzeitig ungünstiger Konstellation aller anderen Bestimmungskomponenten wirtschaftliche Schrumpfungstendenzen verstärken.

Wirtschaftliche Überlegungen für das Jahrzehnt nach 1990

Bei der Darstellung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung wurde aufgezeigt, daß – unter der Prämisse eines ausgeglichenen Wanderungssaldos – einige den Zeitraum bis 1990 charakterisierende Entwicklungstendenzen im weiteren Verlauf sich verstärken – so geht die Bevölkerungsstagnation in eine Abnahme über –, bzw. sich ins Gegenteil verkehren – was hinsichtlich der aus dem heimischen Bevölkerungspotential resultierenden Erwerbspersonen der Fall ist, die etwa ab 1990 gleichfalls abnehmen. Angesichts dieser voraussichtlichen Tendenzen im demographischen Bereich liegt die Frage nach unter diesen Umständen möglichen wirtschaftlichen Entwicklungslinien nahe. Irgendwelche konkreten Anhaltspunkte hierfür können allerdings nicht gegeben werden, da im Gegensatz zur Bevölkerungsentwicklung – wo weitgehend heute schon bestehende Strukturen sich im Zeitablauf weiterentwickeln – im wirtschaftlichen Bereich nicht einmal die Ausgangssituation für die folgende Zeitspanne bekannt ist. Es können lediglich in unverbindlicher Form aus heutiger Sicht einige grundsätzliche Überlegungen vorgetragen werden. Diese orientieren sich zweckmäßigerweise an der üblichen Unterscheidung eines Angebots- und nachfragebezogenen Effekts einer bestimmten demographischen Entwicklung.

Was den Angebotsaspekt betrifft, und hier speziell den vorausgeschätzten Rückgang an Erwerbspersonen – also an zur Verfügung stehender Arbeitskraft – so wurde schon in Abschnitt 2.3 ausführlich dargelegt, daß aus verschiedenen Gründen aus heutiger Sicht keine Veranlassung besteht, einen durch Arbeitskraftmangel bedingten Umbruch in den

wirtschaftlichen Aktivitäten im Zeitraum bis zum Jahr 2000 anzunehmen. Wenn sich das Bruttoinlandsprodukt bis 1990 in etwa in den hier vermuteten Größenordnungen entwickelt hat, kann durchaus im Sinne einer Modellrechnung über das zuvor angewandte Verfahren der gebrochenen Trends eine Vorstellung von weiteren Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden. Im Anschluß an die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 2,8% im Zeitraum 1985 bis 1990 wurde die Entwicklung mit durchschnittlichen Jahresraten von 2,5% (1990 bis 1995) und 2,3% (1995 bis 2000) fortgeschrieben. Danach ergibt sich für 1995 ein Wert von etwa 156 Mrd. DM und für 2000 von 175 Mrd. DM, allerdings ausgedrückt in Preisen von 1962 (vgl. Abschnitt 2.5).

Nach diesen Angebotsorientierten Überlegungen stellt sich die Frage, ob eine solche Entwicklung auch von der Nachfrageseite her getragen werden kann. Um dies zu prüfen, wurde die Größe „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ bis zum Jahr 2000 mit der für den Zeitraum 1975 bis 1990 errechneten durchschnittlichen Jahreszuwachsrate von 2,9% fortgeschrieben – was ständig steigende absolute Zuwächse impliziert – und für die Jahre 1995 und 2000 mit der vorausgeschätzten Zahl der Gesamtbevölkerung multipliziert. Dabei ergab sich für 1995 ein Wert von 158 Mrd. DM und für 2000 von 180 Mrd. DM. Während somit für 1995 durchaus eine Übereinstimmung von Angebots- und nachfrageorientierter Berechnung zu verzeichnen ist, zeigt die Differenz für das Jahr 2000, daß es unplausibel ist, mit einem exponentiellen Wachstum des „Bruttoinlandsprodukts je Einwohner“ zu rechnen, daß vielmehr auch in diesem Fall das Verfahren sich reduzierender Wachstumsraten die Möglichkeiten besser beschreibt. Von der Größenordnung her liegt allerdings die Angebotsorientierte Schätzung durchaus im Rahmen des in diesem Gedankenspiel Erreichbaren.

Für plausible Überlegungen über das Jahr 2000 hinaus gibt es praktisch keine Anhaltspunkte mehr. Insbesondere ist zu bedenken, daß der bedingte Charakter der Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausschätzung als der Grundkomponente für die weitere Entwicklung der Verhältnisse im Lande immer stärker hervortritt. So ist eine unter anderem durch die wirtschaftliche Entwicklung der achtziger und neunziger Jahre beeinflusste Änderung des Wanderungs- und generativen Verhaltens nicht auszuschließen.

2.5 Vorausschätzung von Arbeitsplätzen

Methodische Probleme besonders schwierig

Angesichts der gegenwärtigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt steht die Frage im Mittelpunkt des Interesses, wie groß die Zahl an Erwerbstätigen ist, die zur Erstellung des vorausgeschätzten Bruttoinlandspro-

dukts voraussichtlich benötigt werden wird. In vielen Prognosen wird diese Zahl ermittelt über den Zusammenhang

$$\frac{\text{Bruttoinlandsprodukt}}{\text{Produktivität}} = \text{Erwerbstätige,}$$

der definitionsgemäß immer erfüllt ist, da die Produktivität ihrerseits definiert ist als „Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“. Dieser Ansatz setzt voraus, daß das Bruttoinlandsprodukt und die Produktivität einzeln vorausgeschätzt werden. Produktivitätsprognosen sind jedoch außerordentlich unsicher insofern, als – noch stärker als in anderen Bereichen – bestimmte quantitative Annahmen nicht unabhängig zu begründen und damit subjektiv-spekulative Elemente kaum zu vermeiden sind. Hierzu zählen beispielsweise das technische Wissen, dessen Einflußnahme auf die künftige Entwicklung von Produktionsweise und -umfang nur sehr schwer abzuschätzen ist, sowie auch die gesellschaftliche Bewertung bestimmter Komponenten, wie z. B. des Umweltschutzes. Dies muß in diesem Zusammenhang insbesondere deshalb beachtet werden, weil damit die Zahl der zukünftig benötigten Erwerbstätigen unmittelbar vom gewählten Produktivitätsansatz abhängt.

Das Statistische Landesamt hat einen anderen Ansatz gewählt und über eine aus Vergangenheitswerten ermittelte Regression die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in drei Wirtschaftsbereichen mit der jeweils zur Erstellung eingesetzten Zahl von Erwerbstätigen verbunden. Im Fall der Prognose kann über diese Funktion und das vorausgeschätzte Bruttoinlandsprodukt die vermutlich mit dieser Entwicklung entstehende Zahl von Erwerbstätigen abgeschätzt werden. Erwerbstätige können im allgemeinen mit Arbeitsplätzen gleichgesetzt werden, Ausnahmen bilden beispielsweise die Teilzeitbeschäftigten. Die sektoralen Werte werden zum Gesamtergebnis aufaddiert. Diese funktionale Verknüpfung impliziert bestimmte Produktivitätsentwicklungen, die jedoch im Gegensatz zum obigen Ansatz nicht autonom, sondern in Abhängigkeit von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts erklärt und prognostiziert werden.

Dieser Ansatz muß sich – wie alle auf der Vergangenheitsentwicklung basierenden Modellrechnungen – der Frage stellen, inwieweit die ermittelten Beziehungen zwischen den Größen auch für die Zukunft relevant sind.

Im Warenproduzierenden Sektor nach wie vor die meisten Arbeitsplätze

Nach diesen Schätzungen ergeben sich für die Erwerbstätigen- oder Arbeitsplatzentwicklung folgende Trendwerte (Tabelle 9): Die Zahl der Arbeitsplätze dürfte bis 1990 insgesamt auf 4,54 Mill. steigen, das sind im Vergleich zum für 1975 ermittelten

Tabelle 9

Zurückliegende und voraussichtliche Entwicklung der Arbeitsplätze (Erwerbstätige)

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen	
	1000 ET	1000 ET	%	1000 ET	%	1000 ET	%
1960	3 970,4	618,9	15,6	2 092,0	52,7	1 259,5	31,7
1965	4 091,2	485,0	11,3	2 195,5	53,7	1 430,7	35,0
1970	4 176,1	331,8	7,9	2 283,7	54,7	1 560,6	37,4
1975	4 077,8	284,2	7,0	2 181,2	53,5	1 612,4	39,5
Trendwert							
1975	4 211	333	7,9	2 296	54,5	1 582	37,6
1980 ¹⁾	4 295	267	6,2	2 338	54,3	1 690	39,3
1985 ¹⁾	4 413	225	5,1	2 381	54,0	1 807	40,9
1990 ¹⁾	4 539	194	4,3	2 421	53,3	1 924	42,4

¹⁾ Prognostizierte Werte.

Trendwert fast 330 000 Arbeitsplätze mehr als heute. Dieser Trendwert wurde nach Maßgabe der sektor-spezifischen Regressionsfunktionen gewonnen. Er ist zu interpretieren als langfristig relevanter Durchschnitt aus hochkonjunkturellen und rezessiven Entwicklungsphasen. Geht man demgegenüber von dem rezessionsbedingten tieferen tatsächlichen Niveau der besetzten Arbeitsplätze des Jahres 1975 aus, so ergibt sich eine Zunahme von etwa 460 000 Arbeitsplätzen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft dürfte im Jahr 1990 bei einer Größenordnung von knapp 200 000 liegen. Nach diesen tendenziellen Berechnungen würde dieser Bereich etwa 100 000 Erwerbstätige weniger aufzuweisen haben.¹¹⁾ Im Warenproduzierenden Sektor dürfte bis 1990 mit einem Anstieg der Arbeitsplätze – ausgehend vom Trendwert 1975 – in einer Größenordnung von gut 120 000 zu rechnen sein. Den stärksten Zuwachs mit etwa 340 000 Arbeitsplätzen bis 1990 verzeichnet der Dienstleistungsbereich.

Angesichts der hier diskutierten Größenordnungen sollte darauf hingewiesen werden, daß in Baden-Württemberg in den 15 Jahren von 1960 bis 1975 – einem Tiefjahr der Rezession – rund 440 000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, und zwar 90 000 im Produzierenden Gewerbe sowie 350 000 im Dienstleistungssektor. Daß die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum trotzdem nur um gut 100 000 zunahm, ist auf die große Freisetzung in der Land- und Forstwirtschaft von etwa 330 000 Erwerbstätigen zurückzuführen.

Die oben angesprochene erhebliche Diskrepanz zwischen den zusätzlich erforderlichen Arbeitsplätzen je nach Bezugsbasis (Trendwert bzw. effektiver Wert) in einer Größenordnung von 130 000 Arbeitsplätzen bringt zum Ausdruck, daß zunächst einmal ein Großteil der in der Rezession freigesetzten Arbeitskräfte insbesondere im Warenproduzierenden Sektor wieder

¹¹⁾ Erwerbstätige im Sinne des hier zugrundegelegten Mikrozensus enthalten – besonders in der Land- und Forstwirtschaft – auch Teilzeitbeschäftigte, die das Arbeitspotential nur zum Teil ausfüllen.

in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden muß, um auf den vorausgeschätzten Trend zu kommen. Damit ist ein kurz- bis mittelfristiges Übergangsproblem angesprochen, wie es grundsätzlich immer bei mit langfristigen Durchschnittsannahmen operierenden Vorausschätzungsmethoden auftritt. Seine Lösung hängt davon ab, in welchem Ausmaß die in der letzten Rezession aufgegebenen Arbeitsplätze endgültig vernichtet wurden und damit neu geschaffen werden müßten oder inwieweit sie reaktiviert werden können. Nach den inzwischen vorliegenden Informationen haben die Erwerbstätigen, bedingt durch einen Rückgang im Warenproduzierenden Sektor, von 1975 nach 1976 nochmals und damit im dritten Jahr abgenommen. Der Übergang auf den langfristigen Trend wird sich also, wenn überhaupt, schwieriger vollziehen als in früheren Aufschwungsphasen und als in diesem Prognoseansatz unterstellt.

Dies zeigt, daß der diesmalige Beschäftigungsrückgang weniger konjunkturell bedingt war, als vielmehr in hohem Maße auf strukturelle Ursachen zurückzuführen ist.

Welche Konsequenzen sich daraus für den *langfristigen Trend* ergeben, ist noch nicht abzusehen. Dazu müßte man folgende Verursachungskomponenten für den Beschäftigungsrückgang unterscheiden können:

- a) Konjunkturelle Ursachen.
- b) Einmalige strukturelle Änderungen — als Reaktion auf die besonders hohen Beschäftigungszunahmen anfangs der siebziger Jahre, die ihrerseits unter anderem zurückgingen auf Austauschrelationen im Außenhandel, die den Export förderten und arbeitsintensive Produktionsverfahren begünstigten.
- c) Strukturelle Änderungen, die zu einer langanhaltenden Beschleunigung des Strukturwandels (Änderung der Faktorintensität der Produktionsstruktur) führen.

Die oben skizzierte Ableitung der Erwerbstätigen aus dem Produktionswachstum bedeutet im Prognosefall, daß sich im ex-post-Zeitraum beobachtete Produktivitätsentwicklung in ähnlicher Weise fortsetzt (Status-quo-Prognose). Sie hängt dabei gemäß der Funktion vom Bruttoinlandsprodukt in der Form ab, daß mit einem relativ geringen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ein relativ geringes Produktivitätswachstum verbunden ist. Dies impliziert damit eine gemäßigte Verschiebung der Faktorintensitäten zugunsten des Faktors Kapital. Ob diese in Zukunft das hier angenommene Ausmaß übersteigen wird, ob also erheblich stärker rationalisiert werden und ob sich der Übergang zu neuen Technologien mit höherer Kapitalintensität verstärkt durchsetzen wird (Fall c.) — wie oftmals mit Hinweis auf die internationale Arbeitsteilung angenommen — bleibt abzuwarten. In einem solchen Fall würden sich die Prämissen für die Erwerbs-

tätigenvorausschätzung grundlegend ändern, und zwar mit der Konsequenz, daß sich vor allem im Warenproduzierenden Sektor die Zahl der Arbeitsplätze nicht im angegebenen Ausmaß erhöhen dürfte.

Die Argumente für oder gegen das Eintreten einer bestimmten Entwicklung lassen dabei zur Zeit keine eindeutige Linie erkennen. So hatten die Investitionen in den letzten Jahren einen bemerkenswert starken Rationalisierungseffekt. Dieser dürfte jedoch eher im Sinne des Falles b) (einmalige strukturelle Änderungen) zu interpretieren sein. Denn die zu beobachtende Investitionszurückhaltung seit Anfang der siebziger Jahre läßt nicht auf eine unmittelbar bevorstehende weitreichende Änderung der Faktorintensitäten der Produktionsstruktur im Sinne des Falles c) schließen. Neben anderen Faktoren (geänderte Austauschrelationen) dürften auch die in den letzten Jahren besonders stark gestiegenen Lohn- und Sozialkosten eine Ursache für den verstärkten Einsatz von Arbeit durch Kapital sein (Fall b). Wie intensiv jedoch diese Ursache in den kommenden Jahren weiterwirkt (Fall c), insbesondere auch dann, wenn man den Fall einer sich gegenüber dem rezessiven Einbruch von 1974/75 wieder stabilisierenden Wirtschaftsentwicklung unterstellt, ist nicht abzusehen. Man sollte jedoch in diesem Zusammenhang beachten, daß der „klassische“ Grund für Rationalisierungsinvestitionen, die quantitative Knappheit des Faktors Arbeit, zunächst nicht gegeben ist. Denn bis Ende der achtziger Jahre geben die global ausreichend vorhandenen Arbeitskraftreserven keine Veranlassung, Investitionen dieser Art zu forcieren¹². Immerhin müssen Investitionen, auch Rationalisierungsinvestitionen, „verdient“ werden, was, ausgehend von einem relativ hohen technologischen Niveau, auch bei stabiler aber gegenüber früher gemäßigter Wirtschaftsentwicklung keineswegs selbstverständlich ist. So dürfte für die Durchsetzung des technischen Fortschritts neben der Komponente der Technologie, also des technisch Möglichen, zunehmend auch die auf die Marktsituation bezogene Komponente der Anwendung eine Rolle spielen, die von Absatz- und Ertragsgesichtspunkten bestimmt wird.

2.6 Anhaltspunkte für die künftige Beschäftigungslage

Arbeitsmarktgleichgewicht in den achtziger Jahren

Die Gegenüberstellung des sich aus dem vorhandenen Bevölkerungspotential ergebenden Angebots an Arbeitskräften einerseits und der aus der wirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Nachfrage andererseits erfolgt in der Arbeitsmarktbilanz, aus der sich je nach Situation Arbeitsmarktgleichgewichte bzw.

12 Vgl. dazu auch: Jahresgutachten 1976/77 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn, November 1976, Anhang VIII, insbesondere Ziffer 9.

-ungleichgewichte ableiten lassen. Der Arbeitsmarkt bildet damit die wichtigste Verknüpfungsstelle zwischen Entwicklungen im demographischen und ökonomischen Bereich. Im Fall vorausgeschätzter Werte auf beiden Seiten der Bilanz bedeutet dies gleichzeitig, daß die Unwägbarkeiten der Prognosen in beiden Bereichen aufeinandertreffen, so daß die sich rechentechnisch als Differenz ergebenden Werte keineswegs dezidiert als Ausweis bestimmter Arbeitslosenzahlen — so bis zum Jahr 1990 — interpretiert werden dürfen. Der Charakter der Modellrechnungen läßt nicht mehr zu als den Schluß auf tendenzielle Entwicklungen.

Entsprechend ergibt sich aus Tabelle 10, daß wegen des Zustroms von Erwerbspersonen aus dem heimischen Bevölkerungspotential bis gegen 1990 mit einem Überangebot an Arbeitskräften gerechnet werden muß, dessen Höhepunkt Mitte der achtziger Jahre liegen dürfte, um dann wegen des Rückgangs an Erwerbspersonen abzuklingen.

Tabelle 10

Schätzwerte für Arbeitskräftebedarf und -angebot

Begriff	1980	1985	1990
	1000 Personen		
Bedarf an Erwerbstätigen insgesamt	4 295	4 413	4 539
Erwerbspersonenangebot gemäß Bevölkerungsprognose mit Wanderungssaldo ± 0	4 360	4 561	4 613
Differenz (Überangebot)	65	148	74

Bei einer Interpretation dieser Erwerbspersonenüberschüsse muß beobachtet werden, daß es sich hierbei um globale Zahlen handelt, die über möglicherweise bestehende sektorale Ungleichgewichte nichts aussagen. Es ist nämlich durchaus denkbar — und beispielsweise momentan gegeben —, daß trotz eines hohen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsplatzdefizits in bestimmten Wirtschaftsbereichen Arbeitskräfte fehlen, und zwar insbesondere solche einer genau umrissenen Berufs- oder Ausbildungsgruppe, wie z. B. Facharbeiter.

Diese Zusammenhänge sind zu beachten bei allen Überlegungen, die Angebotsseite der Arbeitsmarktbilanz zu entlasten, und zwar insbesondere durch eine weitere oder auch verstärkte Abwanderung der Ausländer. Dadurch kann das Angebot an Arbeitskräften zwar global gesehen verringert werden; aber bei unverändertem Bedarf der Wirtschaft einerseits und unveränderten Berufserwartungen bzw. geringer beruflicher und regionaler Mobilität der deutschen Erwerbspersonen andererseits, können auch in diesem Fall Arbeitslosigkeit und unbesetzte Arbeitsplätze gleichzeitig bestehen.

Probleme auf der Angebotsseite entstehen vor allem aufgrund von Besonderheiten der Altersstruktur durch neu ins Erwerbsleben tretende jüngere Men-

schen. Es entsteht damit ein hoher Bedarf an Lehr- und Ausbildungsstellen. Bei spezifischen Arbeitsplätzen dieser Art dürfte zunehmend eine Engpaßsituation entstehen. In diesem Zusammenhang wird diskutiert, die Erwerbsquoten in den betreffenden Altersjahrgängen weiter zu reduzieren, zum Beispiel durch Einführung eines zehnten Schuljahres (Berufsgrundbildungsjahres). Auch am oberen Ende des Altersbaumes könnte über eine Intensivierung der flexiblen Altersgrenze noch eine Verminderung der Erwerbsbeteiligung erreicht werden. Beide Maßnahmenarten stehen allerdings zur Zeit im Konflikt mit den finanziellen Möglichkeiten.

Es fragt sich, welche Entwicklungen eintreten müßten, um die Arbeitsmarktbilanz von der Nachfrageseite her auszugleichen. In der Regel wird in diesem Zusammenhang auf höheres Wachstum und höhere Investitionen hingewiesen. Die Wachstumsforderung kann als Ziel postuliert werden — es ist jedoch abzuwarten, ob sie sich realisieren läßt. Was die Investitionen betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß nur Erweiterungs-, nicht aber Rationalisierungsinvestitionen eine Zunahme von Arbeitsplätzen zur Folge haben. Der technische Fortschritt, der sich in der modernen Technologie niederschlägt, wirkt in der Regel arbeitssparend, so daß außerdem auch Erweiterungsinvestitionen nicht mehr in dem Ausmaß wie früher zu Änderungen auf dem Arbeitsmarkt beitragen. Freilich schützen Rationalisierungsinvestitionen wegen ihrer wettbewerbssichernden Funktion bestehende Arbeitsplätze und sichern — wie jede Investition — solche in der Investitionsgüterindustrie. Die in Tabelle 9 ausgewiesenen Bedarfszahlen für den Warenproduzierenden Bereich sind — unabhängig von den vorhergehenden allgemeinen Überlegungen — auch unter diesem Gesichtspunkt als Obergrenze zu interpretieren. Gleiches gilt für die Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, die mit deutlich über 300 000 angesetzt wird. Die Aufnahmemöglichkeit dieses Bereichs muß in Verbindung insbesondere mit dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum, der Bevölkerungsentwicklung und den finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand plausibel abgeschätzt werden. Bleibt abschließend die Frage, auch unter Kostengesichtspunkten, zu prüfen, ob bei gegebenem Arbeitsbedarf die Zahl der Arbeitsplätze durch eine Reduzierung der Arbeit je Beschäftigten (z.B. Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs) erhöht werden kann.

Sollte sich allerdings — wie zuvor angedeutet — eine niedrigere Nachfrage nach Arbeitskräften einstellen als im vorliegenden Prognoseansatz angenommen, wäre ein noch höheres Defizit zu erwarten. In diesem Fall ist jedoch eine verstärkte Rückwirkung auf die Angebotsseite des Arbeitsmarktes nicht auszuschließen. Insbesondere dürfte dann mit einer stärkeren Abwanderung ausländischer Erwerbspersonen zu rechnen sein sowie auch mit einer gewissen Reduk-

tion der Erwerbsbeteiligung bei dem deutschen Erwerbspersonenpotential. Daß mit diesen Entwicklungsmöglichkeiten durchaus gerechnet werden kann, zeigt die kurzfristige Reaktion auf das reduzierte Arbeitsplatzangebot. So wurde der oben erwähnte Verlust zwischen 1975 und 1976 um 60 000 Arbeitsplätze durch einen ebenso hohen Rückgang bei den Erwerbspersonen ausgeglichen, darunter je zur Hälfte durch Deutsche und Ausländer.

Knappheit an Arbeitskräften noch vor der Jahrhundertwende?

Aufgrund von Besonderheiten der demographischen Struktur dürften nach den Ergebnissen der Erwerbspersonenvorausschätzung zwei Zeitphasen mit unterschiedlicher Entwicklungstendenz relativ kurzfristig aufeinanderfolgen¹³: Für die achtziger Jahre ist ein starker Anstieg der Erwerbspersonenzahl zu verzeichnen, der, wie zuvor dargestellt, zu einem Überangebot an Erwerbswilligen auf dem Arbeitsmarkt führen dürfte. Umgekehrt wird nach 1990 der Abgang an Erwerbspersonen wieder größer werden als der Zugang, so daß sich nach diesem Prognoseansatz ein Rückgang an Arbeitskräften abzeichnet. Diese Entwicklung legt natürlich die Frage nach den Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nahe, wobei der Tenor diesbezüglicher Kommentare nicht selten dahin geht, daß nach dem zunächst bevorstehenden Überangebot an Arbeitskräften auf sehr lange Sicht somit wieder ein Mangel daran eintreten werde. Es wird weiter gefolgert, daß deshalb entweder die wirtschaftliche Entwicklung gebremst werde oder aber – um dies zu vermeiden – ein großer Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern erforderlich sein werde.

Die Vorausschätzung des Bedarfs an Arbeitsplätzen auf derart lange Sicht entbehrt zur Zeit noch jeglicher Grundlage, so daß die Aufstellung einer Arbeitsmarktbilanz, die zur Beantwortung der oben aufgeworfenen Frage herangezogen werden könnte, nicht möglich ist. Aber unabhängig davon lassen sich zur Überprüfung der oben skizzierten Beurteilung möglicher zukünftiger Entwicklungstendenzen durchaus einige generelle Überlegungen anführen.

So ist zunächst festzuhalten, daß der Rückgang an Erwerbspersonen sich zumindest bis zur Jahrhundertwende sehr langsam vollzieht. Ausgehend von den für das Jahr 1990 vorausgeschätzten 4,61 Mill. Erwerbspersonen (Gesamtbevölkerung) weisen die Berechnungen für das Jahr 2000 ein Arbeitskräfteangebot von 4,45 Mill. Personen aus, das damit noch um mehr als 300 000 über dem heutigen Stand liegt. Berücksichtigt man, daß die 80er Jahre durch ein Überangebot an Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet sein dürften und daß die zuvor dargestellte Arbeitsmarktbilanz auch noch für 1990 ein entsprechendes Ungleichgewicht ausweist,

so dürfte aus heutiger Sicht dieser allmähliche Tendenzumschwung bei der Erwerbspersonenentwicklung sich in den neunziger Jahren in erster Linie in einer Entspannung der Arbeitsmarktlage auswirken.

Die oben skizzierten weitergehenden Schlußfolgerungen basieren auf der Vorstellung einer unmittelbaren Abhängigkeit des wirtschaftlichen Wachstums von einer bestimmten möglichst hohen Zahl an Arbeitskräften¹⁴. Dieser Vorstellung liegen zwei Annahmen zugrunde, die in diesem Zusammenhang näher betrachtet werden sollten.

Die Meinung, daß durch den vorausgeschätzten Rückgang an Erwerbspersonen die Wirtschaft nicht mehr in gleichem Ausmaß wachsen könne wie bisher, unterstellt zunächst einmal im Hinblick auf den Produktionsprozeß eine Starrheit des Verhältnisses von Arbeit zu Kapital, die in der Realität nicht gegeben ist. Die sogenannte Faktorintensität der Produktionsstruktur ist keineswegs konstant, sie entwickelt sich vielmehr in der Regel durch Rationalisierung mit Einführung neuer Technologien in Richtung höherer Kapitalintensität (Anstieg der Arbeitsproduktivität). Dadurch wird Arbeit überflüssig bzw. ihr Ausfall wird kompensiert oder überkompensiert. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes kann also im Prinzip, zumindest im Warenproduzierenden Sektor wie auch in einigen Sparten des Dienstleistungsbereichs (z.B. Kreditwirtschaft), weitgehend unabhängig von einer quantitativen Zunahme des Faktors Arbeit erfolgen. Dabei ist das Ausmaß der Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit bestimmt sowohl durch das technologische Niveau der Produktionsstruktur wie durch den Rationalisierungsdruck, der durch eine mögliche Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit ausgelöst wird.

Grundsätzlich dürften somit von dem ab 1990 allmählich sinkenden Erwerbspersonenangebot keine wachstumshemmenden Einflüsse ausgehen. Auch in diesem Zusammenhang muß vielmehr der voraussichtliche Entlastungseffekt für den Arbeitsmarkt herausgestellt werden. Denn es ist nicht auszuschließen, daß sich die Wirtschaft im Zeitraum bis 1990 über das in diesem Prognoseansatz angenommene Ausmaß in Richtung steigender Kapitalintensität entwickeln wird, die Arbeitsmarktungleichgewichte in den 80er Jahren also größer sind als angenommen. Zumindest von der Produktionsfaktorenausstattung und damit von der Angebotsseite her besteht somit aus heutiger Sicht keine Veranlassung, einen Umbruch in den wirtschaftlichen Aktivitäten anzunehmen.

Es muß vielmehr umgekehrt dem Gedanken nachgegangen werden, ob nicht gerade der voraussichtliche Erwerbspersonenrückgang Wirtschaft und Gesell-

13 Vgl. Abschnitt 2.3

14 z.B. H. Wander: Volkswirtschaftliche und soziale Implikationen sinkender Sterblichkeit bei anhaltendem Geburtenrückgang in West- und Nordeuropa. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 44 Dezember 1975, S. 16

schaft von der Sorge um eine mehr oder weniger große Arbeitslosenzahl entlastet. Die Vorstellung einer unmittelbaren Abhängigkeit des wirtschaftlichen Wachstums von einer möglichst hohen Arbeitskräftezahl – und damit wird die oben erwähnte zweite Annahme angesprochen – geht von dem bisher üblichen angebotsorientierten Ansatz aus, wonach das Wirtschaftswachstum *nur* von der *Menge* der zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital begrenzt sei. Diese Perspektive hat sich jedoch in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen grundsätzlich gewandelt: Es wird immer deutlicher, daß die Nachfrage von mindestens gleicher wenn nicht gar größerer Bedeutung ist. Nicht umsonst verbindet man das Phänomen „fehlender Märkte“ mit strukturellen Problemsituationen und sieht es als Einflußgröße auch für die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten. Mit dieser Konstellation ist aber der Fall unterbeschäftigter Produktionsfaktoren – insbesondere von Arbeitskräften – durchaus vereinbar. Einer solchen Situation sieht man sich heute gegenüber und voraussichtlich wird man auch in Zukunft damit rechnen müssen. Insofern ergeben sich durchaus Vorteile, wenn aufgrund demographischer Zusammenhänge eine quantitative Entlastung beim Arbeitskräfteangebot zu erwarten ist. Wenn sich der Erwerbspersonenrückgang nach 1990 in diesem Sinne zumindest in diesem Jahrhundert sowohl wirtschaftlich wie sozial entlastend auswirkt, dann dürfte auch eine in den skizzierten Überlegungen angesprochene Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer in großem Stil nicht erforderlich sein.

Für die Zeit nach dem Jahr 2000 sind andere Überlegungen anzustellen, wenn es zu dem in der vorliegenden Prognose berechneten anhaltenden Schrumpfsprozeß der Erwerbspersonenzahl kommt.

3. Vorausschätzungen für die Regionen

3.1 Bedeutung und Probleme regionaler Prognosen

Zentrale Bestandteile der Politik eines Bundeslandes sind Raumordnung und Landesplanung. Informationen über künftig zu erwartende regionale Entwicklungstendenzen bei grundlegenden Eckdaten wie Bevölkerung, Erwerbspersonenzahl und zur Verfügung stehende Arbeitsplätze sind deshalb für alle regionalpolitischen Planungs- und Entscheidungsträger von Bedeutung.

Diesem unabweisbaren und dringenden Bedarf von Politikern und Planern steht allerdings die mit zunehmender Differenzierung wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Verlässlichkeit der Prognoseer-

gebnisse gegenüber. Prognosedaten, die zwar errechnet werden können, aber nicht mehr mit hinreichender Verlässlichkeit vertreten und sinnvoll interpretiert werden können, bieten naturgemäß auch dem Politiker keine geeignete und informative Grundlage für seine Planungen und Entscheidungen. Der Grund für diese Situation liegt zum einen darin, daß bei größerer Differenzierung der theoretische Ansatz zunehmend schwieriger wird. So müssen alle in einem Prognoseansatz auftretenden Größen im Fall räumlicher Disaggregation mit einem Raumindex versehen werden, für den im Grunde eine eigenständige, auch die Interdependenz berücksichtigende theoretische Erklärung bereitgehalten werden müßte, die jedoch in der Regel nicht vorliegt. Eine weitere Ursache ist der grundlegende Wahrscheinlichkeitstheoretische Satz, daß die Wahrscheinlichkeit abnimmt, je spezifischer die Einzelaussagen werden.

Unter diesen Einschränkungen erscheint es dem Statistischen Landesamt vertretbar, den Politikern und Planern prognostizierte Eckdaten für die Regionen anzubieten. Generell muß jedoch bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden, daß der Modellcharakter bei räumlich differenzierten Prognosen weitaus stärker in Rechnung zu stellen ist als bei der Landesprognose.

Was die Konsequenzen der vorausgeschätzten Entwicklungen betrifft, so werden naturgemäß alle auf Landesebene abgeleiteten generellen Tendenzen auch die Situation in den Regionen beeinflussen. Dabei dürften die einzelnen Regionen je nach Größe und Struktur von den Ereignissen durchaus unterschiedlich stark betroffen werden, wie es die nachfolgend dargestellten Ergebnisse zeigen.

Unter Raumordnungsgesichtspunkten ist die Verteilung der Größen im Raum von besonderem Interesse. Für den vorliegenden Prognoseansatz wird dabei von einer Beibehaltung der auch für die Vergangenheit festgestellten Stabilität regionaler Strukturen ausgegangen. Diese Beobachtung – so insbesondere die geringen Salden von Wanderungen zwischen den einzelnen Regionen des Landes – wurde zwar zu Zeiten einer (stark durch Außenwanderung bedingten) Bevölkerungszunahme gemacht. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die für das Gesamtland vorausgeschätzte Bevölkungsstagnation (bei ausgeglichenem Wanderungssaldo) an dem zugrunde liegenden Verteilungsmuster nichts Wesentliches ändert. Da diese Entwicklung aus dem Verhalten und der Struktur der Bevölkerung resultiert, sind durch die in der Region ansässigen Menschen erste wichtige und relativ verlässliche Prognoseelemente regional vorgegeben. Ähnliches gilt für die Vorausschätzung der Erwerbspersonenzahl, die stark von der Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt wird. Regionale Verschiebungen wären dann denkbar, wenn es zu einer langanhaltenden Bevölkerungsschrumpfung käme.

Während die von verschiedenen Agglomerationsvorteilen ausgelöste regionüberschreitende Wanderung heute noch keine große Rolle spielt, wird immer wieder die Frage ökonomisch induzierter Wanderungen diskutiert, so zuletzt in Verbindung mit den Ergebnissen der Systemanalyse. Die regionale Prognose von Arbeitsplätzen ist erheblich schwächer fundiert als die von Bevölkerung und Erwerbspersonen. So hängt das Eintreffen der Prognoseergebnisse sehr viel stärker davon ab, ob die für die Vergangenheit ermittelten Strukturen und Entwicklungstendenzen auch für die Zukunft bestimmend bleiben. Dabei sind für die Berücksichtigung regionsspezifischer Informationen zwar einige Instrumente entwickelt worden, die jedoch in keinem Fall voll befriedigen. Im wesentlichen kann man aber auch hier von einer stabilen Regionalstruktur ausgehen, wobei allerdings regionswirksame Agglomerationstendenzen etwas stärker zum Ausdruck kommen als bei demographischen Größen. Da das für das gesamte Land vorausgeschätzte Arbeitsplatzdefizit in den achtziger Jahren sich nicht auf eine oder wenige Regionen konzentriert, sondern entsprechend der regionalen Wirtschaftsstruktur überall sichtbar werden dürfte, sind hierdurch ausgelöste Wanderungsbewegungen größeren Umfangs nicht zu erwarten. Vielmehr wird man davon ausgehen können, daß im Fall räumlicher Unterschiede zwischen dem Ort des Arbeitsplatzangebots und dem Wohnort der Erwerbspersonen diese wie bisher im wesentlichen durch Pendelwanderungen überbrückt werden.

3.2. Vorausschätzung der Wohnbevölkerung

Methode

Die vorliegende Bevölkerungsprognose für die zwölf Regionen Baden-Württembergs wählt einen kombinierten Prognoseansatz: Zunächst wurde für jede Region eine Prognoserechnung der Bevölkerung nach der Komponentenmethode durchgeführt. Die Ergebnisse wurden dann mit der für das gesamte Bundesland berechneten Vorausschätzung abgestimmt.

Ausgangspunkt für die Prognose war die regionale Bevölkerungsverteilung am 1. 1. 1975. Diese Basisbevölkerung wurde aufgrund der regionsspezifischen Geburten- bzw. Sterbefallüberschüsse aus dem Mittel der Jahre 1973/74 bis zum Jahr 1990 fortgeschrieben. Eine Analyse der Binnenwanderungen 1968 bis 1974 (Wanderungen innerhalb Baden-Württembergs, soweit dabei die Grenzen der Regionen überschritten werden) zeigt, wie schon zuvor erwähnt, nur geringe Salden. Da sich das Wanderungsverhalten auch in Zukunft nicht wesentlich ändern dürfte, konnte auf einen bestandsdifferenzierenden berichtigten Ansatz der Wanderungen zwischen den einzelnen Regionen Baden-Württembergs bei der Regionalprognose verzichtet werden. Diese Auffassung steht im Gegensatz zu den Annahmen in der „Systemanalyse zur Landesentwicklung Baden-Württemberg“, in der von regionüberschreitenden Wanderungen größeren Umfangs ausgegangen wird, die durch regionale Arbeitsmarktungleichgewichte in-

Tabelle 11

Vorausschätzung der Wohnbevölkerung in den Regionen

Region	Wohnbevölkerung						Regionalstruktur				
	1970	1980	1985	1990			1970	1990			
				Variante I		Variante II		Variante III	Variante I	Variante II	Variante III
	1000						%				
Mittlerer Neckar	2 274	2 362	2 375	2 389	2 331	2 477	25,6	26,1	26,1	26,0	
Franken	695	706	704	702	685	719	7,8	7,6	7,6	7,7	
Ost-Württemberg	398	401	403	406	396	416	4,5	4,4	4,4	4,4	
Mittlerer Oberrhein	857	860	852	844	823	864	9,6	9,2	9,2	9,2	
Unterer Neckar	1 005	1 013	1 000	987	963	1 011	11,3	10,8	10,8	10,8	
Nord-Schwarzwald	471	482	480	478	467	490	5,3	5,2	5,2	5,2	
Südlicher Oberrhein	804	843	841	841	820	861	9,2	9,2	9,2	9,2	
Schwarzwald-Baar-Heuberg	431	440	440	440	440	451	4,9	4,8	4,8	4,8	
Hochrhein-Bodensee	548	567	566	566	552	580	6,2	6,2	6,2	6,2	
Neckar-Alb	545	578	584	590	575	604	6,1	6,4	6,4	6,4	
Donau-Iller ¹⁾	394	404	408	411	401	421	4,4	4,5	4,5	4,5	
Bodensee-Oberschwaben	474	502	507	512	499	524	5,3	5,6	5,6	5,6	
Baden-Württemberg	8 895	9 158	9 160	9 167	8 942	9 390	100	100	100	100	

1) Soweit Land Baden-Württemberg. — Variante I: "Null-Wanderung", Variante II: jährliche Abwanderung um 15 000 Personen, Variante III: jährliche Zuwanderung um 15 000 Personen.

duziert sind. Die dabei auftretenden Entwicklungssprünge sind jedoch nach Untersuchungen des Statistischen Landesamts über die Wanderungsbewegungen nicht zu erwarten. Bestandswirksam waren in der jüngeren Vergangenheit überwiegend die Zuwanderungen über die Landesgrenze, insbesondere diejenigen über die Auslandsgrenze.

Entsprechend dem Vorgehen bei der Vorausschätzung für das gesamte Land wurden für das Prognosejahr 1990 für die Regionen drei Varianten berechnet. Die Variante 1 zeigt die Verteilung der Bevölkerung bei Null-Wanderung, die Variante 2 und 3 entsprechend die Bevölkerung und die Erwerbspersonen bei einem jährlichen Wanderungsgewinn bzw. -verlust von 15 000 Personen für das Land Baden-Württemberg (vgl. Abschnitt 2.1). Dabei wurden die einzelnen Regionen anteilmäßig an den Wanderungsgewinnen bzw. -verlusten beteiligt.

Ergebnisse

Betrachtet man die Veränderungen der Bevölkerungsbestände in den zwölf Regionen Baden-Württembergs, wie sie sich nach der Vorausschätzung zwischen 1975 und 1990 darstellt, so sind bei einer Bevölkerungsstagnation für das Land keine extremen Verschiebungen zwischen den Regionen zu verzeichnen.

Geringen Bevölkerungszunahmen um 1 bis 2% in den Regionen des Regierungsbezirks Tübingen und in Ostwürttemberg stehen etwa gleich hohe Bevölkerungsrückgänge in den Regionen des Regierungsbezirks Freiburg sowie in den Regionen Nordschwarz-

wald und in Franken gegenüber. Deutlichere Abnahmen sind für die Regionen Mittlerer Oberrhein und Unterer Neckar zu erwarten.

Die bereits in der Vergangenheit zu beobachtende Verdichtung der Region Mittlerer Neckar dürfte nach dieser Prognose auch weiterhin anhalten. In dieser Region nimmt die Bevölkerung von einem Bestand von 2,366 Mill. 1975 um rund 1% zu und steigt auf 2,389 Mill. im Zieljahr der Prognose an.

Betrachtet man die Ergebnisse der Alternativrechnung mit einem Wanderungsgewinn von 15 000 pro Jahr für das gesamte Land in ihrer regionalen Differenzierung, dann haben lediglich die Regionen Mittlerer Oberrhein und Unterer Neckar mit einer Abnahme ihres Bevölkerungsbestandes gegenüber dem Basisjahr 1975 zu rechnen. In den Regionen Franken, Nordschwarzwald, Südlicher Oberrhein und Hochrhein-Bodensee würde sich eine Zunahme des Bevölkerungsbestandes (gegenüber einer Abnahme bei Null-Wanderung im Land) ergeben.

Die untere Bandbreite der Bevölkerungsentwicklung, die durch die Annahme eines jährlichen Wanderungsverlustes von 15 000 Personen für das Land Baden-Württemberg gesetzt ist, führt demgegenüber bis zum Jahr 1990 zu einer Reduzierung des Bevölkerungsbestandes gegenüber 1975, die auf alle Regionen durchschlägt. Besonders stark von der Abnahme betroffen ist die Region Unterer Neckar. Generell ist für diese Region zu erwarten, daß viele Menschen zwar hier ihre Arbeitsplätze besetzen, aber in den benachbarten Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz ihre Wohnung nehmen.

Tabelle 12

Vorschätzung der Erwerbspersonen in den Regionen

Region	Erwerbspersonen						Regionalstruktur			
	1970	1980	1985	1990			1970	1990		
				Variante I	Variante II	Variante III		Variante I	Variante II	Variante III
	1000						%			
Mittlerer Neckar	1 119	1 160	1 218	1 243	1 203	1 282	26,8	26,9	26,9	26,9
Franken	323	334	247	348	336	358	7,7	7,5	7,5	7,5
Ost-Württemberg	184	187	196	198	192	205	4,4	4,3	4,3	4,3
Mittlerer Oberrhein	383	393	406	405	392	418	9,2	8,8	8,8	8,8
Unterer Neckar	455	471	485	484	468	499	10,9	10,5	10,5	10,5
Nord-Schwarzwald	227	235	245	246	239	254	5,4	5,3	5,3	5,3
Südlicher Oberrhein	361	390	410	414	401	427	8,7	9,0	9,0	9,0
Schwarzwald-Baar-Heuberg	209	217	228	230	223	237	5,0	5,0	5,0	5,0
Hochrhein-Bodensee	252	269	282	285	276	294	6,0	6,2	6,2	6,2
Neckar-Alb	263	280	295	302	292	311	6,3	6,5	6,5	6,5
Donau-Iller ¹⁾	185	191	203	206	200	213	4,4	4,5	4,5	4,5
Bodensee-Oberschwaben	216	233	247	252	244	260	5,2	5,5	5,5	5,5
Baden-Württemberg	4 176	4 360	4 561	4 613	4 465	4 758	100	100	100	100

1) Soweit Land Baden-Württemberg. — Variante I: "Null-Wanderung", Variante II: jährliche Abwanderung um 15 000 Personen, Variante III: jährliche Zuwanderung um 15 000 Personen.

3.3 Vorausschätzung der Erwerbspersonen

Methode

Die Erwerbspersonenzahlen wurden durch Multiplikation der nach der regionalen Bevölkerungsvorausschätzung zu erwartenden Bevölkerungszahl mit regionsspezifischen Erwerbsquoten ermittelt. Dabei geben die Erwerbsquoten an, wie groß der Anteil der Bevölkerung ist, der sich am Erwerbsleben beteiligt. Zur Ermittlung der Erwerbsquoten wurde auf die regionsspezifische Vorausschätzung von Bevölkerung und Erwerbspersonen zurückgegriffen, die das Statistische Landesamt auf der Basis 1971/72¹⁵ ermittelt hatte. Die Abstimmung der regionalen Erwerbspersonenprognose mit derjenigen für das Land erfolgte danach – wie bei der regionalen Bevölkerungsvorausschätzung – mit Hilfe eines Verteilungsmaßes.

Ergebnisse

Da die Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung überwiegend durch die Altersstruktur der Bevölkerung determiniert wird – wenn der Anteil der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren) steigt, dann erhöht sich auch das Erwerbspersonenangebot –, liegen die Erwerbsquoten im Zieljahr der Prognose in allen Regionen deutlich über dem Basisjahr. Dadurch erhöht sich die Nachfrage nach Erwerbsstellen in allen Regionen in weitaus höherem Maße, als dies aufgrund der zahlenmäßigen Bevölkerungsentwicklung zunächst zu erwarten wäre. Die regionalen Tendenzen der zukünftigen Erwerbspersonenentwicklung verlaufen dabei analog der regionalen Bevölkerungsentwicklung.

Entsprechend sind im Zeitraum 1975 bis 1990 die stärksten Zunahmen (zwischen 11% und 13%) in den Regionen des Regierungsbezirks Tübingen zu erwarten. Um jeweils 10% dürften die Erwerbspersonen in den Regionen des Regierungsbezirks Freiburg sowie in Ostwürttemberg und im Mittleren Neckar zunehmen. Unterdurchschnittliche Steigerungen (Landesdurchschnitt + 9%) weisen die Prognoserechnungen für Franken und Nordschwarzwald (jeweils + 7%) sowie Mittlerer Oberrhein und Unterer Neckar (jeweils + 5%) aus.

Bemerkenswert ist, daß auch bei der Alternativrechnung, die von einer jährlichen Abnahme von 15 000 Personen ausgeht und zu einer Bevölkerungsabnahme in allen zwölf Regionen führt, aufgrund der altersstrukturbedingten Erhöhung der Erwerbsbeteiligung in allen Regionen mit einem verstärkten Erwerbspersonenangebot zu rechnen ist.

3.4 Vorausschätzung der Arbeitsplätze

Methode

Während die regionale Bevölkerungs- und Erwerbspersonenprognose von regionsspezifischen Einzelprognosen ausgeht, die anschließend mit der gesamt-räumlichen Entwicklung abgestimmt werden, geht die Vorausschätzung von Arbeitsplätzen in den Regionen genau umgekehrt vor: Die zukünftig erwarteten Regionalwerte werden aus der Landesprognose abgeleitet und dann um regionalspezifische Komponenten ergänzt.

Die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens ergibt sich aus dem Umstand, daß kleinere Gebietseinheiten wie die baden-württembergischen Regionen durch vielerlei interregionale Ströme mit dem Restgebiet verbunden sind und sich insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht in einem geringen Maße aus sich selbst heraus entwickeln können. Regionalspezifische Elemente wurden aber insofern berücksichtigt, als die sektoralen Abweichungen von regionaler zur Landesentwicklung, wie sie sich im Zeitraum 1961 bis 1970 ergaben, auch für die Zukunft beibehalten werden. Bei der Land- und Forstwirtschaft wurde zusätzlich unterstellt, daß sich in Regionen mit geringem Anteil an landwirtschaftlichen Erwerbstätigen das Tempo des Arbeitsplatzabbaus in diesem Sektor abschwächt und umgekehrt.

Zur Überprüfung der Plausibilität dieses Ansatzes wurden vom Statistischen Landesamt weitere Modellrechnungen mit anderen Annahmen für die Regionalverteilung durchgerechnet. Während sich dabei in den Gesamtergebnissen eine erstaunliche Konsistenz ergab, zeigten sich in der sektoralen Betrachtung gewisse Unterschiede in der Einschätzung der künftigen regionalen Entwicklung. Hierin zeigt sich die oben angedeutete Tatsache, daß mit zunehmender Differenzierung auch der Unsicherheitsgrad der Teilergebnisse zunimmt. Die Interpretation der Ergebnisse bezieht sich nur auf den beschriebenen Prognoseansatz.

Da ein über alle Wirtschaftsbereiche sich erstreckender Nachweis der Erwerbstätigen auf regionaler Ebene bisher nur über Volkszählungen möglich war, mußte auf 1970 als Ausgangsjahr zurückgegriffen werden. Bei den Berechnungen wurde vom Arbeitsortprinzip ausgegangen. Es versteht sich von selbst, daß die großen Unsicherheiten dieser Landesprognose (Abschnitt 2.5) bei den Regionalprognosen gleichermaßen zu beachten sind.

Ergebnis

Ein im Zeitraum 1970 bis 1990 überdurchschnittliches Wachstum an Erwerbstätigen (Land: + 7,6%) ist demnach in den Regionen Mittlerer Neckar (+ 8,1%), Mittlerer Oberrhein (+ 10,5%), Südlicher Oberrhein (+ 9,1%) und Neckar-Alb (+ 10,8%) zu erwarten. Ursachen für die hier angenommene Ent-

¹⁵ Vgl. Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1973, S. 126 ff.

Tabelle 13

Vorausschätzung der Arbeitsplätze in den Regionen

Region	Erwerbstätige 1970				Erwerbstätige 1990			
	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	insgesamt	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	insgesamt
	1 000							
Mittlerer Neckar	41,1	665,0	431,5	1 137,7	25	689	516	1 230
Franken	54,2	158,6	106,6	319,5	31	175	137	343
Ost-Württemberg	18,5	116,7	49,8	185,1	10	119	61	190
Mittlerer Oberrhein	15,0	199,6	176,1	390,8	10	207	215	432
Unterer Neckar	18,1	266,8	204,9	489,9	11	277	236	524
Nord-Schwarzwald	16,0	124,7	73,8	214,7	10	128	92	230
Südlicher Oberrhein	43,5	157,7	157,0	358,3	25	166	200	391
Schwarzwald-Baar-Heuberg	17,1	134,1	58,1	209,4	10	140	72	222
Hochrhein-Bodensee	23,2	126,4	87,2	236,9	14	132	107	253
Neckar-Alb	17,5	159,9	84,3	261,8	11	166	113	290
Donau-Iller ¹⁾	29,4	101,7	65,9	197,1	16	107	82	205
Bodensee-Oberschwaben	37,6	102,8	74,3	214,8	21	115	94	230
Baden-Württemberg insgesamt	331,8	2 314,6	1 570,0	4 216,5	194	2 421	1 925	4 540

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

wicklung sind in diesen Regionen teils im gebremsten Abbau landwirtschaftlicher Erwerbsstellen, teils in einer weiterhin überproportional hohen Errichtung von Arbeitsplätzen im sekundären und tertiären Bereich, teils in beiden Einflußkomponenten zu sehen.

Die beiden Verdichtungsgebiete Mittlerer Neckar und Mittlerer Oberrhein werden den Anteil ihrer Erwerbstätigen am Land von 36,3% im Jahr 1970 auf 36,6% im Jahr 1990 ausbauen. Die zu erwartende Zuwachsrate beim Verdichtungsraum Unterer Neckar (+ 7%) liegt nur leicht unter dem Landesdurchschnitt.

Zu den Regionen mit leicht unterdurchschnittlicher Entwicklung gehört weiterhin die Region Franken (+ 7,4%). Bedingt durch entsprechende Entwicklungen bei den Dienstleistungen und im Warenproduzierenden Sektor wird auch hier noch ein relativ hohes Arbeitsplatzwachstum erwartet.

Die Gesamtentwicklung dürfte in den Regionen Nordschwarzwald, Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben (jeweils knapp 7%) und auch noch in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg (+6,2%) ähnlich verlaufen, — und dies vornehmlich aufgrund überproportionaler Steigerungen bei den Dienstlei-

Regionalstruktur 1970				Regionalstruktur 1990				Region
Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	insgesamt	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	insgesamt	
%								
12,4	28,7	27,4	26,9	12,9	28,4	26,8	27,1	Mittlerer Neckar
16,3	6,8	6,7	7,6	15,9	7,2	7,1	7,5	Franken
5,5	5,0	3,1	4,4	5,2	4,9	3,2	4,2	Ost-Württemberg
4,5	8,6	11,2	9,3	5,2	8,6	11,1	9,5	Mittlerer Oberrhein
5,4	11,5	13,0	11,6	5,7	11,4	12,3	11,5	Unterer Neckar
4,8	5,3	4,7	5,1	5,1	5,3	4,8	5,1	Nord-Schwarzwald
13,1	6,8	10,0	8,5	12,9	6,8	10,4	8,6	Südlicher Oberrhein
5,1	5,7	3,7	5,0	5,2	5,8	3,7	4,9	Schwarzwald-Baar-Heuberg
7,0	5,4	5,5	5,6	7,2	5,5	5,5	5,6	Hochrhein-Bodensee
5,2	6,9	5,3	6,2	5,7	6,9	5,9	6,4	Neckar-Alb
8,8	4,3	4,2	4,7	8,2	4,4	4,3	4,5	Donau-Iller 1)
11,3	4,4	4,7	5,1	10,8	4,8	4,9	5,1	Bodensee-Oberschwaben
100	100	100	100	100	100	100	100	Baden-Württemberg insgesamt

stungen, die starke Einbußen im primären bzw. nur leichte Zunahmen im sekundären Bereich ausgleichen.

Unter den gegebenen Prämissen werden erheblich unterdurchschnittliche Zunahmen erwartet für die Region Donau-Iller (+ 4,2%) – bei der sich der erwartete Abbau von landwirtschaftlichen Erwerbsstellen stark bemerkbar machen dürfte – und die Region Ostwürttemberg (+ 2,6%), bei der der überaus hohe Anteil von Beschäftigten im Warenproduzierenden Gewerbe (1970: 63,0% gegenüber 54,9% im Land) nur noch einen geringen Ausbau zulassen dürfte.

Die Landesregierung wird die Entwicklung der Wohnbevölkerung, des Erwerbspersonenangebots und des Arbeitsplatzangebots in den Regionen des Landes genau verfolgen. Dies gilt besonders für diejenigen Regionen, für welche ein überdurchschnittlicher Anstieg des Angebots an Erwerbspersonen, aber nur eine unterdurchschnittliche Zunahme der Arbeitsplätze vorausgesagt wird. Ziel der Landespolitik ist es weiterhin, in allen Landesteilen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunkt bereichen

1. Bevölkerung

Die in den drei vergangenen Jahren erfolgte Umkehrung von ständigem Bevölkerungswachstum in zunächst Stagnation, dann Bevölkerungsrückgang hatte sich zwar in der deutschen Bevölkerung schon früher angekündigt, war aber durch die längeranhaltende Zunahme der ausländischen Bevölkerung noch einige Zeit überdeckt worden. Sie hat jetzt zusammen mit den sich aus der unregelmäßigen Altersstruktur ergebenden Problemen in den Bereichen Schulen, Arbeitsmarkt und Alten-Bevölkerung den Blick für eine detailliertere Betrachtung der Veränderungen im Verhältnis von Geburten und Sterbefällen wie im Wanderungsverhalten geschärft. Konnte in der Rezessionsphase 1967/68 ein Teil der Arbeitsmarktp Probleme durch die vorübergehende Abwanderung der ausländischen Arbeitnehmer gelöst werden, so wird jetzt eine gezielte Abwanderungspolitik erschwert durch den großen und ständig steigenden Anteil der Ausländer, die schon 6 Jahre und länger in der Bundesrepublik Deutschland leben (ihr Anteil beträgt heute 54%).

Auch der Wandel der Rolle der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft bringt Probleme. Die Entscheidungen für eine verbesserte Ausbildung, eine verstärkte Berufstätigkeit, für eine geringere Kinderzahl oder gar keine Kinder, haben Auswirkungen nicht nur auf den heutigen Arbeitsmarkt, sondern auch Konsequenzen weit in die Zukunft hinein. Die Frage, ob die Lage am Arbeitsmarkt, von der gerade Frauen in Angestellten- und Halbtagsberufen betroffen sind, die erst jetzt in das Erwerbsleben eintretenden Mädchen dazu verleiten wird, auf eine qualifizierte Berufsausbildung zu verzichten und sich verstärkt Haushalt und Familie und damit eventuell auch wieder einer größeren Kinderzahl zuzuwenden, muß hier noch offenbleiben. Jedenfalls rechtfertigt die Tatsache, daß in diesem Jahr bei der deutschen Bevölkerung erstmals der seit Mitte der sechziger Jahre anhaltende Geburtenrückgang zum Stillstand gekommen ist, eine solche Annahme noch nicht.

1.1 Struktur und Entwicklung der Ausländer

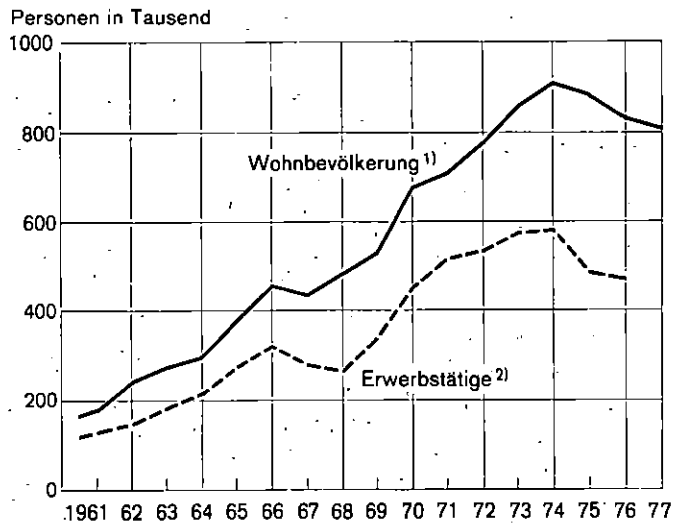
Bestandsveränderung durch wirtschaftliche Entwicklung bedingt

Wie bereits im vergangenen Jahr, so war auch 1976 die Entwicklung der Zahl der im Lande lebenden Ausländer weitgehend von der Situation am Arbeitsmarkt bestimmt. Nachdem keine Anzeichen für eine deutliche Erhöhung der Beschäftigtenzahl in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung zu erkennen sind und das Angebot an deutschen Arbeitskräften aufgrund der Altersstruktur zunimmt, sind im Laufe des Jahres 1976 per Saldo weiterhin etwa 29 000 ausländische Erwerbspersonen abgewandert. Mit ihnen haben etwa 13 000 Nichterwerbspersonen das Land verlassen. Unter Berücksichtigung eines Geburtenüberschusses von 17 000 Ausländern lebten Ende 1976 noch 813 000 Ausländer, also 25 000 weniger im Land als zu Beginn des Jahres.

Bemerkenswert ist, daß der Saldo der Abwanderungen bei gleichen ausländerrechtlichen und arbeitsmarktpolitischen Voraussetzungen wie 1975 von 77 000 auf 42 000 zurückgegangen ist. Hierbei ist bei den Erwerbspersonen ein Rückgang von 56 000 auf 29 000 und bei den Nichterwerbspersonen von 21 000 auf 13 000 zu vermerken. Dieser Rückgang ist dadurch zu erklären, daß der Zwang zur Abwanderung nicht mehr so groß war wie 1975, da auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer von 30 562 Ende September 1975 auf 15 045 Ende September 1976 abgenommen hat.

Die gesamte Entwicklung des Ausländerbestandes (*Schaubild 1*) in den vergangenen Jahren zeigt deutlich, daß der Rückgang an Erwerbstätigen besonders zwischen 1974 und 1975 erfolgte, wogegen der Rückgang des gesamten Ausländerbestandes erst zwischen 1975 und 1976 in verstärktem Maße eingetreten ist. Daraus läßt sich schließen, daß zunächst überwiegend alleinstehende arbeitslose Erwerbspersonen das Land verlassen haben, denen dann erst 1975 Erwerbslose mit Familie folgten. Insgesamt zeichnet sich mit der

Schaubild 1

Ausländer

1) Fortschreibung 2) Arbeitsämter, ab 1973 Mikrozensus

40375

Beurteilung am Arbeitsmarkt auch eine Konsolidierung der Zahl der Erwerbstätigen ab. Es ist künftig damit zu rechnen, daß sich die Wegzüge von Ausländern verringern werden, falls nicht infolge des in den kommenden Jahren zu erwartenden verstärkten Angebotes an deutschen Arbeitskräften in erhöhtem Maße ausländische Erwerbstätige freigesetzt werden und falls nicht besondere Anreize zur Rückkehr gegeben werden.

Abnahme der Ausländergeburten

Mit der Abnahme des Ausländerbestandes und dem damit verbundenen Rückgang der Zahl der Ausländerinnen ist die Zahl der in Baden-Württemberg lebendgeborenen Ausländer ebenfalls zurückgegangen. Wurden 1975 noch 21 200 Lebendgeborene gezählt, so sind es 1976 lediglich noch 18 800. Der Geburtenüberschuß der Ausländer von 17 400 hat auch 1976 das Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung kompensiert. Eine Anpassung der Ausländerinnen an das generative Verhalten des Gastlandes hat in den letzten Jahren nicht stattgefunden, ihre allgemeine Fruchtbarkeit ist in den letzten Jahren beinahe unverändert geblieben.

Jahr	allgemeine Fruchtbarkeit ¹ der ausländischen Frauen	deutschen Frauen
1971	92,9	62,4
1973	91,0	47,5
1975 ²	91,8	44,3

¹ Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

² Neue Staatsangehörigkeit laut Gesetz zur Änderung des Rechts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (Ru STA Änd G 1974).

Auch die altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer der Ausländerinnen zeigt in diesen Jahren keine wesentliche Veränderung mit Ausnahme der besonderen Konzentration der Geburtenhäufigkeit auf 20jährige Frauen im Jahr 1975 (Schaubild 2).

Regionale Verteilung

Die regionale Verteilung der Ausländer ist auch nach den Abwanderungen des letzten Jahres praktisch unverändert geblieben. Wie ein Vergleich der Fortschreibungsergebnisse vom 30. Juni 1976 mit denen vom 30. Juni 1975 zeigt, war die Zahl der Ausländer in allen Kreisen des Landes rückläufig. Dabei waren die prozentual stärksten Rückgänge im Landkreis Heilbronn (– 16,5%) und im Hohenlohekreis (– 12,0%) zu verzeichnen. Hingegen sind die absolut größten Veränderungen im Stadtkreis Stuttgart (– 4 332), im Landkreis Ludwigsburg (– 4 248), im Landkreis Esslingen (– 3 591) und auch im Landkreis Heilbronn (– 3 181) aufgetreten.

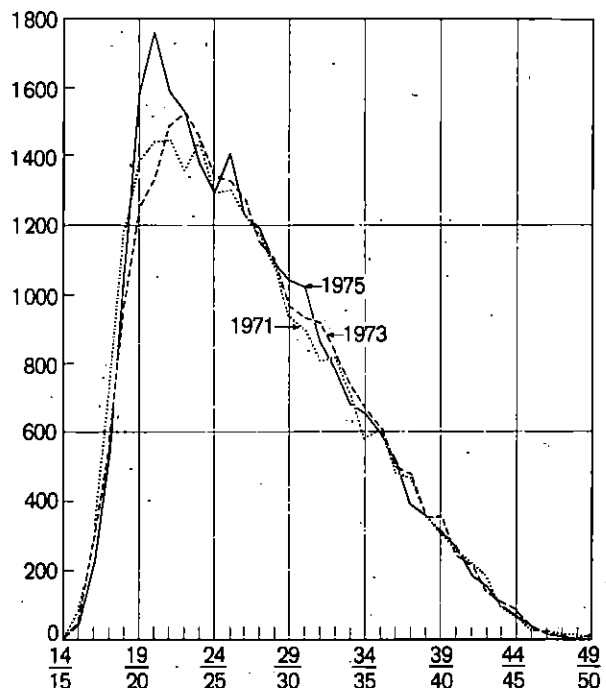
Aufenthaltsdauer

Seit Beginn der Rezession Ende 1973 hat sich die Aufenthaltsdauer der Ausländer wie nachstehende Tabelle zeigt wesentlich erhöht. Bei einem Rückgang des Ausländerbestandes um rund 7% hat sich nicht nur der Anteil derjenigen, die 10 Jahre und länger im Bundesgebiet leben, von 14% auf 22% erhöht, sondern ihre Anzahl ist auch um 47% von 125 000 auf 184 000 angestiegen. Besonders stark war in dieser Zeit die Zunahme des Bestandes an Auslän-

Schaubild 2

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1971, 1973 und 1975

Lebendgeborene ausländischer Mütter



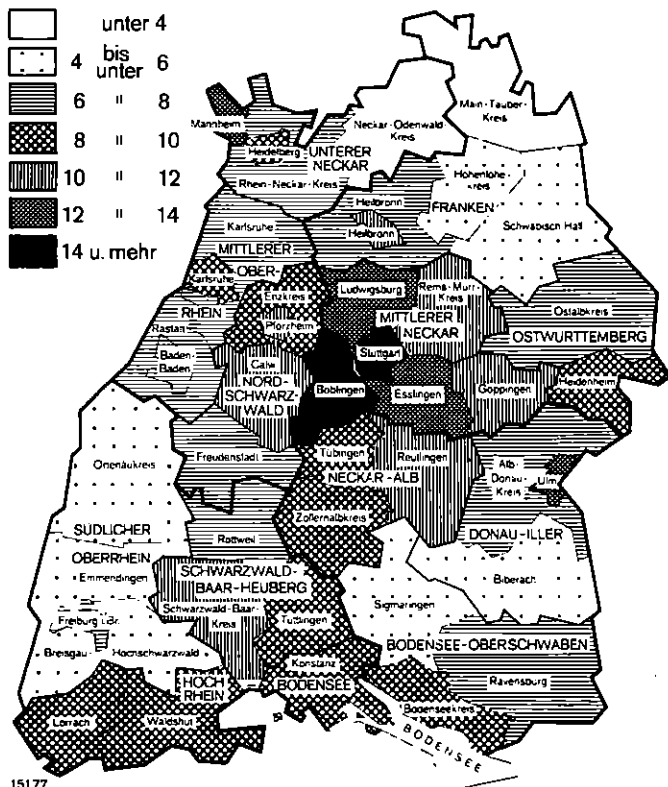
14577

Schaubild 3

Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung am Wohnort

Ausländer zum Zentralregister am 30. 9. 76 in %
der Wohnbevölkerung am 30. 6. 76

Anteil in %

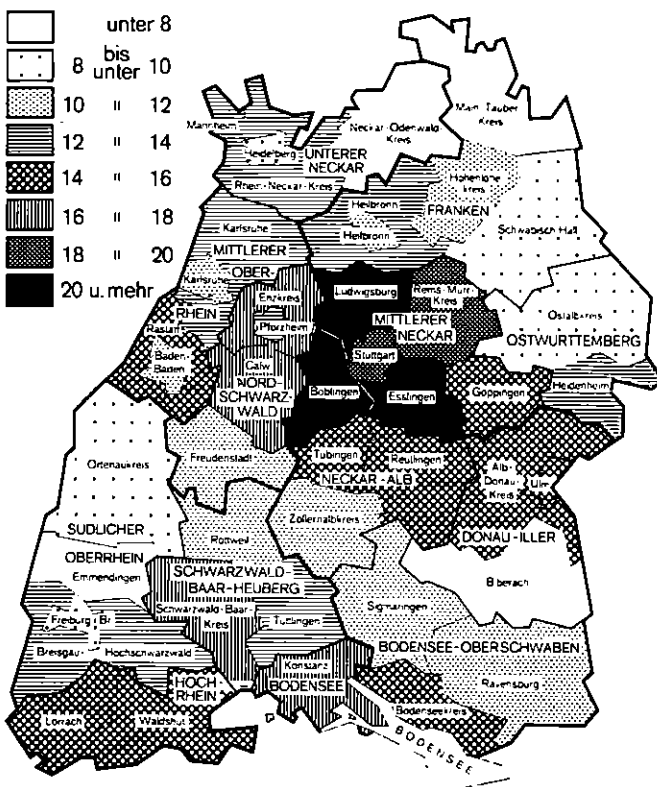


15177

dern, die 6 bis unter 10 Jahre in Deutschland an-sässig sind. Ihre Zahl nahm von 122 000 Ende Sep-tember 1973 auf 266 000 Ende September 1976 um 119% zu. Demgegenüber ist die Zahl der Aus-länder, die weniger als 6 Jahre hier ansässig sind, sowohl nach der Zahl als auch nach ihrem Anteil an allen Ausländern ständig rückläufig. In der stetigen Zunahme der Aufenthaltsdauer zeigt sich wieder die Selbsthaftigkeit der Ausländer. Wie im vergangenen Jahr schon aufgezeigt werden

Anteil der Ausländer an den versicherungspflichtigen Arbeitnehmern am Arbeitsort in % 31. 12. 75

Anteil in %



konnte, verlassen von den nach Baden-Württemberg kommenden Ausländern bereits im ersten Jahr ihres Hierseins etwa 65% wieder unser Land. Hin-gegen kehren diejenigen, die länger als ein Jahr hier geblieben sind (rund 35%), dann auch erst allmäh-lich in ihre Heimatländer zurück. Hierbei zeigt sich deutlich, daß Männer wesentlich mobiler sind als Frauen, da sie höchstens zu 30 bis 40% länger als 1 Jahr im Land bleiben, wogegen dieser Anteil bei den Frauen 40 bis 50% ausmacht.

Tabelle 1

Ausländer nach der Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet 1)

Aufenthaltsdauer von bis unter Jahren	1973		1974		1975		1976		gegen 1973 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 1	104 719	11,7	62 201	6,8	41 752	4,7	38 777	4,7	- 63
1 - 3	214 563	24,0	207 840	22,7	164 459	18,6	98 114	11,8	- 54
3 - 6	327 019	36,6	342 135	37,4	291 524	33,0	244 309	29,4	- 25
6 - 10	121 836	13,6	155 981	17,1	216 331	24,5	266 461	32,0	+ 119
10 und mehr	124 993	14,0	146 005	16,0	168 048	19,1	184 221	22,1	+ 47
Insgesamt	893 130	100	914 162	100	882 114	100	831 882	100	- 7

1) Jeweils am 30.9.

Quelle: Ausländerzentralregister.

Tabelle 2

Ausländer nach der Staatsangehörigkeit 1)

Staatsangehörigkeit	1960	1970	1975	1976	1960	1970	1975	1976
	Anzahl in 1000				Anteil in %			
Ausland insgesamt	147,3	724,3	882,1	831,9	100	100	100	100
Europäisches Ausland	133,7	691,8	837,2	787,6	90,8	95,5	94,9	94,7
darunter								
Anwerbeländer	79,4	607,9	749,7	702,6	53,9	83,9	85,0	84,5
Jugoslawien	5,8	170,3	204,5	192,8	3,9	23,5	23,2	23,2
Italien	59,4	196,4	193,0	179,1	40,3	27,1	21,9	21,5
Türkei	1,4	95,3	189,1	184,0	1,0	13,2	21,4	22,1
Griechenland	8,6	89,6	99,8	89,5	5,8	12,4	11,3	10,8
Spanien	4,2	46,0	42,4	37,3	2,9	6,4	4,8	4,5
Portugal	0,1	10,4	20,9	19,8	0,1	1,4	2,4	2,4
Anrainerländer	27,3	48,8	55,1	53,6	18,5	6,8	6,2	6,4
Österreich	14,8	27,9	30,7	29,7	10,0	3,9	3,5	3,6
Frankreich	6,0	12,7	16,4	15,9	4,1	1,8	1,9	1,9
Schweiz	6,4	8,2	8,0	8,0	4,3	1,1	0,9	1,0

1) Jeweils am 30. September.
Quelle: Ausländerzentralregister.

In der Gliederung nach der Staatsangehörigkeit sind Griechen, Italiener und Spanier zu etwa einem Drittel schon länger als 10 Jahre in Deutschland zu Hause, wogegen sich dieser Anteil bei Jugoslawen und Türken, die zusammen fast die Hälfte aller Ausländer stellen, nur auf etwa ein Zehntel bezieht.

Über diese auf die Person bezogene Aufenthaltsdauer hinaus darf damit unterstellt werden, daß fast die Hälfte aller Ausländer infolge des Familiennachzugs und der hier erfolgten Geburten in Haushalten lebt, deren Haushaltsvorstand schon 10 Jahre und länger im Bundesgebiet tätig ist.

Staatsangehörigkeit

Die Verteilung der Ausländer auf die einzelnen Staatsangehörigkeiten ist durch die Abwanderung im vergangenen Jahr kaum beeinflusst worden. War auch der Rückgang bei Spaniern um 12% und bei Griechen um 10% besonders hoch, so ist ihr Anteil an allen Ausländern nur von 4,8% auf 4,5% bzw. von 11,3% auf 10,8% zurückgegangen. Immer noch sind die Jugoslawen mit 193 000 (23,2%) die stärkste Ausländergruppe, gefolgt von den Türken mit 184 000 (22,1%) und den Italienern mit 179 000 (21,5%), die im vergangenen Jahr noch die zweitstärkste Gruppe bildeten. Bei ihnen war die Rückkehrquote mit 7,2% auch wesentlich größer als bei den Türken, bei denen sie nur 2,7% betrug (Tabelle 2)

Erwerbstätigkeit

Anfang Mai 1976 belief sich nach den Unterlagen des Mikrozensus die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen, derjenigen Personen also, die dem Arbeits-

markt zur Verfügung standen, infolge der vorstehend erwähnten Abwanderung noch auf 492 000, das sind 6% weniger als im Jahr 1975. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Erwerbstätigen lediglich um 4% auf 471 000 zurück, das bedeutet, daß die Zahl der ausländischen Arbeitslosen in besonderem Maße durch diese Abwanderungen vermindert wurde. Dem entsprechend liegt auch die Arbeitslosenquote der Ausländer bei sinkender Zahl der Erwerbstätigen Ende September 1976 mit etwa 2,6% niedriger als im Jahr zuvor, als sie noch etwa 5,4% ausmachte.

Die Ausländer sind nach wie vor überwiegend (79%) im Produzierenden Gewerbe tätig. Dieser Anteil ist gegenüber 1975 zugunsten des Wirtschaftsbereiches Handel und Verkehr, in dem heute 8% der Ausländer beschäftigt sind, etwas zurückgegangen. Im Dienstleistungsbereich arbeiten weiterhin 13%.

Die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen ist vornehmlich in den verhältnismäßig mobilen Altersgruppen bis unter 35 Jahren zurückgegangen. Demgegenüber ist der Beschäftigtenbestand in den älteren und damit wohl auch seßhafteren Geburtsjahrgängen einigermaßen stabil geblieben.

Regionale Verteilung der Arbeitnehmer

Die regionale Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte kann an Hand der Statistik der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer dargestellt werden, wie sie aus den Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeit ermittelt wurden. Da die Ausländer zu etwa 93% versicherungspflichtige Arbeitnehmer sind, sämtliche Erwerbstätige jedoch nur zu 79%, ist es verständlich, daß der Anteil der Ausländer an den versicherungspflichtigen Arbeitnehmern mit 14% höher ist als an

allen Erwerbstätigen (12%). Entsprechend sind auch die Ausländerquoten in den einzelnen Kreisen zu bewerten (Vgl. Tabelle im Anhang).

Da sich die für die Kreise ermittelten Werte auf die Arbeitnehmer am Arbeitsort beziehen, entsprechen diese Ausländerquoten in ihrer Abstufung nicht den Werten, die aus der Ausländerquote der Wohnbevölkerung zu erwarten wären. So wohnen z. B. in Stuttgart prozentual mehr Ausländer als in den Nachbarkreisen; es arbeiten dort aber prozentual weniger, da die Einpendler nach Stuttgart überwiegend Deutsche sein dürften. Das gleiche gilt für die meisten Stadtkreise des Landes. Bei den Arbeitnehmern wurde die höchste Ausländerquote im Landkreis Esslingen mit 22,3% festgestellt. Es folgten die Landkreise Böblingen (21,9%), Ludwigsburg (20,9%), der Rems-Murr-Kreis (19,5%), der Enzkreis (18,4%) und die Stadt Stuttgart mit 18,3%. Anteilmäßig arbeiten die wenigsten ausländischen Arbeitnehmer im Main-Tauber-Kreis (5,8%), im Landkreis Biberach (7,4%), im Neckar-Odenwald-Kreis (7,6%) und im Landkreis Emmendingen (7,8%).

Die höchste Konzentration ausländischer Arbeitnehmer findet sich in der Region Mittlerer Neckar, wo 39,0% aller ausländischen Arbeitnehmer, aber nur 28,6% aller Arbeitnehmer des Landes überhaupt arbeiten. Entsprechend ist dort fast jeder fünfte Arbeitnehmer (19,7%) ein Ausländer. Auch in den Regionen Nordschwarzwald, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Hochrhein-Bodensee liegt die Ausländerquote der Arbeitnehmer, wenn auch nur geringfügig, über dem Landesdurchschnitt.

Haushalte und Familien

Zusammen mit der Abwanderung von Ausländern hat zwischen 1975 und 1976 auch die Zahl der Haushalte, wenn auch lediglich um 3% auf 333 000 abgenommen. Von der Abnahme betroffen waren besonders die Drei- und Vier-Personenhaushalte, deren Zahl sich um etwa 12% verringerte. Bemerkenswert ist eine Zunahme des Bestandes an Zwei-Personenhaushalten um rund 10%, die mit Verheiratung hier ansässiger Ausländer, mit Verkleinerung größerer Haushalte durch Zurückführung von Kindern wie auch mit Familienzusammenführung bisher alleine lebender Ausländer begründet werden kann.

Die Zahl der Familien nahm um 4% auf 296 000 ab, wobei — analog der Entwicklung der Zwei-Personenhaushalte — bei den Familien ohne Kinder eine Zunahme um 9% zu verzeichnen ist, wogegen die Zahl der Familien mit Kindern wie auch die der Haushalte mit 3 und 4 Personen durchschnittlich um 12% zurückgegangen ist.

Bindung an das Heimatland

Aus einer Sonderuntersuchung im Frühjahr 1976 lassen sich Merkmale ableiten, die gewisse Aussagen über die Bindung der hier lebenden Ausländer an ihr Herkunfts-

land zulassen. Außer der vorstehend schon erwähnten Zugehörigkeit von fast der Hälfte der Ausländer zu Haushalten, deren Haushaltsvorstand schon 10 Jahre und länger hier lebt, geben auch Merkmale, wie Beherrschung der deutschen Sprache, im Ausland verbliebene Angehörige und deren Unterstützung, Hinweise darauf, wie sehr die hier lebenden Ausländer bereits im Bundesgebiet integriert und in welchem Maße sich ihre Bindungen an das Heimatland gelockert haben.

So gaben 40% der Haushaltsvorstände an „gut“ deutsch zu sprechen, 33% beherrschten die deutsche Sprache einigermaßen, der Rest sprach deutsch nur schlecht oder überhaupt nicht.

Inwieweit eine Identifizierung der Ausländer mit dem Leben in der Bundesrepublik bereits erfolgt ist, läßt sich auch daran ablesen, daß etwa zwei Drittel der länger anwesenden Haushaltsvorstände mitgeteilt haben, keine andere Wohnung mehr im Ausland zu besitzen, wogegen die nach 1966 Zugezogenen nur zu 43% angaben, wohnungsmäßig nicht mehr an das Heimatland gebunden zu sein. Diese Trennung vom Herkunftsland ist bei den Vorständen größerer Haushalte stärker als bei den Ein- und Zwei-Personenhaushalten.

Ein wichtiges Indiz, das über die Bindung an das Herkunftsland Auskunft gibt, ist auch die Zahl der dort verbliebenen Angehörigen. So haben die seit zehn und mehr Jahren hier lebenden Haushaltsvorstände zu drei Vierteln keine Ehegatten oder Kinder, die noch im Herkunftsland leben, wogegen sich dieser Anteil bei den später Zugezogenen auf 60% beläuft.

Insgesamt gaben 48% der Haushaltsvorstände an, keine Angehörigen zu Hause zu unterstützen. Dieser Anteil ist bei denen, die als Ledige mitgeteilt haben, als nächste Familienangehörige nur Eltern im Heimatland zu haben, mit 46% etwa gleich hoch. Dagegen beläuft er sich bei denen, die als Verheiratete ihre ganze Familie nachkommen ließen, auf 79%. Diejenigen, deren Ehegatten oder Kinder noch im Herkunftsland leben (etwa ein Drittel der Haushaltsvorstände), unterstützen diese in 93% aller Fälle.

Diese wenigen Daten legen die Vermutung nahe, daß eine wachsende Zahl der mit ihrer Familie hier lebenden Ausländer sich auf einen langfristigen Verbleib im Bundesgebiet eingestellt hat. Die verhältnismäßig kleine Zahl von Einbürgerungsanträgen zeigt jedoch, daß die überwiegende Zahl der Ausländer ihre nationale und kulturelle Identität erhalten will.

1.2 Daten zur Situation der Frauen

Die heutige Situation der Frauen ist aus statistischer Sicht gekennzeichnet durch mehrere Bestimmungsfaktoren: Den Frauenüberschuß in gewissen Altersgruppen, die höhere weibliche Lebenserwartung,

die Zunahme der Verheirateten-Quote, das frühe Heiratsalter, die Verringerung der Familiengröße und nicht zuletzt durch ein sich wandelndes Verständnis vom weiblichen Rollenverhalten. Danach bewegen sich Frauen heute zwischen gegensätzlichen Erwartungshaltungen, nämlich tradierten Vorstellungen,

Tabelle 3

Ehescheidungen

Jahr	Ehescheidungen	
	insgesamt	auf 10 000 der bestehenden Ehen
1960	5 955	33,1
1965	6 842	33,3
1970	9 926	46,4
1975	13 921	63,1
1976	14 795 1)	

1) Vorläufiges Ergebnis.

die Frau gehöre zu ihren Kindern, und dem Leitbild vom Beruf als ständigem Lebensbegleiter. Ein derartiges „Dauerspannungsfeld“ charakterisieren auch die im folgenden zusammengetragenen Zahlen. Allerdings vermag diese Datensammlung kaum ein geschlossenes Bild über die Lage und Bedeutung der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft zu vermitteln, zumal viele, ihr Leben entscheidend beeinflussende Faktoren (Motivationen, Einstellungen, Orientierung an Leitbildern, Zielvorstellungen usw.) nicht oder nur unzulänglich statistisch erfaßt sind. Eine Interpretation ist daher lediglich in dem so eingeschränkten Rahmen möglich.

Rund eine halbe Million mehr Frauen als Männer
Anfang 1976 errechnete sich bei der deutschen Bevölkerung Baden-Württembergs ein Frauenüberschuß von rund 470 000 Personen. Vor allem zeichnen die einschneidenden Ereignisse zweier Weltkriege und deren Folgeerscheinungen sowie die generell höhere Lebenserwartung von Frauen – nach der Sterbetafel 1970/72 werden Frauen durchschnittlich 6 Jahre älter als Männer – für diesen Gesamtproporz verantwortlich.

Ein Blick in die Alterspyramide der deutschen Bevölkerung am 1. 1. 1976 zeigt die spezifische Abhängigkeit der Geschlechterrelationen von der Altersstruktur. Während bis zum Alter von 48 Jahren – wie auch schon bei den Geburten – die männliche Bevölkerung überwiegt, übertreffen danach stets die Frauen die Männer.

Aufgrund eines beträchtlich höheren Männeranteils bei den Ausländern – hier stehen den rund 366 000 weiblichen rund 473 000 männliche Einwohner gegenüber – wird der Männerüberschuß der deutschen Bevölkerung speziell in jüngeren Altersgruppen verstärkt, eine Erscheinung, welche sich hauptsächlich im Erwerbsbereich auswirkt.

Im Alter von 60 Jahren stehen drei Frauen zwei Männern gegenüber, bei den Achtzigjährigen und älteren sind sogar mehr als doppelt so viele weibliche wie männliche Personen vertreten. Mit diesen Zahlen und den zu Anfang genannten Ursachen für die Entwicklung korrespondiert auch der Frauenanteil von über 85% an allen verwitweten Personen bzw. erklärt sich die Tatsache, daß es in den Altersgruppen von 60 und mehr Jahren rund fünfmal so viele alleinstehende Frauen wie Männer gibt. Auch von den 1 Mill. Einpersonenhaushalten waren im Mai 1976 zwei Drittel solche von Frauen; ebenso war bei den 1974 erfaßten 40 267 Bewohnern von Heimen für alte Menschen das weibliche Geschlecht mit einem unverhältnismäßig hohen Anteil von rund 80% vertreten.

Wachsende Heiratsfreudigkeit – starke Zunahme der Ehescheidungen

Generell zeigt sich übereinstimmend bei beiden Geschlechtern ein in den verschiedenen Altersgruppen gegenüber früher stärkerer Wille zur Eheschließung. Dabei errechnet sich heute die höchste Verheiratetenquote für Frauen im Alter zwischen 35 und 40 Jahren (87%); diejenige der Männer (92%) ist erst zwischen dem 50. und 55. Lebensjahr anzutreffen. Auffällig ist allerdings die Tatsache, daß fast jeder siebte Eheschließende zum wiederholten Male heiratet. Während der Anteil Geschiedener, die erneut einen Ehebund eingehen, zunimmt, geht der Anteil der Ledigen unter den Eheschließenden seit 1960 zurück. Von den Heiratenden traten im Jahr 1960 bei den Frauen 93% zum ersten Mal vor den Standesbeamten (Männer: 89%), 1975 aber nur noch 87% (Männer: 84%). Die Anteile der Geschiedenen erhöhten sich in den 15 Jahren von 5 auf 11% (Männer: von 7% auf 12%). Demgegenüber nahmen die Anteile von Witwern und Witwen unter den Heiratenden zwischen 1960 und 1975 etwas ab.

Die größere Heiratsfreudigkeit wird durch einen – speziell in den letzten Jahren – sprunghaften Anstieg der Ehescheidungen begleitet: 1975 kommen auf 10 000 der bestehenden Ehen fast doppelt so viele Scheidungen wie 1960.

Nach der jüngsten Entwicklung stellten sich besonders Ehen, die zwischen 2 und 5 Jahren bestehen bzw. bereits 10 bis 20 Jahre andauern, als besonders scheidungsanfällig heraus. Vermutlich sind mehrere Aspekte hierfür verantwortlich. Eine wesentliche Rolle dürfte dabei das heute jüngere Heiratsalter spielen. Auch erleichtert sicher die durch eigene Erwerbstätigkeit erlangte größere wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie ein gewachsenes Selbstbewußtsein der Frauen den Entschluß, die Ehe scheiden zu lassen. Diese Vermutung wird erhärtet durch die Tatsache, daß 1975 bereits bei drei Vierteln aller Scheidungen die Frauen die Klage einreichten, daß sie jedoch nur zu 13% schuldig geschieden wurden (Männer: 56%, beide Ehepartner: 29%). Da in der

überwiegenden Zahl der Fälle den Frauen die der Ehe erwachsenen Kinder zugesprochen werden, ergibt sich für sie ein Zwang der Erwerbstätigkeit (von 100 geschiedenen Müttern sind 75 erwerbstätig) und als Folge davon mehrfache Beanspruchung.

Verändertes generatives Verhalten

Trotz der hohen Verheirateten-Quote ist die Geburtenentwicklung durch die seit Mitte der sechziger Jahre im Zuge wachsenden Wohlstands, verbesserter Möglichkeiten der Familienplanung und eines veränderten Rollenverständnisses der Frauen stark rückläufige Zahl der Lebendgeborenen gekennzeichnet. Während 1965 noch fast 150 000 deutsche Kinder geboren wurden, verminderte sich diese Zahl um rund die Hälfte auf 76 700 Lebendgeborene im Jahr 1976. Allerdings hatte sich der Geburtenrückgang in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt; für 1976 ergab sich sogar ein vergleichsweise leichter Geburtenzuwachs. Dieser aktuelle Trend hängt möglicherweise mit dem inzwischen erreichten sehr niedrigen Stand zusammen, doch hat auch im Vergleich zu 1975 die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zugenommen.

Naturgemäß schlägt sich die über einen längeren Zeitraum rückläufige Entwicklung bei den Geburten in einer veränderten Haushalts- und Familienstruktur nieder, sie beeinflusst darüberhinaus aber in besonderem Maße das Leben der Frau. Denn zweifellos erleichtert eine verkürzte „Familienpause“ beispielsweise die Rückkehr in den Beruf nach nur wenigen Erwerbsausfalljahren bzw. überhaupt die Entscheidung, trotz Familienpflichten einen Beruf zu ergreifen.

Frauen – ein bedeutender Faktor am Arbeitsmarkt

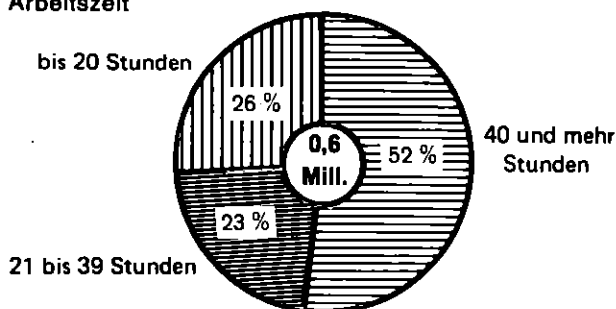
Rund 1,6 Mill. Frauen in Baden-Württemberg sind berufstätig, das heißt schon fast 2 von 5 Erwerbstätigen sind heute weiblichen Geschlechts. Von 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) üben 54 einen Beruf aus. Diese Größenordnungen werden noch ausdrucksvoller, wenn man bedenkt, daß weitaus der größte Teil der 1,6 Mill. erwerbstätigen Frauen, nämlich fast zwei Drittel, verheiratet ist. Bedeutend ist die Zahl von 619 000 berufstätigen Müttern, damit sind fast zwei Fünftel aller weiblichen Erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren (Schaubild 4). Mehr als die Hälfte dieser doppelt belasteten Frauen arbeiten 40 Stunden und mehr im Beruf und fast die Hälfte von ihnen hat zwei oder mehr Kinder zu versorgen.

Wie eine Testuntersuchung des Arbeitszeitbudgets in privaten Haushalten ergab, fallen zusätzlich bei einer Familie mit zwei Kindern pro Tag im Durchschnitt bis zu fünf Stunden Arbeit für die Führung des Haushalts sowie die Betreuung der Familienmitglieder an. Vor diesem zahlenmäßigen Hintergrund läßt sich

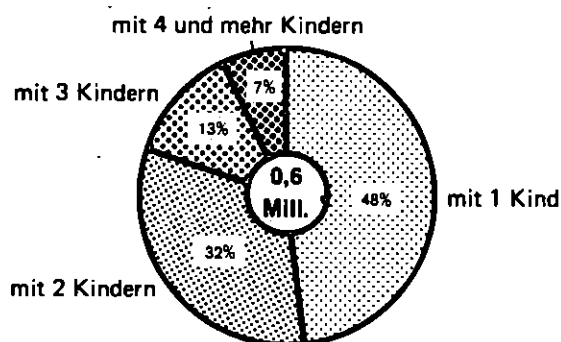
Schaubild 4

Berufstätige Mütter nach wöchentlich geleisteter Arbeitszeit sowie nach Zahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 18 Jahren ¹⁾

Arbeitszeit



Kinderzahl



¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus im Mai 1975

38775

die Situation voll-erwerbstätiger Mütter nur erahnen, in besonderem Maße gilt dies für alleinstehende Mütter. Selbst wenn man annimmt, daß diese Frauen – um eine ständige Arbeitsausdehnung auf über 12 Stunden pro Tag zu vermeiden – ihre Ansprüche an die Erledigung der Hausarbeit auf ein vertretbares Maß reduzieren, daß es ihnen weiter gelingt, den Umfang der Hausarbeit durch gezielte Rationalisierungsmaßnahmen, den verstärkten Einsatz anderer Familienmitglieder sowie die Inanspruchnahme fremder Hilfen noch mehr einzuschränken bzw. einen Teil der täglichen Arbeit auf das Wochenende zu verschieben, wird die physische und psychische Dauerbelastung ersichtlich.

Speziell aus einigen Wirtschaftsbereichen sind Frauen nicht mehr wegzudenken. Von 100 weiblichen Erwerbstätigen arbeiteten 1976

- 9 in der Land- und Forstwirtschaft
- 16 im Bereich Handel und Verkehr
- 39 im Produzierenden Gewerbe
- 35 im Dienstleistungssektor

Innerhalb einzelner Bereiche ist die Bedeutung der Frau als Arbeitskraft besonders auffällig. So sind beispielsweise rund 44% aller Beschäftigten im Be-

reich Handel und Verkehr und gerade die Hälfte der im Dienstleistungssektor Beschäftigten heute Frauen. Das große Wachstum dieser Wirtschaftsbereiche geht fast ausschließlich auf den Zugang von Frauen zurück. Dagegen ist die Zahl weiblicher Erwerbstätiger in der Landwirtschaft stetig auf nunmehr rund 148 000 (56%) gesunken.

Deutliche Schwerpunkte der Frauenbeschäftigung zeigen auch bestimmte Berufsgruppen. Aus den Berufssparten mit einer Frauenbeteiligung von deutlich mehr als 50% ragen hauptsächlich sozial- und krankenpflegerische Berufe heraus.

Bei einzelnen Berufen mit akademischer Ausbildung haben sich die Frauen mittlerweile eine beachtliche Position geschaffen. Zahlenmäßig konkurrieren mit ihren männlichen Kollegen können sie allerdings nur in wenigen Berufszweigen.

Immerhin ist heute schon

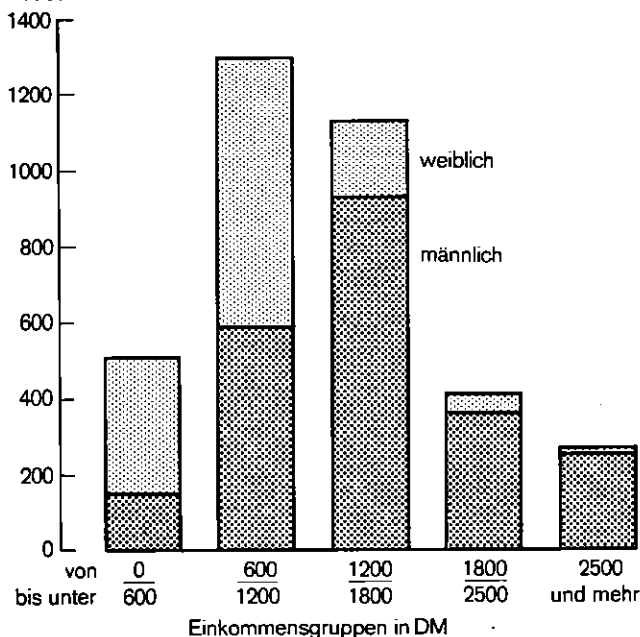
- jeder zweite Apotheker
- jeder zweite Lehrer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
- jeder zehnte Hochschullehrer
- jeder zehnte Richter oder Staatsanwalt
- jeder fünfte Arzt

eine Frau. Speziell der Kinderärztin (42%) kommt innerhalb der Gruppe der Fachärzte eine bedeutende Stellung zu.

Schaubild 5

Erwerbstätige Männer und Frauen nach Nettoeinkommensgruppen¹⁾

Erwerbstätige
in Tausend



1) Ergebnisse des Mikrozensus (Mai 1976)

14477

Chancengleichheit im Beruf nicht voll realisiert

Die heute weitgehend vollzogene Gleichberechtigung der Frau und der intensive Ausbau des schulischen und beruflichen Bildungswesens eröffnen den Frauen und Mädchen im Grundsatz die gleichen beruflichen Möglichkeiten wie ihren männlichen Kollegen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ansich gegebene Chancengleichheit der Frau in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auch heute noch nicht in vollem Umfang realisiert ist. Es muß daher den Frauen ermöglicht werden, daß sie die ihnen eröffneten Chancen auch tatsächlich wahrnehmen können.

Trotz ihrer zahlenmäßigen Bedeutung innerhalb der Arbeitswelt – zwei von fünf Beschäftigten sind weiblichen Geschlechts – ist nicht einmal jede sechste Führungskraft eine Frau. Frauen üben ganz überwiegend einfache und mittlere Tätigkeiten aus, auch haben sie wegen der Unterbrechungen ihrer Berufstätigkeit geringere Aufstiegschancen, und ihr Arbeitsplatz ist krisenanfälliger.

So waren 1975 beispielsweise in der Industrie 61% aller berufstätigen Frauen als Hilfsarbeiterinnen (Männer: 15%) aber nur 4% als Facharbeiterinnen (Männer: 53%) eingestuft. Bei den Angestellten in Industrie und Handel waren zwei Drittel der Frauen in den unteren Einkommensgruppen mit einfachen, schematischen oder mechanischen Tätigkeiten eingesetzt (Männer: 17%).

Auch im Bereich des Öffentlichen Dienstes, der mit einem Anteil von 38% gerade dem Durchschnitt weiblicher Beschäftigter entspricht, sind die Frauen in leitenden Positionen unterrepräsentiert. So befanden sich 1974 unter den 408 Landesbeamten der Besoldungsgruppe B – einschließlich einem Kabinettsmitglied – nur 4 Frauen; unter den 452 Oberbürgermeistern, Beigeordneten und Landräten ist überhaupt keine Frau vertreten. Nach der höchsten Angestelltenvergütungsgruppe BAT I wurden hingegen 241 Frauen – vor allem Ärztinnen in den kommunalen Krankenhäusern – bezahlt und 65 sogar über-tariflich.

Die Eingruppierung von Frauen in weniger gut dotierte Leistungsgruppen schlägt sich naturgemäß auch finanziell nieder, wie die Gegenüberstellung monatlicher Nettoverdienste männlicher und weiblicher Erwerbstätiger zeigt (Schaubild 5). Danach sind Frauen vor allem in den unteren Einkommensgruppen stark vertreten: 80 von 100 weiblichen Beschäftigten verdienen unter 1200 DM; bei den Männern gehört nicht einmal jeder dritte dieser Einkommensgruppe an.

Die Überrepräsentation von Frauen in den unteren Einkommensgruppen liegt allerdings auch daran, daß die wöchentliche Arbeitszeit der Frauen kürzer als diejenige ihrer männlichen Kollegen ist; im Durchschnitt arbeiteten Frauen in der Industrie 1976 rund 2 Stunden weniger als die dort beschäf-

tigten Männer. Die Disparität bleibt auch dann erhalten, wenn als Vergleichsbasis der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollbeschäftigter Angestellter (ohne Mehrarbeitsvergütung) herangezogen wird. Denn auch in den Angestelltenberufen üben Frauen überwiegend einfachere Tätigkeiten (Schreibkräfte, Verkäuferinnen) aus und liegen damit in den unteren Einkommensgruppen. Das erklärt, warum nach den Ergebnissen der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung 1972 weibliche kaufmännische Angestellte durchschnittlich nur rund 63% des Bruttomonatsgehaltes ihrer männlichen Kollegen verdienen. Bei technischen Angestellten erreichten sie im Durchschnitt 65% und bei Meistern 74% des Bruttomonatsgehaltes.

Speziell bei abschwingenden Konjunkturzyklen kommt die unterschiedliche Sicherheit der Arbeitsplätze von Männern und Frauen zum Vorschein. So lag die Arbeitslosenquote für Frauen während der gesamten Dauer des rezessiven Einbruchs 1974/75 (wie bereits 1966/67) beträchtlich über derjenigen der Männer. Im Laufe des Jahres 1976 setzte sich diese Tendenz verstärkt fort; mit 4,1% war die Arbeitslosenquote der Frauen im Oktober und November fast doppelt so hoch wie die der Männer (2,2%). Von Arbeitslosigkeit bedroht sind dabei hauptsächlich Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung; sie sind mit einem Anteil von mehr als zwei Dritteln (67%) an allen weiblichen Arbeitslosen überdurchschnittlich stark vertreten. Neben der fehlenden Qualifikation stellt sich bei vielen arbeitslosen Frauen die gewünschte Teilzeitarbeit als Hemmnis für erneute Berufstätigkeit heraus. So bevorzugten fast ein Drittel (30%) der insgesamt 15 835 Ende Mai 1976 in Baden-Württemberg registrierten arbeitslosen Frauen eine Teilzeitbeschäftigung.

Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede sind besonders auch bei den arbeitslosen Jugendlichen festzustellen. So hat beispielsweise die Zahl der arbeitslosen Berufsschülerinnen nur um 1,7%, die der arbeitslosen männlichen Berufsschüler jedoch um 15,9% gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Dementsprechend beträgt die Arbeitslosenquote bei den Mädchen 5,3%, bei den Jungen hingegen nur 2% (Vorjahr 5,1 bzw. 2,3%).

Qualifizierte Ausbildung auch für Mädchen

Für die Beeinträchtigung gleicher Chancen im Beruf sind in erster Linie noch bestehende geschlechtsspezifische Ausbildungsunterschiede verantwortlich, doch hat sich der Ausbildungsstand — im besonderen bei Mädchen — verbessert.

Während beispielsweise 1970 noch 87% aller zwischen 60 und 70 Jahre alten Frauen „lediglich“ einen Volksschulabschluß und nur 13% eine weiterführende Schule absolviert hatten (im Vergleich hierzu die Quote bei Männern: 75% zu 25%), haben die damals

30- bis 40-jährigen schon zu 21% eine weiterführende Schule besucht. Im einzelnen ergab sich dabei folgendes Bild:

Von 100 Frauen (Männern) dieser Altersgruppe hatten

79 (73) Volksschulabschluß

8 (4) Mittlere Reife

1 (1) Abitur

9 (17) Berufsfach- und Ingenieursschulabschluß

3 (5) Hochschulabschluß

Daneben dokumentiert bei den noch jüngeren Jahrgängen das Übergangsverhalten von Viertklässlern die immer stärker ins Bewußtsein dringende Auffassung, auch für Mädchen weiterführenden Bildungswege anzustreben. So wechselten im Schuljahr 1976/77 rund 55% und damit mehr als die Hälfte aller Schülerinnen der vierten Klassenstufe gegenüber 47% im Schuljahr 1967/68 auf Realschulen und Gymnasien über.

Die Ausbildung von Mädchen verlagert sich also — der allgemeinen Tendenz folgend — hin zum Besuch weiterführender Schulen mit attraktiveren Bildungsabschlüssen. Eindeutig überrepräsentiert sind Mädchen und Frauen bei den „mittleren Abschlüssen“ (Tabelle 4). Hier zeigt auch der vermehrte Besuch von Abendrealschulen sowie Berufsaufbauschulen den starken Nachholbedarf der Frauen.

Tabelle 4

Schulabschlüsse

Art des Abschlusses	1970		1975	
	insgesamt	weiblich in %	insgesamt	weiblich in %
Hochschulreifeprüfungen	14 120	38,2	22 896	43,7
Allgemeine Hochschulreife	11 565	37,8	17 505	48,8
Fachgebundene Hochschulreife	2 555	39,6	3 490	19,1
Fachhochschulreife	—	—	1 901	42,2
Mittlere Abschlußprüfungen	30 499	50,2	40 998	55,2
Mittlere Reife an				
Realschulen	13 641	53,0	19 186	55,6
Allgemeinbild. Gymnasien	4 381	55,3	5 033	56,4
Abendrealschulen	801	20,3	1 212	40,2
Sonstigen Anstalten ¹⁾	738	38,3	300	48,7
Fachschulreife an				
Berufsfachschulen	8 232	60,6	13 037	61,1
Berufsaufbauschulen	2 706	8,4	2 230	24,9
Entlassungen aus Hauptschulen	64 739	49,5	50 502	47,2
mit Abschlußzeugnis	56 252	50,0	44 665	47,5
mit Abgangszeugnis	8 487	45,8	5 837	44,7
Prüfungen an Fachschulen	5 100	35,5	8 014	43,5
Prüfungen an Technikerschulen	2 034	4,7	2 890	8,1

¹⁾ Wirtschaftsaufbaugymnasien, Waldorfschulen, Sonderschulen.

Auch an den Hochschulen Baden-Württembergs haben sich die Geschlechterrelationen zugunsten der Mädchen verändert, obwohl nach wie vor ein deutliches Übergewicht der Studenten besteht. So

Tabelle 5

Akademikerquote in ausgewählten Altersgruppen

Altersgruppe	Akademikerquote	
	1970	1975
25 bis 30 jährige Männer	5,2	9 – 11 ¹⁾
Frauen	4,4	6 – 8 ¹⁾
45 bis 50 jährige Männer	5,1	5,1
Frauen	2,3	2,1
65 bis 70 jährige Männer	5,0	4,6
Frauen	1,0	1,1

1) Geschätzt.

waren im Wintersemester 1974/75 mit rund 41 000 Studentinnen mehr als ein Drittel (34,3%) aller Studierenden weiblichen Geschlechts; geringfügig unterrepräsentiert gegenüber den männlichen Studenten waren dabei noch die Studentinnen aus Arbeiterfamilien. Beachtlich erscheint in diesem Zusammenhang, daß sich bei in jüngster Zeit generell kleineren Zuwachsraten an den Universitäten die Zahl der weiblichen Studenten überdurchschnittlich stark entwickelt.

Technische und naturwissenschaftliche Disziplinen finden bei den Studentinnen weniger Anklang als das Studium von Sprachen und Medizin, von Rechtswissenschaften und allgemeinen Wirtschaftswissenschaften sowie typischerweise den Haushalts- und Ernährungswissenschaften. Eine herausragende Rolle spielen generell die Lehramtskandidatinnen, so beträgt die Lehrerinnenquote an Grund- und Hauptschulen deutlich mehr als 50%.

Als Folge dieses – im Zuge der Expansion im Bildungsbereich – wacher werdenden Interesses an besonders qualifizierten und ausbaufähigen Ausbildungswegen ergab sich daher ein in letzter Zeit sprunghaftes Ansteigen der Akademikerquote, und zwar auch auf der Frauenseite.

Wachsendes politisches Interesse

Angeichts der großen Bedeutung der Frauen im ökonomischen Bereich ist es nicht uninteressant zu untersuchen, welche Rolle sie im öffentlichen Leben spielt und inwieweit sie ihre Interessen wahrnimmt

Tabelle 6

Landtagswahlen

Wahlbeteiligung	1964	1968	1972	1976
insgesamt	67,5	70,8	79,3	75,1
männlich	70,6	73,8	81,1	77,0
weiblich	64,9	68,2	77,8	73,6

und vertritt. Nach der Wahlstatistik bleibt die Wahlbeteiligung von Frauen – gleichgültig, ob es sich um Landtags- oder Bundestagswahlen handelt – zwar immer deutlich hinter derjenigen von Männern zurück, über einen längeren Zeitraum hinweg hat das weibliche Wählerengagement jedoch zugenommen. Während bei der Landtagswahl 1964 nur knapp zwei Drittel aller wahlberechtigten Frauen zur Wahlurne gingen, waren es 1976 rund 74%; damit konnte allerdings das bisher günstigste Ergebnis aus dem Jahr 1972 (78%) nicht mehr erreicht werden.

Eine tendenziell höhere Wahlbeteiligung wird bei Bundestagswahlen erzielt: Hier betrug der Anteil der Wählerinnen an der Gesamtheit der wahlberechtigten Frauen 1965 schon 83%; 1976 blieb die entsprechende Quote (88,5%) nur knapp hinter dem Rekordergebnis von 1972 (89,2%) zurück.

Trotz dieser bemerkenswerten Entwicklung ist die aktive, direkte Beteiligung von Frauen in der Politik noch sehr gering. Während der vergangenen Jahre ging die schon immer geringe Zahl weiblicher Abgeordneter in den Landtagen Baden-Württembergs sogar noch zurück. Im jetzigen Landtag sind wieder 6 Frauen vertreten, sie sind jedoch unter allen 121 Abgeordneten nur eine kleine Zahl.

Tabelle 7

Landtagsabgeordnete

Wahlperiode	Abgeordnete	Darunter Frauen
1952 bis 1956	121	7
1956 bis 1960	120	4
1960 bis 1964	121	5
1964 bis 1968	120	6
1968 bis 1972	127	2
1972 bis 1976	120	4 (3)
1976 bis 1980	121	6

Eine andere, positive Tendenz ist hingegen in den Gemeindeparlamenten festzustellen. Während sich im Mai 1954 in Baden-Württemberg lediglich 89 Frauen „an der Basis“ engagierten, hat sich ihre Zahl bis September 1972 mehr als versiebenfacht. Nach Ermittlungen der Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung in Baden-Württemberg e. V. (Bürger im Staat) hat sich bis 1976 die Anzahl der weiblichen Gemeinderatsmitglieder weiter kräftig erhöht und bereits die 1000-Grenze erreicht oder sogar überschritten.

Generell zurückhaltend zeigen sich Frauen hinsichtlich der Mitgliedschaft in einer politischen Partei. So bewegt sich der Anteil weiblicher Mitglieder an allen Parteizugehörigen – betrachtet man einmal nur die großen Parteien – lediglich zwischen 14% (CDU), 19% (SPD) und dem auf 19% geschätzten Wert bei der FDP.

Tabelle 8

Weibliche Gemeinderatsmitglieder

Zeitpunkt	Anzahl
Mai 1954	89
Februar 1958	185
Mai 1960	199
November 1963	237
November 1966	294
vor der Wahl 1968	316
November 1970	425
September 1971	423
September 1972	645

Quelle: Berkmann, E.: Frauen in Kommunalparlamenten Baden-Württembergs, in: Der Bürger im Staat, Heft 1, 1975.

Dafür ist jedoch ein wachsendes Interesse an aktiver Mitarbeit innerhalb von Frauenorganisationen, -gruppen und -verbänden sowie von Standesorganisationen festzustellen, in denen an der Vorbereitung politischer Entscheidungen mitgewirkt wird. Dagegen ist bisher erst etwa jeder fünfte in einer Gewerkschaft organisierte Arbeitnehmer eine Frau. Gerade diesem Durchschnitt von 22% entspricht die Quote der weiblichen Mitglieder des hiesigen Landesverbandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit 20% Anteil bleiben die im Beamtenbund Baden-Württemberg organisierten Frauen leicht hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurück. Etwas günstiger sieht dagegen die Situation im Landesverband der Deutschen Angestelltengewerkschaft aus, denn hier sind ein Drittel aller Mitglieder weiblichen Geschlechts.

Resümee

Die Untersuchung zeigt, daß die Lage in vielen Bereichen im Wandel begriffen ist. Besonders erkennbar wird ein wachsendes Interesse an qualifizierter Ausbildung, an (neuen) beruflichen Aufgaben und nicht zuletzt an gesellschaftlichen Fragen; es bestehen aber noch immer Bereiche, in denen Benachteiligungen der Frauen, speziell in der Berufswelt, noch nicht ausgeräumt sind.

2. Bildungswesen

Die jetzt die Bildungsinstitutionen durchlaufenden geburtenstärksten Jahrgänge der Nachkriegszeit verlangen — will man ein generatives Bildungsgefälle gegenüber den vorhergegangenen Jahrgängen vermeiden — Aufnahmekapazitäten, deren Realisierung wegen der nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge aus ökonomischen und finanziellen Gründen erhebliche Probleme aufwerfen.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat erstmals dazu geführt, Überlegungen einzuleiten, ob die Kapazitäten der Schulen und vor allem der Hochschulen nicht stärker am künftigen Bedarf orientiert werden sollten. Dies trifft insbesondere für die pädagogischen Ausbildungsgänge zu, bei denen dieser Anpassungsprozeß bereits voll im Gange ist. Aber auch in anderen Bereichen deutet sich ein Ungleichgewicht zwischen tatsächlichem Bedarf und dem zu erwartenden Angebot an. Die besondere Situation ist derzeit dadurch gegeben, daß für eine Reihe von bisher besonders nachgefragten Studienfächern durch relativ starken Ausbau zusätzliche Studienplätze angeboten werden können. Dies führte dazu, daß in einigen Fächern, wie zum Beispiel Chemie, Chemie-Ingenieurwesen, Mathematik und Physik derzeit kein eigentlicher Mangel an Studienplätzen mehr besteht. Diese Fächer unterliegen daher nicht mehr generellen Zulassungsbeschränkungen, es wird nur noch die Nachfrage zentral auf die vorhandenen Studienplätze verteilt. Andererseits sind in diese zentrale Verteilung auch Fächer aufgenommen worden, die früher keinerlei Zulassungsbeschränkungen unterlagen, wie beispielsweise Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften. Weil hier die bisher schon vorhandene starke Nachfrage noch stärker als die zusätzlich ausgebauten Studienplätze anstieg, ist für diese Fächer teilweise bereits ein echtes Vergabeverfahren in Gang gekommen. — Das bereits erwähnte vermehrte Angebot an Studienplätzen könnte in Zukunft auch dazu führen, daß das bisher schon vorhandene Ungleichgewicht zwischen akademischem Angebot und akademischer Nachfrage noch stärker gestört wird.

Auf die Auswirkungen von Geburtenberg und nachfolgendem Geburtental auf die Bildungseinrichtungen ist ausführlich im Teil II (Voraussichtliche Entwicklung der Schüler und Auszubildenden) eingegangen. Zum Bestand und künftigen Bedarf an Akademikern ist in Zusammenarbeit von Kultusministerium, dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung und dem Statistischen Landesamt eine Prognose erarbeitet worden, deren erste Ergebnisse im nachfolgenden Kapitel 3.2 zu finden sind.

2.1 Strukturdaten aus dem Schulwesen*Immer kleinere Einschulungsjahrgänge*

An den Grund- und Hauptschulen ist die Zahl der Schüler gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30 000 zurückgegangen (— 3,3%). Allein an Grundschulen nahm die Schülerzahl um mehr als 25 000 ab, wobei die Zahl der Erstklässler als Folge der zahlenmäßig immer kleiner werdenden Einschulungsjahrgänge sich auf 132 000 — also um fast 14 000 — verringerte und damit um mehr als 30 000 geringer war als der stärkste Einschulungsjahrgang 1970.

Unerwartet starke Entwicklung des Realschulwesens
Nicht ganz erwartungsgemäß haben sich die Übergänge auf Realschulen und Gymnasien weiterentwickelt. Zwar nahm die Zahl der Übergänge insgesamt um rund 3 000 auf 83 400 und die Übergangsquote sogar um 4%-Punkte auf 56,3% zu, es sind aber unerwartet viele Schüler auf Realschulen und weniger als nach der bisherigen Entwicklung anzunehmen war, neu auf die Gymnasien gekommen.

Die Realschulen verzeichnen über 5 000 Neuzugänge mehr als vor einem Jahr. Dadurch stieg die Übergangsquote bei ihnen in unerwartetem Ausmaß auf 28,8% an und liegt jetzt erstmals über der für Gymnasien. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Schüler an Realschulen auf fast 229 000 (+ 9,5%).

Die große zahlenmäßige Vermehrung der Übertritte auf Realschulen deutet darauf hin, daß die bereits jetzt feststellbare nachlassende Studienwilligkeit der jüngeren Generation nicht nur anhalten, sondern sich im Gegenteil vermutlich künftig sogar noch verstärken wird. Infolge dieser zunehmenden Ausbildung über Realschulen und der danach zu erwartenden vermehrten Abgänge mit der Mittleren Reife kann auch gefolgert werden, daß sich die Neigung weiter verstärken wird, noch stärker als bisher schon, die berufliche Vollzeitausbildung vorzuziehen. Das bedeutet, daß bei den Berufsfach- und Fachschulen in den kommenden Jahren noch höhere Zuwachsraten auftreten werden, als diese sie bisher schon auswiesen. Die Nachfrage wird besonders auch von Mädchen bestimmt werden, die keinen attraktiven Ausbildungsplatz erhalten haben.

Weniger Übergänger auf Gymnasien

Die Zahl der Schüler an Gymnasien überschritt erstmals 300 000, nahm insgesamt aber nur um 3,2% auf 305 000 zu. Im Vorjahr gingen noch 43 300 Schüler auf Gymnasien über, im Herbst 1976 waren es jedoch nur noch 40 800. Bezogen auf die Schüler in der 4. Klassenstufe des vorangegangenen Schuljahres blieb die Übergangsquote mit 27,5% unverändert. Obwohl also die Übergangsquote auf das Gymnasium seit ihrem Höhepunkt im Jahr 1972 merklich gesunken ist und obwohl der seit Jahren anhaltende Geburtenrückgang altersbedingt nun auch für diese Schulart wirksam wird, ist derzeit die Zahl der Neuzugänge noch immer größer als die Zahl der Schüler, die das Gymnasium mit oder ohne Abschluß verlassen. Diese Situation dürfte auch für den Rest der 70er Jahre bestimmend bleiben.

Im Schuljahr 1976/77 stehen den rund 43 000 Zugängen an Gymnasien nur etwa 32 000 Abgänger gegenüber. Von diesen wiederum haben 23 300 die Gymnasien mit einer Hochschulreife verlassen. Am Ende dieses Schuljahres werden voraussichtlich über 25 000 Abiturienten von den Schulen abgehen. Der Trend zur allgemeinen Hochschulreife hat sich da-

bei im Verlauf der letzten Jahre noch erheblich verstärkt; derzeit verlassen 84% aller Absolventen die Gymnasien mit der allgemeinen Hochschulreife.

Die gegenüber dem Vorjahr um 2300 (+ 11%) angestiegene Zahl der Abiturienten bewirkte zugleich, daß auch die Anteilsquote an den entsprechenden Geburtsjahrgängen von 15,7% auf 17,1% anstieg. Dabei ist die Quote für Mädchen auf 15,5% weiter angestiegen; aber auch die seit 1973 etwas stagnierende altersspezifische Jahrgangsquote für Jungen hat in diesem Jahr wieder angezogen und mit 18,6% einen neuen Höchststand erreicht.

Verbesserte schulische Vorbildung bei den Berufsschülern

Der schon seit Jahren erkennbare Trend, die berufliche Ausbildung über die Vollzeitschulen vorzunehmen, ist im Schuljahr 1976/77 noch offensichtlicher geworden. Insgesamt sind in diesem Schuljahr im gesamten beruflichen Bereich weniger Schüler vorhanden als im Vorjahr, nämlich nur noch 306 000 (– 2,1%). Dies ist jedoch noch immer eine Folge der früheren Kurzschuljahre. Da aber geburtenstarke Jahrgänge zur Entlassung aus den allgemeinbildenden Schulen anstehen, ist in den nächsten Jahren wieder mit einem starken Anstieg der Schülerzahl zu rechnen. Von dem Rückgang der Schülerzahlen wurden vor allem die Berufsschulen betroffen, bei denen sich außer den zahlenmäßig schwächeren Absolventenjahrgängen an den Hauptschulen auch noch der strukturelle Wandel zur Vollzeitschule bemerkbar machte. So nahm die Zahl der Schüler an Berufsschulen erneut ab; gegenüber dem Vorjahr um rund 10 000 (– 4,1%) auf 216 500.

Als echte Konkurrenz für Bewerber mit geringerer schulischer Qualifikation macht sich das verstärkt auftretende Bemühen um einen Ausbildungsplatz

Tabelle 1

Berufsschüler und Ausbildungsverträge

Schulische Vorbildung	Schüler	
	im 1. Berufsschuljahr 1975/76	darunter ohne Ausbildungsvertrag
	Anzahl	%
kein Schulabschluß	4 889	64,8
Sonderschulabschluß für Lernbehinderte	2 295	62,1
Hauptschulabschluß	36 805	12,8
Mittlere Reife	17 401	7,0
Fachhochschulreife, fachgebundene und allgemeine Hochschulreife	1 057 ¹⁾	1,0
Insgesamt	62 447	16,9

1) Abiturienten werden teilweise gleich in den 2. Berufsschuljahrgang aufgenommen.

durch Jugendliche mit Hochschulreife bemerkbar. Die Zahl dieser Berufsschüler erhöhte sich seit 1972 von 900 auf 2 400. Einschließlich der Abgänger mit Fachhochschulreife befanden sich 1976 unter den rund 75 000 potentiellen Bewerbern um eine Lehrstelle etwa 3 000 Abiturienten, so daß also etwa 4% aller Lehrstellenbewerber Abiturienten waren. Da diese speziell an kaufmännisch-technischen Berufen interessiert sind, kommt es aufgrund der in einzelnen Berufsbereichen üblichen Eingangstests vermehrt vor, daß Abiturienten anderen Bewerbern vorgezogen werden.

Noch stärker als Abiturienten treten Realschulabsolventen als Bewerber um Ausbildungsstellen auf. 1972 besaßen nur 12% aller Berufsschüler im ersten Ausbildungsjahr die Mittlere Reife. Inzwischen ist deren Anteil auf über 28% angestiegen. Im Vergleich zu 1972 gehen auch immer weniger Hauptschüler unmittelbar nach Schulabschluß in einen Beruf. 1972 waren es noch 67%, seither ist der Anteil auf 56% zurückgegangen. Deshalb kamen im Schuljahr 1975/76 nur noch 70% der rund 62 500 Berufsschüler im ersten Ausbildungsjahr von Hauptschulen, während es dagegen 1972 noch 86% waren. Die Chance auf einen Ausbildungsvertrag wird durch bessere schulische Vorbildung erhöht.

Günstigere Situation in Baden-Württemberg gegenüber dem Bundesgebiet

Der Anteil der Berufsschüler an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 19 Jahren, der im Schuljahr 1952/53 noch 54% betragen hatte, ist jetzt – allerdings unter dem Einfluß der Kurzschuljahre 1966 – auf etwa 30% zurückgegangen. Demgegenüber stieg die Zahl der Schüler an den beruflichen Vollzeitschulen auf rund 120 000 an, das sind 6% mehr als im Vorjahr. Damit hat sich deren Anteil an der entsprechenden Wohnbevölkerung seit 1952 auf über 16% erhöht und damit mehr als verdoppelt. Im Vergleich zum Bundesgebiet weist Baden-Württemberg hier eine höhere Quote auf, denn im Durchschnitt des Bundesgebietes besuchen nur etwa 11% der Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 19 Jahren berufliche Vollzeitschulen.

Die vergleichsweise günstige Situation auf dem Sektor der beruflichen Bildung in Baden-Württemberg gegenüber dem Durchschnitt des Bundesgebietes kommt auch noch in einigen anderen Zahlen zum Ausdruck: So ist die Quote derjenigen, die die Hauptschulen ohne Abschluß verlassen haben, mit 11,6% im letzten Schuljahr wieder eine der niedrigsten des Bundesgebietes; diese Quote wäre sicherlich noch niedriger, wenn sie nicht durch einen relativ hohen Ausländeranteil zusätzlich angehoben werden würde.

Berufskollegs als Kernstück des Akademieplans

Im Gegensatz zu den Berufsschulen stieg die Zahl der Schüler an den Berufsfachschulen um 10% er-

neut überdurchschnittlich stark an. Dies ist auf die Situation am Arbeitsmarkt und bei den Ausbildungsstellen zurückzuführen. Viele Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz für ihren angestrebten Beruf finden, entscheiden sich für eine Fortsetzung der schulischen Vollzeitausbildung. Dies gilt insbesondere für Mädchen, die fast 60% aller Schüler der Berufsfachschulen stellen und die ihre Ausbildung dort vor allem im kaufmännischen Bereich erfahren.

In diesem Zusammenhang muß auf die Berufskollegs in Baden-Württemberg als Teil der Konzeption für einen Akademieplan hingewiesen werden. Das Berufskolleg vermittelt vor allem den Absolventen der Realschulen neue, zeitgemäße berufsqualifizierende Bildungsgänge, die später durch den Erwerb der Fachhochschulreife ausgebaut werden können. Im Schuljahr 1975/76 waren bereits 172 öffentliche und private Schulen – vorwiegend Berufsfachschulen, aber auch die Oberstufen der Höheren Handelsschulen sowie die Fachschulen für Sozialpädagogik – mit rund 13 000 Schülern dem Berufskolleg zugeordnet. Nach der Konzeption ist vorgesehen, die Berufskollegs bis 1985 auf 18 000 Plätze auszubauen.

Angesichts des heute bereits erkennbaren Mangels an Ausbildungsplätzen – vor allem für weibliche Bewerber im kaufmännischen Bereich – und der in Zukunft zu erwartenden wesentlich höheren Zahl von Absolventinnen mit Mittlerer Reife, erscheint es wünschenswert, den Ausbau der Berufskollegs auf das angestrebte Ausbauziel möglichst rasch zu verwirklichen.

Zu wenig Ausbildungsplätze für Mädchen

An den Berufsschulen Baden-Württembergs wurden im gegenwärtigen Schuljahr nur noch 26 000 Schüler ohne Ausbildungsvertrag gezählt, das sind 12% gegenüber 13,3% (30 000 Schüler) im Schuljahr vorher. In diesem Personenkreis überwiegen eindeutig die Mädchen (mit einem Anteil von fast zwei Dritteln). Jedes fünfte Mädchen an Berufsschulen besitzt keinen Ausbildungsvertrag.

Die für Mädchen ungünstige Situation auf dem Gebiet der Ausbildungsstellen geht auch aus einer im Frühjahr 1976 durchgeführten Befragung der 132 000 Entlaß-Schüler hervor, von denen 50,7% Mädchen waren. Von 39 000 Mädchen, die im Jahr 1976 eine berufliche Ausbildung beginnen wollten, hatten 11 000 (28,5%) zum Zeitpunkt der Befragung noch keinen Ausbildungsplatz in Aussicht. Dabei zeigte sich der Engpass vorwiegend im kaufmännischen Bereich, so daß angenommen werden kann, daß von diesen rund 11 000 Mädchen ein Teil die Suche nach einem Ausbildungsplatz aufgegeben hat und nachträglich noch auf eine Berufsfachschule übergewechselt ist. Da weitere 19 000 Schüler – darunter 13 000 Mädchen – ohne einen Ausbildungsplatz zu suchen, ihre Ausbildung nach der allgemeinbildenden Schule direkt

an einer Berufsfachschule fortsetzen wollten, wird auch aus diesen Zahlen deutlich, daß Berufsfachschulen künftig in noch weit höherem Maße, vor allem im kaufmännischen Bereich, Ausbildungsfunktionen werden übernehmen müssen.

Weniger arbeitslose Berufsschüler

Die Zahl der arbeitslosen Berufsschüler ging seit dem Vorjahr um 600 auf 7 100 (– 7,6%) zurück. Auch hier bestehen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede, denn über 4 000 (62,6%) dieser Jugendlichen sind Mädchen. Die Zahl der arbeitslosen Berufsschülerinnen nahm gegenüber den Vorjahr nur um 1,7%, die der arbeitslosen männlichen Berufsschüler dagegen um 15,9% ab. Dementsprechend ist die Arbeitslosenquote der Berufsschüler bei den Mädchen von 5,1% im Vorjahr auf 5,3% angestiegen, während sie bei den Jungen von 2,3% auf 2,0% zurückging.

Im Schuljahr 1975/76 waren über 90% der arbeitslosen männlichen Berufsschüler dem allgemeinen Berufsfeld „Jungarbeiter“ und 85% der arbeitslosen Berufsschülerinnen dem Berufsfeld „hauswirtschaftlich-pflegerische Berufe“ zugeordnet. Wenn diese arbeitslosen Jugendlichen nach länger andauernder Arbeitslosigkeit eine Lehrstelle erhalten, müssen sie den Fachstufen-Unterricht nachholen. Deshalb sind verstärkte Bemühungen im Gange, diesen Jugendlichen bereits an den Berufsschulen Fachklassen-Unterricht zu vermitteln. Zahlenmäßig dürfte sich dies jedoch erst im nächsten Schuljahr erkennbar auswirken. Ein großer Teil der arbeitslosen Berufsschüler strebt jedoch gar keine Lehrstelle an, sondern will als mithelfender Familienangehöriger oder Ungelernter ohne Ausbildungsstelle bleiben.

Durch die Vermittlung einer vielseitig verwendbaren Grundbildung wird versucht, den Problemgruppen unter den Jugendlichen zu helfen. So setzten im Schuljahr 1975/76 etwa 14 500 Schüler ihre Ausbildung im Berufsgrundbildungsjahr oder an einer einjährigen Berufsfachschule fort. Der erfolgreiche Besuch dieser Schulen wird auf eine eventuell anschließende Berufsausbildung angerechnet. Da dies aber bei den Betrieben eine Umstellung des zeitlichen Ablaufs der Lehre erfordert, haben es solche Absolventen nachträglich oftmals noch schwerer, eine betriebliche Ausbildungsstelle zu erhalten. Im Anschluß an den Besuch einer einjährigen beruflichen Vollzeitschule sollen diese Jugendlichen deshalb ganz von der Berufsschulpflicht befreit werden. Durch diese Maßnahmen werden allerdings die Chancen für Lehrstellenbewerber nicht erhöht.

Sonderprogramm sichert über 3 000 Lehrstellen

Da die Zahl der Bewerber um Ausbildungsplätze in den kommenden Jahren noch erheblich ansteigen wird und zwar von rund 83 000 im Ausbildungsjahr 1976/77 um etwa 9 000 auf 92 000 im folgenden

und um weitere 7 600 auf 99 600 im Ausbildungsjahr 1978/79, wurde in Baden-Württemberg als erstem Bundesland ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durchgeführt. Dieses Sonderprogramm, das für zusätzliche Ausbildungsplätze Zuschüsse an die Ausbildungsbetriebe vorsieht, wird vor allem auch in den struktur-schwächeren Landesteilen das Angebot an Lehrstellen zu fördern. 1976 sind durch diese Maßnahmen über 3 000 zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen worden, unter denen sich rund 500 Plätze für Jugendliche aus stillgelegten Betrieben und etwa 400 Plätze für Behinderte mit Sonderschulabschluß befinden.

Aber auch durch dieses Sonderprogramm konnte der bestehende Engpass in der Unterbringung von Mädchen nicht beseitigt werden. Hier werden in den nächsten Jahren noch zusätzliche Maßnahmen erforderlich sein.

Seit 1970 über 37 000 Lehrer neueingestellt

Im Schuljahr 1976/77 sind an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen Baden-Württembergs fast 79 000 Lehrer beschäftigt. Knapp 58 000 von ihnen (73%) stehen in einem hauptamtlichen oder hauptberuflichen Anstellungsverhältnis. Allein seit 1970 sind 37 000 Lehrer neu eingestellt worden, so daß sich die Gesamtzahl also im Verlauf der letzten sechs Jahre fast verdoppelt hat. Obwohl die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte auch auf diesem Gebiet zu Einschränkungen gezwungen hat, konnten infolge der Neueinstellungen die von den vergangenen Jahren her üblichen Zuwachsraten im Lehrerbstand, die regelmäßig zwischen 5 und 6% schwankten, auch in diesem Jahr aufrechterhalten werden. Zwischen 1975 und 1976 stieg die Zahl der Lehrkräfte insgesamt um 6,1% an. Zu Beginn des derzeitigen Schuljahres wurde die Neueinstellung von Lehramtsbewerbern aufgrund von Vorschlägen der interministeriellen Arbeitsgruppe „Lehrerprobleme“ in der Weise gedrosselt, daß für 1976 nochmals die Einstellung fast aller Bewerber, jedoch mit der einschränkenden Auflage halber Lehraufträge im Grund- und Hauptschul- sowie teilweise auch im Realschulbereich empfohlen wurde. So wurden insgesamt 4 775 Lehramtsbewerber neu eingestellt. Damit beträgt die Zuwachsrate gegenüber dem Jahr 1975 zwar 5% und liegt somit insgesamt im Rahmen der in Baden-Württemberg seit mehreren Jahren üblichen Bestandserhöhungen, innerhalb der einzelnen Beschäftigungsverhältnisse hat sich aber der Bestand anders, als in den vorhergehenden Jahren üblich, verändert.

Bei den hauptamtlichen Lehrkräften haben sich Zugänge und Abgänge zahlenmäßig ausgeglichen, so daß sich der Lehrerbstand nur um etwa 100 hauptamtliche Personen erhöht hat. Auch der Bestand an stundenweise beschäftigten Lehrern (10 700) hat keine zahlenmäßige Ausweitung erfahren. Dagegen hat sich die Zahl der Teilbeschäftigten sprunghaft

Tabelle 2

Lehrerbestand

Schulart	Vollbeschäftigte Lehrer			Teilbeschäftigte mit 20 Stunden und mehr		
	1976	1975	Veränderung in %	1976	1975	Veränderung in %
Insgesamt	57 743	57 655	+ 0,2	10 282	6 615	+ 55,4
darunter an Grund- und Hauptschulen	30 476	31 434	- 3,0	6 428	4 311	+ 49,1
Sonderschulen	5 048	5 010	+ 0,8	706	330	+ 113,9
Realschulen	8 843	8 450	+ 4,7	1 620	634	+ 155,5
Gymnasien	12 674	12 215	+ 3,8	1 455	1 300	+ 11,9

von 6 600 auf 10 300 (+ 55%) erhöht. Die seit 1960 eingetretene starke Verjüngung des Lehrkörpers sowie der hohe Frauenanteil bewirken zusammen auch eine hohe Fluktuation. Insbesondere Lehrerinnen weisen bis zu einem Alter von etwa 35 Jahren sehr hohe altersspezifische Abgangsquoten auf. Die Fluktuation wirkt sich zwar nach Schularten unterschiedlich, für die Unterrichtsversorgung insgesamt jedoch erschwerend aus. Während im Jahr 1960 nur rund 50% aller Vollzeitlehrer jünger als 40 Jahre alt waren, sind im Jahr 1976 bereits die Hälfte aller Lehrer jünger als 32 Jahre. Der Feminisierungsgrad hat sich seit 1970 insgesamt kaum noch erhöht und scheint nunmehr mit rund 51% der Tendenz nach eine obere Schwelle erreicht zu haben. Innerhalb einzelner Schularten schwankt er jedoch erheblich; er liegt mit rund 65% an den Sonderschulen und mit 57% an den Grund- und Hauptschulen am höchsten und steigert damit den Lehrer-Ersatzbedarf an diesen Schulen über den Durchschnitt.

Das Statistische Landesamt hat – soweit hier bekannt erstmals im Bundesgebiet – den Erwartungswert für die mittlere Anzahl von Dienstjahren einer vollbeschäftigten Lehrkraft aufgrund von altersspezifischen Abgangsquoten errechnet. Bei einer angenommenen Dienstaltersgrenze von 65 Jahren gibt dieser Wert die durchschnittliche Verweildauer im Schuldienst an. Unterstellt man unverändertes Abgangsverhalten in den kommenden Jahren, so errechnet sich für Lehrerinnen bei einem Dienst Eintritt im Alter zwischen 27 und 28 Jahren nur eine mittlere Verweilzeit im Schuldienst von 14 Jahren. Lehrer im gleichen Eintrittsalter verbleiben dagegen durchschnittlich rund 10 Jahre länger im Schuldienst. Die unterschiedlichen Dienst-Erwartungszeiten der hauptamtlichen Lehrkräfte sind in Schaubild 1 dargestellt:

Aufgrund dieser Berechnungen kann noch eine weitere Aussage über die Entwicklung des Lehrer-Gesamtbestandes gemacht werden: Ohne Neuzu-

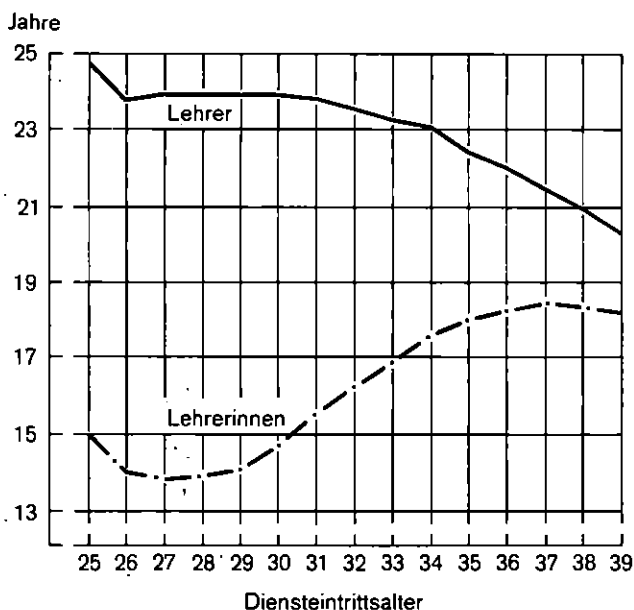
gänge würde der Bestand an hauptamtlichen Lehrerinnen bereits in 10 Jahren, der an Lehrern jedoch erst nach 20 Jahren auf die Hälfte reduziert sein.

600 Lehrer an beruflichen Schulen mehr

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist an den beruflichen Schulen des Landes die Zahl der teilbeschäftigten Lehrkräfte mit 659 im Schuljahr 1976/77 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte hat von 9 600 auf 10 200 (+ 6,3%) zugenommen.

Infolge der im Vergleich zum allgemeinbildenden Schulwesen längeren Ausbildungsdauer ist der Altersdurchschnitt der Lehrkräfte hier etwas höher. Nur

Schaubild 1

Mittlere Verweildauer vollbeschäftigter Lehrkräfte¹⁾

1) Zahl der durchschnittlichen Dienstjahre (mittlere Verweildauer) einer mit X Jahren in den Schuldienst ein tretenden (oder dort schon befindlichen) Person bis zur gesetzlichen Altersgrenze, die mit 65 Jahren angenommen wird.

knapp 40% aller Lehrkräfte sind hier jünger als 35 Jahre alt. Wegen der fachlichen Besonderheiten (gewerblich-technische Ausbildungseinrichtungen) ist auch ein niedriger Feminisierungsgrad als an den allgemeinbildenden Schulen gegeben. An den beruflichen Schulen unterrichteten zu 27% Lehrerinnen. Diese Verhältnisse bewirken auch eine vergleichsweise geringe Fluktuation im Lehrerbstand und somit auch eine besser zu organisierende Unterrichtsversorgung. Insgesamt ist natürlich die Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen wegen der anderen Unterrichtssituation (Teilzeitunterricht, Blockunterricht) nicht mit der an allgemeinbildenden Schulen zu vergleichen.

Überproportionale Zunahme des Lehrerbstandes

Aus der Entwicklung des Lehrerbstandes allein läßt sich noch keine ausreichende Erkenntnis über die Unterrichtsversorgung gewinnen. Langfristig kann eine stark überproportionale Zunahme des Lehrerbstandes an allen Schularten im Vergleich zur Entwicklung der Schülerzahlen festgestellt werden. So hat die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt seit 1950 um 62% zugenommen; demgegenüber erhöhte sich allein der Bestand an hauptamtlichen Lehrern um etwa 160%.

Auch im Vergleich zur durchschnittlichen Entwicklung im Bundesgebiet hat sich der Lehrerbstand hier überdurchschnittlich erhöht. So stieg zum Beispiel die Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen seit 1950 im Durchschnitt des Bundesgebietes nur um etwas mehr als 110% an. An den beruflichen Schulen betragen die vergleichbaren Quoten 182% für Baden-Württemberg und ebenfalls nur rund 110% für den Durchschnitt des Bundesgebietes.

Tendenz zu kleineren Klassen

Die günstige Entwicklung des Lehrerbstandes hat im Zusammenhang mit den kleiner werdenden Einschulungsjahrgängen an den allgemeinbildenden Schulen die Bildung immer kleinerer Klassen ermöglicht. Dies gilt vor allem für die Grund- und Haupt-

Tabelle 3

Durchschnittliche Klassenstärke

Schuljahr	Grund- und Hauptschulen	Sonderschulen	Realschulen	Gymnasien
1972/73	32,9	15,5	32,8	29,2
1973/74	32,0	14,6	32,4	29,2
1974/75	31,1	13,8	32,0	28,8
1975/76	30,1	13,2	31,5	29,2
1976/77	29,2	13,5	31,2	29,3

schulen, deren durchschnittliche Klassenstärke seit dem Schuljahr 1972/73 um fast 4 Schüler auf nunmehr 29,2 Schüler je Klasse zurückgegangen ist. Dieser Durchschnittswert – von dem Abweichungen in regionaler Hinsicht, nach Klassenstufen und Schulen geradezu zwangsläufig sind und der infolgedessen auch nur ein grober Richtwert sein kann – hat sich im Verlauf der letzten Schuljahre an allen allgemeinbildenden Schulen, mit Ausnahme der Gymnasien, günstig weiter entwickelt. Diese Tendenz dürfte in den kommenden Schuljahren anhalten.

Besonders deutlich wird die Tendenz zu kleineren Klassen durch die starke Zunahme von Klassen mit weniger als 25 Schülern. Der Anteil dieser Klassen stieg seit dem Schuljahr 1972/73 von 11,7% auf 19,0% an. Darüberhinaus weisen 750 Klassen (2,4%) eine Frequenz von weniger als 20 Schülern auf. Vor allem im Grundschulbereich sind niedrige Klassenfrequenzen vorhanden. 18% aller Schüler der 1. Klassenstufe werden in Klassen mit weniger als 25 Schülern unterrichtet. Nahezu zwei Drittel aller Grundschulklassen und 60% aller Hauptschulklassen weisen 30 und weniger Schüler auf. Andererseits gibt es aber auch in der 1. Klassenstufe immer noch 22 Klassen (0,5%) mit mehr als 40 Schülern.

Schüler-Lehrer-Relation verbessert

Nachdem Deputat und Stundensoll je Klasse für die Lehrkräfte nicht geändert worden sind, ergibt sich

Tabelle 4

Schüler – Lehrer – Relation

Schuljahr	Schüler je hauptamtliche Lehrer			Schüler je hauptamtliche und teilbeschäftigte Lehrer		
	Grund- und Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Grund- und Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien
1972/73	33,2	26,5	22,9	30,8	25,4	21,5
1973/74	32,3	25,8	22,8	29,8	24,6	21,3
1974/75	31,7	25,1	22,7	28,9	23,9	21,2
1975/76	29,9	24,1	22,5	27,4	23,0	20,9
1976/77	29,8	25,3	22,3	26,1	22,5	20,8

Tabelle 5

Lehrerstunden – Koeffizient

Schuljahr	Erteilte Lehrerwochenstunden je Schüler an öffentlichen		
	Grund- und Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien
1973/74	0,910	1,071	1,107
1974/75	0,952	1,107	1,116
1975/76	0,989	1,138	1,150
1976/77	1,030	1,152	1,147

aus dem erhöhten Lehrerbstand und den teilweise sinkenden Schülerzahlen eine verbesserte Schüler-Lehrer-Relation. Die Verbesserung wird allerdings nicht so offensichtlich, wenn man die Berechnung nur auf den Bestand an hauptamtlichen Lehrkräften abstellt, weil, wie bereits ausgeführt, in diesem Schuljahr wegen der besonderen Haushaltssituation die neuen Lehrkräfte überwiegend nur mit halben Lehraufträgen übernommen worden sind.

In *Tabelle 4* wird die Schüler-Lehrer-Relation sowohl allein auf die hauptamtlichen, als auch einschließlich der Lehrkräfte mit Lehraufträgen von 20 und mehr Wochenstunden berechnet, wobei üblicherweise 3 teilzeitbeschäftigte in 2 hauptamtliche Lehrer umgerechnet werden. Auch hierbei handelt es sich nur um grobe Richtwerte, die eine rechnerische Durchschnittssituation für das Land wiedergeben. Auffallend ist, daß sich die Unterrichtssituation an den Gymnasien vergleichsweise nur wenig gebessert hat. An allen anderen Schularten zeigen sich wie bei der durchschnittlichen Klassenstärke auch in der Schüler-Lehrer-Relation deutliche Verbesserungen. Innerhalb der letzten fünf Schuljahre blieb bei den Gymnasien die durchschnittliche Klassenstärke mit 29,3 Schülern unverändert, und die Schüler-Lehrer-Relation zeigt sich selbst unter Einrechnung der teilbe-

schäftigten Lehrkräfte nur um 3,3% verbessert gegenüber 15,2% an den Grund- und Hauptschulen und 11,4% an den Realschulen.

Diese Aussage über die Unterrichtsversorgung hat auch dann noch Bestand, wenn man zur Beurteilung den zuverlässigen Vergleichsmaßstab, den Lehrerstunden-Koeffizienten heranzieht. Der Lehrerstunden-Koeffizient ist der Quotient aus der Zahl der erteilten Wochenstunden aller Lehrer und der Zahl der Schüler und läßt sich interpretieren als Gradmesser für die Möglichkeit der Lehrer, sich während des Unterrichts einem einzelnen Schüler zuzuwenden. An allen Schularten sind Verbesserungen seit 1973/74 in der Lehrerversorgung eingetreten. An Realschulen werden im Schuljahr 1976/77 bereits mehr Lehrerwochenstunden je Schüler erteilt als an Gymnasien. Da jedoch an Gymnasien bis zum Beginn der 80er Jahre mit starken Neuzugängen gerechnet werden muß, scheint die Unterrichtssituation dort noch einer Verbesserung zu bedürfen, zumal hier als einziger Schulart die Schülerversorgung mit Lehrerstunden im neuen Schuljahr rein rechnerisch sogar etwas unter der des alten Schuljahres liegt.

2.2 Zur Lage an den Hochschulen*Anhaltend nachlassende Studienneigung*

Die Eingangssituation im Hochschulbereich ist derzeit einerseits noch gekennzeichnet durch anwachsende Abiturientenzahlen, die im Sommer 1976 einen Stand von 23 285 erreicht hatten. Damit verbunden ist eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Abiturientenquote je Geburtsjahrgang. Im Schuljahr 1976/77 wurden durchschnittlich 17,1% eines Altersjahrgangs zum Abitur geführt. Andererseits aber läßt die Studienneigung der Abiturienten erkennbar nach. Gegenüber 1973, als noch 90% der Abiturienten studienwillig waren, erklärten 1976 nur noch rund 73% ihre feste Studienabsicht. Nach-

Tabelle 6

Abiturienten und Studienwillige

Bezeichnung		1972	1973	1974	1975	1976
Abiturienten	Anzahl	16 751	18 451	20 310	20 995	23 285
Abiturienten je Geburtsjahrgang	%	12,8	14,5	15,4	15,7	17,1
Studienwillige	Anzahl		16 622	17 690	16 769	17 663
Studienwillige der Abiturienten 1)	in %		90,1	87,1	79,9	75,9
Studierende im 1. Hochschulsesemester	Anzahl	19 444	21 323	22 288	21 654	

1) Abiturientenbefragung zu Beginn des Schuljahres.

Tabelle 7

Studierende an Hochschulen

Hochschulart	Wintersemester				
	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
Universitäten	74 346	79 924	84 228	86 583	92 291
Pädagogische Hochschulen	18 663	20 189	23 398	22 262	20 245
Kunsthochschulen	2 669	2 614	2 826	2 960	2 355
Fachhochschulen	14 527	15 990	17 661	20 498	23 288
Insgesamt	110 205	118 717	128 113	132 303	138 679

träglich erhöht sich die Quote jedoch immer noch durch eine Anzahl von Unentschlossenen. Aufgrund der zahlenmäßig starken Besetzung der Altersjahrgänge steigt die Gesamtzahl der Studienwilligen aber noch weiter an und läßt für das Studienjahr 1977 einen neuen Höchststand erwarten.

14% mehr Studenten an Fachhochschulen

Infolge der starken Zugänge und der anhaltend langen Verweilzeiten an den Hochschulen ist die Gesamtzahl der immatrikulierten Studenten im Wintersemester 1976/77 auf fast 140 000 angestiegen. In dieser Zahl sind die Studenten der nicht-staatlichen Fachhochschulen sowie die in den Praxissemestern befindlichen Studenten aller Fachhochschulen mitenthalten. Gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester hat sich der Studentenbestand um 3,7% erhöht.

Am stärksten, nämlich um 13,6%, hat die Studentenzahl an den Fachhochschulen zugenommen. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Zugangsquote in diesem Hochschulbereich auch in den kommenden Semestern überdurchschnittlich stark anwachsen wird, zumal sich das Studieninteresse der Abiturienten

von den Pädagogischen Hochschulen etwas abwendet und nicht im gleichen Ausmaß auf die Universitäten verlagert hat. Die Zahl der Studenten an den Pädagogischen Hochschulen ist bereits von 22 300 im Wintersemester 1975/76 auf 20 200 im Wintersemester 1976/77 zurückgegangen. Das ist allein in einem Jahr ein Rückgang um fast 10%. Diese Tendenz wird auch in nächster Zukunft anhalten und sich möglicherweise verstärken, weil die Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen teilweise abgebaut und auf andere Hochschularten umgeschichtet werden sollen. Die Umwidmung von Studienplätzen an den Pädagogischen Hochschulen trifft auch auf ein verändertes Studienverhalten, denn die Neigung zum Lehramtsstudium unter den Abiturienten ist erkennbar rückläufig. Wenn dieser Trend nur ein Semester anhält, werden bereits auf diese Weise die Zielvorstellungen der Landesregierung erreicht.

Immer mehr Frauen studieren

An den neun Universitäten des Landes ist die Zahl der Immatrikulierten auf 92 400 angestiegen, so daß sich dort die Zuwachsrate auf 3,7% beläuft. Diese Quote bewegt sich etwa im Rahmen der in den

Tabelle 8

Studierende an Universitäten im Wintersemester 1976/77

Universität	Studierende insgesamt	Darunter			
		weibliche Studierende	Erst-immatrikulierte	Ausländer	Deutsche aus Baden-Württemberg
Freiburg	17 366	6 211	2 474	1 205	10 822
Heidelberg	18 943	7 787	2 507	2 007	10 446
Konstanz	3 036	1 010	622	266	2 008
Tübingen	18 443	6 504	2 379	935	14 053
Karlsruhe	11 709	1 304	2 025	1 016	7 500
Stuttgart	11 460	1 909	2 635	1 151	8 446
Hohenheim	2 779	1 055	566	244	1 955
Mannheim	6 744	1 765	1 248	324	3 843
Ulm	1 811	474	561	88	1 205
Zusammen	92 291	28 019	15 017	7 236	60 278

letzten beiden Wintersemestern errechneten Quoten, bleibt aber doch deutlich hinter den in den davor liegenden Semestern vorhandenen Quoten zurück. Damit hat sich der Zugang zu den Universitäten gegenüber früher eindeutig verlangsamt.

Nach der Zahl der immatrikulierten Studenten bleibt Heidelberg mit 18 950 die größte Universität des Landes. Auch deren Zuwachsrate von 6,7% wird nur von den zahlenmäßig erheblich kleineren Universitäten Hohenheim (+ 19,5%), Konstanz (+ 10,4%) und Ulm (+ 29,7%) übertroffen.

Wie in den vorangegangenen Semestern ist auch in diesem Winter die Zahl der Studentinnen überdurchschnittlich angestiegen. Derzeit gibt es an den Universitäten rund 28 000 Studentinnen, was eine Zunahme um 7,0% gegenüber dem letzten Wintersemester bedeutet. Damit ist die Quote der weiblichen Studierenden an Universitäten erstmals auf über 30% angestiegen.

Ebenfalls erhöht hat sich infolge des weiteren Ausbaus an neuen Studienplätzen die Zahl der Erstimmatrikulierten. Sie beträgt jetzt über 14 000, das ist eine Zahl die vorher in keinem Wintersemester erreicht worden ist.

Hoher Studenten-Import-Überschuß

Nicht im gleichen Ausmaß wie die Zahl der deutschen Studenten hat sich die Zahl der ausländischen Immatrikulierten an den Universitäten des Landes weiterentwickelt. Vor wenigen Jahren noch, als für Studenten, insbesondere aus den sogenannten Entwicklungsländern, ein Studium der Agrarwissenschaften noch von besonderem Anreiz war, wiesen einige Hochschulen in Baden-Württemberg Ausländerquoten von über 15% auf. Nachdem aber in den letzten Semestern die Neigung der ausländischen Studenten zu einem Studium der Geistes-, Sprach- und Ingenieurwissenschaften immer stärker geworden ist, verteilen sie sich gleichmäßiger auf die Hochschulen im Bundesgebiet. Natürlich hat dazu auch die

Studienplatzbeschränkung beigetragen, die die Quote der Ausländer für die Verteilung der zulassungsbeschränkten Studienfächer auf 8% eingengt hat. Zwar hat Baden-Württemberg mit insgesamt 7,8% immer noch mit Berlin und dem Saarland die höchste Ausländerquote unter allen Bundesländern, die Zahl der ausländischen Studenten insgesamt zeigt jedoch keine steigende Tendenz mehr.

Verschärft wird die Hochschulsituation aber durch den starken Zustrom von Studenten aus anderen Bundesländern. An den Hochschulen des Landes befinden sich rund 30 000 Studenten, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb Baden-Württembergs haben. Da andererseits aber fast 17 000 Baden-Württemberger an den Hochschulen der anderen Bundesländer studieren, verzeichnet das Land einen Import von rund 13 000 Studenten, für die zusätzlich finanzielle Leistungen erbracht werden müssen. Rechnet man die im Haushalt für den Hochschulbereich vorgesehenen Mittel je Kopf eines Studenten um, so ergibt sich ein Betrag von rund 300 Mill. DM, der für diese auswärtigen Studenten aus Mitteln des Landes bereitgestellt wird. Mit seinem Studenten-Import ist Baden-Württemberg nach Berlin das Land mit dem höchsten Studentenzug. Dieser wird in erster Linie durch einen Studentenüberschuß gegenüber den Ländern Rheinland-Pfalz (6000) und Nordrhein-Westfalen (4 450) hervorgerufen. Selbst der noch vor drei Jahren gegenüber Bayern bestehende Studenten-Export-Überschuß hat sich inzwischen in einen Saldo von fast 1000 Studenten zugunsten Baden-Württembergs gewandelt.

Räumliche Überbelegungsquote leicht abgebaut

Infolge des starken Ausbaus der Hochschulen konnte die im Studienjahr 1972/73 bestehende Überbelegung etwas abgebaut werden. Bei dieser Quote handelt es sich um den rechnerischen Bezug zwischen der Zahl der Studenten und den flächenbezogenen Richtwerten für die Zahl der vorhandenen Studien-

Tabelle 9

Studenten und Studienplätze

Hochschulart	1975/76			1972/73			Veränderung der Belegungsquote 1975/76 zu 1972/73 in %
	Studenten 1)	Studienplätze	Belegungs- quote 1)	Studenten 1)	Studienplätze	Belegungs- quote 2)	
Universitäten	86 649	74 216 - 84 198	117 - 103	73 941	61 325 - 69 309	121 - 107	- 3,3 / - 3,7
Pädagogische Hochschulen	22 758	17 592	129	18 555	15 337	121	+ 6,6
Kunsthochschulen	2 960	2 307	128	2 700	2 091	129	- 0,8
Fachhochschulen 3)	15 456	16 724	92	13 163	12 608	104	- 11,5
Insgesamt	127 823	110 839 - 120 821	115 - 106	108 359	91 361 - 99 345	119 - 109	- 3,4 / - 2,8

1) Dem Wissenschaftsrat gemeldete vorläufige Zahlen, die später geringfügig korrigiert werden. — 2) Studenten in % der Studienplätze. —

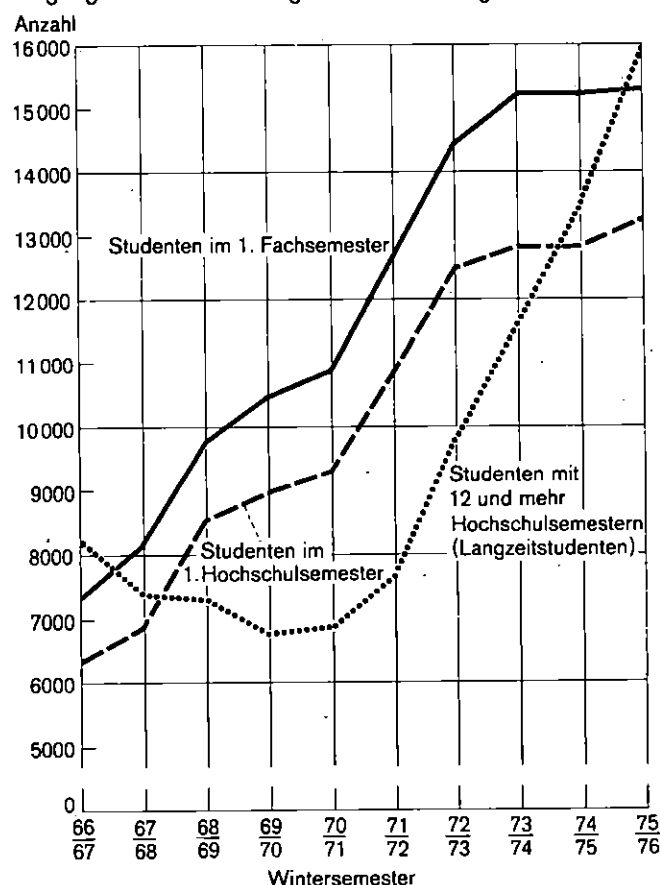
3) Staatliche Fachhochschulen, ohne Studenten in Praxissemestern.

Quelle: Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum 6. Rahmenplan für den Hochschulausbau.

Schaubild 2

Entwicklung der Zahl der Studenten

Eingangsemester im Vergleich zu den Langzeitstudenten



plätze. Seit dem Studienjahr 1972/73 hat sich die Überbelegung der Hochschulen rechnerisch zwischen 3,4 und 2,8% gebessert; nur die Pädagogischen Hochschulen weisen eine höhere Studentenbelastung als 1972/73 auf. Diese Quote deutet noch nicht auf eine erkennbare Entlastung in der Belegungssituation der Hochschulen hin. Man muß dabei einschränkend berücksichtigen, daß auch die extremen Überbelegungswerte in einzelnen Fachbereichen durch diese Mittelwert-Berechnung nicht zum Ausdruck kommen. Außerdem haben die in der Berechnungsmethode vorhandenen Unsicherheiten auch zu leb-

haften Diskussionen zwischen dem Wissenschaftsrat und dem Land Baden-Württemberg geführt. Andererseits deuten die Ergebnisse aber doch darauf hin, daß die Gesamtsituation an den Hochschulen, dargestellt durch das Verhältnis von Studienplätzen zur Zahl der immatrikulierten Studenten, in den letzten Jahren gleich geblieben ist.

Häufiger Fachwechsel führt zu langen Verweilzeiten

Nach wie vor rührt die entscheidende Überbelegung an den Hochschulen, insbesondere an den Universitäten, von den langen Verweilzeiten der Studenten her. Zwar haben sich die Fachstudienzeiten nach eingehenden Untersuchungen des Statistischen Landesamtes im Verlauf der letzten Jahre nicht wesentlich erhöht. Durch die Einführung der Regelstudienzeiten ist der Ablauf des Fachstudiums in einen zeitlichen Rahmen gestellt worden. Es gibt allerdings Anzeichen dafür, daß auch die Fachstudienzeiten leicht ansteigende Tendenz aufweisen, das rührt wohl daher, daß die Mehrzahl der Studenten sich durch ein etwas längeres Studium eine bessere Prüfungsnote erhofft.

Die langen Verweilzeiten an den Hochschulen resultieren aber eindeutig aus den häufigen Studienfachwechseln. Da diese Möglichkeit an den Pädagogischen-, Kunst- und Fachhochschulen nur in begrenztem Umfang gegeben ist, tritt das Problem fast ausschließlich an den Universitäten auf.

Im Wintersemester 1975/76 hatten von den rund 15 200 Studenten im ersten Fachsemester mehr als 2 000 (13%) vor der Aufnahme dieses Studiums bereits ein anderes Studienfach belegt. Dieser Anteil lag bei den Studenten in den zulassungsbeschränkten Fächern insgesamt noch um 7%-Punkte höher. In einzelnen Fächern, wie Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie hatten sogar 30% und in Psychologie rund 40% aller Studienanfänger vorher ein anderes Fach belegt.

Dies führt zwangsläufig dazu, daß die Gesamtstudienzeit bei den Studenten in immer stärkerem Maße steigt. Im Verlauf von 10 Jahren ist der Anteil von Studenten mit 12 und mehr Hochschulsemestern an den Universitäten von 11,2 auf 16,8% angestiegen.

Tabelle 10

Studiendauer und Verweilzeiten an Universitäten

Semester Prüfungsjahr	Durchschnittliche Studiendauer in Semestern	Studenten insgesamt	Darunter mit 12 und mehr Hochschulsemester		Durchschnittliche Studiendauer	Studenten insgesamt	Darunter mit 12 und mehr Hochschulsemester
			Anzahl	%			
		Wintersemester 1966/67 = 100					
WS 1966/67	11,5 ¹⁾	51 455	5 750	11,2	100,0	100,0	100,0
WS 1972/73	10,6	74 346	9 795	13,2	92,2	144,5	170,3
WS 1974/75	10,9 ²⁾	84 227	13 522	16,1	94,8	163,7	235,2
WS 1975/76		86 450	14 535	16,8		168,0	252,8

1) Prüfungsjahr 1967/68. — 2) Prüfungsjahr 1973/74.

Über 47 000 Beschäftigte an Hochschulen

An allen Hochschulen des Landes sind im Jahr 1975, einschließlich der aus Dritt- und Sachmitteln bezahlten, zusammen 47 600 Personen beschäftigt gewesen, wovon 70% in einem hauptamtlichen Dienstverhältnis als Vollbeschäftigte standen. Rund 13 500 Personen befanden sich im wissenschaftlichen Dienst, darunter waren 4200 Professoren.

Im Vergleich zum Jahr 1974 hat der Personalbestand an den Hochschulen insgesamt um 4,8% und damit im gleichen Ausmaß wie der Studentenbestand zugenommen. Die zahlenmäßige Veränderung beim wissenschaftlichen Personal beträgt nur 2,0%. Die Personalstruktur ist nach Hochschularten und innerhalb dieser an den einzelnen Hochschulen völlig uneinheitlich. Dies wird besonders deutlich, wenn man als Vergleichsmaßstab den Umrechnungsfaktor „Vollbeschäftigte je 100 Studenten“ beziehungsweise „Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst je 100 Studenten“ zugrunde legt. Die unterschiedliche Struktur der Hochschulen läßt aus den verschiedensten Gründen einen exakten Vergleich der so errechneten Werte natürlich nicht zu, dennoch macht der Umrechnungsfaktor deutlich, daß je nach Hochschule doch erhebliche Unterschiede in der Personalbesetzung bestehen.

Aus der Übersicht gehen die an den einzelnen Hochschulen vorhandenen Extremwerte nicht hervor. So verfügt beispielsweise die Universität Ulm über 92 Vollbeschäftigte und 35 im wissenschaftlichen Dienst beschäftigte Personen je 100 immatrikulierte Studenten. Dagegen sind an der Universität Mannheim nur 10 Personen insgesamt beziehungsweise 6 im wissenschaftlichen Dienst vorhanden. An den drei größten Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen entspricht das Verhältnis von Beschäftigten im wissenschaftlichen Dienst zu Studenten genau dem Durchschnitt aller Universitäten. Hinsichtlich der Vollbeschäftigten insgesamt ergeben sich für Freiburg (39) und Heidelberg (38) jedoch etwas günstigere Werte als für Tübingen (35).

An den Pädagogischen Hochschulen, an denen zwischen 1974 und 1975 ein leichter Personalarückgang (– 0,1%) zu verzeichnen war, werden die Extremwerte für Lörrach (11 bzw. 8) und Freiburg (6 bzw. 4) errechnet. Bei den Fachhochschulen weisen die für Verwaltung in Kehl und Stuttgart extrem niedrige Personalwerte, die Fachhochschulen Schwäb. Gmünd (Gestaltung), Reutlingen (Sozialwesen) und Pforzheim (Gestaltung) dagegen extrem hohe Werte auf, die jedoch dem Mittelwert wesentlich stärker annähern, als die Extremwerte an den Universitäten.

An den Universitäten scheint eine maßvolle Herabsetzung des Personals nicht unververtretbar zu sein, jedoch sollte die Reduzierung nicht pauschal vorgenommen, sondern auf die an den einzelnen Universi-

Tabelle 11

Hochschulpersonal 1975

Hochschulart	Vollbeschäftigte insgesamt	Im wissenschaftlichen Dienst
	je 100 Studenten	
Universitäten	34	12
Pädagogische Hochschulen	7	5
Kunsthochschulen	13	9
Fachhochschulen	11	7
Insgesamt	26	10

täten bestehenden besonderen Verhältnisse abgestimmt sein. Es ist vorgesehen, 1977 insgesamt 900 Stellen im Hochschulbereich abzubauen. Dieser Abbau wird so vorgenommen, daß im Hochschulgesamtbereich kein Studienplatz verloren geht.

3. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Belebung seit der zweiten Jahreshälfte 1975 hat, wenngleich mit einiger Verzögerung, zu einer Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse geführt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist jedoch im zweiten Halbjahr 1976 ins Stocken geraten. Im Vergleich zum Aufschwung im Anschluß an die Rezession von 1967 wirft also die Herstellung des Gleichgewichts von Beschäftigungsangebot und -nachfrage diesmal sehr viel größere Schwierigkeiten auf. Dies weist darauf hin, daß die Probleme offenbar auch auf andere als ausschließlich konjunkturelle Ursachen zurückzuführen sind. Um welche Faktoren es sich dabei handelt, kann nur über eine Analyse der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, ihrer Schwerpunkte und Besonderheiten ermittelt werden. Dabei müssen wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Vielschichtigkeit der Verursachung und die damit verbundene Schwierigkeit, über wenige lediglich global ansetzende Maßnahmen die Problemsituation schnell und zügig zu bereinigen, weist gleichzeitig auf ihren durchaus langfristigen Charakter hin.

Dabei werden sich im Zeitablauf Verschiebungen in den Schwerpunkten ergeben. Darauf deuten die Ergebnisse einer Vorausschätzung des Akademikerbedarfs hin, die das Statistische Landesamt gemeinsam mit dem Kultusministerium Baden-Württemberg, der Landesstelle für Erziehung und Unterricht und dem Tübinger Institut für angewandte Wirtschaftsforschung erstellt hat. Während die Arbeitslosigkeit von Akademikern zur Zeit noch von untergeordneter Bedeutung ist, kann sich diese Konstellation in den achtziger Jahren durchaus ändern.

3.1 Zur strukturellen Situation auf dem Arbeitsmarkt

Stagnationstendenzen auf dem Arbeitsmarkt

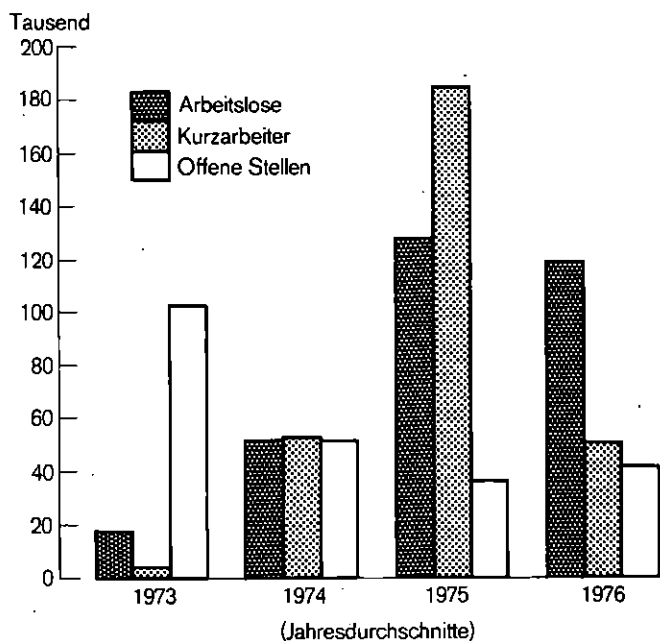
Die Darstellungen der Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt stand im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1975 ganz im Zeichen von Ausmaß und Tempo der das Jahr 1975 beherrschenden Arbeitsfreisetzung. Im Vergleich dazu lassen sich die Ereignisse seither durchaus im Sinne einer Stabilisierung des Beschäftigtenstandes charakterisieren. Allerdings hat sich der zügige Abbau der Arbeitslosigkeit bis zum Frühsommer 1976 in den folgenden Monaten nicht fortgesetzt, – im Gegensatz zur Kurzarbeit, die im Sommer 1976 weitgehend abgebaut war. Für beide Indikatoren ist gegen Jahresende ein relativ starker Anstieg zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote sank zunächst von 4,4% im Januar 1976 auf einen Tiefpunkt von 2,8% im September, um zum Januar 1977 hin wieder auf 3,5% (Bund: 5,5%) zu steigen.

Obwohl die ersten Zeichen der konjunkturellen Erholung in der zweiten Jahreshälfte 1975 zu registrieren waren, wurde der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit fast 156 000 Personen erst im Januar 1976 überschritten (vgl. Schaubild in Teil I). Zwischen dem Wendepunkt der Entwicklung der Auftragseingänge und einer ersten auch saisonal mitverursachten Reaktion auf dem Markt für Arbeitskräfte lag etwa ein halbes Jahr. Zu dieser relativ langen Reaktionszeit dürfte nicht nur die besonders für den Investitionsgüterbereich typisch lange Spanne, die zwischen der Hereinnahme eines Auftrages und der entsprechenden Produktion liegt, geführt haben. Vielmehr kam es zunächst zu einem deutlichen Abbau der Kurzarbeit, der aber noch mit einer Personalreduzierung Hand in Hand ging. Weiterhin wurden Betriebe, deren Ertrag an der Grenze der Wirtschaftlichkeit gelegen hat, ganz geschlossen, so daß Arbeitskräfte freigesetzt waren. Die anhaltende Belebung bei Auftragseingängen und Produktion führte erst im Jahr 1976, dann allerdings innerhalb von nur fünf Monaten zu einer Reduzierung der Arbeitslosenzahl um genau ein Drittel (Juni 1976: 104 000 Personen).

Die Zahl von 100 000 Arbeitslosen wurde jedoch im weiteren Jahresverlauf nicht unterschritten. Umgekehrt wurde bei dem bis zum Sommer zu verzeichnenden Anstieg der Zahl der offenen Stellen die Zahl von 50 000 nicht überschritten. Beide Stagnationstendenzen verdeutlichen, daß ausreichende Kapazitätsreserven zur Abwicklung der gegebenen Produktionsanforderungen zur Verfügung stehen. Da der Auslastungsgrad der Produktionsstätten in der Rezession weiterhin äußerst unbefriedigend war, konnte der seit Januar 1976 zu beobachtende Produktionsanstieg mit dem sich verstetigenden Aufschwung zunächst über eine Vermehrung der geleisteten Arbeitszeit und zwar durch Beseitigung der Kurzarbeit bzw. teilweise auch durch Überstunden bewältigt

Schaubild 1

Arbeitsmarkt



16777

werden. Dem gleichen Ziel, eine erhöhte Produktion mit der vorhandenen Beschäftigtenzahl zu erstellen, das heißt die Produktivität zu steigern, dienten verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen. Innerhalb einer an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten längerfristigen Wachstumsstrategie können arbeitskräfteerhaltende und -fördernde Wirkungen von solchen Rationalisierungsinvestitionen ausgehen. Jedoch fehlen bisher noch die Voraussetzungen für arbeitsplatzvermehrnde Neuinvestitionen, entsprechend stagniert der generelle Beschäftigtenstand.

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt können jedoch nicht allein aus dem Blickwinkel der Nachfrage nach Arbeitskräften gesehen werden. Der Abbau der Arbeitslosenzahl, bzw. die Tatsache, daß sie nicht höher auszuweisen ist, dürfte auch mit angebotsbedingten Faktoren zusammenhängen. So sind insbesondere im Jahr 1976 per Saldo noch einmal 29 000 ausländische Erwerbspersonen abgewandert (1975 hatten bereits 56 000 ausländische Erwerbspersonen das Land verlassen). Dadurch war auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer stärker zurückgegangen als die der Deutschen. Ende September 1976 waren nur halb so viele Ausländer arbeitslos wie ein Jahr zuvor; ihr Anteil an den Arbeitslosen insgesamt verringerte sich dadurch von 23,7% auf 15,0%. Daneben wird der Arbeitsmarkt auch dadurch vorübergehend entlastet, daß Arbeitswillige durch berufliche Bildungsmaßnahmen zeitweilig gebunden sind; so nehmen etwa 30 000 Personen jährlich an beruflichen Förderungsmaßnahmen teil. Weiterhin hat sich das Angebot verringert, da von der vorzeitigen Verrentung Gebrauch gemacht wurde.

Während man bisher davon ausgehen konnte, daß in Zeiten rezessiver Wirtschaftsentwicklung weibliche Arbeitslose die weitere Suche nach einer Erwerbstätigkeit ganz oder doch vorübergehend aufgeben würden und damit zur „stillen Arbeitsmarktreserve“ gerechnet werden könnten, sind Anzeichen für ein solches Verhalten der Frauen augenblicklich nicht zu erkennen. Denn obwohl das Angebot an offenen Stellen für Frauen im September 1976 unter dem für Männer lag (vgl. unten), hat sich das Verhältnis der Geschlechter bei den Arbeitslosen umgekehrt. Allerdings ist der Anteil der dauerarbeitslosen Frauen immer noch deutlich geringer als der der Männer, wenn er auch ständig steigt. Ende September 1976 waren 14,0% der arbeitslosen Frauen und 18,2% der arbeitslosen Männer mehr als ein Jahr ohne Beschäftigung. Es suchten 4 000 deutsche Frauen und 2 000 Ausländerinnen mehr als Männer einen Arbeitsplatz.

Ungleichgewichtige Entwicklung auf Teilarbeitsmärkten

Charakteristisch für die gegenwärtige Situation ist die unterschiedliche Entwicklung auf verschiedenen Teilarbeitsmärkten, hervorgerufen unter anderem dadurch, daß die konjunkturelle Erholung sich zu-

erst auf die gewerblichen Berufe ausgewirkt hat. So werden Facharbeiter, also Kräfte mit qualifizierter produktionsorientierter Ausbildung gesucht, im September 1976 standen mehr als 16 000 Stellen für knapp 12 000 Arbeitslose offen. Dagegen wurden für Angestellte aus Büro-, Organisations- und Verwaltungsberufen nur wenige offene Stellen angeboten. Dies betrifft vorwiegend den Arbeitsmarkt für Frauen, denn 50% aller abhängig erwerbstätigen Frauen arbeiten als Angestellte. Ebenfalls betroffen sind die Frauen von dem geringen Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, so daß die Zahl der Teilzeitarbeit Suchenden von September 1975 bis September 1976 fast konstant geblieben ist.

Korrespondierend mit dem Rückgang der Ausländerarbeitslosigkeit ist auch die Zahl der Arbeitslosen ohne berufliche Ausbildung zurückgegangen, trotzdem hatte im September 1976 immer noch jeder zweite Arbeitslose keine berufliche Ausbildung. Den knapp 53 000 Arbeitslosen standen rund 21 000 offene Stellen gegenüber. Dagegen hatte sich die Zahl der Arbeitslosen mit Berufsfach-/Fachschulabschluß bzw. Hoch-/Fachhochschulabschluß seit September 1975 um 900 bzw. 500 erhöht, das sind Zunahmen um 12,9% bzw. 11,3%. In erster Linie handelt es

Tabelle 1

Arbeitslose und offene Stellen

Merkmal	Arbeitslose				Offene Stellen	
	Ende September 1975		Ende September 1976		Ende September 1976	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gesamtzahl	129 332	100,0	100 056	100,0	43 656	100,0
Männer	68 130	52,7	46 913	46,9	27 627 ¹⁾	63,3
Frauen	61 202	47,3	53 143	53,1	14 981 ¹⁾	34,3
Deutsche	98 507	76,2	85 107	85,1		
Ausländer	30 825	23,8	14 949	14,9		
Schwerbehinderte/Gleichgestellte	3 610	2,8	3 833	3,8	880 ²⁾	2,0
Angestelltenberufe	41 164	31,8	43 917	43,9	9 962	22,8
Übrige Berufe	88 168	68,2	56 139	56,1	33 694	77,2
Berufsausbildung						
ohne	79 642	61,6	52 542	52,5	21 148	48,4
Ausbildung (Lehre)	38 493	29,8	34 942	34,9	20 010	45,8
Berufsfach-/Fachschule	6 919	5,3	7 810	7,8	1 442	3,3
Hoch-/Fachhochschule	4 278	3,3	4 762	4,8	1 056	2,4
Stellung im Beruf						
Nicht-Facharbeiter			50 416 ³⁾	50,4	17 075	39,1
Facharbeiter			11 666	11,7	16 217	37,1
Angestellte mit einfacher Tätigkeit			9 978	10,0	1 794	4,1
Sonstige Angestellte			27 996	28,0	8 570	19,6
Arbeitszeit						
Vollzeit	110 245	85,2	83 402	83,4	39 511	90,5
Teilzeit	15 919	12,3	15 662	15,7	4 083 ⁴⁾	9,4
Heimarbeit	3 168	2,4	992	1,0	62	0,1

1) Plus 1048 Stellen alternativ für Männer oder Frauen (2,4%). — 2) Offene Stellen ausschließlich oder alternativ für Schwerbehinderte. —

3) Einschließlich Arbeitslose, die bisher nicht bzw. nicht als Arbeitnehmer tätig waren. — 4) Offene Stellen ausschließlich oder alternativ für Teilzeitarbeit.

Tabelle 2

Arbeitslose und offene Stellen nach Wirtschaftsabteilungen

Ende September 1976

Wirtschaftsabteilung	Arbeitslose				Offene Stellen				
	Männer	Frauen	insgesamt		insgesamt		davon		
	Anzahl		%		Anzahl	%	nur Männer	nur Frauen	alternativ
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	491	240	731	0,7	622	1,4	525	81	16
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	111	58	169	0,2	42	0,1	31	11	—
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	19 993	22 167	42 160	42,1	15 923	36,5	11 565	4 150	208
Baugewerbe	5 694	638	6 332	6,3	9 082	20,8	9 010	66	6
Handel	6 088	9 048	15 136	15,1	5 067	11,6	2 247	2 589	231
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 479	592	2 071	2,1	822	1,9	692	92	38
Kreditinstitute	1 047	1 308	2 355	2,4	738	1,7	592	112	34
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	4 950	11 352	16 392	16,3	8 298	19,0	1 989	5 884	425
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	240	1 164	1 404	1,4	1 742	4,0	97	1 622	23
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 828	1 735	3 563	3,6	1 070	2,5	703	308	59
Sonstige	4 992	4 841	9 833	9,8	250	0,6	176	66	8
Insgesamt	46 913	53 143	100 056	100,0	43 656	100,1	27 627	14 981	1 048

sich um die Fachrichtungen Techniker und Organisations- und Verwaltungsberufe, Ingenieure und Sozial- und Erziehungsberufe. Das Problem einer möglichen künftigen Arbeitslosigkeit von Akademikern, die besonders durch die Einstellungsbeschränkungen im öffentlichen Dienst betroffen sind, wird im nachfolgenden Kapitel 3.2 mit dem Versuch einer Akademikerbedarfsprognose im Vergleich zu den voraussichtlichen Absolventen der Hochschulen aufgegriffen.

Bei mehr als der Hälfte der Arbeitslosen mit Hoch-/Fachhochschulausbildung handelt es sich um Angehörige der Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahren, also in erster Linie um Berufsanfänger. Einen weiteren Teilaspekt der Situation der Berufsanfänger beleuchtet die Sonderuntersuchung der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren. Ihre Zahl ist im September — nur zwei bis drei Monate nach ihrer Schulentlassung — relativ hoch und die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit noch kurz (74,1% unter 3 Monaten). Gegenüber dem Vorjahr war die Zahl um mehr als 3 000 (22,2%) zurückgegangen (Vgl. oben im Kapitel 2.1 zur Situation arbeitsloser Berufsschüler).

Von den rund 11 000 arbeitslosen Jugendlichen waren nur gut 4 000 Jungen, jedoch 7 000 Mädchen. Deutliche Schwerpunkte zeigten sich in einzelnen Berufen: Schlosser, Mechaniker bei den Jungen; Warenkaufleute, Verwaltungs- und Büroberufe und

Hauswirtschaftliche Berufe bei den Mädchen. Von den arbeitslosen Jugendlichen hatten immerhin 40,4% bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung, 10,1% strebten eine Berufsausbildung an. Rund 2 000 Jugendliche hatten keinen Hauptschulabschluß, ihr Anteil hat sich auf 17,7% erhöht (September 1975: 16,6%).

Die Landesregierung hat für das seit 1975 laufende Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auch für die Haushaltsjahre 1977 und 1978 weitere Mittel in Höhe von mehr als 60 Mill. DM (ohne Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung) bereitgestellt, mit denen besonders Ausbildungsplätze für Lehrlinge aus stillgelegten Betrieben, Absolventen von Sonderschulen und Behinderte sowie arbeits- und berufsvorbereitende Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche gefördert werden sollen.

Soziale Aspekte der Arbeitslosigkeit

Von dem — langfristig gesehen — nur zögernden Abbau der Arbeitslosigkeit werden einige Gruppen der Arbeitslosen besonders betroffen, was sich in der ständigen Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit ausweist. Während im September 1975 der Anteil der Arbeitslosen, die länger als ein halbes Jahr ohne Beschäftigung waren, noch bei rund 33% lag, waren es im September 1976 bereits 39%. Besonders stark hat die Gruppe zugenommen, die mehr als ein Jahr arbeitslos war. Es sind also viele Arbeitslose, die

auf dem Höhepunkt der Rezession erst relativ kurz arbeitslos waren, in der Zwischenzeit zu „Dauerarbeitslosen“ geworden. Länger als ein Jahr arbeitslos waren im September 1975 6,6% der Arbeitslosen, ein Jahr später 16%, ihre Anzahl stieg im September 1976 gegenüber dem Vorjahr um 7 428 oder 87% auf 15 965 Personen. Vor allem steigt mit zunehmendem Alter der Anteil der Dauerarbeitslosen (vgl. Schaubild 2).

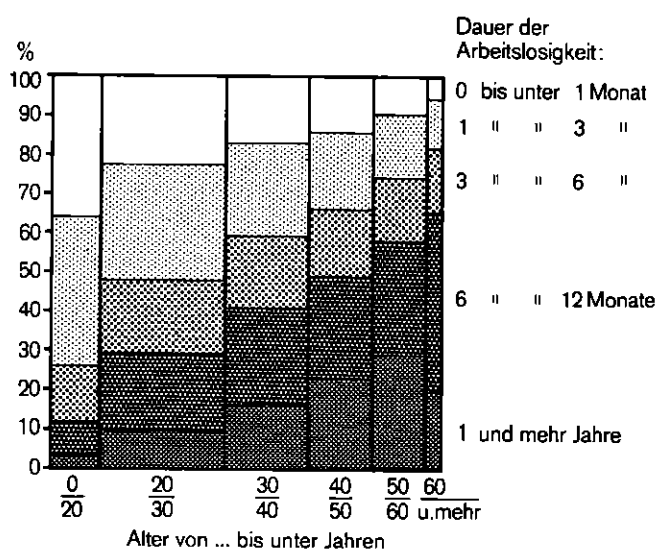
Da die Kündigungsschutzbestimmungen für ältere Arbeitnehmer seit der Rezession 1966/67 erheblich erweitert wurden, besteht gegenwärtig für jüngere Arbeitnehmer, also die Gruppe der 20- bis 30jährigen, ein tendenziell höheres Arbeitsplatzrisiko als damals. So wiesen bei einer Gesamtquote von 2,8% Ende September 1976 vor allem die Altersgruppen der 20- bis 25 jährigen mit 4,1% und der 25 bis 30jährigen mit 3,7% eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote auf. Für die 55 bis 60 Jahre alten Personen ergab sich ebenfalls eine Quote von 3,7%; am niedrigsten war sie bei den 40- bis 50jährigen mit 2,1%.

Durchweg lag die Arbeitslosenquote der Frauen in allen Altersgruppen über der der Männer, wobei sie am höchsten bei Frauen im Alter von 50 und mehr Jahren und den unter 30-jährigen war. Für ältere Frauen ist die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, noch dadurch erschwert, daß 30,9% der für Frauen angebotenen offenen Stellen eine Höchstaltersgrenze für die Bewerberin von 45 Jahren vorsahen, bei den Männern hatten 22,7% der offenen Stellen diese Altersgrenze.

Nicht nur das Alter, auch andere in der Person des Arbeitssuchenden liegenden Umstände, wie gesundheitliche Einschränkungen, die Nichtbereitschaft zum Ortswechsel, der Wunsch nach Teilzeit- oder

Schaubild 2

Arbeitslose nach Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit im September 1976



16877

Heimarbeit sind Faktoren, die die rasche Vermittlung an einen neuen Arbeitsplatz hindern können.

Bei mehr als 24 000 Arbeitslosen (24,3%) war die Vermittlungsfähigkeit wegen gesundheitlicher Einschränkungen nicht voll vorhanden. Bei den Männern (30,9%) ist dieses Merkmal deutlich stärker ausgeprägt als bei den Frauen (18,5%). Dabei lag der Schwerpunkt bei den älteren Arbeitslosen: Von den 45jährigen und älteren waren mehr als 40% betroffen, von den 55- bis 60jährigen sogar fast die Hälfte, so daß sich bei diesem Personenkreis einstellungshemmende Faktoren überlagern. Obwohl gesetzliche Bestimmungen zur Beschäftigung von Behinderten verpflichten, ist ihre Vermittlung in neue Arbeitsplätze besonders schwierig, so daß die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen (bzw. der ihnen gleichgestellten) sich seit September 1975 um 200 auf mehr als 3 800 erhöht hat.

Die erstmalige Befragung der Arbeitslosen nach ihrer regionalen Mobilität hat eine für die qualifikationsgerechte Vermittlung stark hinderliche Einschränkung aufgezeigt. So waren nur 25,5% der männlichen (26,0% der deutschen; 22,1% der ausländischen) Arbeitslosen und 9,1% der Frauen (9,8% der deutschen; 5,2% der ausländischen) ausgleichsfähig, das heißt bereit, den bisherigen Lebens- und Arbeitsraum ganz oder als Wochenendpendler zu verlassen. Ursache dürfte in erster Linie die Bindung an Familie und Wohnung (Eigenheim) sein.

Die personenspezifischen Ursachen, die zur besonders hohen Arbeitslosigkeit einiger Bevölkerungsgruppen beitragen, haben weitere Folgewirkungen, die nicht nur den außer Beschäftigung Stehenden selbst treffen, sondern ebenso seinen Haushalt, seine Familie und die von ihm wirtschaftlich Abhängigen.

Tabelle 3

Arbeitslose und altersspezifische Arbeitslosenquoten, September 1976

Altersgruppe von bis unter Jahren	Männer		Frauen		Zusammen	
	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)
unter 20	4 226	2,4	7 054	4,5	11 280	3,4
20 — 25	7 191	3,6	9 618	4,5	16 809	4,1
25 — 30	7 026	2,8	8 242	5,0	15 268	3,7
30 — 35	5 181	1,7	5 534	3,8	10 715	2,4
35 — 40	5 265	1,6	5 486	3,5	10 751	2,2
40 — 45	4 123	1,6	4 278	3,1	8 401	2,1
45 — 50	4 161	1,7	4 003	2,7	8 164	2,1
50 — 55	3 425	1,9	4 274	5,3	7 699	2,4
55 — 60	2 663	2,7	3 611	5,3	6 274	3,7
60 — 65	3 652	3,5	1 043	2,9	4 695	3,4
Insgesamt	46 913	2,2	53 143	3,8	100 056	2,8

1) Arbeitslosenquote = Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) des Mikrozensus vom Vorjahr.

So hatten im Mai 1975 von den 3,45 Mill. Haushalten in Baden-Württemberg 86 700 Haushalte Erwerbslose mit damals insgesamt 107 400 erwerbslosen Personen. In etwa jedem fünften Haushalt, der Erwerbslose mitzuversorgen hatte, war mehr als eine Person unfreiwillig ohne Erwerbstätigkeit.

In der Gruppe der Haushalte mit bei den Arbeitsämtern registrierten Nichtbeschäftigten bzw. sonstigen arbeitsuchenden Erwerbslosen dominieren die 2-Personen-Haushalte. 26% aller Erwerbslosen kommen aus einem Haushalt dieses Typs, obgleich ihr Anteil an den Haushalten mit Haushaltsvorständen unter 65 Jahren nur rund 20% ausmacht. Im übrigen nimmt der Anteil der Haushalte mit Erwerbslosen mit wachsender Haushaltsgröße ab und beträgt für die 5- und Mehr-Personen-Haushalte nur noch 18%.

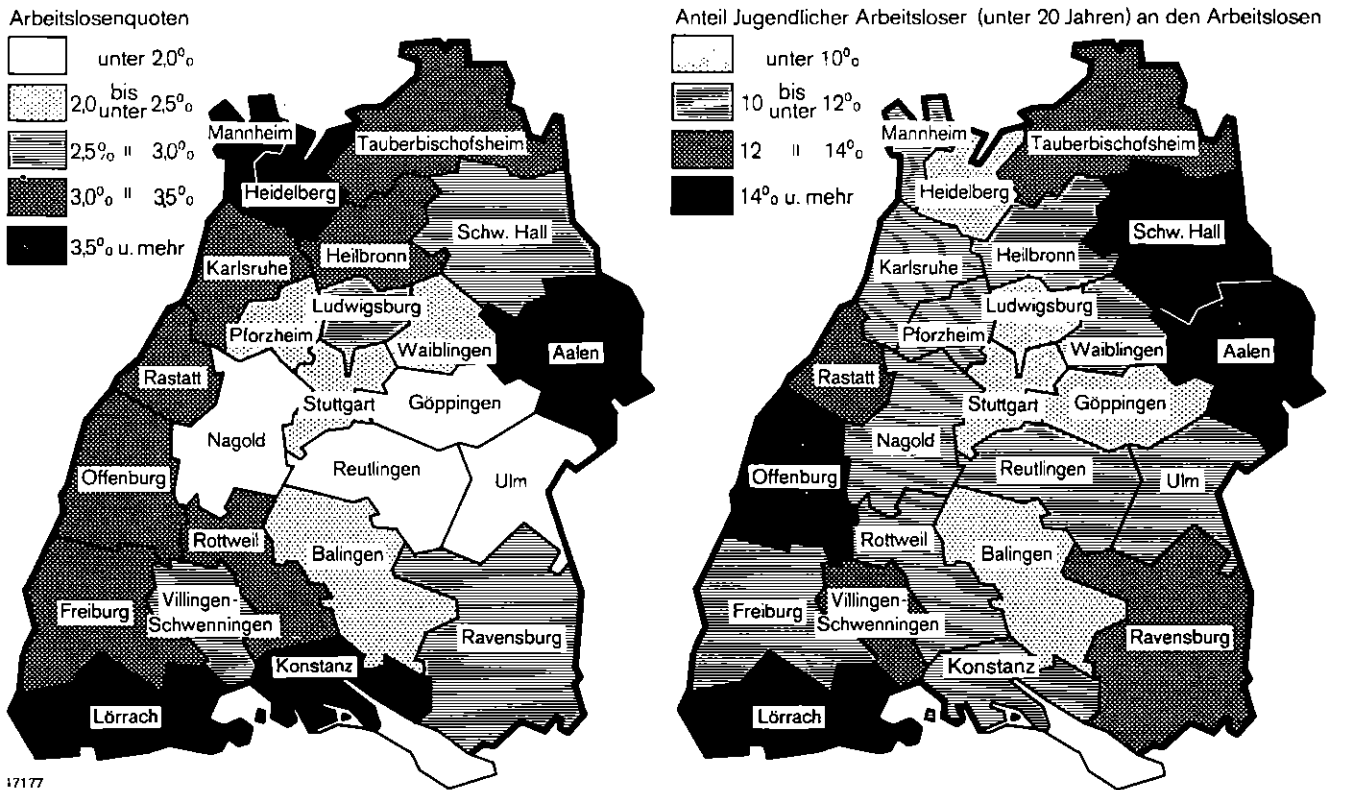
Diese Erscheinung könnte darauf zurückzuführen sein, daß bei einzelwirtschaftlichen Entscheidungen über die Freisetzung von Arbeitskräften sowohl betrieblichen Erfordernissen als auch sozialen Komponenten entsprochen wird. So dürften wohl Familienvorstände, die in ihren 2- und Mehr-Personen-Haushalten noch Kinder mit zu versorgen haben, im allgemeinen seltener entlassen werden als Mitglieder von 2-Personen-Haushalten bzw. alleinstehende Personen, bei denen häufig keine risikomindernden Faktoren zur Wirkung kommen. Entsprechend haben die beiden letztgenannten Gruppen ein strukturell höheres Arbeitsplatzrisiko zu tragen. Besonders davon betroffen sind die 2-Personen-Haushalte, da

sich hier noch weitere Einflüsse auswirken. Sieht man nämlich von den Rentnerhaushalten ab, dann ist bei den 2-Personen-Haushalten der Anteil der jungen Familien sehr hoch. Da hier häufig beide Partner eine Beschäftigung ausüben, wirkt sich außerdem die relativ hohe Arbeitslosigkeit der Jüngeren und Frauen aus. So standen den 22 000 Haushalten mit zwei Haushaltsmitgliedern 28 400 Erwerbslose aus solchen Haushalten gegenüber; damit waren bei etwa jedem dritten dieser 2-Personen-Haushalte beide Partner ohne Erwerbsmöglichkeit.

Regionale Unterschiede

Von September 1975 bis September 1976 war die Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt von 3,6% auf 2,8% zurückgegangen, was einer Verminderung der Zahl der Arbeitslosen um 22,4% entspricht. Innerhalb der einzelnen Arbeitsamtsbezirke waren durchaus unterschiedliche Veränderungen zu beobachten. So nahm im Bezirk Rastatt die Zahl der Arbeitslosen nur um knapp 8% ab, in den Bezirken Göppingen, Reutlingen, Nagold und Villingen-Schwenningen um mehr als 35%. Trotzdem haben sich die regionalen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit nicht wesentlich verändert. Nach wie vor sind in den Arbeitsamtsbezirken Konstanz, Heidelberg, Mannheim und Aalen die Arbeitslosenquoten mit 3,9% bzw. 3,7% am höchsten. Die günstigste Situation mit Quoten unter 2% war – wie auch ein Jahr zuvor mit damals 2,6% – in den Bezirken Nagold, Reutlingen, Göppingen und Ulm zu verzeichnen.

Schaubild 3
Arbeitslosenquoten nach Arbeitsamtsbezirken, September 1976



Sehr viel unterschiedlicher war die regionale Entwicklung beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Trotz der Verringerung der Arbeitslosenzahlen um 22,2% ist der Anteil der Jugendlichen an den Arbeitslosen insgesamt mit 11,3% etwa gleich geblieben. In allen Arbeitsamtsbezirken wurde eine Abnahme der absoluten Zahl an jugendlichen Arbeitslosen verzeichnet. Im Bezirk Rastatt wurden im September 1976 nur 5 arbeitslose Jugendliche weniger gezählt als ein Jahr zuvor, während in Göppingen mit 451 nur noch halb so viele Jugendliche arbeitslos waren. Der Anteil Jugendlicher an den Arbeitslosen stieg jedoch in einigen Bezirken, z. B. in Pforzheim von 8,8 auf 11,1%, deutlich an. Er ist wie im Vorjahr in den Arbeitsamtsbezirken Aalen und Lörrach mit 15,0% bzw. 15,4% am höchsten.

Konjunkturelle und/oder strukturelle Arbeitslosigkeit?

Der immer noch hohe Stand an Arbeitslosen, die Zunahme der Dauerarbeitslosigkeit, die gespaltene Entwicklung auf Teilarbeitsmärkten — besonders hinsichtlich Arbeitern und Angestellten —, die Probleme der arbeitslosen Berufsanfänger (auch höherer Qualifikationsstufen) sowie die Unterqualifikation vieler Arbeitsloser — um einige wichtige und zum Teil scheinbar widersprüchliche Aspekte aus der vorhergehenden Darstellung herauszugreifen — weisen auf die Komplexität der aktuellen Problemsituation hin sowie auf eine entsprechende Vielzahl unterschiedlicher Verursachungsfaktoren.

Wie kaum anders zu erwarten, hat darum auch die Diskussion um die Ursachen der Arbeitslosigkeit bisher kein bestimmtes Ergebnis erbracht.

Im wesentlichen lassen sich die zur Zeit vorgebrachten Überlegungen vier miteinander verzahnten Ursachenkomplexen zuordnen:

1. demographische Ursachen,
2. konjunkturelle Ursachen,
3. strukturelle Ursachen aus wirtschaftspolitischer Sicht,
4. strukturelle Ursachen aus arbeitsmarktpolitischer Sicht.

Zu 1: Demographische Ursachen

Die schon zuvor mehrmals erwähnte ungleichgewichtige Altersstruktur der ansässigen Bevölkerung ist eine ständige Quelle ungleichgewichtiger Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt: Es strömen ständig mehr junge Arbeitssuchende zu als Erwerbspersonen aus Altersgründen ausscheiden. Im Jahresdurchschnitt sind aus diesem Grund bis 1985 etwa 40 000 Arbeitskräfte zusätzlich zu erwarten. Sie konzentrieren sich alle auf die unteren Altersstufen und lassen damit einen großen Bedarf an Lehrstellen und beruflichen Anfangsstellungen entstehen. Das

Problem der Jugendarbeitslosigkeit dürfte also noch mindestens bis Mitte der achtziger Jahre aktuell bleiben, und es wird besonderer Anstrengungen zu ihrer Vermeidung bedürfen.

Da der Arbeitsmarkt zur Zeit nicht in der Lage ist, allen zuströmenden Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, werden Maßnahmen zur Verringerung des Arbeitsangebots diskutiert. Hierzu gehören in erster Linie eine Unterstützung der verstärkten Abwanderung (per Saldo) von ausländischen Arbeitskräften. Dazu rechnet weiterhin eine Reduzierung der Erwerbsbeteiligung in den unteren Altersjahren zum Beispiel durch Einführung eines zehnten Schuljahres (Berufsgrundbildungsjahres) und durch zusätzliche Förderung der beruflichen Bildung. Auch am oberen Ende des Altersbaums könnte über eine Intensivierung der flexiblen Altersgrenze noch eine Verringerung der Erwerbsquote erreicht werden. Beide Maßnahmearten stehen zur Zeit allerdings noch in Konflikt mit den finanziellen Möglichkeiten.

Diese demographisch bedingte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat mittelfristigen Charakter und klingt ab Mitte der achtziger Jahre ab, um in den neunziger Jahren, wenn auch nur allmählich, in ihr Gegenteil umzuschlagen¹.

Zu 2: Konjunkturelle Ursachen

Der starke Zustrom von Arbeitswilligen aus dem heimischen Bevölkerungspotential hätte vermutlich in den sechziger Jahren kaum Probleme aufgeworfen. Zur Zeit stellt sich die Situation jedoch anders dar, da dieser Zustrom zusammenfällt mit einer vergleichsweise ungünstigen Wirtschaftslage. Diese ungünstigere Situation ist zunächst charakterisiert durch den rezessiven Einbruch der Jahre 1974/75, bei dem sich konjunkturelle und strukturelle Verursachungsfaktoren überlagert haben. Unter konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit versteht man eine Unterauslastung von Produktionsfaktoren aufgrund fehlender Nachfrage. Entsprechend muß durch eine über monetäre und fiskalische Maßnahmen erreichte Ausweitung der globalen Nachfrage, die einen kumulativen Prozeß nach oben in Gang bringt, Arbeitslosigkeit dieser Art beseitigt werden können. Eine solche Konstellation hat den bisherigen zyklischen Schwankungen einschließlich der Rezession 1967 zugrundegelegen. Die Auswirkungen globaler Nachfragesteigerungen auf dem Arbeitsmarkt blieben jedoch dieses Mal gering, ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit erwies sich als resistent. Ein verstärkter Einsatz dieses Instrumentariums, wie es insbesondere im Ausland nicht ungerne gesehen würde, würde unter diesen Umständen primär einer inflationären Aufblähung Vorschub leisten und die gerade gebannte Gefahr einer Stagflation wieder entstehen

¹ Vgl. Teil II, Abschnitt 2.6.

lassen. Daß allerdings in der gegebenen Situation nicht eine die Nachfrage von Unternehmen und Konsumenten drosselnde sondern leicht unterstützende Wirtschaftspolitik angezeigt ist, dürfte deutlich sein.

Zu 3: Strukturelle Ursachen aus wirtschaftspolitischer Sicht.

Zur Charakterisierung der gegenwärtigen Situation wird üblicherweise der Begriff des „Strukturellen“ mit dem des „Konjunkturellen“ verwendet.

Eine Trennung der beobachteten Ereignisse nach diesen Kategorien und erst recht die Quantifizierung beider Komponenten ist bisher nicht gelungen. Es werden zwar Meßverfahren konstruiert, diese waren jedoch bisher nicht zufriedenstellend. Dies weist wiederum darauf hin, daß offenbar derart mehr oder weniger mechanistische Verfahren dem polykausalen Charakter der Arbeitslosigkeit nicht gerecht werden. Dies gilt besonders auch dann, wenn man berücksichtigt, daß der Faktor des „Strukturellen“, selbst wiederum sehr verschiedene Aspekte umfaßt. Trotz aller verbalen Erklärungen und Ausführungen bleibt es aber besonders für die Planung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen ein Handicap, daß die eigentlich interessierende Frage, mit welchen Größenordnungen denn diese verschiedenen Faktoren anzusetzen sind, nicht beantwortet werden kann.

Man geht in der Regel davon aus, daß bei konjunktureller Arbeitslosigkeit Arbeitsplätze vorübergehend stillgelegt werden, die bei entsprechender Belegung reaktiviert werden. Es wird nun argumentiert, daß die Hartnäckigkeit der Arbeitslosigkeit zum Teil jedenfalls darauf zurückzuführen sei, daß Arbeitsplätze in der Krise endgültig vernichtet wurden (z. B. bei Konkursen und Stilllegungen von Betriebsteilen). Dies kann teilweise auch als Reaktion auf die durch falsche internationale Austauschrelationen (Überbewertung der DM) bedingte Übersteigerung Anfang der siebziger Jahre zurückgeführt werden. Hierzu hat die durch Wechselkursfreigabe in Gang gekommene internationale Verschiebung der Standorte hinsichtlich arbeitsintensiver Produktionsverfahren und Branchen entsprechende Korrekturen erzwungen. Verstärkt durch einen im internationalen Vergleich hohen Anstieg von Löhnen, Gehältern und Sozialabgaben wurden diese über Arbeitsplatzstilllegungen und Rationalisierungsmaßnahmen vollzogen. Eine Ursache der strukturellen Arbeitslosigkeit ist also auch die abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit einzelner Wirtschaftszweige. Der Standort Bundesrepublik Deutschland wird für arbeitsintensive Produkte einfacher Art zunehmend ungünstig.

Diskutiert wird zur Zeit die Frage, ob über diese Anpassungen hinaus der Strukturwandel sich beschleunigt habe, in dem Sinn, daß der technische Fortschritt zu einer immer stärkeren Freisetzung von Arbeitskräften führe. Es gibt Argumente für das Für und das Wider, ohne daß die Frage bisher entschie-

den wäre. Investitionen, also die Zugänge zum Kapitalstock, enthalten zweifellos immer die neueste Technologie und weisen damit eine hohe Kapitalintensität aus. In Teilbereichen der Wirtschaft können sich dadurch heftig und schnell sich vollziehende Umwälzungen im Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit abspielen. Man sollte aber bei Betrachtung dieses Problems nicht unberücksichtigt lassen, daß Strukturänderungen bei Bestandsgrößen, wie es der Kapitalstock ist, sich relativ langsam vollziehen über Investitionen als Zugang einerseits und Verschrottung als Abgang andererseits. Seit Jahren nur geringe Nettoinvestitionen – worauf im nächsten Abschnitt noch näher eingegangen wird – legen die Vermutung nahe, daß generell gesehen hier nur mit gemäßigten Änderungen zu rechnen ist.

Die Frage liegt nahe, warum über eine gewisse Aktivierung stillgelegter Plätze hinaus die vermutlich vernichteten Arbeitsplätze bisher offenbar noch nicht wieder neu geschaffen wurden, bzw. warum allem Anschein nach die Schaffung zusätzlicher neuer Arbeitsplätze im bisherigen Aufschwung derart zähflüssig vor sich geht. Eine Ursache dürfte darin zu sehen sein, daß für die bisherige Stärke der Belegung ausreichend unausgenutzte Kapazitäten zur Verfügung standen in Form von Kurzarbeit, Überstunden und verstärkt betriebener Rationalisierung. Ein weiterer Grund – und dies spricht einen zweiten strukturellen Aspekt an – dürfte in einer gewissen zurückhaltenden Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung zu sehen sein. In welcher Richtung der strukturelle Wandel sich vollzieht und wo die zukünftigen Märkte liegen werden, ist noch nicht mit Sicherheit anzunehmen, so daß eine generelle Investitionszurückhaltung insbesondere hinsichtlich Erweiterungsinvestitionen besteht. Sektorale Änderungen in der Zusammensetzung des Produzierenden Gewerbes und eine damit verbundene Freisetzung von Arbeitskräften hat es immer gegeben. In Verbindung mit expandierenden Bereichen vollzog sich die Umschichtung ohne Probleme, im Gegensatz zu heute, wo längerdauernde Ungleichgewichte zu verzeichnen sind.

Stockungen in den sektoralen Verschiebungen sind nicht nur innerhalb des Bereiches des Produzierenden Gewerbes zu verzeichnen, sondern auch zwischen den großen Wirtschaftsbereichen des sekundären und tertiären Sektors. Die generelle Tendenz einer Ausweitung des Dienstleistungsbereiches, die bisher sehr weitgehend von einer funktionsbedingten Zunahme des Personals beim Staat (vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei Finanzverwaltung und Innerer Sicherheit) getragen wurde, ist durch die aus Geldmangel ausgelösten Sparmaßnahmen unterbrochen worden. Erhebliche Konsequenzen insbesondere für Höherqualifizierte dürften damit verbunden sein, da, wie nachfolgend noch ausgeführt wird, mehr als zwei Drittel aller Akademiker im Öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

Die Maßnahmenkategorie, die sich angesichts dieses strukturellen Ursachenbündels anbietet, ist die generelle Wachstums- und Strukturpolitik, deren Schwerpunkte im Gegensatz zum konjunkturpolitischen Instrumentarium bei einer Förderung des gesamtwirtschaftlichen Angebots liegen. Dazu gehört vor allem eine Stabilisierung der Erwartungen auf Seiten der Unternehmer und der Konsumenten durch Setzung entsprechender Rahmendaten, um zukunftsorientierte Handlungen auszulösen, zu denen in erster Linie Erweiterungsinvestitionen gehören. Globale Maßnahmen dieser Art, die mehr oder weniger das gesamte Arsenal wirtschaftspolitischer Maßnahmen tangieren, werden im Rahmen der regionalen und sektoralen Gewerbeförderung auf Landesebene ergänzt durch ein Bündel individuell angesetzter Maßnahmen.

Zu 4: Strukturelle Ursachen aus arbeitsmarktpolitischer Sicht

Der Begriff der „strukturellen“ Arbeitslosigkeit wird nicht nur in einem auf die Gesamtwirtschaft bezogenen Zusammenhang verwendet. Man gebraucht ihn auch in Verbindung mit qualitativen persönlichen Merkmalen, die von der Einzelperson her gesehen als Verursachung für die Arbeitslosigkeit anzusehen sind und die naturgemäß eine ganz anders geartete Maßnahmenkategorie zur Behebung ansprechen. Hier kommt das spezifisch arbeitsmarktpolitische Arsenal wie Umschulung, Weiterbildung und Förderung sektoraler und regionaler Mobilität zum Einsatz.

Das hervorstechendste Merkmal für die Struktur der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist die Unterqualifikation vieler arbeitsloser Arbeiter und Angestellten, während die meisten offenen Stellen für qualifizierte Kräfte ausgewiesen werden. Daß dieses Ungleichgewicht nicht noch stärker hervortritt, ist darauf zurückzuführen, daß schon seit Jahren eine Verschiebung höherqualifizierter Arbeit auf Deutsche zu verzeichnen ist und viele der arbeitslosen Ausländer durch Rückwanderung nicht mehr als Arbeitslose in Erscheinung treten. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist also eine wichtige Voraussetzung zur Vermeidung künftiger Arbeitslosigkeit. Wegen der Prognoseunsicherheit über den zukünftig benötigten inhaltlich genau umrissenen Qualifikationsbedarf sollte die Ausbildung auch das Moment der Flexibilität mitberücksichtigen, um eine Grundlage zu legen für eine eventuell erforderlich werdende Umschulung und Weiterbildung.

Berufliche Qualifikation und Flexibilität sind jedoch nur individuelle wichtige Voraussetzungen zur Behebung bzw. Vermeidung von Arbeitslosigkeit, auf lange Sicht gewinnen sie auch gesamtwirtschaftlich an Bedeutung. Wenn, wie es den Ergebnissen an der Erwerbspersonenprognose zu entnehmen ist, bei Fortbestehen der gegebenen Prämissen

in den neunziger Jahren dieses Jahrhunderts ein allerdings zunächst nur leichter, jenseits der Jahrhundertwende aber stärkerer Rückgang an Erwerbspersonen wahrscheinlich ist, dann wird zur Aufrechterhaltung eines bestimmten Wirtschaftswachstums in technischer und organisatorischer Hinsicht das Ausbildungsniveau des zur Verfügung stehenden personellen Potentials zunehmend wichtig. Schon heute muß dieser Aspekt berücksichtigt werden, denn die Erwerbspersonen des Jahres 2000 stehen jetzt bzw. kommen in den nächsten Jahren in die Ausbildung².

Ausbildung ist dabei keineswegs, wie es unter dem Einfluß traditioneller Vorstellungen noch gerne geschieht, mit akademischer Ausbildung gleichzusetzen. Für diese Qualifikationsstufe ist vielmehr in den achtziger Jahren mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen, wie es im nachfolgenden Abschnitt ausgeführt wird. Es ist nicht auszuschließen, daß die damit zusammenhängenden Probleme sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus sozialen Gründen besonders groß und hartnäckig sein werden.

Zusammenfassung

Die obigen Ausführungen dürften deutlich gemacht haben, daß die Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in bisher nicht gekanntem Ausmaß unterschiedlicher Natur sind. Notwendigerweise müssen auch die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen von den verschiedensten Ansatzpunkten ausgehen und globale und individuelle, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische, sowie konjunktur- und strukturpolitische Aspekte umfassen und auf beide Seiten des Arbeitsmarkts (Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften) einwirken. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß es kein Allheilmittel zur Lösung der Probleme gibt. Vielmehr muß ein Maßnahmenbündel zum Einsatz kommen. Dabei dürften nur wenige Maßnahmen frei sein von unerwünschten Nebenwirkungen, es müssen deshalb nicht nur auf kurze und enge, sondern auch auf lange und weite Sicht die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden. Als Handicap ist dabei immer wieder zu verzeichnen, daß eine quantitative Trennung der einzelnen Verursachungsfaktoren in verlässlicher Form bisher nicht gelungen ist. Das aber wäre eine Voraussetzung für eine entsprechende Dosierung der Maßnahmen.

3.2 Bedarf und Angebot an Akademikern

Problemlage

Fragen der Qualifikation werden nicht zuletzt in Abhängigkeit von der generellen wirtschaftlichen Situation unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. Während ihre Bedeutung zur Zeit – wie

² Vgl. Teil II, Abschnitt 2.3.

zuvor skizziert – unter dem Eindruck des Ungleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt für die Behebung bzw. Vermeidung individueller Arbeitslosigkeit herausgestellt wird, tritt in Zeiten eines Arbeitskräftemangels der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsgesichtspunkt in den Vordergrund. Eine solche Situation lag in den 60er Jahren vor, in denen sich der Übergang von dem extensiven Wirtschaftswachstum der 50er Jahre in eine Phase intensiven Wachstums vollzog, verbunden mit einer Ausschöpfung des Arbeitsmarktes. Eine Verbesserung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte sollte den technischen Fortschritt sichern und das Zurückbleiben hinter der Entwicklung in anderen hochindustrialisierten Ländern verringern bzw. vermeiden. Neben der Verfolgung gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen orientierte sich die Bildungspolitik auch entsprechend derartiger Überlegungen an dem Ziel, das Qualifikationsniveau der Bevölkerung spürbar zu steigern. Das relativ hohe Wirtschaftswachstum bot dazu die ökonomische Grundlage.

Seit Anfang der 70er Jahre zeichnet sich ein erneuter Phasenwechsel in der wirtschaftlichen Entwicklung ab, dessen charakteristisches Merkmal die Abflachung der Wachstumsrate des zentralen Indikators, des Bruttoinlandsprodukts ist¹. Diese Abschwächungstendenz trat mit der Rezession 1974/75 ausgeprägt in Erscheinung. Auf dem Arbeitsmarkt traf dabei die nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften auf einen Angebotsdruck aufgrund der ins Erwerbsleben drängenden geburtenstarken Jahrgänge. Diese für den gesamten Arbeitsmarkt zutreffende Situation wurde nun bei dem Teilarbeitsmarkt für höher qualifizierte Arbeitskräfte besonders kritisch. Denn als Folge der in den 60er Jahren intensivierten Politik einer spürbaren Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung drängten nun in den 70er Jahren zusätzlich zum allgemeinen Angebotsdruck noch verstärkt besser qualifizierte Arbeitskräfte ins Erwerbsleben. Diese Situation, erschwert durch die derzeitige Finanznot der öffentlichen Hand als wichtigstem Finanzträger des Bildungssektors, zwingt verstärkt zu ökonomischen Überlegungen. So wird – wie in den 60er Jahren – die Diskussion um die Zusammenhänge zwischen dem Bildungs- und Beschäftigungssystem sowie dem Wirtschaftswachstum wieder aufgegriffen. Aber nun steht ein anderer Aspekt im Vordergrund: Findet der Ausbau des Bildungssektors in der wirtschaftlichen Entwicklung eine Begrenzung? Soll sich eine expansive Bildungspolitik – und wenn ja, in welchem Umfang – dem aus der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung entspringenden künftigen Bedarf an Arbeitskräften unterschiedlicher Qualifikationsniveaus anpassen?

Fragen dieser Art sind für den Bereich der Akademiker von besonderer Bedeutung. Denn hier stehen sehr hohen öffentlichen und privaten Investitionen in hochspezialisierte Ausbildungsrichtungen entsprechende Berufserwartungen gegenüber, die sich zudem einem fachlich flexiblen Einsatz in der Regel entziehen. Diese Probleme der Verzahnung von Bildungs- und Beschäftigungssystem werden jetzt und verstärkt in Zukunft überlagert von der demographischen Entwicklung². Die geburtenstarken Jahrgänge stehen zur Zeit im Schulbereich und rücken sukzessive in den Hochschulbereich vor. Sie werden dort Mitte bis Ende der achtziger Jahre zu einer Phase ausgeprägter Überlastung führen.

Das gesamte Jahrzehnt von 1980 bis 1990 und noch darüber hinaus dürfte somit im Zeichen eines zunächst steigenden und dann sehr hohen Angebots an akademisch gebildeten Arbeitskräften stehen. Erst für die Mitte der neunziger Jahre ist eine Entspannung abzusehen.

Ausgangspunkte der Prognose

Um das Ausmaß der Problematik besser abschätzen zu können und um der Diskussion eine bessere Datenbasis zu bieten, hat das Statistische Landesamt gemeinsam mit dem Kultusministerium Baden-Württemberg, der Landesstelle für Erziehung und Unterricht und dem Tübinger Institut für angewandte Wirtschaftsforschung eine Vorausschätzung des Akademikerbedarfs in Baden-Württemberg durchgeführt. Ausgangspunkt bildet dabei die unten noch näher ausgeführte gegenwärtige Situation nach Zahl und Fachrichtung der Akademiker in Baden-Württemberg, wobei in dieser Projektion für die Zukunft eine Flexibilität nach unten zunächst ausgeschlossen wird. Die Vorausschätzung der Angebotsseite basiert auf den in Teil II dargestellten Bevölkerungs- und Bildungsvorausschätzungen. Die Bedarfsseite orientiert sich im privatwirtschaftlichen Bereich an den Arbeitsplatzprognosen, zur Abschätzung der Entwicklung im öffentlichen Bereich werden die Bevölkerungsprognose sowie aus Umfragen ermittelte Vorstellungen über mögliche Dichteziffern herangezogen. Diese Basisdaten werden über zusätzliche Annahmen bezüglich der für möglich erachteten Entwicklung bezüglich des zahlenmäßigen und fachspezifischen Einsatzes von Akademikern entsprechend verfeinert. Es dürfte sich von selbst verstehen, daß bei der Interpretation der erzielten Ergebnisse neben den Unwägbarkeiten der Globalprognosen die durch diese Spezifizierung bedingten Unsicherheiten zusätzlich in Rechnung gestellt werden müssen, wie es bei allen Detailprognosen der Fall ist³.

¹ Vgl. Teil II, Abschnitt 2.5

² Vgl. Teil II, Abschnitt 2.3

³ Vgl. Teil II, Abschnitt 4.

Die letztlich interessierenden Informationen über ein mögliches Ungleichgewicht auf diesem Teilarbeitsmarkt werden über eine Gegenüberstellung der Bedarfsschätzung mit dem voraussichtlichen Angebot an Hochschulabsolventen ermittelt.

Die hier veröffentlichten Daten stellen eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Gesamtprojekts dar.

Ausgangssituation 1975

In Baden-Württemberg waren im Jahr 1975 rund 219 000 Akademiker¹ beschäftigt. Zu den Akademikern rechnet der Personenkreis, der eine Abschlußqualifikation an Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Kunst- und Musikhochschulen erreicht hat. Absolventen von Fachhochschulen bzw. Höheren Fachschulen sind in diesen Bestand nicht einbezogen.

Erwerbstätige mit Hochschulbildung stellten 1975 zwar nur 5% aller Erwerbstätigen. Aufgrund ihrer fachrichtungsspezifischen Ausbildung konzentrieren sie sich allerdings in einzelnen Wirtschaftssektoren, so daß das Problem der Akademikerbeschäftigung weniger ein Problem der allgemeinen Konjunktur- und Wachstumsfrage ist. Vielmehr hängt die Akademikerbeschäftigung sehr stark von der Entwicklung in einzelnen Teilbereichen der Wirtschaft ab.

So war zum Beispiel 1975 fast jeder zweite erwerbstätige Akademiker (43%) im Bereich von Bildung und Wissenschaft² beschäftigt. Fast jeder vierte (23%) war im sonstigen Bereich öffentlicher Dienstleistungen tätig (Gesundheitswesen, Kirchen, Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen), 16% im produzierenden Bereich und 13% im Bereich privater Dienstleistungen. Damit bot der öffentliche Sektor den Akademikern die weitaus meisten Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Privatwirtschaft hatte dagegen nur relativ wenige Arbeitsplätze für Akademiker zur Verfügung.

Diese sektorale Konzentration wird verständlich, berücksichtigt man die Ausbildungsrichtung der erwerbstätigen Akademiker im Jahr 1975. Mindestens 40% waren für eine Erziehungs- bzw. Lehrtätigkeit ausgebildet worden, fast 20% hatten Medizin studiert, 15% Natur- und Ingenieurwissenschaften, annähernd so viele Rechtswesen und Wirtschaftswissenschaften.

Die Konzentration der Akademiker auf einige wenige Fachrichtungen und damit häufig auf wenige Berufe hat zur Folge, daß viele Akademiker sektoral wenig flexibel sind, wenn es um die Auswahl einer Berufstätigkeit geht. Aus dieser Situation heraus erklärt es sich, daß eine Akademikerbedarfsprognose möglichst

auf der Untersuchung ausgewählter Wirtschaftssektoren aufbauen sollte. Die folgende Modellrechnung verfährt dementsprechend.

Akademikerbedarf bis 1990

Methodische Bemerkungen

Ziel der Projektion ist es, die Gesamtzahl an Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg bis 1990 vorauszurechnen, die nach den bisherigen Erfahrungen in der Regel von Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß³ eingenommen werden. Die Prognose geht vom manpower-Ansatz (Bedarf der Wirtschaft) aus und sieht somit den Bestand an Erwerbstätigen in enger Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Gesamtzahl an Arbeitsplätzen für Akademiker wurde für die Eckjahre 1980, 1985 und 1990 vorausgeschätzt, ebenfalls der Restbestand (Bestand abzüglich Abgänge) an Akademikern des Jahre 1975. Daraus wurde der Ersatz- und der Expansionsbedarf als Stromgröße ermittelt. Der Ersatzbedarf ist dabei zu verstehen als der Bedarf an Akademikern, der erforderlich ist, um alle ausscheidenden Akademiker zu ersetzen. Der Expansionsbedarf ist der Bedarf an Akademikern, der benötigt wird, um einen vom Basisjahr 1975 abweichenden Akademikerbestand zu erreichen. Ersatzbedarf und Expansionsbedarf ergeben zusammen den Nachwuchsbedarf.

Für das Basisjahr 1975 wird unterstellt, daß der Bedarf an Akademikern voll gedeckt war, also keine Arbeitsplätze offen standen. Diese Annahme ist für den gesamten Arbeitsmarkt für Akademiker angesichts der damaligen Konjunkturlage durchaus realistisch.

Insgesamt wurden drei Varianten des Expansionsbedarfs und damit auch des Nachwuchsbedarfs errechnet. Die Variante I hält die Akademikerquote bzw. Akademikerdichte des Jahres 1975 über alle Prognosejahre konstant bei. Die Variante II unterstellt im wesentlichen, daß sich die zwischen 1961 und 1970/75 beobachtete Änderung dieser Quoten und Dichteziffern bis 1990 linear fortsetzt. Die Variante III versucht überwiegend, die Ansichten maßgebender Stellen über den Bedarf an Akademikern in den einzelnen Wirtschaftssektoren zu quantifizieren.

Entwicklung des Arbeitsplatzangebots

Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots für Akademiker in der Privatwirtschaft hängt eng mit der Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs dieses Bereichs insgesamt zusammen. Aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Arbeitsproduktivität wurde berechnet, daß die Zahl der *Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft* von 3 298 000 im Jahre 1975 auf 3 531 000 im Jahre 1990, also um 233 000 Personen, steigen wird. Ein

¹ Diese Daten stammen zu einem erheblichen Teil aus Fachbereichsstatistiken. Der Rest wurde, aufbauend auf den Volkszählungsergebnissen von 1961 und 1970, den Ergebnissen einer 0,5%-Bevölkerungsbefragung von 1975 und der Statistik der Hochschulprüfungen geschätzt.

² Einschließlich den Wirtschaftsunterabteilungen Kunst und Publizistik

³ ohne Fachhochschulabschluß

Tabelle 4

Gesamtbedarf an Akademikern nach Fachrichtungen 1975 bis 1990 (in den Bereichen der Einzelprognosen)

Fachrichtungen	1975	1980	1985	1990
Variante I 1)				
Landwirtschaftliche Fachrichtung	3 300	3 000	2 700	2 500
Industrielle und handwerkliche Fachrichtung	22 000	22 900	22 400	20 700
Naturwissenschaftliche Fachrichtung	11 700	12 500	13 000	13 500
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	31 700	34 000	36 400	38 600
Gesundheitswesen	41 200	41 100	41 700	42 000
Erziehungs- und Bildungswesen	88 100	88 000	76 700	69 300
Theologie	6 600	6 600	6 700	6 800
Sonstige Fachrichtungen	14 700	15 100	15 500	15 800
Insgesamt	219 300	223 300	215 100	209 200
Variante II 2)				
Landwirtschaftliche Fachrichtung	3 300	3 300	3 200	3 100
Industrielle und handwerkliche Fachrichtung	22 000	25 500	27 000	26 400
Naturwissenschaftliche Fachrichtung	11 700	13 900	16 000	18 000
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	31 700	37 700	44 200	50 800
Gesundheitswesen	41 200	44 200	47 700	50 200
Erziehungs- und Bildungswesen	88 100	99 700	96 600	89 900
Theologie	6 600	6 400	6 400	6 200
Sonstige Fachrichtungen	14 700	16 200	18 000	19 500
Insgesamt	219 300	246 987	259 000	264 100
Variante III 3)				
Landwirtschaftliche Fachrichtung	3 300	3 500	3 600	3 600
Industrielle und handwerkliche Fachrichtung	22 000	26 700	29 600	30 400
Naturwissenschaftliche Fachrichtung	11 700	15 900	19 600	22 500
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	31 700	40 300	49 900	59 800
Gesundheitswesen	41 200	45 400	50 100	54 000
Erziehungs- und Bildungswesen	88 100	108 000	111 200	102 300
Theologie	6 600	6 800	7 000	7 200
Sonstige Fachrichtungen	14 700	17 800	20 000	21 400
Insgesamt	219 300	264 600	291 100	301 300

1) Variante I: status quo. — 2) Variante II: Lineare Trendextrapolation. — 3) Variante III: Politische Variante.

Konstanthalten der Akademikerquote von 1975 (Variante I) würde bedeuten, daß sich die Zahl der erwerbstätigen Akademiker in der Privatwirtschaft im gleichen Zeitraum von 63 000 um rund 7 100 auf rund 70 100 Akademiker erhöhen würde.

Diese Zunahme erscheint wenig plausibel, steht sie doch im Widerspruch sowohl zu der Entwicklung in den letzten Jahren als auch zu den Äußerungen befragter Unternehmer. In den vergangenen — besonders in den letzten — Jahren hat gerade die Privatwirtschaft ihren Akademikerbestand kräftig ausgebaut. Eine lineare Weiterentwicklung der Akademisierung des Arbeitskräftebestandes in der Privatwirtschaft wie zwischen 1961 und 1975 würde den Akademikerbestand (Variante II) bis 1990 um etwa

37 800 auf rund 100 800 ansteigen lassen. Eine Trendextrapolation der Entwicklung zwischen 1970 und 1975 (Variante III) würde mit einer Zunahme des Arbeitsplatzangebots für Akademiker bis 1990 von rund 54 600 fast zu einer Verdoppelung des Akademikerbestandes in der Privatwirtschaft führen. Es handelt sich hier um einen sehr starken Anstieg, der allerdings nach Befragungen ausgewählter Wirtschaftsunternehmen nicht unbedingt als unrealistisch zu bezeichnen ist. Trotzdem bleibt zu fragen, ob die für generelle Beschäftigungsverhältnisse auf lange Sicht nicht gerade typische Situation zu Anfang der siebziger Jahre⁴ für die langfristige Entwicklung der

⁴ Vgl. Teil II, Abschnitt 2.5

Teilgruppe der Akademiker als maßgebend angesehen werden kann. Man wird in der Privatwirtschaft die Eintreffwahrscheinlichkeit von Variante III und Variante II gleich hoch einzuschätzen haben.

Das Arbeitsplatzangebot für Akademiker im Bildungssektor hängt im wesentlichen ab von der Entwicklung des Schulsektors. Diese Entwicklung wird bestimmt durch die Veränderung der für eine Ausbildung in Frage kommenden Bevölkerungsgruppen, von dem Ausbildungsverhalten dieser Bevölkerungsgruppen und von den unterstellten Schüler-Lehrer-Relationen. Letztere, wie auch der Ausbau des Ausbildungsangebots, sind außerdem sehr stark abhängig von der Situation der Öffentlichen Haushalte.

Nach der neuesten Bevölkerungsprognose sinkt die Zahl der 5- bis 19-jährigen von rund 2,2 Mill. im Jahr 1975 auf 1,5 Mill. Personen im Jahre 1990. Die Abnahme der Zahl der hauptsächlich für eine Ausbildung in Frage kommenden Jugendlichen ist also im Prognosezeitraum mit gut 600 000 Personen recht beträchtlich. Aufgrund der Annahme eines weiter steigenden positiven Ausbildungsverhaltens sinkt allerdings die Schülerzahl bis 1990 voraussichtlich nur um 460 000 Personen, von rund 1,9 Mill. auf 1,4 Mill.

Aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung der Schülerzahlen hätte ein Konstanthalten der Schüler-Lehrer-Relation im Prognosezeitraum (Variante I) ein Absinken des Akademikerbestandes im Bildungssektor zwischen 1975 und 1990 von 93 800 um 16 200 auf 77 600 Personen zur Folge. Unterstellt man eine Dichteziffer entsprechend den Vorstellungen des Bildungsgesamtplans für den Lehrergrundbedarf (Variante II), so stellt sich der Akademikerbestand von 1990, nach einer zwischenzeitlichen Erhöhung, in etwa wieder auf den Bestand von 1975. Unter der Annahme einer noch günstigeren Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation (Variante III) würde sich der Akademikerbestand bis 1985 auf 122 000 erhöhen und bis 1990 auf 111 000 Personen zurückgehen.

Der Bedarf an Akademikern im verbleibenden Bereich öffentlicher Dienstleistungen hängt von der Nachfrage nach entsprechenden Dienstleistungen und damit überwiegend von der Entwicklung der Gesamtbevölkerung ab. Die Gesamtbevölkerung wird nach der neuesten Bevölkerungsprognose von 9,22 Mill. im Jahr 1975 auf 9,16 Mill. im Jahr 1980 sinken und auf diesem Bestand bis 1990 mehr oder weniger stagnieren.

Ein Konstanthalten des Versorgungsgrades der Bevölkerung (Variante I) würde somit im Grunde ein Einfrieren des Akademikerbestandes von rund 49 000 im Jahre 1975 mit sich bringen. Eine lineare Fortsetzung der Entwicklung der letzten 14 Jahre würde im Bereich des Gesundheitswesens und der Gebietskörperschaften⁵ eine Zunahme des Akademikerbestandes, im kirchlichen Bereich dagegen eine

Abnahme zur Folge haben, so daß der Akademikerbestand insgesamt im restlichen öffentlichen Dienstleistungsbereich nur von 49 400 auf 55 800 Personen steigen würde.

Eine Umfrage bei den für die Beschäftigung von Arbeitskräften im öffentlichen Dienstleistungsbereich wichtigsten Stellen (Variante III) hat folgendes ergeben: Im Bereich der Gebietskörperschaften wird man davon ausgehen können, daß der derzeit erreichte Akademikerbestand ausreichen wird, die künftigen Aufgaben zu erfüllen. Eine weitere nennenswerte Ausdehnung des Akademikerbestandes ist bis 1990 nicht mehr zu erwarten. Im kirchlichen Bereich sind die Bestrebungen darauf gerichtet, den Akademikerbestand nicht weiter absinken zu lassen. Eine Erhöhung des Arbeitsplatzangebots für Akademiker wird nicht ausgeschlossen, ist aber nach überwiegender Ansicht derzeit nicht Gegenstand konkreter Personalplanung. Im Bereich des Gesundheitswesens läßt sich erkennen, daß trotz stagnierender Bevölkerungszahl aufgrund getroffener bzw. geplanter gesundheitspolitischer Maßnahmen eine Erhöhung des Akademikerbestandes erforderlich ist, auch wenn die Leistungsfähigkeit der ärztlichen Tätigkeit noch gesteigert werden kann. Allerdings läßt sich die künftige Entwicklung kaum exakt genug abschätzen, so daß das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung von einer Quantifizierung sowohl eines gegenwärtigen Fehlbestandes als auch des künftigen Bedarfs absah⁶. In der Modellrechnung wurde unterstellt, daß die in der Mc-Kinsey-Studie für die Bundesrepublik Deutschland aufgezeigten Wachstumsraten des Ärztebestandes auch für Baden-Württemberg zutreffen. Insgesamt wäre daher für den Bestand an Akademikern im öffentlichen Dienstleistungsbereich außerhalb des Bildungssektors davon auszugehen, daß sich die Zahl der Arbeitsplätze von rund 49 400 im Jahre 1975 auf um etwa 5400 auf rund 54 800 im Jahre 1990 erhöhen wird.

Nach den Modellrechnungen wird sich also der Bestand an Arbeitsplätzen für Akademiker in der gesamten Volkswirtschaft wie folgt ändern: Ausgehend von dem Bestand 1975 von 219 000 Arbeitsplätzen würde ein Konstanthalten des Versorgungsgrades der Bevölkerung eine Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze um 10 000 auf rund 209 000 bedeuten (Variante I). Eine lineare Fortentwicklung entsprechend dem Trend der vergangenen Jahre würde eine Zunahme der Arbeitsplätze um rund 45 000 auf 264 000 ergeben (Variante II). Nach der hauptsächlich aufgrund von Meinungsäußerungen maßgebender Stellen erstellten Prognosevariante III ist davon auszugehen, daß die Zahl der Arbeitsplätze für Akademiker im Prognosezeitraum um rund 82 000 auf 301 000 bzw. knapp 40% ansteigen wird.

⁶ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg: Sozialpolitik in Baden-Württemberg. Leistungen und Perspektiven, 1976 S. 185 und S. 191

⁵ Einschließlich der Sozialversicherungen

Entwicklung des Nachwuchsbedarfs

Der Nachwuchsbedarf (Ersatz- und Expansionsbedarf) bis 1990 würde sich nach der status-quo-Prognose auf rund 80 000 Akademiker berechnen, nach der linearen Trendextrapolation auf 143 000. In Meinungsäußerungen maßgebender Stellen (Variante III) wird die Vermutung zum Ausdruck gebracht, daß in den nächsten 15 Jahren rund 188 000 Akademiker benötigt werden, um die Nachfrage nach Akademikern befriedigen zu können.

Dieser Bedarf an 188 000 Akademikern würde dabei fast zur Hälfte vom Bildungssektor, zu einem Drittel von der Privatwirtschaft und nur zu 13% vom übrigen öffentlichen Dienstleistungsbereich ausgehen. Nach dieser Modellrechnung würde sich also der Trend der letzten Jahre, nach dem die Privatwirtschaft relativ mehr Akademiker aufgenommen hat als z.B. die Staatsverwaltung (ohne Bildungssektor), im Prognosezeitraum noch verstärken. Im Hinblick auf die Fachrichtungsstruktur zeichnen sich für 1990 erhebliche Veränderungen gegenüber 1975 ab. Werden voraussichtlich 37% mehr Arbeitsplätze für Akademiker insgesamt vorhanden sein, so wird sich die Zahl der Arbeitsplätze mit naturwissenschaftlicher Fachrichtung verdoppeln. Fast verdoppeln wird sich die Zahl derjenigen mit der Fachrichtung Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft, während die Zahl der Arbeitsplätze mit der Fachrichtung Erziehungs- und Bildungswesen nur um 16% höher liegen wird. Wegen der unterschiedlichen Altersstruktur in der Ausgangsmasse 1975 wird jedoch der Gesamtbedarf (Ersatz- und Expansionsbedarf) in den

Fachrichtungen Naturwissenschaften und Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft höher liegen als der Ausgangsbestand 1975, in allen anderen Fachrichtungen dagegen zum Teil erheblich niedriger.

Das Angebot an Hochschulabsolventen

Die zweifellos bedeutendste Komponente des künftigen Neuangebots an Akademikern ist die Zahl der voraussichtlichen Absolventen von Hochschulen. Wegen der Wanderungsbewegung von Abiturienten und Studenten wird diese Zahl zwar sehr stark, aber nicht ausschließlich von der Entwicklung des Schülerbestandes im Lande beeinflusst. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist nicht damit zu rechnen, daß alle Absolventen unmittelbar nach der Hochschulprüfung einen Arbeitsplatz anstreben. Wegen Zweitstudium, Promotion oder Heirat ist das Angebot an Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt etwas geringer als die Zahl der Absolventen. Würde man davon ausgehen, daß der Zugang zu Baden-Württembergs Hochschulen nach den für 1976 geltenden Höchstzahlen festgeschrieben wird (Variante I) so wären zwischen 1975 und 1990 im Lande rund 210 000 Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Unterstellt man ein Ansteigen der Studienanfängerzahl auf 22% eines Altersjahrgangs und ein künftiges Konstanthalten dieser Relation (Variante II), sind rund 205 000 arbeitssuchende Absolventen zu erwarten. Rechnet man dagegen mit einer Studierwilligkeit der Abiturienten wie in den vergangenen 4 Jahren und mit einer Aufhebung der Zulassungsbegrenzungen (Variante III), würden

Tabelle 5

Bedarf¹⁾ an erwerbstätigen Akademikern in Baden-Württemberg nach Fachrichtungen bis 1990

Fachrichtungen	Variante I 2)				Variante II 3)				Variante III 4)			
	1976 bis 1990	davon			1976 bis 1990	davon			1976 bis 1990	davon		
		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990
Landwirtschaftliche Fachrichtung	400	100	200	100	800	400	200	200	1 300	600	400	300
Industrielle und handwerkliche Fachrichtung	5 000	2 900	1 600	600	9 900	5 000	3 300	1 700	14 200	6 400	4 600	3 100
Naturwissenschaftliche Fachrichtung	4 200	1 500	1 300	1 400	8 800	3 000	2 900	2 900	13 900	5 000	4 700	4 200
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	14 400	4 700	4 900	4 700	27 200	8 700	9 300	9 200	36 500	11 400	12 500	12 600
Gesundheitswesen	15 000	5 100	5 000	4 900	23 400	8 100	8 200	7 100	27 400	9 400	9 300	8 700
Erziehungs- und Bildungswesen	33 500	19 200	6 400	7 800	61 600	31 900	17 600	12 100	79 900	40 700	26 400	12 700
Theologie	2 300	800	800	700	1 800	600	600	500	2 700	1 000	900	900
Sonstige Fachrichtungen	5 400	1 800	1 900	1 800	9 300	2 900	3 300	3 100	11 500	4 600	3 900	3 100
Insgesamt	80 200	36 000	22 000	22 100	142 800	60 600	45 300	36 800	187 500	79 100	62 800	45 600

1) Ersatz- und Expansionsbedarf. — 2) Variante I: status quo. — 3) Variante II: Lineare Trendextrapolation. — 4) Variante III: Politische Variante.

Tabelle 6

Angebot an Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt¹⁾ in Baden-Württemberg nach Fachrichtungen bis 1990

Fachrichtungen	Variante I 2)				Variante II 3)				Variante III 4)			
	1976 bis 1990	davon			1976 bis 1990	davon			1976 bis 1990	davon		
		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990
Landwirtschaftliche Fachrichtung	3 200	1 200	1 000	1 000	3 400	1 200	1 100	1 200	5 400	1 500	1 800	2 100
Industrielle und handwerkliche Fachrichtung	25 700	7 500	8 900	9 300	28 100	7 500	9 500	11 200	29 800	8 700	9 500	11 700
Naturwissenschaftliche Fachrichtung	15 900	5 400	5 200	5 300	18 800	5 500	6 300	7 000	20 400	5 400	6 700	8 300
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	26 500	9 200	8 700	8 700	31 700	9 400	10 700	11 700	36 900	9 300	12 500	15 100
Gesundheitswesen	20 500	6 000	7 200	7 300	22 400	6 000	7 700	8 800	24 000	6 000	8 100	9 900
Erziehungs- und Bildungswesen	93 800	31 900	30 900	31 000	81 700	31 800	27 300	22 700	150 500	36 200	52 300	62 000
Theologie	4 600	1 000	1 800	1 800	5 000	1 000	1 900	2 200	4 200	900	1 500	1 800
Sonstige Fachrichtungen	9 800	2 900	3 400	3 400	13 900	3 000	5 200	5 700	15 400	3 100	5 700	6 600
Insgesamt	199 800	64 900	67 100	67 800	205 100	65 300	69 400	70 400	286 500	71 200	98 000	117 300

1) Hochschulabsolventen, die nach dem Studium einen Arbeitsplatz anstreben. — 2) Variante I: Studienanfänger begrenzt auf status quo. — 3) Variante II: Studienanfänger begrenzt auf 22% des Altersjahrgangs. — 4) Studienanfänger unbegrenzt.

aus den Hochschulen voraussichtlich 286 000 Absolventen hervorgehen und auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion kann davon ausgegangen werden, daß die Modellrechnung (Angebotsvariante III), die von einem unbegrenzten Zugang zum Hochschulstudium ausgeht, am wenigsten realistisch erscheint. Die Angebotsvariante II, möglicherweise aber auch die Angebotsvariante I, dürften die voraussichtliche Entwicklung am ehesten treffen.

Die Bilanzierung von Angebot und Bedarf

Eine Gegenüberstellung des Nachwuchsbedarfs an Akademikern mit dem arbeitsplatzsuchenden Neuangebot an Hochschulabsolventen zeigt, daß bei allen neun möglichen Gegenüberstellungen⁷ ein Überangebot an Hochschulabsolventen zu verzeichnen ist. Da die Spannweite des Überangebots von 12 000 Akademikern bis zu 206 000 Akademikern reicht, empfiehlt es sich, die Analyse auf die Bilanzierung der Berechnungsgrößen zu konzentrieren, welche die höchste Eintreffwahrscheinlichkeit haben. Das sind auf der Bedarfsseite die Varianten III und II, auf der Angebotsseite die Variante II, eventuell noch die Variante I der Modellrechnungen. Bei der Bilanzierung ist jedoch nicht zu vergessen, daß die für die Gesamtzahl der Akademiker angenommene Variante mit der höchsten Eintreffwahrscheinlichkeit in den einzelnen Fachrichtungen — die ja mit möglichst gleichen Prämissen, nämlich dem Trend 1961/1975

oder politischen Aussagen, fortgeschrieben wurden — durchaus weniger wahrscheinliche Ergebnisse haben kann. Eine Summe der mit der jeweils höchsten Eintreffwahrscheinlichkeit behafteten Zahl für Angebot und Bedarf in jeder einzelnen Fachrichtung zu bilden, geht jedoch über die Analysemöglichkeiten dieser ersten Akademikerbedarfsprognose hinaus.

Ein Nachwuchsbedarf nach der Vorstellung maßgebender Stellen würde bei einer Beschränkung der Studienanfänger auf 22% eines Altersjahrganges in den 15 Jahren bis 1990 zu einem Überangebot von 18 000 stellensuchenden Hochschulabsolventen (Angebotsvariante II) führen. Nach dieser Modellrechnung würde also jeder zwölfte Hochschulabsolvent (knapp 9%) keinen seiner Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden. Besonders groß wäre das Überangebot bei den Absolventen der Ingenieurwissenschaften, aber auch der Naturwissenschaften.

Eine Beschränkung des Hochschulzugangs auf die derzeitigen Höchstzahlen würde das voraussichtliche Überangebot an Hochschulabsolventen auf voraussichtlich 12 000 Akademiker (Angebotsvariante I) begrenzen. Jeder sechzehnte Absolvent (6%) wäre danach ohne einen seinem Qualifikationsniveau entsprechenden Arbeitsplatz. Fachrichtungsspezifische Überangebote wären wiederum bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern und ganz erheblich bei Berufen des Erziehungs- und Bildungswesens zu verzeichnen, während das Unterangebot bei Medizinern und bei Wirtschaftswissenschaftlern bzw. Juristen noch deutlicher würde.

⁷ Drei Bedarfsvarianten verglichen mit drei Angebotsvarianten.

Tabelle 7

Überangebot an Akademikern auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg nach Fachrichtungen bis 1990

Fachrichtungen	Bedarfsvariante III und							
	Angebotsvariante I				Angebotsvariante II			
	1976 bis 1990	davon			1976 bis 1990	davon		
		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990		1976 bis 1980	1981 bis 1985	1986 bis 1990
Landwirtschaftliche Fachrichtung	1 900	600	600	700	2 100	600	700	900
Industrielle und handwerkliche Fachrichtung	11 500	1 100	4 300	6 200	13 900	1 100	4 900	8 100
Naturwissenschaftliche Fachrichtung	2 000	400	500	1 100	4 900	500	1 600	2 800
Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft	– 10 000	– 2 300	– 3 800	– 4 000	– 4 800	– 2 000	– 1 800	– 900
Gesundheitswesen	– 7 000	– 3 400	– 2 100	– 1 400	– 5 000	– 3 400	– 1 600	100
Erziehungs- und Bildungswesen	13 900	– 8 800	4 500	18 300	1 800	– 8 900	900	10 000
Theologie	1 900	– 100	900	900	2 300	– 100	1 000	1 300
Sonstige Fachrichtungen	– 1 700	– 1 700	– 500	300	2 400	– 1 600	1 300	2 600
Insgesamt	12 300	– 14 200	4 300	22 200	17 600	– 13 800	6 600	24 800

Selbst die in der Bedarfsvariante III sehr optimistischen Zuwachsraten – die einerseits auf dem Trend 1970/1975 (Privatwirtschaft und übriger Öffentlicher Dienst), andererseits auf einer Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation beruhen (dagegen steht jedoch die Finanznot der öffentlichen Haushalte) – bringen mit 6 bzw. 9% der stellensuchenden Absolventen eine schon erhebliche Quote von potentiellen arbeitslosen Jungakademikern (Berufsanfängern). Nach der Bedarfsvariante II, die auf dem Trend 1961/1975 und dem Bildungsgesamtplan beruht, wären mit 57 000 bzw. 62 000 überzähligen Absolventen sogar rund 30% der Jungakademiker, also fast jeder Dritte, ohne Aussicht auf einen entsprechenden Arbeitsplatz.

Das aus der Gegenüberstellung von Nachwuchsbedarf von Akademikern und arbeitsplatzsuchenden Hochschulabsolventen bereits zu erwartende Überangebot an Akademikern kann sich noch aus anderen Gründen verstärken. Einmal können im Basisjahr 1975 bereits ausgebildete, aber nicht erwerbstätige Akademikerinnen und Akademiker im Prognosezeitraum ebenfalls noch als Arbeitsplatzsuchende auftreten. Zum anderen ist ein in der Vergangenheit zu beobachtender Wanderungsgewinn an bereits ausgebildeten Akademikern auch in Zukunft nicht auszuschließen. Entscheidend hierfür ist sowohl der Ausbau der Hochschulkapazitäten als auch das wirtschaftliche Wachstum in den anderen Bundesländern, jeweils im Vergleich zu den Entwicklungen in Baden-Württemberg.

4. Wirtschaft

Die Entwicklung der Gesamtwirtschaft wurde in Teil I (Jahresrückblick) und längerfristig als Grundlage der Prognose auch in Teil II eingehend dargestellt. Neben einzelwirtschaftlichen Besonderheiten sind für die zurückliegende und vor allem auch für die künftige Entwicklung Komponenten relevant, die alle Wirtschaftsbereiche mehr oder minder stark tangieren. Hierzu zählt unter anderem die Investitionsbereitschaft, deren Bedeutung nicht nur für die Investitionsgüterindustrie, sondern – wegen ihres Einflusses auf das Wachstum und die Sicherung der Arbeitsplätze – auch für die Produktionsentwicklung in allen Wirtschaftsbereichen bereits dargestellt wurde (Vgl. Teil II, Abschnitt 2.4 ff.). – Von der Verfügbarkeit und dem Preisniveau der Energie ist die Entwicklung aller Wirtschaftsbereiche ebenfalls mehr oder minder direkt abhängig. Die Struktur des Energieverbrauchs und seine Veränderungen unter besonderer Berücksichtigung rezessiver Tendenzen werden deshalb hier in einem eigenständigen Kapitel untersucht.

4.1 Die Investitionen in der Industrie 1975

Überblick

Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit wie auch die nach anfänglicher Beschleunigung zwischenzeitlich nun eher verhalten sich entwickelnde Konjunkturbelebung lassen der Beobachtung der Investitionstätigkeit weiterhin eine besondere Bedeutung zukommen.

Unter Investitionen versteht man die Erstellung von *Anlageinvestitionen* und die *Veränderung von Lagerbeständen* von halbfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion. Gesamtwirtschaftlich gesehen unterscheidet man bei den Anlageinvestitionen allgemein lediglich zwischen Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen, da man davon ausgehen kann, daß die Käufe von gebrauchten Anlagen und Land sich weitgehend mit entsprechenden Verkäufen anderer Wirtschaftssubjekte saldieren. Bei der Statistik eines bestimmten Wirtschaftsbereiches, wie sie die Investitionserhebung in der Industrie bei Unternehmen und Betrieben mit mehr als 50 tätigen Personen darstellt, werden dagegen *alle* Zugänge auf Anlagekonten erfaßt. Bei den dargestellten Größen handelt es sich grundsätzlich um Bruttoanlageinvestitionen, das heißt also, daß neben den Nettoinvestitionen auch die Ersatzinvestitionen mitenthalten sind. Eine genaue Trennung ist nicht möglich. Statistisch werden in der Regel Ersatzinvestitionen und Abschreibungen gleichgesetzt, was allerdings nicht befriedigen kann, weil die Höhe der Abschreibungen sehr stark von den Bewertungsansätzen abhängt und es grundsätzlich möglich ist, mittels geeigneter Abschreibungspraktiken auch Neuinvestitionen mit zu finanzieren. Die unter den Aspekten einer Schaffung neuer bzw. einer Gefährdung bestehender Arbeitsplätze wichtige Unterscheidung zwischen Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen ist ebenfalls nicht möglich, denn aus dem Material der amtlichen Statistik ergeben sich anhand der Differenzierung nach Investitionsarten allenfalls indirekte Anhaltspunkte für eine solche Gliederung.

Weitere Informationen lassen sich nur aus eigenständigen Erhebungen über Investitionsmotive und -ursachen gewinnen, wie sie regelmäßig z. B. in den Investitionsumfragen des IFO-Instituts veröffentlicht werden. Auf beide Bereiche wird nachfolgend noch einzugehen sein.

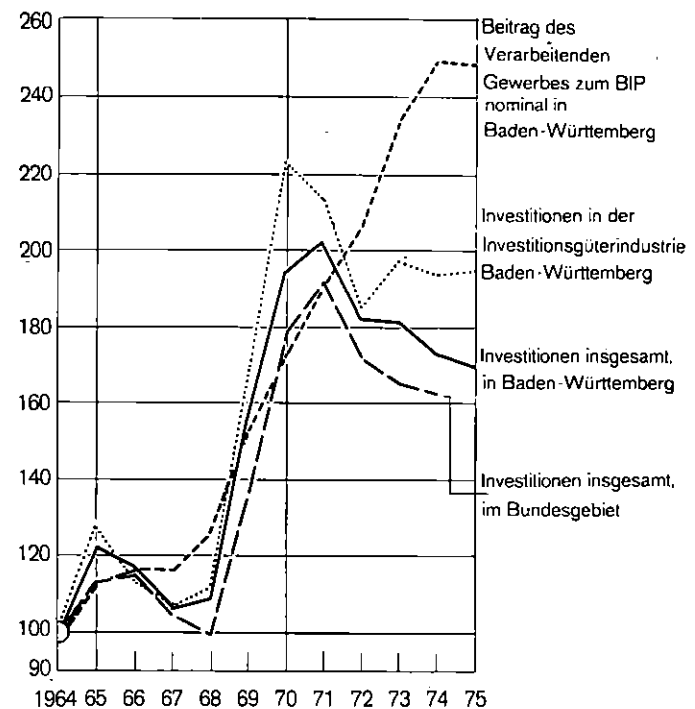
Im Jahre 1975 erreichte das Investitionsvolumen der baden-württembergischen Industrie einen Wert von 5,105 Mrd. DM. Die Investitionen haben sich damit zum vierten Mal in ununterbrochener Reihenfolge vermindert, sie sind nominal seit 1971 um 980 Mill. DM oder jahresdurchschnittlich um 4,3% gefallen.

In diesem Zusammenhang muß allerdings beachtet werden, daß in einem ebenso langen Zeitraum, nämlich zwischen 1967 und 1971 die Investitionen ganz erheblich um fast 2,9 Mrd. DM oder um jahresdurchschnittlich über 17% zugenommen haben. Insbesondere die Zunahme zwischen 1968 und 1969 (gut 43%) trug dabei zu dieser beachtenswerten Niveauverschiebung des Investitionsvolumens bei (*Schaubild 1*). Auf weitere Aspekte dieser Entwicklung wird noch einzugehen sein.

Ein Vergleich mit dem gesamten Bundesgebiet zeigt einen im wesentlichen parallelen Verlauf der Ent-

Schaubild 1

Kennzahlen zur Investitionsentwicklung (1964 = 100)



14877

wicklung, wobei die Meßziffern für Baden-Württemberg seit 1968 immer um etwa 10 bis 20 Punkte höher liegen als diejenigen für den Bund. Die Beurteilung der vergangenen und wohl auch künftigen Investitionsentwicklung dürfte demnach für Bund und Land ähnlich gelagert sein (*Schaubild 1*).

Überlegungen zur Investitionslücke

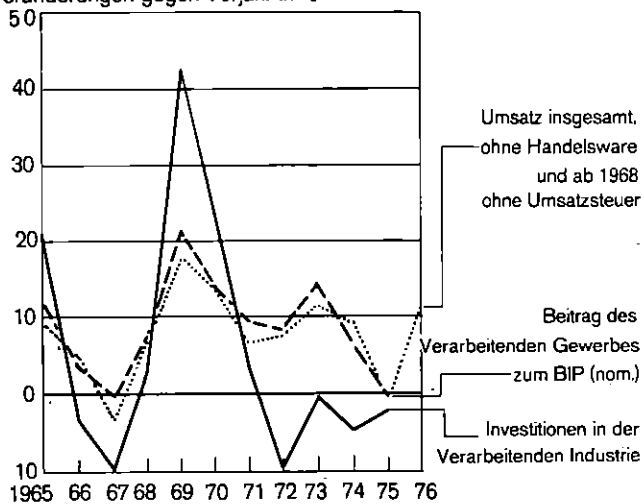
Im Zusammenhang mit dem seit 1971 anhaltenden Rückgang der Investitionen wird oft von einer Investitionslücke gesprochen. Mit diesem Begriff soll offenbar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Investitionstätigkeit zu niedrig ausgefallen ist. Eine eindeutige Definition scheint es jedoch ebensowenig zu geben wie eine befriedigende Quantifizierung dieses Phänomens, was sicherlich damit zusammenhängt, daß es keine sicheren Indikatoren für die wünschenswerten oder erforderlichen Investitionen gibt. Schon die Feststellung einer „Investitionslücke“ gestaltet sich deshalb ziemlich schwierig, was auch zu verschiedenen Kontroversen über ein Vorliegen oder Nichtvorliegen derselben geführt hat. Zur Untersuchung muß man sich deshalb an verschiedenen Hilfslösungen orientieren. Die Methode einer Trendfortschreibung der bisherigen Investitionsentwicklung ist dabei ziemlich problematisch, weil von bisher *getätigten* nicht auf künftig *erforderliche* Investitionen geschlossen werden kann.

Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, das Phänomen der Investitionslücke mit Hilfe eines Vergleichs der Produktions- und der Investitionsentwicklung zu analysieren. Vergleicht man beispiels-

Schaubild 2

Investitionen und Umsätze in der Verarbeitenden Industrie sowie der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt

Veränderungen gegen Vorjahr in %



14777

weise die nominalen Investitionen in der Industrie mit den industriellen Umsätzen oder dem Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, zeigt sich in der Tat ein Auseinanderklaffen in den Entwicklungen. So haben sowohl die Umsätze in der Industrie als auch die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1971 und 1975 um jahresdurchschnittlich 6,7% bzw. 7,0% recht beachtlich zugenommen, während die Investitionen um durchschnittlich 4,3% abnahmen. In einer längerfristigen Gegenüberstellung ergeben sich dabei insofern gewisse Schwierigkeiten, als die Umsätze seit 1968 ohne, die Investitionen jedoch einschließlich Umsatzsteuer ausgewiesen sind. Aus diesem Grund orientieren sich die nachfolgenden tendenziellen Überlegungen vor allem auf den Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt als Repräsentant für die Produktion.

Die Diskrepanz zwischen Produktions- und Investitionsentwicklung dürfte nur zu einem geringen Teil durch unterschiedliche Preissteigerungen erklärt sein, denn der Index der industriellen Erzeugerpreise für Investitionsgüter (Basis 1970 = 100) stieg zwischen 1971 und 1975 um 36,7 Punkte und damit um genau so viel wie derjenige für die Industrieerzeugnisse im Inlandsabsatz (36,5 Punkte). Gegenläufige Entwicklungen zwischen Investition und Produktion sind nicht neu, wie die *Schaubilder 1 und 2* zeigen. Investitionen haben ja auch eine grundsätzlich andere Funktion als die Umsätze, nämlich den Kapitalstock zu erweitern, zu regenerieren oder völlig umzugestalten, wobei beispielsweise eine Steigerung der Investitionen nicht unbedingt in der gleichen Periode erfolgen muß, in der auch die Pro-

duktionszunahme erfolgte. Dennoch ist innerhalb bestimmter Zeiträume eine gewisse Angleichung in den Entwicklungen von Produktion und Investition sicherlich wünschenswert, da Investitionen Kapazitäten schaffen, die in mehr oder minder absehbarer Zeit für die Produktion erforderlich sind.

Während sich in der Vergangenheit innerhalb bestimmter Zeiträume – man nehme zum Beispiel 1964 bis 1968 und 1968 bis 1972 – immer ein bestimmter Ausgleich zwischen Produktions- und Investitionsentwicklung ergeben hat, sind beide Größen ab 1972 mehr und mehr auseinandergeklaffen.

Die Abnahme der Investitionen nach 1971 darf allerdings nicht isoliert von den enormen Zunahmen zwischen 1967 und 1971 betrachtet werden; sie dürfte zu einem gewissen Teil auch als eine Reaktion auf die enormen Investitionssteigerungen in dieser Zeit angesehen werden. Im Zusammenhang damit sprechen für diese zurückliegende Phase einige Analytiker sogar von „Überinvestitionen“, durch die Kapazitäten geschaffen wurden, deren Nutzung eine längere (bzw. zu lange) Zeit vorhalten konnte. Selbst wenn man aber berücksichtigt, daß das investierte Anlagevermögen die Nutzungsdauer einer mehr oder minder großen Anzahl von Perioden hat, deutet das starke Auseinanderklaffen von Produktion und Investitionen während einer so langen Zeit unter anderem auch auf eine ungenügende Realkapitalausstattung und/oder eine Überalterung des industriellen Anlagevermögens hin. Dies gilt umso mehr, als es sich um Bruttoanlageinvestitionen handelt, die auch die reinen Ersatzinvestitionen mitenthalten, die zur Erhaltung des dem technischen Verschleiß wie dem vorzeitigen technischen Veralten unterworfenen Kapitalbestandes dienen. Insofern ist die Investitionszurückhaltung bei der Industrie durchaus ernst zu nehmen. Insbesondere bei einem weiteren Anhalten dieser Entwicklung könnten dann wegen zu geringer bzw. überalterter Kapitalausstattung echte Probleme für das wirtschaftliche Wachstum entstehen.

Struktur der Investitionen

Die meisten Investitionen wurden in den Investitionsgüterindustrien getätigt, deren Anteil 1975 rund 57% betrug. Schwerpunkte innerhalb dieses Bereichs stellten der Fahrzeugbau, der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie dar. (Tabelle 1). Auch die Chemische Industrie als wichtigste Gruppe der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zählt noch zu den Industrien mit einem hohen Anteil an den gesamten Investitionen. Diese vier Industriegruppen vereinigen allein 55% der Investitionen auf sich und bestimmen damit das Investitionsgeschehen des Landes entscheidend mit. Mit Ausnahme der Textilindustrie und der Herstellung von Büromaschinen etc. weisen die restlichen Gruppen nur geringe, mehrheitlich unter 2% liegende Anteile an den Investitionen auf.

Längerfristig betrachtet hat sich der Anteil der Investitionen im *Bergbau* und in der *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie* nur leicht vermindert.

(Tabelle 1). Eindeutige Zunahmen wiesen dabei vor allem die Investitionen in der Chemischen Industrie auf, wogegen diejenigen in der Industrie der Steine und Erden sich gegenüber 1965 mehr als halbierten.

Innerhalb der *Investitionsgüterindustrie*, deren Anteil sich leicht erhöhte, hat der Fahrzeugbau den

Maschinenbau im Zeitablauf inzwischen eindeutig überholt, auch wenn man die Herstellung von Büro-maschinen etc. hinzunimmt, deren Investitionen sich gegenüber 1970 verhältnismäßig günstig entwickelten. Die Elektrotechnische Industrie, die nach dem Fahrzeugbau 1975 die zweitmeisten Investitionen tätigte, hat gegenüber 1970 an Boden verloren. Bei den *Verbrauchsgüterindustrien* konnte nur die Kunststoffverarbeitung ihren Anteil merklich erhöhen. Trotz anteilmäßig erheblich reduzierter Investitionen

Tabelle 1

Investitionen der industriellen Betriebe¹⁾ nach hauptbeteiligten Industriegruppen

Industriebereich Industriegruppe Ausgewählte Industriezweige	Investitionen insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteil an den Investitionen insgesamt			Investitions- intensität 1975
			1975		1970	
	1000 DM		%			DM je Beschäftigten
Bergbau	11 648	+ 27,5	0,2	0,3	0,3	13 768
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrie	1 070 867	— 4,3	21,0	20,1	21,8	7 102
davon						
Mineralölverarbeitung und Kohlen- wertstoffindustrie	121 074	— 15,5	2,4	2,9	5,2	6 577
Industrie der Steine und Erden	50 495	— 41,2	1,0	0,8	0,9	3 827
Eisenschaffende Industrie	39 565	— 28,3	0,8	1,9	1,3	2 389
NE-Metallindustrie	15 987	— 21,6	0,3	0,6	0,7	3 653
Gießereiindustrie	523 753	+ 5,0	10,3	7,7	9,1	9 268
Ziehereien und Kaltwalzwerke	26 182	+ 41,6	0,5	0,6	0,6	6 147
Chemische Industrie 2)	146 069	— 11,2	2,9	3,2	2,1	9 465
Sägewerke und Holzbearbeitung	52 170	— 9,4	1,0	2,0	0,8	2 829
Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung	2 903 688	+ 0,6	56,9	56,5	51,7	3 641
Kautschuk- und Asbestverarbeitung	70 193	— 3,6	1,4	1,7	1,4	3 156
Investitionsgüterindustrie	25 450	— 7,5	0,5	0,7	0,8	1 505
davon	604 238	— 8,8	11,8	14,8	17,9	2 542
Stahlverformung	1 003 955	+ 30,0	19,7	16,0	13,1	6 260
Stahlbau	9 858	+ 4,1	0,2	0,1	0,1	2 973
Maschinenbau	669 530	— 11,4	13,1	13,6	11,2	2 991
Fahrzeugbau	126 760	— 0,9	2,5	1,6	1,7	3 149
Schiffbau und Luftfahrzeugbau	22 032	— 30,0	0,4	0,6	0,7	1 239
Elektrotechnische Industrie	172 904	— 15,3	3,4	4,0	4,8	2 862
Feinmechanik und Optik	198 768	— 10,3	3,9	3,2		13 677
Uhrenindustrie	799 614	— 6,1	15,7	16,9	18,9	2 818
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie						
Herstellung von Büromaschinen, EDV- Geräten und -einrichtungen	23 020	— 20,1	0,5	0,6	0,7	1 428
Verbrauchsgüterindustrie						
davon	6 068	— 33,5	0,1	0,2	0,3	1 398
Musikinstrumenten-, Spiel-, Sport- und Schmuckwarenindustrie	10 167	— 8,7	0,2	0,3	0,2	1 261
darunter	10 283	— 2,5	0,2	0,3	0,2	2 347
Spielwarenindustrie	40 455	+ 24,0	0,8	0,8	0,6	6 119
Schmuckwarenindustrie	113 717	— 15,0	2,2	1,9	2,1	3 026
Feinkeramische Industrie	77 189	+ 0,0	1,5	1,6	1,3	3 951
Glasindustrie	97 032	— 10,3	1,9	2,3	1,6	3 152
Holzverarbeitende Industrie	131 298	— 5,5	2,6	2,4	1,9	4 192
Papier- und Pappeverarbeitung	5 436	+ 18,7	0,1	0,2	1,2	2 164
Druckerei und Vervielfältigung	19 610	— 12,6	0,4	0,5	0,6	1 484
Kunststoffverarbeitung	247 985	— 7,0	4,9	5,7	7,9	2 678
Ledererzeugung	33 589	+ 18,5	0,7	0,7	0,8	1 156
Lederverarbeitung und Schuhindustrie	318 777	— 10,4	6,2	6,2	7,3	6 840
Textilindustrie						
Bekleidungsindustrie	309 591	— 9,8	6,1	5,9	7,0	7 015
Nahrungs- und Genußmittelindustrie						
davon	29 446	+ 7,9	0,6	0,5	0,6	3 963
Ernährungsindustrie	107 565	— 17,0	2,1	2,1	3,2	11 871
darunter	9 186	— 27,5	0,2	0,3	0,4	3 716
Mühlen- und Nahrungsmittelindustrie						
Brauereien						
Tabakverarbeitung						
Gesamte Industrie	5 104 594	— 2,2	100,0	100,0	100,0	3 990

1) Industrielle Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen. — 2) Ohne Kohlenwertstoffindustrie.

blieb die Textilindustrie die investitionsstärkste Gruppe. Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* schließlich konnte ihren Anteil gegenüber 1970 halten.

Besser noch als die absolute Höhe der Investitionen selbst können geeignete Kennzahlen die unterschiedliche Investitionskraft der Industriezweige verdeutlichen. Hierzu zählen vor allem die Investitionen je tätige Person (*Investitionsintensität*). Gemessen an diesem Indikator wiesen 1975 die kapitalintensiven Industrien Mineralölverarbeitung und Eisenschaffende Industrie die höchste Investitionskraft auf, gefolgt vom Bergbau, der Herstellung von Büromaschinen etc. und den Brauereien (*Tabelle 1*). Noch vor dem „Investitionsriesen“ Fahrzeugbau liegen die Chemische und die Ernährungsindustrie sowie die *absolut* relativ wenig investierende Industrie der Steine und Erden und die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung.

Die Investitionsintensität hat im Jahr 1975 im Gegensatz zum Investitionsvolumen erstmals seit 1971 wieder um immerhin 6,2% zugenommen. Diese scheinbare Diskrepanz erklärt sich daraus, daß in einigen Industriezweigen (Büromaschinen- und EDV-Geräteindustrie, Kunststoffverarbeitung, Textilindustrie) der Beschäftigtenrückgang noch höher als die Kürzung der Investitionen ausfiel oder in einigen anderen Fällen die Investitionen bei gleichzeitigem Personalabbau zum Teil sogar erheblich ausgeweitet wurden (Chemische Industrie, Fahrzeugbau, Bekleidungsindustrie). Dieses Zusammenspiel legt die Vermutung nahe, daß es sich bei den Investitionen des Jahres 1975 vielfach weniger um echte Kapazitätsausweitungen, sondern eher um Ersatz- und möglicherweise auch Rationalisierungsinvestitionen handelte. Daraus kann jedoch nicht der Schluß abgeleitet werden, daß zukünftige Investitionen nur Rationalisierungsinvestitionen sein werden. Die Annahme, daß es sich um Ersatzinvestitionen handelt, wird erhärtet durch die Tatsache, daß die Investitionen in Gebäuden und bebauten Grundstücken, die wohl am ehesten der unmittelbaren Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen dienen, nach einem Rückgang im Jahr 1974 (– 15,4%) auch in dem Berichtsjahr erneut um mehr als ein Fünftel gesunken sind, während die Maschinen-, Betriebs- und Geschäftsausstattung um immerhin 5% zugenommen hat. Diese Entwicklung stimmt von der Größenordnung her gesehen auch mit der Tendenz im gesamten gewerblichen Hochbau überein, der, gemessen an den Arbeitsstunden, seine Leistung um ebenfalls ein reichliches Fünftel verringerte.

Die Investitionen in den Branchen 1975

Interessante Aufschlüsse über das Investitionsverhalten in einer tiefen Rezession lassen sich aus den Veränderungen in den einzelnen Branchen gegenüber 1974 gewinnen. Die *Investitionsgüterindustrie* hatte

dabei als einziger Bereich einen Zuwachs zu verzeichnen, der fast ausschließlich auf einen Investitionsschub im Fahrzeugbau von 231 Mill. DM (+ 30%) zurückzuführen war, nachdem diese Branche bereits 1974 eine Investitionssteigerung um über 20% zu verzeichnen hatte. Der Fahrzeugbau war durch das Zusammenwirken günstiger Faktoren in der Rezession vergleichsweise gut weggekommen: Im Nutzfahrzeugbereich hatte im Herbst 1974 ein Großauftrag aus dem Nahen Osten und bei den Personenkraftwagen der verschleißbedingte Nachholbedarf, der infolge der durch die Ölkrise 1973 weitverbreiteten Zurückhaltung beim Neuwagenkauf entstanden war, dazu geführt, daß nur verhältnismäßig geringe Produktionseinschränkungen hingenommen und in einzelnen Teilbereichen sogar erst neue Produktionskapazitäten geschaffen werden mußten. Hinzu kam eine geradezu stürmische, weitgehend durch die Investitionszulage initiierte Entwicklung der Inlandsnachfrage, die wegen zu erwartender Kapazitätsengpässe zusätzlich dazu beigetragen haben wird, geplante Investitionsvorhaben noch im Jahr 1975 beschleunigt durchzuführen.

Die Elektrotechnische Industrie hat dagegen wie schon 1974 über 11% weniger als im Vorjahr investiert und mit über 86 Mill. DM von allen Industriezweigen das Investitionsvolumen am stärksten eingeschränkt. Hinsichtlich der Investitionsintensität lag sie mit 2 991 DM um 1 000 DM oder ein Viertel unter dem Landesdurchschnitt. Wegen des Personalabbaus in der elektrotechnischen Industrie, der mit 19 900 Beschäftigten absolut am stärksten ausgefallen war, konnten allerdings kaum Kapazitätserweiterungen größeren Ausmaßes erwartet werden.

Der Maschinenbau, der größte Industriezweig und vom Produktionssortiment her gesehen zugleich auch die am ehesten typische Investitionsgüterbranche, hat sein Investitionsgütervolumen um fast 9% reduziert. Die Investitionen je Beschäftigten lagen um mehr als ein Drittel unter dem Landesdurchschnitt. Die Rezession hatte hier besonders hohe Produktionseinbußen (– 12,3%) hervorgerufen und zur Einsparung von 14 000 Arbeitsplätzen geführt. Die entsprechend ungenügende Kapazitätsauslastung wurde von einem trotz der Investitionszulage ziemlich starken Rückgang des Auftragsvolumens (– 6,7%) begleitet, so daß für den Maschinenbau selbst über den Ersatzbedarf hinaus kaum Investitionsanreize gegeben waren.

Weiterhin wurde in nennenswertem Umfang noch in der Büromaschinen- und EDV-Geräteindustrie investiert, wobei allerdings das Vorjahresniveau um über 10% unterschritten wurde.

Erwähnenswert ist schließlich auch der Investitionsrückgang in der EBM-Warenindustrie, der nach der Uhrenindustrie (– 30%) mit über 15% unter den Zweigen der Investitionsgüterindustrie relativ am höchsten ausfiel.

Die *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie* einschließlich Bergbau, die von der Beschäftigtenzahl her gesehen mit deutlichem Abstand erst an dritter Stelle rangiert, hat mit 1 083 Mill. DM um 4% weniger als 1974, aber fast ebensoviel investiert wie die beiden übrigen großen Industriebereiche zusammen. Die Investitionsintensität erreichte wegen der Häufung kapitalintensiver Industriezweige den höchsten Wert aller Bereiche. Auch hier überwogen mit einem Anteil von mehr als drei Vierteln die Investitionen in Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, die im Gegensatz zu den rückläufigen Gebäude- und Grundstücksinvestitionen (– 16,6%) geringfügig zugenommen haben.

Nicht ganz die Hälfte aller Investitionen dieses Bereichs entfielen auf die Chemische Industrie, die nach einer Steigerung um 5% das viertgrößte Investitionsvolumen aller Industriezweige aufwies. Bemerkenswert hoch war hier auch der Anteil der Gebäude und bebauten Grundstücke von etwa einem Drittel. Die Investitionsintensivität betrug mehr als das Doppelte des Branchendurchschnitts. Hohe, wenn auch ziemlich stark verminderte Investitionen verzeichneten noch die Holzschliff-, Zellstoff- und Papierverarbeitungsindustrie mit 146 Mill. DM (– 11,2%) und die Industrie der Steine und Erden mit 121 Mill. DM (– 15,5%).

Die *Verbrauchsgüterindustrie* mußte ihr Investitionsvolumen mit 52 Mill. DM von allen großen Industriebereichen am meisten reduzieren. Das wirkte sich insbesondere bei den Gebäude- und Grundstücksinvestitionen (– 35,8%) aus, deren Anteil um ein Drittel schrumpfte, während die Ausrüstungen um 6,7% anstiegen. Von den absolut höchsten Investitionseinbußen waren die Holzverarbeitende Industrie mit 20 Mill. DM und die Textilindustrie mit 18,5 Mill. DM betroffen, gefolgt von der Druckerei- und Vielfältigungsindustrie mit 11 Mill. DM und der Kunststoffverarbeitung mit 7,6 Mill. DM.

Investitionszunahmen hatten in größerem Umfang lediglich die Glasindustrie und die Bekleidungsindustrie zu verzeichnen. Dabei ist bemerkenswert, daß erstere die höchsten Investitionen je Beschäftigten im Verbrauchsgüterbereich, letztere die geringsten von allen Industriezweigen überhaupt tätigte.

Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* ließ von allen großen Industriebereichen die geringste Investitionsneigung erkennen. Fast drei Fünftel der gesamten Einbuße von 37 Mill. DM entfielen auf die Brauereien (– 17%). Dennoch machte das Investitionsvolumen dieses Zweigs noch mehr als ein Drittel desjenigen der gesamten Nahrungs- und Genußmittelindustrie aus.

Überlegungen zur weiteren Entwicklung

Das Jahr 1975 war der Höhepunkt der zurückliegenden Rezession. Bereits im Sommer und zunehmend

im Herbst dieses Jahres verdichteten sich aber bereits die Anzeichen für eine Konjunkturwende. Die Auftriebskräfte waren dennoch zu schwach bzw. sie kamen zu spät, um sich auf die effektiv getätigten Investitionen in demselben Jahr nachhaltiger auswirken zu können. Ein Großteil der damaligen Bestellungen wird sich erst in den Bilanzen des Jahres 1976 niedergeschlagen haben, weil es sich vielfach auch um vorgezogene Investitionen gehandelt haben dürfte, die wegen der Terminierung der Investitionszulage erst bis Mitte des Jahres fertiggestellt sein mußten. Trotz einer unverkennbaren Aufwärtstendenz blieb die Produktion im Lande zunächst allerdings hinter der Nachfrageentwicklung zurück. Die häufig diagnostizierte Konjunkturabschwächung um die Jahresmitte, die ebenfalls weitgehend eine Folge der künstlich geschaffenen Investitionsanreize im Jahr 1975 sein dürfte, ist weniger gravierend zu beurteilen als die Tatsache, daß sowohl die Inlandsaufträge als auch die Produktion, vor allem beim Maschinenbau, nicht so recht in Gang kommen. Darüber können auch die verstärkten Belegungstendenzen im Herbst 1976 nicht hinwegtäuschen. Trotz gesunkenen Kosten drucks und reichlich vorhandener Finanzierungsmöglichkeiten bleibt offensichtlich das Investitionsklima gestört.

Einigermaßen zuverlässige Indikatoren für die Abschätzung des Investitionsvolumens sind auf Landesebene nicht vorhanden. Zu vertreten ist allenfalls ein vorsichtiger Hinweis auf die wahrscheinliche Entwicklungsrichtung des Jahres 1976, wobei vorwiegend auf nur für das gesamte Bundesgebiet vorliegenden Zahlenmaterial zurückgegriffen werden muß. Anhaltspunkte für die Ausrüstungen liefert zunächst einmal die inländische Versorgung (Produktion + Einfuhr – Ausfuhr) mit Investitionsgütern. Die Produktion der Investitionsgüterindustrie ist im Bundesgebiet gegenüber 1975 um 7,3%, die des Maschinenbaus um lediglich 0,2% gewachsen. Die Einfuhr von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrie aus dem Ausland nahm in demselben Zeitraum um 22,5% zu, die von Maschinenbauerzeugnissen vergrößerte sich um 17,4%. Die Ausfuhr von Investitionsgütern stieg um 16,1%, während die der Maschinenbauerzeugnisse nur um 11,8% wuchs. Daraus kann abgeleitet werden, daß die inländische Versorgung mit Ausrüstungen 1976 zugenommen hat, wobei der Zuwachs etwas über dem der heimischen Produktion liegen dürfte. Bei den Gebäuden und bebauten Grundstücken kann man sich behelfsweise an der über die Arbeitsstunden gemessenen Produktionsleistung im gesamten gewerblichen Hochbau orientieren. Nach den für das Land für 1976 vorliegenden Ergebnissen ergab sich eine Zunahme um 3,7%. Auf jeden Fall kann nach diesen Indizien auch für den Bereich der Industrie eine steigende Investitionsneigung sowohl bei den Ausrüstungen als auch in geringerem Umfang bei den Bauten erwartet werden.

Diese Annahmen stehen durchaus in Einklang mit den Erwartungen des IFO-Instituts, das nach Abnahmen zwischen 1973 und 1974 bzw. 1974 und 1975 um real 9% bzw. 8% für 1976 aufgrund seines IFO-Investitionstests immerhin eine Zunahme um 1% schätzt¹

Für eine Vorausschau auf 1977 liegen die Anhaltspunkte nur in Form von gesamtwirtschaftlichen Prognosen, z.B. des Sachverständigenrats, vor. Danach sollen die Bruttoanlageinvestitionen aller Wirtschaftsbereiche ähnlich wie 1976 in der Größenordnung von 6 bis 8% steigen, wobei vor allem bei den Ausrüstungen eine größere Steigerung erwartet wird. Ein Investitionsboom, wie er früher im Konjunkturaufschwung zu beobachten war, ist damit in naher Zukunft allerdings nicht in Sicht. Die Investitionsbelebung wird also über den Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturentwicklung in nennenswertem Umfang kaum hinausgehen, womit gleichzeitig die Gefahr besteht, daß das Wachstum in den nächsten Jahren nicht zur Beseitigung der Arbeitsplatzlücke ausreichen wird.

Diese Annahme wird auch gestützt durch die Ergebnisse der Erhebung des IFO-Instituts über Motiv und Art der auf mittlere Sicht geplanten Investitionen in ausgewählten Unternehmen. Der Zwang zur Rationalisierung ist demzufolge unverändert hoch (über 80% der Unternehmen), während die für Kapazitätserweiterungen ausschlaggebenden Gründe zu kleiner Produktionskapazitäten bzw. Arbeitskräftemängel mehr und mehr an Gewicht verlieren².

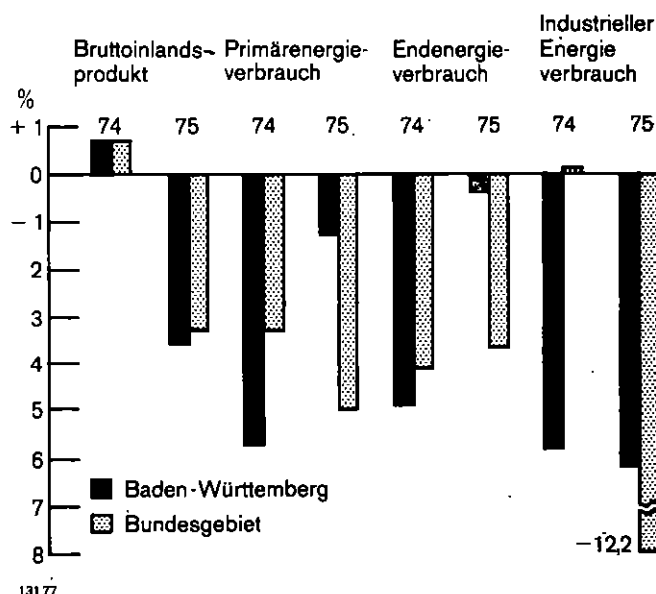
4.2 Strukturen und Tendenzen in der Energiewirtschaft

Bestimmend für die baden-württembergische Energiewirtschaft war seit je der ausgeprägte Mangel an eigenen Energiequellen. Dies hat nicht nur zu einer sehr hohen Lieferabhängigkeit beigetragen, sondern auch auf die strukturellen Besonderheiten der Ansiedlung von Industrien Einfluß genommen. Viele Eigenarten, die die energiewirtschaftlichen Zusammenhänge in Baden-Württemberg aufweisen, dürften darauf zurückzuführen sein. Sie kamen auch in der Art und Weise zum Ausdruck, wie die Energieverbraucher auf Ölkrise und Rezession reagierten. Während deren Folgen aus der Energiebilanz für die Jahre 1974 und 1975 abgelesen werden können, lassen sich die Entwicklungen von 1976 vorerst nur für Teilbereiche überblicken.

Vom Bundesdurchschnitt abweichende Entwicklung
Besonders auffallend war, daß unter dem Eindruck der Ölkrise der Gesamtverbrauch an Energie 1974

Schaubild 3

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und ausgewählter Energiedaten gegenüber dem Vorjahr



in Baden-Württemberg stark zurück ging. Im gesamten Bundesgebiet war die Abschwächung nicht in diesem Ausmaß zu beobachten. Umgekehrt fiel 1975 bundesweit der Schwerpunkt der Verbrauchsänderung mit der einschneidenden Nachkriegs-Rezession zusammen, während die baden-württembergische Energiewirtschaft sich davon weniger betroffen zeigte (Schaubild 3).

Die unterschiedlichen Entwicklungen erklären sich wesentlich aus dem industriellen Energieverbrauch. Im Bundesdurchschnitt hatte er sich 1974 im Vergleich zum Vorjahr überhaupt nicht verändert, dafür 1975 um so heftiger. In Baden-Württemberg ging der Energieverbrauch der Industrie in beiden Jahren relativ gleichmäßig zurück. Bei differenzierter Betrachtung läßt sich die Ursache dafür in einer hier relativ geringen Bedeutung der sehr energieintensiven eisenschaffenden Industrie erkennen, was sich wiederum aus der fehlenden Möglichkeit einer billigen Energieversorgung ergibt. Auf diese Branche entfällt bundesweit jede dritte in der Industrie und jede siebte insgesamt letztverbraachte Steinkohleeinheit (1 kg Steinkohleeinheiten = 1 kg SKE = 7 000 Kilokalorien = 0,7 Liter Öl). In Baden-Württemberg beträgt der Anteil der Stahlerzeugung unter 1% des industriellen Energieverbrauchs. So hat denn auch lediglich der Stahl-Boom von 1974 den Energieverbrauch der Industrie im Bundesgebiet aufrechterhalten, nicht dagegen in Baden-Württemberg. Dafür blieb hier der scharfe Rückschlag aus, den 1975 die Stahlerzeugung und damit der industrielle Energieverbrauch in der Bundesrepublik erfuhren.

¹ Vgl. IFO-Schnelldienst Nr. 33/1976, S. 8.

² Vgl. IFO-Schnelldienst Nr. 33/1976, S. 8.

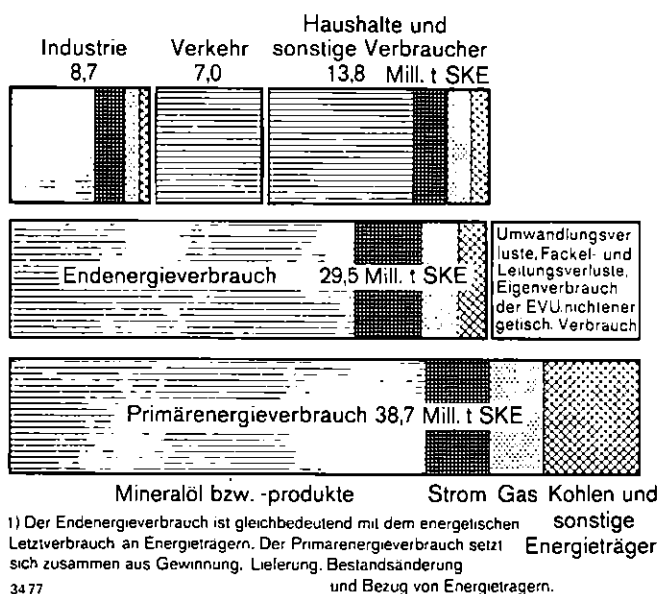
Mehrverbrauch nur beim Verkehr

Zum Rückgang des gesamten Energieverbrauchs um 0,4% auf 29,5 Mill. t SKE hatte dennoch auch in Baden-Württemberg 1975 der um 6,2% gesunkene Verbrauch der Industrie ganz überwiegend beigetragen. Die Abnahme erfaßte alle Energieträger ziemlich gleichermaßen. Die Zusammensetzung des Verbrauchs änderte sich lediglich etwas zuungunsten der Kohle. Nachdem der Anteil der Industrie am gesamten Endenergieverbrauch schon 1974 auf 31,4% zurückgegangen war, unterschritt er 1975 in Baden-Württemberg im Vergleich der bisher vorliegenden Energiebilanzen erstmals die 30-Prozent-Marke (vgl. *Schaubild 4*).

Wiederum nur eine leichte Abnahme des Endverbrauchs wurde beim Bereich „Haushalte und sonstige Verbraucher“ mit – 1,2% verzeichnet. Das entspricht auch in etwa der Veränderung von 1973 auf 1974 (– 2%). Der Rückgang des Verbrauchs an Energie dürfte in dieser Gruppe vor allem von der milden Winterwitterung ermöglicht worden sein. Etwa 80% des Energieverbrauchs entfallen in dieser Verbrauchergruppe auf Heizenergie. Zwischen den einzelnen Energieträgern zeigen sich allerdings auffällige Verschiebungen. So ist der Verbrauch an Stein- und Braunkohlen zurückgegangen. Gas und Strom konnten dagegen sogar noch Zunahmen verbuchen. Nahezu konstant geblieben ist der Verbrauch von Mineralölprodukten, der allerdings bereit 1974 erheblich zurück-

Schaubild 4

Struktur des Energieverbrauchs¹⁾ 1975



gefallen war (– 7,4%). Im Unterschied zum Bundesergebnis hat sich in Baden-Württemberg der anteilige Endverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher 1975 nicht vergrößert und lag fast unverändert bei 46,6%.

Tabelle 2

Mineralölbilanz¹⁾ in 1000 t SKE

Aufkommen / Verwendung	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Erdölgewinnung	158	163	163	154	131	124
Erdölzufuhr 2)	23 178	23 292	23 594	25 241	20 850	17 883
Erdöleinsatz	23 336	23 455	23 757	25 395	20 981	18 007
Raffinerieausstoß	22 525	23 467	23 562	25 525	21 253	18 555
darunter Motorenbenzin	3 832	3 922	3 492	3 642	3 470	3 955
Dieselkraftstoff	1 913	1 818	1 831	2 135	2 063	2 084
Heizöl, leicht	7 620	7 845	8 185	8 929	7 082	5 644
Heizöl, schwer	6 719	7 396	7 251	7 816	6 153	5 068
Eigenverbrauch, Verluste	588	458	361	389	609 3)	566
Primärenergieverbrauch von Mineralölprodukten	2 351	2 017	3 255	2 903	4 211	7 141
Umwandlungseinsatz	2 861	3 056	3 570	3 518	2 459	2 682
Nichtenergetischer Verbrauch	1 389	1 349	1 421	1 462	1 412	1 197
Endenergieverbrauch	20 038	20 621	21 465	23 059	20 984	21 251
davon Industrie	6 086	6 176	6 280	6 343	5 661	5 292
Verkehr	5 775	6 221	6 642	6 841	6 178	6 844
Haushalte und sonstige Verbraucher	8 177	8 224	8 543	9 875	9 145	9 115

1) Ohne Raffinerie- und Flüssiggas. – 2) Nettobezüge, Bestandsänderungen, Verluste. – 3) Ab 1974 einschließlich Verluste, vorher nicht erfaßt.

Von allen drei Verbrauchergruppen wurde 1975 nur im Verkehrsbereich mehr Energie verbraucht als im Vorjahr. Wachsende Zulassungszahlen und ansteigendes Verkehrsaufkommen bewirkten eine Zunahme von fast 10%. Der Anteil am Endenergieverbrauch wuchs von 21,7% auf 23,9%. Damit wurde die durch Ölpreis-Schock, Sonntagsfahrverbote und Geschwindigkeitsbeschränkungen ausgelöste Abnahme von 1974 ziemlich genau ausgeglichen und das Niveau von 1973 fast erreicht.

Wieder höherer Mineralölanteil

Mit etwa 97% besteht beim Verkehr die höchste Mineralölabhängigkeit aller Verbrauchergruppen (Industrie: 61%, Haushalte und sonstige Verbraucher: 66%). Auch beschränkte sich der vermehrte Energieverbrauch im Verkehrsbereich ausschließlich auf Mineralölprodukte. Der Rückgang in den beiden übrigen Bereichen konnte damit sogar mehr als ausgeglichen werden, so daß der Endverbrauch an Erdöldestillaten insgesamt leicht anstieg. Nachdem der Mineralölanteil am Endenergieverbrauch 1974 auf 70,9% zurückgefallen war, erhöhte er sich wieder auf 72,0%; er lag allerdings vor der Ölkrise bei fast 75%.

Diese geringen Relationsverschiebungen weisen darauf hin, daß die Verringerung der Mineralölabhängigkeit nur auf lange Sicht ins Auge gefaßt werden kann.

Obwohl sich der Verbrauch an Mineralölprodukten wieder stabilisierte, ist der Raffineriedurchsatz von 1974 auf 1975 um weitere 14% (1973/74: - 17%) zurückgenommen worden. In Anpassung an die ver-

änderte Nachfragestruktur verlagerte sich die Ausbringung mehr zu Kraftstoffen, während die übrigen Produkte überdurchschnittlich abnahmen. Infolgedessen weiteten sich die Bezüge, namentlich an Heizölen, erheblich aus (+ 70%), wie aus *Tabelle 2* zu ersehen ist.

Insgesamt gesehen, verbesserte auch das Gas 1975 (von 7,7 auf 8,1%) seinen Anteil am Endenergieverbrauch. An dem Letztverbrauch von Gasen ist das Erdgas mit 84% dominierend beteiligt. Es stammt überwiegend aus norddeutschen und niederländischen Quellen, muß also von außerhalb Baden-Württemberg bezogen werden. Die eigene Gewinnung aus den oberschwäbischen Feldern fällt demgegenüber kaum ins Gewicht und ist, wie die unbedeutende Erdölgewinnung, rückläufig.

Im Umwandlungsbereich ist der Einsatz von Erdgas zur Stromerzeugung erstmals zurückgegangen (- 12%), seit das Erdgas in öffentlichen und industriellen Wärmekraftwerken zur Unterfeuerung der Kessel verwendet wird (*Tabelle 3*). Während die Kraftwerke 1969 als Gasabnehmer noch bedeutungslos waren, wurde bereits 1974 mit 34% des gesamten Primärverbrauchs an Gasen ein Höchststand erreicht. 1975 ging der Anteil auf 30% zurück. Damit wurde auch ein Schritt in der von der Landesregierung gewünschten Richtung vollzogen, wonach der umweltfreundliche Einsatz von Erdgas mehr zur Entlastung von Ballungsgebieten als zur Stromerzeugung beitragen soll. Allerdings läßt sich die Erdgasverstromung nicht beliebig vermindern. Sie ist vorläufig noch zum Ausgleich von Bedarfsschwankungen erforderlich.

Tabelle 3

Erd- und Stadtgas in Mill. m³ bei 8400 kcal/m³

Aufkommen / Verwendung	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Erdgasgewinnung	90	100	163	160	161	150
Nettogasbezüge	283	666	1 486	2 181	2 553	2 589
Gaserzeugung						
Ortsgaswerke (netto)	312	177	206	122	91	101
Raffinerien	332	277	188	58	—	—
Umwandlungseinsatz in						
öffentlichen Wärmekraftwerken	10	109	471	592	839	723
industriellen Wärmekraftwerken	3	52	101	222	103	120
Eigenverbrauch	69	42	17	17	15	11
Leistungsverluste	64	65	69	133	153	163
Gasdargebot für Endenergieverbrauch	871	952	1 385	1 557	1 695	1 823
Statistische Differenzen	— 96	— 110	— 134	— 78	+ 10	— 71
Gasverbrauch (Endenergieverbrauch)	775	842	1 251	1 479	1 705	1 752
davon Industrie	187	213	424	466	690	639
Haushalte und sonstige Verbraucher	588	629	827	1 013	1 015	1 113

Tabelle 4

Strombilanz in Mill. kWh

Aufkommen / Verwendung	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Nettobezüge (Primärenergieverbrauch)	6 017	6 156	6 970	8 799	10 682	12 015
Bruttoerzeugung insgesamt	25 009	27 211	28 571	29 526	27 328	26 237
davon öffentliche Wärmekraftwerke	14 431	17 619	18 447	19 061	16 404	15 578
industrielle Wärmekraftwerke	3 319	3 441	3 659	3 715	3 513	3 247
Kernkraftwerke	2 962	2 592	2 837	2 736	2 981	3 101
Wasserkraftwerke	4 297	3 559	3 628	4 014	4 430	4 311
Pumpstromverbrauch	785	1 303	1 160	1 090	1 148	768
Verbrauch im Umwandlungsbereich	1 564	1 851	1 812	1 787	2 050 ¹⁾	1 832
Leitungsverluste etc.	3 186	3 591	2 977	3 694	2 586	3 062
Stromdargebot	25 491	26 622	29 592	31 754	32 226	32 590
Statistische Differenzen	+ 23	+ 262	+ 166	- 135	+ 176	+ 48
Stromverbrauch (Endenergieverbrauch)	25 514	26 884	29 758	31 619	32 402	32 638
davon Industrie	14 365	14 772	15 290	16 180	15 523	14 540
Verkehr	1 131	1 148	1 202	1 245	1 193	1 147
Haushalte und sonstige Verbraucher	10 018	10 964	13 266	14 194	15 686	16 951

1) Ab 1974: Eigenverbrauch und bei der Mineralölverarbeitung eingesetzter Strom. Dieser war bisher unter industriellem Verbrauch nachgewiesen.

Jede neunte Kilowattstunde aus Kernenergie

Der Einsatz von Steinkohle zur Stromerzeugung wurde in den baden-württembergischen Wärmekraftwerken 1975 um fast 13% herabgesetzt, der Verbrauch an schwerem Heizöl stieg um 9%. Insgesamt verringerte sich die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern um 5%, nachdem sie schon von 1973 auf 1974 um 14% zurückgegangen war. Die Erzeugung aus Kernkraft wuchs lediglich um 4%, da kein neuer Block in das Netz einbezogen wurde. Ende 1975 war Baden-Württemberg mit 402 MW zu 12% an der bundesweit in Kernkraftwerken installierten Engpaßleistung beteiligt. Jede neunte Kilowattstunde wurde aus Kernenergie gewonnen. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft schließlich war um 2,7% geringer als im Vorjahr (Tabelle 4).

Die Erzeugung aller Kraftwerke lag 1975 damit um 4% unter dem Niveau von 1974. Da der Stromverbrauch nochmals, wenn auch nur geringfügig, anstieg (+ 0,7%), sank der rechnerische Eigenbeitrag der inländischen Stromerzeugung zur Bedarfsdeckung weiter ab. Entsprechend erfuhren die Nettobezüge eine Steigerung um ein Achtel. Sie erreichten 37% des Stromabsatzes (Vorjahr ein Drittel). Die zunehmende Tendenz der Nettobezüge hielt damit weiter an. Hinter dieser Entwicklung sind allerdings in diesem speziellen Fall weniger Kapazitätsprobleme als Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zu sehen. Tatsächlich war es nach den Verteuerungen von Heizöl, Steinkohle und zuletzt auch Erdgas teilweise günstiger geworden, noch

relativ billigen Überschußstrom aus Braunkohle- oder Wassererzeugung von außerhalb des Landes zu beziehen, als den Strom in eigenen Kraftwerken zu erzeugen. Dies war allerdings nur möglich, weil durch rezessionsbedingten Nachfrageausfall ein Überangebot entstanden war, das aber keinesfalls in längerfristige Versorgungsüberlegungen einbezogen werden darf. Im Hinblick darauf sind vielmehr neben Energieeinsparung und besserer -ausnutzung neue Energiequellen zu schaffen.

Insgesamt ergab sich beim Stromverbrauch noch eine leichte Zunahme. Auch die Anteile von Mineralöl und Gasen am Endenergieverbrauch stiegen an. Die Kohle erlitt dagegen deutliche Einbußen. Während vor allem die Industrie für den Rückgang des Verbrauchs verantwortlich war, hatte sie auf die Verschiebung der Zusammensetzung wenig Einfluß. Diese war vielmehr im wesentlichen von den Bereichen Verkehr, Haushalte und dem Verhalten der Elektrizitätswirtschaft ausgegangen.

1976 — Rückkehr zur Kohle?

Die Elektrizitätswirtschaft und der industrielle Energieverbrauch prägen die Energiebilanz in erheblichem Maße. Für diese Bereiche sind die Entwicklungen des vergangenen Jahres bereits abzusehen und lassen damit einige Tendenzen für die Energiebilanz 1976 erkennen.

Der in Baden-Württemberg wesentliche Einfluß der Kraftwerke auf den Kohleanteil am Primärenergieverbrauch erklärt sich damit, daß hier rund drei Viertel des Steinkohle-Primärverbrauches auf die öffentlichen Wärmekraftwerke entfallen (Bund: ein Fünftel).

Für die Steinkohlebilanz 1976 wird es daher von entscheidender Bedeutung sein, daß der Kohleinsatz in Kraftwerken 1976 um 41% gestiegen ist. Der Kohleanteil am Primärverbrauch dürfte sich damit deutlich wieder erhöht haben. Dagegen wird die Gasverstromung voraussichtlich nochmals zurückgegangen sein.

Die Steigerung der Stromerzeugung in den öffentlichen Wärmekraftwerken des Landes um fast 30% war notwendig geworden, nachdem aufgrund der schlechten Wasserführung der Flüsse die Stromerzeugung der Laufwasserkraftwerke (– 18%) und die Möglichkeit zum Bezug billigen Wasserstroms aus den Alpenländern erheblich zurückgegangen war. Der starken Ausdehnung der Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken insgesamt um 21,4% auf 24 198 Mill. kWh, das entsprach fast drei Viertel des Verbrauchs (1975: 65%), stand ein Anwachsen des Gesamtverbrauchs um 7% gegenüber (vorläufiger Wert). Dazu dürfte ein wesentlicher Anstoß von der konjunkturellen Wiederbelebung ausgegangen sein.

So weist denn die Industrieberichterstattung für 1976 mit 16 158 Mill. kWh einen Zuwachs des Stromverbrauchs um 8,7% gegenüber dem Vorjahr aus. Die anderen Energieträger kommen allerdings nicht so gut weg. Der Einsatz von Kohle hat lediglich um 3,7%, der an Heizöl um 6% zugenommen. Der Gasverbrauch schließlich konnte sich von dem Rückgang 1975 in der Industrie überhaupt nicht erholen.

Völlig läßt sich die Energiesituation 1976 für Baden-Württemberg noch nicht überblicken, bei insgesamt gestiegenem Primärenergieverbrauch zeichnet sich aber bereits aus den vorhandenen Daten eine Zunahme des Kohleanteils ab. Infolge eines stagnierenden Gasabsatzes der öffentlichen Versorgung dürfte der Gasanteil erstmals seit Einführung des Erdgases abgenommen haben.

5. Land- und Forstwirtschaft

Das Jahr 1976 hat mit besonderer Deutlichkeit gezeigt, daß die land- und forstwirtschaftliche Produktion nicht nur von den allgemeinen wirtschaftlichen und konjunkturellen Bedingungen, sondern darüber hinaus von der Wirksamkeit exogener Kräfte abhängt, die weder beeinflussbar noch kalkulierbar sind.

Nach einem verhältnismäßig schneearmen Winter und einem sehr trockenen Frühjahr setzte im Juni 1976 eine außergewöhnlich lange und intensive

Trockenperiode mit sehr hohen Temperaturen ein, wie sie seit Jahrzehnten nicht beobachtet wurde. Da diese Hitzeperiode in die Hauptvegetationszeit fiel und gebietsweise bis zum September anhielt, entstanden bei Getreide, Obst, Gemüse, Hackfrüchten und im Futterbau gebiets- und betriebsweise erhebliche Produktionsausfälle und zunächst landesweit der Eindruck einer Dürrekatastrophe. Teilweise kam es zu Notverkäufen beim Nutzvieh mit entsprechenden Preiseinbrüchen auf den Schlachtviehmärkten; die Preise anderer Erzeugnisse (z. B. Kartoffeln) stiegen infolge des knapperen Angebots vorübergehend weit über das übliche Niveau. Da besonders betroffene Erzeugerbetriebe durch die unerwarteten Produktionsausfälle in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet waren, führten Bund und Länder besondere Finanzhilfen für dürrebeschädigte Landwirte ein. Transporthilfen erleichterten das Herbeischaffen von Stroh und anderem Futter in die besonders betroffenen Gebiete; bäuerliche Solidaritätsmaßnahmen ermöglichten einen gewissen zwischengebietlichen Ausgleich.

Rückblickend ergibt ein Vergleich mit den benachbarten Bundesländern gleichwohl, daß Baden-Württemberg, von Teilgebieten abgesehen, im ganzen noch gut durch die Dürre gekommen ist. Da in großen Teilen des Landes durch Wärmegewitter und die gute Wasserführung der vorherrschend tiefgründigen Böden ein gewisses Feuchtigkeitsminimum auch während der Trockenperiode sichergestellt war, beschränkten sich die Dürreschäden auf bestimmte Gebiete und Betriebe.¹ Nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse der besonderen Erntermittlung und Ernteberichterstattung können die eigentlichen Hauptschadensgebiete durch eine Gegenüberstellung mit den Durchschnittserträgen der Jahre 1971 bis 1975 präzise abgegrenzt werden.

Regionale Differenzierung der Dürreschäden

Beim *Getreidebau* waren insbesondere der Main-Tauberkreis (– 31,5%), Neckar-Odenwaldkreis, Ostalbkreis, Teile von Hohenlohe und Neckartal, der Raum um Rastatt – Karlsruhe – Bruchsal – Heidelberg – Mannheim sowie Freiburg – Müllheim und Teile der unteren Schwäbischen Alb (bis – 15%) betroffen. Am Bodensee, um Sigmaringen – Biberach und in den Stadtkreisen Ulm, Stuttgart und Pforzheim wurde dagegen der mehrjährige Durchschnitt erreicht und sogar übertroffen (vergleiche Schaubild 1). Gewisse Modifikationen ergibt eine weitere Differenzierung nach Brot- und Futtergetreidearten, da das Futtergetreide, insbesondere der Hafer, unter dem Wassermangel noch stärker litt als Weizen und Roggen (vergleiche Tabelle im Anhang). Hervorzuheben ist die außergewöhnlich gute Qualität des geernteten Brotgetreides. Insgesamt blieben die Getreideerträge (einschließlich Körnermais) im Landes-

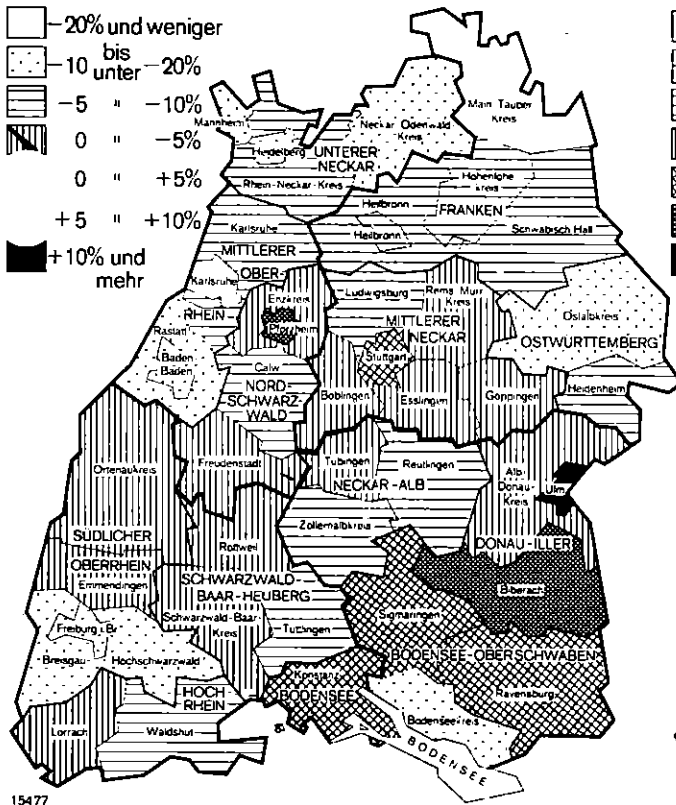
¹ Ernten und Ernteschäden im Dürrejahr 1976, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1976, S. 284 ff.

Schaubild 1

Getreideerträge 1976

Verglichen mit dem Durchschnitt 1971/75

Minder- oder Mehrertrag 1976 gegen 1971/75, in %



15477

mittel gegenüber 1971/75 aber nur um 5%, bei Berücksichtigung des langfristigen Ertragstrends um 7% hinter den durchschnittlichen Erwartungen zurück.

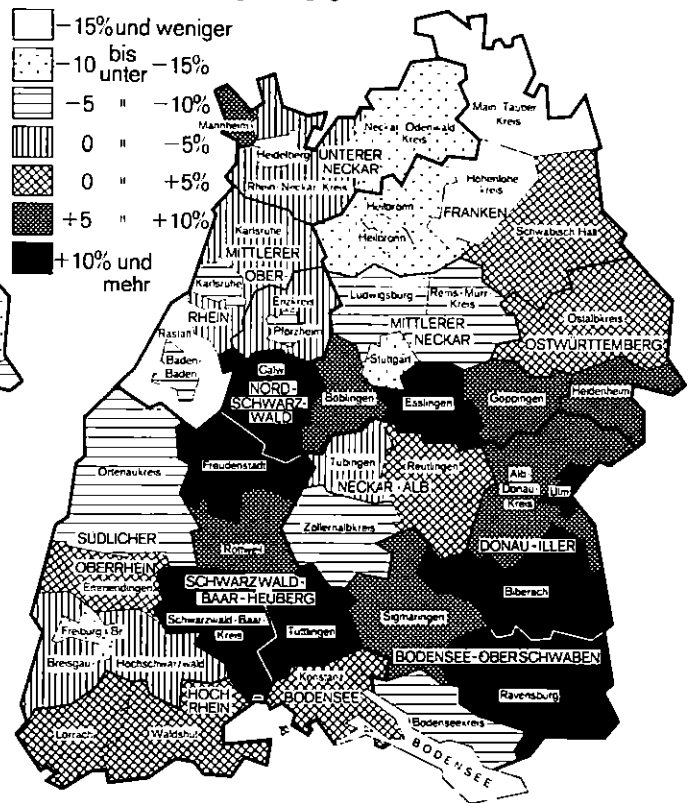
Bei der *Rauhfutterernte* mußten die Gebiete nördlich der Linie Karlsruhe – Ludwigsburg – Aalen Ausfälle von mindestens 20%, im Rheintal, Main-Tauber-, Neckar-Odenwald- und Hohenlohekreis sogar von mehr als 30% in Kauf nehmen. Das Dauergrünland wurde damit im ganzen noch stärker durch die Trockenheit geschädigt als das Getreide. Immerhin lagen die Erträge im Landesdurchschnitt um mehr als 15% unter dem mehrjährigen Mittel. Relativ wenig betroffen waren eigentlich nur die Grünlandgebiete von Schwarzwald-Baar-Heuberg und der Mittleren Schwäbischen Alb.

Verheerend wirkte sich die Dürre beim *Hülsenfruchtanbau* aus, der im Landesmittel eine Ertragsminderung von 37%, in den Anbaugebieten um Schwäbisch Hall, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Schwäbischer Alb sogar von 50% und mehr hinnehmen mußte. Allerdings spielt der Anbau von Hülsenfrüchten nur noch eine geringe Rolle. Demgegenüber profitierten die *Hackfrüchte* noch von den September- und Oktoberniederschlägen, so daß der mehrjährige Durchschnitt im Landesmittel bei Zuckerrüben nur um 4,5%, bei Kohlrüben um 1,5% verfehlt und bei Futterrüben sowie

Kartoffelerträge 1976

Verglichen mit dem Durchschnitt 1971/75

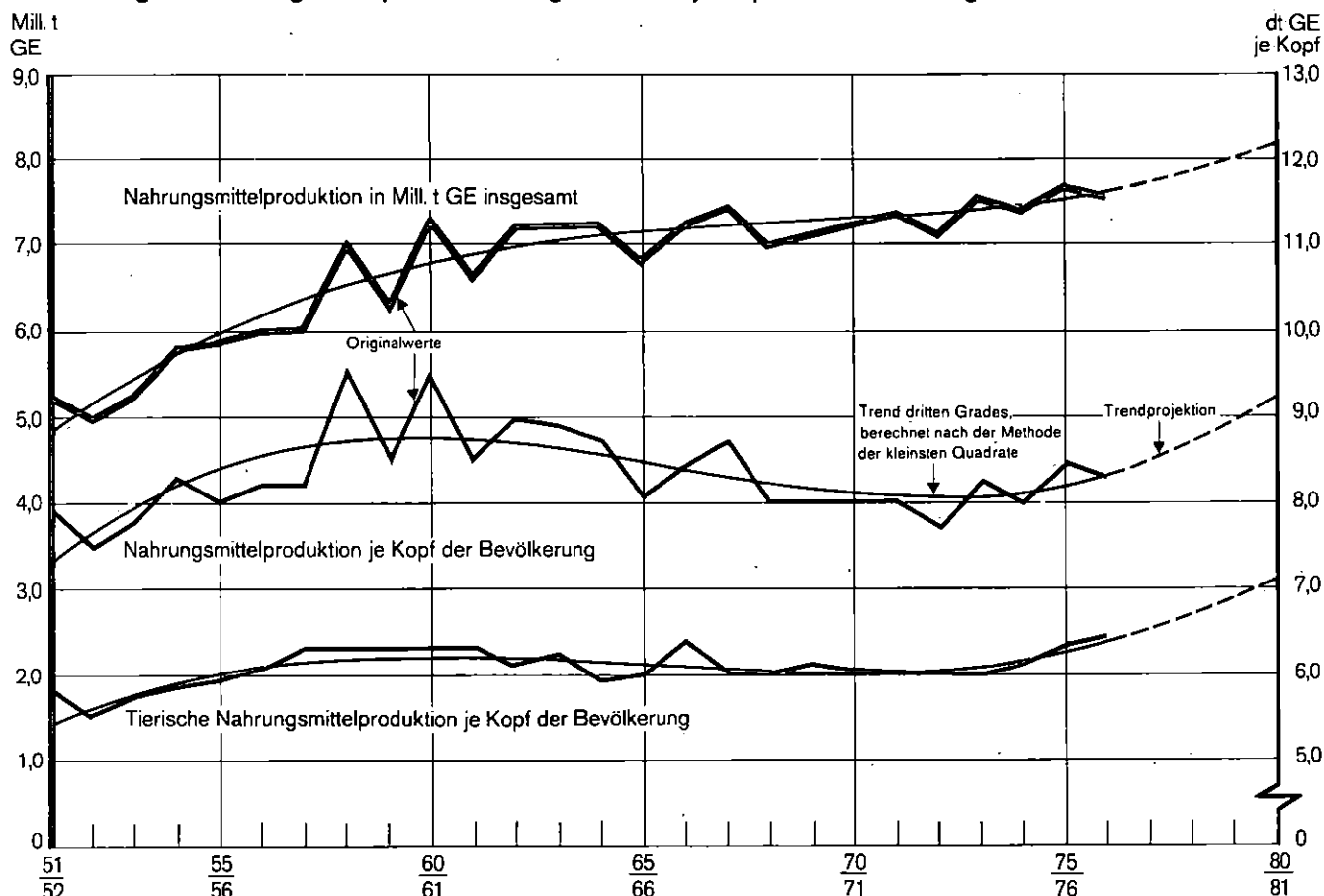
Minder- oder Mehrertrag 1976 gegen 1971/75, in %



Spätkartoffeln sogar übertroffen wurde. Besonders südlich der Donau erzielte man Kartoffelerträge, die weit über das übliche hinaus gingen. Dagegen hatten die von der Trockenheit hauptsächlich betroffenen Gebiete (Main-Tauber, Hohenlohe, Kreis Rastatt) Mindererträge über 15%, bei Frühkartoffeln sogar über 45% zu beklagen. Auch die übrigen Gebiete nördlich der Linie Rastatt – Stuttgart – Schwäbisch Hall sowie die Oberrheinische Tiefebene, der Kreis Tübingen und der Zollernalbkreis verzeichneten mehr oder minder große Ertragsausfälle.

Ziemlich empfindlich reagierten auch die *Obstbäume* auf die Trockenheit, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß das Jahr 1976 aufgrund der bisherigen Ertragsalternanz ohnehin nur unterdurchschnittliche Erwartungen zuließ. Immerhin bewirkte die Dürre in weiten Teilen der Rheinebene, in Nordbaden und -württemberg sowie in den Regionen Donau-Iller und Hochrhein-Bodensee verstärkten Fruchtfall und Kleinfruchtigkeit, die bei der Hauptobstart (Äpfel) zu Ertragsminderungen über 20–30% stellenweise sogar über 60% führten. In einigen Höhengebieten, die üblicherweise keinen nennenswerten Obstbau aufweisen, ermöglichten die außergewöhnlichen Klimaverhältnisse dagegen überdurchschnittliche Baumerträge. Insgesamt waren die Apfelerträge im Landesmittel um 26% niedriger als 1971/75. Dabei traten

Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion insgesamt und je Kopf der Bevölkerung 1951/52 bis 1976/77



15077

allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sorten und Obstsorten je nach Blüte-, Entwicklungs- und Reifezeit auf.

Das gilt auch für *Gemüse* im Freiland. Einzelne Früh-/Spätgemüsearten, wie Spargel, Frühjahrskopfsalat, Kohlrabi, Spinat, Sellerie, Lauch und Tomaten lieferten im Landesdurchschnitt gute Mittelserträge, während die Kohl- und Sommergemüsearten (Sommerkopfsalat, Frischerbsen, Buschbohnen und Gurken) weit unterdurchschnittliche Hektarleistungen erbrachten. Bei der mengenmäßig bedeutendsten Gemüseart, dem Herbstweißkohl lagen die Erträge in den Anbauzentren um Stuttgart und am unteren Neckar um 35 bis 50%, im Landesmittel um gut ein Drittel unter dem mehrjährigen Schnitt (1973/75). Rechnet man alle Gemüsearten zusammen, so wurden im Neckarraum, Hohenlohe sowie im unteren Rheintal nur zwei Drittel bis vier Fünftel, im Landesdurchschnitt 85% einer Normalernte erzielt.

Selbst bei den *Rebkulturen* hat die Sommertrockenheit gebietsweise zu Schäden an Junganlagen und zu Ertragsbeeinträchtigungen geführt. Unter den Weinbaubereichen war am stärksten das badische Frankenland mit einer Ertragsminderung von durchschnittlich 24% betroffen. Auch Kocher – Jagst – Tauber (– 10%) und württembergisches Unter-

land (– 2%) mußten Einbußen hinnehmen, während die übrigen Weinbauggebiete, besonders in Südbaden, weit überdurchschnittliche Hektarerträge erzielten, insbesondere der Breisgau (+ 32%), das Markgräfler Land (+ 35%) und der Bodensee (+ 45%). Wenn im Weinbaugbiet Württemberg im ganzen nur um 3% höhere Flächenerträge eines Normaljahres eingebracht werden konnten, so lag das auch an der zu rascher Lese zwingenden Fäulnis, die die feuchtwarme Herbstwitterung verursacht hatte. Der warme, trockene Sommer war aber insgesamt dem Weinbau eher förderlich. Immerhin wurden im Landesmittel um 15% höhere Mosterträge, und zwar von außergewöhnlich guter Qualität erzielt.

Im Bereich der *Forstwirtschaft* hat die anhaltende Trockenheit des letzten Frühsommers bei 67% der Fläche der 1975 und 1976 neu aufgebauten Forstkulturen zu einer teilweise erheblichen Schädigung geführt. Kaum quantifizierbar sind die Verluste an Holzzuwächsen und noch nicht übersehbar die Folgeschäden, die durch eine überdurchschnittlich starke Vermehrung schädlicher Forstinsekten zu befürchten sind.

Die Zahl der Waldbrände und die dadurch geschädigten Waldflächen nahmen 1976 aufgrund der Trocken-

Tabelle 1

Entwicklung von Nahrungsmittelverbrauch und Selbstversorgungsgrad

Erzeugnis	Pro-Kopf-Verbrauch		Nahrungsmittelverbrauch insgesamt		Produktion		Selbstversorgungsgrad		
	1965	1975/76	1965	1975/76	1965/66	1975/76	1965/66	1975/76	Bundesgebiet 1975/76
	kg		1 000 t		1 000 t		%		
Brotgetreide (Mehlwert)	69,0	61,5	581,4	562,9	346,5	400,9	59,6	71,2	80
Kartoffeln	108,0	87,0	910,0	796,3	816,2	570,3	89,7	71,6	96 ¹⁾
Zucker	32,5	34,3	273,9	313,9	109,5	167,0	40,0	53,2	110
Rind- und Kalbfleisch	21,5	22,8	181,2	208,7	160,2	210,1	88,4	100,7	97
Schweinefleisch	33,9	44,1	285,6	403,6	211,3	227,8	74,0	56,4	88
Geflügelfleisch	6,3	9,1	53,1	83,3	15,0	21,1	28,2	25,3	49
Eier (Stück)	233	285	1 963,3	2 608,5	1 743,0	1 576,0	88,8	60,4	80 ¹⁾
Frischmilch und -produkte	108	97	910,0	887,8
Käse	4,8	6,3	40,4	60,4	24,0	31,9	59,4	52,8	89 ¹⁾
Butter	8,4	6,6	70,8	53,4	60,4	50,9	75,4	84,3	130
Frischobst	77,3	88,1	651,3	806,4	627,6	2 051,0	96,4	254,3	51
Gemüse	54,9	69,7	462,6	637,9	353,0	502,7	76,3	78,8	35

1) 1974/75.

heit deutlich zu. Waren im Durchschnitt der letzten 10 Jahre jährlich etwa 70 Waldbrände mit einer Schadensfläche von rund 30 ha verzeichnet worden, so entstanden im letzten Dürrejahr 345 Waldbrände mit einer Schadensfläche von 265 ha. Auch im Bereich der Forstwirtschaft lagen die Schwerpunkte der Trocken- und Dürreschäden in den nördlichen Landesteilen und in der Rheinebene.

Steigende Tendenz der Brutto- und Nahrungsmittelproduktion

Nachdem die Sommertrockenheit somit zwar regional und partiell Schäden verursacht, aber keine globale Katastrophe gebracht hatte, errechnet sich für das Land im Ganzen auch nur eine Minderung der *Bruttobodenproduktion* 1976/77 (gemessen in Getreideeinheiten) von gut 9% gegenüber dem Vorjahr bzw. reichlich 10% gegenüber dem Mittel der Jahre 1973/75. Infolge vermehrter Rinder-, Milch- und Schweineerzeugung liegt andererseits die *tierische* Bruttoproduktion um 2% höher, so daß die Gesamtproduktion von voraussichtlich 13,2 Millionen Tonnen Getreideeinheiten nur knapp 5% hinter dem Vorjahr bzw. dem mehrjährigen Durchschnitt zurückbleibt. Der Wert der Bruttoproduktion ist mit 11,2 Mrd. DM sogar um fast 10% höher als 1975/76 und um 21% höher als 1973/75 zu veranschlagen, weil insbesondere bei zahlreichen pflanzlichen, aber auch einigen tierischen Produkten (Kartoffeln, Getreide, Obst, Gemüse, Wein, Rohfutter, Milch, Rindfleisch) deutliche Preiserhöhungen eintraten (Vgl. Tabelle im Anhang).

Die *Nahrungsmittelproduktion* erreicht 1976/77 voraussichtlich einen Wert von 7,39 Mrd. DM, das sind 4,5% mehr als im Vorjahr und 14% mehr als im

mehrjährigen Mittel. Selbst real stellt sie sich mit voraussichtlich 7,59 Mill. t Getreideeinheiten fast ebenso hoch wie im Vorjahr (– 0,7%) und geringfügig höher als im Mittel 1973/75 (+ 0,7%). Wenn somit trotz der sommerlichen Dürre der Höchststand des Vorjahres fast wieder erreicht wurde, läßt sich folgern, daß die seit Anfang der siebziger Jahre erkennbare Auftriebstendenz weiter anhält. Immerhin stieg die Nahrungsmittelproduktion, die nach der ausgeprägten Aufschwungphase der fünfziger Jahre über ein Jahrzehnt hinweg (1960 – 1970) so gut wie stagniert hatte, im Durchschnitt der Jahre 1972/75 gegenüber 1967/71 um 267 000 t GE oder beinahe 4% (*Schaubild 2*).

Zunehmende Eigenversorgung?

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung war bekanntlich in Baden-Württemberg lange Zeit durch einen sehr ausgeprägten Aufwärtstrend gekennzeichnet, in dessen Verlauf der Gesamtbestand von Anfang der fünfziger Jahre bis 1973 um 41% auf fast 9,24 Mill. anstieg. In den letzten drei Jahren trat ein leichter Rückgang auf 9,19 Mill. ein, der nach den neuesten Schätzungen² in eine längere Periode der Bevölkungsstagnation einzumünden scheint.

Die Versorgung mit heimischen Nahrungsmitteln je Kopf der Bevölkerung hatte bis 1960 zunächst einen beträchtlichen Zuwachs (von 7,5 auf 8,5, in einzelnen Jahren sogar 9,5 dt GE/Kopf) erfahren, um bis Anfang der siebziger Jahre wieder langsam auf unter 8,0 dt GE/Kopf abzusinken und danach erneut auf etwa 8,4 dt GE anzusteigen (*Schaubild 2*).

² Teil II, Abschnitt 2.1

Da die auf Steigerung der Nahrungsmittelproduktion hinwirkenden Kräfte auch weiterhin wirksam sind, aber die Gesamtbevölkerung bis 1990 keinen merklichen Zuwachs erwarten läßt, ist damit zu rechnen, daß der reale Nahrungsmittelanfall je Kopf mittelfristig noch mehr ansteigt und um das Jahr 1980 das bisherige Höchstniveau der beginnenden sechziger Jahre überschritten hat. Dabei ist bemerkenswert, daß der Zuwachs hauptsächlich auf einer Zunahme der tierischen Nahrungsmittelproduktion beruhte, die um das Jahr 1980 rund 7 dt GE/Kopf oder fast 76 Prozent der gesamten Nahrungsmittelproduktion ausmachen wird, wenn die Entwicklung wie bisher anhält.

Nun wäre eine baden-württembergische Nahrungsmittelproduktion von 9 bis 9,5 dt GE/Kopf, wie sie sich für die achtziger Jahre unter dieser Voraussetzung abzeichnet, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, der bei 10 dt GE/Kopf liegt, keineswegs außergewöhnlich. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch für das Bundesgebiet ab. Schon zwischen 1970/71 und 1974/75 erhöhte sich im Bundesgebiet der Anteil der Inlanderzeugung am Gesamtverbrauch von Nahrungs- und Futtermitteln (= Selbstversorgungsquote) von 81% auf 86%. Auch wenn man die auf Auslandsfutter beruhende Nahrungsmittelproduktion außer acht läßt, bleibt noch eine Steigerung von 67 auf 73%. Dabei geht diese zunehmende globale Selbstversorgung hauptsächlich auf eine höhere Eigenerzeugung von Getreide, Zucker, Rindfleisch und Butter zurück. Es steht ihr auch keine entsprechende Verbesserung des Inlandsmarkanteils gegenüber. Vielmehr ist der Anteil des Verbrauchs aus inländischer Erzeugung am Gesamtverbrauch in den letzten 5 Jahren weitgehend unverändert geblieben (75 bis 77% bzw. ohne Auslandsfutter 64 bis 65%). Demnach wurde die naturale Mehrerzeugung dieser Jahre auf Bundesebene zum großen Teil in andere Länder exportiert. Bis zu welchem Maße das auch in Zukunft möglich ist, bleibt offen. Tatsache ist, daß im Jahr 1975/76 für das Bundesgebiet die Selbstversorgung bei Zucker, Milch und Butter bereits voll, bei Rindfleisch (97%), Weizen (93%) und Kartoffeln (96%) weitgehend erreicht war, und nur bei Körnermais (17%), Fetten und Ölen (6%), Gemüse (35%), Frischobst (51%) und Geflügelfleisch (49%) größere Lücken bestanden.

In Baden-Württemberg liegt dagegen die Selbstversorgungsquote mit Ausnahme von Frischobst, Gemüse und Rindfleisch durchweg niedriger als im Bund (vgl. Tabelle 1), wenn sie auch im letzten Jahrzehnt bei Brotgetreide (71%) und Zucker (53%) merklich zugenommen hat. Bei Geflügelfleisch (25%), Schweinefleisch (56%), Eiern (60%) und Kartoffeln (72%) bestehen dafür eher noch größere Versorgungslücken. Insoweit sind die Voraussetzungen für die heimische

Landwirtschaft im ganzen vergleichsweise günstig, wenn eine weiter zunehmende reale Nahrungsmittelproduktion marktnah untergebracht werden soll.

Regionale Schwerpunkte der Nahrungsmittelproduktion

Bei dem zu erwartenden Zuwachs der realen Nahrungsmittelproduktion werden nicht alle Agrarlandschaften Baden-Württembergs gleichermaßen beteiligt sein. Ein Vergleich zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen läßt erkennen, daß die Nahrungsmittelproduktion je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche schon jetzt deutliche regionale Unterschiede aufweist. Mit 50–70 dt GE je ha LF und mehr traten 1975/76 vor allem die noch mehr agrarisch geprägten Regionen an der östlichen Landesgrenze zwischen Bodensee-Allgäu und Hohenlohe sowie das Gebiet zwischen Stuttgart-Heilbronn und Heidelberg-Mannheim hervor. In Teilen der Schwäbischen Alb, im südlichen Schwarzwald, Hotzenwald und im Tauberkreis wurden, bezogen auf die Fläche, deutlich weniger Nahrungsmittel produziert (vgl. Schaubild 3). Im östlichen Landesgebiet ist die höhere Produktivität hauptsächlich auf eine wesentlich stärkere tierische Nahrungsmittelproduktion zurückzuführen, während in den übrigen Gebieten die überdurchschnittlichen Leistungen vorwiegend aus einer höheren Bruttobodenproduktion infolge des Anbaues wertvoller Intensiv- und Sonderkulturen resultieren.

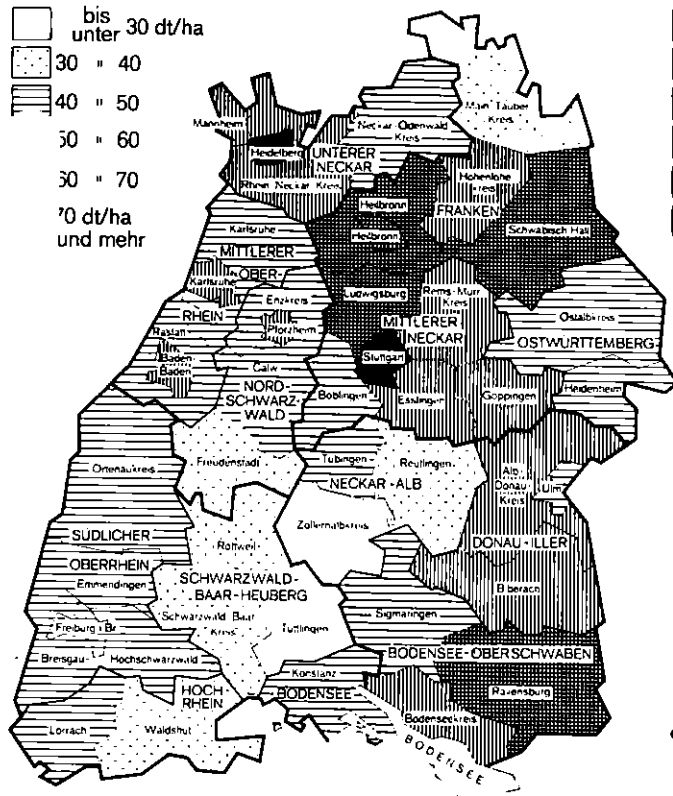
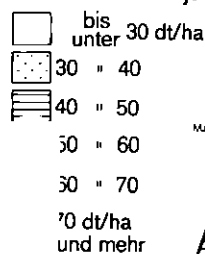
Bezieht man die Nahrungsmittelproduktion auf die Zahl der in den Kreisen jeweils vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe, so erweisen sich die erwähnten Gebiete überdurchschnittlicher Produktivität und Nahrungsmittelerzeugung zugleich als Gebiete, die sich durch einen verhältnismäßig hohen Besatz mit Haupterwerbsbetrieben (in der Regel mehr als 40%, in Oberschwaben mehr als 60% aller Betriebe) auszeichnen (vgl. Tabelle im Anhang). Es handelt sich um Gebiete mit teils klein- und mittelbäuerlicher, teils mittel- und großbäuerlicher bzw. Großbetriebsstruktur. Bei einem Anteil von knapp 47% an der Wirtschaftsfläche beherbergen diese Gebiete mehr als 40 000 oder nahezu sechs Zehntel der 70 000 Haupterwerbsbetriebe des Landes und über 900 000 ha oder 57% der LF. Auf die großbäuerlichen Agrarzentren in Hohenlohe, Ostalb und Oberschwaben entfallen allein 41% der Haupterwerbsbetriebe und 39% der LF, obwohl sie nur mit 30% an der Wirtschaftsfläche des Landes beteiligt sind. Von der gesamten Nahrungsmittelproduktion stammen daher auch aus dem zuletzt genannten Teilgebiet mehr als 43%, aus dem Gesamtgebiet sogar fast 62%.

Diese Schwerpunktzonen der Nahrungsmittelerzeugung haben in den letzten Jahren auch den globalen Zuwachs der Nahrungsmittelproduktion im wesentlichen getragen, wenn man von den Stadtkreisen

Schaubild 3

Nahrungsmittelproduktion 1975/76 je Hektar

Getreideeinheiten je Hektar LF:



15577

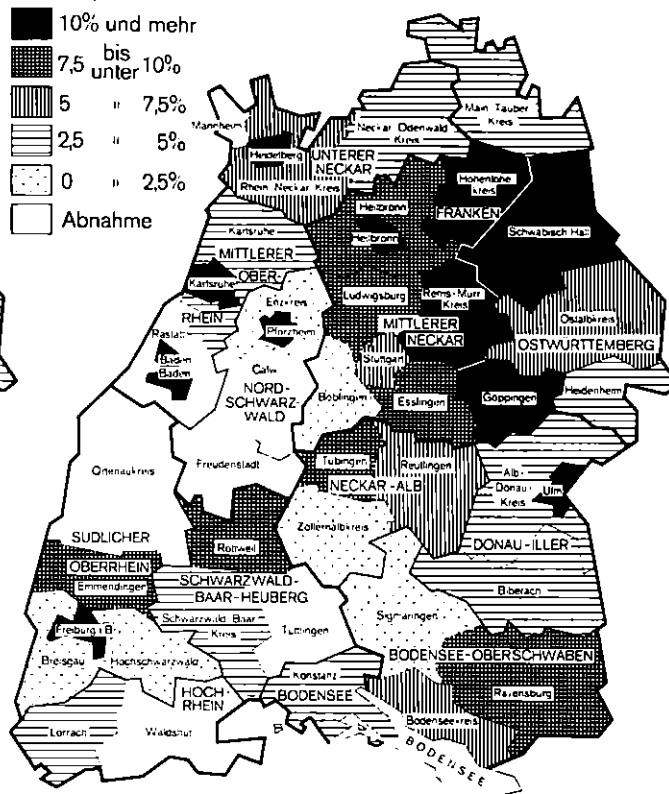
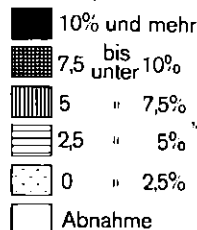
im Süden und Südwesten des Landes und dem Gebiet um Emmendingen – Schwarzwald – Baar einmal absieht (vgl. Schaubild 3). Dabei beruhte die naturale Mehrerzeugung in Hohenlohe, Ostalb, Oberschwaben, Emmendingen und Schwarzwald-Baar-Heuberg in erster Linie auf tierischen Erzeugnissen, im mittleren und unteren Neckartal vorwiegend auf pflanzlicher Produktion. Da in den Haupterwerbsbetrieben der Zwang zur Rentabilitätsverbesserung weitaus stärker ist als in Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, liegt der Schluß nahe, daß die für die kommenden Jahre vermutete naturale Mehrproduktion wiederum hauptsächlich aus den Haupterwerbsbetrieben und -gebieten zu erwarten ist, die sich schon in der Vergangenheit als bevorzugt produktionsexpansiv erwiesen. Entsprechend der bisherigen Entwicklung und den strukturellen Voraussetzungen sind allerdings unterschiedliche Entwicklungstendenzen hinsichtlich der Mehrerzeugung von pflanzlichen oder tierischen Nahrungsmitteln erkennbar.

Entwicklungstendenzen und -probleme

In den stärker klein- und mittelbäuerlich strukturierten Gebieten des mittleren und unteren Neckarraums war die Mobilität von Betrieben und Flächen vergleichsweise groß³, so daß bisher relativ günstige

Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion (real) von 1971/73 bis 1975/76

Zunahme



Voraussetzungen bestanden, die Produktionserhöhung über eine Flächenaufstockung der einzelnen Betriebe auf Pachtbasis zu verwirklichen und dabei gleichzeitig die pflanzliche Nahrungsmittelproduktion zu intensivieren. Künftig sind allerdings Betriebsaufstockungen nur noch soweit zu erwarten, als die freigesetzte Fläche von Vollerwerbsbetrieben aufgenommen werden kann, was oft an den strukturellen Voraussetzungen scheitert. In dem vorwiegend mittel- und großbäuerlich geprägten Gebiet von Hohenlohe bis Oberschwaben ist dagegen die strukturelle Mobilität wesentlich geringer. Schieden im Landesdurchschnitt seit 1960 rund 40% der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aus dem Produktionsprozess aus, so waren es im Neckarraum mehr als 50%, aber in Hohenlohe, Ostalb und Oberschwaben lediglich 25%. Im umgekehrten Verhältnis dazu standen und stehen die Möglichkeiten der Betriebsaufstockung: Erhöhte sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 20 und mehr ha LF seit 1960 im Land von 9 100 auf 20 800 auf mehr als das Doppelte, so im Neckargebiet um das Fünffache, aber in Ostwürttemberg nur um gut die Hälfte. Zwar sind in diesem traditionellen Anerbengebiet aufstockungswillige bäuerliche Familienbetriebe in verhältnismäßig großer Zahl vorhanden, doch mangelt es an aufgebenden Kleinbetrieben und entsprechend freiverwendenden Nutzflächen. Da eine Flächenaufstockung nur in bescheidenen Grenzen möglich ist und die natürlichen Produktionsvoraussetzungen auch meist

³ Vgl. Regionale Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1975, S. 254.

eine Intensivierung der Bodennutzung ausschließen, bleibt den Betriebsinhabern dieses Gebietes nur die „innere Betriebsaufstockung“ über vermehrte Viehhaltung oder der verstärkte außerbetriebliche Zu- und Nebenerwerb, wenn sie mit der allgemeinen Einkommensentwicklung bei weiter anhaltendem wirtschaftlichen Wachstum Schritt halten wollen

Sicherlich wird von den Haupterwerbsbetrieben dieses Gebiets der schon bisher verfolgte Weg der inneren Betriebsaufstockung und vermehrten tierischen Erzeugung auch künftig nach Maßgabe der herrschenden Preis-Kosten-Verhältnisse und allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung beschritten werden, doch zeichnen sich gewisse Grenzen ab, insbesondere weil der heimische Markt nicht unbegrenzt aufnahmefähig für die zusätzlich erzeugten tierischen Nahrungsmittel ist; ferner weil erhöhter Kapitalbedarf, wachsendes Risiko und Marktkonkurrenz Kostenbelastungen verursachen, die den Grenzertrag der vermehrten tierischen Produktion rasch übersteigen.

Die Alternative des verstärkten außerlandwirtschaftlichen Erwerbs ist daran gebunden, daß genügend nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Immerhin nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe in den noch vergleichsweise wenig industrialisierten und urbanisierten Räumen im südöstlichen Landesteil und in Hohenlohe von 1972 bis 1974 schon um über 10% zu. Der Trend zum außerlandwirtschaftlichen Erwerb könnte sich verstärken, wenn die Rentabilitätsgrenze der landwirtschaftlichen Betriebe erreicht ist und zusätzlich außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze vorhanden sind. Noch sind hier kaum 15 bis 20% Nebenerwerbsbetriebe vorhanden, während der Anteil in Südbaden, im Odenwald, Bauland, Taubergebiet und im Stuttgarter Raum schon mehr als die Hälfte, im Gebiet zwischen Reutlingen, Rottweil, Pforzheim und Esslingen über 70% und im Raum Karlsruhe, Rastatt, Calw sowie Tübingen, Balingen, Tuttlingen sogar 90% ausmacht. Im Zeitraum von 1971 bis 1974 hat sich gezeigt, daß die Zahl der Haupterwerbsbetriebe in den Gebieten mit bereits hohem Anteil von Nebenerwerbsbetrieben wesentlich stärker zurückging (— 15% und mehr) als in den traditionellen Gebieten der Haupterwerbslandwirtschaft (— 5 bis 15%). Andererseits sind die Nebenerwerbsbetriebe, die in den Kernzonen der Haupterwerbslandwirtschaft jetzt zahlenmäßig zunehmen, in den Verbreitungsgebieten der Nebenerwerbslandwirtschaft kräftig rückläufig. Dieser Entwicklung vom zu kleinen Haupterwerbsbetrieb über den Zuerwerbsbetrieb zum Nebenerwerbsbetrieb und schließlich Aufgabe der Landwirtschaft muß im Hinblick auf die Erhaltung einer ausreichend starken bäuerlichen Betriebsbasis besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Erhaltung der Kulturlandschaft, insbesondere in den ertragsärmeren Gebieten des Landes,

verlangt eine ausreichende Zahl existenzfähiger Haupterwerbsbetriebe und gleichzeitig eine ausreichende Besiedlungsdichte.

Entwicklungstendenzen und -probleme in der Forstwirtschaft

Die Marktentwicklung des Forstwirtschaftsjahres 1976 zeigt, daß sich die seit Jahren prognostizierte Holzverknappung in Europa nun auch auf dem Markt auszuwirken beginnt. Während bisher der absetzbare Einschlag nur in den konjunkturellen Spitzenjahren den nachhaltigen Zuwachs erreichte, erforderte 1976 die zunehmende Holznachfrage einen Spitzeneinschlag. Im Bundespreisindex für inländisches Rohholz findet diese Entwicklung bisher nur einen mäßigen Niederschlag (1975: 119,6%, 1976: 125,1%; Basisjahr 1970), doch zeichnet sich auch für 1977 bei weiter anziehenden Preisen eine gleichbleibend kräftige Nachfrage, insbesondere auf dem Stammholzmarkt, ab.

Trotz der partiell positiven Entwicklung der Holzpreise hat sich die Ertragsentwicklung der Forstbetriebe weiter verschlechtert. Ein Lohnkostenanteil von über 70% bei weiter steigendem Lohnniveau einerseits und ständig wachsenden Belastungen der Waldbesitzer durch Mehraufwendungen für eine Waldbewirtschaftung, die zunehmend Interessen der Allgemeinheit zu berücksichtigen hat, andererseits, führen die Forstbetriebe fast zwangsläufig in den defizitären Bereich. Betriebsaufstockungen sind im allgemeinen nicht möglich und sonstige Waldstrukturverbesserungen, wie z. B. eine umfassende Erschließung, können aus eigener Kraft kaum finanziert werden.

Als Folge dieser Entwicklung ist zu befürchten, daß die Schutz- und Pflegemaßnahmen im Wald schließlich nicht mehr im erforderlichen Umfang durchgeführt werden können, daß Wegebau, Wegeunterhaltung und Wiederaufforstung vernachlässigt werden und Übernutzungen sowie Substanzverzehr eintreten. Den Beständen drohen dann erhöhte Anfälligkeit für Insekten- und Pilzbefall sowie für Windwurf und Waldbrände. Der Ertragsentwicklung der Forstbetriebe gebührt daher zunehmend Aufmerksamkeit; bei anhaltend ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen scheinen sogar strukturfördernde Maßnahmen angezeigt.

6. Umweltschutz

Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen nimmt innerhalb der Landespolitik nach wie vor einen hohen Stellenwert ein. Wenn auch im Hinblick auf die Haushaltslage des Landes die Realisierung des mittelfristigen Umweltprogramms da und dort zeitlich gestreckt werden mußte, weisen doch zahlreiche

grundlegende Planungen und Gesetzesinitiativen sowie auch beträchtliche Mittelzuweisungen zum Schutze von Boden, Wasser und Luft auf unveränderte Aktivitäten zur Förderung des Umweltschutzes hin.

In der Zielrichtung wird dabei eine doppelte Strategie eingeschlagen. Einmal geht es darum, die in Produktion und Konsum anfallenden Abfallstoffe so schadlos wie möglich zu beseitigen (reaktiver Umweltschutz). Zum anderen muß verhindert werden, daß Umweltbelastungen überhaupt entstehen (präventiver Umweltschutz). Neben einer vorausschauenden Umweltpolitik werden jedoch die Anstrengungen zur Sanierung unserer Gewässer und der lufthygienischen Verhältnisse sowie die Neuordnung der Abfallbeseitigung kontinuierlich fortgesetzt. Eine der wichtigsten Stützen der Umweltschutzpolitik – die gesetzliche Abstützung des Verursacherprinzips – liegt allerdings größtenteils in Bundeskompetenz.

In diesem Zusammenhang kommt den Umweltstatistiken die wichtige Aufgabe zu, Daten bereitzustellen, mit denen das Ausmaß der Gefährdung festgestellt, mögliche Verursachungskomponenten analysiert sowie Instrumente des Gegensteuerns (u.a. Umweltinvestitionen) dargestellt und auf ihre Wirksamkeit beurteilt werden können.

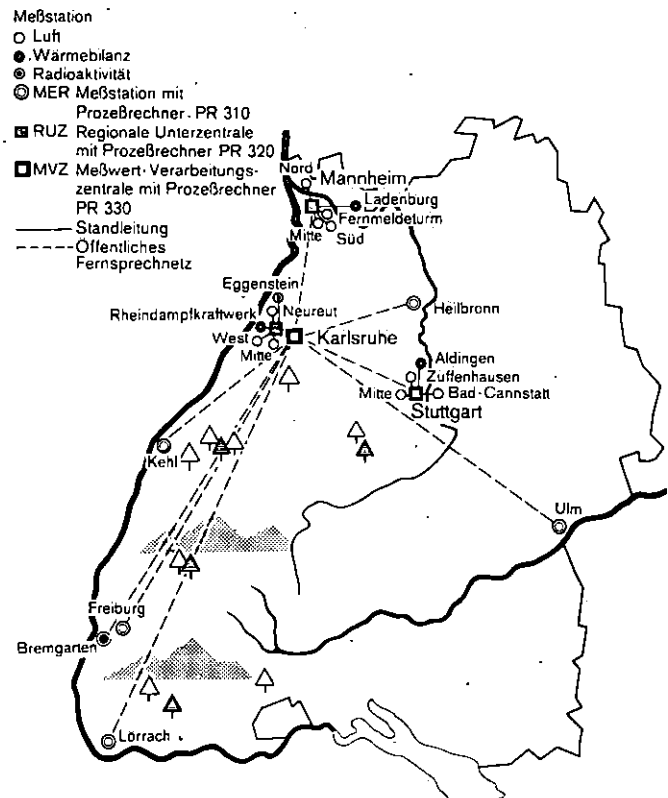
Die Umweltstatistiken sind vom Gesetzgeber so konzipiert, daß für die meisten Bereiche neue Daten vorläufig nur über die Verhältnisse des Jahres 1975 vorgelegt werden können. Die nächsten Ergebnisse lassen sich aufgrund dieser Periodizität erst über Erhebungen im Jahre 1978 für das Jahr 1977 vorlegen. Dennoch erlauben die dargestellten Strukturverhältnisse einen brauchbaren Überblick, da grundlegende Änderungen in relativ kurzen Zeiträumen nicht zu erwarten sind.

6.1 Luftüberwachung

Anders als der Wasserverbrauch, Abwasserableitung oder als das Entstehen von Abfällen, die zumindest teilweise den herkömmlichen Instrumenten der amtlichen Statistik zugänglich sind, stellt die Beobachtung der Luftverunreinigung (Immission) ein Problem dar, das aufgrund der erforderlichen besonderen Meßtechnik außerhalb der amtlichen Statistik gelöst werden muß. In Baden-Württemberg werden diese amtlichen Messungen von der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) Karlsruhe wahrgenommen. Die Standorte für die Meßgeräte werden nach einer sorgfältigen Meßplanung ausgewählt. Dabei stehen zwei Gesichtspunkte im Vordergrund: Erstens müssen die Meßstellen so platziert werden, daß sie ein möglichst vollständiges Bild von der Immissionssituation am Meßort geben. Grundsatzuntersuchungen, deren Ergebnisse bei der Abfassung der technischen An-

Schaubild 1

Automatisches Vielkomponenten-Immissionsmeßnetz Baden-Württemberg (einschließlich im Bau befindlicher Anlagen)



Quelle: Landesanstalt für Umweltschutz, Karlsruhe
17077

leitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) /1/ berücksichtigt wurden, lassen erkennen, daß eine kontinuierlich arbeitende Meßstation für ein Gebiet von etwa 15 – 20 Quadratkilometern repräsentativ ist. Die Meßergebnisse stehen als Grundlage für weitergehende Untersuchungen, wie epidemiologische oder immissions-klimatologische Betrachtungen, bereit.

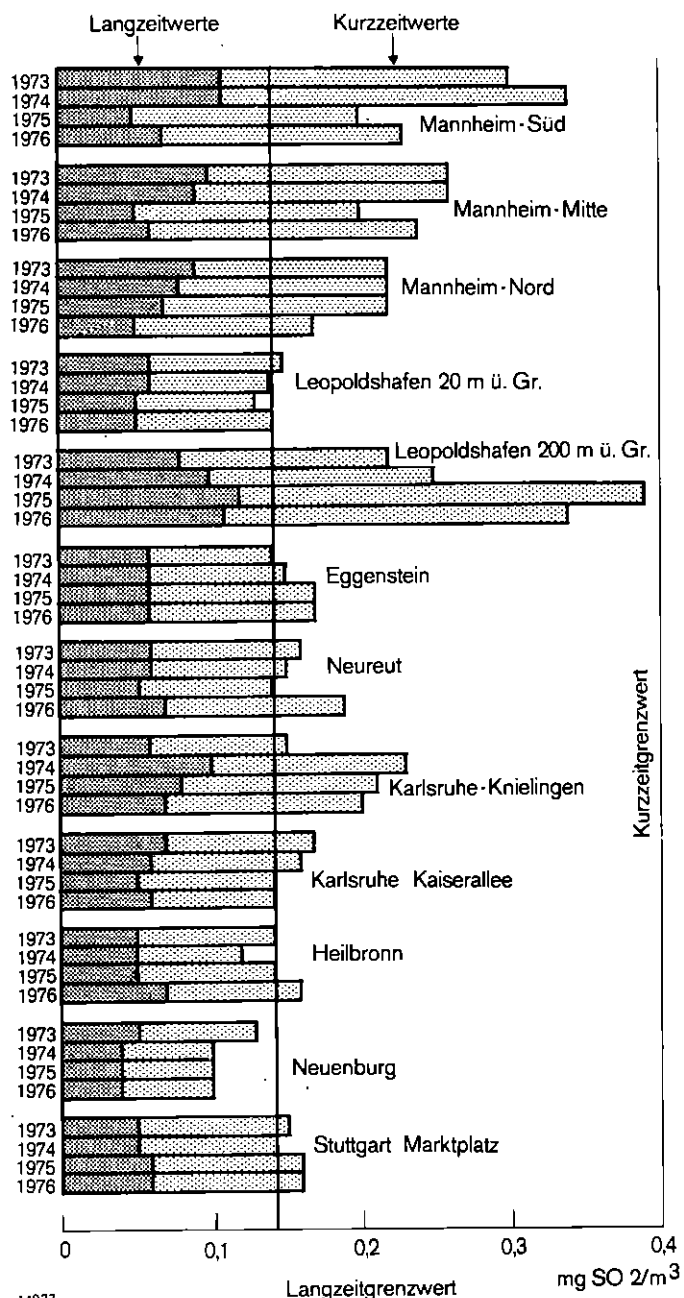
Zweitens sollen die Messungen in Ballungsgebieten so angelegt sein, daß ihre Ergebnisse bei kritischen lufthygienischen Situationen als Alarmkriterium zur Verfügung stehen. Beide Forderungen werden in nahezu idealer Weise durch die automatischen Vielkomponentenstationen erfüllt, die in Mannheim und Karlsruhe in Betrieb sind.

Der Übergang zu Vielkomponentenstationen, die an einer Meßstelle gleichzeitig mehrere Schadstoffe erfassen, ist notwendig, um die Vielzahl luftfremder Stoffe in industriellen Ballungsgebieten zu erfassen. Die Lage der derzeitigen und im Bau befindlichen Vielkomponentenstationen ist aus *Schaubild 1* ersichtlich.

In den übrigen Verdichtungsräumen wird die lufthygienische Situation im allgemeinen anhand der Messung von Schwefeldioxyd (SO₂) beurteilt, das

Schaubild 2

Schwefeldioxid-Immissionsmessungen



wegen seiner weiten Verbreitung und seines hohen Anteils an den Luftverunreinigungen als "Leitsubstanz" dienen kann und zur Beurteilung der Luftgüte besonders geeignet ist.

Die Höhe der gemessenen Immission in einem Gebiet hängt nicht allein von der dort vorhandenen Auswurfmenge luftfremder Stoffe ab, denn die Schadstoffe werden auf ihrem Weg von der Entstehungsstelle bis zum Ort ihrer Wirkung mannigfachen Veränderungen in der Atmosphäre unterworfen; chemische Umsetzungen verändern die Zusammensetzung und Eigenschaften der Luftverunreinigungen; durch die stets vorhandene Turbulenz der Atmosphäre werden die Abgase stark ver-

dünnt. Die Auswurfmenge wiederum hängt zum Teil von dem Zustand der Atmosphäre ab; so ist an einem kalten Wintertag die SO₂-Emission durch Heiztätigkeit ungleich höher als an einem Tag im Herbst oder gar im Sommer.

Die Bewertungskriterien der Meßergebnisse sind in der oben erwähnten TA-Luft beschrieben. Dort sind auch die Immissionswerte angegeben, die zur Vermeidung von schädlichen Umwelteinwirkungen nicht überschritten werden sollen. Die Immissionswerte stellen auf das Jahr bezogene Werte dar, die mit aus den gemessenen Schadstoffkonzentrationen ermittelten Kenngrößen zu vergleichen sind. Dabei wird unterschieden zwischen Immissionswerten für Langzeiteinwirkungen und solchen für Kurzzeiteinwirkungen. Die Immissionswerte für Langzeiteinwirkungen liegen wesentlich niedriger als die für Kurzzeiteinwirkungen, da eine Dauereinwirkung von Schadstoffen bereits bei viel geringeren Konzentrationen schädliche Umwelteinwirkungen hervorrufen kann.

Im *Schaubild 2* sind für eine Reihe ausgesuchter Stationen für die Jahre 1973 bis 1976 die aus den gemessenen Schadstoffkonzentrationen ermittelten Kenngrößen für das Schwefeldioxyd dargestellt. In der Zeichnung stellt die schwarze Säule die Langzeit-Kenngröße und die hell aufgesetzte Säule die entsprechende Kurzzeit-Kenngröße dar. Die nach TA-Luft geltenden Immissionswerte sind zum Vergleich mit aufgeführt (dünner Strich: Wert für Kurzzeiteinwirkungen; dicker Strich: Wert für Langzeiteinwirkungen).

Bemerkenswert sind die starken Schwankungen in den einzelnen Jahren. Dennoch läßt sich aus den von der LfU seit mehr als einem Jahrzehnt in bestimmten Gebieten des Landes durchgeführten Immissionsmessungen inzwischen ein deutlicher Rückgang der SO₂-Belastung in den Großstädten erkennen. In den ländlichen Gebieten und am Rande der Verdichtungsräume konnte diese Tendenz nicht überall bestätigt werden.

Die Ursache für den Rückgang der SO₂-Belastung ist zum einen in den meteorologischen Bedingungen zu sehen. Zum anderen dürften sich aber auch die Anstrengungen auswirken, die in den letzten Jahren vom Gesetzgeber, den Aufsichtsbehörden und den Verursachern auf dem Gebiet der Luftreinhaltung unternommen wurden.

Die bisher vorliegenden Meßergebnisse, die zum Teil in *Schaubild 2* wiedergegeben sind, zeigen deutlich, daß selbst in den am höchsten belasteten Gebieten Baden-Württembergs die Immissionswerte für das als Leitgas dienende SO₂ bei weitem nicht erreicht sind. Unter dieser Voraussetzung kann nach dem heutigen Stand der wissenschaftlichen, insbesondere der medizinisch-biologischen Erkenntnisse, die als Grundlage für die Festlegung der Immissions-

werte dienen, davon ausgegangen werden, daß, zumindest was die SO₂-Belastung angeht, die Luftverhältnisse relativ günstig sind.

Aufgrund neuerer mit den Vielkomponenten-Meßeinrichtungen gewonnener Ergebnisse muß jedoch damit gerechnet werden, daß beim NO₂, das weitgehend durch den Kraftfahrzeugverkehr verursacht wird, in den Ballungsräumen der Abstand der aus den gemessenen Schadstoffkonzentrationen ermittelten Kenngrößen zu den Immissionswerten, insbesondere was den Wert für die Langzeiteinwirkungen angeht, nicht so groß sein wird, wie bei dem SO₂.

Es hat sich darüberhinaus gezeigt, daß bei länger andauernder Ultraviolett-Einstrahlung, so wie es im Jahre 1976 in zwei Sommermonaten der Fall war, relativ hohe Ozon-Konzentration insbesondere in der Mannheimer Luft auftritt. Derartige Erscheinungen sind bei entsprechenden Wetterlagen auch künftig nicht auszuschließen.

6.2 Neue Daten zur Abfall-Situation

Mit der Zunahme von Produkten einerseits und materiellem Wohlstand andererseits hat in den vergangenen Jahren das Problem der Beseitigung häuslicher und gewerblicher Abfälle mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Die immer breitere Verwendung von Kunststoffen, die mit der Massenproduktion zahlreicher gewordenen Einwegverpackungen, mit deren Beseitigung auch der Begriff vom "Wegwerfkonsum" verbunden ist, sowie die bekannte Entwicklung der Motorisierung sind nur einige Beispiele für die Veränderung von Volumen und Struktur der Abfälle und die damit verbundenen Probleme. Die zur Zeit von Bund und Land nachdrücklich geförderten technologischen Entwicklungen lassen für die Zukunft erwarten, daß die gegenwärtigen Probleme der Abfallverwertung und -beseitigung sowohl ökonomisch als auch ökologisch besser gelöst werden können. Bei der Abfallbeseitigung werden zweierlei Ziele verfolgt, nämlich die geordnete, möglichst unschädliche Beseitigung der nicht mehr verwertbaren Abfallstoffe durch Ablagerung (Deponie), Verbrennung oder Kompostierung und das als "Recycling" bekannt gewordene Wiedereinbringen von Abfallstoffen in den Wirtschaftskreislauf. Der folgende Beitrag befaßt sich ausschließlich mit dem ersten Ziel. Dabei wird auf Zahl und Struktur sowohl der öffentlichen als auch der privat betriebenen Abfallbeseitigungsanlagen und auf die dabei beseitigten Abfallmengen eingegangen.

Entwicklung der öffentlichen Deponien

Eine von dem zuständigen Ministerium in Auftrag gegebene Erfassung der öffentlichen Deponien nach dem Stand vom Januar 1976 ergab, daß im Lande

noch 212 Haus- und Sperrmülldeponien und 100 Deponien zur Ablagerung von Bodenaushub und Bauschutt betrieben wurden.

Läßt man die für den Umweltschutz problemloseren Erdaushubdeponien, die im Sinne einer Rekultivierung der Landschaft betrieben werden sollen, außer Betracht, so hat sich der ursprüngliche Bestand von nahezu 4 000 Müllkippen seit 1972 um fast 95 % verringert. Allein im Vergleich zum Januar 1975 sind im Vollzug des Abfallbeseitigungsplanes "Hausmüll" mehr als die Hälfte (58%) aller damals noch bestehenden Deponien geschlossen worden.

Die im öffentlichen Bereich bestehenden 312 Deponien wurden Anfang 1976 zu 54 % von Gemeinden und Zweckverbänden, zu 34 % von Stadt- und Landkreisen und zu 12 % von beauftragten Privatfirmen betrieben. Die regionale Verteilung ist in der Tabelle im Anhang nachgewiesen.

Struktur der privaten Abfallbeseitigungsanlagen

Zur Erhebung der Abfallbeseitigung in ausgewählten Bereichen der Wirtschaft sind in Baden-Württemberg mehr als 15 000 Betriebe herangezogen worden. Ein Blick auf die Tabelle 1 läßt erkennen, daß etwa 6 % der befragten Betriebe eigene Abfallbeseitigungsanlagen unterhielten. Von diesen etwas mehr als 900 Firmen besaßen 25 % Deponien, 62 % Verbrennungsanlagen und nur 1 % Kompostierungsanlagen. Etwa 4 % beseitigten den Müll in kombinierten Anlagen und der Rest (8%) betrieb sonstige, nicht näher bezeichnete Beseitigungsanlagen. Die überwiegende Zahl der Betriebe bevorzugt also die Verbrennung ihrer betrieblichen Abfälle oder wenigstens eines Teiles davon.

Die Beseitigung des betrieblichen Mülls durch Verbrennung ist an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft. So lassen sich nicht alle Abfälle ohne weiteres in vorhandenen normalen Feuerungsanlagen verbrennen, weil ihre Verbrennungseigenschaften oft anderer Art sind als die von üblichen Brennstoffen. Damit ist es wohl auch zu erklären, daß etwas mehr als die Hälfte der 578 Betriebe, die sich der Müllverbrennung bedienen, eigens für diese Zwecke konstruierte Anlagen betreiben (vgl. *Tabelle 1*). Der Rest (285) beseitigt die brennbaren Abfälle in den für Heizzwecke üblichen Feuerungsanlagen. Untersucht man die Verteilung der speziellen Müllverbrennungsanlagen auf die Wirtschaftsbereiche, so dominieren die Krankenhäuser mit einem Anteil von fast 75 %. Die Gründe sind naheliegend, denn neben den hausmüllähnlichen Abfällen fallen in Krankenhäusern vermehrt Arzneireste sowie infektiöse Abfälle an, die aus hygienischen Gründen nicht der öffentlichen Müllabfuhr übergeben werden dürfen und eine gesonderte Beseitigung durch Verbrennung erfordern. Vornehmlich bei den Krankenhäusern, aber auch in den anderen Bereichen, handelt es sich um kleinere

Tabelle 1

**Betriebe in ausgewählten Bereichen der Wirtschaft
nach Art der verfügbaren Abfallbeseitigungsanlagen am 1.1.1975**

Wirtschaftsbereich	Betriebe		Und zwar mit						
	insgesamt	mit betriebs- eigenen Abfallbe- seitigungs- Anlagen	einer Deponie	mehreren Deponien	Müllver- brennungs- anlagen ¹⁾	darunter spezielle Müllver- brennungs- anlage	Kompo- stierungs- anlagen	Kombi- nationen verschie- dener Anlagen	sonstige Abfallbe- seitigungs- anlagen
Anzahl									
Energie- und Wasserversorgung	892	16	6	—	6	2	—	—	4
Bergbau	12	5	5	—	—	—	—	—	—
Verarbeitendes Gewerbe der									
Grundstoff- und Produktions- güter	1 709	218	120	4	62	16	4	18	10
Investitionsgüter	3 937	117	16	—	55	17	—	4	42
Verbrauchsgüter ²⁾	4 481	203	21	1	166	24	2	2	11
Baugewerbe	2 471	106	55	4	40	11	—	3	4
Einzelhandel	796	3	—	—	2	1	—	—	1
Verkehr	366	7	—	—	7	3	—	—	—
Krankenhäuser	645	259	2	—	240	219	5	9	5
Zusammen	15 309	934	225	9	578	293	11	34	77

1) Einschließlich normaler Feuerungsanlagen. — 2) Einschließlich Schlachthöfe.

Beseitigungsanlagen, wobei von den Krankenhausverwaltungen meist Verbrennungskapazitäten von weniger als einer halben Tonne pro Stunde angegeben wurden.

Sowohl von der Größe als auch von der Anzahl der Anlagen her gesehen sind die privat betriebenen Müllkompostierungsanlagen von geringer Bedeutung. Dies hängt damit zusammen, daß die Müllkompostierung in besonderem Maße an die spezielle Zusammensetzung der Abfallstoffe gebunden ist, da sich mit ihr nur die organischen Bestandteile aufbereiten lassen. Von den insgesamt 16, teilweise in Kombination mit anderen Einrichtungen betriebenen Kompostierungsanlagen entfallen vier auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und zwei auf die Verbrauchsgüterindustrie (einschließlich Schlachthöfe). Die meisten Anlagen (10) werden von Krankenhäusern in Form von kleinen Rottemieten betrieben.

Die Ausstattung der Deponien

Von den insgesamt 270 im Bereich der Wirtschaft betriebenen Deponien (Tabelle 2) gehörten etwa 57 % dem Baugewerbe bzw. der Industrie der Steine und Erden an. Hierbei dürfte es sich hauptsächlich um die Ablagerung von Erdaushub, Bauschutt und nicht mehr benötigtem Abraummaterial handeln, die keine besonderen Gefahren für Luft, Boden und Wasser darstellt. Hinsichtlich der notwendigen Sicherheits-, Pflege- und Hygienemaßnahmen sind Verdichten und Planieren am häufigsten anzutreffen. Diesen der Vermeidung von Hohlräumen wie auch

der Raumökonomie dienenden Verfahren folgt in der Regel das Abdecken der Schuttfläche mit Erdaushub zur Verminderung von Geruchsbelästigungen und Schweißbränden. Letzteres trifft vermutlich bei etwa der Hälfte der 116 echten Mülldeponien (ohne Bodenaushub) zu.

Die mit Grundwasserabdichtung benannten Maßnahmen beziehen sich auf das Abdichten der Deponiesohle gegen das Eindringen von eingeregnetem Sickerwasser in den Untergrund und damit möglicherweise in das Grundwasser und gegen das Eindringen von Grundwasser in die Müllschicht. In beiden Fällen bestehen Gefahren der Verunreinigung von Grundwasser mit löslichen Abfallstoffen.

Eine solche Abdichtung kann natürlicherweise gegeben sein durch tonhaltige Erdschichten, sie kann aber notfalls auch künstlich mit chemischen Mitteln erreicht werden. Wie die *Tabelle 2* zeigt, sind etwa 68 % der Deponien in dieser Weise ausgestattet.

Die bei 16 % aller Deponien im Bereich der Wirtschaft getroffene Maßnahme der Kontrolle des Grundwassers (Kontrollbrunnen) zielt auf die Entnahme von Grundwasserproben, die Auskunft über Art und Grad der möglichen Verunreinigungen durch den Deponiebetrieb geben sollen. Der Sickerwasseraustrag gibt die Möglichkeit, das an der Deponiesohle austretende Sickerwasser erforderlichenfalls zu behandeln. Während bei 12 % aller Deponien ein solcher Austrag besteht, beschränkt sich die Sickerwasserbehandlung auf nur 2 % der Fälle.

Natürlich sind die genannten Sicherheitsvorkehrungen für reine Erdaushubdeponien aus den schon erwähnten Gründen nicht bedeutsam.

Die Betrachtung der Deponien nach dem verfügbaren Restvolumen liegt schwerpunktmäßig (43%) bei der Größenordnung von unter 10 000 m³. Die darüberliegenden Größenklassen sind nur knapp vertreten. Ähnlich verhält es sich mit der nach Jahren bemessenen Ablagerungskapazität, die auch in der untersten Gruppe ihren größten Anteil (43%) aufweist. Schon diese Daten lassen auf das Vorhandensein überwiegend kleinerer Deponien schließen.

Menge und Struktur der öffentlich beseitigten Abfälle

Nachdem in der Vergangenheit über das Müllaufkommen bei den Beseitigungsanlagen lediglich Schätzungen vorlagen, haben erste Ergebnisse der Umweltstatistiken erstmals konkreten Aufschluß über die tatsächliche Menge des Abfalls ergeben: Danach sind 1975 in Baden-Württemberg rund 20 Millionen m³ Abfälle bei den öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen angeliefert worden, das sind je Einwohner fast 2,2 m³ oder 1,4 Tonnen. Davon

entfielen auf Haus- und Sperrmüll bereits 1,2 m³. Noch vor etwa 15 Jahren wurde beispielsweise die einwohnerbezogene Menge an Hausmüll nur etwa halb so hoch eingeschätzt. Somit geben die neuen Zahlen einen Eindruck von den durch Bevölkerungszuwachs und gestiegenen Konsum sowie zunehmenden Verpackungsaufwand entstandenen Problemen der Abfallbeseitigung.

Die Unterscheidung der beseitigten Abfälle nach Anlieferern führte zu dem interessanten Ergebnis, daß nur etwas mehr als die Hälfte (57 %) der Gesamtmenge durch die öffentliche Entsorgung aufgebracht wurde. Die restlichen 43 % wurden von privaten Abfuhrunternehmen und sonstigen Firmen direkt zu den Beseitigungsanlagen gebracht. Dabei handelte es sich überwiegend um Produktionsabfälle sowie Erdaushub und Bauschutt, die ladungsweise von den Gewerbebetrieben selbst oder von beauftragten Dritten zu den öffentlichen Anlagen transportiert wurden.

Rund 88 % aller beseitigten Abfälle, das sind etwa 17,6 Millionen m³, wurden auf öffentliche Deponien gebracht. Dabei zeigte sich schon eine deutliche Konzentration auf Zentraldeponien, denn mehr als 80 % der angelieferten Abfälle entfielen

Tabelle 2

Deponien in ausgewählten Bereichen der Wirtschaft nach ausgewählten Merkmalen

Bereich Merkmale	Energie- und Wasser- ver- sorgung	Berg- bau	Verarbeitendes Gewerbe der			Bau- gewerbe	Kranken- häuser	Zusammen
			Grund- stoff- und Produk- tionsgüter	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter 1)			
Anzahl								
Deponien insgesamt	6	5	143	20	24	69	3	270
und zwar mit								
Verdichtung und Planierung	2	3	95	7	13	62	—	182
Abdeckung des Abfalls	2	1	58	13	10	20	—	104
Grundwasserabdichtung	—	3	79	9	12	26	1	130
Kontrollbrunnen zur Überwachung des Grundwassers	1	1	23	4	5	9	—	43
Sickerwasseraustrag	—	—	17	2	2	10	—	31
Sickerwasserbehandlung	—	—	3	1	2	—	—	6
Restvolumen von								
unter 10 000 m ³	3	2	49	11	12	37	3	117
10 000 bis unter 20 000 m ³	2	1	23	4	7	10	—	47
20 000 bis unter 50 000 m ³	—	—	21	3	—	5	—	29
50 000 bis unter 100 000 m ³	1	1	19	1	3	4	—	29
100 000 bis unter 500 000 m ³	—	1	17	1	1	10	—	30
500 000 m ³ und mehr	—	—	14	—	1	3	—	18
Ablagerungskapazität								
von weniger als 5 Jahren	1	1	46	8	11	41	1	109
von 5 bis unter 10 Jahren	—	—	23	3	6	16	1	49
von 10 bis unter 20 Jahren	1	3	41	6	5	7	1	64
von 20 Jahren und mehr	4	1	33	3	2	5	—	48

1) Einschließlich Schlachthöfe.

auf nur 11 % der Deponien. Allein auf den 6 größten Anlagen (0,8 %) wurden fast 20 % der Gesamtmenge deponiert. Sowohl die Konzentration der Müllbeseitigung auf Zentraldeponien als auch die Schließung von 58 % aller noch am Jahresbeginn 1975 bestehenden 754 Müllplätze deuten das Ausmaß an, in dem der Teilplan "Hausmüll" der Landesregierung schon realisiert werden konnte.

10 % aller Abfälle wurden in Verbrennungsanlagen beseitigt und nur 2 % wurden zu Kompost verarbeitet.

Die regionale Verteilung öffentlicher und privater Abfallbeseitigungsanlagen

Hinsichtlich der regionalen Verteilung der privat betriebenen Abfallbeseitigungsanlagen läßt sich aus den vorhandenen Daten bisher nur ein grober Überblick über Zahl und Art der in den Kreisen vorhandenen Einrichtungen gewinnen. Um weitgehende Schlüsse zu erhalten, sind vor allem Mengen- und Strukturangaben erforderlich, die erst über weitere Erhebungen und Auswertungen zu ermitteln sind.

Immerhin läßt sich aber bereits über die Zahl der befragten Betriebe (vgl. *Tabelle im Anhang*) ein eindeutiger Schwerpunkt in der Region Mittlerer Neckar feststellen. Diesem Gewicht entspricht auch die Verteilung der Abfalldeponien und Verbrennungs-

anlagen. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistung bzw. Ballungerscheinungen und Abfallaufkommen ist damit offensichtlich.

Die in dieser Tabelle zum Vergleich beigegebenen Daten aus dem öffentlichen Bereich zeigen die starke Fluktuation im Vollzug des Abfallbeseitigungsplanes, die bereits im Verlauf des Jahres 1975 erfolgt ist. Sie machen auch deutlich, daß es sich um eine Übergangssituation handelt und die jeweiligen Werte nur den Charakter einer Momentaufnahme besitzen können.

Für den Bereich der öffentlich beseitigten Abfälle lassen sich Mengen- und Strukturinformationen dagegen schon in tieferer regionaler Differenzierung gewinnen. Wie die entsprechende Tabelle im Anhang zeigt, werden demnach in den zum 1.1.1976 bestehenden 312 öffentlichen Deponien des Landes die einzelnen Abfallarten regional recht unterschiedlich zur Beseitigung angeliefert. Die zu beobachtende starke Streuung der Mengenanteile weist auf die besondere Problematik der regionalen Vergleichbarkeit der Abfallmengen und -arten hin, die sowohl durch unterschiedliche Behältervolumina als auch Verdichtungsgrade des angelieferten Mülls bedingt sind, eine Folge der noch differenzierten technischen Ausstattung im Bereich der Entsorgung.

Daneben besteht in der öffentlichen Abfallbeseitigung eine Reihe von grenzüberschreitenden Lösungen. So werden beispielsweise Abfälle aus dem Landkreis Karlsruhe auf Deponien der Stadt Karlsruhe gelagert. Ein ähnliches Verhältnis besteht zwischen dem Alb-Donau-Kreis und dem Stadtkreis Ulm sowie zwischen dem Kreis Emmendingen und dem Ortenaukreis. Auch werden aus einigen Kreisen Abfälle auf im Ausland gelegene Beseitigungsanlagen verbracht, so vom Ortenaukreis nach Straßburg und vom Kreis Lörrach nach Basel. Aus diesem Grunde ist es einstweilen auch nicht sinnvoll, die bei den einzelnen Deponien angekommenen Abfallmengen auf die Zahl der Einwohner der betreffenden Region zu beziehen. Erst mit einer später möglichen Zusammenstellung nach Mülleinzugsgebieten werden sich regional typische Pro-Kopf-Werte ermitteln lassen.

Die Konsolidierung der Abfallwirtschaft sowie die allmähliche Gewöhnung der Auskunftspflichtigen an die neuartigen Fragestellungen werden sich auf Qualität und regionale Vergleichbarkeit künftiger Ergebnisse positiv auswirken.

Da die vorliegenden Daten in erster Linie auf den Ort der Beseitigung der Abfälle bezogen sind, liegt es nahe, einem Regionalvergleich das Mengen-/Flächenverhältnis zugrunde zu legen, denn abgesehen von dem reinen Flächenbedarf für die Beseitigungsanlagen stellt ein mehr oder weniger konzentriertes Abfallaufkommen entsprechende Ansprüche insbesondere an die verkehrsmäßige Infrastruktur einer Region. Die flächenbezogene Betrachtung (*Schaubild 3*) läßt die Belastung der Stadtkreise

Schaubild 3
Flächenbezogene Abfallbelastung
in den Kreisen 1975

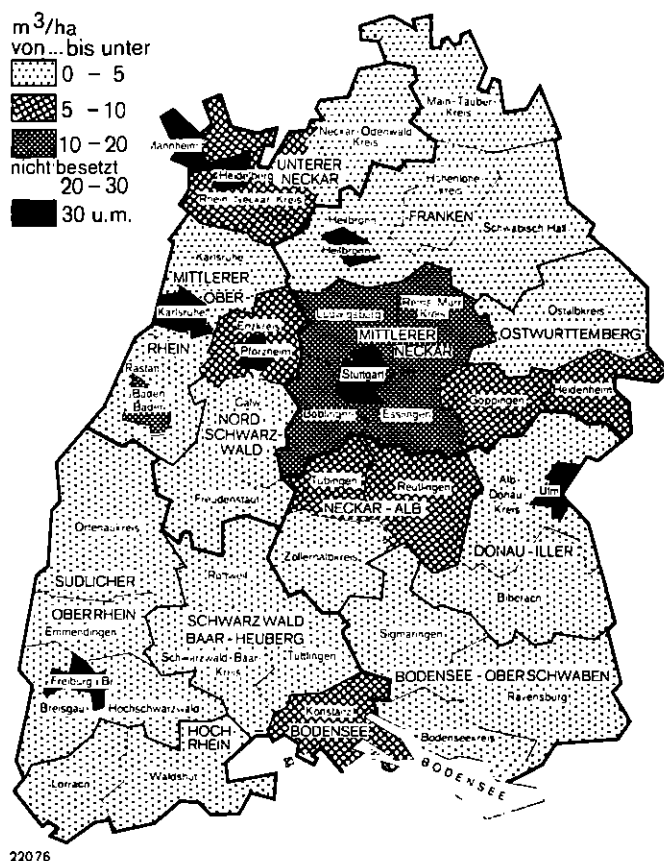


Tabelle 3

Abfallaufkommen in der Industrie 1975

Wirtschaftszweige	Abfälle insgesamt		Davon			
			produktionsspezifische Abfälle	Asche Bauschutt	Hausmüll	Verpackungsmaterial
	1 000 t	%	%			
Stahlbau, Maschinenbau	436	13,7	55,8	18,0	22,0	4,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	427	13,3	82,8	14,4	2,0	0,8
Papier- und Pappeerzeugung	387	12,1	87,1	9,9	0,8	2,2
Chemische Industrie	309	9,7	65,2	15,5	14,2	5,1
Eisenschaffende Industrie; Gießereien; Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung und Mechanik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	293	9,2	75,4	7,9	14,7	2,0
Fahrzeugbau	272	8,5	54,4	29,8	11,1	4,7
Ernährungsgewerbe	249	7,8	82,7	4,0	9,7	3,6
Elektrotechnische Industrie	160	5,0	31,4	31,7	28,6	8,3
Holzbearbeitung; Holzverarbeitung	149	4,7	80,0	5,9	10,6	3,5
Bergbau	85	2,7	95,0	4,8	0,2	0,0
Textil- und Bekleidungsindustrie	74	2,3	44,2	14,9	30,1	10,8
Asbest- und Gummiverarbeitung	62	1,9	56,5	8,9	25,2	9,4
Kunststoffverarbeitende Industrie	59	1,8	57,1	8,6	24,3	10,0
Papier- und Pappeverarbeitung; Druckerei	58	1,8	48,2	10,6	33,4	7,8
NE-Metallerzeugung; NE- Metallgießereien	42	1,3	53,7	29,7	13,6	3,0
Mineralölverarbeitung	33	1,0	57,3	30,8	4,9	7,0
Glaserzeugende, -verarbeitende Industrie	28	0,9	66,2	9,5	12,0	12,3
Feinmechanik, Optik-, Foto- und Uhrenindustrie; Büromaschinen; Datenverarbeitung	26	0,8	24,2	5,7	63,2	6,9
Lederverarbeitende Industrie	21	0,7	80,9	0,6	13,6	4,9
Feinkeramik	11	0,3	65,2	9,0	25,8	0,0
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck-, Sportartikel	8	0,2	51,4	10,6	35,2	2,8
Ledererzeugende Industrie	8	0,2	49,6	24,5	22,0	3,9
Tabakverarbeitung	2	0,1	55,7	14,2	23,0	7,1
Industrie insgesamt	3 199	100	68,5	14,5	13,1	3,9

deutlich hervortreten. So sind die Stadtkreise in der Größenklasse "30 und mehr m³/ha" völlig unter sich. Lediglich der Stadtkreis Baden-Baden liegt mit vier Kreisen der Region Mittlerer Neckar in der Klasse 10 bis unter 20 m³/ha. In mehr als der Hälfte der Kreise (23) müssen lediglich zwischen 0 und 5 m³/ha beseitigt werden.

Erste Daten über industrielle Produktionsabfälle

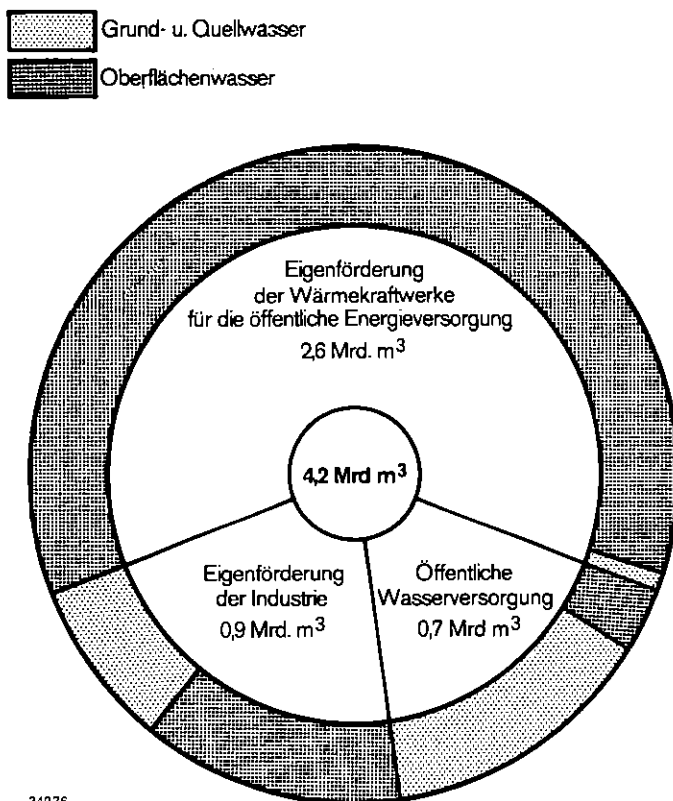
Für die Beurteilung der Umweltbelastung sind Informationen über den Anfall der Abfälle mindestens ebenso wichtig wie über deren Beseitigung. Nach ersten Schätzungen aus den Umweltstatistiken sind im Jahre 1975 insgesamt etwa 3,2 Mill. Tonnen Müll angefallen, die zu 70 % (2,2 Mill. Tonnen) aus der Produktion stammen. Die übrigen 30 % verteilen sich

je zur Hälfte (0,5 Mill. Tonnen) auf Hausmüll und Verpackungsmaterial sowie auf Asche und Bauschutt.

Wie die *Tabelle 3* verdeutlicht, ist der Anteil an Produktionsabfällen in den Industriebereichen mit Massenabfällen erwartungsgemäß besonders hoch. Darunter fallen in erster Linie der Bergbau mit seinen Abraumhalden, die Industrie der Steine und Erden, die Nahrungsmittelindustrie, die lederverarbeitende Industrie sowie die Holzverarbeitung. Demgegenüber zeichnen sich vor allem die Feinmechanik und verwandte Industrien sowie die elektrotechnische Industrie durch ihren relativ geringen Anteil an Produktionsabfällen aus.

Die Massenabfälle stellen eher ein Mengen- als ein Schädlichkeitsproblem dar. Nähere Angaben hierzu, die auch Aufschlüsse über Sonderabfälle vermitteln, sind erst nach der später möglichen tiefen Gliederung der produktionsspezifischen Abfälle zu erwarten.

Wasseraufkommen 1975



34976

6.3 Öffentliche und gewerbliche Wasserwirtschaft

Die Zunahme der Bevölkerung in Verbindung mit einem gestiegenen Hygienebewußtsein einerseits, bzw. Steigerung des Energiebedarfs und der Produktion sowie eine vermehrte Anwendung wasserabhängiger Produktionsverfahren andererseits, haben in den vergangenen Jahren zu gesteigerten Forderungen an Qualität und Quantität des Wassers geführt. Für die letzten fünfzig Jahre wird dabei von einer Zunahme des häuslichen und gewerblichen Wasserverbrauchs um das Vierzigfache ausgegangen.¹

Um einen Einblick in die in Baden-Württemberg geförderte Wassermenge sowie in die wasser- und abwasserwirtschaftliche Situation der wichtigsten Verbraucher zu ermöglichen, wurden aus den gegenwärtig laufenden Umweltstatistiken vorweg Eckwerte ermittelt. Erstmals konnten dabei neben der Industrie im engeren Sinne auch die Verhältnisse der Wärmekraftwerke für die öffentliche Energieversorgung einbezogen werden.

¹ Mittelfristiges Programm der Landesregierung für den Umweltschutz in Baden-Württemberg, S. 94

Wasserverbrauch des Produzierenden Gewerbes

Die hinsichtlich des Wasseraufkommens herausragende Bedeutung dieser Wärmekraftwerke zeigt *Schaubild 4*. Danach sind an der Ausbeute der Wasserreserven des Landes in der Menge von 4,2 Mrd. Kubikmeter die Wärmekraftwerke mit 62 %, die Industrie mit 21 % und die öffentliche Wasserversorgung mit 17 % beteiligt. An dem Wasseraufkommen der öffentlichen Wasserversorgung partizipieren dabei neben den privaten Haushalten auch die Industrie und das sonstige Produzierende Gewerbe. Zusammengefaßt ist damit das Produzierende Gewerbe mit einem Förderanteil von mehr als 80 % am Gesamtwasseraufkommen des Landes als ein Wasserverbraucher erster Ordnung anzusehen. Die im Schaubild gegebene Unterscheidung zwischen Grund- und Quellwasser sowie Oberflächenwasser deutet schon auf die nutzungsbedingt unterschiedlichen Ansprüche an die Wasserqualität hin, die im einzelnen noch erörtert werden.

Da für die Wärmekraftwerke bisher lediglich einige grobe Strukturdaten vorliegen, auf die zum Ende des Abschnitts eingegangen wird, wird sich dieser Abschnitt vor allem mit der *industriellen* Wasserwirtschaft beschäftigen. Im Anschluß an die Skizzierung von Entwicklung und Struktur der Wasserwirtschaft wird dabei vor allem auf Probleme der Umweltbelastung einschließlich der Bereitstellung umweltschützender Investitionen eingegangen.

Veränderung des Wasseraufkommens der Industrie gegenüber 1973

Nachfolgend werden die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie eingehend behandelt, wobei auf die Vorwegauswertung der Angaben von Betrieben mit einem jährlichen Wasseraufkommen von mehr als 50 000 m³ Bezug genommen wird. Mit den Großverbrauchern (etwa 10 % der Betriebe) sind schon mehr als 90 % des gesamten industriellen Wasseraufkommens repräsentiert.

Die industrielle Entwicklung der Jahre 1974 und 1975 war auch in Baden-Württemberg von der stärksten

Tabelle 4

Indikatoren der industriellen Entwicklung

Bezeichnung	Einheit	1973	1974	1975	1973 = 100	
					1974	1975
Beschäftigte insgesamt	1000	1 577	1 543	1 439	97,8	91,2
Produktion					98,5	90,5
Umsatz insgesamt						
(in Preisen v. 1973 ¹⁾)	Mill. DM	113 652	111 265	105 355	97,9	92,7
Stromverbrauch	Mill. KWh	16 180	15 843	14 862	97,9	91,9
Kohleverbrauch	1000 t SKE	573	597	496	104,2	86,6
Heizölverbrauch	1000 t	4 611	4 088	3 801	88,2	82,4
Wasseraufkommen ²⁾ ..	Mill. m³	993		871 ¹⁾		87,7
davon Eigenförderung ..		896		791 ¹⁾		88,3
Fremdbezug		97		80 ¹⁾		82,6

¹⁾ Geschätzt. - ²⁾ In Betrieben mit mehr als 50 000 m³ jährlichem Wasseraufkommen.

Rezession der Nachkriegszeit geprägt. Die wenigen, in *Tabelle 4* aufgeführten Daten veranschaulichen, daß mit dem allgemeinen Rückgang der Produktion sowie anderer Indikatoren auch ein solcher des industriellen Wasserverbrauchs verbunden war. Es wird noch zu untersuchen sein, ob weitere Gründe, wie etwa die sparsamere Bewirtschaftung des Wassers durch Mehrfachnutzung, an dem rückläufigen Wasseraufkommen beteiligt sind. Sicher hat auch die Weiterentwicklung des Wasserrechts zu einer sparsameren Wasserverwendung beigetragen.

Bei der Beurteilung der relativ hohen Abnahme des Wasseraufkommens sollte beachtet werden, daß die Abschneidegrenze von 50 000 m³ nicht nur von Betrieben mit produktionsbedingt geringerem Wasseraufkommen unterschritten wurde, sondern auch von jenen Betrieben, die 1973 über der Grenze lagen und trotz gleichbleibender oder sogar ansteigender Produktion ihren Wasserbedarf durch die Anwendung wassersparender Techniken senken konnten. Unterstellt man für die Zukunft bezüglich der betrieblichen Wasserwirtschaft keine gravierenden technischen Niveauänderungen, so darf eine enge Beziehung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Wasserbedarf angenommen werden.

Auch der industrielle Wasserfremdbezug (überwiegend aus dem öffentlichen Netz) ist überproportional zurückgegangen, was zusätzlich noch unter dem Kostenaspekt der stark gestiegenen Wasserpreise, in denen sich jetzt auch die Abwasserreinigungsgebühren niederschlagen, zu beurteilen ist. Dagegen spricht die in der öffentlichen Wasserversorgung feststellbare leichte Zunahme der Wassergewinnung von 2 % dafür, daß sich Kleingewerbe und private Haushalte keine nachhaltigen Beschränkungen hinsichtlich ihres Wasserverbrauchs auferlegten. Diese Annahme wird sowohl durch eine Zunahme wasserverbrauchender Haushaltsgeräte als auch durch entsprechende Umsatzergebnisse einschlägiger Branchen bestätigt. Bis in den hauswirtschaftlichen Bereich hinein hat sich also die wirtschaftliche Rezession in diesem Zusammenhang nicht gravierend ausgewirkt.

Wasseraufkommen nach Branchen

Die nachfolgenden Untersuchungen über das industrielle Wasseraufkommen beziehen sich nur auf die Großbetriebe, die 90 % des Wasseraufkommens verbrauchen. Für erste Betrachtungen der Struktur- und Umweltverhältnisse dürfte dies voll ausreichen, obwohl unter den nicht einbezogenen sicherlich noch Problemfälle anzutreffen sind.

Von allen Industriegruppen wird am meisten Wasser in der papier- und pappeerzeugenden Industrie verbraucht, nämlich 38 % des industriellen Wasseraufkommens (*Tabelle 5*). Diese hohe Wasserintensität

ist dadurch bedingt, daß die zur Fertigung benötigten Stoffe während des Produktionsprozesses mehrmals ausgewaschen werden müssen.

An zweiter Stelle des Wasserverbrauchs rangiert der sehr heterogene Bereich der chemischen Industrie mit einem Anteil von 27 % am industriellen Wasseraufkommen. Von der Produktion her ragen in Baden-Württemberg die pharmazeutische Industrie, die Industrie der Farben und Lacke sowie die Industrien anorganischer und organischer Grundstoffe, die Kunststoffindustrie und die Industrien der Seifen-, Wasch- und Körperpflegemittel besonders heraus. Ihr Anteil am Produktionswert aller Erzeugnisse der chemischen Industrie beträgt mehr als drei Viertel.

Schon die beiden vorgenannten Bereiche konzentrieren fast zwei Drittel des industriellen Wasseraufkommens auf sich. Das restliche Drittel entfällt auf die übrigen zehn in der *Tabelle 5* aufgeführten Industriegruppen, die vom Textil- und Ernährungsgewerbe sowie der Industrie der Steine und Erden angeführt werden.

Inzwischen vorliegende Bundesergebnisse des Jahres 1973 zeigen für das Bundesgebiet völlig abweichende Strukturen auf. Die Rangordnung nach der Höhe des Wasseraufkommens wird beispielsweise dort von der chemischen Industrie angeführt. Es folgen Bergbau und die eisenschaffende Industrie. Die Papier- und Pappeerzeugung steht erst an vierter Stelle.

Tabelle 5

Industrielles Wasseraufkommen 1975

Ausgewählte Industriegruppen	Insgesamt Mill. m ³	Eigenförderung		Fremd- bezug (öffentl. Netz)
		Grund- und Quell- wasser	Ober- flächen- wasser.	
Papier- und Pappeerzeugung	299,6	18,3	81,3	0,4
Chemische Industrie	209,8	40,6	56,4	3,0
Textilgewerbe	54,6	42,8	47,8	9,4
Ernährungsgewerbe	43,2	60,5	18,5	21,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	39,4	65,7	31,3	3,0
Mineralölverarbeitung	34,9	97,6	0,0	2,4
Straßenfahrzeugbau	23,4	41,5	22,1	36,4
Maschinenbau	22,6	67,5	13,5	19,0
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwaren	20,1	35,1	62,7	2,2
Elektrotechnik	14,7	39,6	14,7	45,7
Herstellung von Kunststoffwaren	12,3	34,9	57,0	9,0
Gummiverarbeitung	10,3	84,4	—	15,6
Summe der ausgewählten Industriegruppen	784,9	38,2	55,9	5,9

Die betriebliche Wasserversorgung durch eigene Wassergewinnung hängt nicht nur von den örtlichen hydrologischen Gegebenheiten ab, sondern auch von den nutzungsbedingten Ansprüchen an die Wasserqualität. Daneben sind auch Kostengesichtspunkte gegenüber dem Bezug aus dem öffentlichen Netz maßgebend. So entfallen fast 94 % des industriellen Wasseraufkommens auf Eigenförderung und nur 6 % auf Fremdbezug, überwiegend aus dem öffentlichen Netz. Die bereichsweise recht unterschiedliche Struktur der Herkunft des Wasseraufkommens läßt die Einflüsse der vorgenannten Gesichtspunkte erkennen.

Die Veränderung des Wasseraufkommens gegenüber vergleichbaren Größen des Jahres 1973 ist deutlich von dem Einbruch der Rezession geprägt. (Vgl. *Tabelle im Anhang*) Sowohl für die Industrie insgesamt als auch für die wesentlichen Bereiche korrespondieren die rückläufigen Quoten mit den entsprechenden Produktionseinbußen. Außerdem werden aber auch Veränderungen in der Zusammensetzung des Wasseraufkommens deutlich, die erst im Rahmen einer späteren Disaggregation der Ergebnisse analysiert werden können.

Umweltrelevanz des Wasserverbrauchs

Kenntnisse über die *Verwendung des Wassers* im betrieblichen Arbeitsablauf sind als Voraussetzung zur Beurteilung der umweltbedeutsamen Abwasserhältnisse unerläßlich. Die im Anhang in zusammengefaßter Form wiedergegebenen Strukturmerkmale geben auf den ersten Blick zu erkennen, daß bei der überwiegenden Anzahl der Branchen wesentlich mehr als die Hälfte des Wasseraufkommens für Kühlzwecke verwendet wird. Für alle ausgewählten Industriegruppen zusammen beträgt die Kühlwasserquote etwas mehr als 56 %.

Für Fabrikations- und in geringem Umfang auch für Belégschaftszwecke werden insgesamt 37 % des Wasseraufkommens verwendet. Je nach Produktion ergeben sich sehr unterschiedliche Qualitätsansprüche, die beispielsweise im Falle der Ernährungsindustrie oder für Kantinenzwecke mindestens denen an die Trinkwasserversorgung gleichkommen. Je nach der Qualität des eingeförderten Wassers muß also im Bedarfsfall noch Wasser aus dem öffentlichen Netz bezogen werden. Die abgegebene oder in sonstiger Weise genutzte Wassermenge ist mit 7 % gering und kann in diesem vorläufigen Zusammenhang noch nicht interpretiert werden.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Umweltschutzes gehört die Reinhaltung der Gewässer. In diesem Zusammenhang ist es das erklärte Ziel der Umweltpolitik des Landes, das Netz der bestehenden Kläranlagen auszubauen und in der Leistung zu verbessern. Daneben gilt es, darüber zu wachen, daß häusliche und industrielle *Abwässer*, die unmittelbar

in ein Gewässer oder in den Untergrund abgeleitet werden, nicht eine Gefahrenquelle der Verunreinigung darstellen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß 94 % des gewerblichen Wasseraufkommens abgeleitet wurde, das heißt, daß etwa 6 % des eingeförderten oder bezogenen Wassers teilweise als Leitungsverluste zu betrachten sind, den Produkten beigemischt oder während des Produktionsprozesses verändert (z.B. verdampft) wurden. Verständlicherweise nimmt hierbei das Ernährungsgewerbe, man denke nur an die Getränkeherstellung, eine Sonderstellung ein.

Soweit gewerbliche Abwässer in die öffentliche Kanalisation eingeleitet werden, ist anzunehmen, daß ihre Schädlichkeit über eine öffentliche Kläranlage abgebaut wird. Voraussetzung ist allerdings in besonderen Fällen eine betriebliche Vorbehandlung. Wie die Tabelle 6 und die Tabelle "Industrielle Wasserableitung" im Anhang zu erkennen geben, streuen die Anteile des in das öffentliche Kanalnetz eingeleiteten Abwassers branchenweise sehr stark um einen Summenwert von 14 %, der als geringfügig bezeichnet werden kann. Direkt in ein Gewässer (Vorfluter) wurden dagegen schmutzfrachtfreie Kühlwasseranteile von schätzungsweise 56 % des insgesamt abgeleiteten Wassers eingeleitet. Das restliche verschmutzt und unmittelbar eingeleitete Abwasser (30 %) ist vor der Einleitung zu zwei Dritteln in irgendeiner Weise gereinigt worden.

Wie nicht anders zu erwarten, hat auch die insgesamt abgeleitete Wassermenge gegenüber 1973 um mehr als 10 % abgenommen, wobei die Streuung der entsprechenden Branchenquoten etwa den Verhältnissen beim Wasseraufkommen entspricht. Strukturelle Veränderungen zeigen sich dagegen besonders in den Bereichen Ernährung, Maschinenbau und Herstellung von Kunststoffwaren. Hier sind – und das deuten die hohen Zunahmeraten der Menge des gereinigten Abwassers an – offenbar von einer Zahl von Betrieben zusätzliche Investitionen zugunsten der Abwasserreinigung getätigt worden. Daneben sind aber auch in Fällen abnehmender Mengenverhältnisse, wie z.B. bei der Papierindustrie, die zunehmenden Reinigungsquoten positiv zu werten.

Es ist verständlich, daß unter dem allgemeinen Einfluß der Rezession mit der Folge eines abnehmenden Wasseraufkommens auch die in betrieblichen Kreislaufsystemen insgesamt genutzte Wassermenge abgenommen hat. Wie das *Schaubild 5* zeigt, übersteigt die durch *Kreislaufnutzung* gesparte, also nicht zusätzlich geförderte oder bezogene Wassermenge das gesamte industrielle Wasseraufkommen um mehr als 300 Mill. m³ oder ein Drittel. Mit diesem Ergebnis läßt sich die Frage verbinden, ob die Anwendung von Kreislauf-techniken gegenwärtig die einzige Alternative darstellt, sowohl dem steigenden Wasserbedarf als auch den naturgegebenen Grenzen des Wasserverbrauchs gerecht zu werden.

Innerhalb der Produktion wird das Kreislaufwasser hauptsächlich (65 %) zu Kühlzwecken genutzt, im übrigen (35 %) dient es der Bewerksstellung von beispielsweise mittels Wasserkraft betriebenen Fertigungsprozessen.

Was aber hinsichtlich der technischen Ausstattung und der Leistung der Kreislaufsysteme im ganzen besonders auffällt, ist ihre zunehmende Effizienz. So ist die in den Kreisläufen eingesetzte Wassermenge gegenüber 1973 in ihrem Anteil an der insgesamt durch Kreislauf bewegten Wassermenge erheblich zurückgegangen. Bei noch vorsichtiger Interpretation dieser vorläufigen Ergebnisse dürfte dies immerhin bedeuten, daß Leistungsfähigkeit und Umlaufgeschwindigkeit bei einer Reihe von Systemen verbessert werden konnten.

Investitionsbereitschaft für Umweltschutz

Eine im Rahmen der Industriestatistik in den Jahren 1971 bis 1974 veranstaltete Umfrage bei Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten läßt auf zunehmende Investitionen für Zwecke des Umweltschutzes schließen. Interessanterweise liegt dabei der Schwerpunkt im Jahr 1974, in dem schon rezessive Produktionseinbrüche zu beobachten sind. Hauptsächlich richten sich die umweltrelevanten Investitionen gegen Beeinträchtigungen durch Abwasser und Luftverunreinigung (Tabelle 7). Hier bestätigt sich die schon vorangegangene Annahme, daß viele Betriebe zugunsten der Abwasserreinigung zusätzlich investiert haben. Man muß diese Investitionsbereitschaft natürlich auch in Zusammenhang mit einer zunehmenden behördlichen Überwachung der Einleitungen und der konsequenten Auslegung der zur Reinhaltung der Gewässer erlassenen Gesetze und Verordnungen sehen. Dabei

Schaubild 5
Von der Industrie benötigte Wassermenge
1965 bis 1975

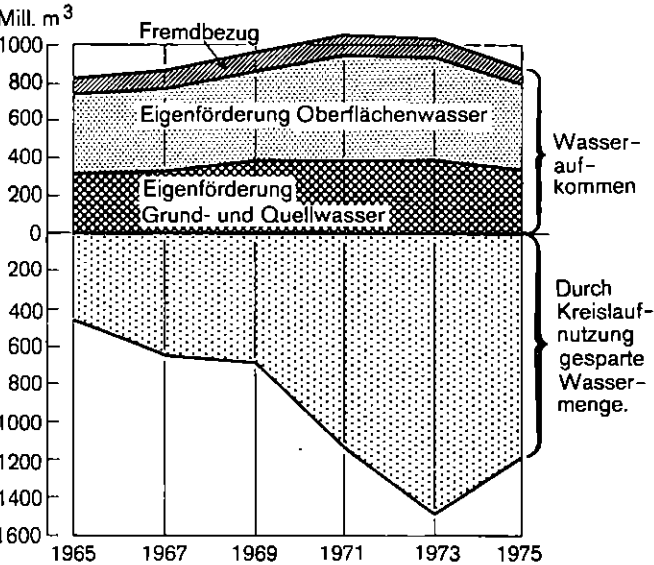


Tabelle 6
Industrielle Wasserableitung 1975

Ausgewählte Industriegruppen	Insgesamt Mill. m ³	Davon in		
		öffentliche Kanali- sation	ein Gewässer	
			insge- samt	davon gereinigt
Papier- und Pappe- erzeugung	287,2	1,6	98,4	60,9
Chemische Industrie	200,4	4,8	95,2	10,5
Textilgewerbe	49,7	51,2	48,8	11,4
Ernährungsgewerbe	36,4	54,6	45,4	12,1
Gewinnung und Verarbei- tung von Steinen und Erden	38,0	3,7	96,3	12,4
Mineralölverarbeitung	32,3	0,3	99,7	13,1
Straßenfahrzeugbau	20,2	88,5	11,5	17,2
Maschinenbau	22,1	36,9	63,1	4,8
NE-Metallerzeugnisse, und NE-Metallhalbzeugwaren	19,0	14,2	85,8	9,9
Elektrotechnik	14,1	71,2	28,8	31,2
Herstellung von Kunst- stoffwaren	11,9	13,9	86,1	1,0
Gummiverarbeitung	10,2	24,5	75,5	23,3
Summe der ausgewählten Industriegruppen	741,5	14,0	86,0	35,8

Tabelle 7
Investitionen der Industrie für Umweltschutzzwecke
(Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten)

Bereich	Jahr	Unternehmen		Investitionen für Umweltschutz			
		insgesamt	mit Um- welt- investi- tionen	insgesamt Mill. DM	davon gegen Schäden durch		
					Ab- was- ser	Luft- ver- schmut- zung	Son- sti- ges¹)
Grundstoff- und Produktionsgüter	1971	494	138	52	32,7	57,7	9,6
	1972	476	141	34	35,3	61,8	2,9
	1973	485	135	47	29,8	59,6	10,6
	1974	430	110	75	66,7	26,7	6,6
Investitionsgüter	1971	1801	313	31	61,3	29,0	9,7
	1972	1767	254	37	59,5	29,7	10,8
	1973	1772	285	35	60,0	34,3	5,7
	1974	1779	244	57	64,9	28,1	7,0
Verbrauchsgüter	1971	1598	159	10	50,0	30,0	20,0
	1972	1542	127	13	38,5	38,4	23,1
	1973	1490	132	8	37,5	50,0	12,5
	1974	1451	133	14	64,3	21,4	14,3
Nahrungs- und Genußmittel	1971	258	35	8	37,5	37,5	25,0
	1972	254	28	7	71,4	28,6	0,0
	1973	253	35	6	66,6	16,7	16,7
	1974	248	45	12	66,7	8,3	25,0
Gesamte In- dustrie ohne Bergbau	1971	4151	645	101	43,6	44,6	11,8
	1972	4039	550	91	48,3	42,9	8,8
	1973	3980	567	96	43,7	46,9	9,4
	1974	3928	532	158	65,8	25,3	8,9

¹⁾ Lärm- und Erschütterungen, Abfälle.

darf aus der rückläufigen Zahl der investierenden Betriebe, die in Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten stark fluktuiert, durchaus kein nachteiliger Schluß gezogen werden, denn eine einmal getätigte Investition erübrigt unter Umständen auf Jahre hinaus weitere Investitionen. Auch wäre es unter diesen Gesichtspunkten voreilig, die in einem Jahr besonders hervortretenden Investoren mit einem Sonderlob zu versehen, solange ihr Verhalten nicht in einer ausreichenden Zeitreihe beobachtet werden kann.

2,6 Millionen Kubikmeter für Wärmekraft

Die Energiewirtschaft rechnet man aus systematischen Gründen zwar zum Produzierenden Gewerbe, jedoch nicht zu den vorangehend behandelten indu-

striellen Bereichen im engeren Sinne. Gerade die Wärmekraftwerke für die öffentliche Energieversorgung arbeiten aber außerordentlich wasserintensiv, und es wäre sicherlich eine Unterlassung, wenn die erstmals im Rahmen der Umweltstatistiken für 1975 ermittelten wasserwirtschaftlichen Ergebnisse nicht wenigstens in eine solche Untersuchung einbezogen würden.

Allein die 19 in Baden-Württemberg erfaßten Betriebe vereinigen auf sich, wie die Tabelle 3 veranschaulicht, ein Wasseraufkommen von 2,6 Mrd. m³, also das Dreifache des industriellen Wasseraufkommens. Das Wasser wird fast ausschließlich in Eigenerförderung Oberflächengewässern entnommen, vor allem zu Kühlzwecken verwendet und überwiegend ohne besondere Rückkühlung in die Entnahmegewässer zurückgeleitet. In welchem Umfang sich damit eine thermische Belastung der betreffenden Gewässer verbindet, konnte statistisch nicht ermittelt werden. Darüber geben vielmehr die im Bereich des Umweltministeriums geführten Wärmehaushaltsmessungen Auskunft.

Die Zuordnung dieser Werte auf die Hauptwassereinzugsgebiete des Landes, die später auch für die Industrie möglich sein wird, hebt Neckar (zu 54 %) und Rhein (zu 45 %) als die fast ausschließlich beanspruchten Gewässer hervor.

Weitergehende Informationen über diesen wichtigen Bereich des Wasserverbrauchs liegen erst im Laufe des Jahres 1977 vor.

Tabelle 8

Die wasserwirtschaftliche Struktur der Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung 1975

Strukturmerkmale	Insgesamt	Davon entfallen auf die Wassereinzugsgebiete	
		Rhein einschließlich Bodensee	Neckar
	Millionen m ³		
	Aufkommen		
Eigengewinnung	2 579	1 179	1 398
davon			
Grundwasser	18	14	2
Oberflächenwasser	2 561	1 165	1 396
Fremdbezug	7	0	7
Zusammen	2 586	1 179	1 405
	Nutzung		
als Durchlaufwasser	2 584	1 178	1 404
für Kreislaufzwecke ¹⁾	1	1	0
Ungenutzt abgeleitet einschließlich Abgabe an Dritte	1	0	1
Insgesamt genutztes Wasser 2)	2 979	1 212	1 766
davon			
Kühlwasser	2 923	1 191	1 731
Kesselspeisewasser	47	12	35
	Ableitung		
In die öffentliche Kanalisation	1	1	0
Unmittelbar in ein Ge- wässer oder in den Untergrund	2 579	1 175	1 402
darunter			
Kühlwasser ohne Rück- kühlung	2 573	1 175	1 397
Zusammen	2 580	1 176	1 402

1) Zusatzwasser sowie Erstauffüllungen für Kreislaufsysteme. —

2) Mehrfach genutztes Wasser wurde entsprechend der Zahl der Nutzungen mehrfach gezählt (z.B. Kreislaufnutzung).

7. Sozialwesen

Im Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1974 wurde das Sozialbudget — wie es für das Bundesgebiet entwickelt und für Baden-Württemberg nachvollzogen werden konnte — vorgestellt. Die Bedeutung des Sozialbudgets als eines Instrumentes zur Analyse der Wechselwirkungen vom Ausbau sozialstaatlicher Einrichtungen, ihrer Finanzierbarkeit und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich seither bestätigt.

Das erste Sozialbudget des Bundes wurde 1969/70 veröffentlicht. Die aus dem Umfang der Arbeit her erforderliche laufende Verbesserung der Erfassungswie auch der Fortschreibungsmethoden führte dazu, daß die Sozialbudgets der folgenden Jahre wegen verschiedener methodischer Abgrenzungen untereinander nur bedingt vergleichbar waren. Um eine solche Vergleichbarkeit herzustellen, hat der Bund eine umfangreiche Revision der Daten bis 1974 durchgeführt, die auch für Baden-Württemberg für die Jahre 1970 bis 1974 nachvollzogen werden konnte. Diese Ergebnisse sollen hier im Zusammenhang dargestellt und um vorläufige Daten für 1975 ergänzt werden.

Tabelle 1
Sozialleistungsquoten

Bezeichnung	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Bruttosozialprodukt in Millionen DM	107 501	120 400	133 285	148 350	158 190 ¹⁾	164 420 ¹⁾
Sozialbudget in Millionen DM						
Leistungen insgesamt	25 414	28 902	34 257	39 862	45 624	52 554
Direkte Leistungen	21 327	24 614	29 733	35 031	40 428	47 274
Sozialleistungsquote in %						
Sozialbudget insgesamt	23,6	24,0	25,7	26,9	28,8	32,0
Direkte Leistungen	19,8	20,4	22,3	23,6	25,6	28,8
Wachstum gegenüber Vorjahr in %						
Bruttosozialprodukt	.	12,0	10,7	11,3	6,6	3,9
Sozialbudget						
Leistungen insgesamt	.	13,7	18,5	16,4	14,5	15,2
Direkte Leistungen	.	15,4	20,8	17,8	15,4	16,9

1) Vorläufiges Ergebnis.

Entwicklung des Sozialbudgets 1970 bis 1975

In der Steigerung des Sozialbudgets für Baden-Württemberg um mehr als 100 % von 25,4 auf 52,6 Mrd. DM und in der Veränderung seiner Struktur spiegeln sich vor allem die Änderungen der Sozialgesetzgebung im Zeitraum 1970/75 wider, die zur Erweiterung des berechtigten Personenkreises und/oder des Leistungsumfanges führten und die besonders in der Gliederung der Sozialleistungen nach Funktionen deutlich werden. Auch ist der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung erkennbar.

Die Relevanz des Sozialaufwandes wird deutlich in der seit Jahren ständig wachsenden Bedeutung im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (*Sozialleistungsquote*); diese stieg in sechs Jahren von knapp 24 % (1970: 23,6 %) auf 32,0 %

(1975). Sollte sich dieser Trend eines durchschnittlichen jährlichen Wachstums von 15,6 % ungebrochen fortsetzen, so würde schon vor 1980 die Marke eines 40 %-Anteils an dem nur noch langsam steigenden Bruttosozialprodukt überschritten werden. Sollte die Entwicklung in dieser Form anhalten, muß sie zwangsläufig zu Überlegungen gegengesteuert werden kann.

Bei Betrachtung der spezifischen *Strukturziffern*, die einzelne oder die gesamten Sozialleistungen – wenn auch in sehr groben Abgrenzungen – zur Gesamtbevölkerung oder der entsprechenden Teilbevölkerung ins Verhältnis setzen, zeigt sich beispielhaft, daß die Leistungen für Kinder von knapp 1100 DM (1970) auf knapp 1800 DM (1975) je Kind und für Alter und Hinterbliebene von mehr

Tabelle 2
Sozialleistungsziffern in DM

Bezeichnung	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Sozialbudget je Kopf der Bevölkerung	2 838	3 192	3 742	4 314	4 945	5 742
Sozialleistungen für Gesundheit je Kopf der Bevölkerung	849	977	1 171	1 406	1 612	1 732
Sozialleistungen für Kinder je Kopf der Bevölkerung unter 15 Jahren	1 088	1 167	1 295	1 432	1 582	1 769
Sozialleistungen für Alter und Hinterbliebene (ohne Waisen) je Kopf der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren	6 214	6 728	7 838	8 950	10 165	12 133
Sozialleistungen für Beschäftigte je Erwerbsperson im erwerbsfähigen Alter ²⁾	158 ¹⁾	216 ¹⁾	285	325	450	810

1) Ohne Soldaten. – 2) Im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

als 6000 auf mehr als 12 000 DM anstiegen; der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg dagegen bis Dezember 1975 nur um 35,8% (Basis 1970).

Entsprechend der Verschiebung der Aufgaben der sozialen Sicherung im Laufe der Zeit werden auch die einzelnen *Institutionen* — die allerdings häufig Träger (ganz oder teilweise) der verschiedensten Sozialleistungen sind — daran unterschiedlich beteiligt und tauschen ihre Plätze in einer Rangfolge nach dem Leistungsaufwand. Die Träger der Rentenversicherung und die der Krankenversicherung sind danach die größten Institutionen. Überdurchschnittlich gestiegen sind seit 1970 die Leistungen der Institutionen Arbeitsförderung und soziale Hilfen und Dienste, hier vor allem Ausbildungsförderung (Vgl. dazu *Tabelle im Anhang*).

Die Stellung der einzelnen Institutionen im Blickfeld der Öffentlichkeit ist durchaus unterschiedlich gewichtig. Sie hängt nicht nur von der Art der Leistung, sondern vor allem auch von ihrer Finanzierung ab. So sind insbesondere diejenigen Institutionen, die durch die Beiträge der Privaten Haushalte und Arbeitgeber finanziert werden, stärker der kritischen Beobachtung ausgesetzt als diejenigen, die durch staatliche Zuschüsse finanziert werden.

Der Anteil, den die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber an der Finanzierung haben stieg stetig von rund 40% auf 44%, die öffentlichen Mittel (Zuweisungen) dagegen sind relativ rückläufig. Darin drückt sich das überproportionale Wachstum der großen beitragsfinanzierten Versicherungszweige aus, bei denen im Beobachtungszeitraum u.a. Beitragssatzerhöhungen — bei der Rentenversicherung von 14 auf 18 %, bei der Krankenversicherung von durchschnittlich 7,2 auf 9,6 % — und Erweiterungen des Versichertenkreises stattgefunden haben.

Nach den Vorausschätzungen der Bundesregierung¹ wird die Verschiebung zugunsten der Anteile von Leistungen für Alter und Gesundheit auch weiterhin zunehmen, die für Familie — und hier vor allem für Kinder — abnehmen; für diese Entwicklung ist in erster Linie die Bevölkerungsstruktur bestimmend. Auch ist offenbar eine gewisse Fortdauer der Arbeitslosigkeit auf dem derzeitigen hohen Stand eingerechnet, wenn man die überproportionalen Zuwachsraten bei den Leistungen wegen Arbeitslosigkeit sieht, die sich nicht allein aus den Lohnzuwächsen erklären lassen. Insgesamt allerdings soll das Sozialbudget für das Bundesgebiet nicht in gleichem Umfang wie das Bruttosozialprodukt wachsen, so daß sein Anteil von 32,0 % (1975) auf 29,9 % (1979) zurückgehen wird. Alle Funktionen und Teilfunktionen werden an dieser Entwicklung teilhaben;

eine Ausnahme werden nur die Kosten für die Gesundheit bilden, deren Anteil am Bruttosozialprodukt auch weiterhin steigen wird (von 10,2 auf 10,5 %), was insbesondere auf die Entwicklung der Teilfunktion Krankheit zurückzuführen sein wird (Anteil von 7,6 bzw. 8,0 %).

Es bleibt abzuwarten, ob diese vorausgeschätzte Entwicklung eintreten wird, denn der Rückgang der Sozialleistungsquote erscheint nur kurzfristig plausibel. Dem weiteren Anstieg der Leistungen im Bereich Gesundheit wird nämlich nur bis 1980 — bedingt durch die Bevölkerungsstruktur — ein relativer Rückgang in der Funktion Alter/Hinterbliebene gegenüberstehen. (Vgl. dazu Teil II: die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung).

Entwicklung in ausgewählten Funktionen

Am Sozialbudget von insgesamt knapp 53 Mrd. DM beanspruchen — grob gesagt — die Funktionen Gesundheit und Alter/Hinterbliebene einen Anteil von je einem Drittel. Im übrigen Drittel dominieren die Funktionsbereiche Familie (ein Sechstel am Gesamtbudget) und Beschäftigung. Letzterer hat zunehmend an Bedeutung gewonnen und 1975 erstmals die Funktion Sparförderung übertroffen. Die Funktionen Folgen politischer Ereignisse, Wohnen und Allgemeine Lebenshilfen nehmen nicht nur in ihrer Bedeutung im Gesamtrahmen der Sozialleistungen ständig ab, auch von den absoluten Beträgen her stagnieren sie. Die Allgemeinen Lebenshilfen, das sind überwiegend die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe, könnten allerdings bei Anhalten der in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt bestehenden Schwierigkeiten und der damit verbundenen schwierigen Einkommenssituation Einzelner wieder an Bedeutung gewinnen. Auch ist bei der zu erwartenden Zunahme hochbetagter Menschen davon auszugehen, daß von der Sozialhilfe künftig vermehrt Lebenshaltungs- und Pflegekosten in Altenheimen zu übernehmen sind.

Familienleistungen 1975 um 20% gestiegen

Die Leistungen für die Funktion Familie und ihre Teilbereiche — Kinder, Ehegatten, Mutterschaft — betrugen 1975 gut 8 Mrd. DM. Sie haben zwischen 1970 und 1974, bedingt durch geringere Steigerungsraten als das Gesamtbudget, anteilmäßig ständig abgenommen, 1975 jedoch gegenüber dem Vorjahr um knapp 20 % und damit um gut 4 Prozentpunkte stärker als das Gesamtbudget zugenommen. Diese Entwicklung war bedingt durch die Umgestaltung des Kindergeldes und die Einkommensteuerreform, die über das Ehegattensplitting den Verheirateten der unteren Einkommensklassen zugute kam. Bei sinkender Kinderzahl (1975 gegenüber 1970: — 6 %) aber höheren

¹ Sozialbericht 1976, herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Tabelle 3

Sozialbudget nach Funktionen

Funktionen	Leistungen in Mill. DM		Struktur in %		Meßzahl 1975 1970 = 100
	1970	1975	1970	1975	
Sozialbudget insgesamt	25 414	52 554	100,0	100,0	206,8
Familie	4 702	8 130	18,5	15,5	172,9
Kinder	2 364	3 608	9,3	6,9	152,6
Ehegatten	2 135	4 173	8,4	7,9	195,5
Mutterschaft	203	349	0,8	0,7	171,9
Gesundheit	7 601	15 854	29,9	30,2	208,6
Vorbeugung	484	1 042	1,9	2,0	215,3
Krankheit	5 439	11 844	21,4	22,5	217,8
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	712	1 300	2,8	2,5	182,6
Invalidität (allgemein)	966	1 668	3,8	3,2	172,7
Beschäftigung	636	3 292	2,5	6,3	517,6
Berufliche Bildung	305	1 225	1,2	2,3	401,6
Sonstige Mobilität	229	310	0,9	0,6	135,4
Arbeitslosigkeit	102	1 757	0,4	3,3	1 722,6
Alter und Hinterbliebene	9 683	20 312	38,1	38,7	209,8
Alter	8 946	19 074	35,2	36,3	213,2
Hinterbliebene	737	1 238	2,9	2,4	168,0
Folgen politischer Ereignisse	940	1 074	3,7	2,0	114,3
Wohnen	789	1 064	3,1	2,0	134,9
Sparförderung	890	2 617	3,5	5,0	294,0
Allgemeine Lebenshilfe	173	211	0,7	0,4	122,0

Leistungen – der durchschnittliche Betrag je Kind erhöhte sich von knapp 1 100 DM auf knapp 1800 DM jährlich – nahmen die Leistungen für Kinder von 1970 bis 1975 um die Hälfte zu. Trotz fallender Geburtenzahlen (1970: 128 000 Geburten, 1975: 97 000 Geburten, das entspricht einer Abnahme von 24 %) blieb der Anteil der Leistungen für Mutterschaft am Gesamtbudget mit weniger als einem Prozent konstant.

Rezession-bedingt Kostenexplosion in der Funktion Beschäftigung

Die Beziehung der Sozialpolitik zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist in den vergangenen Jahren besonders deutlich geworden. Nicht nur für diejenigen, die den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen unmittelbar aus der Erwerbstätigkeit beziehen, auch für die Finanzierung der abgeleiteten Einkommen der Rentner ist die Sicherung eines hohen Beschäftigtenstandes von besonderer Bedeutung.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich deutlich in den Leistungen der Teilfunktionen Arbeitslosigkeit und Berufliche Bildung wider. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen stieg

von 8000 im Jahr 1970 auf 128 000 (1975). Entsprechend haben sich auch die Leistungen bei Arbeitslosigkeit von 102 Mill. DM (1970) auf fast 1,8 Mrd. DM (1975) erhöht.

Angesichts der sich in den frühen siebziger Jahren abzeichnenden Rezession und der damit verbundenen Gefährdung von Arbeitsplätzen wurden die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung und Fortbildung, die durch das Arbeitsförderungs- (1969) und Bundesausbildungsförderungsgesetz (1971) erheblich erweitert worden waren, zunehmend genutzt, wie die Steigerung der Leistungen für diesen Bereich von 300 Mill. DM (1970) um das Dreifache auf 1,2 Mrd. DM (1975) zeigt.

1970 waren es im Bezirk des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg nur 11 000 Personen, die an Berufsförderungsmaßnahmen (Fortbildung und Umschulung) teilnahmen, seit 1972 sind es jährlich durchschnittlich 30 000. Wie aus den Zahlen für das Bundesgebiet hervorgeht, standen 1975 mehr als 60 % von ihnen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, knapp ein Viertel waren Frauen. Vor der Umschulung waren sie zu etwa gleichen Teilen Arbeiter oder Angestellte (Beamte). Weit überwiegend wurde im Vollzeitunterricht in einer Dauer von zwei Jahren umgeschult, für diese Zeit wird Unterhaltsgeld geleistet.

Mehr als 20 Mrd. DM für Alter und Hinterbliebene

Die Leistungen für Alter und Hinterbliebene (Renten und Pensionen ohne Waisengelder, die in der Funktion Familie unter der Teilfunktion Kinder erfaßt werden) haben sich von 1970 bis 1975 etwas mehr als verdoppelt. Da gleichzeitig die Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren — also in etwa der Bevölkerungsteil, dem diese Leistungen zufließen — um 7 % zunahm, hat sich die Leistung pro potentielltem Empfänger nur knapp verdoppelt.

Nach der neuesten Bevölkerungsvorausschätzung (Basis 1975) wird die Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren zwar bis 1980 abnehmen, aber dann ziemlich konstant steigen, so daß im Jahr 2000 voraussichtlich 13 %, d.h. fast 230 000 Leute mehr als heute in dieser Altersgruppe leben, während die Gesamtbevölkerung bis dahin um 1,8 % oder 160 000 Menschen abnehmen wird. Das bedeutet, daß der Anteil der Älteren langfristig gesehen von 18,2 % auf 21,1 % steigen wird. Dementsprechend werden die Leistungen in der Funktion Alter weiterhin erheblichen Einfluß auf die Gesamtentwicklung des Sozialbudgets nehmen.

Kosten der Gesundheit

Innerhalb des Sozialbudgets sind die Leistungen für die Funktion Gesundheit besonderer Aufmerksamkeit ausgesetzt, denn sie haben mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten in den Jahren bis 1974 erheblich zur Entwicklung des Sozialbudgets beigetragen. Allerdings lag die Zuwachsrate 1975 deutlich unter der des Sozialbudgets, was einerseits auf die ungewöhnlichen Zuwachsraten in den Bereichen Familie und Beschäftigung zurückzuführen ist, andererseits auch an einem — in Jahren wirtschaftlicher Rezession häufiger zu beobachtenden — geringeren Krankenstand gelegen hat. Die Entwicklung der Kosten der Gesundheit jedoch — allein im Zeitraum 1970 - 1975 sind die Ausgaben für Gesundheit im Sozialbudget um mehr als 100 % auf 16 Mrd. DM gestiegen, während die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (gemessen am Bruttosozialprodukt) nur um 53 % gewachsen ist — wird auch künftig besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Zu den vielen miteinander verknüpften Ursachen der Kostensteigerung gehören neben der Ausweitung des versicherten Personenkreises, einem qualitativ verbesserten Angebot an Gesundheitsleistungen und dem erweiterten Leistungskatalog der Versicherungen, auch die allgemeine Verteuerung, die sich insbesondere in den Personalkosten in Krankenhäusern zeigt. Aber auch das Anspruchsdenken der Versicherten und in Verbindung damit das Ausmaß der Verordnung von Leistungen — beides gefördert durch

die Tatsache, daß dem Patienten die Kosten seiner Krankheit im allgemeinen nicht bekannt sind und daß er nicht bedenkt, daß diese Großzügigkeit von der Versichertengemeinschaft auch wieder zu tragen ist — haben zur Kostenentwicklung beigetragen.

Eine der wichtigsten Ursachen dieser Explosion ist auch die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur. So hat sich von 1970 bis 1975 die Zahl der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Rentner um mehr als 20 % erhöht, die der anderen Mitglieder dagegen nur um 5 %. Bedenkt man aber, daß die durchschnittlichen Gesamtleistungen je Rentner heute um etwa 17 % (1970 um 8 %) höher liegen als die für andere Mitglieder (jeweils einschließlich ihrer mitversicherten Familienangehörigen), so bedeutet schon allein diese Tatsache ein überdurchschnittliches Ansteigen.

Obschon sich durch das Hereinwachsen geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben zahlenmäßig eine Verbesserung der Mitgliederstruktur abzeichnet, wird die Belastung der Kassen durch die Umkehrung der Altersstruktur der Rentner sicher nicht geringer werden. Die Zahl der Erwerbspersonen — und damit der potentiellen Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung — wird bis 1990 kontinuierlich steigen und sich somit die Relation Pflichtmitglieder/Rentner verbessern, die sich danach jedoch mit dem überdurchschnittlichen Anwachsen der Altenbevölkerung bei gleichzeitigem Rückgang der Erwerbspersonen erheblich verschlechtern wird. In den Jahren bis 1990 wird sich aber die Altersstruktur innerhalb der Altenbevölkerung verschieben — und zwar in einer für die Gesundheitskosten sicher erheblichen Weise. So wird durch das Hereinwachsen der geburtenschwachen Jahrgänge aus der Zeit des Ersten Weltkrieges in diese Altersgruppe die Zahl der 60- bis 70-jährigen bis 1980 um rund 190 000 zurückgehen, dagegen die der 70-jährigen und älteren um 100 000 steigen und damit um rund 80 000 (1985 sogar um 140 000) über der Zahl der jüngeren Gruppe liegen. Erst 1990 wird sich das Verhältnis wieder umgekehrt haben.

Die Teilfunktionen im Gesundheitsbudget

Die Leistungen in der Funktion Gesundheit umfassen diejenigen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit einschließlich des Einkommensausgleichs bei vorübergehender oder dauernder Störung der Gesundheit. Zu den Gesamtleistungen in Höhe von knapp 16 Mrd. DM tragen diejenigen für die Vorbeugung, d.h. für Maßnahmen der Früherkennung und Verhütung von Krankheiten und Arbeitsunfällen, mit nur 1 Mrd. DM (6,6 %) in geringem Maße bei. Zwar sind auch hier die Leistungen kontinuierlich gestiegen, ihr Anteil hat sich jedoch

nur wenig erhöht. Nach wie vor wird von den bisher angebotenen und ständig erweiterten Maßnahmen noch nicht in ausreichendem Maße Gebrauch gemacht, was sich in den bisher niedrigen Kosten niederschlägt.

Mit drei Vierteln (12 Mrd. DM) spielen die Leistungen für Krankheit die Hauptrolle. Hier sind alle Leistungen für kurative und nachgehende Maßnahmen enthalten; darüberhinaus aber auch der Einkommensersatz bei Arbeitsunfähigkeit, also die Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber und das Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung.

Weitaus geringer als in den Teilfunktionen Vorbeugung und Krankheit, deren Ausgaben sich seit 1970 mehr als verdoppelt haben, ist der Leistungsanstieg in den Teilfunktionen allgemeine Invalidität und Arbeitsunfall (Berufskrankheit) auf 1,7 bzw. 1,3 Mrd. DM. Beide Funktionen enthalten Leistungen, die bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit erbracht werden; sie sind nur nach ihrer Ursache getrennt.

Notwendige Ergänzung des Gesundheitsbudgets

Im vorliegenden Gesundheitsbudget sind bereits Leistungen von mehr als 140 DM im Monat je Kopf der Bevölkerung ausgewiesen. Und doch fehlen in den 16 Mrd. DM 1975 die Leistungen der Privaten Krankenversicherungen, die Ausgaben und Zuschüsse der öffentlichen Hände für Krankenhäuser und Psychiatrische Anstalten für die über die Pflegesätze und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten Kosten, vor allem die Investitionskosten, und die Versorgungsrenten der Kriegsbeschädigten, die im Sozialbudget der Funktion "Folgen politischer Ereignisse" zugeordnet sind. Nicht enthalten sind auch die Kosten für die Ausbildung von medizinischem und pharmazeutischem Personal und die über die Krankenversicherungsbeiträge hinausgehenden und durch Beihilfen nicht erstatteten Ausgaben der Privaten Haushalte für z. B. Diätkost, Rezeptgebühren und Artikel, die rezeptfrei in Apotheken erworben werden.

Einschließlich dieser noch zu berücksichtigenden Leistungen dürfte das Gesundheitsbudget für 1975 mehr als 20 Mrd. DM betragen. Der Anteil am Brutto-sozialprodukt liegt damit bei mehr als 12 Prozent und zeigt deutlich seine Bedeutung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Situation. Eine Schätzung des Wertes der häuslichen Pflege von kranken Familienmitgliedern ist dagegen nicht möglich, obwohl sie eine wirtschaftlich sicher nicht unerhebliche Größenordnung haben dürfte.

Darüber hinaus entstehen der Volkswirtschaft auch Kosten durch den Verlust der Gesundheit eines Einzelnen, nämlich durch krankheitsbedingten Produktionsausfall und durch Frühinvalidität. Diese sind nur teilweise erfaßt durch den Einkommens-

ersatz bei Arbeitsunfähigkeit (Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Renten). Die mittelbaren Kosten dürften noch zusätzlich bei etwa 7 bis 8 Mrd. DM liegen.

Gesetzliche Krankenversicherung

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1975 hatte nur ein halbes Prozent der Bevölkerung keinen Krankenversicherungsschutz. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist Mitglied in einer der Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung, und mit ihnen ist der größte Teil der übrigen Bevölkerung als Familienmitglieder mitversichert.

Von den im Sozialbudget erfaßten Gesundheitsleistungen wird mehr als die Hälfte von den Krankenversicherungen erbracht, ihre Leistungen weisen überdurchschnittliche Steigerungen seit 1970 auf, nämlich eine Zunahme um 157 % bis 1975.

Zu den Schwerpunkten der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen von insgesamt 6,6 Mrd. DM (1975) zählen die Stationäre Behandlung, die Behandlung durch Ärzte und die Kosten für Arznei- und Heilmittel aus Apotheken. Diese drei Posten machen schon zwei Drittel der Leistungen der Krankenkassen aus. Diese Leistungen wurden für Mitglieder und Rentner in voneinander erheblich abweichenden Größen erbracht. So war 1975 die Gesamtleistung je Rentner mit 1 947 DM um 17 % höher als die je Mitglied in Höhe von 1 659 DM (jeweils einschließlich der Aufwendungen für die mitversicherten Familienmitglieder). Für Arzneien und sonstige Mittel aus Apotheken mußte je Rentner mehr als das Doppelte (+ 130 %), für stationäre Krankenbehandlung über zwei Drittel mehr (+ 67 %) ausgegeben werden. Dagegen war die Behandlung durch Ärzte nur um 8 % höher, die durch Zahnärzte kostete sogar nur ein Fünftel.

Tabelle 4

Ausgewählte Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung in DM

Leistungsart	je Mitglied (ohne Rentner)		je Rentner	
	1970	1975 ²⁾	1970	1975 ²⁾
Ärztliche Behandlung	176	324	183	349
Zahnärztliche Behandlung	69	155	18	32
Apotheken	105	196	231	452
Zahnersatz	25	102	31	103
Stationäre Behandlung	171	456	267	760
Vorbeugung und Verhütung	9	35	6	31
Mutterschaft	49	74	0	0
Leistungen insgesamt ¹⁾	763	1 659	821	1 947

1) Ohne Verwaltung. — 2) Erste vorläufige Ergebnisse. Ergebnisse für das Bundesgebiet. — Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 12/1975.

Die Unterschiede in den Leistungen je Mitglied und je Rentner könnten noch deutlicher sein, wenn man angeben könnte, für wieviele mitversicherte Familienangehörige diese Leistungen gelten. Da nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 von jedem Erwerbstätigen im Durchschnitt 1,9 Personen ernährt wurden, von jedem Rentner jedoch nur 1,3 Personen, kann man davon ausgehen, daß die Kosten je versorgter Person bei den Rentnern noch deutlich höher liegen als bei anderen Mitgliedern.

Die Mehrbelastung durch Rentner zeigt sich auch deutlich in den Ergebnissen der Mikrozensusbefragung (April 1974) zum Gesundheitszustand der Bevölkerung. So war von den 65-jährigen und Älteren jeder Dritte überwiegend chronisch bzw. langfristig krank, von den 40- bis 65-jährigen jeder Fünfte. Bei beiden Gruppen bilden Herz- und Kreislaufkrankheiten (mit 5 % bzw. 13 % der altersgleichen Wohnbevölkerung) den Schwerpunkt.

Ausblick

Der unregelmäßige Altersaufbau der Bevölkerung und die daraus sich ergebende ständige Veränderung der Bevölkerungsstruktur werden den Leistungsbedarf auch künftig erheblich steigen lassen. Das Problem besteht darin, die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu halten, d.h. die Kostenexpansion einzudämmen, ohne das hohe Versorgungsniveau zu gefährden. Dabei ist allerdings auch dieses Versorgungsniveau an der Leistungsfähigkeit der Solidargemeinschaft der Versicherten zu messen. In diesem Zusammenhang dürfen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht isoliert, sondern müssen im Rahmen der Gesamtbelastung der Arbeitseinkommen gesehen werden.

Die anhaltende Diskussion um die Kosten des Gesundheitswesens hat mit dazu beigetragen, das für die Eindämmung der Kosten unerläßliche Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten wieder neu zu wecken und zu vertiefen. Erste Früchte dieser Diskussion werden bereits sichtbar. Die Krankenkassen melden, daß sich ihr Ausgabenzuwachs im Jahre 1976 merklich verlangsamt hat. Dies beweist, daß die gemeinsamen Bemühungen der Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen um eine Konsolidierung der Gesundheitskosten nachhaltige Wirkungen erzielen können. Zum Rückgang des Kostenanstiegs haben aber auch die Maßnahmen der Landesregierung im Krankenhaussektor beigetragen. Die Anlegung strenger Maßstäbe bei den Pflegesatzfestsetzungen hat in den Jahren 1974 bis 1976 zu Abstrichen bei den Selbstkosten um 225 Mill. DM geführt. Die Pflegesatzsteigerung von 1976 gegenüber 1975 lag bei durchschnittlich 6 %, und damit seit langer Zeit erstmals wieder deutlich unter 10 %.

Die Krankenhausinvestitionskosten sind, wie oben ausgeführt, im Gesundheitsbudget zwar nicht ausgewiesen, beeinflussen es aber indirekt. Es ist nämlich bekannt, daß ein überhöhtes Bettenangebot tendenziell die Krankenhaushäufigkeit und -verweildauer steigert und damit die Ausgaben für die Krankenhausbehandlung erhöht. Die Krankenhausbedarfsplanung des Landes ist deshalb nicht zuletzt unter dem Ziel der wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu sehen. Die Landesregierung hat den Entwurf ihres Krankenhausbedarfsplans — Stufe I —, der bereits die bundesweit niedrigsten Bedarfsdeterminanten ausweist, an die neueste Bevölkerungsentwicklung angepaßt. Darüber hinaus sind in Abstimmung mit den Beteiligten erhebliche Strukturanpassungen erzielt worden. Laufende Bauprojekte und fertige Planungen wurden um über 5000 Betten reduziert; 1100 bereits vorhandene Betten wurden abgebaut. Der Investitionsbedarf bei Neubauten wurde auf diese Weise seit 1973 um 1,2 Mrd. DM gegenüber den Anträgen der Krankenhausträger verringert. Eine umfassende Darstellung der Maßnahmen der Landesregierung mit dem Ziel, den Kostenauftrieb einzudämmen, findet sich im „Ersten Bericht der Landesregierung zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen“.

8. Entwicklung der Jugendkriminalität

Im Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1975 wurde die Kriminalitätsentwicklung allgemein dargestellt; in Anknüpfung daran soll hier auf das besondere Problem der steigenden und sich zunehmend verhärtenden Jugendkriminalität eingegangen werden.

Mehr als 6000 Kinder und rund 20 000 Jugendliche (im Alter von 14 bis unter 18 Jahren) werden von der Kriminalpolizei jährlich als Tatverdächtige ermittelt. Verurteilt werden allerdings nicht so viele. Abgesehen von den strafunmündigen Kindern kann auch bei den Jugendlichen von einer Strafverfolgung abgesehen werden, wenn der Täter geständig und eine Ahndung durch Urteil entbehrlich ist.

Auch auf die jetzt bereits volljährigen Heranwachsenden (im Alter von 18 bis unter 21 Jahren) kann noch das Jugendstrafrecht angewendet werden, wenn der Reifegrad des Täters ihn als Jugendlichen ausweist oder wenn die Tat ihrer Art nach eine typische Jugendverfehlung ist; bei etwa jedem dritten verurteilten Heranwachsenden findet Jugendstrafrecht Anwendung.

1976 wurden mehr als 15 000 Personen nach Jugendstrafrecht verurteilt. Gegen mehr als 10 000 wurde ein Zuchtmittel und gegen 2400 eine Erziehungsmaß-

Tabelle 1

Ermittelte Tatverdächtige und Kriminalitätsbelastungsziffern¹⁾ nach Personengruppen

Jahr	Tatverdächtige insgesamt	Nicht-deutsche	Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche		Kinder	
	KBZ ¹⁾		Zahl	KBZ ¹⁾	Zahl	KBZ ¹⁾	Zahl	KBZ ¹⁾	Zahl	KBZ ¹⁾
1964	1 517	2 963	98 671	1 762	10 009	3 227	9 768	2 397	4 551	254
1965	1 454	2 968	95 174	1 673	9 945	3 398	10 225	2 355	4 688	255
1966	1 531	3 055	99 060	1 710	11 786	4 039	12 625	2 811	5 528	292
1967	1 609	2 702	103 850	1 787	13 124	4 087	14 144	3 096	6 175	318
1968	1 625	3 059	102 962	1 778	14 106	4 189	14 991	3 292	7 102	358
1969	1 613	3 219	101 395	1 726	15 186	4 250	16 186	3 491	7 818	387
1970	1 694	3 375	105 330	1 753	17 697	4 760	19 309	4 043	8 600	419
1971	1 585	3 482	97 352	1 621	18 760	5 067	18 495	3 755	6 419	314
1972	1 577	3 293	95 816	1 565	19 577	5 261	20 989	4 085	6 395	312
1973	1 493	3 121	92 657	1 493	18 517	4 837	19 469	3 653	6 020	296
1974	1 618	2 989	101 840	1 619	20 724	5 303	20 171	3 616	6 794	340
1975	1 676	3 009	104 533	1 659	22 214	5 581	21 327	3 720	6 598	337
1976	1 789	3 384	110 182	1 755	22 977	5 735	22 745	3 866	7 861	417

1) KBZ = Kriminalitätsbelastungsziffer: Ermittelte Tatverdächtige auf 100 000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

regel verhängt, beide sind keine kriminellen Strafen. 2600 Jugendliche und Heranwachsende; d.h. jeder sechste, wurden zu einer Jugendstrafe verurteilt.

Im Jugendstrafvollzug befanden sich 1976 670 Personen (darunter 35 Frauen), 242 hatten eine Vollzugsdauer von weniger als einem Jahr zu erwarten; 286 eine zwischen einem und fünf Jahren. 84 von ihnen waren im Vollzug von unbestimmter Dauer, dessen Länge von dem Reifungsprozeß des Jugendlichen abhängig ist. 51 % der Strafgefangenen waren vorbestraft, ein Drittel von diesen schon mehrmals. Die Wiedereingliederung dieser jungen Leute in die Gesellschaft bringt unter den jetzigen Umständen

insofern noch mehr Schwierigkeiten mit sich, als heute alle Jugendlichen mit den Problemen der Jugendarbeitslosigkeit, des Lehrstellen- und Studienplatzmangels und deren Auswirkungen konfrontiert werden.

Nicht nur diese Tatsachen, auch die ständig steigenden Täterzahlen, vor allem aus dem Kreis der Heranwachsenden, und die zunehmende Verhärtung der Jugendkriminalität lassen die künftige Entwicklung mit Sorge betrachten. Die geburtenstarken Jahrgänge zu Anfang der sechziger Jahre wachsen nämlich erst jetzt in die kriminell intensivsten Altersjahre hinein.

Tabelle 2

Verurteilte und Verurteilenziffern¹⁾ nach Personengruppen

Jahr	Verurteilte insgesamt		Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
	Zahl	Verurteilten-Ziffer	Zahl	Verurteilten-Ziffer	Zahl	Verurteilten-Ziffer	Zahl	Verurteilten-Ziffer
1964	89 896	1 423	72 348	1 292	10 548	3 401	7 000	1 715
1965	83 752	1 305	68 081	1 196	9 177	3 136	6 494	1 495
1966	88 622	1 356	71 830	1 240	10 111	3 465	6 681	1 488
1967	91 487	1 388	73 235	1 260	10 935	3 406	7 317	1 602
1968	94 402	1 434	74 658	1 289	11 872	3 526	7 872	1 729
1969	92 101	1 376	70 712	1 204	12 471	3 490	8 918	1 923
1970	93 357	1 361	72 111	1 200	12 863	3 459	8 383	1 755
1971	99 724	1 443	76 284	1 262	14 000	3 779	9 440	1 917
1972	104 512	1 491	79 655	1 301	14 769	3 945	10 088	1 963
1973	102 934	1 445	78 688	1 268	14 456	3 776	9 790	1 837
1974	100 602	1 390	76 637	1 218	13 892	3 555	10 073	1 806
1975	101 840	1 401	76 709	1 218	14 472	3 636	10 659	1 859
1976	102 462	1 410	76 302	1 215	15 628	3 901	10 532	1 790

1) Rechtskräftig Verurteilte auf 100 000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe.

Jeder vierte Verurteilte ist unter 21 Jahre alt

Die Zahl der von den Gerichten des Landes rechtskräftig Verurteilten hat sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren zwar mehr als verdoppelt, doch wurde die im Jahre 1959 erreichte Zahl der Verurteilten erst ab 1972 wieder deutlich übertroffen. Die 1959 verzeichnete kriminelle Belastung (Verurteilte auf 100 000 der strafmündigen Wohnbevölkerung) wurde dagegen bis heute noch nicht wieder erreicht. Bestimmt wurde dies durch die rückläufige kriminelle Belastung der Erwachsenen (21 Jahre und älter) im Bereich der klassischen Kriminalität (ohne Verkehrsdelikte), obwohl die kriminelle Belastung der Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) im gleichen Zeitraum erheblich zunahm und sich allein vom Jahre 1966 bis zum Jahre 1972 beinahe verdoppelte. Gehörte 1968 noch jeder fünfte Verurteilte der Altersgruppe unter 21 Jahren an, so war es 1975 schon jeder vierte. Bei den Tatverdächtigen ist ihr Anteil noch höher und erreicht, wenn man die straffälligen, aber strafunmündigen Kinder außer Ansatz läßt, 1975 knapp 30 %.

Zunahme klassischer Delikte

In den Jahren 1960 bis 1967 sank die Zahl der wegen klassischer Delikte (Straftaten ohne Verkehrsdelikte) Verurteilten bei gleichzeitigem Ansteigen der wegen Verkehrsdelikte verurteilten Personen. Von 1968 an kehrte sich diese Entwicklung um; so wurden 1976 53,4 % aller Verurteilten klassischer Delikte für schuldig befunden. Die Zunahme dieser Verurteilten gegenüber 1968 betrug 1972 — dem Jahr mit den seither höchsten Verurteilungszahlen — 21 % und 1976 immer noch 17 %; die der Verkehrsstraftäter dagegen blieb konstant.

Die Kriminalitätszunahme war vornehmlich durch die steigende Straffälligkeit der Jugendlichen (+ 56 %) und der Heranwachsenden (+ 42 %) geprägt. Schaltet man die Bevölkerungsentwicklung aus, so waren im Jahr 1968 bezogen auf 100 000 der altersgleichen Bevölkerung 1 226 Jugendliche wegen klassischer Delikte verurteilt worden (im Jahr 1966 nur 975) und 1972 schon 1 619; die entsprechenden Verurteilungsziffern¹ der Heranwachsenden lauten 1 587 und 2 145. Bis zum Jahr 1976 ging die kriminelle Belastung dann wieder leicht zurück, bei den Jugendlichen auf 1 451 und bei den Heranwachsenden auf 1 960. Diese Entwicklung zeichnet sich für die Jugendlichen auch in den Kriminalitätsbelastungsziffern¹ der polizeilichen Kriminalstatistik ab, während bei den Heranwachsenden für 1975 mit 5 581 ein neuer Höchstwert zu verzeichnen ist.

Gliedert man die Altersgruppen noch weiter auf, so zeigt sich, daß neben den Heranwachsenden vor allem die Altersgruppe der 16- bis 18-jährigen, gefolgt von den 14- bis 16-jährigen und dann erst der 25- bis 30-jährigen und der 21- bis 25-jährigen für die steigende Straffälligkeit verantwortlich waren. Es wird damit deutlich, daß die zunehmende Begehung klassischer Delikte in der Tat vornehmlich ein Problem der steigenden Jugendkriminalität gewesen ist.

Diebstahl häufigstes Delikt

Der Diebstahl in seinen verschiedenen Begehungsarten (einschließlich Unterschlagung) ist im Bereich der klassischen Kriminalität mit Abstand das am häufigsten begangene Delikt. Dies gilt insbesondere für die Jugendlichen und mit Einschränkungen für die Heranwachsenden, bei denen in durchschnittlich 58 % bzw. 38 % der Fälle diese Straftat der Verurteilung zu Grunde lag. Der Umstand, daß diese Anteile insbesondere bei den Jugendlichen seit 1968 rückläufig waren, vermag daran nichts zu ändern, deutet aber darauf hin, daß diese Altersgruppen in zunehmendem Maße auch andere Straftaten im Bereich der klassischen Kriminalität begehen, und zwar vornehmlich Körperverletzungsdelikte, Urkundsdelikte und Sachbeschädigungen.

Zunahme der schweren Kriminalität bei Jugendlichen und Heranwachsenden

Während bis etwa 1970 der einfache Diebstahl dominierte, zeichnete sich von diesem Zeitpunkt an eine Verlagerung hin zum schweren Diebstahl ab. Nach der polizeilichen Kriminalstatistik war ab 1972 schon mehr als jeder zweite bekanntgewordene Fall eines Diebstahlsdeliktes ein solches unter erschwerten Umständen. Diese Entwicklung ist sicherlich nur zu einem Teil auf eine Änderung der betreffenden Strafbestimmungen durch das Erste Strafrechtsreformgesetz zurückzuführen, da sich diese Entwicklung bei den jugendlichen und heranwachsenden Straftätern schon seit etwa 1965 abzeichnete. Seit diesem Jahr hat sich die Zahl der wegen schweren Diebstahls Verurteilten unter 21-jährigen verdreifacht, ihr Anteil an den wegen dieser Delikte Verurteilten betrug durchschnittlich 60 %. Deutlich wird dies auch aus den Verurteilungsziffern; wurden im Jahre 1965 bezogen auf 100 000 der jeweils gleichaltrigen Bevölkerung 150 Jugendliche und 127 Heranwachsende wegen Diebstahls unter erschwerten Umständen verurteilt, so waren es im Jahr 1976 schon 339 bzw. 341. Dominierend bleibt dabei weiterhin der sogenannte Einbruchsdiebstahl. Von den jungen Straftätern werden jedoch in zunehmendem Maße Kraftwagen, Mopeds und Krafträder und daneben auch Fahrräder als Diebesgut bevorzugt.²

¹ Verurteilungsziffer: Rechtskräftig Verurteilte auf 100 000 der entsprechenden Altersgruppe. — Kriminalitätsbelastungsziffer: Ermittelte Tatverdächtige auf 100 000 der entsprechenden Altersgruppe.

² Vgl. Jahresbericht 1975 über Jugendkriminalität, Jugendverwahrlosung und Jugendgefährdung in Baden-Württemberg, herausgegeben vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

Ähnlich ist die Situation bei den Raubesdelikten (einschließlich Erpressung), bei denen die Zahl der Verurteilten absolut gesehen zwar immer noch verhältnismäßig gering ist, seit 1968 jedoch um 58 % zugenommen hat. Die Zahl der unter 21-jährigen hat sich sogar mehr als verdoppelt, ihr Anteil an den wegen dieser Delikte Verurteilten insgesamt stieg von 44 % auf 54 %. Dies war bis 1974 vornehmlich auf die überproportional zunehmende Begehung des schweren Raubes durch junge Straftäter zurückzuführen, eine Entwicklung, die im Jahre 1975 nur scheinbar unterbrochen wurde, da der Umstand, daß im Jahr 1975 erstmals ebensoviele unter 21-jährige wegen einfachen wie wegen schweren Raubes und 1976 sogar nur jeder vierte wegen schweren Raubes verurteilt wurden, vornehmlich auf die Neufassung der §§ 250, 251 StGB zurückzuführen ist. Das sprunghafte Ansteigen der Verurteilungen unter 21-jähriger wegen räuberischen Diebstahls und räuberischer Erpressung ist wieder Ausdruck der sich insgesamt abzeichnenden zunehmenden kriminellen Intensität der jungen Straftäter. Dies dürfte auch der Grund für die auffällige Zunahme der Verurteilungen Jugendlicher wegen gefährlicher Körperverletzung bei gleichzeitigem Rückgang der wegen sogenannter einfacher Körperverletzung Verurteilten sein.

Verfestigung der Rauschgiftszene

Die Rauschgiftkriminalität, die seit 1969 durch die rapide Zunahme der Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rückte, wurde bis zum Jahr 1972 vornehmlich durch die jugendlichen Straftäter geprägt. Seit diesem Zeitpunkt weisen die Statistiken eine zunehmende Verschiebung der Altersstruktur der Täter und Verurteilten aus, d.h. der Schwerpunkt des Täterkreises verlagert sich zunehmend in die Altersgruppe der 18- bis 21-jährigen und auch der über 21-jährigen. Der Anteil der Jugendlichen an den Verurteilten sank in diesem Zeitraum von 40 % auf 16 %, während der der Erwachsenen von 20 % auf 43 % anstieg, bei einem etwa gleichbleibenden Anteil der Heranwachsenden. Dies läßt darauf schließen, daß sich die Szene verfestigt hat und der Personenkreis der Süchtigen weitgehend beständig geblieben ist. Die Beobachtung der Polizei, daß sich seit 1973 ein Trend hin zu harten Drogen abzeichnet, gibt jedoch zur Sorge Anlaß, vornehmlich im Hinblick auf die damit verbundene zunehmende Suchtgefahr, die Beschaffungs- und die Folgekriminalität. Die Kriminalpolizei konnte von den mehr als 4 000 erfaßten Rauschgiftdelikten des Jahres 1975 97,4 % aufklären. Erheblich geringer war die Aufklärungsquote bei der Beschaffungskriminalität — überwiegend Diebstähle von Betäubungsmitteln aus Apotheken und Fälschungen von Rezepten —, ein Drittel der 379 Delikte blieb ungeklärt.

Geringe kriminelle Belastung der unter 21-jährigen weiblichen Bevölkerung

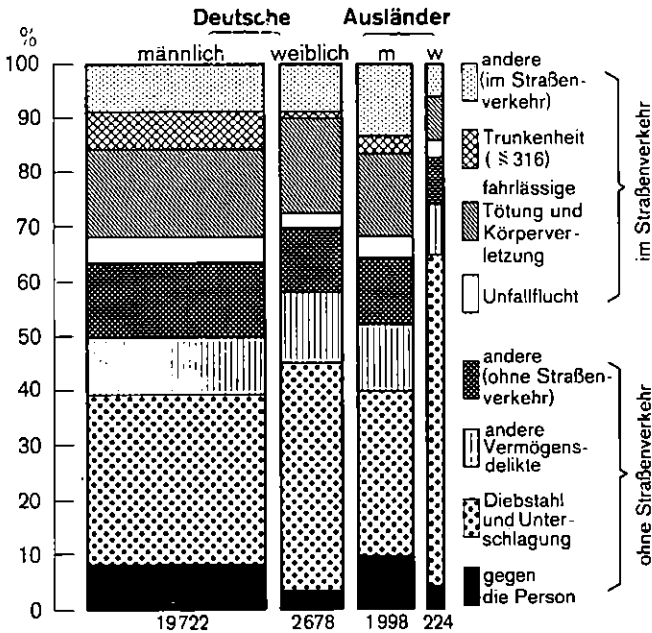
Die Kriminalität der Frauen und Mädchen ist generell ganz erheblich geringer als die ihrer männlichen Altersgenossen. Allerdings ist die Zahl der wegen klassischer Delikte verurteilten weiblichen Jugendlichen und Heranwachsenden prozentual in stärkerem Maße angestiegen (gegenüber 1968 + 94 % bzw. + 79 %). Ihre kriminelle Belastung bleibt jedoch weit hinter der der männlichen jugendlichen Verurteilten (Verurteiltenziffer 1976: 400 gegenüber 2 455) und der der männlichen heranwachsenden Verurteilten (Verurteiltenziffer 1976: 542 gegenüber 3 334) zurück. Zwei von drei weiblichen Jugendlichen und jede zweite weibliche Heranwachsende wurde wegen eines einfachen Diebstahls verurteilt. Es gilt jedoch auch für sie, daß sie sich zunehmend der Begehung anderer Delikte zuwenden, insbesondere Betrug und Untreue.

Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen bei einzelnen Delikten

Die Kriminalität der Ausländer unterscheidet sich erheblich von der der Deutschen. Von den ermittelten Tatverdächtigen war 1976 jeder sechste ein Ausländer, ihr Anteil an der strafmündigen Bevölkerung betrug dagegen nur rund 9 %. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Anteil der besonders kriminalbelasteten Jahrgänge der 14- bis 45-jährigen bei Ausländern mit einem Anteil von 85 % an der strafmündigen ausländischen Bevölkerung fast um ein Drittel höher liegt als der Anteil der entsprechenden deutschen Jahrgänge an der strafmündigen deutschen Bevölkerung mit rund 54 %. Im Bereich der klassischen Kriminalität sind die 14- bis 21-jährigen Ausländer insgesamt straffälliger wie die entsprechenden Deutschen. Läßt man jedoch das Ausländergesetz, gegen das grundsätzlich nur Ausländer verstoßen können, und die Vergehen gegen das Wehrstrafgesetz, die nur von Deutschen begangen werden können, außer acht, so zeigt sich, daß die kriminelle Belastung der unter 21-jährigen Ausländer in den Jahren 1971 bis 1974 deutlich unter der der entsprechenden Deutschen lag und erstmalig im Jahr 1975 bei beiden Geschlechtern darüber. 1976 lag die Verurteiltenziffer der unter 21-jährigen Ausländer bei 1922 gegenüber 1594 bei den altersgleichen Deutschen.

Unterschiede bei der Straffälligkeit unter 21-jähriger Ausländer und Deutscher zeigen sich dagegen vornehmlich bei der Häufigkeit der Begehung einzelner Delikte. So zeichnet sich bei den Körperverletzungsdelikten — insbesondere bei der schweren Körperverletzung — eine stärkere kriminelle Belastung der jungen Ausländer ab, obwohl es auch bei den unter 21-jährigen Deutschen im Gegensatz zu 1972 häufi-

Anteil der Hauptdeliktgruppen bei Deutschen und Ausländern 1975 unter 21 Jahre (ohne Vergehen gegen das Wehrstrafgesetz und das Ausländergesetz)



ger zu Streitigkeiten mit schweren Folgen kommt. Geblieben ist dagegen die dominierende Rolle junger deutscher Straftäter beim schweren Diebstahl (Verurteilungsziffer 1975: 369 gegenüber 307) und die der Ausländer beim einfachen Diebstahl, selbst wenn festgestellt werden muß, daß auch die jungen Ausländer in zunehmenden Maße Diebstahlsdelikte unter erschwerenden Umständen begehen. Auffallend ist schließlich noch, daß die Delinquenz der 14- bis 21-jährigen Ausländer, bezogen auf die jeweilige altersmäßig entsprechende Bevölkerung im Gegensatz zu 1972 bei den Raubdelikten inzwischen doppelt so hoch ist wie die der gleichaltrigen Deutschen.

Kein echter Rückgang der Verkehrsstraftäter

Von einer gesunkenen Verkehrsdelinquenz zu sprechen, wäre falsch, da der ausgewiesene Rückgang der Verurteilungszahlen vornehmlich auf eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zurückzuführen ist; die Vergehen nach §§ 23, 26 Straßenverkehrsgesetz wurden mit Wirkung vom 1.1.1969 zu Ordnungswidrigkeiten und damit nicht mehr erfaßt. Die Zahl der wegen Straftaten im Straßenverkehr nach dem Strafgesetzbuch Verurteilten nahm seit 1968 um 24 % und damit in stärkerem Maße zu wie die der wegen klassischer Delikte Verurteilten. Dies gilt auch für die Jugendlichen (+ 76 %), während bei den Heranwachsenden die Zunahme (+ 49 %) unter der der wegen klassischer Delikte Verurteilten blieb.

Starke Verkehrsdelinquenz der Heranwachsenden

Bezieht man die Zahl der wegen Verkehrsdelikten verurteilten Heranwachsenden auf 100 000 der altersgemäßen Bevölkerung, wird deutlich, daß sich diese am häufigsten vor dem Richter zu verantworten haben. Von diesem Alter an fällt die kriminelle Belastung mit steigendem Lebensalter. Die Gruppe der Jugendlichen spielt dagegen bei den Verkehrsvergehen im Gegensatz zur klassischen Kriminalität keine große Rolle, bedingt allein schon durch die gesetzlichen Altersgrenzen für eine Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr. Gerade bei dieser Altersgruppe aber stieg die Zahl der wegen Straftaten im Straßenverkehr nach dem Strafgesetzbuch Verurteilten mit dem Jahr 1974 besonders stark, während bei den übrigen Altersgruppen, begründet vornehmlich durch die Auswirkungen der Ölkrise und der sie flankierenden Maßnahmen, die Zahl der Verurteilten rückläufig war.

Tabelle 3
Verurteilte nach ausgewählten Deliktgruppen 1976

Verbrechen und Vergehen	Verurteilte						
	insgesamt	Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Verbrechen und Vergehen insgesamt (ohne Straßenverkehr)	54 694	31 050	7 254	6 786	1 068	7 387	1 149
darunter							
Diebstahl und Unterschlagung	19 429	7 768	3 653	2 558	458	4 213	779
Raub und Erpressung	731	317	19	181	12	195	7
Betrug und andere Vermögensdelikte	9 921	6 466	1 168	982	224	963	118
Vergehen im Straßenverkehr insgesamt	47 768	34 279	3 719	6 964	810	1 869	127
darunter							
Unfallflucht	5 870	4 302	420	940	91	110	7
Fahrlässige Körperverletzung	18 326	12 077	2 141	3 166	490	434	18
Vergehen in Trunkenheit	19 422	16 129	543	2 290	56	400	4
Verurteilte insgesamt	102 462	65 329	10 973	13 750	1 878	9 256	1 276

Fahrlässige Körperverletzung im Straßenverkehr häufigstes Delikt

Die fahrlässige Körperverletzung im Straßenverkehr ist das häufigste Delikt, das zu einer Verurteilung führte und zwar bis einschließlich 1973 auch vor den Diebstahlsdelikten; dies gilt auch bis heute noch für die Altersgruppen der Erwachsenen und der Heranwachsenden. Die Jugendlichen machen hier aus den oben angeführten Gründen eine Ausnahme, da bei ihnen etwa zweieinhalbmal so viel Straftäter wegen Diebstahlsdelikten wie wegen Straßenverkehrsdelikten insgesamt verurteilt wurden und auch innerhalb der Straßenverkehrsdelikte etwa zweimal so viel Jugendliche wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis wie wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt wurden.

Bei den anderen Straßenverkehrsdelikten sind die Schwerpunkte strafbaren Fehlhandelns der 14- bis 21-jährigen anders gewichtet wie bei den über 21-jährigen. Nach der Zahl der Schuldsprüche folgt bei den Heranwachsenden an nächster Stelle das Fahren ohne Fahrerlaubnis, gefolgt von der Verkehrsunfallflucht, der Gefährdung des Straßenverkehrs und der folgenlosen Trunkenheit im Straßenverkehr. Bei den Jugendlichen steht auffallenderweise die folgenlose Trunkenheit im Straßenverkehr noch vor der Verkehrsunfallflucht und der Gefährdung des Straßenverkehrs. Das zeigt, daß die Neigung zum Führen von Kraftfahrzeugen unter Alkoholeinfluß auch bei den unter 21-jährigen erheblich zugenommen hat. Läßt man die Vergehen gegen das Straßenverkehrsgesetz einmal außer Ansatz, so hat im Jahr 1975 jeder dritte jugendliche und heranwachsende Verurteilte bei seiner Teilnahme am Straßenverkehr in einem strafrechtlich relevanten Maße unter Alkohol gestanden, während es 1968 nur etwa jeder fünfte war.

Geringer Anteil der Frauen an Straßenverkehrsdelikten

Der Anteil der Mädchen an den wegen Vergehen im Straßenverkehr verurteilten Jugendlichen ist mit 6,7 % nur etwa halb so groß wie der an den wegen klassischen Delikten Verurteilten. Berücksichtigt man darüber hinaus, daß drei von vier wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis verurteilt wurden, wird deutlich, daß sie trotz einer Zunahme gegenüber 1968 um 31 % auf 130 Verurteilte nach wie vor keine nennenswerte Rolle im Straßenverkehr und den Verstößen gegen seine gesetzlichen Regelungen spielen.

Etwas anders ist dies bei den weiblichen Heranwachsenden unter anderem schon deshalb, weil bei ihnen die altersmäßigen Voraussetzungen zur Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr vorliegen. Bei ihnen ist die fahrlässige Körperverletzung mit Abstand das häufigste Straßenverkehrsdelikt, das zu einer Ver-

urteilung führte, auch wenn sie — im Gegensatz zu ihren männlichen Altersgenossen — noch häufiger wegen Diebstahlsdelikten belangt werden. Da jedoch nur jeder zehnte wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilte Heranwachsende weiblichen Geschlechts war, sind auch sie im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil erheblich unterrepräsentiert. Darüber hinaus fällt auf, daß bei ihnen — und erst recht bei den Jugendlichen — der Alkohol im Straßenverkehr nach wie vor keine Rolle spielt.

Deutsche begehen häufiger Straßenverkehrsdelikte

Die bei den klassischen Delikten getroffene Feststellung, daß die Deutschen im Alter von unter 21 Jahren, bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung, häufiger straffällig werden, gilt auch für den Bereich der Straßenverkehrsdelikte, mit dem Unterschied, daß diese Feststellung hier auch noch für das Jahr 1976 gilt. Eine Ausnahme machen lediglich die männlichen Ausländer dieser Altersgruppe, von denen im Jahr 1975 sich seit 1971 erstmals wieder mehr vor dem Richter zu verantworten hatten als von den entsprechenden Deutschen. Auffallend ist, daß die jungen Ausländer zwar häufiger Verkehrsunfallflucht begehen, daß sie aber im Vergleich mit ihren deutschen Altersgenossen nur in geringem Maße wegen Trunkenheit im Straßenverkehr belangt werden.

Schlußbetrachtung

Die Entwicklung von 1968 bis 1976 war vornehmlich durch die zunehmende Verurteilung der 14- bis 21-jährigen wegen Körperverletzungs-, Diebstahls- und Raubdelikten in der jeweils schweren Begehungsform geprägt. Gesicherte Erkenntnisse über die Ursachen dieser Entwicklung, die nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in allen westlichen Industriestaaten zu verzeichnen ist, liegen nicht vor. Die Landesregierung bemüht sich seit Jahren, der bedrohlichen Entwicklung der Jugendkriminalität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Bekämpfung der Jugendkriminalität kann nicht nur Aufgabe der Polizei sein. Auch im Rahmen des Landesjugendplanes, des Landesprogramms gegen den Drogen- und Rauschmittelmißbrauch, des Landesbeirats für Jugendhilfe und der Aktion Jugendschutz wurden zahlreiche Initiativen entwickelt.

9. Öffentliche Finanzen

Die Verwirklichung des Doppelhaushaltes 1975/76 stellte das Land vor eine Reihe von Problemen, die vor allem durch die von der rezessiven Wirtschaftsentwicklung und der Änderung der Umsatzsteuer-Verteilung verursachten Steuerausfälle hervorgerufen

wurden, während die gesetzlich festgelegten oder tarifvertraglich vereinbarten Ausgaben weiter anstiegen. Das Land sah sich deshalb gezwungen, nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die zukünftige Entwicklung insbesondere die zwangsläufigen Ausgaben — und d.h. in erster Linie die Personalausgaben, die mit mehr als 8 Mrd. DM 43 % des Haushaltes ausmachen — zu kontrollieren. Die restriktive Personalpolitik — Streichung von unbesetzten Stellen und Nichtbesetzung freiwerdender Stellen sowie nur begrenzte Schaffung von Neustellen macht es notwendig, die Personalsituation auf ihre Beweglichkeit hin zu untersuchen. Das ist mit der im folgenden dargelegten Erfassung der Personalfluktuations für die Zeit von Mitte 1975 bis Mitte 1976 geschehen.

Ein anderer Schwerpunktbereich sind die Hochschulausgaben. Nach einem Jahrzehnt des großzügigen Ausbaues der Hochschulen sind auch für diesen Bereich Einschränkungen — wie der vorgesehene Abbau von 900 Stellen zeigt — unvermeidbar.

9.1 Personenfluktuation im staatlichen Bereich

Das besondere Treueverhältnis der Beamten zum Dienstherrn, die Ausbildung und Beschäftigung von Nachwuchskräften in Berufen, deren Ausübung überwiegend nur im Staatsdienst möglich ist (Lehrer, Juristen, Polizeikräfte) und die von anderen Wirtschaftszweigen kaum genutzt werden können, wirft für die Personalplanung im öffentlichen Dienst Probleme besonderer Art auf. Anhaltspunkte über die Mobilität seiner Bediensteten sind deshalb gerade in den Zeiten zu gewinnen, in denen Maßnahmen zur Drosselung der Personalausweitung getroffen werden müssen. Das Personal der staatlichen Verwaltung mit heute rund 210 000 Landesbediensteten ist durch ständige Zugänge (Neueinstellung von Arbeitnehmern) und Abgänge (Beendigung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse) einer kontinuierlichen Veränderung hinsichtlich seiner strukturellen Zusammensetzung und seines zahlenmäßigen Bestandes unterworfen. Die Größe dieser beiden Bewegungsmassen, der Zugangs- und der Abgangsmasse, ist ein Faktor, der in die künftige Personalbedarfsplanung mit einzukalkulieren und der je nach Dienstverhältnis sehr verschieden ist. Bei den Angestellten liegt der Fluktuationsgrad mit 13,0 %, gemessen am Personalstand vom 30.6.1975, höher als bei den Arbeitern mit 9,6 %. Daß die Abgangsintensität der Beamten und Richter nur bei 3,7 % liegt, ist mit der besonderen Rechtsnatur des Dienstverhältnisses zu erklären, denn in der Regel werden die Beamten auf Lebenszeit ernannt und bleiben damit im Dienst des Landes.

Bei der im Verlauf einer Zeitspanne von 12 Monaten (1.7.75 bis 30.6.1976) durchgeführten Registrierung

wurden 30 497 Arbeitsplatzwechselfälle (ohne Wirtschaftsunternehmen) festgestellt, wovon 13 616 Abgänge und 16 881 Zugänge waren. Das bedeutet, daß jeder 7. Beschäftigte seinen Arbeitsplatz gewechselt hat. Die Erfassung bezog sich nur auf das vollbeschäftigte Personal. Dabei fanden Veränderungen innerhalb des eigenen Dienstbereichs (auch Übergänge von einer staatlichen Behörde zu einer anderen) oder innerhalb des Dienstverhältnisses (Umwandlung von einem Angestellten- in ein Beamtenverhältnis) sowie der Laufbahnwechsel keine Berücksichtigung.

Die Personalbewegung bei den Teilzeitbeschäftigten wurde nur erfaßt, wenn eine vollbeschäftigte Tätigkeit umgewandelt wurde in eine Teilzeitbeschäftigung oder umgekehrt.

Diese mehr pauschalen Werte der Fluktuationsraten besitzen nur wenig Aussagekraft, es ist daher erforderlich, den Motiven nachzugehen, die die Beschäftigten zu einem Arbeitsplatzwechsel veranlassen. Dabei können die Gründe ihres Ausscheidens in zwei Gruppen zusammengefaßt werden:

1. Der Beschäftigte scheidet aus naturbedingten Gründen aus dem Berufsleben durch Pensionierung, Tod, Invalidität oder gesundheitliche Schäden aus.
2. Der Beschäftigte wechselt seinen Arbeitsplatz durch Übertritt zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber oder durch Beendigung des Dienstverhältnisses beim bisherigen Dienstherrn.

Die Personalzugänge sind nicht besonders aufgeklärt, hier ist für die künftige Personalplanung lediglich interessant zu wissen, wieviele der neu eingestellten Arbeitnehmer von anderen Dienstherrn des öffentlichen Dienstes herüberwechseln.

Ein Fünftel scheidet nach Erreichen einer Altersgrenze aus

Die überraschende Feststellung, zu der man bei der Analyse der Abgangsgründe kommt, ist das Vorherrschen der Abgänge vor Erreichen einer Altersgrenze. Von den 13 616 Abgängen entfällt nur ein Fünftel auf Personen, die wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheiden. Dabei zählte man wegen Überschreitens der regulären gesetzlichen Altersgrenze vom 65. bzw. 60. Lebensjahr (Sonderlaufbahn Polizei) nur 1 447 Pensionierungsfälle, während fast gleich viele, nämlich 1 233 Beschäftigte von der Möglichkeit, schon zu einem früheren Zeitpunkt Pension oder Rente zu beziehen, Gebrauch machten. Da z.Zt. in Anbetracht der gesamten Arbeitsmarktlage Überlegungen über eine etwaige Vorverlegung des Rentenalters für bestimmte Personengruppen z.B. Schwerbeschädigte, angestellt werden, sind diese Zahlen äußerst aufschlußreich.

Tabelle 1

Personalbewegungen des Landes¹⁾ vom 1.7.1975 - 1.7.1976

Fluktuationsanlässe	Beamte und Richter	Angestellte	Arbeiter	Vollbeschäftigte			
				Insgesamt	% 2)	darunter	
						Frauen	% 2)
Abgänge	4 827	7 479	1 310	13 616	100,0	6 123	100,0
nach Erreichen der Altersgrenze	1 422	948	310	2 680	19,7	626	10,2
allgemeine (65. Lebensjahr)	537	360	134	1 031	7,6	229	3,7
besondere (60. Lebensjahr)	403	13	—	416	3,1	—	—
auf Antrag (ab 60. Lebensjahr)	482	575	176	1 233	9,1	397	6,5
vor Erreichen der Altersgrenze	3 405	6 531	1 000	10 936	80,3	5 497	89,8
darunter durch Ableben	167	116	32	315	2,3	65	1,1
vorzeitige Dienstunfähigkeit	297	157	53	507	3,7	102	1,7
Übertritt zu anderen öffentlichen Arbeitgebern	699	705	26	1 430	10,5	609	9,9
Beendigung des Dienstverhältnisses	2 180	5 449	778	8 407	61,7	4 519	73,8
Zugänge	8 478	7 355	1 048	16 881	100,0	7 505	100,0
darunter von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber	173	626	65	864	5,1	314	4,2

1) Ohne Wirtschaftsunternehmen. — 2) In % der Abgänge bzw. Zugänge insgesamt.

Vor Erreichen der Altersgrenze wurden verhältnismäßig wenig Abgänge aus sonstigen biologischen Ursachen registriert. 315 Personen, darunter 65 Frauen, starben, und 507 Beschäftigte (102 Frauen) mußten vorzeitig wegen Erkrankung oder Unfällen aus dem Berufsleben ausscheiden.

Als eigentliches Motiv der Mobilität öffentlicher Bediensteter blieb der Abgang zum Zwecke des Arbeitsplatzwechsels. Innerhalb eines Jahres hatten 9 837 Männer und Frauen ihre Dienststelle verlassen, ob dies durch Kündigung, auf eigenen Wunsch oder durch Entlassung geschah, wurde nicht registriert, es wurde lediglich festgestellt, daß jeder 7. dieser Ausgeschiedenen zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber übergewechselt ist. Bei den Beamten und Richtern hat sogar jeder 4. der Ausgeschiedenen eine Tätigkeit bei einem anderen Dienstherrn aufgenommen. Die Angestellten im Staatsdienst schieden überwiegend auf eigenen Wunsch oder nach Zeitablauf aus, auch die Arbeiter gaben ihr Arbeitsverhältnis schwerpunktmäßig auf eigenen Entschluß hin auf. Ganz allgemein hatten unter den einzelnen Personalgruppen die Angestellten relativ die meisten Zu- und Abgänge zu verzeichnen. Dies hängt wesentlich damit zusammen, daß in dieser Beschäftigungsgruppe mehr Frauen als Männer tätig sind.

Frauen wechseln den Arbeitsplatz häufiger

Betrachtet man den Arbeitsplatzwechsel in der Unterscheidung nach dem Geschlecht, so weist das weibliche Personal eine überdurchschnittliche Fluk-

tuation auf. Während der Frauenanteil an den gesamten Beschäftigten im Landesdienst etwa ein Drittel beträgt, ist die Abgangsfrequenz der ausgeschiedenen weiblichen Beschäftigten vor Erreichen der Altersgrenze gleich hoch wie die der Männer. Dies besagt nun aber nicht, daß ganz allgemein Frauen häufiger als ihre männlichen Kollegen den Arbeitsplatz wechseln. Dieser höhere Prozentsatz kommt vor allem dadurch zustande, daß ein großer Teil der jungen Frauen nur wenige Jahre zwischen Schule und Heirat oder Geburt des ersten Kindes berufstätig ist; die Männer dagegen außer durch den Alterungsprozeß nur selten vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden. Daß diese Annahme richtig ist, geht sehr deutlich daraus hervor, daß bei den Angestellten des mittleren und einfachen Dienstes, in Vergütungsgruppen, in denen überwiegend junge Mädchen als Schreibkräfte und im Pflegedienst tätig sind, während eines Jahres 3 116 weibliche Arbeitskräfte ausgeschieden und 3 241 wieder eingestellt wurden, während bei den Männern in dieser Beschäftigungskategorie nur 851 Abgänge zu verzeichnen sind. Erreichen der Altersgrenze, Krankheit oder Tod spielen als Ursache für das Ausscheiden aus dem Berufsleben bei den Frauen eine wesentlich geringere Rolle als beim männlichen Geschlecht. Nur knapp jeder 8. der weiblichen Fluktuationsfälle entfällt darauf, bei den Männern dagegen jeder 3. Fall. Dies hängt einerseits mit der allgemein höheren Lebenserwartung der Frauen zusammen, andererseits damit, daß die im öffentlichen Dienst tätigen Frauen — wie im Erwerbsleben überhaupt — durchschnittlich jünger sind als die Männer.

Personalintensive Schwerpunkte bei der Kultus-, Innen- und Finanzverwaltung

Diese für den staatlichen Bereich allgemein geltenden Werte weichen innerhalb der Geschäftsbereiche der einzelnen Ministerien erheblich voneinander ab. Bei der Gegenüberstellung des Personalwechsels wird sehr deutlich, daß nur in den Bereichen, in denen sowohl Teile des Personals aus dem Einstellungsstopp ausgenommen wurden als auch Personal im Vorbereitungsdienst auf den künftigen Beruf als Lehrer, Polizist, Jurist ausgebildet wird, der Personalzugang zahlenmäßig überwog. Nachdem im staatlichen Bereich jeder 2. Bedienstete im Bildungswesen tätig ist, entfiel auch bei der Personalfluktuations gut die Hälfte aller Bewegungsfälle auf den Kultusbereich. Auch die anderen Bereiche, Innen-, Justiz- und Finanzverwaltung, weisen entsprechend ihren Anteilen an dem gesamten Personalkörper auch entsprechende anteilige Fluktuationsdaten auf.

Die Einsparungsbestrebungen der Landesregierung auf dem Personalsektor in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 und die Drosselung bei der Besetzung neuer Planstellen zeigt sich sehr deutlich in dem zahlenmäßigen Überwiegen der per Saldo-Zugänge (nach Abzug der Abgänge) im Kultusbereich. Dadurch, daß fast alle Lehramtsbewerber 1975/1976 aus den Ausbildungseinrichtungen des Landes noch einmal in den Schuldienst eingestellt wurden, entfallen drei Viertel aller Mehrzugänge auf den Schul- und Wissenschaftsbereich. Zu den durch den hohen Feminisierungsgrad und die Altersstruktur der Lehrer auftretenden Besonderheiten in der Fluktuation der Lehrkräfte vgl. Kapitel 2.1. Neben dem Kultusbe-

reich weisen lediglich die Innen- und Finanzverwaltung durch ihre personalintensiven Schwerpunkte Polizei und Steuerverwaltung noch nennenswerte Personalbestandsverstärkungen auf, während alle anderen Bereiche das ausgeschiedene Personal nur noch teilweise durch Neueinstellungen ersetzen konnten. Da es sich bei den genannten Personalbestandsausweitungen fast ausschließlich um solche Arbeitskräfte handelt, die als Beamte eingestellt oder ausgebildet werden, überwiegt der Anteil der Zugänge bei den Beamten mit 6,5 % ihres jährlichen Personalbestandes gegenüber den Abgängen mit nur 3,7 %, während bei den Angestellten sowohl absolut wie relativ — mit Ausnahme des Kultus- und Justizbereichs — durchweg die Zahl der Abgänge höher ist als die der Zugänge. Hier werden die Einsparungsmaßnahmen offenkundig. Bei den Arbeitern, die im Landesergebnis um 262 Personen abgenommen haben, hat sich lediglich im Bereich des Wirtschaftsministeriums der Bestand durch Übernahme von Kreisstraßenwärttern um 30 Arbeitskräfte vergrößert. Der Fluktuationsanlaß „Übertritt zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber“ erbrachte eine interessante Besonderheit, denn im Verlauf eines Jahres sind 1 430 Beschäftigte aus diesem Grund aus dem Landesdienst ausgeschieden, von denen 598 in den Dienst eines anderen Bundeslandes, 74 zum Bund und 233 in den Gemeindedienst überwechselten. Wesentlich weniger Personen, nämlich 864 Beschäftigte wurden dagegen vom Bund, anderen Ländern oder sonstigen öffentlichen Arbeitgebern übernommen. Allein im Bereich des Kultusministeriums sind 1 078 Personen zu anderen öffentlichen Arbeitgebern übergetreten, während nur 604 von anderen öffentlichen Dienstherren

Tabelle 2

Personalwechsel hauptberuflich Vollbeschäftigter nach Geschäftsbereichen der Ministerien

Geschäftsbereich	Abgänge				Zugänge				Saldo der Ab- und Zugänge
	Insgesamt	%1)	darunter		Insgesamt	%1)	darunter		
			Beamte und Richter	Ange- stellte			Beamte und Richter	Ange- stellte	
Landtag	3	2,7	—	3	5	4,4	—	5	+ 2
Staatsministerium	17	5,0	4	12	13	3,8	4	9	— 4
Innenministerium	1 732	5,9	1 015	619	2 421	8,2	1 872	432	+ 689
Kultusministerium	7 412	6,6	2 029	4 673	9 878	8,7	4 447	4 925	+ 2 466
Justizministerium	1 560	10,5	1 069	423	1 385	9,3	856	516	— 175
Finanzministerium	1 228	6,0	437	731	1 599	7,9	1 070	511	+ 371
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	260	3,5	31	101	275	3,7	50	67	+ 15
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt	398	5,9	102	214	320	4,7	101	167	— 78
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozial- ordnung	1 002	11,7	137	702	973	11,4	67	722	— 29
Rechnungshof	4	4,4	3	1	12	13,2	11	1	+ 8
Zusammen	13 616	6,8	4 827	7 479	16 881	8,4	8 478	7 355	+ 3 265

1) Des jeweiligen Personalbestandes.

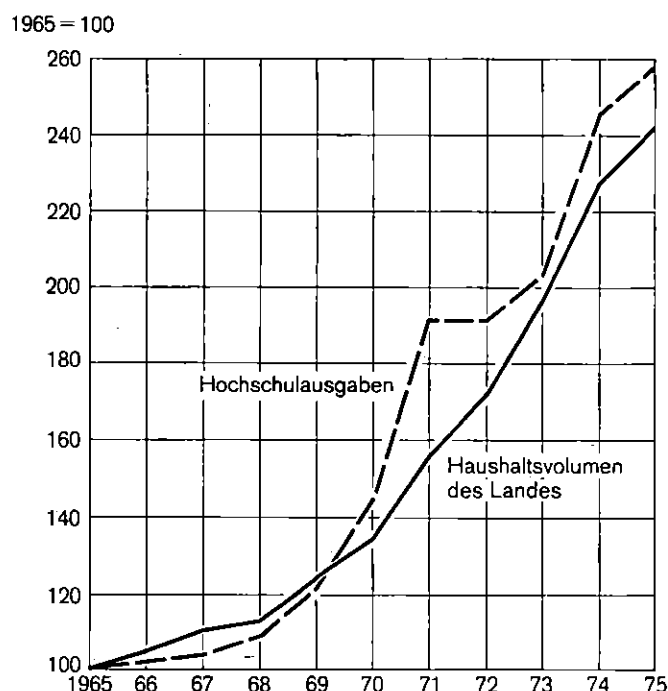
gekommen sind. Eine weitere nennenswerte Abwanderung zu öffentlichen Bereichen anderer Ebenen oder anderen Ländern hat noch bei der Innenverwaltung stattgefunden, dort sind 120 Beschäftigte aus diesem Grund ausgeschieden und nur 35 neu eingetreten.

Der Fluktuationsgrad, der sich in Zeiten der Vollbeschäftigung sowohl im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft zwischen 10 und 15 % bewegt, dürfte in dem beobachteten Zeitraum, bedingt durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt besonders bei den Verwaltungsberufen etwas unter dem Normalmaß liegen. Ganz allgemein ist eine gewisse Fluktuation der Arbeitskräfte zu begrüßen, um die Beschäftigungsstruktur nicht zu verhärten, aber es sind die kostenbezogenen Auswirkungen, die bei der Auflösung der Arbeitsverhältnisse, der Anwerbung und Einstellung von Ersatzkräften, sowie deren Einarbeit entstehen, zu berücksichtigen.

9.2 Hochschulausgaben

Der Hochschulbereich zählt neben dem Schulwesen zu den Aufgabengebieten, bei denen Kompetenz und finanzielle Lasten ganz überwiegend beim Land liegen. Da der Hochschulbau aber über die Landesgrenzen hinaus für die Gesamtheit der Studierenden bedeutsam ist, werden seit 1970 der Ausbau und Neubau der Hochschulen einschließlich der Kliniken von Bund und Ländern als Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen. Baden-Württemberg mit seinen 9 Universitäten, 10 Pädagogischen Hochschulen, 7 Kunsthochschulen und 24 Fachhochschulen als hochschulreichstes Bundesland hat traditionsgemäß diesem Sektor immer höchste Bedeutung zugemessen. Welche Anstrengungen das Land im Hochschulbereich im vergangenen Jahrzehnt vollbracht hat, verdeutlichen zwei markante Werte. In den bildungspolitischen „Gründerjahren“ 1965 bis 1975 haben sich die gesamten Ausgaben für die Hochschulen von 800 Mill.

Entwicklung der Hochschulausgaben DM je Einwohner



2177

DM auf 2 265 Mill. DM jährlich erhöht, sie haben sich also in einem Jahrzehnt nahezu verdreifacht. Der Personalbestand ist im selben Zeitraum von 19 097 Bediensteten auf 30 803 Bedienstete angewachsen.

Daß die Priorität des Hochschulwesens in der Personal- und Finanzausstattung auch konsequent verwirklicht wurde und innerhalb des Haushalts Vorrang hat, wird aus der nachstehenden Tabelle mit den wesentlichen Entwicklungslinien der Hochschulausgaben und ihrer Relation zu verschiedenen haushalts- und gesamtwirtschaftlichen Globalgrößen veranschaulicht.

Am zuverlässigsten kann die Versorgung mit wissenschaftlichen Bildungseinrichtungen in Relation zur Bevölkerung gemessen werden. Danach wurden im Jahre 1975 mit 246,31 DM je Einwohner nahezu vier Fünftel mehr als 1970 (138,21 DM) verausgabt. Eliminiert man die in diesem Zeitraum eingetretenen Preissteigerungen, die vor allem die Baumaßnahmen und den Personalkostensektor betrafen, so ergibt sich eine reale Steigerung um 22 %. Sehr deutlich wird die Leistungsverbesserung auch erkennbar, wenn man die Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt und am Haushaltsvolumen mißt. Seit 1970 hat sich der Anteil von 1,2 % am Bruttoinlandsprodukt nahezu kontinuierlich auf 1,4 % im Jahre 1975 erhöht; der Anteil am Haushaltsvolumen bewegte sich zwischen 10,6 % (1973) und 12,7 % (1971), 1975 betrug er 11,0 %.

Tabelle 3

Hochschulausgaben

Jahr	Hochschulausgaben			Anteil am	
	Mill. DM	DM je Einwohner		BIP	HV
		(1)	(1 2)		
1970	1 243,4 ³⁾	138,21	138,21	1,2	11,1
1971	1 649,8 ³⁾	182,89	166,28	1,4	12,7
1972	1 666,2	182,75	156,00	1,3	11,5
1973	1 784,2	193,71	152,30	1,2	10,6
1974	2 163,9	234,25	168,80	1,4	11,2
1975	2 265,3	246,31	168,85	1,4	11,0

1) In jeweiligen Preisen. — 2) In konstanten Preisen von 1970. —
3) Aus Vergleichsgründen einschließlich der Höheren Fachschulen.

Entwicklung der Personal- und Sachkosten

Die Zunahme der laufenden Ausgaben (Personal- und Sachkosten) um rund 116 % stand für die einzelnen Hochschularten teils unter dem Einfluß allgemein wirksamer Faktoren, wie der vermehrten Anstrengungen für den Ausbau und für die Modernisierung bestehender Einrichtungen, teils aber auch unter dem Einfluß spezieller, nur für bestimmte Hochschulformen relevanter Entwicklungen.

Die laufenden Ausgaben der Universitäten, denen mit rund 55 % der gesamten Aufwendungen das stärkste Gewicht zukommt, haben sich zwischen 1970 und 1975 infolge der Gründung neuer und des Ausbaus bestehender Universitäts-Einrichtungen mehr als verdoppelt. Berechnet man diese Ausgaben für einen Studierenden, so ergeben sich im Jahre 1975 an laufenden Kosten 11 155 DM.

Bei den Fachhochschulen, deren Ausgaben sich am stärksten (+ 168,7 %) ausgeweitet haben, fällt in den beobachteten Fünfjahreszeitraum die 1971 vollzogene Umwandlung der früheren Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen in Fachhochschulen, die im Rahmen ihres Bildungsauftrags neben der Vorbereitung auf die berufliche Tätigkeit nun auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wahrnehmen. Daneben wurden für den Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik neue Fachhochschulen errichtet. Für einen Studierenden an diesem Hochschultyp werden 5 834 DM benötigt. 1970 kostete ein Schüler an der Höheren Fachschule noch 3 887 DM.

Da die Lehrerbildungseinrichtungen nicht mit den hohen Sachkosten für die instrumentelle und apparative Ausstattung wie die Fachhochschulen belastet sind, mußten erst im Jahre 1975 für einen Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Kosten in

etwa derselben Höhe, nämlich 3 869 DM aufgewendet werden, während fünf Jahre zuvor nur 2 695 DM benötigt wurden.

Als Beispiel für die erwähnten Sonderfaktoren sind auch die Kunsthochschulen zu nennen. Sie weisen innerhalb der letzten fünf Jahre eine Ausgabensteigerung von 122,5 % auf. Diese ist aber in erster Linie darauf zurückzuführen, daß zu den bestehenden zwei Kunstakademien und zwei Musikhochschulen in Stuttgart und Karlsruhe zusätzlich drei früher kommunale oder private Lehrinstitute für Musik in Freiburg, Heidelberg/Mannheim und Trossingen vom Land übernommen wurden. Der Haushalt wurde 1975 mit 8 426 DM je Kunststudent belastet.

Eine Analyse der Gesamtausgaben für das Hochschulwesen nach Ausgabearten ergibt, daß von den 2 265 Mill. DM im Jahre 1975 in den Haushalt eingestellten Mitteln 1 337 Mill. DM, also weit mehr als die Hälfte (59 %) als Personalausgaben für Professoren, Assistenten sowie für Verwaltungs- und Pflegepersonal aufgewendet werden mußten. Personalausweitungen, lineare und strukturelle Besoldungsanpassungen sowie Verbesserungen im Tarifrecht verursachten eine Steigerung dieser Ausgaben um 120,8 % zwischen 1970 und 1975. Die Personalausgaben der übrigen Verwaltung haben sich im selben Zeitraum verdoppelt.

Die in den sächlichen Verwaltungsausgaben zusammengefaßten Mittel für die Unterhaltung und den Betrieb der baulichen Anlagen einerseits und die Kosten für Lehr- und Lernmittel sowie die Anschaffung von Geräten, Laborbedarf, Verbrauchsmittel andererseits nahmen 1975 mit 409,6 Mill. DM rund 18 % in Anspruch. Sie haben sich seit 1970 etwas mehr als verdoppelt.

Tabelle 4

Laufende Ausgaben nach Hochschularten

Hochschulart	Laufende Ausgaben			Darunter Personalausgaben		Je Studierender ¹⁾ DM	
	1970	1975	Veränderung %	1970	1975	1970	1975
	Mill. DM			Mill. DM			
Universitäten	459,8	965,8	110,0	359,8	768,8	7 474	11 155
Kunsthochschulen	11,2	24,9	122,5	9,6	22,3	4 805	8 426
Pädagogische Hochschulen	33,9	86,1	154,2	28,7	72,8	2 965	3 869
Fachhochschulen	44,5 ²⁾	119,6	168,7	37,7 ²⁾	98,8	3 887	5 834
Zusammen	549,4	1 196,4	117,8	435,8	962,7	.	.
Universitäts-Kliniken	257,9	550,1	113,3	169,8	374,2	.	.
Insgesamt	807,3	1 746,5	116,3	605,6	1 336,9	.	.
Anteil am Haushaltsvolumen der Hochschulen in %	64,9	77,1	.	48,7	59,0	.	.

1) Laufende Ausgaben. — 2) Höhere Fachschulen.

Starke Investitionstätigkeit Anfang der 70er Jahre

An Investitionen wurden für den Universitäts- und sonstigen Hochschulbau sowie für die Betriebseinrichtungen und -ausstattungen innerhalb von 6 Jahren (1970 bis 1975) rund 3 Mrd. DM aufgewendet. Diese Summe entspricht dem Umfang des gesamten ordentlichen Haushalts des Jahres 1959. Anfang der 70er Jahre wurde von den Bauausgaben des Landes jede zweite Mark für den Hochschulbau verwendet. Diese Vorrangstellung des tertiären Bildungsbereichs, die eingeleiteten und verwirklichten Reformen, die ersten Ansätze auf dem Weg zu einem Gesamthochschulsystem sowie die finanzielle Mitwirkung des Bundes hatten diese starke Investitionstätigkeit möglich und notwendig gemacht. In diese Zeit fallen auch die großen Bauvorhaben als Folge der neugegründeten Hochschulen Ulm und Konstanz, die Ausweitung und Modernisierung der bestehenden Universitäten und Kliniken, die Schaffung neuer Ausbildungsstätten im Bereich der Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen.

An den Investitionen für die nach dem Hochschulbauförderungsgesetz in die Gemeinschaftsaufgaben einbezogenen Hochschulen erstattet der Bund etwa die Hälfte der dem Land entstandenen Ausgaben; für 1975 waren dies 175,7 Mill. DM.

Nachdem die Prioritätensetzung innerhalb des Bildungshaushalts von der Landesregierung im vergangenen Jahr, vor allem im Hinblick auf eine verstärkte Förderung der beruflichen Bildung, überprüft wurde, sind die Anteile für den Ausbau der Hochschulen bereits 1976 und verstärkt in den Haushaltsplänen für die Jahre 1977 und 1978 auf 28,7 bzw. 27,2 % abgesunken. Die Phase des beschleunigten Ausbaus der Hochschulen ist auch deshalb als beendet zu betrachten, weil das Ziel, in Baden-Württemberg einen Anteil von rund 16 % an den im Bundesgebiet vorgesehenen 850 000 Studienplätzen zur Verfügung zu stellen, bereits erreicht ist.

Tabelle 5

Investitionsausgaben für den Hochschulbereich

Jahr	Baumaßnahmen		Sonstige Investitionen Mill. DM
	Mill. DM	% ¹⁾	
1970	310,0	37,3	105,9
1971	505,4	50,9	145,3
1972	374,1	50,4	139,1
1973	294,2	42,8	128,3
1974	366,2	41,8	200,3
1975	327,8	38,3	190,9
1976	273,8	33,7	209,1
1977	201,8	28,7	168,4
1978	201,4	27,2	139,4

1) Anteil an den Baumaßnahmen des Landes.

Tabelle 6

Hochschulausgaben 1974 nach Arten und Fächergruppen

Fächergruppe	Mill. DM	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	221,6	13,9
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	78,4	4,9
Mathematik, Naturwissenschaften	328,2	20,6
Medizin	698,5	43,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	32,2	2,0
Ingenieurwissenschaften	215,3	13,5
Kunst, Kunstwissenschaften	22,7	1,4
Zusammen	1 596,9	100,0
Nicht nach Fächern aufteilbar	567,0	

Fächerspezifische Gliederung der Hochschulausgaben

Nach den in den Haushaltsrechnungen erfaßten Finanzdaten war bisher nur eine verhältnismäßig grobe Aufgliederung der Ausgaben nach Arten und Hochschulgruppen möglich. Durch die jetzt gesetzlich festgelegte Verpflichtung der Hochschulen, ihre Ausgaben und Einnahmen nach Kostenarten und Kostenstellen zu unterteilen, lassen sich auch Aufschlüsse darüber gewinnen, in welchem Umfang die einzelnen Fachbereiche an den Gesamtausgaben beteiligt sind. Für das Jahr 1974 liegen darüber erstmals brauchbare Ergebnisse vor. Da auch diese sich überwiegend auf interne Rechnungsunterlagen und statistische Anschreibungen der einzelnen Hochschulen stützen, ist die Position der zentral bewirtschafteten Betriebs- und Geschäftskosten noch verhältnismäßig hoch, außerdem wurde von den einzelnen Berichtstellen die Zuordnung zu den Fächergruppen und zum Gesamthochschulbereich sehr unterschiedlich vorgenommen. Hier wird erst nach und nach, wenn das vorgesehene Programm einer Erfassung nach Kostenarten und Kostenstellen verwirklicht ist, mit einer qualitativ besseren Aussage gerechnet werden können.

Von den insgesamt erfaßten Hochschulausgaben entfielen auf die Fächergruppe Medizin rund 700 Mill. DM (44 %), wobei aber einschränkend gesagt werden muß, daß der weitaus überwiegende Teil dieser Ausgaben (567,4 Mill. DM) im Klinikbereich anfällt und hier eine Trennung der Ausgaben für medizinische Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits nicht möglich ist.

Mathematik und Naturwissenschaften beanspruchten rund 330 Mill. DM, das ist ein Fünftel aller Ausgaben, die dritte große Gruppe bilden die Sprach- und Kulturwissenschaften mit 221,6 Mill. DM (13,9 %), von deren Ausgaben etwas mehr als die Hälfte auf die Pädagogischen Hochschulen entfällt.

Ein nahezu gleich großes Haushaltsvolumen weist die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften auf, während die weiteren Fächergruppen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Kunst und Kunstwissenschaft mit geringen Anteilen partizipieren.

Bei der Betrachtung der Struktur der Universitätsausgaben innerhalb der einzelnen Fächergruppen können im gegenwärtigen Zeitpunkt nur die charakteristischen, ziemlich pauschalen Unterschiede vermerkt werden. Die Investitionsausgaben (Beschaffung von Geräten, Apparaturen usw.) haben naturgemäß in den Bereichen der Medizin, der Naturwissenschaften und der Ingenieurwissenschaften ein viel größeres Gewicht als in den Geisteswissenschaften, in denen die Personalkosten vorrangig sind.

Ausblick

Bei der Bedeutung, die Bildung und Ausbildung für die Wirtschaft des Landes haben, müssen in der gegenwärtigen Phase gesamtwirtschaftlicher Strukturveränderungen – insbesondere unter dem Aspekt des Arbeitsmarktes – Bildungs- und Beschäftigungssysteme aufeinander abgestimmt werden. Das bedeutet bei dem hohen Stand, den der tertiäre Bildungsbereich schon erreicht hat, daß er nicht länger bevorzugt ausgebaut werden muß und daß die dem Bildungssektor weiterhin in hohem Maße zufließenden öffentlichen Mittel vorrangig dem Ausbau des beruflichen Bildungssystems zukommen. Diese Aufgabenverlagerung zeigt sich bereits in den Haushaltsplänen 1977 und 1978, in denen die Anteile der Hochschulausgaben an den Gesamtausgaben auf 9,5 % bzw. 9,1 % zurückgehen.

Anhang

1. Kenndaten der Vorausschätzung der Bevölkerung
2. Wohnbevölkerung, Ausländer und Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen
3. Strukturdaten der weiblichen Bevölkerung am 1. Januar 1976 in den Stadt- und Landkreisen
4. Klassen, Schüler, Lehrer an öffentlichen Schulen im Schuljahr 1975/76 in den Stadt- und Landkreisen
5. Landwirtschaftliche Erträge 1976 im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt in den Stadt- und Landkreisen
6. Landwirtschaftliche Bruttoproduktion und Nahrungsmittelproduktion 1976/77 im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt
7. Nahrungsmittelproduktion 1975/76 in den Stadt- und Landkreisen
8. Abfallbeseitigungsanlagen 1975 in den Stadt- und Landkreisen
9. In öffentlichen Anlagen beseitigte Abfälle 1975 in den Stadt- und Landkreisen
10. Ausgewählte Daten zur industriellen Wasserwirtschaft 1975
11. Sozialbudget nach Institutionen 1970 bis 1975
12. Verurteilte nach Hauptdelikts- und Personengruppen 1973 bis 1976
13. Straßenverkehrsdelinquenten nach Delikten und Personengruppen 1972 bis 1976

1. Kenndaten der Vorausschätzung der Bevölkerung

a) Gesamtbevölkerung

Basisbevölkerung: Stand 1.1.1975

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen: Im gesamten Vorausschätzungszeitraum entsprechend dem Mittel 1972/74.

Fruchtbarkeitsziffern: Ausgehend vom Stand im Jahr 1974 wurden diese Ziffern an die tatsächliche Entwicklung im Jahr 1975 angepaßt. Von da an wurden die Ausgangswerte bis 1977 schrittweise um insgesamt 3% abgesenkt. Im Jahr 1978 und in den folgenden Jahren wurden die Fruchtbarkeitsziffern auf dem dann erreichten Stand konstant belassen.

Wanderungsansatz: Für das Jahr 1975 wurde die Wanderung an die tatsächliche Entwicklung angepaßt. Ab 1976 wurde für die kommenden Jahre insgesamt Null-Wanderung angenommen. Dabei wurde ein auf der durchschnittlichen Altersstruktur der Jahre 1972 bis 1974 beruhendes Wanderungsmodell mit einem Volumen von 200 000 Zuzügen und 200 000 Fortzügen verwendet.

Erwerbsquoten: Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Mikrozensus 1974 und 1975 und der möglichen weiteren Entwicklung wurden die Erwerbsquoten festgelegt und dann über den gesamten Vorausschätzungszeitraum konstant gehalten.

b) Deutsche Bevölkerung

Entsprechend den Ansätzen für die "5. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung von Bund und Ländern".

Basisbevölkerung: Stand der deutschen Bevölkerung am 1.1.1975

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen: Für den gesamten Vorausschätzungszeitraum wurden die auch für die Vorausschätzung der Gesamtbevölkerung benutzten Werte des Mittels 1972/74 eingesetzt. Nach dem vorliegenden Material sind die Unterschiede in der Sterblichkeit zwischen der deutschen und der Gesamtbevölkerung bisher so gering, daß die Verwendung einheitlicher Sterbeziffern vertretbar erscheint.

Fruchtbarkeitsziffern: Ausgehend vom Stand der Fruchtbarkeit der deutschen Bevölkerung im Jahr 1974 wurden diese Ziffern an die tatsächliche Entwicklung im Jahr 1975 angepaßt. Von da an wurden die Ausgangswerte weiter schrittweise bis 1977 um insgesamt 3% abgesenkt. Ab da wurden sie für den weiteren Vorausschätzungszeitraum konstant belassen.

Wanderungsansatz: Auf der Grundlage eines Wanderungsmodells entsprechend der Wanderungsstruktur des Jahres 1974 wurden der Berechnung in den Jahren 1975 bis 1978 ein Zuwanderungsüberschuß von jährlich rund 11 000 Personen zugrunde gelegt. Hierdurch wird der aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu erwartenden Umsiedlung deutscher Personen Rechnung getragen. Von 1979 ab wurde der jährliche Zuwanderungsüberschuß schrittweise bis 1990 auf 5000 gesenkt. Ab da wurde auch für die deutsche Bevölkerung Null-Wanderung angenommen.

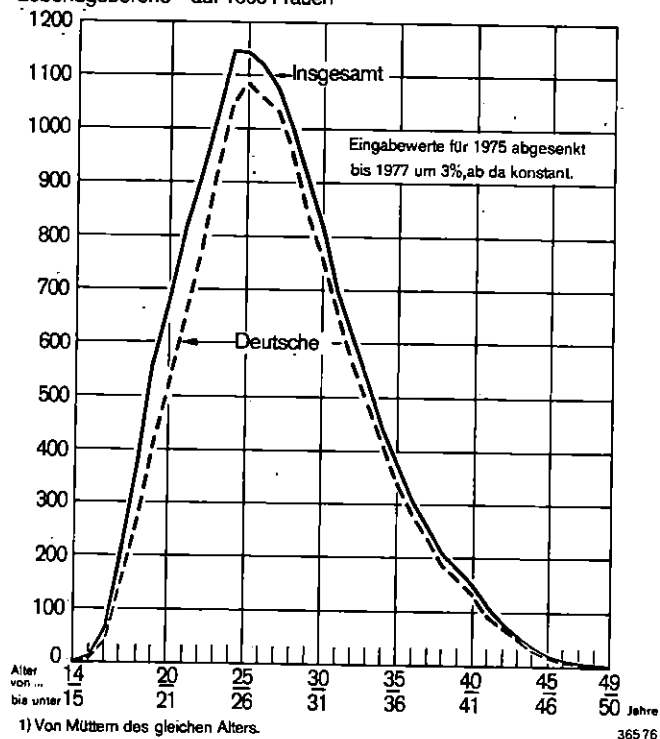
Erwerbsquoten: Wie für die gesamte Bevölkerung wurden die geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten der deutschen Bevölkerung aus den Ergebnissen des Mikrozensus 1974 und 1975 ermittelt.

Vgl. nachfolgende Schaubilder.

Noch: Kenndaten der Vorausschätzung der Bevölkerung

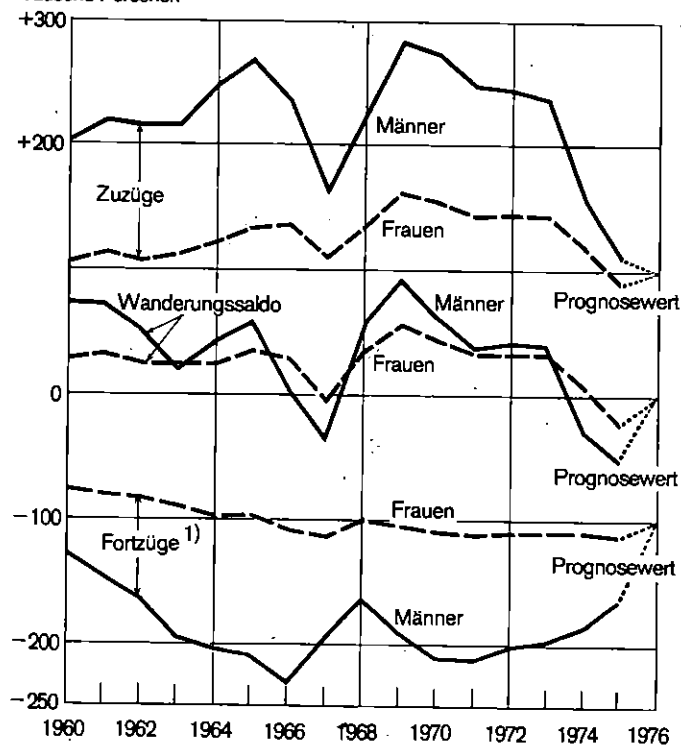
Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1974

Lebendgeborene¹⁾ auf 1000 Frauen



Wanderungen über die Landesgrenze

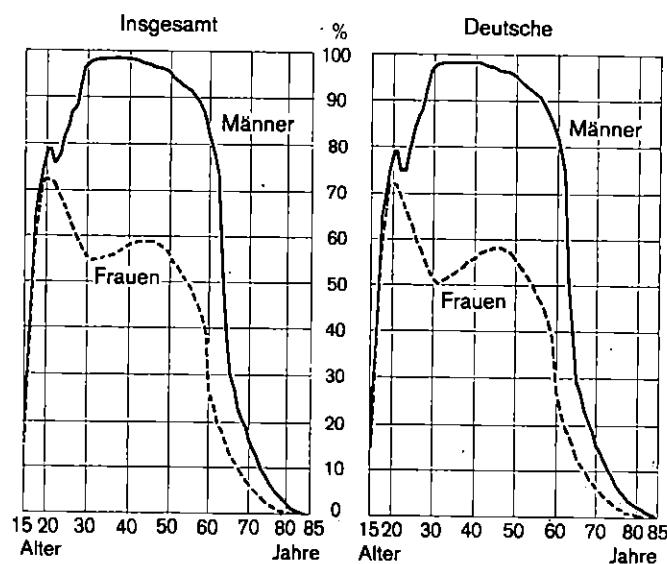
Tausend Personen



36176

Altersspezifische Erwerbsquoten

Prognosewerte ab 1975



36376

2. Wohnbevölkerung, Ausländer und Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohnbevölkerung		Ausländer nach AZR			Versicherungspflichtig Beschäftigte ³⁾		
	30.6.1976		30.9.1976 ¹⁾		30.9.1975 ²⁾	31.12.1975		
	insgesamt	darunter Ausländer	insgesamt	Anteil an der Gesamt- bevölkerung in %		insgesamt	darunter Ausländer	
							Anzahl	in %
Stadtkreis Stuttgart	594 141	91 057	93 195	15,7	16,3	362 315	66 427	18,3
Landkreise								
Böblingen	289 183	38 653	42 098	14,6	15,4	110 078	24 153	21,9
Esslingen	449 573	57 631	62 475	13,9	14,1	137 808	30 773	22,3
Göppingen	228 087	23 512	23 367	10,2	10,8	78 702	12 609	16,0
Ludwigsburg	422 562	53 938	57 944	13,7	14,5	126 339	26 377	20,9
Rems-Murr-Kreis	349 039	35 224	38 773	11,1	12,0	100 151	19 536	19,5
Region Mittlerer Neckar	2 332 585	300 015	317 852	13,6	14,3	915 393	179 875	19,7
Stadtkreis Heilbronn	112 956	13 132	12 147	10,8	11,4	58 088	5 996	10,3
Landkreise								
Heilbronn	232 316	16 124	13 955	6,0	6,8	52 270	6 616	12,7
Hohenlohekreis	83 342	4 839	4 715	5,7	6,5	24 688	2 518	10,2
Schwäbisch Hall	150 922	7 771	6 547	4,6	5,0	43 004	3 467	8,1
Main-Tauber-Kreis	124 664	4 025	3 874	3,1	3,2	34 459	1 987	5,8
Region Franken	704 200	45 891	41 638	5,9	6,5	212 509	20 584	9,7
Landkreise								
Heidenheim	125 098	10 886	11 402	9,1	9,8	46 846	6 189	13,2
Ostalbkreis	272 205	16 743	16 974	6,2	6,5	87 127	8 428	9,7
Region Ostwürttemberg	397 303	27 629	28 376	7,1	7,6	133 973	14 617	10,9
Regierungsbezirk Stuttgart	3 434 088	373 535	387 866	11,3	11,9	1 261 875	215 076	17,0
Stadtkreise								
Baden-Baden	49 380	2 908	3 655	7,4	7,9	20 430	2 160	10,6
Karlsruhe	278 163	21 690	22 179	8,0	8,4	139 791	14 983	10,7
Landkreise								
Karlsruhe	349 202	24 302	24 073	6,9	7,4	91 192	12 466	13,7
Rastatt	188 749	12 419	13 277	7,0	7,4	60 152	8 896	14,8
Region Mittlerer Oberrhein	865 494	61 319	63 184	7,3	7,7	311 565	38 505	12,4
Stadtkreise								
Heidelberg	129 681	11 125	10 684	8,2	8,8	61 796	5 919	9,6
Mannheim	311 245	38 482	37 603	12,1	13,1	175 314	21 398	12,2
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	130 891	5 747	4 634	3,5	4,0	33 957	2 585	7,6
Rhein-Neckar-Kreis	449 277	33 074	30 915	6,9	7,2	106 264	13 837	13,0
Region Unterer Neckar	1 021 094	88 428	83 836	8,2	8,8	377 331	43 739	11,6
Stadtkreis Pforzheim	108 087	11 951	12 201	11,3	11,6	58 081	7 244	12,5
Landkreise								
Calw	125 847	13 429	12 793	10,2	10,9	33 758	6 104	18,1
Enzkreis	154 979	14 502	14 327	9,2	9,8	40 261	7 424	18,4
Freudenstadt	98 214	6 194	5 871	6,0	6,2	29 114	3 109	10,7
Region Nordschwarzwald	487 127	46 076	45 192	9,3	9,7	161 214	23 881	14,8
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 373 715	195 823	192 212	8,1	8,6	850 110	106 125	12,5
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	174 030	12 064	11 530	6,6	6,8	80 532	7 465	9,3
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	188 367	9 438	9 056	4,8	5,2	38 871	4 972	12,8
Emmendingen	129 485	5 707	5 115	4,0	4,3	30 062	2 339	7,8
Ortenaukreis	354 924	17 767	16 837	4,7	5,1	114 090	11 155	9,8
Region Südlicher Oberrhein	846 806	44 976	42 538	5,0	5,4	263 555	25 931	9,8
Landkreise								
Rottweil	128 875	9 131	8 945	6,9	7,7	42 280	4 877	11,5
Schwarzwald-Baar-Kreis	199 115	22 541	21 912	11,0	11,8	74 430	13 042	17,5
Tuttlingen	109 988	9 472	9 324	8,5	8,9	38 585	4 945	12,8
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	437 978	41 144	40 181	9,2	9,9	155 295	22 864	14,7
Landkreise								
Konstanz	228 946	23 451	21 792	9,5	9,9	70 966	11 399	16,1
Lörrach	192 683	16 884	16 882	8,8	9,3	58 259	8 365	14,4
Waldshut	142 453	12 397	11 909	8,4	8,9	39 361	5 656	14,4
Region Hochrhein-Bodensee	564 082	52 732	50 583	9,0	9,5	168 586	25 420	15,1
Regierungsbezirk Freiburg	1 848 866	138 852	133 302	7,2	7,7	587 436	74 215	12,6
Landkreise								
Reutlingen	234 335	23 170	23 773	10,1	10,6	85 063	13 381	15,7
Tübingen	165 473	14 465	14 875	9,0	9,7	48 877	7 467	15,3
Zollernalbkreis	173 429	14 441	13 792	8,0	7,9	69 179	7 883	11,4
Region Neckar-Alb	573 237	52 076	52 440	9,1	9,6	203 119	28 731	14,1
Stadtkreis Ulm	98 209	11 365	13 301	13,5	13,9	74 083	10 662	14,4
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	156 105	12 297	11 360	7,3	7,2	30 512	4 585	15,0
Biberach	149 231	6 532	6 230	4,2	4,7	40 482	3 015	7,4
Region Donau-Iller ⁴⁾	403 545	30 194	30 891	7,7	7,9	145 077	18 262	12,6
Landkreise								
Bodenseekreis	162 785	14 770	14 345	8,8	9,1	49 399	7 393	15,0
Ravensburg	225 220	13 949	14 435	6,4	6,6	66 209	7 583	11,5
Sigmaringen	112 214	6 329	6 391	5,7	6,0	32 695	3 356	10,3
Region Bodensee-Oberschwaben	500 219	35 048	35 171	7,0	7,3	148 303	18 332	12,4
Regierungsbezirk Tübingen	1 477 001	117 318	118 502	8,0	8,3	496 499	65 325	13,2
Baden-Württemberg	9 133 670	825 528	831 882	9,1	9,6	3 196 915 ⁵⁾	460 923	14,4

1) AZR-Zahlen bezogen auf den Bevölkerungsstand am 30.6.1976. - 2) AZR-Zahlen bezogen auf den Bevölkerungsstand am 30.9.1975. - 3) Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit. - 4) Soweit Land Baden-Württemberg. - 5) Ohne Angabe 995, darunter 182 Ausländer.

3. Strukturdaten der weiblichen Bevölkerung am 1. Januar 1976 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Weibliche Wohnbevölkerung								Frauen auf 1000 Männer
	insgesamt	darunter Ausländer	nach Altersgruppen			nach Familienstand			
			unter 30	30 - 60	60 und mehr	ledig	ver- heiratet	verwitwet und geschieden	
Anzahl	%								
Stadtkreis Stuttgart	316 199	12,2	35,7	38,9	25,4	37,4	44,5	18,1	1 113
Landkreise									
Böblingen	146 373	11,0	44,1	38,4	17,5	37,8	49,4	12,8	1 031
Esslingen	229 960	10,8	42,3	38,3	19,4	37,1	49,6	13,4	1 044
Göppingen	118 934	8,5	39,5	37,3	23,2	35,9	48,7	15,4	1 079
Ludwigsburg	216 626	11,1	42,8	38,5	18,7	36,8	49,7	13,5	1 046
Rems-Murr-Kreis	180 699	9,0	41,7	38,1	20,2	37,2	49,1	13,7	1 073
Region Mittlerer Neckar	1 208 791	10,8	40,5	38,4	21,1	37,1	48,1	14,8	1 068
Stadtkreis Heilbronn	59 697	9,4	38,9	37,9	23,2	35,6	46,8	17,6	1 116
Landkreise									
Heilbronn	120 048	6,0	42,6	36,3	21,1	37,4	48,1	14,5	1 071
Hohenlohekreis	43 063	5,4	43,0	35,5	21,6	39,0	46,4	14,6	1 065
Schwäbisch Hall	78 412	4,4	42,7	34,7	22,6	39,6	46,1	14,3	1 080
Main-Tauber-Kreis	65 227	2,8	41,8	34,5	23,7	38,9	45,8	15,3	1 088
Region Franken	366 447	5,6	41,9	35,8	22,3	38,0	46,9	15,1	1 082
Landkreise									
Heidenheim	65 945	7,9	40,4	37,6	22,0	36,2	48,8	15,0	1 110
Ostalbkreis	141 622	5,2	43,3	35,4	21,3	40,1	46,1	13,8	1 083
Region Ostwürttemberg	207 567	6,1	42,3	36,1	21,5	38,9	46,9	14,2	1 092
Regierungsbezirk Stuttgart	1 782 805	9,1	41,0	37,6	21,4	37,5	47,7	14,8	1 073
Stadtkreise									
Baden-Baden	27 938	5,4	31,7	37,0	31,3	35,6	43,3	21,1	1 283
Karlsruhe	148 575	6,5	36,8	37,6	25,6	36,4	43,9	19,7	1 127
Landkreise									
Karlsruhe	179 779	6,3	43,0	37,4	19,6	36,5	49,3	14,2	1 057
Rastatt	98 261	5,6	41,5	37,2	21,3	37,1	48,0	14,8	1 089
Region Mittlerer Oberrhein	454 553	6,2	40,0	37,4	22,7	36,6	46,9	16,5	1 098
Stadtkreise									
Heidelberg	70 176	7,3	40,3	34,7	25,0	43,6	38,3	18,1	1 186
Mannheim	162 355	9,1	36,7	38,0	25,3	34,0	46,0	20,0	1 070
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	67 789	3,9	42,5	34,8	22,7	38,4	46,3	15,3	1 070
Rhein-Neckar-Kreis	232 318	6,5	41,6	37,9	20,5	35,2	50,1	14,7	1 069
Region Unterer Neckar	532 638	7,1	40,1	37,1	22,8	36,4	46,8	16,8	1 084
Stadtkreis Pforzheim	57 992	9,3	37,0	38,0	25,0	35,2	45,8	19,0	1 145
Landkreise									
Calw	65 124	9,4	41,6	35,5	22,9	40,7	44,5	14,8	1 074
Enzkreis	79 918	8,0	41,8	37,5	20,7	36,4	49,5	14,0	1 070
Freudenstadt	51 869	5,2	41,3	35,4	23,3	41,3	44,0	14,7	1 132
Region Nordschwarzwald	254 903	8,1	40,5	36,7	22,8	38,2	46,3	15,5	1 100
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 242 094	6,9	40,1	37,1	22,8	36,8	46,7	16,5	1 092
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	95 934	5,9	43,3	33,1	23,6	45,7	37,3	17,1	1 208
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	96 843	4,5	45,1	34,9	19,9	41,8	45,1	13,1	1 073
Emmendingen	67 328	3,8	43,4	35,5	21,1	40,5	44,8	14,7	1 085
Ortenaukreis	185 902	4,3	43,1	35,1	21,8	40,4	45,0	14,6	1 095
Region Südlicher Oberrhein	446 007	4,6	43,6	34,7	21,7	41,9	43,3	14,8	1 111
Landkreise									
Rottweil	67 878	6,4	41,3	35,8	22,9	40,3	45,3	14,4	1 109
Schwarzwald-Baar-Kreis	104 097	10,7	42,2	37,0	20,8	39,0	46,5	14,5	1 091
Tuttlingen	57 106	7,6	41,6	36,1	22,4	38,5	46,9	14,7	1 074
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	229 081	8,6	41,8	36,4	21,8	39,2	46,3	14,5	1 092
Landkreise									
Konstanz	118 970	8,7	40,1	37,3	22,6	38,3	45,4	16,3	1 076
Lörrach	100 110	7,6	42,2	36,7	21,1	39,0	46,3	14,7	1 070
Waldshut	73 730	7,6	43,6	35,4	21,1	40,9	45,0	14,1	1 066
Region Hochrhein-Bodensee	292 810	8,0	41,7	36,6	21,7	39,2	45,6	15,2	1 072
Regierungsbezirk Freiburg	967 898	6,6	42,6	35,7	21,7	40,4	44,7	14,9	1 094
Landkreise									
Reutlingen	123 226	8,8	42,1	36,3	21,7	39,6	45,9	14,5	1 106
Tübingen	85 206	7,9	47,0	34,0	18,9	45,1	42,3	12,5	1 061
Zollernalbkreis	91 247	7,4	41,5	36,5	22,0	38,2	47,2	14,5	1 109
Region Neckar-Alb	299 679	8,1	43,3	35,7	21,0	40,7	45,3	14,0	1 094
Stadtkreis Ulm	50 735	8,5	38,1	37,3	24,7	36,1	46,6	17,3	1 068
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	79 525	6,7	45,0	35,2	19,8	41,1	46,3	12,6	1 044
Biberach	76 690	3,8	45,3	34,4	20,3	44,1	43,6	12,3	1 058
Region Donau-Iller ¹⁾	206 950	6,1	43,4	35,4	21,2	41,0	45,4	13,7	1 055
Landkreise									
Bodenseekreis	83 728	7,8	42,5	36,4	21,1	39,7	46,5	13,8	1 067
Ravensburg	116 762	5,4	44,6	34,3	21,1	44,2	42,7	13,1	1 076
Sigmaringen	57 820	4,9	46,4	33,9	19,7	43,8	43,5	12,7	1 056
Region Bodensee-Oberschwaben	258 310	6,1	44,3	34,9	20,8	42,7	44,1	13,2	1 068
Regierungsbezirk Tübingen	764 939	6,9	43,7	35,4	21,0	41,5	44,9	13,6	1 074
Baden-Württemberg	4 757 736	7,7	41,5	36,7	21,8	38,6	46,4	15,1	1 083

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

4. Klassen, Schüler, Lehrer an öffentlichen Schulen im Schuljahr 1975/76 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Grund- und Hauptschulen				Realschulen				Gymnasien			
	Klassen	Schüler	Lehrer ²⁾	Schüler je Lehrer	Klassen	Schüler	Lehrer ²⁾	Schüler je Lehrer	Klassen	Schüler	Lehrer ²⁾	Schüler je Lehrer
Stadtkreis Stuttgart	1 257	39 965	1 421	28,1	302	9 790	415	23,6	651	19 117	880	20,6
Landkreise												
Böblingen	989	30 840	1 069	28,8	242	7 682	345	22,3	365	10 994	489	22,5
Esslingen	1 447	44 214	1 556	28,4	390	12 451	540	23,1	444	13 597	592	22,9
Göppingen	732	23 024	817	28,2	159	5 176	220	23,5	230	6 487	306	21,2
Ludwigsburg	1 362	42 487	1 481	28,7	330	10 851	450	24,1	457	14 047	664	21,2
Rems-Murr-Kreis	1 188	36 377	1 280	28,4	290	9 339	381	24,5	354	10 943	465	23,5
Region Mittlerer Neckar	6 975	216 907	7 624	28,5	1 713	55 289	2 351	23,5	2 501	75 185	3 396	22,1
Stadtkreis Heilbronn	332	10 846	386	28,1	84	2 679	112	23,9	165	5 079	219	23,2
Landkreise												
Heilbronn	869	26 557	946	28,1	185	5 833	240	24,3	211	6 375	266	23,9
Hohenlohekreis	340	10 471	366	28,6	72	2 257	96	23,5	69	1 972	101	19,5
Schwäbisch Hall	568	17 404	612	28,4	131	4 117	174	23,7	111	3 611	162	22,3
Main-Tauber-Kreis	471	14 191	520	27,3	114	3 452	148	23,3	125	3 758	174	21,6
Region Franken	2 580	79 469	2 830	28,1	586	18 338	770	23,8	681	20 795	922	22,5
Landkreise												
Heidenheim	422	13 226	460	28,8	93	2 838	116	24,5	150	4 489	222	20,2
Ostalb-Kreis	984	30 492	1 084	28,1	229	7 182	310	23,2	318	9 174	430	21,3
Region Ostwürttemberg	1 406	43 718	1 544	28,3	322	10 020	426	23,5	468	13 663	652	21,0
Regierungsbezirk Stuttgart	10 961	340 094	11 998	28,3	2 621	83 647	3 547	23,6	3 650	109 643	4 970	22,1
Stadtkreise												
Baden-Baden	139	3 864	155	24,9	26	740	35	21,1	61	1 474	83	17,7
Karlsruhe	753	22 441	819	27,4	141	4 517	203	22,3	365	10 690	529	20,2
Landkreise												
Karlsruhe	1 377	40 499	1 502	27,0	242	7 566	333	22,7	298	8 936	411	21,7
Rastatt	737	21 641	827	26,2	154	4 550	212	21,5	169	5 013	231	21,7
Region Mittlerer Oberrhein	3 006	88 445	3 303	26,8	563	17 373	783	22,2	893	26 113	1 254	20,8
Stadtkreise												
Heidelberg	258	7 326	266	27,5	48	1 500	68	22,1	183	5 236	295	17,7
Mannheim	831	24 255	903	26,9	143	4 309	193	22,3	270	8 303	421	19,7
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	531	15 570	571	27,3	96	2 923	132	22,1	129	3 497	208	16,8
Rhein-Neckar-Kreis	1 537	44 947	1 623	27,7	261	8 220	352	23,4	401	12 409	540	22,9
Region Unterer Neckar	3 157	92 098	3 363	27,4	548	16 952	745	22,8	983	29 445	1 464	20,1
Stadtkreis Pforzheim	341	10 291	383	26,9	63	2 068	92	22,5	168	5 399	236	22,8
Landkreise												
Calw	462	14 007	534	26,2	91	2 763	126	21,9	85	2 634	121	21,7
Enzkreis	587	17 098	637	26,8	96	2 997	136	22,0	90	2 597	112	23,2
Freudenstadt	383	11 593	428	27,1	86	2 611	120	21,8	95	2 676	114	23,4
Region Nordschwarzwald	1 773	52 989	1 982	26,7	336	10 439	474	22,0	438	13 306	583	22,8
Regierungsbezirk Karlsruhe	7 936	233 532	8 648	27,0	1 447	44 764	2 002	22,4	2 314	68 864	3 301	20,8
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	402	12 284	462	26,6	93	2 985	127	23,5	241	6 819	403	16,9
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	713	20 886	782	26,7	128	4 189	170	21,6	144	4 388	199	22,1
Emmendingen	532	15 183	573	26,5	117	3 660	159	23,0	120	3 611	180	20,0
Ortenaukreis	1 500	44 288	1 635	27,1	229	7 122	316	22,5	315	8 712	442	19,7
Region Südlicher Oberrhein	3 147	92 641	3 452	26,8	567	17 956	772	23,3	820	23 530	1 224	19,2
Landkreise												
Rottweil	512	15 211	569	26,7	79	2 497	102	24,5	155	4 377	231	18,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	736	22 399	831	26,9	138	4 234	190	22,3	205	5 766	272	21,2
Tuttlingen	393	12 114	445	27,2	85	2 656	113	23,5	99	3 049	145	21,0
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	1 641	49 724	1 845	26,9	302	9 387	405	23,2	459	13 192	648	20,3
Landkreise												
Konstanz	794	24 015	915	26,2	170	5 432	232	23,2	216	6 051	328	18,4
Lörrach	750	21 907	822	26,7	145	4 494	190	23,7	174	5 079	245	20,7
Waldshut	611	17 816	673	26,5	120	3 740	157	23,8	92	2 501	126	19,8
Region Hochrhein-Bodensee	2 155	63 738	2 410	26,4	435	13 666	579	23,6	482	13 631	699	19,5
Regierungsbezirk Freiburg	6 943	206 103	7 707	26,7	1 304	41 009	1 756	23,4	1 761	50 353	2 571	19,6
Landkreise												
Reutlingen	775	23 421	879	26,6	179	5 545	266	20,9	270	7 845	394	19,9
Tübingen	490	14 624	557	26,3	85	2 693	121	22,3	175	5 127	244	21,0
Zollernalbkreis	638	19 244	733	26,3	160	4 834	208	23,2	171	4 864	245	19,8
Region Neckar-Alb	1 903	57 289	2 169	26,4	424	13 072	595	22,0	616	17 836	883	20,2
Stadtkreis Ulm	261	8 242	315	26,2	75	2 500	112	22,3	161	4 713	237	19,9
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	618	18 549	671	27,6	115	3 734	155	24,1	107	2 980	152	19,6
Biberach	601	18 665	686	27,2	127	3 905	166	23,5	194	5 223	266	19,6
Region Donau-Iller ¹⁾	1 480	45 456	1 672	27,2	317	10 139	433	23,4	462	12 916	655	19,7
Landkreise												
Bodenseekreis	541	16 618	617	26,9	126	3 759	177	21,2	161	4 454	241	18,5
Ravensburg	820	25 360	945	26,8	156	4 979	235	21,2	228	6 184	329	18,8
Sigmaringen	482	14 235	549	25,9	95	2 774	129	21,5	138	3 734	194	19,2
Region Bodensee-Oberschwaben	1 843	56 213	2 111	26,6	377	11 512	541	21,3	527	14 372	764	18,8
Regierungsbezirk Tübingen	5 226	158 958	5 952	26,7	1 118	34 723	1 569	22,1	1 605	45 124	2 302	19,6
Baden-Württemberg	31 066	938 687	34 305	27,4	6 490	204 143	8 874	23,0	9 330	273 984	13 144	20,8

1) Soweit Land Baden-Württemberg. - 2) Hauptamtliche und teilzeitbeschäftigte Lehrer - je 3 teilzeitbeschäftigte sind als 2 hauptamtliche Lehrer gerechnet.

5. Landwirtschaftliche Erträge 1976 im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Brotgetreide			Futtergetreide ¹⁾			Getreide insgesamt ¹⁾			Rauhfutter		
	1976	1971/75	+ %	1976	1971/75	+ %	1976	1971/75	+ %	1976	1971/75	+ %
Stadtkreis Stuttgart	48,2	47,4	+ 1,7	43,3	42,4	+ 2,1	45,9	44,7	+ 2,7	71,0	79,5	- 10,7
Landkreise												
Böblingen	42,4	44,1	- 3,9	38,6	39,7	- 2,8	40,5	41,6	- 2,6	56,6	66,1	- 14,4
Esslingen	44,7	44,3	+ 0,9	39,7	40,8	- 2,7	42,3	42,3	± 0,0	70,0	73,5	- 4,8
Göppingen	39,3	39,0	+ 0,8	34,8	35,9	- 3,1	37,0	37,1	- 0,3	78,0	78,9	- 1,1
Ludwigsburg	43,5	46,9	- 7,2	41,3	43,5	- 5,1	42,5	45,0	- 5,6	67,3	79,8	- 15,7
Rems-Murr-Kreis	41,6	40,8	+ 2,0	37,6	39,6	- 5,1	39,8	40,0	- 0,5	61,0	70,7	- 13,7
Region Mittlerer Neckar	42,7	43,8	- 2,5	38,9	40,4	- 3,7	40,9	41,9	- 2,4	67,3	74,1	- 9,2
Stadtkreis Heilbronn	48,8	48,8	± 0,0	40,5	46,1	- 12,1	45,3	47,9	- 5,4	67,8	87,7	- 22,7
Landkreise												
Heilbronn	42,6	44,6	- 4,5	37,8	42,2	- 10,4	40,4	43,3	- 6,7	58,0	81,5	- 28,8
Hohenlohekreis	41,2	42,9	- 4,0	36,0	40,4	- 10,9	38,4	41,4	- 7,2	44,5	76,2	- 41,6
Schwäbisch Hall	36,6	38,8	- 5,7	33,1	36,8	- 10,1	34,8	37,6	- 7,4	51,7	70,2	- 26,4
Main-Tauber-Kreis	30,1	43,7	- 31,1	25,2	37,9	- 33,5	27,2	39,7	- 31,5	49,5	77,1	- 35,8
Region Franken	37,7	42,8	- 11,9	31,7	39,1	- 18,9	34,4	40,5	- 15,1	51,0	74,6	- 31,6
Landkreise												
Heidenheim	38,9	40,8	- 4,7	31,8	35,1	- 9,4	35,2	37,6	- 6,4	64,4	75,6	- 14,8
Ostalbkreis	36,4	40,7	- 10,6	30,2	37,2	- 18,8	33,1	38,7	- 14,5	64,9	76,2	- 14,8
Region Ostwürttemberg	37,2	40,8	- 8,8	30,7	36,5	- 15,9	33,9	38,3	- 11,5	64,8	76,1	- 14,8
Regierungsbezirk Stuttgart	39,1	42,8	- 8,6	33,4	39,1	- 14,6	36,1	40,5	- 10,9	59,9	74,8	- 19,9
Stadtkreise												
Baden-Baden	36,5	36,8	- 0,8	33,6	43,6	- 22,9	35,1	40,1	- 12,5	40,3	65,4	- 38,4
Karlsruhe	32,9	40,6	- 19,0	29,3	39,4	- 25,4	31,2	39,8	- 21,6	51,2	69,3	- 26,1
Landkreise												
Karlsruhe	36,3	38,8	- 6,4	36,9	39,3	- 6,1	36,5	38,9	- 6,2	47,8	68,4	- 30,1
Rastatt	35,6	38,6	- 7,8	33,2	40,6	- 18,2	34,4	39,4	- 12,7	55,6	68,3	- 18,6
Region Mittlerer Oberrhein	35,9	38,9	- 7,7	35,6	39,6	- 10,1	35,7	39,0	- 8,5	50,3	68,3	- 26,4
Stadtkreise												
Heidelberg	32,3	40,7	- 20,6	38,8	42,9	- 9,6	35,4	41,6	- 14,9	40,0	73,3	- 45,4
Mannheim	34,6	40,3	- 14,1	30,6	42,1	- 27,3	33,0	40,8	- 19,1	19,9	79,0	- 74,8
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	35,4	40,5	- 12,6	30,2	37,1	- 18,6	32,4	38,5	- 15,8	51,1	76,9	- 33,6
Rhein-Neckar-Kreis	37,6	41,4	- 9,2	36,5	39,2	- 6,9	36,9	40,2	- 8,2	55,9	73,5	- 23,9
Region Unterer Neckar	36,3	40,9	- 11,2	32,9	38,3	- 14,1	34,5	39,4	- 12,4	52,3	75,7	- 30,9
Stadtkreis Pforzheim	45,2	39,0	+ 15,9	36,8	39,0	- 5,6	40,9	38,8	+ 5,4	61,0	58,4	+ 4,5
Landkreise												
Calw	35,9	38,9	- 7,7	33,2	35,9	- 7,5	34,5	37,2	- 7,3	59,9	74,5	- 19,6
Enzkreis	40,2	41,6	- 3,4	36,5	38,0	- 3,9	38,3	39,7	- 3,5	64,1	75,7	- 15,3
Freudenstadt	38,6	39,9	- 3,3	33,9	35,8	- 5,3	36,0	37,5	- 4,0	67,6	77,7	- 13,0
Region Nordschwarzwald	38,6	40,3	- 4,2	42,4	36,7	+ 15,5	36,5	38,3	- 4,7	64,1	75,9	- 15,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	36,6	40,1	- 8,7	34,1	38,3	- 11,0	35,4	39,1	- 9,5	57,1	74,1	- 22,9
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	35,0	42,5	- 17,6	41,8	48,1	- 13,1	38,7	45,5	- 14,9	77,7	76,1	+ 2,1
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	36,8	41,0	- 10,2	34,8	40,7	- 14,5	35,7	40,7	- 12,3	63,5	70,4	- 9,8
Emmendingen	42,1	40,0	+ 5,3	40,3	43,1	- 6,5	41,2	41,4	- 0,5	64,5	77,5	- 16,8
Ortenaukreis	40,6	39,3	+ 3,3	41,0	44,6	- 8,1	40,7	41,7	- 2,4	60,6	72,1	- 16,0
Region Südlicher Oberrhein	39,7	40,0	- 0,8	38,7	43,1	- 10,2	39,2	41,4	- 5,3	62,4	72,5	- 13,9
Landkreise												
Rottweil	41,0	39,8	+ 3,0	34,7	35,8	- 13,1	37,4	37,4	± 0,0	66,4	68,4	- 2,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	39,1	39,5	- 1,0	34,5	34,8	- 0,9	36,4	36,6	- 0,5	64,4	65,9	- 2,3
Tuttlingen	36,8	40,2	- 8,5	30,5	34,2	- 10,8	33,1	36,6	- 9,6	62,5	63,1	- 1,0
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	39,3	39,8	- 1,3	33,5	35,0	- 4,3	36,0	36,9	- 2,4	64,5	65,9	- 2,1
Landkreise												
Konstanz	41,0	42,3	- 3,1	42,3	41,4	+ 2,2	41,8	41,6	+ 0,5	65,4	75,5	- 13,4
Lörrach	40,3	40,4	- 0,2	36,4	39,7	- 8,3	38,2	39,9	- 4,3	64,2	63,5	+ 1,1
Waldshut	38,0	41,0	- 7,3	34,4	38,1	- 9,7	35,8	39,0	- 8,2	63,4	65,6	- 3,4
Region Hochrhein-Bodensee	39,9	41,5	- 3,9	38,3	39,9	- 4,0	39,1	40,4	- 3,2	64,2	68,1	- 5,7
Regierungsbezirk Freiburg	39,6	40,3	- 1,7	37,2	40,0	- 7,0	38,3	40,0	- 4,2	63,7	68,8	- 7,4
Landkreise												
Reutlingen	37,3	38,7	- 3,6	31,0	33,9	- 8,6	33,4	35,6	- 6,2	64,4	66,8	- 3,6
Tübingen	40,7	41,9	- 2,9	35,8	37,8	- 5,3	38,0	39,5	- 3,8	64,9	68,7	- 5,5
Zollernalbkreis	38,9	40,8	- 4,7	31,5	34,1	- 7,6	34,4	36,7	- 6,3	54,4	64,0	- 15,0
Region Neckar-Alb	38,9	40,3	- 3,5	32,3	34,9	- 7,4	35,0	37,0	- 5,4	60,7	66,3	- 8,4
Stadtkreis Ulm	48,4	41,0	+ 18,0	46,4	36,5	+ 27,1	47,2	38,5	+ 22,6	71,9	86,1	- 16,5
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	41,0	41,3	- 0,7	35,9	37,3	- 3,8	38,0	38,9	- 2,3	66,0	76,2	- 13,4
Biberach	45,1	42,1	+ 7,1	40,8	38,6	+ 5,7	42,5	40,0	+ 6,3	72,4	84,8	- 14,6
Region Donau-Iller ²⁾	42,9	41,6	+ 3,1	38,3	37,8	+ 1,3	40,2	39,3	+ 2,3	69,7	81,1	- 14,1
Landkreise												
Bodenseekreis	45,1	41,0	+ 10,0	47,3	43,5	+ 8,7	46,6	42,4	+ 9,9	66,2	74,5	- 11,1
Ravensburg	41,1	41,4	- 0,7	38,5	38,0	+ 1,3	39,6	39,2	+ 1,0	69,4	89,8	- 22,7
Sigmaringen	41,0	40,6	+ 1,0	36,6	36,3	+ 0,8	38,3	37,8	+ 1,3	71,2	76,1	- 6,4
Region Bodensee-Oberschwaben	41,8	40,9	+ 2,2	39,3	38,2	+ 2,9	40,3	39,1	+ 3,1	69,4	83,9	- 17,3
Regierungsbezirk Tübingen	41,7	41,1	+ 1,5	37,2	37,2	± 0,0	39,0	38,7	+ 0,8	67,4	79,0	- 14,7
Baden-Württemberg	39,3	41,3	- 4,8	35,4	38,7	- 8,5	37,2	39,3	- 5,3	63,1	74,6	- 15,4

1) Einschließlich Körnermais. - 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

Noch: 5. Landwirtschaftliche Erträge (dt/ha) im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Spätkartoffeln			Futterrüben			Gemüse insgesamt			Obst (Äpfel - kg/Baum)		
	1976	1971/75	+ %	1976	1971/75	+ %	1976	1971/75	+ %	1976	1971/75	+ %
Stadtkreis Stuttgart	315,3	317,7	- 0,8	1 622,2	1 308,8	+ 23,9	395,3	394,3	+ 0,3	32,0	53,3	- 40,0
Landkreise												
Böblingen	327,4	290,0	+ 12,9	1 459,2	1 227,1	+ 18,9	302,9	407,1	- 25,6	77,0	84,9	- 9,3
Esslingen	324,4	286,3	+ 13,3	1 655,0	1 346,1	+ 22,9	420,7	691,7	- 31,2	74,2	58,6	+ 26,6
Göppingen	291,4	258,9	+ 12,6	1 628,1	1 243,2	+ 31,0	228,1	238,2	- 4,2	66,8	75,5	- 11,5
Ludwigsburg	293,1	310,5	- 5,6	1 563,9	1 484,8	+ 5,3	182,5	212,1	- 14,0	49,0	67,8	- 27,7
Rems-Murr-Kreis	285,4	296,6	- 3,8	1 550,3	1 204,5	+ 28,7	186,2	205,1	- 9,2	61,0	78,8	- 22,6
Region Mittlerer Neckar	302,8	291,0	+ 4,1	1 565,0	1 313,7	+ 19,1	328,2	452,9	- 27,5	61,1	75,5	- 19,1
Stadtkreis Heilbronn	294,3	335,2	- 12,2	1 773,8	1 486,5	+ 19,3	199,1	153,4	+ 29,8	35,6	47,7	- 25,4
Landkreise												
Heilbronn	268,3	292,0	- 8,1	1 351,0	1 300,8	+ 3,9	142,8	163,2	- 12,5	34,4	60,3	- 43,0
Hohenlohekreis	218,5	259,5	- 15,8	1 269,2	1 234,8	+ 2,8	100,4	124,5	- 19,4	46,8	59,5	- 21,3
Schwäbisch Hall	280,0	272,5	+ 2,8	1 169,7	1 077,1	+ 8,6	151,6	196,4	- 22,8	63,4	62,9	+ 0,8
Main-Tauber-Kreis	227,0	266,5	- 14,8	1 007,2	1 135,3	- 11,3	355,2	403,0	- 11,9	30,1	63,0	- 52,2
Region Franken	251,8	274,2	- 8,2	1 173,7	1 166,2	+ 0,6	145,0	161,1	- 10,0	40,7	60,8	- 33,1
Landkreise												
Heidenheim	303,4	282,7	+ 7,3	1 499,5	1 346,6	+ 11,4	199,7	178,9	+ 11,6	45,5	53,5	- 15,0
Ostalbkreis	293,5	282,9	+ 3,7	1 441,9	1 146,1	+ 25,8	224,3	222,7	+ 0,7	78,9	57,5	+ 37,2
Region Ostwürttemberg	296,7	282,8	+ 4,9	1 457,8	1 201,1	+ 21,4	208,5	197,9	+ 5,4	70,8	56,5	+ 25,3
Regierungsbezirk Stuttgart	279,2	281,5	- 0,8	1 319,6	1 208,0	+ 9,2	207,7	236,0	- 12,0	54,2	68,7	- 21,1
Stadtkreise												
Baden-Baden	310,7	336,2	- 7,6	1 413,6	1 378,1	+ 2,6	256,8	225,6	+ 13,8	28,0	61,8	- 54,7
Karlsruhe	237,9	263,2	- 9,6	973,7	1 196,6	- 18,6	172,9	199,6	- 13,4	24,2	32,0	- 24,4
Landkreise												
Karlsruhe	258,2	265,2	- 2,6	1 337,4	1 246,9	+ 7,3	101,1	100,2	+ 0,9	38,2	72,2	- 47,1
Rastatt	209,7	295,1	- 28,9	1 109,8	1 095,6	+ 1,3	99,1	111,1	- 10,8	47,5	83,6	- 43,2
Region Mittlerer Oberrhein	245,4	275,5	- 10,9	1 267,4	1 200,6	+ 5,6	112,0	114,5	- 2,2	38,3	70,0	- 45,3
Stadtkreise												
Heidelberg	290,1	306,6	- 5,4	1 150,4	1 154,6	- 0,4	177,4	199,0	- 10,9	29,0	37,6	- 22,9
Mannheim	340,5	298,2	+ 14,2	1 237,9	1 187,1	+ 4,3	92,6	118,4	- 21,8	24,7	40,0	- 38,3
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	257,4	294,5	- 12,6	1 187,3	1 198,1	- 0,9	275,5	379,0	- 27,3	62,8	61,9	+ 1,5
Rhein-Neckar-Kreis	266,2	265,2	+ 0,4	1 368,1	1 243,9	+ 10,0	139,5	144,1	- 3,2	31,5	57,3	- 45,0
Region Unterer Neckar	264,1	281,7	- 6,2	1 266,8	1 218,6	+ 4,0	159,0	181,1	- 12,2	39,4	56,6	- 30,4
Stadtkreis Pforzheim	259,2	281,4	- 7,9	1 124,4	909,2	+ 23,7	262,8	286,5	- 8,3	55,6	98,9	- 43,8
Landkreise												
Calw	295,2	256,2	+ 15,2	1 355,0	1 062,9	+ 27,5	258,5	234,9	+ 10,0	110,0	56,4	+ 95,0
Enzkreis	273,4	270,3	+ 1,1	1 384,9	1 311,4	+ 5,6	197,5	225,3	- 12,3	43,6	67,8	- 35,7
Freudenstadt	286,5	255,5	+ 12,1	1 255,3	1 099,8	+ 14,1	446,7	402,8	+ 10,9	101,2	56,2	+ 80,1
Region Nordschwarzwald	285,3	260,4	+ 9,6	1 338,7	1 174,2	+ 14,0	238,1	255,4	- 6,8	74,0	63,5	+ 16,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	263,4	273,5	- 3,7	1 279,3	1 205,8	+ 6,1	144,6	158,9	- 9,0	48,1	62,6	- 23,2
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	270,9	302,2	- 10,4	1 311,5	1 101,4	+ 19,1	192,0	212,2	- 9,5	12,2	43,7	- 72,1
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	306,7	296,9	+ 3,3	1 316,7	1 213,5	+ 8,5	186,8	220,3	- 15,2	28,3	59,9	- 52,8
Emmendingen	284,8	279,1	+ 2,0	1 222,8	1 102,7	+ 10,9	171,2	194,3	- 11,9	25,8	81,7	- 68,4
Ortenaukreis	286,9	308,9	- 7,1	1 370,4	1 316,8	+ 4,1	201,0	235,8	- 14,8	56,3	93,4	- 39,7
Region Südlicher Oberrhein	292,1	299,1	- 2,3	1 337,4	1 264,1	+ 5,8	188,8	222,5	- 15,1	44,2	83,4	- 47,0
Landkreise												
Rottweil	287,1	265,5	+ 8,1	1 361,8	1 157,9	+ 17,6	239,5	269,1	- 11,0	67,1	49,5	+ 35,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	361,1	299,6	+ 20,5	1 767,5	1 165,8	+ 51,6	168,3	246,9	- 31,8	67,9	44,2	+ 53,6
Tuttlingen	292,9	259,4	+ 12,9	1 231,8	1 021,9	+ 20,5	239,7	208,8	+ 14,8	56,3	33,2	+ 69,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	317,1	277,4	+ 14,3	1 499,1	1 137,7	+ 31,8	233,9	245,1	- 4,6	67,1	43,7	+ 53,6
Landkreise												
Konstanz	309,7	291,4	+ 6,3	1 337,2	1 220,4	+ 9,6	329,8	297,8	+ 10,7	37,1	76,5	- 51,5
Lörrach	310,3	297,1	+ 4,4	1 322,1	1 157,8	+ 14,2	167,5	184,2	- 9,1	46,4	84,6	- 45,2
Waldshut	326,5	311,3	+ 4,9	1 329,6	1 265,0	+ 5,1	190,4	149,4	+ 27,4	28,6	59,9	- 52,3
Region Hochrhein-Bodensee	316,5	300,6	+ 5,3	1 331,5	1 214,5	+ 9,6	310,8	283,0	+ 9,8	36,6	73,6	- 50,3
Regierungsbezirk Freiburg	305,6	292,9	+ 4,3	1 365,6	1 232,6	+ 10,8	240,7	249,0	- 3,3	44,3	73,9	- 40,1
Landkreise												
Reutlingen	282,8	266,9	+ 6,0	1 558,5	1 149,2	+ 35,6	215,7	241,0	- 10,5	77,3	73,7	+ 4,9
Tübingen	261,5	268,1	- 2,5	1 348,6	1 262,5	+ 6,8	289,8	336,1	- 13,8	39,3	81,5	- 51,8
Zollernalbkreis	238,7	248,0	- 3,7	1 043,7	998,7	+ 4,5	225,3	253,6	- 11,8	62,8	60,1	+ 4,5
Region Neckar-Alb	266,4	262,4	+ 1,5	1 423,2	1 151,7	+ 23,6	248,0	279,7	- 11,3	61,2	73,4	- 16,6
Stadtkreis Ulm	344,9	289,7	+ 19,1	1 026,2	1 186,9	- 13,5	236,5	255,7	- 7,5	44,2	42,9	+ 3,0
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	322,2	293,8	+ 9,7	1 500,2	1 304,5	+ 15,0	339,5	318,4	+ 6,6	60,5	88,3	- 31,5
Biberach	374,3	319,0	+ 17,3	1 642,3	1 482,2	+ 10,8	240,0	348,5	- 31,1	62,6	102,9	- 39,2
Region Donau-Flaier ¹⁾	347,4	305,8	+ 13,6	1 562,6	1 388,5	+ 12,5	261,7	298,9	- 12,4	60,2	91,1	- 33,9
Landkreise												
Bodenseekreis	296,3	314,9	- 5,9	1 372,0	1 312,3	+ 4,5	198,8	199,2	- 0,2	48,6	72,6	- 33,1
Ravensburg	334,1	291,3	+ 14,7	1 311,2	1 157,3	+ 13,3	240,1	239,3	+ 0,3	46,9	67,1	- 30,1
Sigmaringen	339,5	330,6	+ 2,7	1 647,5	1 351,2	+ 21,9	208,3	192,2	+ 8,4	94,7	72,2	+ 31,2
Region Bodensee-Oberschwaben	333,7	307,4	+ 8,6	1 488,7	1 881,1	- 20,9	224,5	217,4	+ 3,3	50,7	70,7	- 28,3
Regierungsbezirk Tübingen	323,7	296,0	+ 9,4	1 519,6	1 319,5	+ 15,2	249,3	274,0	- 9,0	54,2	73,8	- 26,6
Baden-Württemberg	296,4	288,0	+ 2,9	1 374,7	1 241,4	+ 10,7	201,4	237,7	- 15,3	51,8	69,6	- 25,6

1) Soveit Land Baden-Württemberg.

6. Landwirtschaftliche Bruttoproduktion und Nahrungsmittelproduktion 1976/77 im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt

Erzeugnisse	Durchschnitt 1973/74 bis 1975/76				1976/77 (vorläufig)				Veränderungen 1976/77 gegen 1973/74 bis 1975/76 in %	
	1000 t GE	%	Mill. DM	%	1000 t GE	%	Mill. DM	%	GE	Mill. DM
Bruttoproduktion										
Getreide	2 447,6	17,7	1 010,0	10,9	2 229,0	16,9	1 085,2	9,7	- 8,9	+ 7,5
Kartoffeln	338,7	2,4	280,9	3,1	308,3	2,3	449,2	4,0	- 9,0	+ 59,9
Zuckerrüben	286,0	2,1	92,9	1,0	292,3	2,2	90,5	0,8	+ 2,2	- 2,6
Öl- und Hülsenfrüchte	45,5	0,3	21,6	0,2	41,5	0,3	23,0	0,2	- 8,8	+ 6,5
Gemüse	76,3	0,5	286,6	3,1	64,4	0,5	340,5	3,1	- 15,6	+ 18,8
Obst	438,3	3,2	764,7	8,3	367,2	2,8	801,0	7,1	- 16,2	+ 4,8
Wein	176,2	1,3	308,7	3,3	211,2	1,6	446,4	4,0	+ 19,9	+ 44,6
Sonstige Sonderkulturen	65,0	0,5	606,8	6,6	61,8	0,5	633,6	5,7	- 4,9	+ 4,4
Rauh- und Saftfutter	4 124,0	29,7	1 756,1	19,0	3 603,3	27,2	2 669,2	23,9	- 12,6	+ 52,0
Pflanzliche Erzeugnisse zusammen	7 997,6	57,7	5 128,3	55,5	7 179,0	54,3	6 538,6	58,5	- 10,2	+ 27,5
Schlachtrinder einschließlich -kälber	1 891,0	13,7	1 300,1	14,0	1 995,6	15,1	1 510,9	13,5	+ 5,5	+ 16,2
Schlachtschweine	1 380,4	10,0	1 126,4	12,2	1 438,1	10,9	1 181,9	10,6	+ 4,2	+ 4,9
Übriges Schlachtvieh	30,2	0,2	18,8	0,2	28,3	0,2	17,4	0,2	- 6,3	- 7,4
Milch	2 025,9	14,6	1 272,8	13,8	2 063,1	15,6	1 472,2	13,1	+ 1,8	+ 15,7
Sonstige tierische Erzeugnisse	532,6	3,8	395,1	4,3	520,5	3,9	458,6	4,1	- 2,3	+ 16,1
Tierische Erzeugnisse zusammen	5 860,1	42,3	4 113,2	44,5	6 045,6	45,7	4 641,0	41,5	+ 3,2	+ 12,8
Insgesamt	13 857,7	100,0	9 241,5	100,0	13 224,6	100,0	11 179,6	100,0	- 4,6	+ 21,0
Nahrungsmittelproduktion										
Getreide	737,3	9,8	309,1	4,8	632,5	8,3	313,3	4,2	- 14,2	+ 1,4
Kartoffeln	129,7	1,7	166,4	2,6	133,8	1,8	294,7	4,0	+ 3,2	+ 77,1
Zuckerrüben	249,9	3,3	80,6	1,2	255,4	3,4	73,4	1,0	+ 2,2	- 8,9
Öl- und Hülsenfrüchte	15,5	0,2	5,6	0,1	19,4	0,3	9,7	0,1	+ 25,2	+ 73,2
Gemüse	76,3	1,0	286,6	4,4	64,4	0,8	340,5	4,7	- 15,6	+ 18,8
Obst	438,3	5,8	764,7	11,8	367,2	4,8	801,0	10,8	- 16,2	+ 4,8
Wein	176,2	2,4	308,7	4,7	211,2	2,8	446,4	6,1	+ 19,9	+ 44,6
Sonstige Sonderkulturen	61,5	0,8	597,6	9,2	57,4	0,7	614,1	8,3	- 6,7	+ 2,8
Pflanzliche Erzeugnisse zusammen	1 884,7	25,0	2 519,3	38,8	1 741,3	22,9	2 893,1	39,2	- 7,6	+ 14,8
Schlachtrinder einschließlich -kälber	1 891,0	25,1	1 300,1	20,0	1 995,6	26,3	1 510,9	20,4	+ 5,5	+ 16,2
Schlachtschweine	1 380,4	18,3	1 126,4	17,4	1 438,1	18,9	1 181,9	16,0	+ 4,2	+ 4,9
Übriges Schlachtvieh	30,2	0,4	18,8	0,3	28,3	0,4	17,4	0,2	- 6,3	- 7,4
Milch	1 842,9	24,4	1 151,9	17,7	1 888,1	24,9	1 343,0	18,2	+ 2,5	+ 16,6
Sonstige tierische Erzeugnisse	511,8	6,8	379,0	5,8	500,4	6,6	443,1	6,0	- 2,2	+ 16,9
Tierische Erzeugnisse zusammen	5 656,3	75,0	3 976,2	61,2	5 850,5	77,1	4 496,3	60,8	+ 3,4	+ 13,1
Insgesamt	7 541,0	100,0	6 495,5	100,0	7 591,8	100,0	7 389,4	100,0	+ 0,7	+ 13,8

7. Nahrungsmittelproduktion 1975/76 in den Stadt- und Landkreisen

Kreise Region Regierungsbezirk Land	Nahrungsmittelproduktion insgesamt			Darunter					
				pflanzliche			tierische		
	1000 t GE	dt/ha LF	t je Betrieb	1000 t GE	dt/ha LF	t je Betrieb	1000 t GE	dt/ha LF	t je Betrieb
Stadtkreis Stuttgart	27,1	80,4	42,9	18,8	55,9	29,8	8,3	24,5	13,1
Landkreise									
Böblingen	116,5	48,4	29,1	42,0	17,5	10,5	74,5	30,9	18,6
Esslingen	129,8	52,4	22,7	49,3	19,9	8,6	80,5	32,5	14,1
Göppingen	170,8	54,5	60,5	29,2	9,3	10,3	141,6	45,2	50,2
Ludwigsburg	243,7	67,8	50,3	120,7	33,6	24,9	123,0	34,2	25,4
Rems-Murr-Kreis	181,0	55,1	27,9	59,5	18,1	9,2	121,5	37,0	18,7
Region Mittlerer Neckar	868,9	57,1	35,5	319,5	21,0	13,1	549,4	36,1	22,4
Stadtkreis Heilbronn	32,4	65,6	70,8	21,4	43,4	46,8	11,0	22,2	24,0
Landkreise									
Heilbronn	381,8	62,9	49,2	190,5	31,4	24,6	191,3	31,5	24,6
Hohenlohekreis	262,9	57,7	58,2	62,5	13,7	13,8	200,4	44,0	44,4
Schwäbisch Hall	448,7	60,9	61,5	52,4	7,1	7,2	396,3	53,8	54,3
Main-Tauber-Kreis	305,0	35,6	40,0	100,7	11,8	13,2	204,3	23,8	26,8
Region Franken	1 430,8	52,9	51,7	427,5	15,8	15,4	1 003,3	37,1	36,3
Landkreise									
Heidenheim	133,0	48,8	62,7	23,8	8,8	11,2	109,2	40,0	51,5
Ostalbkreis	351,7	46,6	49,0	43,1	5,7	6,0	308,6	40,9	43,0
Region Ostwürttemberg	484,7	47,2	52,1	66,9	6,5	7,2	417,8	40,7	44,9
Regierungsbezirk Stuttgart	2 784,4	53,0	45,3	813,9	15,5	13,2	1 970,5	37,5	32,1
Stadtkreise									
Baden-Baden	7,5	52,5	12,5	5,8	40,7	9,7	1,7	11,8	2,8
Karlsruhe	14,8	51,5	34,5	7,7	27,0	18,1	7,1	24,5	16,4
Landkreise									
Karlsruhe	173,8	47,0	20,5	93,2	25,2	11,0	80,6	21,8	9,5
Rastatt	62,6	42,1	13,6	28,1	18,9	6,1	34,5	23,2	7,5
Region Mittlerer Oberrhein	258,7	46,1	18,4	134,8	24,0	9,6	123,9	22,1	8,8
Stadtkreise									
Heidelberg	14,0	73,9	64,0	9,4	49,4	42,8	4,6	24,5	21,2
Mannheim	20,6	58,1	88,8	10,6	29,9	45,7	10,0	28,2	43,1
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	205,5	40,7	43,1	53,9	10,7	11,3	151,6	30,0	31,8
Rhein-Neckar-Kreis	224,2	55,2	44,3	104,3	25,7	20,6	119,9	29,5	23,7
Region Unterer Neckar	464,3	48,1	45,2	178,2	18,5	17,3	286,1	29,6	27,9
Stadtkreis Pforzheim	7,9	58,8	35,3	3,1	23,3	14,0	4,8	35,5	21,3
Landkreise									
Calw	85,4	42,8	19,8	14,7	7,4	3,4	70,7	35,4	16,4
Enzkreis	84,0	44,0	21,8	31,9	16,7	8,3	52,1	27,3	13,5
Freudenstadt	88,4	37,2	20,7	14,3	6,0	3,4	74,1	31,2	17,3
Region Nordschwarzwald	265,7	41,4	21,0	64,0	10,0	5,1	201,7	31,4	15,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	988,7	45,6	26,7	377,0	17,4	15,9	611,7	28,2	16,5
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	16,0	48,3	26,3	8,6	25,9	14,1	7,4	22,4	12,2
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	223,5	41,6	29,1	78,7	14,7	10,2	144,8	26,9	18,9
Emmendingen	122,8	47,3	24,2	39,4	15,2	7,8	83,4	32,1	16,4
Ortenaukreis	285,8	43,4	21,2	84,9	12,9	6,3	200,9	30,5	14,9
Region Südl. Oberrhein	648,1	43,5	24,1	211,6	14,2	7,9	436,5	29,3	16,2
Landkreise									
Rottweil	128,5	36,8	27,0	19,5	5,6	4,1	109,0	31,2	22,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	148,9	34,6	38,4	17,1	4,0	4,4	131,8	30,6	34,0
Tuttlingen	80,0	28,7	23,6	13,0	4,7	3,8	67,0	24,0	19,8
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	357,4	33,7	29,7	49,6	4,7	4,1	307,8	29,0	25,6
Landkreise									
Konstanz	163,6	42,2	40,2	42,2	10,9	10,4	121,4	31,3	29,8
Lörrach	103,9	40,1	27,9	21,3	8,2	5,7	82,6	31,9	22,2
Waldshut	152,1	34,1	29,4	22,7	5,1	4,4	129,4	29,0	25,0
Region Hochrhein-Bodensee	419,6	38,4	32,4	86,2	7,9	6,7	333,4	30,5	25,7
Regierungsbezirk Freiburg	1 425,1	39,1	27,5	347,4	9,5	6,7	1 077,7	29,6	20,8
Landkreise									
Reutlingen	186,6	37,9	33,6	37,0	7,5	6,7	149,6	30,4	26,9
Tübingen	91,6	40,8	19,5	33,2	14,8	7,1	58,4	26,0	12,4
Zollernalbkreis	94,7	25,5	16,5	22,9	6,2	4,0	71,8	19,3	12,5
Region Neckar-Alb	372,9	34,3	23,3	93,1	8,6	5,8	279,8	25,7	17,5
Stadtkreis Ulm	25,8	47,1	66,5	5,2	9,6	13,5	20,6	37,5	53,0
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	461,3	57,1	74,2	73,3	9,1	11,8	388,0	48,0	62,4
Biberach	498,5	57,3	72,5	58,6	6,7	8,5	439,9	50,6	64,0
Region Donau-Iller ¹⁾	985,6	56,9	73,1	137,1	7,9	10,2	848,5	49,0	62,9
Landkreise									
Bodenseekreis	208,8	54,2	53,5	62,5	16,2	16,0	146,3	38,0	37,5
Ravensburg	616,7	61,9	84,4	41,4	4,1	5,7	575,3	57,8	78,7
Sigmaringen	265,7	43,0	51,6	39,3	6,4	7,6	226,4	36,6	44,0
Region Bodensee-Oberschwaben	1 091,2	54,6	66,7	143,2	7,2	8,7	948,0	47,4	58,0
Regierungsbezirk Tübingen	2 449,7	50,8	53,5	373,4	7,7	8,2	2 076,3	43,1	45,3
Baden-Württemberg	7 647,9	48,2	39,0	1 911,7	12,1	9,8	5 736,2	36,1	29,2

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

8. Abfallbeseitigungsanlagen 1975 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region (R) Regierungsbezirk Land	Ausgewählte Betriebe der Wirtschaft 1. 1. 75					zum Vergleich: Öffentlicher Bereich			
	Erfasste Betriebe insgesamt	Müll- depo- nien	spezielle Müllver- brennungsanlagen		Müllkom- postie- rungs- anlagen	Öffentliche Deponien am		davon für	
			insgesamt	darunter in Kranken- häusern		1. 1. 1975	1. 1. 1976	Haus- und Sperrmüll	Bodenaus- hub und Bauschutt
Anzahl									
Stadtkreis Stuttgart	809	3	16	13	-	3	3	2	1
Landkreise									
Böblingen	376	2	5	4	-	6	6	6	-
Esslingen	738	8	8	5	-	9	7	7	-
Göppingen	401	11	3	3	-	16	19	2	17
Ludwigsburg	642	12	12	7	1	1	5	1	4
Rems-Murr-Kreis	541	12	8	7	-	9	8	8	-
R Mittlerer Neckar	3 507	48	52	39	1	44	48	26	22
Stadtkreis Heilbronn	232	2	4	4	-	3	2	2	-
Landkreise									
Heilbronn	337	11	12	8	2	69	2	2	-
Hohenlohekreis	139	6	2	2	-	13	13	13	-
Schwäbisch-Hall	244	10	8	5	-	104	13	11	2
Main-Tauberkreis	245	6	8	7	-	4	3	3	-
R Franken	1 197	35	34	26	2	193	33	31	2
Landkreise									
Heidenheim	190	6	4	1	-	12	14	1	13
Ostalbkreis	444	13	7	7	-	34	22	22	-
R Ostwürttemberg	634	19	11	8	-	46	36	23	13
Regierungsbezirk Stuttgart	5 338	102	97	73	3	283	117	80	37
Stadtkreise									
Baden-Baden	115	3	1	1	-	5	3	2	1
Karlsruhe	459	2	8	6	1	3	3	3	-
Landkreise									
Karlsruhe	499	7	7	4	-	3	3	3	-
Rastatt	282	9	8	5	-	4	4	4	-
R Mittlerer Oberrhein	1 355	21	24	16	1	15	13	12	1
Stadtkreise									
Heidelberg	185	3	12	12	-	2	2	2	-
Mannheim	414	4	6	3	-	1	1	1	-
Landkreise									
Neckar-Odenwaldkreis	225	5	2	2	-	6	6	6	-
Rhein-Neckar-Kreis	505	11	8	6	1	27	19	19	-
R Unterer Neckar	1 329	23	28	23	1	36	28	28	-
Stadtkreis Pforzheim	381	1	6	4	-	3	3	1	2
Landkreise									
Calw	240	2	7	7	1	7	7	7	-
Enzkreis	346	3	-	-	-	4	4	1	3
Freudenstadt	228	2	2	2	1	4	4	4	-
R Nordschwarzwald	1 195	8	15	13	2	18	18	13	5
Regierungsbezirk Karlsruhe	3 879	52	67	52	4	69	59	53	6
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	249	1	4	4	-	1	1	1	-
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	278	8	5	4	-	2	2	2	-
Emmendingen	197	2	6	4	-	-	-	-	-
Ortenaukreis	645	9	13	12	-	27	29	6	23
R Südlicher Oberrhein	1 369	20	28	24	-	30	32	9	23
Landkreise									
Rottweil	269	4	8	7	-	10	11	7	4
Schwarzwald-Baar-Kreis	449	3	11	9	1	29	5	3	2
Tuttlingen	284	5	4	3	-	15	11	11	-
R Schwarzwald-Baar-Heuberg	1 002	12	23	19	1	55	27	21	6
Landkreise									
Konstanz	284	5	13	6	1	6	8	8	-
Lörrach	320	17	3	2	1	48	25	8	17
Waldshut	245	7	7	7	-	5	5	5	-
R Hochrhein	849	29	23	15	2	81	38	21	17
Regierungsbezirk Freiburg	3 220	61	74	58	3	146	97	51	48
Landkreise									
Reutlingen	534	2	6	4	1	28	7	6	1
Tübingen	267	2	5	5	1	8	7	7	-
Zollernalbkreis	564	4	5	4	-	69	13	3	10
R Neckar-Alb	1 365	8	16	13	2	105	27	16	11
Stadtkreis Ulm	195	1	4	2	-	1	1	1	-
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	230	12	5	2	1	1	1	1	-
Biberach	286	10	9	5	1	2	2	2	-
R Donau-Iller ¹⁾	711	23	18	9	2	4	4	4	-
Landkreise									
Bodenseekreis	191	2	6	3	1	11	3	3	-
Ravensburg	376	9	10	8	-	8	3	3	-
Sigmaringen	229	13	5	3	1	128	2	2	-
R Bodensee-Oberschwaben	796	24	21	14	2	147	8	8	-
Regierungsbezirk Tübingen	2 872	55	55	36	6	256	39	28	11
Baden-Württemberg	15 309	270	293	219	16	754	312	212	100

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

9. In öffentlichen Anlagen beseitigte Abfälle 1975 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region (R) Regierungsbezirk Land	Hausmüll und haushaltsähnliche Gewerbeabfälle			Sperrmüll			Sonstige Abfälle			Beseitigte Abfälle insgesamt		
	insge- samt	davon durch		insge- samt	davon durch		insge- samt	davon durch		insge- samt	davon durch	
		öffent- liche	private		öffent- liche	private		öffent- liche	private		öffent- liche	private
Anlieferer			Anlieferer			Anlieferer			Anlieferer			
1000 m³	%		1000 m³	%		1000 m³	%		1000 m³	%		
Stadtkreis Stuttgart	775	73	27	33	100	—	420	24	76	1 228	57	43
Landkreise												
Böblingen	428	52	48	111	100	—	228	4	96	777	44	56
Esslingen	286	70	30	135	100	—	532	6	94	1 021	36	64
Göppingen	269	90	10	31	99	1	123	20	80	427	70	30
Ludwigsburg	598	26	74	67	100	—	47	35	65	718	33	67
Rems-Murr-Kreis	821	51	49	149	100	—	557	48	52	1 527	55	45
R Mittl. Neckar	3 177	57	43	526	100	—	1 905	24	76	5 698	49	51
Stadtkreis Heilbronn	156	32	68	20	92	8	148	17	83	350	27	73
Landkreise												
Heilbronn	264	76	24	59	92	8	140	15	85	477	58	42
Hohenlohekreis	111	64	36	18	89	11	7	38	62	136	66	34
Schwäbisch-Hall	130	88	12	37	79	21	111	54	46	278	73	27
Main-Tauberkreis	243	82	18	33	100	—	—	—	—	276	85	15
R Franken	904	71	29	167	90	10	406	27	73	1 517	59	41
Landkreise												
Heidenheim	108	69	31	34	98	2	198	2	98	390	29	71
Ostalbkreis	312	47	53	60	99	1	83	28	72	458	50	50
R Ostwürttemberg	420	53	47	94	99	1	281	10	90	848	40	60
Regierungsbezirk Stuttgart	4 501	59	41	787	98	2	2 592	23	77	8 063	50	50
Stadtkreise												
Baden-Baden	64	94	6	12	70	30	89	15	85	165	49	51
Karlsruhe	784	87	13	107	86	14	91	46	54	984	83	17
Landkreise												
Karlsruhe	176	82	18	38	100	—	21	5	95	245	75	25
Rastatt	233	55	45	17	83	17	75	2	98	327	44	56
R Mittl. Oberrhein	1 257	81	19	174	88	12	276	21	79	1 721	87	13
Stadtkreise												
Heidelberg	319	75	25	56	100	—	59	83	17	434	79	21
Mannheim	883	76	24	50	100	—	250	18	82	1 203	64	36
Landkreise												
Neckar-Odenwaldkreis	120	66	34	25	100	—	3	—	100	148	70	30
Rhein-Neckar-Kreis	474	73	27	143	82	18	149	15	85	829	35	65
R Unterer Neckar	1 796	74	26	274	90	10	461	25	75	2 614	65	35
Stadtkreis Pforzheim	225	69	31	22	83	17	138	15	85	390	50	50
Landkreise												
Calw	105	74	26	29	97	3	29	5	95	215	50	50
Enzkreis	174	49	51	35	100	—	168	—	100	378	32	68
Freudenstadt	90	94	6	26	100	—	30	24	76	151	78	22
R Nordschwarzwald	594	68	32	112	96	4	365	8	92	1 134	48	52
Regierungsbezirk Karlsruhe	3 647	76	24	560	91	9	1 102	18	82	5 469	63	37
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	363	61	39	34	100	—	225	11	89	622	45	55
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	231	68	32	111	95	5	26	8	92	372	71	29
Emmendingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ortenaukreis	286	52	48	65	99	1	59	5	95	412	53	47
R Südlicher Oberrhein	880	60	40	210	97	3	310	9	91	1 406	54	46
Landkreise												
Rottweil	104	68	32	25	84	16	30	33	67	159	64	36
Schwarzwald-Baar-Kreis	203	96	4	28	89	11	96	15	85	329	72	28
Tuttlingen	112	96	4	28	92	88	38	16	84	178	78	22
R Schwarzwald-Baar-Heuberg	419	89	11	81	88	12	164	19	81	666	72	28
Landkreise												
Konstanz	318	74	26	38	100	—	80	98	2	446	79	21
Lörrach	257	55	45	9	100	—	55	27	73	321	51	49
Waldshut	169	69	31	68	88	12	2	47	53	239	74	26
R Hochrhein	744	66	34	115	93	7	137	69	31	1 006	69	31
Regierungsbezirk Freiburg	2 043	68	32	406	94	6	611	25	75	3 078	63	37
Landkreise												
Reutlingen	321	45	56	47	92	8	293	5	95	666	30	70
Tübingen	236	89	11	47	88	12	104	11	89	418	63	37
Zollernalbkreis	169	78	22	42	80	20	151	10	90	395	45	55
R Neckar-Alb	726	66	34	136	87	13	548	8	92	1 479	43	57
Stadtkreis Ulm	365	50	50	66	97	3	23	13	87	454	55	45
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	25	78	23	11	100	—	1	49	51	37	83	17
Biberach	234	68	32	36	100	—	3	19	81	282	69	31
R Donau-Iller ¹⁾	624	57	43	113	98	2	27	15	85	773	61	39
Landkreise												
Bodenseekreis	188	96	4	38	100	—	28	40	60	254	91	9
Ravensburg	382	72	28	108	100	—	30	16	84	520	75	25
Sigmaringen	75	66	34	12	80	20	31	16	84	118	54	46
R Bodensee-Oberschwaben	645	78	22	158	98	2	89	25	75	892	76	24
Regierungsbezirk Tübingen	1 995	67	33	407	95	5	664	10	90	3 144	57	43
Baden-Württemberg	12 186	67	33	2 160	95	5	4 969	20	80	19 764 ²⁾	57	43

1) Soweit Land Baden-Württemberg. — 2) Einschließlich 439 000 m³ Produktionsabfälle.

10. Ausgewählte Daten zur industriellen Wasserwirtschaft 1975

a) Industrielles Wasseraufkommen

Rang- ordnung des Wasser- aufk. 1975	Ausgewählte Industriegruppen	1973				1975							
		insges. Mill. m³	Eigenförderung		Fremd- bezug (öffentl. Netz)	insges. Mill. m³	Eigenförderung		Fremd- bezug (öffentl. Netz)	Veränderung gegenüber 1973			
			Grund- und Quell- wasser	Ober- flächen- wasser			Grund- und Quell- wasser	Ober- flächen- wasser		insges.	Eigenförderung		Fremd- bezug
											Grund- und Quell- wasser	Ober- flächen- wasser	
1	Papier- und Pappeerzeugung	357,2	13,9	85,7	0,4	299,6	18,3	81,3	0,4	-16,1	10,5	-20,4	-15,5
2	Chemische Industrie	213,7	37,7	59,0	3,3	209,8	40,6	56,4	3,0	-1,8	5,6	-6,2	-8,5
3	Textilgewerbe	60,8	46,6	43,9	9,5	54,6	42,8	47,8	9,4	-10,3	-17,6	-2,5	-10,7
4	Ernährungsgewerbe	46,9	63,2	16,2	20,6	43,2	60,5	18,5	21,0	-7,9	-11,9	4,8	-6,0
5	Gew. und Verarb. von Steinen und Erden	48,1	65,9	29,7	4,4	39,4	65,7	31,3	3,0	-18,1	-18,4	-13,7	-0,7
6	Mineralölverarbeitung	35,5	92,4	6,1	1,5	34,9	97,6	0,0	2,4	-1,8	3,8	-99,6	56,5
7	Straßenfahrzeugbau	28,6	37,3	25,4	37,3	23,4	41,5	22,1	36,4	-18,2	-8,8	-28,6	-20,4
8	Maschinenbau	26,0	67,4	12,6	20,0	22,6	67,5	13,5	19,0	-13,4	-13,3	-7,5	-17,4
9	NE-Metallerg., NE-Metall- halbzeugw.	23,3	46,0	49,5	4,5	20,1	35,1	62,7	2,2	-13,9	-34,4	9,2	-57,8
10	Elektrotechnik	18,5	45,0	5,7	49,3	14,7	39,6	14,7	45,7	-20,2	-29,8	107,0	-26,1
11	H. v. Kunststoffwaren	12,4	35,9	52,7	11,4	12,3	34,9	57,0	9,0	-0,8	-6,0	9,0	-29,5
12	Gummiverarbeitung	11,9	69,4	16,8	13,8	10,3	84,4	-	15,6	-13,4	5,4	-	-2,7
Summe		882,9	35,4	58,3	6,3	784,9	38,2	55,9	5,9	-11,1	-4,1	-14,8	-16,1

b) Verwendung des Wasseraufkommens

Ausgewählte Industriegruppen	Vom Wasseraufkommen wurden verwendet					
	für Kühl- zwecke		für Fabrikations- und Beleg- schaftszwecke		zur Abgabe bzw. sonstigen Nutzung	
	1973	1975	1973	1975	1973	1975
	%					
Papier- und Pappeherzeugung	47,7	40,6	50,7	52,1	1,6	7,3
Chemische Industrie	83,5	80,7	13,1	15,3	3,4	4,0
Textilgewerbe	33,0	44,7	59,1	49,3	7,9	6,0
Ernährungsgewerbe	48,9	48,7	43,8	40,3	7,3	11,0
Gew. und Verarb. von Steinen und Erden	24,1	20,0	65,3	72,3	10,6	7,7
Mineralöl- verarbeitung	81,5	81,5	1,8	1,8	16,7	16,7
Straßenfahrzeugbau	45,2	39,9	53,1	44,3	1,7	15,8
Maschinenbau	76,4	79,4	22,2	18,7	1,4	1,9
NE-Metallerg., NE-Metallhalbzeugw.	86,9	86,9	10,5	10,5	2,6	2,6
Elektrotechnik	45,4	47,2	45,8	47,2	8,8	5,6
Herst. v. Kunst- stoffwaren	88,6	87,5	9,0	6,7	2,4	5,8
Gummiverarbeitung	69,5	58,8	24,8	38,6	5,7	2,6
Summe	58,1	56,2	37,8	36,9	4,1	6,9

c) Industrielle Wasserabfuhr

Rang nach der Menge der Ableitung 1975	Ausgewählte Industriegruppen	abgeleitete Wassermenge											
		1973						1975					
		insges. Mill. m³	davon in			insges. Mill. m³	davon in			Veränderung gegenüber 1973			
			öffentl. Ka- nalisation	ein Gewässer			öffentl. Ka- nalisation	ein Gewässer		insges.	davon in		
				inges.	davon gereinigt			inges.	davon gereinigt		öffentl. Ka- nalisation	inges.	davon gereinigt
1	Papier- und Pappeerzeugung . .	345,2	2,1	97,9	53,1	287,2	1,6	98,4	60,9	- 16,8	-37,5	- 16,4	- 4,1
2	Chemische Industrie	203,1	7,1	92,9	6,6	200,4	4,8	95,2	10,5	- 1,3	-33,3	1,1	62,1
3	Textilgewerbe	54,4	53,4	46,6	14,6	49,7	51,2	48,8	11,4	- 8,5	-12,3	4,1	-26,1
4	Ernährungsgewerbe	39,2	58,9	41,1	3,4	36,4	54,6	45,4	12,1	- 7,0	-13,8	2,6	263,0
5	Gew. u. Verarb. v. Steinen und Erden	43,0	5,9	94,1	12,8	38,0	3,7	96,3	12,4	- 11,8	-43,8	- 9,8	-12,8
6	Mineralölverarbeitung	33,5	0,7	99,3	15,6	32,3	0,3	99,7	13,1	- 3,5	- 60,9	- 3,1	-18,7
7	Straßenfahrzeug-Bau	24,9	83,8	16,2	30,0	20,2	88,5	11,5	17,2	-19,0	-14,5	-42,3	-66,8
8	Maschinenbau	25,2	40,0	60,0	0,7	22,1	36,9	63,1	4,8	-12,2	-19,0	- 7,7	564,0
9	NE-Metallerg., NE-Metall- halbzeugw.	20,4	22,3	77,7	59,1	19,0	14,2	85,8	9,9	- 7,3	-40,7	2,3	-82,9
10	Elektrotechnik	16,3	66,4	33,6	25,5	14,1	71,2	28,8	31,2	-13,2	- 6,8	-25,8	- 7,0
11	H. v. Kunststoffwaren	11,5	15,0	85,0	0,1	11,9	13,9	86,1	1,0	3,3	- 4,2	4,6	775,0
12	Gummiverarbeitung	11,3	52,1	47,9	-	10,2	24,5	75,5	23,3	-10,3	-57,8	41,4	-
Summe		828,0	15,8	84,2	31,4	741,5	14,0	86,0	35,8	-10,4	-20,4	- 8,6	4,3

11. Sozialbudget nach Institutionen 1970 bis 1975

Institutionen		Leistungen in Mill. DM						Struktur in %		Entwicklung 1970 = 100				
		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1970	1975	1971	1972	1973	1974	1975
0	Sozialbudget insgesamt	25 414	28 902	34 257	39 862	45 624	52 554	100	100	113,7	134,8	156,9	179,5	206,8
1	Soziale Sicherung	15 467	17 671	21 750	25 895	30 341	36 624	60,9	69,7	114,2	140,6	167,4	196,2	236,8
10	Allgemeine Systeme	11 879	13 380	17 101	20 559	24 442	30 345	46,7	57,7	112,6	144,0	173,1	205,8	255,5
101	Rentenversicherung	6 797	7 384	9 726	11 847	13 913	15 479	26,7	29,5	108,6	143,1	174,3	204,7	227,7
1011	Rentenversicherung der Arbeiter	4 335	4 702	6 545	8 062	9 643	10 655	17,1	20,3	108,5	151,0	186,0	222,4	245,8
1012	Angestelltenversicherung	2 366	2 581	3 063	3 652	4 123	4 663	9,3	8,9	109,1	129,5	154,4	174,3	197,1
1013	Knappschaftliche Rentenversicherung	96	101	118	133	147	161	0,4	0,3	105,2	122,9	138,5	153,1	167,7
103	Krankenversicherung	3 583	4 339	5 474	6 535	7 798	9 222	14,1	17,5	121,1	152,8	182,4	217,6	257,4
104	Unfallversicherung	577	577	741	850	987	1 109	2,3	2,1	100,0	128,4	147,3	171,1	192,2
105	Arbeitsförderung	402	584	655	829	1 266	2 642	1,6	5,0	145,3	162,9	206,2	314,9	657,2
106	Kindergeld	520	496	505	498	478	1 893	2,0	3,6	95,4	97,1	95,8	91,9	364,0
12	Sondersysteme	179	180	200	272	301	355	0,7	0,7	100,6	111,7	152,0	168,2	198,3
122	Altershilfe für Landwirte	150	152	170	226	259	301	0,6	0,6	101,3	113,3	150,7	172,7	200,7
123	Versorgungswerke für Selbständige	29	28	30	46	42	54	0,1	0,1	96,6	103,4	158,6	144,8	186,2
13	Beamtenrechtliches System	3 214	3 889	4 186	4 751	5 223	5 466	12,6	10,4	121,0	130,2	147,8	162,5	170,1
131	Pensionen	1 980	2 528	2 749	3 180	3 494	3 868	7,8	7,4	127,7	138,8	160,6	176,5	195,4
132	Familienzuschläge	951	1 039	1 071	1 158	1 261	1 066	3,7	2,1	109,3	112,6	121,8	132,6	114,2
133	Beihilfen	283	322	366	413	468	512	1,1	1,0	113,8	129,3	145,9	165,4	180,9
14	Ergänzungssysteme	195	222	263	313	375	458	0,8	0,9	113,8	134,9	160,5	192,3	234,9
141	Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	191	218	257	307	365	448	0,8	0,9	114,1	134,6	160,7	191,1	234,6
142	Zusatzversicherung für einzelne Berufe	4	4	6	6	10	10	0,0	0,0	100,0	150,0	150,0	250,0	250,0
2	Arbeitgeberleistungen	2 911	3 135	3 438	3 980	4 063	4 029	11,5	7,7	107,7	118,1	136,7	139,6	138,4
201	Entgeltfortzahlung	1 988	2 147	2 385	2 862	2 880	2 765	7,8	5,3	108,0	120,0	144,0	144,9	139,1
229	Verträgl. und freiw. Arbeitgeberleistungen	923	988	1 053	1 118	1 183	1 264	3,6	2,4	107,0	114,1	121,1	128,2	136,9
3	Entschädigungen	1 454	1 517	1 636	1 702	1 846	2 043	5,7	3,9	104,3	112,5	117,1	127,0	140,5
301	Kriegsopferversorgung	1 075	1 114	1 180	1 309	1 445	1 619	4,2	3,1	103,6	109,8	121,8	134,4	150,6
302	Lastenausgleich	227	232	231	165	189	194	0,9	0,4	102,2	101,8	72,7	83,3	85,5
303	Wiedergutmachung	110	108	133	147	132	159	0,4	0,3	98,2	120,9	133,6	120,0	144,5
309	Sonstige Entschädigungen	42	63	92	81	80	71	0,2	0,1	150,0	219,0	192,9	190,5	169,0
4	Soziale Hilfen und Dienste	1 495	2 291	2 909	3 454	4 178	4 578	5,9	8,7	153,2	194,6	231,0	279,5	306,2
401	Sozialhilfe	338	415	499	659	866	1 036	1,3	2,0	122,8	147,6	195,0	256,2	306,5
402	Jugendhilfe	186	232	283	374	472	568	0,7	1,1	124,7	152,2	201,1	253,8	305,4
403	Ausbildungsförderung	69	114	230	332	386	425	0,3	0,8	165,2	333,3	481,2	559,4	615,9
404	Wohngeld	64	81	148	119	149	168	0,3	0,3	126,6	231,3	185,9	232,8	262,5
405	Öffentlicher Gesundheitsdienst	103	123	143	150	166	182	0,4	0,3	119,4	138,8	145,6	161,2	176,7
406	Vermögensbildung	735	1 326	1 606	1 820	2 139	2 199	2,9	4,2	180,4	218,5	247,6	291,0	299,2
001	Direkte Leistungen insgesamt	21 327	24 614	29 733	35 031	40 428	47 274	83,9	90,0	115,4	139,4	164,3	189,6	221,7
5	Indirekte Leistungen	4 087	4 288	4 524	4 831	5 196	5 280	16,1	10,0	104,9	110,7	118,2	127,1	129,2
501	Steuerermäßigungen	3 418	3 606	3 819	4 096	4 437	4 668	13,4	8,9	105,5	111,7	119,8	129,8	136,6
502	Vergünstigungen im Wohnungswesen	669	682	705	735	759	612	2,6	1,2	101,9	105,4	109,9	113,5	91,5

12. Verurteilte nach Hauptdelikts- und Personengruppen 1973 bis 1976

Verbrechen und Vergehen (§§ des Strafgesetzbuches)	Jahr	Verurteilte								
		Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Nach dem Strafgesetzbuch insgesamt	1973	63 528	55 096	8 432	14 714	10 324	1 390	7 350	6 296	1 054
	1974	61 142	52 837	8 305	10 983	9 696	1 287	7 593	6 586	1 007
	1975	63 306	54 696	8 610	11 852	10 436	1 416	8 181	7 187	994
	1976	63 573	54 688	8 885	12 753	11 277	1 476	8 232	7 209	1 023
Diebstahl und Unterschlagung (242 - 248c)	1973	11 284	7 464	3 820	3 022	2 459	563	4 744	3 905	839
	1974	11 622	7 972	3 650	2 888	2 387	501	4 601	3 813	788
	1975	11 552	7 968	3 584	2 954	2 448	506	4 940	4 208	732
	1976	11 421	7 768	3 653	3 016	2 558	458	4 992	4 213	779
Raub und Erpressung (249 - 256, 316 a)	1973	237	226	11	157	146	11	156	150	6
	1974	245	228	17	145	138	7	161	156	5
	1975	277	268	9	176	173	3	162	152	10
	1976	336	317	19	193	181	12	202	195	7
Andere Vermögensdelikte (257 - 305)	1973	6 736	5 749	987	1 074	931	143	870	752	118
	1974	7 208	6 140	1 068	1 201	1 045	156	1 012	895	117
	1975	7 303	6 187	1 116	1 212	1 006	206	1 103	955	148
	1976	7 634	6 466	1 168	1 206	982	224	1 081	963	118
Im Straßenverkehr (142, 315 b, 315 c, 316 und 222, 230, 330 a i.V. mit Verkehrsunfall)	1973	34 783	32 053	2 730	6 017	5 453	564	682	659	23
	1974	31 677	28 951	2 726	5 293	4 765	528	835	804	31
	1975	33 660	30 754	2 906	5 906	5 339	567	878	845	33
	1976	33 671	30 552	3 119	6 634	5 988	646	944	916	28
Nach anderen Bundes- und Landesgesetzen insgesamt	1973	15 160	12 748	2 412	2 742	2 413	329	2 440	2 247	193
	1974	15 495	12 894	2 601	2 909	2 528	381	2 480	2 241	239
	1975	13 403	11 310	2 093	2 620	2 260	360	2 478	2 203	275
	1976	12 729	10 641	2 088	2 875	2 473	402	2 300	2 047	253
darunter	1973	4 607	4 087	520	1 011	866	145	1 073	996	77
nach dem Straßen- verkehrsgesetz	1974	4 559	4 054	505	1 016	873	143	1 070	979	91
	1975	4 329	3 798	531	975	825	150	1 064	967	97
	1976	4 327	3 727	600	1 140	976	164	1 052	953	99
Verbrechen und Vergehen insgesamt	1973	78 688	67 844	10 844	14 456	12 737	1 719	9 790	8 543	1 247
	1974	76 637	65 731	10 906	13 892	12 224	1 668	10 073	8 827	1 246
	1975	76 709	66 006	10 703	14 472	12 696	1 776	10 659	9 390	1 269
	1976	76 302	65 329	10 973	15 628	13 750	1 878	10 532	9 256	1 276
im Straßenverkehr insgesamt	1973	39 390	36 140	3 250	7 028	6 319	709	1 755	1 655	100
	1974	36 236	33 005	3 231	6 309	5 638	671	1 905	1 783	122
	1975	37 989	34 552	3 437	6 881	6 164	717	1 942	1 812	130
	1976	37 998	34 279	3 719	7 774	6 964	810	1 996	1 869	127

13. Straßenverkehrsdelinquenten nach Delikten und Personengruppen 1972 bis 1976

Vergehen im Straßenverkehr (§§ des Strafgesetzbuches)	Jahr	Abge- urteilte insgesamt	Verurteilte							darunter Nicht- deutsche insgesamt
			zusammen	davon						
				Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche		
				insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	
Nach dem Strafgesetzbuch insgesamt	1972	43 562	40 403	34 152	2 573	5 626	478	625	21	5 875
	1973	44 747	41 482	34 783	2 730	6 117	564	682	23	6 220
	1974	40 908	37 805	31 677	2 726	5 293	528	835	31	5 545
	1975	44 003	40 444	33 660	2 906	5 906	567	878	33	5 634
	1976	45 355	41 249	33 671	3 119	6 634	646	944	28	5 205
davon	1972	5 766	5 202	4 343	284	746	53	113	8	980
Flucht nach Verkehrsunfall (142)	1973	5 939	5 320	4 377	270	841	58	115	9	1 005
	1974	5 512	4 886	3 990	303	782	69	114	6	925
	1975	6 254	5 485	4 488	333	885	67	115	5	929
	1976	6 758	5 870	4 722	420	1 031	91	117	7	870
Fahrlässige Tötung (222) i.V. mit Verkehrsunfall	1972	970	797	639	40	145	5	13	2	86
	1973	963	804	651	39	132	11	21	-	108
	1974	846	684	547	39	120	10	17	-	88
	1975	873	688	540	46	131	11	17	-	78
	1976	914	722	540	44	157	13	25	-	65
Fahrlässige Körperverletzung (230) i.V. mit Verkehrsunfall	1972	22 852	21 118	17 150	1 948	3 616	400	352	10	3 348
	1973	23 519	21 656	17 438	2 106	3 833	469	385	15	3 573
	1974	20 017	18 275	14 736	2 007	3 073	409	466	24	2 945
	1975	20 404	18 398	14 577	2 041	3 341	461	480	21	2 835
	1976	20 697	18 326	14 218	2 141	3 656	490	452	18	2 620
Gefährdung des Straßenverkehrs nach 315 b	1972	136	106	60	3	23	2	23	-	13
	1973	113	96	61	1	17	-	18	1	12
	1974	119	97	61	3	21	-	15	-	8
	1975	111	81	53	4	17	-	11	-	8
	1976	124	86	63	4	17	-	6	-	10
nach 315 c	1972	6 173	5 739	5 105	155	589	9	45	1	743
	1973	6 356	5 945	5 265	165	631	20	49	-	754
	1974	5 926	5 541	4 820	169	644	24	77	1	730
	1975	6 415	6 049	5 208	238	749	19	95	5	806
	1976	6 020	5 604	4 684	246	820	38	100	1	668
Trunkenheit im Verkehr ohne Straßenverkehrsgefährdung (316)	1972	7 392	7 170	6 604	137	490	9	76	-	695
	1973	7 571	7 377	6 733	144	541	6	103	3	751
	1974	8 242	8 076	7 297	192	636	16	143	-	832
	1975	9 623	9 424	8 524	233	751	9	148	2	962
	1976	10 491	10 292	9 140	252	919	12	233	2	953
Volltrunkenheit (330 a) i.V. mit Verkehrsunfall	1972	273	271	251	6	17	-	3	-	10
	1973	286	284	258	5	22	-	4	-	17
	1974	246	246	226	13	17	-	3	-	17
	1975	323	320	273	11	32	-	15	-	16
	1976	351	349	304	12	34	2	11	-	19
gegen das Straßenverkehrs- gesetz	1972	7 918	7 476	5 169	546	1 160	167	1 147	83	2 326
	1973	7 148	6 691	4 607	520	1 011	145	1 073	77	1 990
	1974	7 175	6 645	4 559	505	1 016	143	1 070	91	2 047
	1975	6 968	6 368	4 329	531	975	150	1 064	97	1 777
	1976	7 177	6 519	4 327	600	1 140	164	1 052	99	1 540
Vergehen im Straßenverkehr insgesamt	1972	51 480	47 879	39 321	3 119	6 786	645	1 772	104	8 201
	1973	41 895	48 173	39 390	3 250	7 028	709	1 755	100	8 210
	1974	48 083	44 450	36 236	3 231	6 309	671	1 905	122	7 592
	1975	50 971	46 812	37 989	3 437	6 881	717	1 942	130	7 411
	1976	52 532	47 768	37 998	3 719	7 774	810	1 996	127	6 745
darunter in Trunkenheit insgesamt	1972	16 435	16 073	14 468	296	1 445	23	160	1	1 608
	1973	17 231	16 841	15 025	355	1 615	20	201	5	1 820
	1974	16 884	16 556	14 581	397	1 721	41	254	-	1 794
	1975	19 341	18 972	16 536	506	2 129	34	307	7	1 999
	1976	19 786	19 422	16 672	543	2 346	56	404	4	1 821